Der Krieg in der Ukraine und seine Vorgeschichte

Inhaltsverzeichnis

2004 9

2 x Osterweiterung 11

2007 17

Putin auf der Sicherheitskonferenz 19

Eine umfassende negative Bilanz der monopolaren Weltordnung der USA 22

Strategische Verschiebungen auf Kosten Russlands 27

Welche Alternativen im Angebot sind 35

2009 43

Russland streicht der Ukraine den Vorzugspreis für Gas 45

1. der Widerspruch der ukrainischen Staatsraison 46

2. Die Krise und ihr Beitrag zur Zuspitzung der Frage: Wem gehört was in der Ukraine? 56

3. Am Widerspruch der ukrainischen Staatsraison entzweit sich die politische Führung 58

4. Wem gehört die Ukraine? 61

5. Europa meldet seine Besitzansprüche an 64

2012 69

Obamas „Reset“ mit Russland 71

„Nicht gegen Russland gerichtet“ 75
Mehr „Zusammenarbeit“ in Europa..... 78
„*Keine Einflusszonen*“, sondern *eine* amerikanische Weltordnung..... 79
Einladungen zum Mitmachen bei der Einhegung von „trouble spots“ 80
... und zur Unterstellung unter die Weltmarktordnung..... 81
„Keine Einflusszone“ auch im Nahen Ausland..... 83
Der „Dialog mit der russischen Zivilgesellschaft“ 84

2014 89

Osterweiterung zum Dritten 91
Bürgerkrieg in der Ukraine 101
1. Der Umsturz in Kiew und seine Subjekte 101
2. Russland schließt sich die Krim an 108
3. Die USA erklären Russland zum Störfall ihrer Weltordnung..... 114
4. Die USA exekutieren ihre Entscheidung, „Russland isoliert sich selbst“ 118
5. Das europäische Dilemma 125
6. Der Streit um die einheitliche Sanktionspolitik und die Suche nach diplomatischen Lösungen 130
7. Der Streit um die Linie in der EU..... 136
8. Die Herrichtung der Ukraine für die fällige Auseinandersetzung mit Russland..... 143
Die Wahlen – eine echte Sternstunde der Demokratie..... 154
Wie viel Wirtschaft braucht die Ukraine?..... 161

2015 169

Westlich-russischer Stellvertreterkrieg in der Ukraine 171

1. Die NATO während des Kalten Krieges: amerikanisch geführtes Weltkriegsbündnis 171

2. Die NATO nach dem Kalten Krieg: Erfolg und Abstieg 176

3. Die Ukraine-Krise: neue Konfrontation zwischen Russland und dem Westen 183

4. Revival oder Spaltung der NATO: unvereinbare Feindschaftsansagen an Russland 186

Das Minsker Abkommen 201

I. Die beteiligten Parteien 202

II. Wie sich die Parteien bei der sogenannten Umsetzung des Abkommens betätigen 206

III. Warum ein Abkommen, an das sich keiner hält, nicht scheitern darf 221

2016 233

Unsere Ukraine – ein einziger großer Fall von „Korruption“ 235

1. Amerika beklagt die Korrumpierung der Ukraine durch Russland 236

2. Das Leiden Amerikas an der Unzuverlässigkeit seiner Eroberung 239

3. Der Maßstab „Korruption“: ein Delikt, das aus dem Rechtsbestand der erfolgreichen kapitalistischen Staaten entlehnt ist und angewandt auf die Ukraine nur zersetzend wirkt 246

2019 277

Russlands Entmachtung kommt voran 279

I. Die Definition Russlands als ‚Rivale' der USA – Feindbild und Feindschaft 280

II. Die USA schließen Lücken im Atomkriegsszenario gegen Russland 286

III. Die ökonomische Entmachtung Russlands durch Totrüsten und Wirtschaftskrieg 330

IV. Amerika arbeitet daran, das Ideal der Abschreckung praktisch wahr zu machen 334

V. UdSSR und Russland: Kontinuität und Fortschritt im Kampf gegen eine Macht, die zu viele Waffen hat 340

2020 357

Die Ukraine in den Zeiten von Corona 359

I. Der Schuldenstaat zwischen drohendem Default und Erpressung des IWF 360

II. Die Forderungen des IWF: Respekt vor den Regeln der Marktwirtschaft erzwingen! 375

III. Eigenheiten der ukrainischen Demokratie 382

IV. Krieg und Frieden im Donbass 388

V. „Westernization" der ukrainischen Armee 400

2021 415

Gipfeltreffen zwischen Biden und Putin 417

Vor dem Gipfel: Biden stiftet das passende Klima 417

Ein Schock neue Sanktionen 418

Der Gipfel 422

Der amerikanische Präsident erläutert seinem russischen Kollegen den fundamentalen Klassenunterschied zwischen ihren beiden Nationen: Amerika wieder einmal exzeptionell 423

Russland hingegen: einfach erbärmlich 424

Angelegenheiten, in denen mit dem strategischen Gegner noch verhandelt werden muss 429

„Stable and predictable" - die neue Formel aus dem Weißen Haus für den Umgang mit Russland 433

Nach dem Gipfel 435

Rüstungsdiplomatie unter Trump und Biden 439

I. Bilanz der Trumpschen Friedenspolitik 440

II. Trumps Verhandlungen über New START - eine „neue Ära der Rüstungskontrolle" 443

III. Biden rettet New START – als strategischen Baustein seiner unversöhnlichen Feindschaft gegen Putins Russland 446

Die Ukraine 2021 449

Wie die Ukraine die Szenerie eines drohenden Kriegsausbruchs produziert und die Welt um eine neue Anklage gegen Russland bereichert 449

Russland antwortet 450

Die öffentliche Berichterstattung zur Krise: Die Kunst des Wegignorierens 450

Eine Strategie besonderer Art 451

Ein failed state tritt die Flucht nach vorn an 451

Aber USA und NATO verordnen der Ukraine eine Détente 452

2022 455

Der Krieg um die Ukraine 457

I. Russland vollzieht eine Wende 460

II. Die Antwort der USA 481

III. Der Machtkampf eskaliert 502

Anhang 507

Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag am 25.09.2001 509

Putins Rede auf der Sicherheitskonferenz 2007 521

Die monopolare Welt 522

"Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen" 523

"Man darf die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen" 525

"Abrüstungs-Stau" 526

Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa 528

Die NATO-Erweiterung ist ein "provozierender Faktor" 529

Das iranische Nuklearprogramm 530

Internationale Zusammenarbeit im Energie-Sektor 531

Russland und die Welthandelsorganisation (WTO) 532

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 533

Putins Rede vom 24. Februar 2022 537

2004

2 x Osterweiterung

Die imperialistische Konkurrenz um Europa kommt voran[1]

1.

Am 1. April 2004 nimmt die NATO sieben neue Mitglieder in Osteuropa auf. Am 1. Mai zieht die EU nach und erweitert sich um die schon vor ein paar Jahren zur NATO hinzugekommenen sowie einige der neuen Pakt-Mitglieder. Amerikanische und europäische Staatenlenker beglückwünschen sich wechselseitig zur „Einheit des Kontinents".

Das erinnert an das alte Ergänzungsverhältnis zwischen den beiden Bündnissystemen: Die NATO organisiert einen militärischen Block, der die wichtigsten kapitalistischen Nationen diesseits und jenseits des Nordatlantiks umfasst, und legt die Mitglieder auf eine hauptsächlich von Washington bestimmte einheitliche Sicherheitspolitik fest; einheitlich sowohl, was die Definition des zu bekämpfenden Gegners, als auch, was Art und Mittel seiner Bekämpfung sowie das Kommando über die militärischen Potenzen des Bündnisses betrifft. Die EU organisiert den politökonomischen Zusammenhalt des „europäischen Pfeilers", baut sich zur Weltwirtschaftsmacht auf, die fähig werden will, dem Heimatland der Dollar-Ökonomie erfolgreich Konkurrenz zu machen; damit dient sie jedoch zugleich der gemeinsamen „westlichen Sache", garantiert nämlich und entwickelt die kapitalistische Leistungstüchtigkeit der strategisch nach amerikanischen Vorgaben kooperierenden Partner, also die materielle Basis der gemeinschaftlichen Militärmacht.

[1] Gegenstandpunkt 2 - 2004

So ähnlich möchten es die neuen doppelten Bündnispartner auch sehen: Von der Allianz mit der Weltmacht USA erwarten sie sich die Sicherung ihrer nationalen Existenz, unbedingten Schutz vor der „russischen Gefahr", die ihrer nationalistischen Einschätzung nach von der zerstörten sowjetischen Weltmacht noch übrig geblieben ist, außerdem die Zuweisung eines respektablen strategischen Stellenwerts an ihre Nation, den diese sich allein nicht zu verschaffen vermag. Von ihrer Unions-Mitgliedschaft versprechen sie sich eine Garantie ihres ökonomischen Bestands, sogar eines Erfolgs als Kapitalstandort, zumindest eine gute Versicherung gegen völligen Misserfolg, nicht zuletzt durch Teilhabe am EU-Haushalt.

> *„NATO is security, the EU is modernization. One cannot exist without the other, the processes are intertwined."* (Polens Ministerpräsident Miller, IHT, 31.3.)

Vom Standpunkt der Bündnisse selbst, d.h. ihrer maßgeblichen Führungsmächte aus nimmt sich die Sache allerdings gründlich anders aus.

2.

Der Zuwachs an neuen Mitgliedern bedeutet für beide Bündnisse, die sich nach Osteuropa hin ausdehnen, keinen Zuwachs an materiellen Potenzen. Europas Kapitalisten wissen aus den neuen Standorten im östlichen Billiglohn-Wunderland natürlich das Ihre zu machen. Dass damit die EU insgesamt reicher würde, behaupten aber nicht einmal die Wirtschaftspolitiker, die voller Stolz auf das neu hinzukommende Millionenheer von ‚Konsumenten' verweisen; auf deren Arbeitskraft haben die ‚Arbeitsmärkte' des ‚alten Europa' schon gleich nicht gewartet. Ebenso wenig verstärken die neuen NATO-Mitglieder mit den Überresten ihrer einst angeblich so bedrohlich gewesenen Rüstung die militärische Schlagkraft der Allianz; geschweige denn so, dass die NATO jetzt zu kriegerischen Taten fähig würde, die sie bislang nicht hingekriegt hätte.

Aber das ist offenbar auch gar nicht Sinn und Zweck der Ost-Ausdehnung der beiden Bündnisse. Der EU wie der NATO, den USA als unbestrittener Führungsmacht des einen, Deutschland und Frankreich als keineswegs unangefochtenen Führungsmächten des andern Clubs geht es um die Ausweitung und Festigung eines *politischen Besitzstandes* in einem sehr grundsätzlichen Sinn. Sie betreiben die feste, unwiderrufliche Einordnung Osteuropas in ihren jeweiligen politischen Zuständigkeitsbereich, die Ausrichtung der angeschlossenen Nationen mit ihrer Staatsräson, d.h. mit allen Prämissen und Grundsätzen ihrer inneren wie äußeren Politik, an *ihren* Ordnungs-, Zugriffs- und Beherrschungs-Interessen.

3.

Diese Interessen decken sich in einem nicht unwichtigen Punkt: EU-Strategen wie US-Weltpolitiker wollen die Verdrängung Russlands aus *ihrem* Europa vollenden.

Für die amerikanische Regierung ist der Einbau der neuen EU-Mitglieder in die NATO die logische Konsequenz, nämlich die notwendige Absicherung und ein entscheidender Schritt zur strategischen und weltpolitischen Ausnutzung ihres Sieges im Kalten Krieg: Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer steht ehemaliges Feindesland *ihrer Kriegsmacht* offen und zu Gebote. Wenn Außenminister Powell eigens mit Moskau konferiert, um Freund Putin zu versichern, die Expansion der NATO bis an die russische Westgrenze sowie die prompte Stationierung von F-16-Flugzeugen in den ehemals sowjetischen Baltenrepubliken – zur Grenzkontrolle – wäre keineswegs gegen Russland gerichtet, dann weiß er um die Zumutung, die Amerika Russland serviert, und setzt gleich noch die nächste Zumutung oben drauf, nämlich dass Moskau sich fügt und die Verwandlung Osteuropas in NATO-Land anerkennt; andernfalls müsste er an der Aufrichtigkeit der russischen „Freundschaft" zweifeln. Das passt zum Vorgehen der EU, die ihre äußerst sakrosankte „Außengrenze" kräftig Richtung Moskau verschiebt und damit überhaupt sämtliche Beziehungen über die Westgrenze der GUS hinweg ihrem Kontrollregime unterwirft. Sie vollzieht damit praktisch und alltagswirksam die

Ausgrenzung der russischen Rest-Macht aus Europa, die Amerika will, und die NATO garantiert die strategische Degradierung Russlands, von der die EU bei ihrer Inbesitznahme Osteuropas ausgeht.

Damit hat es sich aber auch schon mit den deckungsgleichen Interessen. Was den oberhoheitlichen Besitzanspruch selber betrifft, den EU-Strategen und US-Weltpolitiker auf ihre östlichen Neuerwerbungen erheben und mit deren Aufnahme in ihr jeweiliges Bündnis einzulösen gedenken, so deckt und ergänzt sich da überhaupt nichts.

4.

Amerika packt die Osteuropäer vermittels der NATO bei ihrer letzten Existenzfrage: der Sicherheit ihres Bestands als souveräne, weltpolitisch beachtete Mitglieder des globalen Gewaltgeschäfts. Darüber stiftet es Abhängigkeiten, verschafft sich bestimmenden Einfluss auf nationale Haushaltsentscheidungen, regiert auch in die Wirtschaftspolitik der Anschlussländer hinein und drängt ihnen so den Vasallenstatus auf, den die Altmitglieder der Allianz gerade loswerden wollen – nicht zuletzt vermittels der Erweiterung *ihrer* Union. Denn mit der packen die großen Wirtschaftsmächte der EU ihre neuen Partner bei deren ökonomischer Existenz- und Erfolgsfrage, um sich den Osten des Kontinents nicht bloß markttechnisch, sondern strategisch einzuverleiben: als Bestandteil ihrer Verfügungsmacht über Europa und dessen weltpolitische Geschicke; als Zuwachs, der ihre vorrangige, wenn nicht sogar exklusive Zuständigkeit für den alten Kontinent und damit ihre Bedeutung als – entstehende – kontinentale Großmacht beglaubigt und durchsetzen hilft.

Die Vollmitgliedschaft, die den Neuen formell gleiche Rechte in beiden Bündnissen gewährt, ist gewissermaßen der Preis, den die jeweiligen Führungsmächte für deren Vereinnahmung und die Festigung ihrer strategischen Zuständigkeit für Europa zahlen. Die USA zahlen ihn leicht; in ihrer Allianz ist die Führungsfrage von vornherein entschieden, Mitgliedschaft mit Unterordnung

ziemlich gleichbedeutend. Die EU schreibt dagegen ihren Widerspruch fort, dass die Einbindung der schwächeren Mitglieder, die die führenden Mächte für ihren Hoheitsanspruch über den ganzen Kontinent brauchen, nur zu der Bedingung zu haben ist, dass sie freiwillig erfolgt und allen Beteiligten eigene, auch abweichende politische Berechnungen gestattet bleiben. Das ändert freilich nichts an der „Räson" der Union und schon gar nichts an der Absicht, in der ihre Führungsmächte die Osterweiterung betreiben. Deren Absicht geht eben dahin, *sich* als *maßgebliche,* letztlich als *alleinzuständige europäische Ordnungsmacht* aufzubauen und ihren Kontinent insgesamt dem dominierenden strategischen Zugriff der USA Stück um Stück zu *entziehen*.

Die doppelte Osterweiterung „des Westens" ist somit Teil des zunehmend fundamentalen *inner*-„westlichen" Machtkampfs: der Konkurrenz zwischen Europas relativen Großmächten Deutschland und Frankreich und der absoluten Weltmacht USA um die politische Vormundschaft über den Osten Europas und damit um die Beherrschung des alten Kontinents insgesamt. In diesem Konkurrenzkampf sieht die europäische Seite sich zu mehr heuchlerischen Beschönigungen und Dementis genötigt als die amerikanische, vor allem aus Rücksicht auf die Überlegenheit der immer noch verbündeten Weltmacht. Dabei spekulieren Europas Anführer jedoch in kaum verhohlenem Zynismus auf die „überzeugende" Wirkung der institutionellen Zwänge und ökonomischen Sachzwänge, die die Mitgliedschaft im europäischen Club für die neu aufgemachten Kapital-Standorte im Osten mit sich bringt. Über die und auf deren Rücken, mit konkurrierenden Erpressungsmanövern, führen beide Seiten ihren Kampf um die Macht über Europa.

5.

Den neuen Bündnispartnern bleibt das auch keineswegs verborgen. Sie kommen nicht umhin zu realisieren, dass ihre Hoffnung auf einander sinnreich ergänzende Dienste beider Bündnisse an ihrem nationalen Neuaufbau illusionär ist. Ihr *Interesse,* in der Allianz mit Amerika ihre strategische „Heimat", in der Union mit dem

‚alten Europa' eine ökonomische Erfolgsgarantie zu finden, ist damit freilich nicht weg: Sie haben kein anderes; Alternativen haben sie weder in Betracht gezogen noch zugelassen. So versuchen sie, aus ihrer doppelten Funktionalisierung für entgegengesetzte Macht- und Zuständigkeitsansprüche das Beste zu machen, nämlich aus ihrer Einordnung in das eine Bündnis ein politisches Instrument zur Selbstbehauptung in dem andern. Dabei kommt allerdings auch nicht viel mehr heraus als ein Offenbarungseid über das Resultat ihres unbedingten Anschlusswillens: Jetzt müssen sie *zwei Herren dienen,* die gerade an ihnen, nämlich in der Frage ihrer weltpolitischen Bevormundung und Vereinnahmung, den eigenen Konkurrenzkampf vorantreiben.

Das ist die Freiheit, die der Imperialismus des 21. Jahrhunderts seinen osteuropäischen Neuerwerbungen zu bieten hat.

2007

Putin auf der Sicherheitskonferenz

Wir können auch anders[2]

Mit seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz in München hat der russische Präsident laut Süddeutscher Zeitung den Westen verwirrt. Bush erklärt sich höchstpersönlich für überrascht und enttäuscht..., seine Anschuldigungen sind falsch. (SZ, 12.2.) Ex-US-Diplomat Holbrooke äußert der Tagesschau gegenüber seine Enttäuschung: „*Ich verstehe seine Aussagen zur NATO und seine Angriffe auf die US-Außenpolitik nicht. Nichts davon war von dem kooperativen Geist, in dem wir mit den Russen zusammenarbeiten.*" (Nach Putins Auftritt in München – Wortgeklingel oder Großmachtdenken?) Was hat er denn bloß? Amerika arbeitet doch mit Russland zusammen. Es hat doch Russland längst aus der Rolle des Hauptfeinds entlassen und alles Nötige dafür getan, dass seine berechtigten Interessen in der Welt Berücksichtigung finden; es hat ihm einen Status zugewiesen, mit dem es zufrieden sein kann. Russland hat seinen Platz im Sicherheitsrat behalten, darf bei den G-8 mitmachen, hat extra einen NATO-Russland-Rat als Forum bekommen, auf dem es reden darf. Man hat doch Russland nach Strich und Faden eingebunden, und jetzt leistet es sich das. Sein Präsident äußert sich in einer Weise, die zu dem kooperativen Geist überhaupt nicht passt. Er wendet sich gegen die NATO und die US-Außenpolitik, wie kann man denn dagegen sein? Kann er sich das überhaupt leisten, will er denn die gute Zusammenarbeit aufs Spiel setzen? Wir verstehen ihn nicht. Streit bräuchte es doch gar nicht, die Russen müssten sich doch bloß gefügig zeigen.

Von einem enorm hohen Anspruchsniveau aus äußern die Vertreter der Weltmacht ihr Unverständnis, mit dem sie es wahrscheinlich sogar ernst meinen. Sie gehen nämlich davon aus, dass sie Russland in ihre Weltordnung dermaßen erfolgreich eingebaut

[2] Gegenstandpunkt 1 - 2007

haben, dass es zu prinzipiellen Einwänden gegen diese Weltordnung von seiner Seite gar nicht mehr kommt. Dass es sich vielmehr hineingefunden haben sollte in die Rolle, die ihm Amerika zugewiesen hat. Und diesem Standpunkt liegen 15 Jahre Imperialismus zugrunde.

Die freiwillige Kapitulation der Sowjetunion, ihren politischen und ökonomischen Zusammenbruch hat Amerika als die Gelegenheit wahrgenommen, um die Position der einzigen verbliebenen Supermacht gegen alle tatsächliche und mögliche Konkurrenz unangreifbar zu machen. Amerika hat nichts ausgelassen, um den Rechtsnachfolger Russland als eine ziemlich unbeachtliche Macht einzuordnen und in allen Hinsichten zu beschränken. Einerseits durch eine zielstrebige Aufrüstung, die an der Herstellung des Monopols auf weltweite Abschreckung arbeitet, und andererseits durch Anstrengungen, die verbliebenen strategischen Mittel des ehemaligen Gegners unschädlich zu machen. Während schon alle ehemaligen sowjetischen Bündnispartner und die baltischen Sowjetrepubliken in westlichen Besitzstand überführt worden sind, wird dasselbe Programm in dem von Russland beanspruchten ‚nahen Ausland' fortgesetzt. Diese Weltgegend wird mit US-Stützpunkten, Verträgen und ausgesuchtem Führungspersonal versorgt, bis im Idealfall die NATO mit ihren Arsenalen rund um die russischen Grenzen herum Position bezogen hat.

Dass die russische Rechnung, die Gorbatschow gegen alle strategische Bedenken in der sowjetischen Führung durchgesetzt hat, *nicht* aufgegangen ist, die Berechnung auf ein Arrangement mit den USA, bei dem man Sicherheits- und Weltordnungsfragen einvernehmlich mit den USA regeln und sich dadurch eine Menge politischer und ökonomischer Unkosten ersparen könnte, interessiert im Westen weniger. Stattdessen hat man sich dort daran gewöhnt, beim eigenen Weltordnen die Schwäche des russischen Staatswesens einzukalkulieren; dessen Einwände werden im Prinzip überhört bzw. mit einem Recht auf eine folgenlose Anhörung nach Art des NATO-Russland-Rats bedacht und, so gut es geht, praktisch ausgehebelt. Darüber hinaus will sich der Westen seit der Änderung der sowjetisch-russischen Staatsraison und dem russischen

Bekenntnis zu Marktwirtschaft & Demokratie auch noch so etwas wie ein polit-moralisches Recht auf Aufsicht über das Benehmen des früheren Hauptfeinds erworben haben, das er mit der unablässigen Warnung vor der russischen Neigung zum „*Rückfall*" vorträgt und mit dem er sich eine weitreichende Entscheidungskompetenz auch über die Innenausstattung der russischen Staatsmacht zumisst. Während die Leistungen des ersten Präsidenten der Russischen Föderation bei der Zerlegung seines Staatswesens mit Wohlwollen belohnt und unter Demokratie verbucht wurden, haben sich die Erfolge des zweiten russischen Präsidenten bei der Herstellung und Konsolidierung einer russischen Staatsmacht mittlerweile die feste Diagnose von wegen Abbau von Demokratie und Rückkehr zu einer autoritären Richtung eingefangen.

Und das ist nicht bloß ein dahingesagter Rechtsstandpunkt, sondern Amerika sorgt vor; angesichts von „*unberechenbaren Entwicklungsperspektiven in Russland, Nordkorea, dem Iran und China*" fordert der neue amerikanische Verteidigungsminister im US-Kongress ein paar Tage vor der Sicherheitskonferenz eine Aufstockung der US-Streitkräfte für den Fall zukünftiger Konflikte. In dem kooperativen Geist, in dem Amerika mit Russland zusammenarbeitet, nehmen sich die Grenzen zwischen Kooperationspartnern, möglichen und aktuellen Schurkenstaaten zuweilen ziemlich fließend aus.

Von diesem kooperativen Geist ist in Putins Rede tatsächlich nichts zu finden. Unverständlich war sie deswegen noch lange nicht. Der Redner hat sogar allen Ehrgeiz dareingelegt, alle diplomatischen Verunklärungen außen vor zu lassen und zur Abwechslung einmal Klartext zu reden:

„*Das Format der Konferenz bietet mir die Möglichkeit, auf übermäßiges Höflichkeitsgetue zu verzichten und nicht in abgerundeten und angenehmen, dafür leeren diplomatischen Klischees zu sprechen. Das Format der Konferenz bietet die Möglichkeit, das zu sagen, was ich wirklich über die Probleme der internationalen Sicherheit denke. Sollten meine Überlegungen unseren Kollegen übermäßig polemisch zugespitzt oder unexakt erscheinen, bitte ich sie, nicht böse auf mich zu sein, denn das hier ist nur eine Konferenz.*"

Eine umfassende negative Bilanz der monopolaren Weltordnung der USA

Im ersten Teil seiner Rede will sich der russische Präsident allgemein zum Thema Sicherheit in der Staatenwelt äußern und hat dazu als Erstes mitzuteilen, dass es sich dabei um ein Gut handelt, das universell und unteilbar ist. Er schlägt also den Ton an, dass Sicherheit ein vitales Interesse aller Staaten ist, das selbstverständlich zu respektieren ist und zu seinem Recht kommen muss; er geht davon aus, dass sein Publikum das grundsätzlich auch so sieht, und möchte auf der Grundlage einmal zur Diskussion stellen, welches Modell von Weltordnung den Sicherheitsinteressen der Staaten am besten gerecht wird – ihm sind da nämlich mehrere bekannt, namentlich jenes aus den Zeiten der Blockkonfrontation mit seinem Kräftegleichgewicht zwischen den beiden Supermächten, das auf seine Weise ja auch für Sicherheit gesorgt hat, sowie das heute von Amerika verfolgte Konzept einer monopolaren Weltordnung.

Dieser Einstieg ist für sich schon eine reife Leistung. Schließlich weiß der Mann auch, dass Amerika nicht an der Verwirklichung eines Modells arbeitet, mit dem es den Sicherheitsbedürfnissen aller Staaten gerecht werden will, dass es vielmehr *seinen* Sicherheitsinteressen einseitig und gewaltsam in der Welt Geltung verschafft und sich dabei rücksichtslos gegenüber den vitalen Interessen ziemlich vieler anderer Staaten verhält, sie einfach übergeht und beschädigt. Das ist es ja gerade, worunter er leidet – und nicht nur er. Wenn es sich aber Amerika nicht nehmen lässt, für die gewaltsame Exekution seiner Sicherheitsinteressen die Titel einer höheren moralischen Verantwortung und Zuständigkeit für die Weltordnung und damit für ein gedeihliches Miteinander in der Staatenwelt in Anspruch zu nehmen, dann ist der Oberrusse gerne bereit, sich darauf einzulassen. Er lässt es einmal gelten, dass Amerika in bester Absicht handelt, um ihm an diesem Maßstab entlang vorzurechnen, dass das amerikanische Agieren als Weltmacht eine einzige Zumutung für den Rest der Staatenwelt ist. In der kaum noch diplomatischen, die Diplomatie vielmehr entlarvenden Form des Vorwurfs, dass Amerika, wenn es denn die Staaten der

Welt schon mit einer brauchbaren Weltordnung beglücken will, dafür aber ein total verfehltes Konzept gewählt hat, rechnet er mit Amerika ab.

Was soll das überhaupt sein, eine monopolare Weltordnung?

> *„Was ist aber eine monopolare Welt? ... Ein Zentrum der Macht, ein Zentrum der Kraft und ein Zentrum der Beschlussfassung... die Welt eines Herrschers, eines Souveräns... Und das hat mit Demokratie nichts zu tun."*

Eine Nation bestimmt, wo es lang geht, und alle anderen müssen nach ihrer Pfeife tanzen. Wer sich so ein Modell ausdenkt, braucht Russland nicht mehr mit gemeinsamen Interessen und Werten zu kommen, die es zu respektieren hätte:

> *„Übrigens werden uns dauernd Lektionen in Sachen Demokratie erteilt. Aber diejenigen, die uns belehren, wollen aus irgendeinem Grund selber nichts lernen."*

Stur an seinem Leitgedanken festhaltend, dass sich Amerika bei der Wahl des Konzepts vertan hat, macht Putin die USA und das, was sie in Ausübung ihrer Weltordnungskompetenzen anstellen, für den Zustand verantwortlich, in dem sich die Welt befindet. Die Auffassung der USA, dass es die Feinde Amerikas sind, die Unfrieden und Terror in die Welt bringen, lässt er nicht gelten.

> *„Alles, was heute in der Welt geschieht – und wir fangen jetzt erst an, darüber zu diskutieren – ist eine Folge der Versuche, solch eine Konzeption der monopolaren Welt in der Welt einzuführen."*

Er bilanziert, was die USA angerichtet haben und anrichten und stellt die rhetorische Frage in den Raum, ob denn Amerika mit seiner monopolaren Weltordnung die Welt sicherer gemacht hat:

> *„Die einseitigen und des Öfteren unlegitimen Handlungen haben kein einziges Problem gelöst. Mehr noch: Sie haben zu neuen menschlichen Tragödien und zu neuen Spannungsherden geführt... Die Kriege sowie die lokalen und regionalen Konflikte sind nicht weniger geworden... Heute beobachten wir eine fast durch nichts gezügelte und übertriebene*

Anwendung von militärischer Gewalt in den internationalen Angelegenheiten. Einer Gewalt, die die Welt in die Tiefen einander ablösender Konflikte stößt. Als Folge reichen die Kräfte nicht für eine umfassende Lösung zumindest eines einzelnen davon. Auch ihre politische Lösung wird unmöglich."

Und das soll eine Weltordnung sein?! So, durch das angemaßte Recht der USA, den Gewalthaushalt der Welt ihren Interessen gemäß zu kontrollieren und umzukrempeln, kommt keine Stabilität zustande, sondern so ziemlich das Gegenteil: lauter unberechenbare, auch von Amerika nicht mehr zu beherrschende Verhältnisse. Putin rechnet Amerika vor, dass es nicht in der Lage ist, die Kriege, die es anzettelt, erfolgreich zu Ende zu bringen, und sich mit seinem einseitigen Vorgehen in eine Lage hineinwirtschaftet, in der es sich zu immer neuen Kriegen herausgefordert sieht.

„Ich glaube, dass das monopolare Modell für die heutige Welt nicht nur unannehmbar, sondern überhaupt unmöglich ist. Und nicht nur, weil bei der Führung eines Einzelnen in der heutigen Welt weder die militärpolitischen noch die wirtschaftlichen Ressourcen ausreichen würden. Was noch wichtiger ist. Das Modell funktioniert nicht, weil seine Grundlage nicht die moralische Basis der gegenwärtigen Zivilisation ist."

Auch Putin beherrscht es, moralisch-prinzipiell zu werden. Er bezichtigt die USA, die Basis jedes irgendwie gedeihlichen Miteinanders in der Staatenwelt zu zerrütten. Indem sie *ihr* Recht rücksichtslos gegen den Rest der Welt durchsetzen, zerstören sie die gemeinsamen Grundlagen:

„Wir sehen eine immer größere Missachtung der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts. Mehr noch, einzelne Normen, ja eigentlich fast schon das ganze System des Rechts eines Staats, vor allem natürlich der Vereinigten Staaten, hat seine nationalen Grenzen in allen Sphären überschritten: sowohl in der Wirtschaft, als auch in der Politik, als auch im humanitären Bereich, und es wird anderen Staaten aufgedrängt. Na und wem gefällt das? Wem gefällt das?"

Sie stiften Verhältnisse, in denen sich die anderen Staaten mit ihren Interessen und Rechten nicht mehr aufgehoben sehen können, ihre Souveränität nicht mehr respektiert wird. Ihre Weltordnung ist zunehmend eine reine Gewaltordnung, die auf keinem gemeinsamen Willen mehr beruht. Unter ihr sehen sich immer mehr Staaten und andere Subjekte zu Gegengewalt herausgefordert.

> *„Das ist natürlich äußerst gefährlich. Und das führt dazu, dass sich niemand mehr in Sicherheit fühlt. Ich möchte das betonen: Niemand fühlt sich mehr in Sicherheit! Weil sich niemand hinter der schützenden Mauer des Völkerrechts verbergen kann. Eine solche Politik entfacht natürlich das Wettrüsten."*

Amerika ist so ursächlich auch mitverantwortlich für den Terrorismus, den es in der Welt bekämpft:

> *„Die Dominanz des Gewaltfaktors nährt zwangsläufig das Streben einiger Länder nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen. Mehr noch: Es sind prinzipiell neue Bedrohungen entstanden, die zwar auch früher bekannt waren, heute aber einen globalen Charakter annehmen, wie z.B. der Terrorismus."*

An die von der amerikanischen Weltordnung betroffenen Nationen richtet Putin die Frage, ob sie denn mit dieser Lage weiterhin zurechtkommen wollen. Er fordert alle anderen, insbesondere die europäischen Staaten auf, sich der russischen Sicht der Dinge anzuschließen und sich auch einmal zu dem Antiamerikanismus zu bekennen, den sie mit sich herumtragen:

> *„Was er über die Politik der Vereinigten Staaten gesagt habe, spiegele lediglich wider, was in vielen anderen Ländern auch gedacht werde. In einigen Staaten würden die Bedenken lauter angesprochen, in anderen eher hinter vorgehaltener Hand." (Reuters, 14.2.)*

Und er wirbt für ein anderes, multipolares Konzept. Es geht doch auch anders:

> *„Warum muss man denn heute bei jeder Gelegenheit bomben und schießen? Reicht uns denn unter den Bedingungen, wo die Gefahr einer gegenseitigen Vernichtung nicht existiert, die politische Kultur und der Respekt gegenüber den demokratischen Werten und dem Recht nicht aus?"*

Er jedenfalls könnte sich gut eine Weltordnung vorstellen, mit einer Sicherheitsarchitektur, in der nach einer günstigen Balance zwischen den Interessen aller Subjekte der internationalen Beziehungen gesucht wird. Er weiß, dass auch andere potente Mächte schon in den Startlöchern stehen. Multipolarität ist nicht nur möglich, sondern auch unausweichlich, was man am Bruttoinlandsprodukt von Mächten wie Russland, China und Indien ablesen können soll:

> *„Es besteht kein Zweifel daran, dass das Wirtschaftspotential der neuen globalen Wachstumszentren zwangsläufig in politischen Einfluss umgemünzt und die Multipolarität festigen wird."* [3]

Wenn sich ein paar Mächte von solchem Kaliber zusammentun, ist das Vorhaben gar nicht unrealistisch, sich den Amerikanern entgegenzustellen, um ihnen Respekt vor anderen Staaten beizubringen, zumal sich Amerika mit seinen jetzigen Kriegen schon um einiges in Richtung eines ‚imperial overstretch' vorwärtsbewegt hat. Dabei steht Russland mit seinen Mitteln als berechenbare Adresse zur Verfügung.

---

[3] In dem Sinn missioniert Putin auch kräftig in der Welt. Im Anschluss an die Konferenz besucht er mit Saudi-Arabien, Katar und Jordanien drei Staaten, die reichlich Gründe haben, mit der monopolaren Weltordnung unzufrieden zu sein; der Russe versteht das gut und kann seinen Partnern auch einiges an interessanten Geschäften bis hin zu Waffen bieten. Währenddessen trifft sich Außenminister Lawrow mit dem chinesischen und indischen Außenminister, die drei wollen für eine *„gleichgewichtigere multipolare Weltordnung"* zusammenarbeiten. Indien gibt bekannt, dass es das von den USA missbilligte Pipeline-Projekt mit dem Iran dennoch realisieren und sich den Umgang mit Schurkenstaaten nicht vorschreiben lassen will.

Damit ist die Ankündigung in der Welt, dass sich Russland für einen neuen Standpunkt in der Weltpolitik stark macht. Putin hat Russland als die Macht präsentiert, die dem durch die Weltordnung der USA produzierten weltweiten Antiamerikanismus eine Vorlage gibt, ihm eine praktische Perspektive eröffnen und sich an die Spitze einer anti-amerikanischen Sammlungsbewegung stellen will.

In Moskau hat man sich offensichtlich von den Zurückweisungen der eigenen Versuche, durch Kooperationsbereitschaft Rücksicht auf eigene Interessen zu erwirken, belehren lassen. Man hat sich davon überzeugen lassen, dass Kooperation unter der amerikanischen Vorherrschaft immer darauf hinausläuft, dass man für die amerikanische Kriegspolitik instrumentalisiert, entsprechend unter Druck gesetzt und mit Sanktionen traktiert wird. Wenn Russland seine Interessen zur Geltung bringen will, kommt es nicht darum herum, Widerspruch einzulegen und Widerstand anzukündigen, bevor z.B. die USA den nächsten Krieg eröffnen, die nächste Weltgegend verwüsten und für alle anderen politischen Rechnungen unbrauchbar machen... Diese Wende kündigt der russische Präsident an, nicht auf offizieller Ebene, sondern nur in informellem Rahmen, eingeleitet mit der Klausel, dass er nur einmal seine ehrliche Meinung sagt, die aber an Deutlichkeit nicht viel zu wünschen übrig lässt.

Strategische Verschiebungen auf Kosten Russlands

Im zweiten Teil seiner Rede nimmt Putin eine andere Perspektive ein. Er macht klar, dass sich Russland als Adressat von Angriffen herausgefordert sieht, die von Amerika und seinen Verbündeten ausgehen, listet auf, in welchen Hinsichten deren Politik russische Sicherheitsinteressen beschädigen, und wirft die Frage auf, wie sich Russland dazu stellen soll.

Auch das ein kleiner Kunstgriff hart an der Grenze dessen, was sich diplomatisch noch machen lässt. Putin stellt nämlich unmissverständlich klar, dass er keineswegs bereit ist, die Verletzung russischer Sicherheitsinteressen hinzunehmen; dass sich Russland

dagegen vielmehr wappnen und dagegenhalten wird, wenn sich daran nichts ändert. Diese Klarstellung präsentiert er seinem Publikum jedoch in der Form, dass er es dazu einlädt, einmal die russische Perspektive einzunehmen und sich zu überlegen, wie eigentlich der Umgang zu verstehen ist, den der Westen mit Russland pflegt.

Putin beklagt eine Stagnation im Abrüstungsbereich. Es gibt Verträge, Russland hält sie ein, die andere Seite aber lässt völlig im Unklaren, was von ihr als Vertragspartner noch zu halten und zu erwarten ist, ob sie sich überhaupt noch an diese Verträge gebunden sieht.

> *„Mit den Vereinigten Staaten von Amerika haben wir die Reduzierung unserer Kernwaffenpotentiale auf den strategischen Trägermitteln auf 1700 bis 2200 nukleare Gefechtsköpfe bis zum 31. Dezember 2012 vereinbart. Russland ist entschlossen, die übernommenen Verpflichtungen strikt einzuhalten. Wir hoffen, dass auch unsere Partner genauso transparent handeln und nicht etwa ein paar hundert nukleare Gefechtsköpfe ‚für alle Fälle' zurücklegen werden."*

Die Amerikaner weigern sich aber, sich in diesem Punkt eindeutig festzulegen.

> *„Wenn uns der neue Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten heute erklären wird, dass die Vereinigten Staaten diese überzähligen Gefechtsköpfe nicht in Waffendepots, ‚unter dem Kopfkissen' oder ‚unter der Decke' verstecken werden, so fordere ich alle auf, das stehend zu begrüßen."*

Den ABM-Vertrag haben die USA gekündigt, arbeiten an Raketenabwehrsystemen und bauen jetzt die ersten Elemente in Europa auf. Was soll man von den Beteuerungen halten, das wäre nicht gegen Russland gerichtet? Zumal die offizielle Begründung der Notwendigkeit solcher Abwehrsysteme ausgesprochen fadenscheinig ist:

„Raketenwaffen mit einer Reichweite von 5000 bis 8000 Kilometern, die Europa real bedrohen würden, hat keines der sogenannten ‚Problemländer'. Solche wird es auch in absehbarer Zukunft nicht geben, damit ist nicht einmal zu rechnen. Selbst ein hypothetischer Abschuss beispielsweise einer nordkoreanischen Rakete gegen das US-Territorium über Westeuropa – das widerspricht eindeutig den Gesetzen der Ballistik – wie wenn man mit der rechten Hand ans linke Ohr fassen würde, wie man bei uns in Russland sagt."

Aber wie auch immer das gemeint sein könnte – vielleicht gehen die Gesetze der Ballistik ja in dem Fall seltsame Wege –, der Aufbau dieser Systeme in Europa stellt jedenfalls einen Angriff auf das russische Potential dar, mit dem noch ein gewisses strategisches Gleichgewicht aufrechterhalten wird:

„Heute ist es zwar uneffektiv und wir wissen nicht genau, ob es überhaupt einmal effektiv sein wird. Theoretisch aber wird es gerade zu diesem Zweck entwickelt. Das bedeutet, dass wir hypothetisch davon ausgehen, dass einmal der Zeitpunkt kommen wird, wo die eventuelle Bedrohung durch unsere Nuklearkräfte völlig neutralisiert wird. Wenn dem aber so ist, so bedeutet das, dass das Kräftegleichgewicht absolut zerstört wird und dass bei einer der Seiten das Gefühl einer völligen Sicherheit entstehen wird, was ihr Handlungsfreiheit geben würde, und zwar nicht nur in lokalen, sondern vielleicht bereits auch in globalen Konflikten." [4]

Des weiteren beklagt Putin den Krisenzustand des Vertrages über die konventionelle Rüstung in Europa:

„Der angepasste Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa wurde 1999 unterzeichnet. Er berücksichtigte die neue geopolitische Realität – die Auflösung des Warschauer Pakts. Sieben

[4] Zu welchen strategischen Berechnungen sich die USA mit der Aufstellung von Raketenabwehrsystemen ermächtigen, von welchen strategischen Beschränkungen sie ihre Kriegsfähigkeiten damit freisetzen wollen, wird in GegenStandpunkt 3-2000 erläutert: Wozu brauchen die USA ein nationales Raketen-Abwehr-System?

Jahre sind inzwischen vergangen, und nur vier Staaten, einschließlich der Russischen Föderation, haben dieses Dokument ratifiziert. Die NATO-Länder haben offen erklärt, dass sie den Vertrag, einschließlich der Bestimmungen über die Flankeneinschränkungen (über die Stationierung einer bestimmten Zahl von Streitkräften an den Flanken), nicht ratifizieren werden, solange Russland seine Stützpunkte in Georgien und Moldawien nicht geschlossen hat."

Während Russland mit Unterzeichnung des Vertrags die „Realität" förmlich anerkennt und mitträgt, dass ihm alle ehemaligen Bündnispartner abhandengekommen sind, während es faktisch akzeptiert hat, dass dieselben als neue Mitglieder der NATO auftauchen, während also NATO und USA mit ihrer Osterweiterung schon das gesamte strategische Kräfteverhältnis in Europa gekippt haben, weigert sich die westliche Seite anzuerkennen, dass für sie irgendetwas Verbindliches aus dem Vertrag folgt. Mehr noch, sie versucht, Russland mit seinem Interesse am Zustandekommen des Vertrags dazu zu erpressen, auch noch militärische Positionen in der GUS zu räumen, indem sie den Rückzug aus Georgien und Transnistrien zur Voraussetzung für die Ratifizierung des Vertrags macht. Auch darüber lässt Russland noch mit sich reden:

„Aus Georgien werden unsere Truppen abgezogen, sogar in einem beschleunigten Verfahren... In Moldawien bleibt eine Gruppierung von 1500 Armeeangehörigen, die Friedensfunktionen wahrnehmen und Munitionsdepots aus der Sowjetzeit bewachen. Wir besprechen mit Herrn Solana diese Frage ständig, er kennt unsere Position. Wir sind bereit, auch weiter in diesem Bereich zu arbeiten."

Aber was nutzt das, wenn der Westen gar nicht bereit ist, im Gegenzug Russlands vertragliche Rechte zur Mitsprache beim konventionellen Militäraufbau in Mitteleuropa anzuerkennen, stattdessen seine militärischen Strukturen weiter in Richtung russische Grenzen vorschiebt?

„Was geschieht aber zum gleichen Zeitpunkt? Zum gleichen Zeitpunkt werden in Bulgarien und Rumänien so genannte leichte amerikanische

vorgeschobene Basen mit jeweils 5 000 Soldaten stationiert. Das bedeutet also, dass die NATO ihre Vortrupps an unsere Staatsgrenzen heranrückt, während wir den Vertrag strikt einhalten und auf dieses Vorgehen in keiner Weise reagieren."

Womit haben wir es da zu tun? Putin kann die albernen Beschwichtigungsformeln von wegen ‚ist nicht so gemeint' nicht mehr hören: Erstens ist der Aufbau eine massive Verletzung russischer Sicherheitsinteressen, zweitens richtet er sich gegen Russland – gegen wen denn sonst?! Drittens werden dadurch die Beziehungen ernsthaft beschädigt, und viertens, auch daran meint er, einmal erinnern zu müssen, handelt es sich um einen Vertragsbruch:

„Ich denke, dass es offensichtlich ist: Der Prozess der NATO-Erweiterung hat mit einer Modernisierung der Allianz selbst oder mit der Gewährleistung der Sicherheit in Europa nichts zu tun. Im Gegenteil: Dies ist ein ernsthafter provokativer Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens herabsetzt. Wir haben ein gutes Recht, offen zu fragen: Gegen wen ist diese Erweiterung gerichtet? Und was ist mit den Versicherungen geworden, die von westlichen Partnern nach der Auflösung des Warschauer Vertrages gegeben wurden? Wo sind diese Erklärungen heute? An diese erinnert sich niemand mehr. Ich gestatte mir aber, in diesem Raum daran zu erinnern, was gesagt wurde. Ich möchte ein Zitat aus der Rede des NATO-Generalsekretärs Wörner am 17. Mai 1990 in Brüssel anführen. Er sagte damals: ‚Die Tatsache, dass wir bereit sind, keine NATO-Truppen außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.' Wo sind diese Garantien?"

„Ich habe die Garantien schon erwähnt, die uns gegeben, aber nicht eingehalten wurden. Ist das normal für internationale Angelegenheiten?"

Putin kennt schon die dummdreiste Technik, die die russischen Einwände gegen das Vorrücken der NATO damit für gegenstandslos erklärt, dass es der NATO doch immer bloß um Demokratie, ums Wählen und Meinen und all diese schönen Dinge geht.

Sie ist ihm ja auf der Konferenz auch sofort wieder mehrfach entgegengehalten worden:

> *„Wer kann sich denn Sorgen machen, wenn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit näher an die Grenzen rücken?" (NATO-Sekretär de Hoop Scheffer)*

> *„Geben Sie zu, dass es sich bei der Erweiterung um eine Selbstbestimmung der demokratischen Staaten handelt, die selber diesen Weg eingeschlagen haben?... Können Sie eingestehen, dass die Erweiterung der NATO die Ostgrenzen sicherer macht? Warum haben Sie Angst vor Demokratie?" (Markus Meckel)*

Deswegen baut Putin die Zurückweisung in seine Rede gleich ein: Dann soll die NATO halt bitte Wahlurnen und keine AWACs oder Raketen an die russischen Grenzen stellen. Wie er dem Publikum in der Art eines Sonderschullehrers noch einmal vorbuchstabiert, lassen sich nämlich mit ein bisschen gutem Willen ein Militärbündnis, seine Expansion und seine strategischen Ziele durchaus von den Titeln unterscheiden, die zu seiner Legitimation benützt werden:

> *„Die Erweiterung der militärischen Infrastruktur in der Nähe unserer Grenzen hat hier mit dem demokratischen Auswahlrecht einzelner Staaten nichts zu tun. Diese beiden Begriffe dürfen nicht verwechselt werden."*

Bei der Gelegenheit bemüht sich der russische Präsident auch um die fälligen Klarstellungen zum Thema Demokratie und zu den Versuchen, sie in den GUS-Raum sowie nach Russland zu exportieren. Er redet darüber, wie im Rahmen der OSZE vermittels NGOs und bunter Revolutionen auf die Machtübernahme durch westliche Vasallen hingearbeitet wird, damit die dann, einmal an der Macht, das Bedürfnis verspüren, sich in die westlichen Bündnisse hineinzubegeben, so dass die Beschlagnahme des russischen Glacis durch die NATO die Form der freien nationalen Selbstbestimmung erhält. Auch in dem Zusammenhang gibt sich

Putin viel Mühe zu unterscheiden, was die andere Seite gerne in eins setzt:

> *„Es wird versucht, die OSZE in ein vulgäres Instrument für die Wahrnehmung der außenpolitischen Interessen eines Landes oder einer Gruppe von Ländern gegenüber anderen Ländern zu verwandeln... Für diese Aufgabe wurde auch das Verfahren der Beschlussfassung und der Nutzung der so genannten Nichtregierungsorganisationen zugeschnitten, die formell zwar unabhängig sind, dafür aber zielbewusst finanziert werden und dementsprechend kontrollierbar sind... „*

Russland anerkennt zwar weiterhin die OSZE als Forum einer europäischen Interessenabstimmung, das bedeutet aber nicht, dass man sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen soll, geschweige denn diesen vorschreiben, wie sie zu leben und sich zu entwickeln haben.

Er legt offen, dass seine imperialistischen Partner OSZE, NGOs und Menschenrechte als Instrumente einsetzen, um ihre Zuständigkeit auf Russland und dessen Nachbarn auszuweiten. Er erläutert also höflich, welcher *Interessengegensatz* der Sache nach, unter Berufung darauf, dass gegen die demokratischen Verfahren und Werte doch niemand etwas haben kann, betrieben wird. Außerdem macht er darauf aufmerksam, dass mit den Resultaten einer solchen Einmischungspolitik auch niemand zufrieden sein kann:

> *„Eine solche Einmischung trägt keinesfalls zur Entstehung wahrhaft demokratischer Staaten bei, sondern sie treibt diese Länder in Abhängigkeit und dann auch in eine politische und wirtschaftliche Instabilität.“*

Gemeint sind da Georgien, das sich seit dem Machtwechsel als Kriegstreiber im südlichen Kaukasus betätigt und zunehmend in einen US-Stützpunkt verwandelt; die Ukraine, die seit der westlich protegierten Machtübernahme in einen Zustand von Unregierbarkeit geraten ist, weil sich Präsident und Regierung im Namen unvereinbarer Linien das Regieren bestreiten; schließlich Kirgisien, wo die Aufmärsche vor dem Parlament und die dortige Sorte

Bürgerkrieg zur Dauereinrichtung geworden sind. Lauter Fälle von ziemlich haltlosen Zuständen.

Da dieselben mit dem Titel Demokratie legitimierten Methoden, mit denen die Herrschaftsposten in der GUS mit westlichen Kreaturen besetzt werden sollen, auch an Russland ausprobiert werden, erklärt der Präsident auch hier die Sache noch einmal ganz von vorne. Wenn die russische Regierung derartigen Bemühungen mit einem Gesetz entgegentritt, das NGOs zur Offenlegung ihrer auswärtigen Finanzquellen verpflichtet, dann braucht sie sich den stereotypen Vorwurf der Missachtung demokratischer Regeln deswegen noch lange nicht gefallen zu lassen:

> *„Wenn diese nichtstaatlichen Organisationen im Grunde genommen von ausländischen Regierungen finanziert werden, so betrachten wir das als ein Instrument ausländischer Staaten bei der Realisierung einer Politik gegenüber unserem Land. Das ist der erste Punkt. Und der zweite: In allen Ländern gibt es bestimmte Regeln für die Finanzierung beispielsweise von Wahlkampagnen. Über die nichtstaatlichen Organisationen erfolgt die Finanzierung aus Regierungsquellen anderer Länder. Wie kann das angehen? Ist das etwa eine normale Demokratie? Das ist eine latente, vor der Gesellschaft verborgene Finanzierung. Was ist daran demokratisch? Können Sie mir das sagen? Nein. Das können Sie nicht. Und das werden Sie niemals können. Weil das keine Demokratie ist, sondern eine Beeinflussung des einen Staates durch einen anderen."*

Das hindert freilich die Gegenseite in keiner Weise, in der anschließenden Diskussion gebetsmühlenartig sogleich wieder den Vorwurf von Demokratiedefiziten vorzubringen:

> *„Sie haben von der Gefahr einer einpolaren Welt gesprochen... In Russland beobachten wir eine einpolare Regierung, in der sich konkurrierende Einflusszentren dem Parteikurs fügen müssen, seien es die Staatsduma oder regionale Regierungen..." (Kenneth Roth von Human Rights Watch)*

Will sagen: Einem, der zu Hause keine Parteienvielfalt vorzuweisen hat, können Demokraten kein Recht auf Kritik

internationaler Verhältnisse zugestehen. Aber wenn es den freisinnigen Diskussionsbeiträger wirklich interessieren sollte, informiert ihn der Russe gerne über das Parteienspektrum in der Duma:

> *„Im jetzigen russischen Parlament sind... politische Kräfte, die ganz unterschiedliche Anschauungen haben... Wenn Sie das nicht wissen, sollten Sie mit der Leitung der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und dann mit dem Chef der Liberaldemokraten, Herrn Schirinowski, sprechen. Sie würden dann sofort den Unterschied merken."* [5]

Welche Alternativen im Angebot sind

Russlands Staatschef konfrontiert sein Publikum mit der Klarstellung, dass sich Russland nichts vormacht über die strategischen *Absichten* der USA und ihres Militärbündnisses. Er will es der Gegenseite auch nicht durchgehen lassen, dass sie mit ihren diplomatischen Formeln die Sachlage verunklärt bzw. auf eine denkbar plumpe Weise bestreitet:

> *„Fürwahr: Die Vereinigten Staaten entwickeln angeblich keine Offensivwaffen. Jedenfalls weiß die Öffentlichkeit nichts davon. Dabei entwickeln sie diese ganz bestimmt. Wir werden jetzt aber nicht danach*

[5] Es ist immer wieder beeindruckend, in welcher Variationsbreite und mit welcher Standfestigkeit demokratische Politiker das Totschläger-Argument ‚Demokratie' einzusetzen verstehen: Meckel von der SPD hält den in die Runde gerufenen Namen ‚Politkowskaja' für eine schlagende Widerlegung von Putins Bilanz der Weltlage; der Sprecher der CDU, von Klaeden, erklärt die gesamte Rede zu einer Themaverfehlung, weil er sich eigentlich ein Sündengeständnis von Putin in Sachen Demokratie gewünscht hätte:

„Putin habe die Gelegenheit verpasst, die Sorgen des Westens über die innen- und außenpolitische Zukunft des Landes zu zerstreuen. ‚Er hat keine der Fragen über die Entwicklung von Justiz, Pressefreiheit und Pluralismus in Russland beantwortet.'" (Focus 12.2.)

fragen. Wir wissen, dass die Entwicklung im Gange ist. Wir tun aber so, als ob wir das nicht wissen."

Er ist nicht mehr bereit, diese Spielchen mitzumachen, stellt klar, dass Russland auf die strategischen Angriffe der anderen Seite angemessen reagieren wird, dass es dafür auch die nötigen Mittel hat. Wenn er jetzt immer zu hören bekommt, dass sich Russland durch die US-Systeme nicht angegriffen zu fühlen braucht, dann braucht sich die andere Seite über die russischen Gegenmaßnahmen ja auch nicht aufzuregen:

„Ich möchte niemanden einer Aggressivität verdächtigen. Das System der Beziehungen ist aber wie Mathematik. Es kennt keine persönliche Dimension. Und wir müssen natürlich darauf reagieren... Wie? Entweder müssen wir ein Raketenabwehrsystem aufbauen, das viele Milliarden kosten würde, oder angesichts unserer heutigen wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten eine asymmetrische Antwort geben. Damit das alle verstehen: Das Raketenabwehrsystem ist zwar da, gegenüber Russland ist es aber sinnlos, weil wir Waffen haben, die es leicht überwinden. Diesen Weg werden wir auch gehen. Das kommt uns billiger. Das ist aber in keiner Weise gegen die Vereinigten Staaten gerichtet. Wenn Sie sagen, dass das Raketenabwehrsystem nicht gegen uns gerichtet ist, so sind auch unsere neuen Waffen nicht gegen Sie gerichtet. Ich bin damit völlig einverstanden."

Er karikiert die Arroganz der Weltmacht USA, die ihrem angeblichen Partner eine neue strategische Waffenkategorie vor die Haustür stellt, die das Unterpfand der Weltmächtigkeit Russlands, die strategische Bedeutung seiner Raketenstreitmacht, angreift, und ihren Präsidenten versichern lässt, ‚nichts für ungut, wenn wir euch fertigmachen, wir beide verstehen uns menschlich doch prächtig'. Dafür revanchiert sich der russische Präsident einmal kurz, indem er seinem Freund Bush, der es ja auch nicht leicht hat mit seinem Job, sein herzliches Mitgefühl bezeugt. Ansonsten teilt er mit, dass sich Russland von einem schulterklopfenden Ami-Häuptling nicht davon abhalten lassen wird, seine Außenpolitik an

den objektiven Sachverhalten auszurichten, die ihm Amerika präsentiert.

> *„Hier bin ich mit meinem Kollegen und Freund völlig einverstanden – ich, wissen Sie, habe keine Angst, dieses Wort zu gebrauchen, denn bei allen Meinungsdifferenzen betrachte ich den Präsidenten der Vereinigten Staaten als meinen Freund. Er ist ein anständiger Mensch, und ich weiß, dass er in den Vereinigten Staaten für alles verantwortlich gemacht wird, was in der internationalen Arena und innerhalb des Landes geschieht. Also, wenn wir miteinander sprechen, sagt er: ‚Ich gehe davon aus, dass Russland und die USA nie mehr Gegner oder Feinde werden.' Ich bin mit ihm einverstanden. Aber ich wiederhole noch einmal: Das ist diese Symmetrie bzw. Asymmetrie. Nichts Persönliches, reine Kalkulation."*

Wenn gegen Russland aufgerüstet wird, wird dagegengehalten, und zwar in der Weise, wie es Russland für zweckmäßig hält: Die USA sollen sich keine Hoffnung auf ein neues Totrüsten machen, darauf, dass Russland an seinen Mitteln scheitert – was auch als Botschaft an die eigene Nation gedacht ist: Man soll sich dort keine Sorge machen, dass sich eine Politik wiederholt, die laut offizieller russischer Geschichtsbewältigung der Fehler der Sowjetunion gewesen sein soll.[6]

---

[6] Andererseits würdigt er das „Gleichgewicht" im Kalten Krieg ausdrücklich in der Hinsicht, dass es – im Unterschied zum „monopolaren" System – Sicherheit garantiert hat.

„*Welchem Umstand haben wir es in den zurückliegenden Jahrzehnten zu verdanken, wenn wir schon davon sprechen, dass es eine Konfrontation gegeben hat, dass es in der Periode der Konfrontation zwischen beiden Supermächten und beiden Systemen dennoch nicht zu einem großen Krieg gekommen ist? Wir sind dem Kräftegleichgewicht zwischen diesen beiden Supermächten verpflichtet. Es gab ein Gleichgewicht und die Angst vor gegenseitiger Vernichtung. Die eine Seite hatte in letzter Zeit Angst, einen Schritt zu viel ohne Rücksprache mit der anderen Seite zu unternehmen. Das war ein zerbrechlicher Frieden, der natürlich mit einer gewissen Angst verbunden war. Er war aber recht zuverlässig, wie es sich herausstellt. Jetzt aber erscheint er nicht mehr so zuverlässig.*"

Der Präsident macht sein Publikum mit der Überlegung bekannt, dass sich Russland nicht mehr an den INF-Vertrag gebunden sehen und neue Mittelstreckenraketen aufstellen könnte:

> *„In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass die UdSSR und die Vereinigten Staaten in den 1980er Jahren einen Vertrag über die Beseitigung einer ganzen Klasse von Kurz- und Mittelstreckenraketen unterzeichnet haben. Diesem Dokument wurde aber kein universeller Charakter verliehen. Heute haben bereits mehrere Länder solche Raketen: Nord- und Südkorea, Indien, Iran, Pakistan und Israel. Viele Staaten der Welt entwickeln solche Systeme und wollen sie in den Dienst stellen... Natürlich müssen wir uns unter diesen Bedingungen Gedanken über die Gewährleistung unserer Sicherheit machen."*

Zumal ja die USA vorgemacht haben, dass sich Rüstungsabkommen auch wieder aufheben lassen.[7] Angesichts dieser

[7] „*Russland könne einseitig aus dem Vertrag über die Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen (INF-Vertrag) aussteigen, sagte der russische Generalstabschef Juri Balujewski am Donnerstag vor Journalisten. Die Teilnahme Russlands am Vertrag sei von den US-Schritten im Bereich der Raketenabwehr abhängig, betonte er. Der Abrüstungsvertrag über Mittel- und Kurzstreckenraketen sei zwar unbefristet, ‚doch jede Partei kann ihn kündigen, wenn sie überzeugende Argumente hierfür vorbringt'. ‚Russland hat solche überzeugenden Argumente', sagte Balujewski. Nach Abschluss des INF-Vertrags ‚musste Russland leider auf viele einzigartige Systeme verzichten', stellte der Generalstabschef fest.*

Auf die Frage, ob sich Russland weiter an den INF-Vertrag halten würde, sagte Balujewski, das hänge von den Schritten der amerikanischen Partner ab. Dabei verwies er auf die geplante Aufstellung der US-Raketenabwehr in Osteuropa." (RIA Novosti, 15.2.)

Zur Verdeutlichung der Mitteilung hat der russische Verteidigungsminister den Verzicht auf diese Waffenkategorie vor dem russischen Parlament regelrecht als Fehler deklariert: „*Bei einer Anhörung in der Staatsduma gab Iwanow zu, dass bei der Sicherung der Verteidigungsfähigkeit des Landes Fehler begangen wurden. ‚Der Ernsthafteste davon, der auf unsere heutige Sicherheit nachgewirkt hat, war meiner Meinung nach die Vernichtung einer ganzen Klasse von Raketenwaffen – von Mittelstreckenraketen. So etwas würde ich nie tun', sagte Iwanow. Er verwies darauf, dass Dutzende von Ländern inzwischen über Mittelstrecken-*

Handhabung, meint der Präsident, steht auch Russland das Recht zu, die Revision alter Verträge ganz nach seinem aktuellen Bedarf in Betracht zu ziehen. Putin kann sich aber auch eine Wiederbelebung der Rüstungsdiplomatie vorstellen. Demnächst wird der Entwurf eines Vertrages über die Verhinderung einer Waffenstationierung im Weltraum vorgelegt. Außerdem ließe sich doch noch einiges tun für die Festigung des Non-Proliferations-Regimes, woran Amerika doch durchaus interessiert sein müsste. Anhand dieser Vorschläge wird sich die Frage weiter klären lassen, ob sich die USA überhaupt noch zu so viel Anerkennung ihres früheren Kontrahenten in Sachen Rüstungskontrolle bereitfinden mögen, ernsthafte Verhandlungen zu führen.

Damit ergeht an die Adresse der amerikanischen Weltmacht die unmissverständliche Anfrage, wie sie es denn haben will. Die USA sollen sich überlegen, ob sie auf das Geschäft der einvernehmlichen Rüstungskontrolle wirklich verzichten wollen. Oder sind sie bereit, mit Russland eine Kooperation einzugehen, in der dessen Interessen Berücksichtigung finden? Wenn sie aber so weitermachen wie bisher, dann wird sich Russland umstellen.

An die Adresse der Europäer ergeht die Botschaft, dass sie Stellung beziehen werden müssen. Man wird ja fragen dürfen, ob sich Europa seine Emanzipation *so* vorgestellt hat? Als Hilfstruppe Amerikas und Abstellplatz für dessen Verteidigungssysteme?[8] Und die Länder, die sich als Aufstellungsort hergeben, sollten zur Kenntnis nehmen, dass sie sich nach der Logik der strategischen Rechnungen damit zum Angriffsziel machen. Die europäischen

raketen verfügen. ‚Nur wir allein und die USA dürfen diese Waffe nicht besitzen. Brauchen könnten wir sie eigentlich doch', sagte Iwanow." (RIA Novosti, 7.2.)

[8] „*Die Stationierung der amerikanischen Raketenabwehr in Europa hat nicht nur eine militärische, sondern auch eine symbolische Bedeutung. 15 Jahre nach Ende des Kalten Krieges sollen offenbar Bedingungen geschaffen werden, in denen der Kontinent erneut nicht ohne amerikanischen Schutz und nur mit einer verstärkten Militärpräsenz der Amerikaner auskommt. Das Bestreben der Europäischen Union, eigene militärische Strukturen zu schaffen, dürfte folglich nur unter amerikanischer Aufsicht erfolgreich sein."* (Verteidigungsminister Iwanow, SZ, 8.2.)

Staaten können jedenfalls nicht beides haben: einerseits als NATO-Partner der USA an der Einkreisung Russlands mitwirken und andererseits von nützlichen Beziehungen zu Russland profitieren. Ihren Muldenschleicher, zusammen mit den USA die Beschneidung russischer Macht zu betreiben und gleichzeitig in allen möglichen luftigen diplomatischen Floskeln eine Partnerschaft mit Russland zu beschwören, können sie sich jedenfalls abschminken. Deshalb nochmal ein ironisch verfremdeter Klartext zum Schluss:

> *„Unsere europäischen Partner rufen Russland sehr oft auf, eine aktivere Rolle in den internationalen Angelegenheiten zu spielen. Ich gestatte mir eine kleine Bemerkung dazu. Es ist kaum notwendig, uns dazu anzuregen. Russland ist ein Land mit einer mehr als eintausend Jahre alten Geschichte und hat fast immer eine unabhängige Außenpolitik betrieben. Wir wollen diese Tradition auch heute nicht aufgeben."*

Europa, das seine Berechnungen, sich die russischen Mittel zunutze zu machen, wie eine freundliche Entwicklungshilfe ausgibt, wenn es z.B. für seine weltordnerischen Ambitionen Russland ins Boot holen möchte, das schon die Phrase von der „strategischen Partnerschaft" wie ein enormes Entgegenkommen präsentiert – dieses Europa sollte sich allmählich daran gewöhnen, mit Russland auf gleicher Augenhöhe, mit dem nötigen Respekt zu verkehren. Russland, teilt Putin seinen Gesprächspartnern mit, agiert schon autonom, genau das erwartet er umgekehrt von seinen europäischen Adressaten:

> *„Wir schätzen unser Potential realistisch ein und möchten es mit ebenfalls verantwortungsbewussten und selbständigen Partnern zu tun haben und mit ihnen eine gerechte und demokratische Weltordnung aufbauen, in der Sicherheit und Prosperität nicht nur Auserwählten, sondern allen garantiert sind."*

Putin stellt die Partnerschaft mit Europa unter eine Bedingung, er kann sich schon Bündnisverhandlungen vorstellen, aber nur mit einem Europa, das sich von seiner Vasallenrolle emanzipiert, das sie auch einmal offiziell aufkündigt, speziell in der antirussischen

Fassung. Dann könnten die europäischen Staaten auch an der Macht Russlands partizipieren.

*

Als ob nicht gerade Putin den Vorwurf vorgebracht hätte, der Westen benehme sich wie zu Zeiten des Kalten Kriegs, gibt man sich im Westen entrüstet. Putin hätte mit seinen Rede (!) das Signal für die Auslösung eines neuen Kalten Krieges gegeben, sodass für die Auseinandersetzung um diesen trostlosen Titel auch gleich die Schuldfrage geklärt wäre.

2009

Russland streicht der Ukraine den Vorzugspreis für Gas

Ein klarer Fall von politischem Verstoß. Anmerkungen zur Unabhängigkeit der Ukraine[9]

Anfang Januar eskaliert wieder einmal der Streit zwischen Russland und der Ukraine um den Gaspreis, so dass in Europa kein Gas mehr ankommt. Die öffentliche Befassung mit der Sache erfolgt durchgängig im Beschwerdeton – Wo bleibt unser Gas? –, der eine flotte Einigung der streitenden Nationen verlangt, vor allem von einer: Russland soll aufhören, seine Energiemacht wieder einmal als politische Waffe zu missbrauchen. Womit wohl weniger gesagt sein soll, dass Energiepreise normalerweise auf den Bäumen wachsen. Mit der Verwendung des Attributs politisch wollen die Experten einen speziellen Sachverhalt ‚entlarven': Wenn Russland von der Ukraine jetzt auf einmal Weltmarktpreise verlangt, will es nicht einfach wie andere zivilisierte Teilnehmer im globalisierten Kapitalismus für seine Ware nehmen, was zu holen ist, sondern den Partner erpressen. Vor lauter Empörung darüber, dass Russland der Ukraine alte Vorzugskonditionen kündigt, Weißrussland aber beispielsweise nicht bzw. nicht auf dieselbe Art, entgeht den Betrachtern ganz, dass die dann wohl 18 Jahre lang gültig gewesen sein müssen. Schon interessant, dass nicht die *Ausnahme* von dem in Europa angewandten Preismechanismus als Politikum wahrgenommen wird, sondern die von Russland vorgenommene *Korrektur*, und dass Russland ausgerechnet da Imperialismus vorgeworfen wird, wo es die Ausnahme von den weltmarktgängigen Preisformeln aufheben will.

„Politisch" ist der Streit um den Gaspreis also offensichtlich noch in ganz anderer Hinsicht. In diesem Streit kommt nämlich regelmäßig

[9] Gegenstandpunkt 1 - 2009

1. der Widerspruch der ukrainischen Staatsraison

auf den Tisch. Der Haken bei dem Programm, sich zu den westlichen Mächten hin- und von Russland wegzudefinieren,[10] das hierzulande mit dem Titel *Unabhängigkeit* versehen und als gewissermaßen waldursprüngliches Bedürfnis und unbestreitbares Recht der Nation legitimiert wird, besteht darin, dass auf den als Abhängigkeit deklarierten Umständen immer noch das ökonomische Leben und Überleben der Nation beruht.

Dieser Widerspruch spitzt sich notwendigerweise Jahr um Jahr am Thema Gaspreis zu, weil der von vorneherein etwas ganz anderes ist als ein x-beliebiger Preis; er definiert vielmehr ein

[10] Dies die Kurzfassung der Staatslinie, die mit der sogenannten „orangen Revolution" an die Macht gekommen ist. Es gehört zur Spezialität dieses Staatswesens, dass es nicht einfach eine Staatsraison hat, sondern sich an der Definition einer solchen seit seiner Gründung abarbeitet, und zwar deshalb, weil es in einer heiklen geopolitischen Lage auf die Welt gekommen ist: zwischen potenten Lagern bzw. Staaten und selber so groß und potent, dass es garantiert nicht mit Desinteresse von deren Seite rechnen kann. Die Nation sucht einen Weg in der Konkurrenz dieser Mächte, die das zwischen ihnen befindliche Gebilde unter ihre Interessen subsumieren, es als Glacis, Puffer oder Ähnliches verplanen bzw. ganz beschlagnahmen wollen. So wird die Ukraine in die Machtkonkurrenz Dritter verwickelt und knüpft ihre Berechnungen daran. „Unabhängigkeit" ist die Formel für die Spielart, die vor vier Jahren, nicht zuletzt dank tatkräftiger Unterstützung durch die Paten im Westen, die Oberhand gewonnen hat: Anstelle von Neutralität oder der zuvor gültigen „Mehr-Vektoren-Politik" (aus westlicher Optik: „Schaukelpolitik") zielt der Versuch darauf, sich auf die machtvollere Seite zu schlagen, um etwas von deren Macht zu erben, statt bestimmt zu werden, also selber mehr bestimmen zu können. Damit hat man dann zwar respektgebietende Schutzmächte und deren gewichtige Interessen auf seiner Seite, aber keineswegs alle Bedingungen für ein funktionierendes Staatsleben beisammen.

Erläutert wird dieser Grundwiderspruch der eigenstaatlichen Ukraine in GegenStandpunkt 1-05, „Eine Einführung in die ukrainische Demokratie"

nationales Kostenniveau für *alles* Zurechtkommen und Produzieren, einen entscheidenden Faktor des nationalen Konkurrenzerfolgs. Und im Fall der Ukraine ist billige Energie noch in besonderer Hinsicht unverzichtbar: Nach Auskunft der Experten ist eigentlich das ganze Inventar der Nation und insbesondere die industrielle Grundausstattung marode und zeichnet sich durch einen übermäßigen Energieverbrauch aus.[11]

Die öffentliche Meinung im Westen hat große Sympathien für die unabhängige Ukraine, aber null Interesse an den Gründen, warum ein Land mit einer Tradition als Kornkammer und vollgestellt mit Produktionsanlagen, mit einer Schwerindustrie, Raketen- und Flugzeugbau, Werftindustrie und so gut wie allem, was zu einer Industrienation dazugehört, in diesen maroden Zustand verfallen ist; warum ein offenkundig mit beachtlichen Potenzen ausgestatteter Standort zum wirtschaftlichen Problemfall gerät, seitdem sich sein Reichtum in kapitalistisch verdientem Geld bemisst, so dass dann mit einem Energiepreis regelrecht über *Überlebens*möglichkeiten des Landes entschieden ist. Was da mit dem Altersgrad der Produktionsanlagen vorstellig gemacht und abgehakt sein soll, ist ein Defizit anderer Art: Mit dem Beschluss, zu den erfolgreichen Nationen aufzuschließen und die ökonomische Basis marktwirtschaftlich umzumodeln, hat sich die Nation in die elementare Notlage versetzt, dass sie sich in der Konkurrenz auf dem

[11] *„Die Stahlwerke arbeiten mit zu hohen Energie-, Rohstoff- und Materialverbrauchsparametern und mit höheren Kosten als die chinesische, andere asiatische und die russische Konkurrenz. Inzwischen voll abgeschrieben und jenseits der normativen Betriebsdauer immer noch in Betrieb befinden sich 89 % der Hochöfen, 87 % der Martinöfen, 26 % der Konverter und annähernd 90 % der Walzstraßen ... Die Metallindustrie der Ukraine erwirtschaftete im Durchschnitt der letzten zehn Jahre 27 % des BIP und 40 % der Exporterlöse."* (germany trade and invest, gtai, 19.12.2008)

„*Die Ukraine hat einen Energiebedarf, der in keinem Verhältnis zur Wirtschaftsleistung steht. Diese entspricht etwa der Tschechiens, doch das Land verbraucht so viel Energie wie Tschechien, Polen, Ungarn und die Slowakei zusammen."* (Nico Lange von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew, Süddeutsche.de, 15.1.09)

Weltmarkt bewähren, also Maßstäben für rentables Produzieren genügen will und muss, wofür die *Ausstattung mit Kapital* die entscheidende Voraussetzung darstellt. Und genau daran fehlt es, wegen ihrer Herkunft hat die Nation einen sehr grundsätzlichen *Mangel an Kapital* zu verzeichnen; dieses interessante Gut muss und will sie sich in dieser Konkurrenz ja erst beschaffen.[12] Für das Warenangebot, das mit den überkommenen Produktionsanlagen und einem von deren technischem Zustand definierten Energieverbrauch zustande kommt, bilden dann russische Sonderpreise die entscheidende Voraussetzung, um in der Weltmarktkonkurrenz überhaupt antreten zu können. Die mit Stahl, Metall- und Chemieprodukten erwirtschafteten Exporterfolge ebenso wie die Gewinnträchtigkeit der Strom- und Gasexporte in Richtung Westen basieren samt und sonders darauf. [13] Sobald Russland die Ukraine behandelt wie andere europäische Geschäftspartner und Abnehmer auch, kommt den ukrainischen Geschäftserfolgen die Grundlage abhanden, und auch das restliche zivile Leben geht nicht so weiter. [14]

---

[12] Mit diesem konstitutionellen Widerspruch schlagen sich alle sogenannten ‚Transformationsländer' herum, nachzulesen in: „Die Ost-Erweiterung. Die friedliche Eroberung des europäischen Ostens durch Europas Westen: Ein neuartiger Fall von imperialistischem Abenteurertum", in Gegenstandpunkt 1-03.

[13] Eine nicht ganz unwichtige Verdienstquelle der Ukraine ist der Re-Export, d. h. der Weiterverkauf von russischem Gas und Öl bzw. Strom nach Europa, und das Geschäft mit dieser Preisspanne ist der banale Inhalt der Affäre mit den Zwischenhändlern, über deren „Undurchsichtigkeit" sich die Öffentlichkeit ein paar Wochen lang das Maul zerrissen hat. Dabei ist auch da kein großes Rätsel zu lösen, abgesehen von der wahnsinnig spannenden Frage, wer denn jetzt hinter RosUkrenergo steckt – Politik kostet nun einmal Geld, das nicht immer aus dem Staatshaushalt oder offiziellen Quellen zu beschaffen ist, schon gleich nicht, wenn sich politische Lager befehden wie in der Ukraine.

[14] Der nationale Gaskonzern Naftogaz ist deswegen pleite, weil aus politischen Rücksichten heraus die Preise für den privaten und kommunalen Verbrauch niedrig, unter den Einkaufspreisen, gehalten worden sind.

Der Streit um den Gaspreis fällt also deshalb – von Seiten der Ukraine – so erbittert aus, weil dieses Staatswesen dem internationalen Geschäft, in dem es Karriere machen will, nicht gewachsen ist und sich nach allen Regeln der Marktwirtschaft, seinen Energieverbrauch eigentlich nicht mehr leisten kann. Mit den guten Ratschlägen der westlichen Freunde – an erster Stelle steht da immer Energiesparen – lassen sich die Gasrechnungen jedenfalls nicht bezahlen. Und dieses ökonomische Desaster spricht nun nach einhelliger Meinung überhaupt nicht gegen die gültigen Rechnungsweisen auf dem Weltmarkt, mit denen sich die ukrainische Wirtschaft herumschlägt, sondern ausdrücklich und ausschließlich gegen den russischen Energie-Lieferanten.

Diese entschieden parteiliche Wahrnehmung stellt sich im Übrigen ebenso ignorant zu der Tatsache, dass Russland gar nicht bloß als Energielieferant, sondern auch in vielen anderen Hinsichten für die ukrainischen Anläufe zur Marktwirtschaft unverzichtbar ist. Durch das Wachstum in Russland sind auch in der Ukraine etliche Abteilungen der arbeitsteiligen Verflechtung aus früheren Zeiten kapitalistisch revitalisiert worden, Produktionsanlagen sind wieder in Betrieb genommen oder vermehrt ausgelastet worden, das Geschäft mit Röhren, die Lieferung von Gerät wie Eisenbahnen; daneben auch Kooperationen in Waffen-, Flugzeugbau,

---

„*Sueddeutsche.de: Egal, wie hoch die Schulden sind: Könnte Naftogaz bezahlen?*

Lange: Nein, das Unternehmen fährt immer Verluste ein, was nicht mal einen Grundschüler überraschen wird. Wie soll ich Geld verdienen, wenn ich Gas teuer kaufe und billig weitergebe?" (Nico Lange von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew, Sueddeutsche.de, 15.1.09) Jetzt, wo Naftogaz durchsetzen will, dass Energierechnungen auch bezahlt werden, geraten die Kommunen, darunter auch die Hauptstadt Kiew in Geldnot.

„*Laut dem ukrainischen Ersten Vize-Premier Alexander Turtschinow ... werden in vielen medizinischen Einrichtungen und Lehranstalten Kiews keine Löhne mehr ausgezahlt. Die Situation mit den Schulden für die verbrauchten Energieträger wird katastrophal. Wegen der verantwortungslosen Position der Kiewer Stadtbehörden wird jetzt die Energie- und Wasserversorgung in vielen Lehranstalten, Mittel- und Berufsschulen, sowie in medizinischen Einrichtungen, darunter Entbindungsheimen, eingestellt."* (27.1.09, RIA Novosti).

Weltraumtechnik. Für allerhand Geschäftsartikel, mit denen die Ukraine auf westlichen Märkten wegen deren Zulassungsbedingungen gar nicht in Erscheinung treten kann, fungiert Russland als Markt.[15] Und umgekehrt findet vermehrt russischer Kapitalexport in die Ukraine statt. Beim längst noch nicht erledigten Programm zur Privatisierung der „Kolosse" der ehemaligen Staatsindustrie, z.B. in der Flugzeugindustrie, gelingt es der Ukraine kaum jemals, ein zahlungskräftiges Interesse aus westlichen Ländern zu mobilisieren, stattdessen gibt es Offerten aus Russland, China und dem Iran. Was in anderen Zusammenhängen von Wirtschaftsexperten begrüßt und als steigende Auslandsinvestition und Zuwachs in der Leistungsbilanz bilanziert würde, gilt in diesem Fall aber als Gefahr – für den westorientierten Kurs der Ukraine. Kapitalströme dieser Provenienz sind Anlass zur Warnung, dass sich russische Oligarchen mit ihrer notorischen Intransparenz und Korruption in unserer Ukraine breitmachen. Ein „Kapitalexport" eigenen Typs findet auch von der Ukraine nach Russland statt: Wegen der politischen Zuspitzung in Richtung auf einen beschleunigten Beitritt zur Nato verlagern ukrainische Firmen, deren Geschäft auf der Kooperation im Rüstungssektor beruht, Abteilungen nach Russland. Und was die andere Himmelsrichtung, die ökonomische Einbindung in den Westen betrifft, kann von einem Konsens in der Nation, von dem die öffentliche Meinung hier in ihrer gewohnheitsmäßigen Arroganz wie selbstverständlich ausgeht, nicht die Rede sein: Zwar bekommt eine Nation in Europa,

[15] „*Das bis weit in das Jahr 2008 hinein hohe Produktions- und Exportwachstum im Industriezweig Maschinenbau erklärt sich vor allem daraus, dass er stark auf die Belieferung Russlands und anderer Länder der GUS wie Belarus, Kasachstan und Aserbaidschan ausgerichtet ist, deren Volkswirtschaft zuletzt von hoher Wachstumsdynamik geprägt waren. Von der Gesamtausfuhr des ukrainischen Maschinen- und Fahrzeugbaus einschließlich elektrotechnischer und elektronischer Industrie (2007: 8,49 Mrd. US$) entfielen nahezu 70 % auf Exporte nach Russland und in die übrige GUS. Diese hohe Anteilsziffer erklärt sich vor allem aus der Persistenz der von der Sowjetunion ererbten interregionalen Liefer- und Kooperationsbeziehungen in der Industrie. Auf Exporte in die Europäische Union und in andere europäische Länder entfielen knapp 20 % der Gesamtausfuhr.*" (gtai: Wirtschaftstrends Ukraine, Jahreswechsel 2008/09)

die vom Zugang zum Wirtschaftsblock der EU ausgeschlossen ist, das allenthalben als Schranke zu spüren, entwickelt also sachnotwendig das Bedürfnis zum Anschluss; gleichzeitig aber leisten Repräsentanten der ukrainischen Wirtschaft ebenso wie Staatsinstanzen hinhaltenden Widerstand sowohl gegen die im Gefolge des WTO-Beitritts erforderlichen Neuregelungen wie gegen die Bedingungen der EU für erweiterte Wirtschaftsbeziehungen – die zielen schließlich auf eine weitere Öffnung, bei der das marode Wirtschaftswesen noch gründlicher der übermächtigen Konkurrenz der Weltmarktführer ausgesetzt wird.[16]

Es *gibt* also neben dem Drang nach Europa ebenso gewichtige ökonomische Interessen im Land, denen an gedeihlichen Beziehungen zu Russland gelegen ist.[17] Ohne den Geschäftsverkehr mit dem Nachbarstaat und anderen GUS-Mitgliedern hätte es auch

[16] „*WTO Beitritt negativ für Landmaschinenbau ... Zu den Verlierern des WTO-Beitritts wird voraussichtlich auch die sogenannte radioelektronische und Kommunikationsgeräteindustrie der Ukraine gehören. Großenteils noch in Staatshand, leidet diese ehemalige Rüstungsbranche bis heute unter ihrer technologischen Eigenbrötelei in der Zeit des Kalten Krieges." (gtai, 28.4.2008) "Einstige Zuckergroßmacht Ukraine weiter auf dem Rückzug. Branche nach WTO-Beitritt in der Kosten-Klemme".* (gtai, 10.6.2008)

„*Die inländische Automobilindustrie muss nach dem Wegfall bisheriger tarifärer Import-Barrieren um ihre Positionen auf dem einheimischen Markt bangen." (gtai, 5.11.2008) Es gibt auch "Widerstände gegen geforderte Anpassungsschritte, darunter zum Beispiel heftiges Sperrfeuer von Seiten des Staatskomitees für technische Regulierung und Verbraucherpolitik. Die WTO bestehe darauf, dass die ukrainischen Normen an die entsprechenden internationalen Standards angepasst und die Produkt-Zertifikate der Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation von der Ukraine anerkannt werden müssten. Die Regierung in Kiew will dafür sorgen, dass der Übergang zu internationalen Zertifizierungs-Regeln spätestens per Ende 2011 vollzogen ist."* (Ukraine bei der Anpassung an WTO-Normen im Verzug, gtai, 10.11.08)

[17] Zum Beispiel "Befürchtungen im ukrainischen Maschinenbau, die politischen Spannungen im Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine – vor allem nach der Georgien-Krise im August – könnten dem Russland-Geschäft des Industriezweigs Schaden zufügen" (gtai: Wirtschaftstrends Ukraine, Jahreswechsel 2008/09)

das ukrainische Wachstum der letzten Jahre nicht gegeben. Wenn also die ukrainische Führung dem Land die Linie verordnet, sich aus dem russischen Einflussbereich zu befreien, ist das ein Kampfprogramm auch *in* der Nation.

*

Dieser Grundwiderspruch der ukrainischen Staatskonstruktion ist es, der im Zwist um den Gaspreis regelmäßig zum Vorschein kommt: Nichts am Kapitalstandort Ukraine funktioniert ohne Konzession, ohne Subvention durch den Nachbarn Russland. Ohne dessen Bereitschaft, den Preismechanismus außer Kraft zu setzen oder Preisrabatte zu gewähren, ist der ganze Laden nicht lebensfähig. Und gleichzeitig leistet sich die ukrainische Führung ein Staatsprogramm, das ihrem Nachbarstaat unter dem Titel Unabhängigkeit eine gediegene Feindschaft anträgt. Damit trägt sie ihren Teil dazu bei, dass der Streit um Preise so politisch ausfällt: Sie besteht ungeniert auf ihrem Recht auf zuvorkommender Energieversorgung auf der einen und der Freiheit, Russland zu *schädigen*, auf der anderen Seite. Die ständig verkündete Botschaft, das Programm, die Ukraine in die westlichen Bündnisse EU und Nato einzugliedern, wäre nie und nimmer *gegen Russland* gerichtet, bestätigt das nur. Sonst wären solche Beteuerungen ja irgendwie überflüssig.

- Das russische Projekt, gemeinsam mit der Ukraine, Weißrussland und Kasachstan einen „Einheitlichen Wirtschaftsraum" zu gründen, um mehr aneinander zu verdienen und sich wechselseitig für die Durchsetzung auf dem Weltmarkt zu stärken, also gewissermaßen den Erfolgsweg der EU zu kopieren, wird von Seiten der Ukraine sabotiert und als Angriff auf den eigenen Weg in die EU definiert. Europa besteht nämlich auf Ausschließlichkeit, *entweder* mit Europa *oder* mit Russland, und diese Ausrichtung soll unter der orangefarbigen Herrschaft in der Nation durchgreifend verankert werden.
- Auf militärischem Gebiet hat sich die Ukraine seit dem Machtwechsel um die Wiederbelebung bzw.

Neugründung der von Amerika ins Leben gerufenen Anti-GUS GUAM (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldawien) verdient gemacht, mit der Russland die Rolle als militärische Vormacht bestritten und die Organisation gemeinsamer Sicherheitsvorkehrungen untergraben werden soll. Seitdem bereist der ukrainische Präsident, mit dem polnischen und litauischen an der Seite, alle Schauplätze in- und außerhalb der GUS, wo ein US-Geschöpf für seine antirussischen Regungen eine Völkerfreundschaft als Hintergrund braucht. Darüber hinaus recycelt die Ukraine ihr enormes militärisches Erbe aus Sowjetzeiten, indem sie u.a. Georgien damit aufrüstet, das für seinen Freiheitskampf gegen alle russischen Interessen im südlichen Kaukasus einen größeren Waffenbedarf verzeichnet, und liefert auch neue Ware.[18] Während des Kriegs hat sich der ukrainische Präsident voll und ganz hinter seinen georgischen Partner gestellt, u.a. eine Genehmigungspflicht für Operationen der russischen Schwarzmeerflotte, deren Hauptstandort sich auf der Krim befindet, angemeldet, und amerikanische Kriegsschiffe dorthin eingeladen. Die auf der Krim stationierte Abteilung der russischen Kriegsmarine wird trotz eines bestehenden Vertrags von der ukrainischen Seite mit Protestaufmärschen, Klagen, Prozessen und Geldforderungen eingedeckt. Der ukrainische Präsident hatte auch schon Interesse an einer Stationierung der amerikanischen Raketenabwehr angemeldet, lässt also keine Gelegenheit aus, Klarheit zu stiften: Die Spannungen in der Schwarzmeer-Region, die Instabilität, an deren Herstellung er maßgeblich mitwirkt, verlangen einfach danach,

[18] „*Gemäß den Angaben der UNO ist unser Land zu einem der Schlüssellieferanten für Kriegstechnik und -ausrüstung nach Georgien geworden. Am meisten verdienten die ukrainischen Ausrüster bei der Lieferung modernisierter Panzer des sowjetischen Typs T-72. Für die Bewaffnung des georgischen Militärs wurden im letzten Jahr 74 dieser Panzerfahrzeuge, neu ausgerüstet nach den Standards der NATO, geliefert.*" (Ukraine-Nachrichten.de, Delo 12.8.2008)

dass sich die Nato darum kümmert und sich dort festsetzt. Die Ukraine soll zu einem *antirussischen Bollwerk* ausgebaut werden, zu einem Vorposten Amerikas, direkt und in voller Länge vor der russischen Grenze.

- Nicht zuletzt am Thema NATO-Beitritt geht schließlich die politische Frontenbildung in der Ukraine flott voran. Da die Erforschung des Wählerwillens und der Volksmeinung nach wie vor eine mehrheitliche Ablehnung ermittelt, wird auch daran gearbeitet, der Nation ihre nationale Bestimmung, die notwendige Feindseligkeit gegenüber Russland *beizubringen.* Dafür hat man schließlich Kultur, Werte und einen entsprechenden Überbau: Der Präsident pflegt das Geschichtsbewusstsein seines Volks mit der Einrichtung eines nationalen Feiertags zur Erinnerung an den Holodomor, der ukrainische Name für die Hungersnot, zu der der Kampf um die Kollektivierung der Landwirtschaft in den 30er Jahren geführt hat, und die jetzt zu einem russischen Programm mit dem Ziel der Ausrottung des ukrainischen Volks zurechtdefiniert wird.[19] Die ukrainischen Nationalisten, die im zweiten Weltkrieg auf Seiten der Deutschen oder als Partisanen gegen die Rote Armee gekämpft haben, werden rehabilitiert und aufgewertet; die in mindestens 3 Flügel gespaltene ukrainische

[19] USA und Ukraine wollen den „Holodomor" von der UNO als Genozid anerkannt haben, wogegen allerdings Israel Widerspruch einlegt, das sich und seine Singularität in Sachen nationale Rechtstitel angegriffen sieht. In der noch von der Bush-Regierung im Herbst abgeschlossenen "US-Ukraine-Charta über die strategische Partnerschaft" ist der Bedarf einer Schärfung des historischen Bewusstseins, was russische Gräueltaten angeht, als eigener Paragraf aufgeführt; die vertragschließenden Parteien verpflichten sich sinnigerweise unter dem Titel „*Intensivierung der Kontakte zwischen den Menschen und des kulturellen Austauschs*":

„*Unsere Länder werden weiterhin im Rahmen des Gedenkens an die Opfer und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Große Hungersnot (Holodomor) in der Ukraine im Zweijahreszeitraum 1932/33 eng zusammenarbeiten.*" (Übersetzung Russland.ru 15.1.09)

orthodoxe Kirche soll sich auf Wunsch des Präsidenten endlich einigen und gegen das Moskauer Patriarchat zusammenschließen. Und schließlich wird gegen das im gesamten Osten vorherrschende Russische ein Sprachenstreit entfacht und das Verbot in Kraft gesetzt, an Universitäten, vor Gericht etc. russisch zu reden. Die Ausstrahlung russischer Fernsehsender wird ebenfalls unterbunden.

*

Von dieser gründlichen Feindschaft und systematischen Volksaufhetzung, die unsere Partner in Kiew seit dem Machtwechsel vor 4 Jahren betreiben, wird hierzulande kaum Notiz genommen, und wenn, dann nur in einer Fassung, die diese Politik als völlig verständlich und gerechtfertigt präsentiert. Dazu genügt die Verwendung des Stichworts *Abhängigkeit*. So lautet das Granddogma von noch jedem Kommentar zu den ukrainischen Umständen, dass sich die Ukraine doch nur aus ihrer Abhängigkeit befreien will – egal, *was* da alles unter dem Negativmerkmal Abhängigkeit vorkommt. Dabei ist es aufgrund der historischen Herkunft aus einem Staat schlechterdings unvermeidlich, dass lauter Beziehungen und Verflechtungen in Gestalt von Infrastruktur, von Völkerschaften, die sich noch gar nicht unter ihrer neuen nationalen Separation wiederfinden, von Wirtschaftskooperationen aufgrund einer früheren Arbeitsteilung vorhanden sind. Wenn dieses Erbe und Inventar des neuen Staats *als* leidige Abhängigkeit geführt wird, ist damit keine Tatsache benannt, sondern es wird eine politische Beschlussfassung durchexerziert: Weil sich die heutige Staatsführung den strategischen Interessen der USA und Europas andient, weil das ukrainische Staatswesen also auf ein *entgegengesetztes Interesse* umgepolt werden soll, präsentiert sich alles, was in Richtung Russland an Beziehungen und ererbten Gemeinsamkeiten verblieben ist, von der Sprache bis zu den sowjetischen Industrienormen, als *gefährliche Abhängigkeit*.

Weil diese politische Behandlung auch und vor allem den elementar notwendigen Energiebeziehungen zuteil wird, gerät der

Gaspreis alljährlich in die Schlagzeilen; die ukrainische Politik pflegt daraus ein Hauptkampffeld zu machen. Dieses Mal ist der Streit aber auch aus einem weiteren Grund so politisch geraten: Nach allen Regeln der marktwirtschaftlichen Rechnungsweise steht die Nation vor einem Offenbarungseid.

2. Die Krise und ihr Beitrag zur Zuspitzung der Frage: Wem gehört was in der Ukraine?

Wenn die ukrainischen Führungsfiguren von Gazprom erhobene Zahlungsforderungen ignorieren, die Tatsache bestreiten, dass überhaupt Zahlungsrückstände vorliegen, sich weigern, Verzugszinsen zu zahlen, die Verhandlungen bis zum Jahresende hinauszögern und dann abbrechen, wenn sie, nachdem Russland ab Januar nur noch die für Europa bestimmten Mengen einspeist, davon Gas für den nationalen Bedarf abzweigen, solange bis Russland alle Lieferungen unterbricht – dann nicht zuletzt deswegen, weil sich ihr Staatswesen am Rand der Zahlungsunfähigkeit bewegt. In Sachen Krise ist die Ukraine schon voll und ganz in der modernen Weltwirtschaft angekommen: Der Export von ukrainischem Stahl ist zusammengebrochen, die Betriebe entlassen in großem Maßstab, der Abfluss internationaler Gelder hat das Bankgeschäft lahmgelegt, die nationale Währung entwertet sich rapide. Der Staat ist im Prinzip bankrott, nicht in der Lage, seine bzw. die Auslandsschulden seiner Banken zu bedienen. Die offizielle Feststellung der Zahlungsunfähigkeit ist im Herbst gerade noch einmal vermieden worden, indem der IWF einen Sofortkredit genehmigt hat. Seitdem lässt er der Ukraine seine Sorte von Schadensfall-Betreuung angedeihen.[20] Die Verhandlungen um die

[20] Jetzt probiert die ukrainische Regierung unter Aufsicht des IWF u.a., den Weltmarktpreis für Gas im Inneren durchzusetzen, also das Experiment, wie viel Geld man aus einer pauperisierten Bevölkerung herauspressen kann.

„*Das Ministerialkabinett, die Zentralbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) erreichten eine Einigung bezüglich der Bedingungen für den Erhalt eines Darlehens in Höhe von 16,5 Mrd. $ durch die Ukraine. Wegen dieses Kredites hat*

Neufestlegung der Preise und Konditionen der Gasversorgung geraten daher zu einem ökonomischen Rettungsversuch in Sachen Industrie und Bevölkerung sowie zu einem Abwehrkampf dagegen, Russland gegenüber irreversibel in den Status des Schuldners zu geraten.

Mit der Zahlungsunfähigkeit der Ukraine kommt nämlich die brisante Frage auf die Tagesordnung, *wer* bei der Abwicklung dieses Schadenfalls *welche Rechte* geltend machen darf. Schon seit geraumer Zeit – die Zahlungsprobleme sind auch nicht neu – sieht sich die Ukraine der russischen Forderung gegenüber, Eigentumsanteile an ihrem nationalen Röhrennetz abzutreten und damit die ausschließliche Kontrolle über das Transitgeschäft

---

sich die Ukraine verpflichtet, zwei Jahre lang die sozialen Standards nicht zu erhöhen, mit dem Verkauf von Ackerland zu beginnen, den Gaspreis für die Bevölkerung zu erhöhen, die Steuern zu senken und die Unterstützung der Grywnja zu senken.

Wie aus dem Memorandum zur ökonomischen und finanziellen Politik folgt, welches vom Kabinett und der Zentralbank gemeinsam mit dem IWF ausgearbeitet wurde, gerät die Ukraine fast drei Jahre unter den Einfluss des IWF, verpflichtet sich, vorgeschlagene Reformen durchzuführen. Die Zentralbank verpflichtete sich ihrerseits unter den Bedingungen der Krise und der Rekordabwertung der Grywnja die Landeswährung freizugeben und das Bankenmonitoring zu verstärken.

Das Kabinett verpflichtet sich dazu, zwei Jahre lang den Mindestlohn nicht an das Existenzminimum anzupassen, die Bedingungen der Indexierung der Sozialtransfers zu revidieren und von Dezember 2008 bis Januar 2009 die Gehälter der Staatsangestellten nicht zu erhöhen. Zu den Bedingungen des IWF gehört die Angleichung der Preise für Gas aus der Binnenförderung, welches die Bevölkerung verbraucht, und Importgas, was einen Preisanstieg für die Verbraucher auf Weltmarktniveau bringt; die Subventionierung des Preises für Importgas, welches von den kommunalen Energieversorgern verbraucht wird, ist bis zum 1. Juli 2010 zu senken.

Vertreter der lokalen Regierungsorgane betonen, dass die Verpflichtungen der Regierung die Preise bei ‚Naftogas' für Gas zu erhöhen, zu einem scharfen Anstieg der Preise für kommunale Dienstleistungen führt. ‚Im Mittleren sind von 1 Grywnja der kommunalen Tarife 80 Kopeken für Energieträger', sagt der Bürgermeister von Ukrainka. ‚So und nun rechnen sie, wie die kommunalen Tarife steigen werden, wenn ‚Naftogas' seine Preise für Gas verdoppelt'." (Ukraine-Nachrichten.de, 30.10.2008, Quelle: Kommersant-Ukraine)

aufzugeben, analog zu dem Handel, den Russland im Umgang mit Weißrussland durchgesetzt hat. Mit den marktwirtschaftlichen Methoden der Erpressung eines Schuldners – wenn keine Zahlung, dann keine Leistung – sowie der Aussicht auf Kreditierung und neuerliche Preisabschläge beim Gas ist Weißrussland dazu genötigt worden, die zwischenstaatlich aufgelaufenen Schulden durch die Übereignung von Anteilen am nationalen Pipelinenetz zu begleichen. Dieselbe Forderung erhebt Russland gegenüber der Ukraine, mit dem Hinweis auf den fortschreitenden Verfall der entsprechenden Infrastruktur; unterstrichen durch seine Eigenschaft als unverzichtbarer Energieversorger und Gläubiger. Von dieser Art Zwangsvollstreckung bedroht, hat sich die Ukraine eine neue Form des Geschäftsverkehrs einfallen lassen: Russland soll weiterhin liefern, die Ukraine zahlt, je nachdem, wie sie will oder kann – und rekurriert zur Durchsetzung dieses Modells auf die letzte Waffe, die sie in dieser Auseinandersetzung hat: ihre ausländischen Patrone. Sie setzt im Streit mit Russland das Druckmittel ein, über das sie als Transitland verfügt, lenkt die für Europa bestimmten russischen Lieferungen zur eigenen Versorgung um und setzt darauf, dass Europa die dort eintretenden Schäden – wie beim letzten Mal – auf das Konto Russlands verbucht und damit Russland zum Nachgeben zwingt.

Parallel zu dieser Fortentwicklung des Streits lässt die Krise einen weiteren Konflikt eskalieren: den Machtkampf in der ukrainischen Führung.

3. Am Widerspruch der ukrainischen Staatsraison entzweit sich die politische Führung

Die Koalition der Westfreunde hat es auch in dieser Hinsicht weit gebracht: Das Vorhaben, die gesamte Staatsraison antirussisch auszurichten, während gleichzeitig das Inventar der Nation, von den ökonomischen Grundlagen bis zu den politischen Standpunkten, völkischen Gefühlslagen und dem religiösen Gehorsam, in ganz anders geartete Beziehungen zu Russland verwickelt ist, ruft nicht nur die Gegenfraktion, die oppositionelle „Partei der

Regionen“ auf den Plan, deren Berechnungen davon ausgehen, dass die Nation auf die nützlichen Beziehungen und daher auf ein einvernehmliches Verhältnis zu Russland angewiesen ist. Auch in der regierenden Mannschaft kann der Standpunkt nicht ausbleiben, dass sich die Ukraine diese Feindseligkeit *nicht leisten* kann. An der Linie, die der Präsident vertritt, spaltet sich die Regierungskoalition. Die prominenten Aushängeschilder der sogenannten Revolution, Präsident und Ministerpräsidentin, haben sich gründlich entzweit, und die Partei des Präsidenten ist in Auflösung begriffen. Nach den von den westlichen Paten dringlich geforderten und mehrmals angesetzten Versöhnungen fällt das Traumpaar regelmäßig auf einen Verkehr zurück, in dem es sich nur mehr mit Vorwürfen vom Kaliber *Landesverrat* begegnet und bei allen Staatsgeschäften vor allem damit befasst ist, die andere Seite von der Macht zu entfernen und politisch zu vernichten.

Entsprechend sieht das politische Innenleben dieser lebendigen Demokratie aus: Nachdem Timoschenko ihr Wahlversprechen einlöst und für die entwerteten Sparbücher aus sowjetischen Zeiten Entschädigungen auszahlt, kontert der Präsident, indem er die Privatisierungsvorhaben der Regierung verbietet. Jeder Haushaltsbeschluss steht unter dem Verdacht, dass damit Loyalitäten gekauft werden sollen; jede Privatisierung unter dem Verdacht, dass die Objekte den Oligarchen des jeweiligen Lagers zugeschustert werden. So bekriegen sich die verschiedenen Teile der Exekutive: Das Parlament ist die meiste Zeit blockiert, der Präsident hebt Beschlüsse von Regierung und Parlament auf und vice versa; dann wird die Justiz in den Streit hineingezogen. Wenn die Urteile nicht genehm sind, werden Richter ausgewechselt, mal mit, mal ohne Begleitschutz der Sicherheitskräfte, bis lauter Machtfragen dieser Art das höchste Gericht überhäufen. Zur Zeit geht der Streit – passend zur Konjunktur – um die Frage, welche Seite, Präsident oder Parlament, den Chef der Nationalbank ein- bzw. absetzen darf. Die Vergabe der IWF-Mittel wirft schließlich sofort wieder die Frage auf, welchem Lager die Rettung von Banken oder Unternehmen zugutekommt.

Wahlen haben sich für den Präsidenten mit seiner entschieden pro-amerikanischen Linie als unzuverlässiges Instrument erwiesen und erfüllen die Aufgabe, ihm die Macht zu sichern, immer schlechter. Das Volk muss daher auf Linie gebracht werden und wird entsprechend mit dem Machtkampf, den seine Führungsspitze untereinander und gegen Dritte führt, vertraut gemacht. In Feindbilder übersetzt bestimmt er den demokratischen Dialog zwischen oben und unten, so dass auch an der Basis die Entzweiung vorankommt. Die Führungsfiguren haben viel für die Verwandlung der Wählerschaft in Lager geleistet, die im Zweifelsfall die nationale Sache, so wie sie sie sehen, über das staatsförmliche Prozedere stellen. Auch das Personal in den staatlichen Gewaltapparaten wird schon gewohnheitsmäßig den Lagern zugeordnet, und Regionalparlamente widersetzen sich Anordnungen aus Kiew. [21]

Der Widerspruch der Staatsraison hat in der west-orientierten Polit-Mannschaft eine Konkurrenz hervorgebracht, die ihrerseits die Staatsmacht zersetzt, die Gewaltapparate fraktioniert und das ganze Land polarisiert. Dieses Stadium der glorreichen „Revolution" macht sich notwendigerweise auch nach außen bemerkbar und belebt die Verhandlungen um den Gaspreis. Zweifel an der Geschäftsfähigkeit einer politischen Führung, deren einer Teil Verträge unterschreibt, die der andere anschließend für ungültig erklärt, können nicht ausbleiben. Nach Beendigung des Streits muss Staatspräsident Juschtschenko beim Vorsprechen in Brüssel

[21] Weil aber nun einmal, trotz der zunehmenden Annäherung der Ukraine an eine Bürgerkriegsszenerie, unerbittlich feststeht, dass das unsere Ukraine ist, dass die Nation mit ihrem Westkurs auf einem guten Weg sein muss; weil der ideologische Zugriff also genauso unerbittlich ist wie der reelle, haben deutsche Zeitungsschreiber die Aufgabe, diesen Sumpf schönzureden. Sie können daher nicht oft genug daran erinnern, „*dass es für die Ukraine, diese turbulente junge Demokratie, in der Korruption und Regelverletzung mit Gewaltenteilung und echter Pluralität so eigentümlich einhergehen, im gegenwärtigen Konflikt ähnlich wie für Georgien im August um nichts weniger geht als um die Unabhängigkeit.*" (FAZ, 15.1.09) Die "*eigentümliche*" Schönheit dieses Staatsgebildes erschließt sich eben nur dem Liebhaber.

auch der EU geloben, dass er den abgeschlossenen Vertrag respektiert, den er zu Hause, um seine Erzfeindin, die Regierungschefin, nach Kräften zu diskreditieren, als „Molotow-Ribbentrop-Pakt" tituliert. Aber über diese Fortschritte der demokratischen Ukraine sieht der befreundete Westen – offiziell jedenfalls – höflich hinweg; die Hauptkampflinie liegt schließlich woanders. Gefährdet wird die europäische Energiesicherheit – laut der wild-entschlossenen Definition der europäischen Herrschaften – *nicht* vom eigenen Protégé und Transitland, das aus dem Ruder zu laufen droht und die Sitten eines halbwegs manierlichen Regierens zusehends vermissen lässt, sondern von der russischen Unverschämtheit, der Ukraine keine Sonderpreise mehr gewähren zu wollen.

4. Wem gehört die Ukraine?

Russland hat die Energiepreise lange Zeit unter dem europäischen Niveau gehalten, um damit den Nachbarstaaten ein *Angebot* zu unterbreiten, um der Ukraine den *Nutzen* einer Partnerschaft mit Russland zu demonstrieren – und sie davon abzubringen, sich dem westlichen Lager anzuschließen.

Mit der Berechnung „brüderlicher Preise" hatte Russland die Absicht verbunden, sich die Ukraine *als nützlichen Partner zu erhalten*. Immerhin findet über deren Leitungsnetz nach wie vor der Hauptteil des russischen Energieexports in den Westen statt; bei dem in Russland in Gang gesetzten Wachstum werden Leistungen der in der Ukraine verbliebenen Industriezweige als nützliche Beiträge eingebaut; beim militärischen Bedarf macht sich die frühere Arbeitsteilung nachhaltig bemerkbar, bis hin zu so spannenden Handelsartikeln wie Bestandteilen der Interkontinentalraketen. Und auch in den anderen Sphären ist die Ukraine mit „*russophonen*" Elementen und Beziehungen reichlich ausgestattet, also mit all dem, was Staaten gemeinhin als guten Grund für ein besonderes Interesse aneinander anzumelden pflegen. Nicht zuletzt hat die Ukraine eine strategische Lage, besetzt den Hauptteil der westlichen Flanke der Russischen Föderation; diese konkurriert deshalb heftigst und mit allen verfügbaren Mitteln darum, ihr Gegenüber

davon abzuhalten, sich zum Mittel der amerikanischen Weltordnung zu machen und in eine vorgeschobene Bastion der USA vor der russischen Grenze zu verwandeln.

Der Gaspreis *war* insofern die ganze Zeit ein „politischer Preis", eine Dauersubvention der Ukraine mit dem Ziel, den wichtigen Nachbarn von den Vorteilen einer gemeinsamen Nutzung der überkommenen Potenzen aus Sowjetzeiten zu überzeugen, die durch die neuen Grenzziehungen lahmgelegt worden waren. Und Russland versäumt es auch nicht, sein Interesse an einer freundlich ausgerichteten Ukraine in seiner Nachbarschaft – nach guter weltpolitischer Sitte – als sein *Recht* zu reklamieren und das mit dem Instrumentarium von Angeboten und Drohungen, u.a. in Sachen Preissteigerungen nachdrücklich zu unterstreichen. Auf die orange-farbene Revolution und den dezidierten Antirussismus der neuen Führung hat Russland mit dem Beschluss der Umstellung auf Marktpreise geantwortet und präsentiert der Ukraine jährlich von neuem die Rechnung. Es führt seinerseits den Streit, besteht höchst elementar auf Anerkennung und Begleichung der Schulden, und macht sie zum Hebel: Die ukrainische Führung soll sich überlegen, ob sie sich ihren Kurs überhaupt leisten kann. Wegen der zu Sowjetzeiten geschaffenen ökonomischen Struktur taugt die Erinnerung an die Lage, in der sich die ukrainische Nationalökonomie befindet, allemal zu der weltpolitischen Erpressung, dass die Ukraine zu wissen hat, wo sie hingehört und ihre Staatsraison entsprechend korrigiert.

Und weil sich Russland in Sachen Gaspreis konfrontiert sieht mit der gebieterischen Forderung aus Amerika und Europa, einen Staat am Leben zu erhalten, der sich feindlich aufbaut, startet es eine Gegenoffensive: Während es sich beim letzten Mal, im Interesse, die guten Beziehungen zu Europa nicht zu gefährden, bemüht hat, die von der Ukraine während des Transits abgezweigten Kontingente durch zusätzliche Lieferungen zu kompensieren, liefert es jetzt, nachdem die Ukraine die Verhandlungen abgebrochen hat, zunächst nur noch die für Europa bestimmten Gasmengen. Nachdem die Ukraine sich daran bedient, kündigt Russland dann die komplette Einstellung der Lieferung an – solange, bis die

Ukraine das zuvor entwendete Gas aus ihren Speichern ersetzt. Dieses Mal *soll* die Schädigung durch das ukrainische Abzweigen von Gas Europa *treffen*, als Hinweis darauf, dass nicht beides gleichzeitig zu haben ist: das europäische Interesse an einer zuverlässigen und profitablen Energieversorgung durch Russland und die europäische Protektion einer Ukraine, die ihr Wirtschaftsdesaster auf Kosten Russlands zu regeln beabsichtigt und sich feindlich gegen Russland aufstellt. Europa hat schließlich ein Interesse an einer zuverlässigen Energieversorgung und insofern auch an einem störungsfreien Transit durch die Ukraine; das diplomatische Kunstwerk, das die EU beim Umgang mit diesem Störfall das letzte Mal zustande gebracht hat – die Ukraine klaut Gas und Russland wird beschuldigt, ein unzuverlässiger Lieferant zu sein – , will Russland Europa diesmal nicht durchgehen lassen.[22]

[22] Der russische Regierungschef hat versucht, dem internationalen Journalismus grobe Fehler auszutreiben, die der auf Grund einer groben Parteilichkeit verzapft; aber gegen diese Sorte Schwerhörigkeit ist kein Kraut gewachsen:

„Putin: Wenn ich die westeuropäischen und amerikanischen Medien anhöre, finde ich leider keinerlei objektive Einschätzung der Vorkommnisse. Die gibt es einfach nicht. Ich bin überzeugt, dass alle hier am Tisch verstehen, was ich sagen will. Ich weiß nicht, was Sie schreiben werden und welche Anweisungen Ihre Chefs Ihnen geben. Alles deutet darauf hin, dass es solche Anweisungen geben muss, denn das Bild, das sie zeichnen, ist absolut schief: Russland soll die Lieferungen unterbrochen haben.

Wir haben keine Lieferungen unterbrochen. Unser Gas fließt nicht mehr aus der Ukraine heraus. Das Land erfüllt seine Transitverpflichtungen nicht, obwohl es die Energiecharta unterschrieben und ratifiziert hat. Obwohl es einen Vertrag gibt. Es will das Gas nicht bezahlen. Es verknüpft die Forderung nach niedrigen Preisen für sich selber mit dem Transit in den Westen. Es macht Europa und Russland zu Geiseln seiner wirtschaftlichen Lage ...

Charles Clover (Financial Times): Herr Premierminister, das ist eine sehr undurchsichtige Lage, zwei Staaten erheben Behauptungen, die sich widersprechen. Wir wissen nicht, wem wir glauben können. Es gibt keine Beweise.

Putin: Es gibt Beweise. SGS, die internationale Organisation, die die Gasversorgung kontrolliert, schreibt schwarz auf weiß, wo die Gasversorgung unterbrochen und wo sie aufgenommen worden ist. Clover: Sind Sie sicher, dass diese internationalen

Russland widmet eigene diplomatische Anstrengungen überhaupt nur dem Zweck, Europa dazu zu zwingen, den offenkundigen Sachverhalt offiziell zu beurkunden, *dass* die Ukraine Gas abzweigt, veranstaltet nur deshalb den ganzen Zirkus mit europäischen Beobachtern in diversen Leitzentralen und Schaltstellen, die dort Protokolle über den Gasfluss unterschreiben sollen. Eine Absurdität, die darin ihren Grund hat, dass die europäische Politik gemeinsam mit einer fanatischen Öffentlichkeit den sehr einfach zu durchschauenden Sachverhalt, dass Russland an der einen Seite eine bestimmte, nämlich die für Europa bestimmte Menge Gas in die Ukraine hineinpumpt und an der anderen Seite nichts herauskommt, für völlig undurchschaubar erklärt. Mit folgendem Erfolg: Merkel fügt hinzu, es müsse ein Weg gefunden werden, ‚damit kein Gas mehr irgendwo in der Ukraine verschwindet'. (FTD, 16.1.09) Und nach Beendigung des Streits lässt sich die ukrainische Regierung vom Energiekommissar der EU-Kommission, Piebalgs, öffentlich bestätigen, es seien nirgendwo Anhaltspunkte dafür aufgetaucht, dass irgendein Gas in der Ukraine verschwunden wäre.

Politisch ist der Streit zu guter Letzt also auch deshalb, weil nicht nur Russland und die Ukraine über Kreuz geraten.

5. Europa meldet seine Besitzansprüche an

Nämlich erst einmal in der Form, dass man sich hochoffiziell für *Nicht-Befassung* ausspricht, Glos u.a. wollen da bloß einen Streit zwischen Wirtschaftsunternehmen sehen. Europa will keine Vermittlerrolle übernehmen, weil der Streit undurchsichtig sei (FAZ, 6.1.); die Streitparteien sollen sich gefälligst untereinander einigen, und zwar schleunigst. Dieselben Politiker, die sonst überall die

Beobachter die russische Version bestätigen? Putin: Wenn Sie nicht sicher sind, unterschreiben Sie das Protokoll. Schicken Sie doch ihre eigenen Beobachter an die russisch-ukrainische Grenze und an die Grenze zwischen der Ukraine und Westeuropa." (Der russische Ministerpräsident trifft Vertreter der ausländischen Presse, 8.1.09, premier. gov.ru)

Ersten sind, wenn es etwas zu vermitteln gibt, die sonst immer als Erste wissen, wer Recht und wer Unrecht hat, geben sich auffallend zurückhaltend. Die europäischen Instanzen haben auch einige Schwierigkeiten damit, bei der nationalen Gewichtung der Interessen der Euro-Nationen pro und contra Russland bzw. Ukraine den Schein eines einheitlichen und machtvollen Euro-Standpunkts in der Materie aufzubauen. Was wiederum gar nicht zu bedeuten hat, dass sich die EU mit diesem diplomatischen Verfahren heraushalten würde: Unter Ausklammerung der Frage, wo denn die Lieferungen stecken bleiben, auf sofortiger Bedienung zu bestehen, ist eine gediegene Unverschämtheit gegenüber Russland, nämlich die *Zurückweisung der russischen Forderung*, anzuerkennen, dass die Ukraine das Energiegeschäft beschädigt, und die Ukraine zur Raison zu bringen. *So* mag Europa die hochgelobte Energiepartnerschaft mit Russland nicht verstehen, dass sich Europa dabei auch für russische Interessen nützlich macht.

Europa weigert sich erst einmal, sich von Russland gegen seinen Schützling instrumentalisieren zu lassen. Man würde gerne den bisherigen Standpunkt beibehalten, dass alles, was die Ukraine so für ihr wirtschaftliches Überleben an Strom, Heizung etc. braucht, von Russland geliefert werden soll, und ansonsten die Ukraine so frei ist wie nur was. So sieht der politische Preis aus, den die Freunde der Ukraine von Russland verlangen: Der Verkäufer soll vom Weltmarktpreis abweichen, soll einen Feind subventionieren, und zwar auf Dauer, weil das Land sonst nicht überlebensfähig ist. Da aber die streitenden Parteien im Osten nichts von ihrem Gegensatz zurücknehmen und der Schaden für die europäischen Abnehmer zunimmt, kommt die EU nicht umhin, dem russischen Antrag auf Entsendung von Kontrolleuren stattzugeben und Druck auch auf ihren Schützling auszuüben: Die Ukraine hat sich wieder in ein Verhandlungs-, Vertrags- und Bezahlverhältnis zu ihrem Energielieferanten Russland zu begeben, auch wenn es um ihre diesbezüglichen Fähigkeiten schlecht bestellt ist.

Gleichzeitig beugt die EU vor und kündigt an, im März eine Geberkonferenz zur Frage des Investitionsbedarfs der ukrainischen Transportnetze zu veranstalten. Dass Russland die

Krisenlage der Ukraine ausnützt, um sich dort weiter einzukaufen, soll auch nicht sein: Europa behält sich vor, das Problem der Funktionstüchtigkeit ukrainischer Pipelines unter seine Kontrolle zu nehmen. Und die kritische Frage des Eigentums sieht doch gleich ganz anders aus, wenn man sie europäisiert. Während sich das russische Interesse an einer Funktionalisierung der Ukraine mühelos als Neo-Imperialismus entlarven lässt, geht es da um einen begrüßenswerten Fortschritt, nämlich die Integration der Ukraine ins Energiesystem der Europäischen Union.[23]

Die EU hat auch eine weitergehende Lehre gezogen. Der russische Krieg mit Georgien im August und der neuliche Streit mit der Ukraine um den Gaspreis haben eine entscheidende Auswirkung auf die europäischen Pläne für die östlichen Nachbarn. Aus dem Georgien-Krieg im Sommer und dem Gasstreit im Winter folgert sie haargenau dasselbe: Die aggressive Natur der russischen Politik gegenüber ihren Nachbarn bringt die EU in eine Lage, in der es für uns lebenswichtig wird, die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn zu verstärken. (Landaburu, Generaldirektor der EU-Kommission für auswärtige Beziehungen, vor dem Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments, Radio Free Europe/Radio Liberty, 21.1.09) Dazu legt sie ein neues Programm namens Östliche Partnerschaft auf.

Je mehr Russland dort seinen Einfluss geltend macht, umso notwendiger ist es, dass sich Europa dort festsetzt und Russland das Einflussobjekt wegnimmt. In diesem Sinne verspricht die EU

[23] Die USA haben sich in der „Charta" auch schon für den Energietransit durch die Ukraine zuständig erklärt: *„In Anerkennung der Bedeutung eines effizienten Energie-Sektors planen die Parteien den Wiederaufbau und die Modernisierung der Übertragungs-Kapazitäten der Infrastruktur"*. Obama und Clinton haben anlässlich des Gasstreits die amerikanische Sorge um die europäische Energiesicherheit bekräftigt und die Alternative Nabucco "begrüßt". Amerika hat schon immer missbilligt, dass Europa Russland viel zu viel verdienen und viel zu sehr hochkommen lässt. Und es sieht sich auch weiterhin verpflichtet, für das Recht Georgiens und der Ukraine einzutreten, sich in die Nato zu begeben und weiter zu US-Satelliten entwickeln zu dürfen.

Russland eine neue Runde im Streit um die Zuständigkeit in der Region und der Staatenwelt rund um die russischen Grenzen verschärfte Partnerschaft. Als hätte Europa das Bedürfnis klarzustellen, dass die Vorbehalte, die es gegen die von Amerika beantragte Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO geltend gemacht hat, nicht zu verwechseln sind mit einer Relativierung der eigenen Ansprüche.

Dem Publikum, das wieder einmal mit vielen Bildern von Bären, die Gashähne zudrehen, unterhalten worden ist, muss man gar nicht weiter erklären, dass EU und NATO ein einziges Förderprogramm für unterdrückte Nationen, das reine Kontrastprogramm zur Knechtung durch die Russen darstellen. Auch und sogar dann, wenn Europa der Ukraine gar keine klare Zusage der Mitgliedschaft geben mag und aus seinen Bedenken gegenüber diesem unhandlichen Gebilde kein Rätsel macht. Die Subsumtion der östlichen Nachbarn unter diese Bündnisse gilt als ein derart großartiges Geschenk, dass auch klar ist, dass sich die Anwärter diese Gnade erst noch verdienen müssen.

Aber bei aller Gerührtheit über die eigene Güte im Umgang mit dieser Klientel sollte dann doch nicht übersehen werden, dass sich die Position des Westens keineswegs mit den ukrainischen Berechnungen deckt. Die Freunde der Ukraine im Westen erklären sich zwar außerordentlich zuständig für deren kostbare Unabhängigkeit, aber nicht für deren Gasrechnungen. Sie bestehen umgekehrt auf zuverlässiger und störungsfreier Belieferung – egal, wie es um die Fähigkeiten des Transitlandes bestellt ist, seinen Pflichten nachzukommen. Und auch die jetzige Ansage aus Brüssel, die Energiesicherheit für Europa durch neue Lieferverhältnisse und -wege zu verbessern, nimmt wenig Rücksicht darauf, dass diese Politik Status und Einkommensquelle der Ukraine als Transitland *entwertet*. Die mit dem Nabucco-Programm anvisierte Gasversorgung direkt aus Zentralasien und dem Iran, via Türkei und Balkan, besitzt ja den großen Vorzug, dass sie außerhalb der Reichweite sowohl Russlands wie der Ukraine verläuft. Die Schutzmächte der westorientierten Ukraine gehen schlicht und einfach davon aus, dass die als Dienstleister an den westlichen Interessen zu funktio-

nieren hat, auch wenn in dem Laden keine Rechnung mehr aufgeht.

Der Streit geht daher in eine neue Runde. Nachdem die ukrainische Regierung sich nicht mit dem IWF auf einen ausgeglichenen Haushalt einigen kann, der die Regierung dazu verpflichtet, weiten Teilen der Nation die Überlebenshilfen zu streichen, hält der IWF die für Januar angekündigte Kredit-Tranche zurück. Daher wendet sich die Regierungschefin Timoschenko jetzt ganz vorurteilslos an alle führenden Nationen, die USA, die EU, China, Japan sowie Russland mit dem Antrag auf einen 5 Milliarden-Dollar-Kredit. Das ist zumindest eine neue Technik im Umgang mit der ukrainischen Staatsraison: die Interessenten zu einem offenen Wettbewerb einzuladen, wem der Krisenfall Ukraine wie viel wert ist.

2012

Obamas „Reset“ mit Russland[24]

Führerschaft beanspruchen die USA auch gegenüber Russland. Sie haben es da allerdings mit einem Land zu tun, das in verschiedener Hinsicht eine Provokation darstellt für die amerikanischen Regularien von Weltordnung: Nicht nur, dass sich das neue Russland, obschon im Vergleich zu seinem Rechtsvorgänger nachhaltig geschwächt, nach wie vor auf eine eigene strategische Machtvollkommenheit stützt. Es macht diesen Standpunkt der Autonomie, dass es seine eigene Sicherheit selbst zu garantieren imstande ist, auch – wenngleich berechnend zurückhaltend – in der UNO als Vetomacht geltend, ordnet sich da nicht widerspruchslos in die von Amerika angesetzten Ordnungsmissionen ein und zeigt damit, wie sehr dieser Staat immer noch eine eigene Zuständigkeit und einen an den eigenen Interessen bemessenen Regelungsbedarf bei Weltordnungsfragen beansprucht. Und schließlich passt es den USA überhaupt nicht, dass sich dieses Land nicht auf die Bewältigung seiner inneren Probleme beschränken will, sondern immerzu darauf aus ist, um sich herum und mit anderen Konkurrenten der USA Bündnisse zu schmieden und sogar den Anspruch erhebt, eine multipolare Weltordnung herzustellen. Alles das bedarf der Beschränkung, der Zurückweisung oder der Einordnung;[25] bei diesem sperrigen Objekt hat der amerikanische Anspruch auf Führerschaft noch viel zu erledigen.

---

[24] Gegenstandpunkt 1 - 2012

[25] Ein amerikanischer Senator hat allein im November 2011 folgende Fälle von „*Troubling Russian Behavior“, ärgerlichem russischem Benehmen, aufgelistet: „Russland weigert sich hartnäckig, neue Sanktionen gegen den Iran mitzutragen... Russische Politiker erklären, sie seien dazu bereit, ein weiteres Atomkraftwerk im Iran zu bauen... Der russische Wissenschaftler Vyacheslav Danilenko soll laut Bericht der IAEA an den Fortschritten des iranischen Atomwaffenprogramms maßgeblich beteiligt sein... Russland wird neue Raketen aufstellen, die auf die Stellungen der amerikanischen Raketenabwehr in Europa ausgerichtet sind... Russland wird neue Raketen in Stellung bringen und könnte aus dem New-Start-Vertrag aussteigen... Russlands Vertreter bei der Nato wird China und Indien besuchen, um über*

Zur Bewältigung dieser Aufgabe hat der neue US-Präsident ein ‚*reset*' in den amerikanisch-russischen Beziehungen angesetzt, die Korrektur an der Bush-Diplomatie der Nichtbeachtung Russlands bei seiner gleichzeitigen strategischen Umzingelung. Irrelevant geworden ist Russland dadurch schließlich nicht, die Degradierung des ehemaligen Hauptfeinds der USA ist nicht entscheidend vorangekommen. An der von Bush praktizierten Ausgrenzung und Rückführung der Beziehungen bis fast an das eisige Klima früherer Zeiten bemängelt die neue Mannschaft den *Verzicht* auf Methoden der *Einwirkung* auf die russische Seite. Sie sieht dagegen viel ungenutztes Potential auf dem Gebiet von Zusammenarbeit, d.h. sie hat sich zum Ziel gesetzt, auch auf dem Weg eines neu entfalteten diplomatischen Verkehrs, Russland dazu zu verhelfen, sich in die amerikanische Statuszuweisung hineinzufinden.

Der für Europa zuständige Staatssekretär erläutert im Senat die Konfliktfelder und Methoden, mit denen Russland zur Raison gebracht werden soll:

> *„Als Präsident Obama und Präsident Medwedew das erste Mal zusammentrafen im April 2009 waren die Beziehungen im Gefolge des russisch-georgischen Krieges so gespannt wie in den mehr als 20 Jahren davor... Die Politik dieser Regierung lässt sich von einigen Hauptprinzipien leiten. Erstens erkennen wir an, dass die Vereinigten Staaten und Russland viele gemeinsame Interessen haben. Zweitens glauben wir, dass ein Dialog mit der russischen Regierung zu für beide Seiten vorteilhaften Ergebnissen führen kann, wenn dabei Kategorien wie ‚privilegierte Einflusszonen' oder einer Politik des ‚great game' ebenso ausgeschlossen werden wie das Verbot der Befassung mit Fragen*

die amerikanische Raketenabwehr zu beraten... Trotz der wachsenden Proteste gegen das Assad-Regime wollen Syrien und Russland den Vertrag über die Lieferung von Yakhont (P-800 Oniks) anti-ship cruise missiles ausführen... Russland verhindert in der UNO weiterhin Sanktionen oder Maßnahmen gegen das syrische Regime... Russland wendet sich gegen ein Waffenembargo gegen Syrien... Russland entsendet Kriegsschiffe zu seinem Stützpunkt im syrischen Hafen Tartus..." (Reports of Russian Behavior in November 2011, Dec 1 2011, http://www.kirk.senate.gov)

der Menschenrechte. Drittens haben wir uns darum bemüht, vielseitige Beziehungen zu entwickeln, die über traditionelle Sicherheitsthemen hinausgehen und lebenswichtige nationale Interessen der USA voranbringen. Und schließlich lassen wir uns weiterhin von der Überzeugung leiten, dass wir mit der russischen Regierung und zugleich mit der Zivilgesellschaft einen wirksamen Dialog führen können, dass wir mit der Regierung zusammenarbeiten können, ohne dabei unsere Werte zu verleugnen, und dass wir mit Russland einen Neuanfang unternehmen können, ohne unsere Beziehungen zu anderen Ländern zu gefährden, die schwierige Beziehungen zu Russland haben.

Unser Ansatzpunkt war der, dass Probleme auf einem Gebiet unserer Beziehungen Fortschritte auf anderen Gebieten nicht ausschließen sollten. Wir haben viel zu gewinnen, wenn wir in Fragen der globalen Sicherheit und bei wirtschaftlichen Herausforderungen zusammenarbeiten, da die Möglichkeiten für eine wirksame Kooperation unsere Differenzen bei weitem übersteigen.“[26]

Amerika offeriert Russland eine „Zusammenarbeit“, bei der es diesem schwierigen Fall seine Platzanweisung immer und immer wieder als dessen wohlverstandenes russisches Eigeninteresse erläutert. Und die besteht darin, dass Amerika Russland alle Punkte streitig macht, in denen es Amerikas Führerschaft durchkreuzt oder nicht akzeptiert, von der Atomwaffe bis zu der Frage, wie weit es seine eigenen Interessen an Einfluss, an einem Stück Weltordnung überhaupt praktisch geltend machen kann, und umgekehrt Russland dazu „ermutigt“, sich in die Position einer zwar großen, aber auch noch sehr reform- und entwicklungsbedürftigen Schwellenmacht zurückzuziehen.

An erster Stelle steht die *Wiederaufnahme von Diplomatie* in Sachen *strategischer Rüstung*. Der Traum von der atomwaffenfreien Welt, mit dem Obama zu Beginn seiner Amtsführung die Welt zutiefst

[26] Philip H. Gordon, Assistant Secretary, Bureau of European and Eurasian Affairs, Statement before the Subcommittee on European Affairs of the Senate Foreign Relations Committee, December 14, 2011: The State of Human Rights and the Rule of Law in Russia

beeindruckt hat, hat sich inzwischen auf die zwei bis drei Fälle gesundgeschrumpft, in denen Amerika die Verfügung über diese Waffen für überdimensioniert oder erachtet oder gänzlich intolerabel – v.a. in den Händen von Russland und dem Iran. Und da hat sich Obamas „vision" auch sehr sachgerecht transformiert – in das Ringen um die Reduktion im einen und eine latente Kriegsdrohung im anderen Fall.

Gegen das Potential von Atomwaffen und die Messlatte, die Russland dafür in Anschlag bringt, nämlich immer noch eine Art strategisches Gleichgewicht zu den USA aufrechtzuerhalten, und gegen das in Moskauer militärpolitische *essential*, so etwas wie einen vernichtenden atomaren Zweitschlag führen können zu wollen, bringt die Obama-Administration einerseits das Instrument der Rüstungsdiplomatie wieder zum Einsatz, mit dem Zweck einer Reduktion und Wiederherstellung der „vertrauensbildenden" Kontrolle über die Mittel der anderen Seite per Datenaustausch und Inspektion. Andererseits wird ein Rüstungsprogramm kontinuierlich vorangetrieben, das darauf abzielt, ebendiese russischen Anstrengungen obsolet zu machen. Mit ihrem ungebrochen funktionierenden militärisch-industriellen Komplex im Rücken tut auch die Obama-Administration ihr Bestes, um ihre enorme rüstungstechnische Überlegenheit über den Rest der Welt und insbesondere Russland abzusichern und weiter auszubauen und allen Rivalen auf diesen Gebiet die Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen vorstellig zu machen, da mithalten zu wollen – tatkräftige Abschreckung mit konventionellen wie atomaren Waffen der Extraklasse , die eine frühere Administration mit dem programmatischen Titel Totrüsten versehen hatte. Mit den Potenzen einer Supermacht werden *Fakten geschaffen.*

In diesem Sinne hat die Obama-Mannschaft wieder eine Runde Rüstungsdiplomatie aufgelegt, die das formelle Entgegenkommen mit absoluter Kompromisslosigkeit in der Sache verbindet: Die USA erweisen Russland wieder die Anerkennung als Partner in diesem eigentümlichen Dialog über die Mittel der wechselseitigen Vernichtung *und* übergehen seine Interessen und Einwände, um

sie durch die amerikanische Definition russischer Sicherheitsbedürfnisse zu ersetzen.

„Nicht gegen Russland gerichtet“

Schließlich mutet Obamas Programm, die Rolle von Atomwaffen in unserer nationalen Sicherheitsstrategie (zu) reduzieren und andere anzuhalten, dasselbe zu tun,[27] Russland eine Reduktion zu, die für es strategisch gar nicht dasselbe *bedeutet* wie für die USA: Die numerische Gleichheit bei der Reduktion der Interkontinentalraketen, die die beiden Mächte ausgehandelt haben, kann schließlich nicht über die substantielle Ungleichung hinwegtäuschen, dass das ununterbrochen fortgesetzte amerikanische Rüstungsprogramm die Bedeutung dieser letzten Mittel für das Pentagon ohnehin relativiert, durch eine Vielzahl konventioneller Kriegsmittel weitgehend ersetzbar gemacht hat, während die russische Seite ihren Verlust an strategischen Fähigkeiten gerade durch die Beibehaltung dieser letzten Abschreckungsmittel, die Garantie der Zweitschlagsfähigkeit kompensieren will.[28]

Beim Ringen um die noch vorhandenen russischen Machtmittel, darum, wieweit diese Raketen überhaupt noch respektabel sind – schließlich ist ja bekannt, welche Probleme das heutige Russland dabei hat, seine Arsenale in Schuss zu halten und zu erneuern –, da kann Amerika behilflich sein. Das amerikanische Vorhaben zielt auf eine reichlich einseitige Entwaffnung. Neben dem rüstungsdiplomatischen Verkehr, der Russland umso viel seiner Raketenmacht wie möglich erleichtern soll, werden Zug um Zug die Gerätschaften einer Raketenabwehr in Stellung gebracht, die die ultimativen Mittel auf russischer Seite tendenziell unschädlich

[27] prague.usembassy.gov/obama.html

[28] *„Mit ihrem US-Raketenschild in Europa zerstören die USA laut dem russischen Nato-Botschafter Dmitri Rogosin das strategische Gleichgewicht. ‚Es handelt sich im Grunde um einen Versuch der USA, aus dem strategischen Gleichgewicht auszusteigen … und sich eine absolute Unangreifbarkeit – und deshalb Straflosigkeit – zu sichern‘, sagte Rogosin.“* (RIA, 23.11.11)

machen, die Fähigkeit der anderen Seite zu einem Zweitschlag unterminieren.[29] Obamas Reset legt der russischen Seite also nahe, in einvernehmlicher Weise der strategischen Ab- und damit Entwertung ihres Potentials zuzustimmen, das, was unter Bush faktisch vollzogen wurde, jetzt per diplomatischem Verkehr abzusegnen.

Und wenn Russland mit hinhaltendem Widerstand auf einem Junktim zwischen Offensiv- und Defensiv-Systemen besteht, weiterhin so etwas wie ein „Gleichgewicht" und ein Mitspracherecht bei der Aufstellung der Raketenabwehr-Systeme an seinen Grenzen reklamiert und nebenbei tut, was es kann, um seine Rolle als zweitgrößte Nuklearmacht zu behalten, antwortet Amerika mit einer Diplomatie, die den Anspruch auf Gleichrangigkeit nicht einmal bekämpft, sondern schlicht ignoriert. Das sture und unablässig wiederholte Diktum, nach dem die amerikanische Raketenabwehr nicht gegen Russland gerichtet ist, übergeht den überlebten Anspruch auf Parität, an dem die andere Seite krampfhaft festhält, und buchstabiert ihr stattdessen ein ums andere Mal die gemeinsamen Interessen vor, die Amerika als Gebot der Zeit erkannt hat. Die USA möchten einfach nur ganz Europa – inkl. Russland – beschützen; Russland soll sich ausgerechnet vom Iran bedroht fühlen und dagegen bei Amerika Schutz suchen:

> *„‚Wir möchten ganz Europa und nicht einzelne Länder mit dem Raketenschild schützen', sagte US-Vizeaußenamtschefin Ellen Tauscher, die für Rüstungskontrolle, Non-Proliferation und internationale Sicherheit zuständige Diplomatin am Montag in Washington. ‚Wir haben mit der Erörterung einer potentiellen Kooperation zwischen den USA, der Nato und Russland begonnen und möchten, dass Russland vom Raketenabwehrsystem erfasst wird und nicht außerhalb davon liegt... Wir wollen, dass auch Russland*

[29] Das Nötige zum strategischen Stellenwert dieses Rüstungsprojekts und zu Obamas Neustart in der Rüstungsdiplomatie ist nachzulesen in GegenStandpunkt 3-2000: „Wozu brauchen die USA ein ‚Nationales Raketen-Abwehr-System'? Amerika schafft Sicherheit – für seine Kriege" und in GegenStandpunkt 3-09: „Obamas ‚Change' in der Weltpolitik"

unter dem Schirm der EuroABM Platz findet, dass Moskau begreift, dass das Raketenabwehrsystem seine strategische Verteidigungsfähigkeit nicht untergraben wird‘.“ (RIA, 10.5.11) [30]

Amerika hat auch Angebote zum Mitmachen parat. Es könnte sich gut eine *Umdefinition* des strategischen Zwecks der russischen Militärpotenzen vorstellen, bei der Russland z.B. nützliche Dienste zu der strategischen Kontrolle beisteuert, die Amerika über diese Weltgegend ausüben möchte:

„‚Russland hat gewisse Aktiva, die es anbieten könnte, etwa Frühwarnradare‘, so Tauscher. ‚Auch wir haben welche. Wir brennen einfach darauf, mit einer gemeinsamen Analyse von Bedrohungen, gemeinsamen Übungen und einem Austausch der von den Frühwarnobjekten erhaltenen Informationen zu beginnen, was eine

[30] Die Obama-Diplomatie befleißigt sich eines außerordentlich einnehmenden Stils; die Unterhändler reden auf den uneinsichtigen Verhandlungspartner ein wie auf einen kranken Hund; von Vorhaltungen, dass Russland immer noch ... im alten Denken befangen wäre, während es doch in vielen Hinsichten schon in der modernen Welt unterwegs, auf dem richtigen Weg sei, bis zu Belehrungen darüber, inwiefern es vom Iran bedroht sei und da doch Amerika ganz an seiner Seite hätte. Nachdem Russland die Verhandlungen für unergiebig erklärt und Gegenmaßnahmen gegen die amerikanische Raketenabwehr ankündigt, signalisieren die USA mit der Einstellung ihrer Verpflichtungen auf einem Nebenschauplatz, dem überkommenen KSE-Vertrag über die konventionellen Waffen in Europa, dass sie auch die Einstellung der Rüstungsdiplomatie in Betracht ziehen könnten. Die zuständige Dame aus dem Außenministerium erläutert ihren russischen Ansprechpartnern den Beschluss mit dem großen Kummer, der Amerika angesichts der russischen Unvernunft befällt, ungefähr so wie bei einem schwererziehbaren Kind: „*Wir bewerten diesen Beschluss als eine rationelle Antwort auf die Handlungen Russlands, wir nahmen ihn eher mit Kummer als mit Zorn an. Das war ein Appell an Russland, eine Erklärung, dass wir eine Rückkehr Russlands in den Vertrag wollen. Die USA sind an einer Belebung des Regimes der Kontrolle über die konventionellen Streitkräfte in Europa interessiert und setzen die Suche danach mit ihren Vertragspartnern fort‘, sagte Gottemoeller.*“ (RIA, 30.1.12)

Grundlage für die Schaffung eines gemeinsamen Raketenabwehrsystems bilden könnte'." (RIA, 22.3.11)

Das wäre dann schließlich – wie Russland ein Jahr lang unablässig von Seiten der amerikanischen Unterhändler versichert wird – die „beste" und vollgültige „Garantie" dafür, dass sich der Ausbau der amerikanischen Militärmaschinerie „nicht gegen Russland" richtet: die Verabschiedung aus der Rolle einer eigenständigen Nuklearmacht und die Unterordnung der russischen Militärpotenzen unter die amerikanische Führung, d.h. die Übernahme der Rolle eines amerikanischen Helfershelfers:

„Die Nato hat Moskau erneut zur Zusammenarbeit im Bereich der Raketenabwehr aufgefordert. Dies wäre die beste Garantie dafür, dass sich der Raketenschild in Europa nicht gegen Russland richte, sagte der Nato-Beauftragte für Zentralasien und Südkaukasus, James Appathurai, am Dienstag in Moskau. Unter anderem könnte ein Datenaustausch die volle Transparenz des Abwehrsystems garantieren, sagte Appathurai. Auf dem Gipfel im Mai in Chicago werde die Nato eine eigene Vision für den zukünftigen Raketenschild vorstellen." (RIA, 25.10.11)

Mehr „Zusammenarbeit" in Europa

Ergänzt wird diese Diplomatie durch den *Einsatz der europäischen Verbündeten*: Die *Ab*erkennung von russischen Mitspracherechten lässt sich schließlich auch per *Ausdehnung* der Diplomatie auf die gesamte NATO praktizieren. Nachdem die USA schon diverse europäische NATO-Partner als Gelände für die Aufstellung der verschiedenen Gerätschaften in Anspruch nehmen, führen sie einen NATO-Beschluss über eine „gemeinsame Raketenabwehr" herbei und delegieren damit an die Europäer die Aufgabe, sich an einer Diplomatie der Einbindung Russlands zu beteiligen. Auf diese Weise wird Russland aus der Rolle des *exklusiven* Verhandlungspartners in Sachen strategische Rüstung verabschiedet und Europa in die Pflicht genommen: Wenn sich Russland ohnehin schon immerzu im Namen einer strategischen Partnerschaft um

Europa bemüht, sollen die Partner ihr Teil beitragen, Russland die Unausweichlichkeit der amerikanischen Raketenabwehr als ihr ureigenstes europäisches Interesse vortragen und ihre besonderen Beziehungen zum Einsatz bringen, um Russland zum Stillhalten zu bewegen.

Per NATO-Beschluss wird eine transatlantische Ablehnungsfront geschmiedet und Russland vor die Alternative gestellt, entweder die amerikanische Aufrüstung in Europa hinzunehmen oder dagegen mit einem Rüstungsprogramm seinerseits anzutreten, sich also wieder in eine Art Rüstungswettlauf treiben zu lassen, der eine enorme Belastung seines ohnehin nicht so recht vorankommenden kapitalistischen Aufbruchsprogramms darstellt, und eine Verschlechterung der Beziehungen zu Europa im Kauf zu nehmen, an denen ihm gelegen ist.

„*Keine Einflusszonen*“, sondern *eine* amerikanische Weltordnung

Die verbliebenen russischen Ambitionen, auf der Welt Einfluss nehmen zu können, die Russland mit störenden Waffenlieferungen und diplomatischer Rückendeckung für die verschiedenen Problemfälle untermauert, konfrontiert die amerikanische Führung mit einer gar nicht bloß auf Russland bezogenen Militärpolitik und diversen Kriegen, die einer Macht wie Russland anschaulich demonstrieren, dass sie so gut wie keine Chance hat, sich in irgendeinem Fall als Schutzmacht aufzustellen und zu behaupten.

Amerika lässt es nicht dabei bewenden, dass sich Russland als Schutzmacht des Irak blamiert hat, und lässt auch russische Einsprüche im Umgang mit dem Iran nicht gelten. Es wirkt mit allen Mitteln darauf hin, dass Russland zwar ein Veto aussprechen, aber auf keine sonderliche Wirkung setzen kann, weil Amerika über genügend andere Mittel verfügt. Durch die kreative Handhabung von Resolutionen des Sicherheitsrats, durch Koalitionen der Willigen am Sicherheitsrat vorbei oder durch inoffizielle Kriegshandlungen, auch exekutiert durch Dritte, durch die gesamte amerikanische Kriegs- und Zermürbungspolitik wird die Position der

Veto-Macht Russland praktisch untergraben und entwertet. Mit den Störfällen der amerikanischen Weltordnung werden zugleich russische Freunde, Geschäftspartner oder Stützpunkte im Nahen Osten eliminiert. Klargestellt wird damit auch für Russland wie für etwaige Schutzsuchende, dass gegenüber der amerikanischen Gewaltmaschinerie und den reichhaltigen Einsatzmöglichkeiten von Mitmachern alternative russische Ordnungsvorstellungen grundsätzlich nicht an so etwas wie eine wirksame Schutzgarantie heranreichen – im Fall des Iran ebenso wenig wie in anderen Fällen.

Die Botschaft an Russland lautet auch hier, dass, wenn schon die amerikanische Einflussnahme in der Welt die russischen Anstrengungen, als Schutzmacht aufzutreten, substanzlos macht, solche Versuche – wiederum im wohlverstandenen russischen Eigeninteresse – auch gar nicht nützlich sind. Da wäre es viel nützlicher, wenn Russland sich der Aufgabenzuweisung durch den Westen anschließen würde.

Einladungen zum Mitmachen bei der Einhegung von „trouble spots" ...

Schließlich gibt es ja auch das schon: vielversprechende Anläufe zu einer Kooperation in Weltordnungsfragen – die logistischen Hilfsdienste im Fall Afghanistan,[31] und auch in die Diplomatie gegen den Iran vermittels der IAEA hat sich Russland schon teilweise einbauen lassen, und es übernimmt vor allem die Rolle eines Mitmachers bei Obamas Non-Proliferations-Regime. Obama resümiert die „Erfolge":

> *„Präsident Medwedew und ich haben den Neuanfang in den amerikanisch-russischen Beziehungen, wie ich denke, erfolgreich in*

[31] „*Wir haben ein Abkommen über Militärtransporte nach Afghanistan erreicht, das bis zum heutigen Tag über 1700 Flüge durch den russischen Luftraum ermöglicht und mehr als 275 000 Militärangehörige in die Region gebracht hat. Unsere Rechtsschutzbehörden sind dazu übergegangen Informationen auszutauschen und gemeinsame Operationen auszuführen, um den Drogenfluss zu bremsen*." (Gordon)

Gang gebracht. Und das hat zu konkreten Erfolgen geführt in Gestalt des neuen START-Vertrags, des 123. Agreement, bei der Arbeit, die wir gemeinsam geleistet haben, Sanktionen gegen den Iran zu verhängen, und bei den Anstrengungen, die wir zur Aufnahme Russlands in die WTO unternommen haben.“ (The White House, November 12, 2011)

Wo es den USA nützlich erscheint, handhaben sie die Zulassung russischer Interessen als Hebel zu ihrer Einordnung; genauer: sie operieren mit dem von ihnen praktizierten *Ausschluss* aus dem von ihnen beherrschten Weltmarkt, den sie zugunsten einer Einflussnahme auf russisches Wohlverhalten nach Bedarf lockern oder aufheben. Das von Obama angestrebte Non-Proliferations-Regime gesteht Russland so etwas wie die Rolle einer Kontrollmacht gegenüber Dritten zu, um es umgekehrt auf eine Kontrolle über sein Potential – die immensen Hinterlassenschaften der ausgemusterten Sprengköpfe, Atomfabriken, Wiederaufarbeitungsanlagen ... – zu verpflichten, und belohnt das russische Mitmachen – siehe v.a. im Fall Iran, wo sich Russland auf die Position hinbewegt hat, den Iran auf eine ausschließlich zivile Nutzung der Atomkraft festzulegen – mit der Aufhebung von Sanktionen gegen russische Rüstungsexporteure und dem 123. Agreement, das russische Geschäftspartner zu dem von amerikanischen Firmen beherrschten Markt für zivile Atomtechnologie zulässt und Russland eine gewichtige Geschäftssphäre eröffnet – unter der Voraussetzung der Erfüllung der Non-Proliferationspflichten.

... und zur Unterstellung unter die Weltmarktordnung

Mit einem weiteren Stück Zulassung Russlands zum Welthandel wird signalisiert, dass es sich für Russland lohnt, sein abweichendes Verhalten aufzugeben und sich weiterhin um gute Beziehungen zu bemühen, wo es doch selbst mit seinem Streben nach „Modernisierung“ seine wirtschaftlichen Defizite bekannt hat und immer wieder für vermehrte ausländische Investitionen auf seinem Standort wirbt: Nach 18 Jahren Ausschluss könnten die USA jetzt seine Aufnahme in die WTO genehmigen. Schließlich will Obama

nicht länger einsehen, dass Amerika beim Zugang zu einem Markt im Unterschied zu Konkurrenten Beschränkungen hinnehmen soll und um Bereicherungsmöglichkeiten gebracht wird, nur weil Russland außerhalb der WTO-Regeln hantieren kann:

> *„Die amerikanischen Warenproduzenten sollen laut US-Präsident Barack Obama auf den Außenmärkten, darunter auch auf dem russischen Markt, dominieren. ‚Der Kongress soll alles dafür unternehmen, dass kein Land Vorteile gegenüber den US-Herstellern hat, wenn es um den Zugang zu den Finanzmärkten bzw. um die Erschließung neuer Märkte geht, wie etwa in Russland', sagte er am Dienstagabend in seiner Jahresbotschaft. ‚Unsere Arbeiter sind die effektivsten auf der Welt, und ich verspreche Ihnen: Amerika wird stets gewinnen'." (RIA, 25.1.12)*[32]

[32] Wenn und soweit sich Russland zu einem Markt entwickelt, so hat sich gefälligst auch der für die Schaffung von Jobs in Amerika nützlich zu machen! „*Allein im letzten Jahr haben wir den Abschluss großer Geschäftsabkommen erlebt... Aber es könnte noch viel mehr getan werden. Während die Handelsströme letztes Jahr gewachsen sind, haben sie gerade einmal 31 Milliarden Dollar erreicht – weniger als ein Prozent unseres gesamten Handels. Russland ist die siebtgrößte Wirtschaft der Welt, nimmt aber bei unseren Exporten nur Platz 37 ein. Heute ist Russland das einzige Mitglied der G 20, das nicht der WTO angehört. Doch das ändert sich gerade, da Russland kurz vor dem Abschluss der Aufnahmeprozeduren für die WTO-Mitgliedschaft steht. Es ist einfach eine Tatsache, dass Russlands Beitritt zur WTO für die US-Wirtschaft wichtig ist, weil damit amerikanischen Exporteuren neue Märkte in einem der weltweit am schnellsten wachsenden Märkte eröffnet und neue Arbeitsplätze zu Hause geschaffen werden*."

Und die Ablehnungsfront zu Hause muss sich sagen lassen, dass mit der Zulassung zur WTO Amerika keine Mittel verliert, um auf Russland einzuwirken, sondern ganz neue gewinnt – bis hin zu dem politischen Wandel, den der freie Handel bekanntlich herbeiführt:

„*Zusätzlich zum wirtschaftlichen Nutzen für amerikanische Firmen und Arbeiter wird Russland mit der WTO-Mitgliedschaft seine Investitionen in den Erfolg der Weltwirtschaft vergrößern. Zum ersten Mal hat sich Russland dazu verpflichtet, sich an die WTO-Regeln zu halten, die einer offenen, transparenten und fairen weltweiten wirtschaftlichen Konkurrenz zugrunde liegen. Russland hat festen berechenbaren Zollsätzen zugestimmt und unterliegt einklagbaren Mechanismen zur Schlichtung von*

Zur „fairen Konkurrenz“, auf die Amerika die Welt verpflichtet, gehört selbstverständlich nach wie vor die Eindämmung der „unfairen“ Dominanz Russlands auf dem europäischen Energiemarkt. Die amerikanische Sorge gilt weiterhin der „Unabhängigkeit“ der zentralasiatischen Energielieferanten und der westlichen Transitländer. Russland im Kreis der WTO und als neue Bereicherungssphäre des amerikanischen business zu begrüßen, schließt schließlich Einsprüche gegen russisches Fehlverhalten überhaupt nicht aus – das *„Konzept von Einflusszonen„* lehnt das Obama-Amerika schlichtweg auch in dem Gebiet ab, das Russland als sein „nahes Ausland“ deklariert und auf Grundlage der überkommenen Verflechtungen und Abhängigkeiten aus der Sowjetzeit in seine diversen Bündnisse hineinzuziehen und zu verankern versucht.

„Keine Einflusszone“ auch im Nahen Ausland

Amerika reklamiert im europäischen Osten und Zentralasien weiterhin seine ordnungspolitische Zuständigkeit im Namen des doch auch vom neuen, gewendeten Russland gewollten, aber unfertigen Systemwandels und der Befreiung von russischer Vorherrschaft. Die USA identifizieren die Bemühungen der mehr oder weniger instabilen Herrschaften in der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) um eine Konsolidierung, dann, wenn sie sich dabei auch auf eine Unterstützung durch Russland verlegen, einwandfrei als Verstoß gegen Menschenrechte, weswegen diese Staatswesen im Idealfall in die NATO transportiert gehören. Nachdem aber die Welle der bunten Revolutionen auch wg. russischer Gegenwehr ins Stocken geraten ist, ist Amerika

Streitigkeiten. Die Geschichte zeigt, dass wirtschaftliche und politische Modernisierung Hand in Hand gehen, wie Vizepräsident Biden in seiner Rede vor Studenten der Moskauer Staatsuniversität im letzten März sagte. Jetzt, wo die erste Generation in Russland, die nie unter dem Kommunismus lebte, beginnt, ihre Universitätsabschlüsse abzulegen und ihren Platz in der russischen Arbeiterschaft einzunehmen, kann man mit gutem Grund einen beachtlichen Wandel in den kommenden Jahren erwarten.“ (Gordon)

vorwiegend mit der „Bestrafung" der „Rückfälle" befasst und hält auch Europa dazu an, nicht wegen falscher Rücksichtnahme auf Russland oder geschäftlicher Motive in diesem langen Freiheitskampf locker zu lassen. Der engste russische Bündnispartner Weißrussland wird geächtet, der zweitwichtigste Partner Kasachstan mit Demokratie-Vorbehalten traktiert und zu alternativen Handelsbeziehungen ermutigt; die von den Falschen regierte und zum ökonomischen Krisenfall geratene Ukraine wird per IWF unter Druck gesetzt; Usbekistan wiederum wg. Dienstbarkeit für die Afghanistan-Operation wieder etwas von Menschenrechtsvorwürfen entlastet und zur Widerspenstigkeit in den russischen Bündnissen ermutigt; der Leuchtturm Georgien erhält weiterhin Rückendeckung in Sachen seiner Gebietsverluste gegen Russland, wird – auch vorausschauend auf den Krisenfall Iran – wieder mit Waffen beliefert und als US-Stützpunkt ausgebaut, und der Nachbar Aserbeidschan wird zur Parteinahme gegen das Regime im Iran ermuntert und mit amerikanischen Kampfflugzeugen beliefert...

Im festen Glauben, dass ein ‚reset' machbar sein muss, ohne auf unsere Werte zu verzichten, bearbeitet Amerika den gesamten Staatenkranz, den Russland in seinen Bündnissen an sich zu binden und als Partner zu stabilisieren bemüht ist; im Falle zu großer Nähe zu Russland verhängt es Sanktionen, destabilisiert die missliebigen Herrschaften und leistet einen nachhaltigen Beitrag zur Herstellung von Bürgerkriegsszenarios und *failed states*, also dazu, die von Russland anvisierten Bündnispartner gründlich unbrauchbar zu machen.

Der „Dialog mit der russischen Zivilgesellschaft"

wird schließlich auch mit allen nötigen Argumenten geführt. Mit Demokratie- und Rechtsstaatsvorbehalten gegen die Wahrnehmung russischen Herrschaftsbedarfs im Inneren,[33] mit der

[33] „*Wir sind weiterhin besorgt über den Aufruhr im Nordkaukasus. Während wir das Recht und die Pflicht der russischen Regierung anerkennen, ihre Bürger zu schützen, sind wir weiterhin beunruhigt über Sicherheitskräfte, die im Namen der*

Verfolgung exemplarischer Fälle der russischen Gerichtsbarkeit, indem Sanktionen gegen dortiges Staatspersonal verhängt werden,[34] und mit der systematischen Pflege der einschlägigen Opposition in Russland behandelt die Obama-Administration den Partner Russland als Vollzugsorgan eines noch unfertigen Reformprogramms, bei dessen Vervollständigung Amerika weiterhin assistiert und im Namen des russischen Mittelstands auf die nötigen Reformen hinweist.

Nach der Dumawahl im Dezember 2011 und der Denunziation der Regierenden als Wahlfälscher mit Hilfe der ausgeschickten oder im Land organisierten Scharen von Wahlbeobachtern, und nachdem es gelungen ist, das Sammelsurium disparater Unzufriedenheit, von Nationalbolschewisten über Marktwirtschafts-, Demokratie- und Internet-Idealisten bis zu den Suganow-Kommunisten dazu zu ermutigen, sich gemeinsam gegen Putin aufzustellen, erfolgt erneut die offizielle Bekräftigung der Pflege und Förderung dieses wunderbaren russischen Exemplars von „Zivilgesellschaft“. Amerika widmet sich der Aufgabe, die Unzufriedenheit im Land zu betreuen, auf die politische Willensbildung einzuwirken und den vorgesehenen Amtswechsel zu delegitimieren, um die bislang noch viel zu solide Einheit von Volk und Führung zu spalten. Auch hier kommt die amerikanische leadership der Destabilisierung der Herrschaft durch das Einwirken auf die innere

Bekämpfung des Aufstands Menschenrechsverletzungen begehen... Leider ist der Fall Magnitskiy nicht die einzige Herausforderung auf dem Gebiet der Menschenrechte in Russland. Bekannte Journalisten – wie Anna Politkovskaya, Paul Klebnikov, und Natalya Estemirova – sind ermordet worden. Michail Chodorkowsky ist immer noch aus politischen Gründen im Gefängnis- und russische Aktivisten bekommen Schwierigkeiten, wenn sie ihr Recht auf freie Rede und Versammlung wahrnehmen.“ (Gordon)

[34] „Die Vereinigten Staaten werden weiterhin die volle Bandbreite gesetzlicher Mittel zur Anwendung bringen, um denjenigen, die an ernsten Menschenrechtsverletzungen in Russland beteiligt sind, ernsthafte Konsequenzen aufzuerlegen, u.a. Beschränkungen bei der Einreise nach Amerika.“ (Gordon)

Verfassung der Nation schon ziemlich nahe. Aber wenn sich Putin beschwert –

> *„Die US-Außenamtschefin bewertete die Wahl als ‚unfrei und ungerecht'. Das russische Außenministerium bezeichnete ihre Äußerungen als ‚unannehmbar', während Premier Wladimir Putin das Ausland einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes beschuldigte."*

– der russische Partner muss einfach dazulernen: Auch wenn Amerika sich ohne Umschweife dazu bekennt, dass es höchstoffiziell eine Putin-feindliche Opposition aufbaut und betreut,[35] erfüllt das aus amerikanischer Sicht einfach nicht den Tatbestand der Einmischung. Was Amerika da auf die Beine bringt, ist ja dann immer noch die russische Zivilgesellschaft, und deren Regungen sind per definitionem ein Grund zur Freude:

> *„‚Russland ist heute ein Land, dessen Bevölkerung zu den am besten gebildeten in der Welt zählt. Der Mittelstand dieses Landes, der entsprechende Bestrebungen hat, ist im Wachsen begriffen', stellte Clinton fest. Die Protestaktionen in Russland ‚sind nicht von außen gekommen, sie sind innerhalb des Landes entstanden'. Die US-Kritik am Abstimmungsprozess bei den Parlamentswahlen in Russland war laut Außenamtschefin Hillary Clinton nicht vom Bestreben Washingtons diktiert, die Beziehungen mit Moskau zu erschweren,*

[35] *„Drittens leisten die Vereinigten Staaten der russischen Zivilgesellschaft finanzielle Unterstützung. Seit 2009 hat die US-Regierung ungefähr 160 Millionen Dollar ausgegeben zur Unterstützung von Programmen auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Förderung der Zivilgesellschaft, unabhängiger Medien, good governance und demokratischer politischer Prozesse. In jüngster Vergangenheit wurden US-Fonds benützt, um eine unabhängige russische Wahlbeobachtung der Dumawahlen zu fördern, um unabhängige Journalisten mit dem Ziel professioneller und objektiver Berichterstattung auszubilden, um die Beteiligung informierter Bürger am Wahlprozess zu ermutigen und die Durchführung von Meinungsumfragen auszubauen. Wir danken dem Kongress dafür, dass er diese Mittel auch in der heutigen schwierigen Haushaltslage genehmigt hat."* (Gordon)

und die darauffolgenden Proteste sind, wie sie betont, nicht von außen organisiert worden.“ (RIA, 15.12.11)

Dass Amerika seine Mittel zur Geltung bringt, die russische Regierung weltöffentlich zu delegitimieren und im Inneren anzugreifen, indem es die nationale Unzufriedenheit schürt, kann doch nur im Sinne einer guten Regierung sein. Und das müssen die guten Beziehungen aushalten können.

2014

Osterweiterung zum Dritten

Die «östliche Partnerschaft» mit der Ukraine. Europa geht bis an die Grenzen seiner Methode friedlicher Eroberung und darüber hinaus[36]

1. Die EU selbst hält das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine für ihr bisher ehrgeizigstes. Das ist wahr. Es enthält einen umfassenden Kanon erpresserischer Angebote, mit denen Europa die Notlage der Ukraine zum Hebel machen will, sich dieses Staatswesen unterzuordnen. Das wir verkauft als Dienstleistung an einer hilfsbedürftigen Nation.

Gekennzeichnet ist die Ukraine durch fundamentale politische Gegensätze und die Tatsache, dass sie sich am Rande des Staatsbankrotts befindet. Angeboten wird von der EU ein umfassendes Freihandelsabkommen, angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten, mit der aus Sowjetzeiten ererbten Ausstattung marktwirtschaftlich ein Bruttosozialprodukt zu erzeugen, setzt Europa auf die Attraktivität seiner Angebote in Sachen Zulassung zum Binnenmarkt. (Freihandelsabkommen und visafreies Reisen).

Bevor das freie Handeln allerdings anfangen kann, fordert die EU die Erfüllung einer Reihe von Bedingungen, ohne die gar nichts geht.

- Anpassung an die technischen Normen und Standards der EU
- Verabschiedung vom Staatseigentum
- Rechtsapparat, das die Bedürfnisse des Privateigentums kodifiziert
- Regelung des geistigen Eigentums und Insolvenzrecht
- Unterschrift unter das dritte Energiepaket der EU
- Liberalisierung aller Dienstleistungssektoren

[36] Gegenstandpunkt 1 – 2014 (Auszug)

Dies wird gefordert ungeachtet der feststehenden Diagnose, dass die durchgeführten Maßnahmen einen Kampf ums Überleben in etlichen Bereichen einleiten werden.

Die Ukraine möchte den Anschluss ihres Landes an die EU, beziffert aber die Kosten der Anpassung auf bis zu 500 Mrd. US-Dollar. An denen möchte sich die EU aber nicht beteiligen, stattdessen beharrt man in Brüssel auf dem sofortigen Vollzug der Spar- und Sanierungsmaßnahmen des IWF:

- Streichung der Subventionierung der Energiepreise
- Kürzung von Löhnen und Renten
- Abwertung der Währung (wegen Vorteilen im Außenhandel)

Als Belohnung wird ein Darlehen versprochen, das reicht, um die Schulden beim IWF abzubezahlen, während die Ukraine dann in den beiden kommenden Jahren 25 Milliarden Dollar an ausstehenden Schulden und Zinsen zu begleichen hat.

Die Angebote der EU eröffnen nur die Alternative zwischen Staatsbankrott und einer IWF-Betreuung. Deren Inhalt ist, den Standort kaputt zu sanieren und alle Staatstätigkeiten auf das zu beschränken, was EU und IWF für notwendig erachten und mit Krediten unterstützen. Diese «Modernisierung» ist der selbstgerechte Ausdruck für das ökonomische Machtverhältnis, mit dem die EU operiert, um sich die Ukraine als strategischen Machtgewinn im Osten zu verschaffen.

2. Mit dem Assoziierungsabkommen verlangt die EU, dass die Ukraine die Eigenständigkeit ihrer staatlichen Berechnungen aufgibt. Europas Imperialismus will Schluss machen mit dem unhandlichen ukrainischen Nationalismus, der störenden Schaukelpolitik. Das ukrainische Lavieren zwischen den Lagern soll ein für alle Mal entschieden werden.

Neben den wirtschaftspolitisch-rechtlichen Regeln werden alle Anforderungen aufgelistet, die die Ukraine in Sachen Politik zu erfüllen hat – vorgetragen als eine Sammlung von Methoden für

einen kommenden nationalen Erfolg durch gutes Regieren: Wege zu einer neuen Staatsräson.

- Reform des Wahlsystems
- Verzicht auf selektive Strafverfolgung (Abwicklung des innerukrainischen Machtkampfes mit Mitteln der Justiz)
- Festigung der Zivilgesellschaft (=Förderung der NGOs)

Der kaum verhüllte Zweck dieser Maßnahmen ist es, den pro-europäischen Kräften und Janukowitsch-Gegnern zur Durchsetzung zu verhelfen.

Hintergrund dieses Kampfes ist die Tatsache, dass seit der Beförderung der Ukraine in die Souveränität sich die herrschende Klasse zerstreitet an der Frage der Ausrichtung der Ukraine als Objekt zwischen konkurrierenden Großmächten. Das mehr oder weniger an Anbindung an die eine oder andere Seite ist die Frage, an der entlang sich die verschiedenen Machtwechsel ergeben haben. Tatsache ist, dass die Nation eine *eindeutige* Festlegung nicht verträgt, weil es ihren Bestand gefährdet. Sie lebt, weil sie nicht über autonome nationale Lebensmittel verfügt, sowohl von der Geld- und Kreditmacht des Westens als auch von den traditionellen Beziehungen zu Russland.

Europa stellt sich zu diesen Existenzbedingungen der Ukraine rein negativ, indem es alles in Bewegung setzt, den inner-ukrainischen Machtkampf zu entscheiden und Russland auszumischen. Dabei sieht das Assoziierungsabkommen keinesfalls die Beförderung in den Status eines Mitglieds mit entsprechenden Rechten vor. Die Rolle der Ukraine ist die eines Anhängsels, das sich die Aufsicht und die Anweisungen der EU gefallen lassen muss. Versprochen wird nichts. Mit der Forderung der Unterschrift wird rein die Aneignung der Verfügungsmacht über dieses Land parafiert: die EU übernimmt ökonomisch und politisch Inhalt und Betätigung ukrainischer Souveränität. Und die Presse weiß diesen Inhalt als das Gebot der Stunde: die Ukraine gehört zu Europa – ist also ein für alle Mal und verlässlich allem russischen Einfluss zu entziehen.

3. Der Standpunkt der EU zu Russland: Wenn die Ukraine dem europäischen Besitzstand zugeschlagen wird, die bisher nützlichen Beziehungen unter EU-Reglement gestellt werden und jede russische Einflussnahme ausgeschaltet wird, geht das Russland nicht das Geringste an.

Die Europäer definieren die Verschiebung der Machtverhältnisse, die sie initiieren, auf die Ebene einer rein ökonomischen Alternative zwischen europäischem Freihandel und russischer Zollunion herunter. Die EU argumentiert mit einem selbstkonstruierten Unvereinbarkeitsbeschluss, indem sie den russischen Protest zu einem völkerrechtswidrigen «Vetorecht» macht, das Russland gar nicht angemeldet hat.

Die EU weigert sich, in der Sache überhaupt die Existenz konfligierender Interessen anzuerkennen geschweige denn kennt sie irgendwelche Rechte, die Russland haben könnte. Sie argumentiert nur auf der Ebene ihrer allgemeingültigen Werte, die unverhandelbar sind. Niemand, auch nicht Russland, kann etwas dagegen haben, wenn die Werte und Normen der EU in der Ukraine implantiert werden: Russland soll stillhalten, wenn die Ukraine nach Europa gezerrt wird, sie weiterhin mit Energie versorgen und sich als Markt zur Verfügung stellen.

Die EU erklärt damit ihren festen Willen, alles, was Russland als sein Interesse an der Ukraine anmeldet, niederzumachen. Dabei wissen sie schon, dass es sich in dieser Frage um eine Gewaltfrage ersten Ranges handelt: um einen entscheidenden Schlag gegen den Machtstatus, den Russland beansprucht. Von der NATO ist zwar nie die Rede, aber hinter der europäischen Risikobereitschaft steht ganz offensichtlich die Selbstgewissheit, dass die Eurostrategie auf der Erpressungsmacht ihres Militärbündnisses samt der Rückendeckung durch die USA beruht.

4. Den europäischen Angriff auf seine Interessen in der Ukraine will Russland nicht hinnehmen. Es konkurriert um Verhinderung, dringt auf Berücksichtigung und fordert Verhandlungen. Da es damit bei der EU aufläuft, setzt es das

Instrument von Retorsionsmaßnahmen gegen die Ukraine ein und versucht, mit viel Geld die Entscheidung zu beeinflussen.

Russland führt die Schäden an, die die Unterstellung der Ukraine unter das EU-Reglement für die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen nach sich ziehen würde.

- Die Ukraine unterläuft die außenhandelspolitischen Regelungen mit Zöllen, Kontingentierungen, nicht-tarifären Handelskonditionen
- Russische Ware wird in Zukunft ausgeschlossen
- Energiehandel fällt in die Zuständigkeit der EU-Kommission
- Viele industrielle Verflechtungen zwischen Russland und der Ukraine sind von der Umstellung der technischen Normen und Standards betroffen (Rüstungsproduktion, Raketen- und Flugzeugbau)

Russland dringt dagegen auf Anerkennung seiner absehbaren Schädigung und besteht damit auf seiner Berücksichtigung als beteiligte Macht durch die EU

- Zölle und Grenzschikanen gegen die Ukraine, damit diese einsieht, dass sie sich den Verlust des Russlandgeschäftes nicht leisten kann.
- Appell an den Nationalismus: Man erläutert den drohenden Verlust der Souveränität auf wirtschaftlichem Gebiet

Russland dringt nicht auf den Ausschluss der EU, sondern auf die Verhinderung seines Ausschlusses, den die EU betreibt. Moskau will seine nützlichen Beziehungen beibehalten, ohne die Freiheit der Ukraine zu anderen nützlichen Beziehungen auszuschließen. Diese Ansprüche, die Russland erhebt, liegen weit unterhalb der besitzergreifenden Verfahrensweise der EU und ihrer festen Absicht, den nationalen Willen der Ukraine alternativlos auf sich festzulegen. Russland erklärt sich bereit, zu dritt zu verhandeln, während Europa das als Anschlag auf seine Zuständigkeit definiert und entschieden ablehnt.

Um die Ukraine von der Unterzeichnung des Abkommens abzuhalten, bietet Moskau eine drastische Absenkung des Gaspreises und einen Kredit in Höhe der vorenthaltenen IWF-Tranche von 15 Milliarden Dollar. Zudem offeriert Russland möglichst lukrative Kooperationen im Rüstungsbereich und in der Atomwirtschaft.

Russland lässt sich seine Abwehrpolitik einiges kosten wegen der gravierenden Bedeutung eines Lagerwechsels der Ukraine. Denn inzwischen sind in Polen, Rumänien und Bulgarien Bestandteile der amerikanischen Raketenabwehr stationiert und Amerika hat der Ukraine bereits das Angebot gemacht, sie in seinen sogenannten Schutzschirm aufzunehmen. Die militärische Einkreisung Russlands kommt also voran.

5. Die Ukraine ist existentiell in ihrer ökonomischen Verfassung auf Beziehungen zu beiden Seiten existentiell angewiesen und gleichzeitig aufgerieben zwischen den konkurrierenden Mächten. Am Rande eines Staatsbankrotts, im Besitz einer strategischen Lage, eröffnet sie einen Streit um den Preis für den von Europa betriebenen Übertritt ins westliche Lager.

Mit der Verweigerung unter das Abkommen (Stand November 2013) sind die politisch Zuständigen auf die Idee verfallen, mit der Präsentation ihrer Zwangslage Zugeständnisse zu erhalten. Sie präsentieren der EU die Gegenrechnung, was die Umstellung der vorgegebenen Standards die Nation kostet und erinnern welche Schäden aus den Maßnahmen Russland sich ergeben würde.

- Unterstützung der Wiederaufnahme der Zusammenarbeit zwischen Ukraine und IWF
- Finanzielle Hilfen
- Sofortige Öffnung der EU-Märkte für ukrainische Waren
- Anpassung der EU-Hilfen an den Bedarf
- Finanzmittel für die Modernisierung des ukrainischen Gasdurchleitungssystems
- Aufhebung der veralteten Antidumpingmaßnahmen.

Damit wird Europa von der Ukraine mit der Tatsache konfrontiert, dass die sich die Erfüllung der europäischen Forderungen schlicht nicht leisten kann. Die absehbaren Verluste im Handel mit der GUS machen einen Zusammenbruch ihrer ökonomischen Grundlage absehbar. Die ukrainische Nationalökonomie beruht maßgeblich auf dem Energiegeschäft mit Russland, auf der nationalen Versorgung mit Öl und Gas und dem Transitgeschäft. Vieles in der Schwerindustrie, im Maschinen- und Anlagenbau, in der Chemieindustrie, der Flugzeug-, Waffen- und Raketenproduktion verdankt sich der aus Sowjetzeiten überkommenen arbeitsteiligen Verflechtung des beiderseitigen Produktionsapparates.

Diese dringenden Appelle zielen erklärtermaßen nicht auf die Überlegung, sich doch der russischen Zollunion anzuschließen, sondern sind eher Bittgesuche, doch angemessen von der EU berücksichtigt zu werden. Diese soll mehr kompensatorisch wirken und u.a. den IWF zur Aufgabe seiner strengen Bedingungen bewegen. Die EU lehnt ab. Daraufhin verständigt sich die Ukraine mit Russland und erreicht dort ökonomische Zugeständnisse, womit sie wiederum die westliche Seite zu mehr Entgegenkommen bewegen will. Darüber hinaus beantragt die Ukraine, dass die konkurrierenden Mächte doch wenigstens gemeinschaftlich mit ihr über den Umgang mit ihrem Staatswesen befinden sollen.

Vom Standpunkt der EU ein Affront, denn Russland als entscheidende Größe soll gerade hinausbefördert werden.

6. Die ukrainische Regierung meint, sie könne mit den russischen Angeboten gegen den Westen taktieren und lernt sofort, dass es mit ihrer Behandlung als «Partner» vorbei ist. Die EU setzt auf den Umsturz der Regierung, orchestriert den Aufstand und leitet flankierende Maßnahmen ein, um zum gewünschten Ergebnis zu kommen. Unstimmigkeiten im westlichen Lager bleiben nicht aus, weil Europa aus amerikanischer Sicht die ihm zugeteilte Ordnungsaufgabe zu zögerlich angeht.

Europa hat nach dem Fall der SU die historisch einmalige Gelegenheit ergriffen, mit der NATO im Rücken die Schwächephase der politischen Nachlassverwalter in Russland auszunützen, um sich große Teile des auseinandergebrochenen sozialistischen Machtblocks zuzuschlagen. Und das Schöne war, dass diese ehemaligen sozialistischen Staaten keine Alternativen gesehen haben und gewillt waren, sich die staatliche Existenz auf dem Weg der kapitalistischen Bewirtschaftung ihrer Nationen zu sichern. Sie haben sich freiwillig den Anschlussprozeduren unterzogen und ihre Staatsraison in der neuartigen Rolle eines passiven Imperialismus aufgehen lassen: ihr ökonomisches Schicksal fällt gänzlich in die Entscheidung auswärtiger Kapitaleigner, der EU-Instanzen und dem eingerichteten Binnenmarkt.

Die Ukraine dagegen kalkuliert mit beiden Seiten, betreibt also jene Schaukelpolitik, die ihm Europa seit der Staatsgründung verübelt und gilt damit als instabil. Und die EU ist fest entschlossen, diesen Staat ohne Rücksicht auf seine Verfassung an sich zu binden. Und hier zeigt sich jetzt das Prinzipielle an der ach so friedlichen europäischen Erweiterungspolitik. Die Angebote des Assoziierungsabkommens haben den Charakter der Erpressung, sie sind mit Bedingungen verknüpft, die darauf zielen, die Eigenständigkeit des nationalen Willens zu brechen. Weil der Automatismus des bisherigen Erweiterungsverfahrens nicht reibungslos funktioniert, die Ukraine die Unterzeichnung des Abkommens ablehnt, greift die EU offensiv zum Mittel der Erpressung mit der längst eingerissenen Abhängigkeit der Ukraine und besteht auf ihrem Anschlussprogramm.

- Zurückweisung von kompensatorischen Leistungen, Ablehnung von Bieterkonkurrenz und Scheckbuchdiplomatie
- Bestreitung der Legitimität der Janukowitsch-Regierung
- Unterstützung der Oppositionsbewegung auf dem Maidan-Platz und Aufbau von Klitschko als Führungsfigur

- Alle Aktivitäten der Opposition werden unter den Schutz des Westens gestellt, der mischt sich mit seinen Mitteln in alles ein.
- Unterstützung einer Oppositionstruppe aus westukrainischen Nationalisten, Ultraverbänden aus der Fußballszene und Faschisten und Antisemiten – nur ein abstraktes Anliegen ist ihnen gemeinsam: weg mit der Janukowitsch-Regierung

Die Regierung lässt sich erst einmal nicht beeindrucken, es gibt ein Hin und Her aus massivem Einsatz der Staatsgewalt, Verschärfung des Demonstrationsrechtes und ostentativer Nachgiebigkeit und Kompromissbereitschaft. Danach Entlassung der Regierung durch Janukowitsch und Angebot an die Opposition, an der Regierung teilzunehmen. Die Opposition lehnt ab.

Dies strapaziert die Loyalität der Sicherheitskräfte und zersetzt den staatlichen Machtapparat, die Militärführung fordert endlich Stabilität und erklärt, sich neutral zu verhalten, weil sie befürchtet, dass es zu ihrer eigenen Spaltung kommt, wenn sie das Gewaltmonopol gegen Aufständische durchsetzen muss, weil sie nach dem Territorialprinzip aufgebaut ist.

Landesweit zerfällt die gesamtstaatliche Ordnung und es werden neue politische Institutionen gegründet entlang der politisch virulenten Konfrontationslinien. Im Osten der Ukraine werden Forderungen laut, sich vom Westen abzutrennen.

Die USA rügen die Zögerlichkeit der Europäer – fuck the EU – und bestellen einen UNO-Emissär, um die Federführung nicht allein den Europäern zu überlassen. Zwei US-Kriegsschiffe nehmen Kurs auf das Schwarze Meer.

Deutschland übernimmt die Federführung in der Vermittlung, nötigt die Regierung zum Gewaltverzicht, es kommt zum Sturm auf Parlament und Regierungssitz, angesichts dessen kippt die Mehrheit im Parlament und schlägt sich auf die Seite der stärkeren Partei, Janukowitsch wird abgesetzt und flieht nach Russland.

Bürgerkrieg in der Ukraine

Das Gemeinschaftswerk der europäischen Nachbarschaftspolitik und des amerikanischen Friedensnobelpreisträgers: Ein Bürgerkrieg in der Ukraine und eine neue weltpolitische Konfrontation[37]

Am Anfang hat nur eine Unterschrift gefehlt unter einem Vertrag, von dem die Europäer behaupten, dass er für alle Seiten nur das Beste gewollt hat. Jetzt zerlegt sich die Ukraine in einem Bürgerkrieg. Und NATO und Russland lassen Truppen aufmarschieren. Die Öffentlichkeit türmt Beweise dafür auf, wie unerträglich das russische Benehmen ist, überholt die Politik bei weitem mit ihren Imperativen, was „wir" keinesfalls dulden können. Andererseits fragt sich dieselbe Öffentlichkeit mit Sorge, wieso nur das Unmögliche auf einmal wieder möglich erscheint, dass mitten in Europa, nachdem die Europäer dort angeblich in den letzten 59 Jahren ein einziges großes Friedenswerk zustande gebracht haben, ein Krieg ausbricht. Eine solche Lage bricht aber nicht einfach herein, sie wird hergestellt.

1. Der Umsturz in Kiew und seine Subjekte

November letzten Jahres verweigert der ukrainische Präsident Janukowitsch seine Unterschrift unter den Assoziationsvertrag mit der EU. Er versucht noch einmal, mit der EU um die Bedingungen zu handeln, weil sein Staatswesen die im Vertrag niedergelegten Forderungen der EU schlicht nicht aushält. Er besorgt sich, um den Staatsbankrott fürs erste abzuwenden, Wirtschaftshilfe in Moskau, und fordert die Hauptmächte, die um die Ukraine

[37] Gegenstandpunkt 2 - 2014

ringen und das Land einer Zerreißprobe aussetzen, dazu auf, sich an einen Tisch zu setzen und sich zu einigen. Damit ist er für die EU schlagartig untragbar. Aus dem Stand schalten die europäischen Verhandlungspartner um: Anstelle einer legitimen Regierung, mit der man gerade noch unter dem Titel der europäischen Nachbarschaft übereinkommen wollte, sehen sie in Kiew nurmehr einen Haufen korrupter Figuren am Werk, ein russenhöriges Regime, mit einem Präsidenten an der Spitze, der den legitimen Willen des ukrainischen Volks, das nichts anderes als nach Europa will, mit Füßen tritt. Dem Präsidenten, der das Verbrechen begangen hat, seine Zustimmung zu besagtem Vertrag an zusätzliche Bedingungen zu knüpfen und dann die EU auch noch dazu bringen will, über die Zukunft der Ukraine mit Russland zu verhandeln, wird die Anerkennung entzogen, und zwar diplomatisch, praktisch und militant: Die EU feuert den Protest an, der sich auf dem Maidan in Kiew aufbaut. Der deutsche Außenminister demonstriert durch seine Anwesenheit vor Ort, dass der Aufstand mit seiner Forderung nach Rücktritt der Regierung unbedingt im Recht ist und zeigt dem Volk mit dem Boxer an seiner Seite auch gleich den geeigneten Mann für die Übernahme der Macht im Land. Gleichzeitig wird die Regierung zum Gewaltverzicht gegenüber den immer militanteren „friedlichen Demonstranten" angehalten.

Interessante Umgangsformen in einem Staatenverkehr, der nach offizieller Lesart nur dem Wohle aller Beteiligten dienen sollte. Wenn der Chef der anzuschließenden Nation seine Unterschrift nicht freiwillig unter das Vertragswerk setzt, beschließt die europäische Nachbarschaft kurzerhand, dann eben mit Gewalt dafür zu sorgen, dass er abgesetzt wird. Die Verhandlungen sind auch nicht zu verwechseln mit einer Verständigung über die beiderseitigen Interessen, damit das Vertragswerk für beide Seiten zustimmungsfähig wird. Offensichtlich hat Europa sich das Recht auf *Unterwerfung* der anderen Seite zugesprochen und exekutiert das. Das wird dann aber auch der Kern des angepeilten Abkommens sein: Mit ihm soll dieses Staatswesen unter europäische Kontrolle gebracht, dem eigenen Besitzstand zugeschlagen und von Russlands Interessen an seinem nahen Ausland abgeschnitten werden.

Die Politik der EU stellt sich als so ziemlich das Gegenteil von dem heraus, was die EU mit ihrem verlogenen Selbstbild als Zone von Stabilität, Wohlstand und Zusammenarbeit so gerne propagiert, als reichlich gewalttätige Angelegenheit: Wenn sich eine Regierung nicht umstandlos als Marionettenregierung zur Umsetzung der Beschlüsse, die in Brüssel oder Berlin gefallen sind, zur Verfügung stellt, dann erklärt sich Europa zur Schutzmacht des Rechts auf „Selbstbestimmung", das ihrem Volk zukommt, und betreibt ihren Umsturz.

Auch im Hinblick auf Russland legt Europa ein ziemlich brachiales Verhalten an den Tag. Schließlich bürgt die Regierung, die abgesägt werden soll, auch für die Rücksichtnahme auf die Beziehungen, die Russland mit der Ukraine unterhält, und es ist gar kein Geheimnis, dass mit dem Umsturz in Kiew an ihrer Stelle eine Mannschaft an die Macht kommen soll, mit der die exklusive Zuständigkeit der EU für die Ukraine sichergestellt werden soll. Damit eskaliert die EU ihr Vorgehen gegenüber Russland, dessen Einsprüche gegen die Assoziierung – begründet mit dem Hinweis auf die vitalen russischen Interessen an der Ukraine – sie schon die ganze Zeit demonstrativ überhört und praktisch übergangen hat.

Steinmeier und Genossen haben es schon weit gebracht – sogar, was die Zustimmung Russlands zu einem Machtwechsel in Kiew anbelangt: Nachdem die Regierung durch den Aufstand und die Besetzung der Hauptstadt unhaltbar gemacht wurde, handeln sie mit ihr die Modalitäten ihrer Abdankung aus. Im Steinmeier-Abkommen stimmt Janukowitsch seinem Rücktritt zu und einigt sich mit der Opposition darauf, auf dem Weg von Neuwahlen eine legitime Regierung herzustellen – unter Federführung der Deutschen, die darauf Wert legen, Russland, das die neue Regierung genehmigen soll, dadurch zur Zustimmung zu bewegen, dass eine geordnete Übergabe der Macht geplant ist. Zudem sollen auch die inneren Verhältnisse unter Kontrolle bleiben, auch Janukowitschs Machtbasis und die Vertreter der Interessen der Ostukraine sollen daran ordnungsgemäß beteiligt werden, damit sie sich darin aufgehoben sehen und darein fügen können. Nachdem die EU alles

für den Umsturz getan hat, will sie unliebsame destabilisierende Wirkungen im Land und unnötige Kollisionen mit Russland vermeiden. Russland hat sich unterdessen durch die Macht des Faktischen davon überzeugen lassen, dass Janukowitsch nicht zu halten ist, und lässt sich zähneknirschend auf dieses Szenario ein. Der „Übergangsregierung" verweigert es zwar jede Anerkennung, einem geordneten Machtwechsel, bei dem am Ende eine gewählte Regierung steht, erteilt es aber keine Absage.

Diesen maßgeblich deutschen Versuch, den Machtwechsel in einer Form festzuzurren, in der er allseits und letztlich eben auch für die Russen zustimmungsfähig ist, hat dann allerdings Amerika torpediert. Es übergeht alle europäischen Berechnungen und durchkreuzt die Steinmeier-Diplomatie, indem es seinen langjährig aufgebauten Einfluss in der Ukraine dazu nutzt, das Abkommen platzen zu lassen. Die Opposition wird zum Durchmarsch ermuntert und befähigt. Der Präsident wird samt einem Teil seiner parlamentarischen Mehrheit verjagt, das Parlament unter Belagerung durch die Maidan-Mannschaften dazu genötigt, dem Umsturz zu akklamieren. Damit sind „Jaz" und seine Timoschenko-Partei an die Macht geputscht. Die kurze Lebensdauer des Steinmeier-Abkommens, die saure Miene, die sein Namensgeber dazu macht, als im Laufe des Samstags Steinmeier klar wird, dass die Geschichte über das Abkommen teilweise hinweggegangen ist [38] – dokumentieren, dass die offizielle Lesart von der Einmütigkeit des Westens die Sache keineswegs trifft; die Behandlung des Falls durch Amerika folgt mehr dem Motto von Frau Nuland, der Vertreterin des US-Außenministeriums für Europa und Eurasien: Fuck the EU!.

Die USA sind immer schon so frei, das europäische Programm der östlichen Partnerschaft in ihrem Sinne umzufunktionieren. Von Beginn an haben sie auch die europäische Anwerbung der Ukraine als *ihr* Instrument zur Eindämmung und Einkreisung Russlands behandelt und mit eigenen Einflussmitteln flankiert

[38] FAZ, 24.2.14. Was kann man schon gegen „die Geschichte" machen.

und kontrolliert.[39] Nun übernehmen sie auch offiziell die Regie in Kiew und sorgen für eine Besitzergreifung in ihrem Sinn. Sie

[39] „*Seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 haben die USA die Ukrainer dabei unterstützt, demokratische Kompetenzen und Institutionen aufzubauen, Bürgerbeteiligung und good governance zu fördern, allesamt Vorbedingungen für die Verwirklichung der europäischen Bestrebungen der Ukraine. Wir haben über fünf Mrd. $ an Hilfe in die Ukraine investiert, um ihr bei diesen und anderen Zielen zu helfen, die für eine sichere, wirtschaftlich prosperierende und demokratische Ukraine sorgen.*“ (Nuland, Remarks at the U.S.-Ukraine Foundation Conference, state.gov 13.12.13)

Die Investition hat sich gelohnt. Für den demokratischen Wandel in Kiew steht alles Nötige zur Verfügung, durchgesetzt wird er mit dem nötigen Terror, den es für einen Umsturz nun einmal braucht. Ein paar sachdienliche Erinnerungen an die Leistungen des Maidan:

„*Die Region und die Stadt Lemberg gehören zu den wichtigsten Rekrutierungsplätzen für die Majdan-Kämpfer. Wochenlang sind täglich in kleinen Bussen Hunderte von Männern, die älter als 18 Jahre alt sind, in die Hauptstadt gefahren.*“ (FAZ, 22.2.14) Das Geld dafür war in der ansonsten bettelarmen Ukraine offensichtlich kein Problem.

„19.2.2014: Im ganzen Land werden Regionalbüros aller Parteien in Brand gesteckt, in Lwiw wird ein Brandanschlag auf die örtliche Vertretung des Inlandsgeheimdienstes SBU verübt. Im ganzen Land werden Polizeistationen und Vertretungen des Inlandsgeheimdienstes SBU gestürmt.

20.2.2014: Der Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU berichtet, dass Aufständische in den Gebieten Ternopil, Iwano-Frankiwsk und Lwiw etwa 1.500 Gewehre und ca. 100 000 Patronen in ihre Gewalt bringen konnten, indem sie Waffenlager des SBU und der Polizeidienststellen stürmten.

21.2.2014: Sowohl die Protestierenden als auch die Polizei hatten in den vergangenen Tagen scharfe Munition eingesetzt, was zu einem dramatischen Anstieg der Todesopfer auf beiden Seiten geführt hatte.

25.2.2014: Ein Haus des Chefs der Kommunistischen Partei Petro Simonenko wird in Brand gesteckt. Der ‚Rechte Sektor' ruft dazu auf, Drohungen gegen Familienmitglieder von Angehörigen der Sicherheitsbehörden einzustellen... Landesweites Phänomen der gewaltsamen

stiften einmal mehr *good governance* in der Ukraine, bringen offen russenfeindliche Figuren an die Macht, booten nebenbei den deutschpräparierten Führungskandidaten Klitschko aus, sind also fest entschlossen, ihre Versäumnisse nach der orangen Revolution wiedergutzumachen. Damals, so die amerikanische Erkenntnis, haben sie die Sache nicht energisch genug in die eigene Hand genommen, ihren Schützlingen vor Ort viel zu viel Freiheiten gelassen und mussten zusehen, wie die ihr Kapital verspielten und am Ende sogar die Macht wieder an das prorussische Lager abgeben mussten. Daher nehmen sie der EU die Initiative aus der Hand und sorgen dafür, dass die von ihnen gesponsorte Mannschaft die Masse der Regierungsposten übernimmt und der Machtwechsel im Eiltempo *institutionell verankert* wird: Jazenjuk wird von Obama und der UNO empfangen und mit US-Sicherheitsgarantien ausgestattet. Wenn Amerika die Mannschaft anerkennt, ist ja wohl selbstverständlich, dass das die legitime Regierung *ist*.[40] Und der

Zerstörung von Denkmälern, insbesondere Leninstatuen." etc. etc. (Zitiert nach FAZ und Chronik der „Ukraine-Analysen", Organe, die eher nicht als Russlandversteher verdächtigt werden)

[40] Der Nachweis der Rechtsförmlichkeit ist dann weiter keine Kunst: Janukowitsch kommt seiner Verhaftung zuvor, macht damit nicht nur seinen Arbeitsplatz frei für einen endlich frei wählbaren aufrechten Demokraten, sondern liefert mit seinem Abgang auch noch den Beweis, dass er seine Legitimität selbst beseitigt hat. So sieht man das jedenfalls in der US-Regierung:

„*Das gewählte Parlament agiert, um das Machtvakuum auszufüllen, nachdem Janukowitsch und andere Top-Beamte Kiew verlassen haben*' (J. Psaki, Sprecherin des US-Aussenministeriums). Der Parlamentsbeschluss über die Absetzung von Janukowitsch sowie die Ankündigung vorgezogener Präsidentenwahlen in der Ukraine seien darauf zurückzuführen, dass sich Janukowitsch selbst der Landesführung entledigt habe, fügte sie an." Wer sich vertreiben lässt, so Psaki, "untergräbt seine Rechtmäßigkeit" (RIA, 25.2.14), das ist sonnenklar.

Legal, illegal, scheißegal; die FAZ macht es sich auch nicht viel schwerer: „*Die Absetzung Janukowitschs erfolgte, obwohl viele von dessen Leuten im Parlament das Lager wechselten, nicht mit der erforderlichen Dreiviertelmehrheit, welche die neue, alte Verfassung vorsieht. Solange Janukowitsch nicht von selbst abtritt,*

Rest der Welt hat dem zuzustimmen. Der Autokrat ist erledigt, das Völkerrecht lebt und legitimiert die neuen Machthaber. Die *Anerkennung* der an die Macht geputschten Mannschaft als legitime Regierung der Ukraine wird von den USA zur Bedingung sine qua non jeglicher Diplomatie erhoben und damit die Euro-Politik in Richtung Russland ausgehebelt: Den europäischen Anlauf, Russland wieder in einen diplomatischen Prozess hineinzuziehen, unterbindet Außenminister Kerry, indem er zum Krisentreffen den neuen ukrainischen Außenminister einlädt und Lawrow damit konfrontiert – kein Dialog, ohne dass Russland die von Amerika eigenmächtig hergestellte neue Lage in der Ukraine und den damit vollzogenen *Verlust,* die Verletzung seiner Interessen, förmlich anerkennt.[41]

kann der Westen die neue Lage in Kiew also nicht anerkennen... Völkerrechtliche Anerkennungsfragen haben indes keine Priorität, eine Rückkehr von Janukowitsch wird ausgeschlossen – damit erledigt sich das Problem mit der Zeit von allein." (FAZ, 24.2.)

Man muss aber auch gar nicht erst abwarten, dass „die Zeit" ihre Dienste tut. Denn, wenn ein demokratisch gewählter Präsident im Auftrag Amerikas verjagt wird, kann er einfach kein Demokrat gewesen sein:

„*Freie Wahlen führen nicht immer zu Demokratie, äußerte US-Außenminister John Kerry... Kerry verglich die Ereignisse in der Ukraine mit der Absetzung des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi im vergangenen Juli. Diese Beispiele beweisen, dass Wahlen alleine für die Herstellung eines demokratischen Regimes nicht ausreichend seien, so Kerry. ‚Demokratie wird nicht allein durch Wahlen bestimmt. Es mag sein, Sie haben eine demokratisch gewählte Regierung, wobei Sie keine Reformen vornehmen, welche sich auf demokratische Prozeduren stützen und eine vollwertig funktionierende Demokratie gewährleisten.'*" (RIA, 27.2.)

Merke: Gewählt und demokratisch legitimiert hin oder her – was eine vollwertige Demokratie ist, bestimmen immer noch die USA.

[41] „*Unsere Partner schlagen offensichtlich vor, dass wir die durch den Staatsstreich geschaffene Lage zu unserem Ausgangspunkt nehmen und Maßnahmen ergreifen, die sie unter diesen Umständen für angebracht halten.*" (Foreign Minister Sergei Lavrov, March 10, 2014)

Unterdessen machen sich die neuen Machthaber an die Arbeit. Sie haben alle Hände voll zu tun mit der Festigung der ukrainischen Demokratie. In den Ministerien, in Polizei, Justiz, Funk und Fernsehen beginnt ein energisches Aufräumen gegen alles, was einer verkehrten Affinität zur Vorgängerregierung und zu Russland verdächtigt wird. Russisch als zweite Amtssprache wird abgeschafft, der Frontmann der rechten Swoboda-Partei will dem friedliebenden ukrainischen Volk schnell den freien Kauf und Besitz von blanken und Schusswaffen erlauben und die freie Meinungsbildung im Land durch das Verbot einiger TV-Sender, speziell russischer, befördern. Und der neue Verteidigungsminister macht kein Geheimnis aus seiner Überzeugung, dass er den Vertrag über den russischen Flottenstützpunkt für eine unerträgliche Schmach hält, die schnellstmöglich aus der Welt zu schaffen ist.

2. Russland schließt sich die Krim an

Für Russland ist diese Missachtung seiner Interessen unannehmbar. Es sieht seine sämtlichen Einsprüche übergangen und lässt sich nicht einfach vor vollendete Tatsachen stellen. Daher nimmt es sich das Recht, seinerseits Fakten zu schaffen und sichert sich durch den Einsatz von Militär und Volksabstimmung den Besitz der Krim als strategisches Faustpfand und unverzichtbaren Stützpunkt im zunehmend von NATO-Anrainern besetzten Schwarzen Meer. Die Inszenierung der Annexion als in jeder Hinsicht rechtmäßiger Akt fällt Russland auch nicht schwerer als dem Westen die Legitimation des gewaltsam herbeigeführten Machtwechsels in der Ukraine: Auf der Krim kopiert man den Maidan, hier schützt Russland das Selbstbestimmungsrecht des Volks und liefert mit der reibungslosen Übernahme der Macht samt Volksbegeisterung auf der Krim und in Russland einen Beweis seiner diesbezüglichen Fähigkeiten.

Über seine Sicht der Dinge lässt Russland die Welt nicht im Unklaren. Anlässlich der förmlichen Aufnahme der Krim und der Stadt Sewastopol in die russische Föderation hält Putin eine Rede an die Nation, in der er den Standpunkt Russlands darlegt. Zum besseren Verständnis, was die westliche Übernahme der Ukraine

für Russland bedeutet, erinnert er erst einmal an den Zerfall der UdSSR... Millionen von Russen gingen in einem Land schlafen, und wachten hinter einer Grenze auf; sie wurden in einem Augenblick zu einer nationalen Minderheit in den ehemaligen Sowjetrepubliken, und das russische Volk wurde damals zum größten geteilten Volk der Welt.[42] In diese Lage habe sich Russland hineingefunden – in der Erwartung, dass man aufgrund der Verflechtungen, die man aus der Vergangenheit als gemeinsamer Staat ererbt hat, und der besonderen Interessen, die man aneinander hat, gutnachbarliche Beziehungen mit der unabhängigen Ukraine wird unterhalten können. Bei alledem rechneten wir natürlich damit, dass die Ukraine uns ein guter Nachbar sein wird. Womit grundsätzlich schon mal klargestellt ist, dass Russland ein Recht auf gutnachbarschaftliche Beziehungen zur Ukraine hat, in denen seine Interessen Berücksichtigung finden, und dass es dieses Recht als Schutzmacht der dort lebenden Russen auch gegenüber der Ukraine jederzeit geltend zu machen gewillt ist. Stattdessen hat man es aber mit dem westlichen Zugriff auf die Ukraine zu tun bekommen, zuerst mit der orangen Revolution und jetzt mit dem Euro-Maidan, deren Auftraggeber man kennt und an deren Absichten keine Zweifel bestehen:

> *„Im Jahr 2004 erfand man eine von der Verfassung nicht vorgesehene dritte Runde bei den Präsidentschaftswahlen, um den genehmen Kandidaten damit durchzubringen. Das ist ein Absurdum und ein Hohn gegenüber der Verfassung. Jetzt wurde eine vorab ausgebildete, gut ausgerüstete Armee aus bewaffneten Radikalen in das Szenario eingebracht. Wir verstehen sehr gut, was hier abläuft, wir wissen, dass diese Aktionen sowohl gegen die Ukraine als auch gegen Russland gerichtet waren, ebenso auch gegen eine Integration im eurasischen Raum."*

Man hat registriert, dass die EU die Assoziierung der Ukraine für prinzipiell unvereinbar erklärt hat mit ihrer Teilnahme an der

[42] Alle folgenden Zitate aus „Address by President of the Russian Federation", March 18, 2014

östlichen Zollunion. Der Weigerung, sich mit Russland darüber zu verständigen, hat man in Moskau entnommen, dass die Assoziierung offenbar auch genauso gemeint ist: Das Land soll seinem Einfluss entzogen werden. Und das in einem Fall, in dem vitale Interessen Russlands auf dem Spiel stehen: Die Anstrengungen der USA, die Ukraine in die NATO hinüberzuziehen, würden Russland in eine katastrophale strategische Lage versetzen:

> *„Was würde diese Perspektive für die Krim und Sewastopol bedeuten? Es würde bedeuten, ... dass es eine Bedrohung für den gesamten Süden Russlands gäbe – keine vorübergehende, sondern eine ganz konkrete... Wir sind dagegen, dass eine Militärallianz – und die NATO ist und bleibt bei allen internen Prozessen immer noch eine Militärallianz – vor unserem Zaun, an unserem Haus und auf unseren historischen Territorien das Sagen hätte."*

Zweitens wird Putin grundsätzlich. Er zieht Bilanz über die gesamte Periode seit dem Abgang der Sowjetunion und ordnet die Behandlung, die Russland im Fall der Ukraine erfahren hat, in die lange Reihe von Fällen ein, in denen der Westen, die USA im Verein mit der EU oder auch ohne sie, unter Missachtung russischer Interessen Weltordnungsfragen entschieden hat – als letzte und schwerwiegendste Etappe einer großangelegten westlichen Schwächungspolitik gegenüber Russland. Er rekapituliert, wie Russland versucht hat, sich als kooperative Weltmacht mit den ehemaligen Gegnern ins Benehmen zu setzen, um sich als kapitalistische Macht neu aufzubauen, dabei aber immer wieder erfahren hat, dass seine Interessen zurückgewiesen worden sind, dass es aus der Regelung ausgemischt worden ist, während der Westen seine strategische Übermacht rücksichtslos weiter ausgebaut hat.

> *„Wir schlagen ständig Kooperation in Schlüsselfragen vor, wir wollen das gegenseitige Vertrauen fördern, wir wünschen, dass unsere Beziehungen auf Augenhöhe stattfinden, dass sie offen und ehrlich seien. Aber wir sehen keinerlei Entgegenkommen. Im Gegenteil, wir wurden Mal ums Mal betrogen, es wurden Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen, man stellte uns vor vollendete Tatsachen. So war es mit der NATO-Osterweiterung, mit der Installation von militärischer*

Infrastruktur an unseren Grenzen. Uns wurde immer ein und dasselbe erzählt: ‚Na, das geht euch nichts an.' ...

So war es auch mit dem Aufbau der Raketenabwehrsysteme. Ungeachtet all unserer Befürchtungen bewegt sich die Maschinerie vorwärts. So war es auch mit dem endlosen In-die-Länge-Ziehen der Verhandlungen zu Fragen der Visafreiheit, mit den Versprechen eines ehrlichen Wettbewerbs und eines freien Zugangs zu den globalen Märkten."

An all den Fällen und Streitfragen, mit denen er seit seiner Amtsübernahme befasst war, identifiziert er das Prinzip der westlichen Politik:

„Kurz, wir haben allen Grund zu der Annahme, dass die sprichwörtliche Eindämmungspolitik gegen Russland, die sowohl im 18., im 19. und im 20. Jahrhundert betrieben wurde, auch heute noch fortgeführt wird. Man versucht ständig, uns in irgendeine Ecke zu drängen, und zwar dafür, dass wir eine unabhängige Position vertreten."

Und er macht deutlich, dass Russland aus all dem den Schluss gezogen hat, dass es dieser Eindämmungspolitik Einhalt gebieten muss:

„Im Falle der Ukraine haben unsere westlichen Partner eine Grenze überschritten, handelten grob, verantwortungslos und unprofessionell... Russland ist an eine Grenze gelangt, hinter die es nicht mehr zurück konnte. Wenn man eine Feder bis zum Anschlag durchdrückt, mit Gewalt, so wird sie irgendwann nicht mehr nachgeben. Dessen sollte man immer gewahr sein."

Russland hat damit eine Wende vollzogen. Es sieht sich genötigt, seine vitalen Interessen, wenn nötig, auch ohne Einvernehmen mit und gegen den Willen der westlichen Staaten zu sichern; mit den dann fälligen Mitteln. Es spricht damit sich – in bescheidenerem Ausmaß, aber in Analogie zum Auftreten der USA – das Recht zu, als autonome Macht Fakten zu schaffen, die die Staatenwelt anzuerkennen hat. Das hat man im Kreml in all den Jahren

gelernt, dass man sich als respektable Macht in dieser Ordnung nur behaupten kann, wenn man zur gewaltsamen Durchsetzung seiner Interessen und Wahrung seiner Rechte bereit ist. Das jedenfalls soll die Welt zur Kenntnis nehmen: Russland ist ein selbständiger, aktiver Faktor der internationalen Gemeinschaft, es hat, wie andere Länder auch, nationale Interessen, die man berücksichtigen und achten muss.

Bei all dem legt Putin sehr viel Wert auf die Klarstellung, dass sich Russland zu diesem Übergang *gezwungen* sieht und ihn nicht leichtfertig vollzieht. Seine Metapher aus der Welt der Mechanik soll deutlich machen, dass es die andere Seite, vornehmlich die amerikanische Gewalt ist, die Russland zu diesem Schritt regelrecht nötigt. Die Wende soll also nicht als Absage an die Kooperation mit dem Westen verstanden werden – schließlich will man mit denen ja auch im Geschäft bleiben –, sondern als Ansage, dass Russland die Anerkennung seiner substanziellen Interessen zur Bedingung für den einvernehmlichen Umgang mit den westlichen ‚Partnern' macht.

Mit der Beschuldigung, die USA hätten selbstherrlich an die Stelle einer Welt*ordnung*, in der auch Russland den ihm zustehenden Platz einnehmen könnte, ihre Gewalt und an die Stelle des Völkerrechts ihre Willkür gesetzt, ergeht zugleich – wie schon auf der Sicherheitskonferenz 2007 – an alle anderen Nationen der Appell, dass ihnen die Missachtung des Völkerrechts und seines Grundprinzips, der Anerkennung der Staatensouveränität, sowie die Schwächung der Institutionen, die für eine solche Ordnung zuständig zu sein hätten, doch nicht gleichgültig sein kann:

> *„Nach dem Verschwinden der bipolaren Welt ist diese Welt nicht etwa stabiler geworden. Wichtige und internationale Institutionen erstarken nicht, im Gegenteil, häufig ist es so, dass sie an Bedeutung verlieren. Unsere westlichen Partner, allen voran die Vereinigten Staaten, ziehen es vor, in ihrer praktischen Politik nicht vom Völkerrecht, sondern vom Recht des Stärkeren Gebrauch zu machen. Sie glauben an ihre Erwähltheit und Exklusivität, daran, dass sie die Geschicke der Welt lenken dürfen, und daran, dass immer nur sie allein Recht haben können. Sie handeln so, wie es ihnen einfällt: mal hier, mal da wenden*

sie Gewalt gegen souveräne Staaten an, bilden Koalitionen nach dem Prinzip, ‚wer nicht mit uns ist, ist gegen uns'. Um ihren Aggressionen das Mäntelchen der Rechtmäßigkeit zu verleihen, erwirken sie entsprechende Resolutionen bei internationalen Organisationen, und wenn das aus irgendeinem Grunde nicht gelingt, dann ignorieren sie sowohl den UN-Sicherheitsrat als auch die UNO als Ganzes ... Jugoslawien ... Kosovo ... Libyen ...“

Die vom amerikanischen Vorgehen ebenso betroffene Staatenwelt soll sich einmal Rechenschaft darüber ablegen, ob sie mit dieser Welt(un)ordnung gut fährt oder ob sie sich nicht dem russischen Standpunkt anschließen will. Daher verzichtet der Russen-Chef auch nicht darauf, auf die zivilisatorischen Wirkungen der amerikanischen Bemühungen um die Freiheit fremder Völker hinzuweisen: Es gab auch eine ganze Serie an gesteuerten ‚farbigen' Revolutionen... Im Endeffekt herrscht anstelle von Demokratie und Freiheit das Chaos, Gewalt und eine Abfolge an Staatsstreichen.

Putin bedankt sich ausdrücklich bei allen Völkern, bei denen er sich Verständnis für das russische Vorgehen bestellt, auch bei denen, die es gar nicht aufbringen, nicht zuletzt auch bei den Deutschen, denen er eine gewisse Pflicht zur Dankbarkeit vorrechnet, indem er extra daran erinnert, dass sie ihre Wiedervereinigung weniger ihren europäischen Verbündeten als seinem Russland zu verdanken haben.

Im Übrigen lässt Russland keinen Zweifel an seiner Bereitschaft, zur Herstellung der fälligen Achtung seiner Interessen in und außerhalb der Ukraine die nötigen Gewaltmittel in Anschlag zu bringen. Russische Truppen beziehen Stellung hinter der ukrainischen Grenze, und Putin lässt sich von seinem Föderationsrat das Recht genehmigen, die Bevölkerung der ostukrainischen Gebiete mit allen verfügbaren Mitteln zu verteidigen, bis sich die politische Lage wieder normalisiert habe. ‚Wenn wir sehen, dass diese Willkür auf östliche Regionen überschwappt, wenn die Menschen uns um Hilfe bitten (…), so behalten wir uns das Recht vor, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um diese Bürger zu schützen', sagte Putin. (RIA, 4.3.)

Russland betätigt sich da also schon mal, wie angekündigt, als ein solcher selbständiger, aktiver Faktor, der in Bezug auf die Ukraine und die Frage, was aus ihr werden soll, eigene Forderungen zu stellen hat: Es besteht auf der Zusage, dass kein Eintritt in die NATO angestrebt wird, sowie auf einer Föderalisierung des Landes, durch die sicherzustellen ist, dass die Ostukraine einerseits an der Bestimmung der nationalen Politik mitwirken kann und andererseits genügend Selbstbestimmungsrechte eingeräumt bekommt, um selber über die ihr zuträglichen nützlichen Beziehungen zu Russland entscheiden zu können.[43]

3. Die USA erklären Russland zum Störfall ihrer Weltordnung

Amerika bezieht die russische Intervention umgehend auf sich, und zwar auf der höchsten Ebene der Gewaltverhältnisse, nämlich als rechtmäßiger Sachwalter der *Weltordnung*. Es definiert das russische Vorgehen auf der Krim, ohne erst groß irgendwelche anderen Instanzen zu befragen, vielmehr als Ankläger, Richter und Exekutor in einem, als Verstoß gegen dieses allerhöchste Gut und zieht daraus die Konsequenz: Wenn Russland die Schäden nicht hinnimmt, die man ihm im Fall der Ukraine zufügt, sich nicht in die neue Lage fügt und sich weigert, die verlangte Anerkennung der Ukraine als Besitzstand der Westmächte zu leisten, sondern aus eigener Machtvollkommenheit dagegen angeht, dann ist es selber der Problemfall, den es zu bereinigen gilt. Die Weltmacht sieht

[43] *„Wir sehen keinen anderen Weg ... als Föderalisierung', sagte Lawrow am Wochenende. Jede Region der Ukraine würde dann über ihre Wirtschaft, über Finanzen, Kultur, Sprache, Erziehung sowie ‚äußere wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen mit Nachbarstaaten und -regionen' selbst entscheiden können. Um das zu erreichen, verlangt Russland nach den Worten seines Botschafters bei den Vereinten Nationen, Vitali Tschurkin, eine verfassunggebende Versammlung in der Ukraine einzuberufen und die für den 25. Mai geplante Präsidentenwahl zu verschieben. Eine neue ukrainische Verfassung müsste auch einen Beitritt zur Nato unmöglich machen. Sie müsse ‚den blockfreien Status der Ukraine unzweideutig festlegen', sagte Lawrow."* (FAZ, 31.3.)

sich dazu herausgefordert, den *politischen Willen*, der sich gegen ihre Suprematie aufstellt, unter ihre Ordnung zu *beugen*. Ab sofort ist es nicht mehr damit getan, Russland die Ukraine wegzunehmen und das eigene Regime auf dem Schauplatz Ukraine durchzukämpfen; es geht auch nicht mehr darum, Russland die Anerkennung des damit eingetretenen Verlusts eines strategischen Besitzstandes aufzunötigen, sondern *Russland* unmittelbar *selbst* als Macht zu treffen. Es gibt in diesem Fall deswegen auch nichts zu verhandeln, sondern nur eines – Russland muss *bestraft* werden.

Damit beenden die USA ein ganzes weltpolitisches Kapitel: Sie *entziehen* Russland die *Anerkennung* als irgendwie berechtigter Mitmacher der Weltordnung und verabschieden damit die Doppelgleisigkeit ihres bisherigen Umgangs mit Russland, dem man für die Entmachtung, die es sich gefallen hat lassen, ein Stück Anerkennung als respektables Mitglied der Völkerfamilie und die Mitsprache in diversen internationalen Gremien gewährt hat. Mit dieser eigentümlichen Strategie ist Amerika nach seinem Sieg im Kalten Krieg gegen das Ärgernis vorgegangen, das die freiwillige Kapitulation der Sowjetunion hinterlassen hatte. Nach dem Verschwinden des Systemgegners war dann eben doch nicht der ewige Friede ausgebrochen, vielmehr galt es die neue Aufgabe zu bewältigen, Russland, eine mit seinen ererbten Mitteln immer noch beachtliche Macht, in die amerikanische Weltordnung *einzubinden*, den russischen Willen zur Eingliederung in ihren Weltmarkt und die dazugehörige Weltordnung dafür in Anspruch zu nehmen, seine Macht nur mehr konstruktiv im Sinne der Führungsmacht zu gebrauchen und seine Machtmittel auf ein irgendwie funktionelles Maß hinunterzustufen. Russland wird die formelle Anerkennung als Partner in Weltordnungsfragen gewährt, die G7 zur G8 erweitert, ein NATO-Russland-Rat gegründet etc., um sich seine *Mitwirkung* zu sichern bei den Anstrengungen, Russland gleichzeitig für Dienste an der amerikanischen Weltordnung zu *instrumentalisieren*, seinen Einfluss *einzudämmen* und seine Machtmittel zu dezimieren.

Mit dieser Strategie hat Amerika beachtliche Fortschritte beim Ausbau seiner Weltordnung erreicht, angefangen mit der

Überführung der ehemaligen Bündnispartner im europäischen Osten in die westlichen Bündnisse EU und NATO, wodurch die NATO von Norden bis Süden, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer an die russischen Grenzen heranrückt. Mit verschiedenen Kriegen werden mehr oder weniger eng mit Russland liierte Staaten erledigt, Jugoslawien wird zerschlagen, der Irak und Libyen werden einem regime change unterzogen. Im Falle Syrien, einem Bündnispartner Russlands, steht das gewünschte Ergebnis, der Sturz der Regierung, noch aus. Unter dem Titel des Anti-Terror-Kriegs in Afghanistan haben sich die USA als strategische Macht in Zentralasien aufgebaut, an der Südgrenze Russlands betreiben sie ihre Politik der Einkreisung und ökonomischen Strangulierung gegenüber dem Iran, inkl. der Konkurrenz um die benachbarten Staaten in der GUS.

In der gesamten engeren russischen Nachbarschaft, dem von Russland so definierten nahen Ausland der ehemaligen Sowjetrepubliken, arbeiten die USA daran, die Herrschaften mit bunten Revolutionen und anderen Hebeln Russland abspenstig zu machen oder ihre Herrschaft zu untergraben. Last but not least haben die USA auch nichts unversucht gelassen, um Russland selbst eine solche Revolution zukommen zu lassen und mit NGOs und Wahlfälschungskampagnen nach dem Muster der Ukraine die politische Willensbildung in Russland selbst in ihrem Sinne zu korrigieren.

Als Vetomacht im Weltsicherheitsrat wird Russland immer dann übergangen, wenn es Einspruch einlegt, und wird dann auch wieder in Anspruch genommen, um z.B. den Iran zur Aufgabe seines atomaren Bewaffnungsprogramms zu erpressen oder Nordkorea zu isolieren. Unter Obama hat es da sogar ein ‚reset' gegeben, einen Neustart der unter Bush rapide verschlechterten Beziehungen, nur um Russland zur Zustimmung zu einer höchst asymmetrischen Abrüstungspolitik und den amerikanischen Ausbau der Raketenabwehr in Europa – angeblich gegen den Iran – zu bewegen sowie dazu, das Nonproliferationsregime im amerikanischen Sinn fortzuschreiben. In Fällen wie Nordkorea und Iran haben die USA Russland als Mitmacher bei der erwünschten Isolierung und Erpressung von Schurkenstaaten beansprucht, sie haben von ihm

die Duldung beim Sturz von Gaddafi verlangt und ihm die Mitwirkung bei der Teilentwaffnung Assads abgehandelt.

Auf diese Weise haben die USA Russland in ihre Weltordnungsaffären einbezogen und ihm insoweit eine *Mitzuständigkeit* für die *Weltordnung* zugestanden, um ihm gleichzeitig Einflusssphären, Bündnispartner und strategische Positionen streitig zu machen. Mit all diesen Weltordnungsaktionen und -kriegen war immerzu Russland gemeint und immer auch der Betroffene, aber abgewickelt worden sind alle Fälle so, als würden sie Russland über die für es vorgesehene Rolle als Mitmacher hinaus eigentlich gar nicht betreffen. Man hat ständig beteuert, dass sich die Behandlung der Fälle nicht gegen Russland richtet. Dieser absurde Handel mit dem Inhalt: Anerkennung gegen die Aufgabe von Machtpositionen, diese Strategie, russische Macht Stück um Stück mit der *Zustimmung* und *Duldung* Russlands zu demontieren, hat funktioniert – und zwar weil und solange, wie es sich darauf eingelassen hat, die kriegerischen Aktionen und das Hineinwirken in seinen Machtbereich nicht unmittelbar als Angriff auf sich zu nehmen.

Geändert hat sich das Verhältnis, weil der Westen mit dieser Strategie so außerordentlich weit gekommen ist. Mit der Übernahme der Ukraine steht Russland nicht weniger als die Demontage seines *strategischen Status* als in Weltordnungsfragen zu berücksichtigende Macht ins Haus. Darüber machen sich beide Seiten nichts vor. Weder die amerikanische, die hier die Gelegenheit zu einer wirklich substanziellen Schwächung der russischen Macht sieht,[44] noch die Russen, für die hier eine Grenze erreicht ist, bei

[44] Nachdem es üblich geworden ist, die entsprechenden russischen Vorwürfe als Zeugnis für "Realitätsverlust" abzubuchen – aus unerfindlichen Gründen soll sich Russland nur bedroht „fühlen" –, sei noch einmal das einschlägige Diktum des ehemaligen amerikanischen Sicherheitsberaters Brzezínski zitiert.

"*Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland*

der es an die Machtsubstanz geht und die deswegen nicht überschritten werden darf. Dieser Staat ist ökonomisch und strategisch einfach zu wichtig für Russland. Der seltsame Deal, bei dem ein Stück Abbau russischer Macht gegen ein Stück Anerkennung derselben zu haben war, findet deswegen hier für beide Seiten sein Ende. Russland ist in diesem Fall nicht mehr bereit, für einen weiterhin einvernehmlichen Verkehr mit dem Westen seinen Anspruch auf einen imperialen Machtstatus zurückzustellen. Und Amerika, das sein Containment der russischen Macht *fortsetzt*, kündigt den Deal auf seine Weise. Es geht dazu über, Russland unmittelbar selber zum Objekt seines Angriffs zu machen: Für Amerika ist ein weltpolitischer Einfluss Russlands nicht hinzunehmen; das Maß an Anerkennung, mit dem es bislang versucht hat, Russland in seine Weltordnung einzubauen und zugleich als relevante Größe aus der Mächtekonkurrenz zu entfernen, wird von der Führung in Washington wie ein nicht länger tragbares Zugeständnis an den weltpolitischen Rivalen aus dem Verkehr gezogen.

4. Die USA exekutieren ihre Entscheidung, „Russland isoliert sich selbst“

In seiner Funktion als oberstes Weltgericht beschließt Obama, dass Russland zu bestrafen ist, und setzt den Preis fest, den es zu zahlen hat. Er vollzieht eine umfassende Kündigung der Beziehungen.[45] Amerika lässt kein Kapitel aus, von der Beendigung der

kein eurasisches Reich mehr.“ (Zbigniew Brzezínski: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, 1999)

[45] Es erübrigt sich aufzuzählen, was die USA auf ihrer Seite mittlerweile alles an Kooperationen ausgesetzt und an Verträgen aufgekündigt haben. Die wenigen bezeichnenden Ausnahmen illustrieren zur Genüge die Gründlichkeit, mit der vorgegangen wird. Wert auf die russische Mitwirkung legen die USA gerade noch im Fall von Syrien und dem Iran, bei der Versorgung der internationalen Raumstation mit russischen Sojus-Raumschiffen. Fortgesetzt wird auch die Kooperation mit Russland im Rahmen des Nunn-Lugar-Programms zur Sicherung und Entsorgung russischen Kernwaffenmaterials, beim Abbau von atomwaffenfähigem Uran und bei der sicheren Lagerung von Atom-U-Booten. Genehmigt

diplomatischen Anerkennungs- und Beteiligungsverhältnisse über das Abschneiden der Geschäftsbeziehungen bis hin zur militärischen Einkreisung und dem Antrag auf weltweite Zensur,[46] und begreift ohne Umstände auch gleich den Rest der Welt mit ein, um Russland aus dem eingerichteten Staatenverkehr *auszuschließen*. Die USA nehmen den *Standpunkt* der Kriegsführung ein, indem sie alle Beziehungen aus den friedlichen Kapiteln des Staatenverkehrs, in die sich Russland eingeklinkt hat, dem Programm, dieses Land in die Knie zu zwingen, unterordnen und als Mittel zu seiner Schädigung in Anschlag bringen. Ein schöner Erfolg der Wende vom Systemgegensatz zum Miteinander von Nationen, die sich alle zu Freiheit und kapitalistischer Staatsräson bekennen: Die Eingliederung in die freie Welt und ihren Weltmarkt, die Russland erreicht hat, wird jetzt als ein ganzes Bündel von smart weapons

bleibt trotz anderslautender Anträge im Kongress schließlich auch noch der Verkauf russischer Hubschrauber an Afghanistan zur Bewältigung dieser Altlast. "Im Pentagon wird der Standpunkt vertreten, dass Afghanistan die braucht, weil sie zuverlässig, einfach zu bedienen und afghanischen Piloten bereits bekannt sind." (RIA, 24.4.)

[46] Obama missbilligt den deutschen Fernsehkonsum, der sich wohl zu oft vom russischen Fernsehsender Russia Today beeindrucken lässt:

"*Was wir gesehen haben, ist, dass nonstop russische Propaganda gesendet wird, die darauf abzielt und sagt, dass die Regierung in der Ukraine an diesen Schwierigkeiten schuld sei... Für die deutsche Bevölkerung ist das russische Fernsehen ein Kanal, den sie sich vielleicht nicht unbedingt ansehen sollte*." (Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Obama am 2. Mai 2014, bundeskanzlerin.de 02.05.14)

Dass trotz der richtungsweisenden Anleitung aus Washington die Weltöffentlichkeit nicht einwandfrei hinter Amerika steht, kann sich nur der Manipulation durch russische Propaganda verdanken. Daher muss man sich in Washington auch noch eigenhändig um den Unterschied von Lüge und Wahrheit kümmern: „*Russland versucht, mit erfundenen Geschichten sein illegales Vorgehen in der Ukraine zu rechtfertigen – so erstaunliche Prosa hat die Welt nicht mehr gelesen, seit Dostojewski schrieb, die Formel ‚zwei plus zwei gleich fünf' habe auch ihren Reiz.*" (Fiktion und Wahrheit: Zehn falsche Behauptungen Präsident Putins über die Ukraine – Amerikadienst, 6.3.14)

gegen es in Stellung gebracht, um ihm zu beweisen, dass es sich die Verteidigung seiner Interessen an und in der Ukraine nicht leisten kann, und logischerweise, wenn es seine Interessen partout wahren will, an seinem Schaden selbst schuld ist. Die Staatenwelt, d.h. insbesondere die europäischen Verbündeten haben sich für den Aufbau einer geschlossenen Front zur Verfügung zu stellen, damit wahr wird, was Amerika seinem weltpolitischen Rivalen mit seiner Diagnose an den Hals wünscht: Russland isoliert sich selbst. Alle eingerichteten Beziehungen sollen wie ein prächtiger Kriegs*ersatz* wirken, die gegnerische Macht zur Bedeutungslosigkeit herabsetzen und ihren störenden Willen so fundamental schädigen, dass der nicht mehr dazu in der Lage ist, sich der amerikanischen Weltordnung in den Weg zu stellen. Yes we can scheint auch auf dem Gebiet seine Gültigkeit zu haben, wenn der amerikanische Präsident das Resultat, das ihm vorschwebt, schon einmal als fact verbucht: Russland ist eine Regionalmacht, die einige ihrer direkten Nachbarn bedroht – nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche. (Tagesschau.de, 25.3.)

Umgehend werden amerikanische Truppen samt Ausrüstung in die Nähe der russischen Westgrenze transportiert, an EU und NATO vorbei. Die europäischen Bündnispartner dürfen dem nachher zustimmen, dazu ist das Bündnis ja wohl da. Die NATO-Mitgliedschaft der Staaten im neuen Europa erfährt eine strategische Nutzanwendung, ihre Bedrohtheitsgefühle stehen daher ganz hoch im Kurs: Sie brauchen Schutz vor der eigenen Konstruktion, dass Russland, hat es einmal mit der Krim angefangen, sicherlich weitermacht, bis es alle Nachbarn in einer neuen Sowjetunion einkassiert hat. Ganz nebenbei wird eine diplomatische Lüge aus dem Verkehr gezogen und der von Russland jahrelang vorgebrachte Verdacht gegenüber dem fortschreitenden Aufbau der amerikanischen Raketenabwehr in Europa bestätigt; selbstverständlich hat sich die nie allein gegen den Iran und unbekannte dritte Atommächte gerichtet. Aber wen interessiert schon the false narrative von gestern.

Daneben eröffnet Amerika einen *Wirtschaftskrieg* gegen Russland. Es beschließt Sanktionen, die mit Einreiseverboten und Kontensperrungen gegen einen Kreis von Figuren aus der

russischen Führung und Wirtschaftselite anfangen; gegen einen sogenannten inneren Kreis, der die Regierung unterstützt, inklusive einer Bank, die diesen Individuen materielle Unterstützung liefert.[47] Obama verzichtet neben dem Vorwurf der Verletzung der Souveränität der Ukraine nicht auf die Stilisierung des russischen Wirtschaftsverkehrs mit der Ukraine zu einem Eigentumsdelikt, zum Raub von Vermögen des ukrainischen Volks, und erklärt diesen quasi zwischenstaatlichen Kriminalfall gleichzeitig zu einer ungewöhnlichen und außerordentlichen Bedrohung für die nationale Sicherheits- und Außenpolitik der Vereinigten Staaten. (whitehouse.gov, 20.3.14) Die nationale Sicherheit der USA ist offensichtlich eine ausnehmend empfindliche und weltweit verletzliche Angelegenheit.

Die Sanktionen werden schrittweise erweitert und jeweils mit der Ankündigung verknüpft, dass sich Amerika weitere beliebige Steigerungen vorbehält und dabei an alle Schlüsselindustrien Russlands denkt – womit ein eindeutiges Signal für die Geschäftswelt und insbesondere die Finanzmärkte ergeht: *Jeglicher Geschäftsverkehr* mit Russland steht ab sofort *unter Vorbehalt*.[48] Der

[47] Text of Obama's Statement on Ukraine, March 20, 2014 (AP). Zum besseren Verständnis, was mit dem "inner circle" gemeint ist – "20 Individuen aus der russischen Regierung sowie Personen aus deren Umfeld und ‚enge Vertraute' Putins" (Spiegel, 20.3.) – liefert Amerika die Definition eines "Putin-Clans", einer "Datschen-Kooperative", die von der hiesigen Öffentlichkeit prompt nachgebetet wird. Das allseits beliebte Schema, mit dem Vorwurf von ‚Korruption' die Delegitimierung einer missliebigen Herrschaft zu betreiben, die als Seilschaft präsentiert wird, die sich auf Kosten ihres bzw. des ukrainischen Volks bereichert, darf bei der Kampagne nicht fehlen. In demselben Sinn erfolgt auf Antrag der USA die spektakuläre Verhaftung einer Zentralfigur des russisch-ukrainischen Gashandels in Wien.

[48] "Die neuesten, ‚flexiblen' Sanktionen betreffen überdies ganze Wirtschaftszweige: Finanzen, Energie, Metalle und Bergbau, Ingenieurwesen und Verteidigung. Das US-Finanzministerium werde gemeinsam mit dem Außenministerium in Kürze entscheiden, welche Konzerne in

besondere Reiz dieses Verfahrens besteht darin, dass ein solches Signal seine Wirkung erreicht, ganz ohne dass die USA dafür erst auf umständliche Weise die Zustimmung ihrer Mitmacher einholen müssten. Die spezielle Sensibilität der Finanzmärkte für Botschaften der Supermacht reicht hin, um ab sofort sämtliche Transaktionen in Richtung Russland mit einem negativen Vorzeichen zu versehen, sie dementsprechend zu verteuern oder lieber gleich zu unterlassen. Die prompt eintretenden Wirkungen auf Russland, Kapitalflucht, Verfall des Rubel etc. sind dem Wirtschaftsteil der Zeitungen zu entnehmen und werden von amerikanischer Seite mit Freude als Beweis dafür zitiert, wie sehr sich Russland schon „selbst" geschädigt hat.

Des Weiteren gehen die USA ganz direkt die Zerstörung der ökonomischen Hauptquelle russischer Macht an: Mit der Ansage, dass vor allem der *russische Energiesektor* für nächste Sanktionsbeschlüsse vorgesehen ist, wird über einen der größten Energielieferanten der Welt das Urteil verhängt, dass es in Zukunft fraglich ist, wie weit der überhaupt noch seine Geschäfte machen kann und seinen Geschäftspartnern zur Verfügung steht. Flankiert wird der Beschluss durch die amerikanische Entscheidung, den Weltmarkt mit ihrem Gas zu bestücken und Europa unter Einsatz der US-Konzerne mit den Segnungen des Fracking vertraut zu machen. Auch wenn noch etliche Jahre veranschlagt werden, bis die nötige Infrastruktur steht: Immerhin wird die europäische Energiepolitik damit schon jetzt unter den heilsamen Druck gesetzt, sich schleunigst um den Abbau russischer Importe zu kümmern. Auf Grund der Eigenart der sogenannten strategischen Güter Öl und Gas, mit deren Preis und der zuverlässigen Versorgung über den Erfolg oder Misserfolg ganzer Kapitalstandorte entschieden wird, taugen sie als enorme Waffe in der jetzt anstehenden Auseinandersetzung. Damit steht nicht nur für Russland dessen gesamter Versuch auf dem Spiel, seinen Kapitalismus haltbar zu machen. Der US-Präsident macht auch kein Geheimnis daraus, dass die gezielte politische Verunsicherung des europäisch-russischen

diesen Sparten spezifisch ins Visier genommen würden." (Spiegel online, 20.3.)

Energiegeschäfts Europa davon überzeugen soll, seine zunehmend gefährliche Abhängigkeit von Russland gegen die vernünftige Abhängigkeit von seiner Schutzmacht USA auszutauschen.

Jedenfalls ist die Infragestellung dieser Errungenschaft der Nachwendezeit, dass dem europäischen Kapital auch die Energievorkommen Russlands zur Verfügung stehen, inkl. aller darauf aufbauenden Kapitalverflechtungen und Geschäftsabteilungen und damit die Infragestellung eines großen Teils des Weltgeschäfts, *gewollt.* Schließlich ist das russische Kapital, das von Amerika als Opfer seiner Strafaktion gegen den Weltordnungsrivalen vorgesehen ist, inzwischen *globalisiert;* russische Schuldtitel fungieren als Vermögen in westlicher Hand, bilden einen ordentlichen Anteil am Finanzplatz der Londoner City, und Russland ist längst als Zukunftsmarkt für europäische Unternehmen verplant. Obama nimmt den Einwand vorweg, um ihn zu erledigen: Der Schäden für die Weltwirtschaft, mitten in der Krise, sind sich die USA bewusst – aber die muss man hinnehmen:

> *„Als Teil dieses Prozesses habe ich heute einen neuen Exekutiverlass unterzeichnet, der uns dazu ermächtigt, neue Sanktionen nicht nur über Individuen, sondern über Schlüsselbereiche der russischen Wirtschaft zu verhängen. Das ist nicht das von uns bevorzugte Ergebnis. Diese Sanktionen würden nicht nur die russische Wirtschaft erheblich beeinträchtigen, sondern könnten auch die Weltwirtschaft destabilisieren. Russland muss jedoch wissen, dass weitere Eskalation nur zu weiterer Isolierung von der internationalen Gemeinschaft führt."* (abc-news, 20.3.14)

Dieselbe international community, als deren Sprecher der US-Präsident hier auftritt, mag sich zwar mitten in einer epochalen Krise befinden – der Chef der Weltordnung ist sich aber gewiss, dass ihr die Freiheit der Ukraine so sehr über alles geht, dass sie ihre global economy fraglos gerne in den Dienst der von ihm beschlossenen Strafaktion stellt. Im Übrigen darf sich die restliche Welt daran erinnern, wie im Fall des Iran auch nichtamerikanische Firmen vermittels ihrer Aktivitäten in Amerika unter die amerikanische Jurisdiktion gebeugt und zur Disziplin im Umgang mit den

von Amerika definierten Schurkenstaaten veranlasst worden sind. Immerhin erläutert der US-Außenminister den Vorteil dieser Sanktionen – eine nuclear option ohne jeden fallout:

> *„‚Wenn man einmal mit Sanktionen für bestimmte Wirtschaftsbereiche angefangen hat, dann war's das', sagte er. ‚Dann hat man die Sanktionen ausgeschöpft. Das ist die sogenannte atomare Version der verschiedenen Wirtschaftssanktionen... Aber wir versuchen, uns in der Weise angemessen zu verhalten, dass wir sagen: Schaut, wir meinen es ernst, aber wir versuchen, nicht gleich die härtesten Geschütze aufzufahren.' Und er fügte hinzu: ‚Wir sind davon nur noch einen Steinwurf entfernt, und wenn sie ihren Kurs weiter verfolgen, steuert man direkt darauf zu.'"* (Wall Street Journal, 29.4.14)

Die USA bestehen auf einer Instrumentalisierung der EU als Helfershelfer für ihr Programm, die den Charakter einer *Linienkorrektur* hat und dem auch gleichkommen soll. Dazu drängen sie insbesondere die Führungsmacht Deutschland. Im Rückblick auf die Vergangenheit stellt sich ihnen der friedliche Handel und Wandel, der zwischen Europa und Russland stattgefunden und im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte immer mehr Umfang angenommen hat, als gravierender Fehler dar. Mit seinen Erfolgen auf dem Gebiet hat sich Europa zum einen in eine gefährliche Abhängigkeit von Russland begeben. Zum anderen sind darüber Russland Machtmittel in die Hand gespielt worden. Die Schlussfolgerungen daraus lauten: Europa hat diese Abhängigkeit unbedingt zu bereinigen und seine Wirtschaftsbeziehungen grundsätzlich zu überdenken. Ihr *Verlangen nach Gefolgschaft* rechnen die USA den europäischen Staaten als unausweichliche Konsequenz daraus vor, dass Europa mit *seinem* Vormarsch in der Gegenwehr Russlands auf eine Grenze gestoßen ist und dem zu wenig entgegenzusetzen hat: Es hat sich im Fall der Ukraine einmal mehr erwiesen, dass Europa auf die amerikanische Weltmacht als Schutzmacht seiner Interessen angewiesen ist, also hat es sich der auch zu unterstellen und seine bisherigen Berechnungen in Richtung Russland zu

revidieren.[49] So die amerikanische Forderung, die insbesondere an die europäische Führungsmacht gerichtet ist.

5. Das europäische Dilemma

Mit der Frage, ob sie den von ihnen eröffneten Machtkampf in der Ukraine überhaupt beherrschen, die vom Zaun gebrochene Konfrontation mit ihren Mitteln durchstehen können, haben sich die Berliner Imperialisten ganz offensichtlich nicht lang aufgehalten. Rücksichtnahmen auf russische Interessen halten sie auch

[49] Die Forderung, dass Europa gefälligst die amerikanischen Anstrengungen, Russland einzudämmen, tatkräftig zu unterstützen hat, statt sie immerzu zu unterlaufen, hat in Amerika ohnehin Tradition. In der offenen und ehrlichen Art, wie sie "unter Freunden" üblich ist, äußert ein US-Senator seine Meinung, nach der nicht die USA Deutschland, sondern Deutschland den USA wegen der Verärgerung in der NSA-Affäre etwas schuldig ist und die Bereitschaft zur Reparatur der Beziehungen doch ganz gut auf dem Gebiet der Sanktionen unter Beweis stellen könnte:

"*Der demokratische Senator Chris Murphy forderte Deutschland und die anderen EU-Staaten vor einer Reise mit anderen Kongressmitgliedern nach Kiew auf, scharfe Sanktionen gegen Russland zu verhängen. In Anspielung auf die NSA-Affäre sagte Murphy, in jüngster Zeit habe es in Europa Sorgen um das transatlantische Verhältnis gegeben. Nun habe Europa Gelegenheit, die Bedeutung dieser Beziehungen zu beweisen. Deutschland müsse zur Not auch die wirtschaftlichen Nachteile eines russischen Gasboykotts in Kauf nehmen.*" (FAZ, 14.3.)

Da Deutschland nicht so richtig zieht, ist die Identifizierung niederer Motive nicht schwer, und Merkel beleidigen schadet auch nicht:

"*US-Senator John McCain hat die Ukraine-Politik der deutschen Regierung in scharfen Worten verurteilt. Die fehlende Führungsstärke in Berlin sei ihm ‚peinlich'. Der Senator erklärte, er werde Merkel am Rande ihres Besuchs in der US-Hauptstadt treffen und ihr dies dann auch so sagen. Mit Blick auf die engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland beklagte der Senator und frühere Präsidentschaftskandidat der Republikaner den Einfluss der ‚Industrielobby' auf die Politik der Bundesregierung. ‚Wir könnten sie genauso gut in der Regierung sitzen haben, es ist eine Schande', sagte er.*" (Spiegel online, 1.5.)

dort nicht für nötig, wo ihre Eroberungspolitik auf den entschiedenen Einspruch Russlands trifft. Selbst in dem Moment, in dem die Kollision mit der Großmacht im Osten auf der Tagesordnung steht, denken sie keine Sekunde an eine irgendwie geartete Revision ihres Programms. Deutschland hält an seinem raumgreifenden Interesse fest. Es weiß die Macht der USA und der NATO hinter sich. Mit der Weltmacht und dem westlichen Kriegsbündnis an der Seite hält es sich für mächtig genug, in der Ukraine eine willfährige Regierung zu installieren, diese mit einem Machtmonopol im Land auszustatten, Russland zum Stillhalten zu bewegen und den störenden russischen Einfluss auf das Land zu eliminieren. Auf dieser Grundlage – mit der Ächtungs- und Kriegsdrohung des versammelten Westens im Rücken – verlangt es von Putin, die freiwillig nicht akzeptierte Beschlagnahmung seines wichtigsten Nachbarn in der GUS hinzunehmen. Dann könnte man ja, wenn es nach Steinmeier und Merkel geht, die gemeinsame „enge Partnerschaft" weiter pflegen, also wieder zum business as usual zurückkehren. Diese Rechnung geht nicht auf. Die USA übernehmen zwar den Fall und machen sich das Anliegen zu eigen, die Ukraine rücksichtslos gegen das russische Veto ins Lager der Freiheit einzugemeinden, dabei bleibt es aber nicht. Amerika packt das Problem sehr viel grundsätzlicher und gründlicher an als die EU und ihre Hauptmacht: Es will die russische Macht, die störende Interessen anmeldet, nicht ‚bloß' zum Einlenken nötigen, sondern kleinkriegen.

Für diesen Zweck verlangen die USA Gefolgschaft und schlagkräftige Beiträge; und das stellt die deutschen Imperialisten vor ein größeres Dilemma: Einerseits brauchen sie die Weltmacht, um die Ukraine als Besitzstand in ihr Europa einzugemeinden und Russland in Schach zu halten, andererseits betätigt sich die westliche Vormacht so, dass sie mit der Durchsetzung *ihres* Zwecks auch dem Sonderweg den Boden entzieht, auf dem Europa und insbesondere Deutschland zu der Macht geworden ist, die es heute darstellt.

Dieser deutsche Sonderweg hat nämlich darin bestanden, mit der berechnenden Distanzierung von den USA, auf deren überlegener Gewalt zur Sicherung der globalen Geschäftsordnung die

Politik der europäischen Kontinentalmächte Deutschland und Frankreich in letzter Instanz immer schon beruht hat, in Sonderbeziehungen mit Russland einzusteigen und in und mittels dieser Beziehungen ihren eigenen Machtzuwachs zu betreiben. Europa, Deutschland als Führungsmacht allen voran, präsentiert sich dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion, der nach der Konversion eine zusammengebrochene Ökonomie zu verwalten hat und sich heftigen Vorstößen der verbliebenen Supermacht ausgesetzt sieht, Russland weiter zu entmachten, als wertvoller Partner, Freund und Helfer. Es eröffnet einen umfänglichen wirtschaftlichen Verkehr mit dem Riesenreich, der für beide Seiten von herausragender Bedeutung ist: Die EU funktionalisiert Russland mit seinen enormen Öl- und Gasreserven für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit auf dem Kontinent und bietet damit Russland die Perspektive, mit dem wachsenden Umfang des Geschäfts zur auch auf dem europäischen Markt präsenten und respektablen Energiemacht aufzusteigen; beide Seiten bekräftigen ihre weitreichenden Interessen aneinander mit dem Rang einer „strategischen Partnerschaft". Unter dem Titel „Modernisierungspartnerschaft" geht Deutsch-Europa auf den russischen Antrag zum Ausbau beiderseitig nützlicher Beziehungen ein. Russland verspricht sich davon Fortschritte bei seiner Kapitalisierung, und dem europäischen Kapital, vor allem dem aus dem von den Russen als Vorzugspartner umworbenen Standort Deutschland, erschließt sich so ein halber Kontinent als lukratives und zukunftsträchtiges Geschäftsfeld vom Turbinenbau bis zur Autoproduktion.

Auch in strategischer Hinsicht hat sich Deutschland als Vorzugspartner der russischen Führung aufgebaut. Man betreibt die Ausweitung des europäischen Machtbereichs in Richtung Russland. Und um dies im Konsens mit dem Kreml hinzukriegen, setzt man sich auch schon mal von der Führungsmacht ab oder tritt mäßigend und bremsend gegen die Politik der USA auf, die im Zuge ihres „Kriegs gegen den Terror" russische Interessen und Mitspracherechte brachial außer Kraft setzen und Russland mit dem Aufbau eines Raketenschirms zu Leibe rücken. Deutschland lehnt die Aufnahme der Ukraine in die NATO zu Zeiten der orangen Revolution ab und organisiert nach Kräften überall da

„Dialoge" mit Russland, wo die US-Politik eine geschlossene Front zur Beschränkung seiner Ansprüche will. Beim Fall Irak kommt es sogar zu einer gemeinsamen deutsch-französisch-russischen „Achse", die die amerikanische Militanz verurteilt. In dieser Periode gewinnt die weitergehende deutsch-französische Kalkulation Raum, mit Russland enger zu kooperieren, um sich perpektivisch *gegen* die Dominanz der USA aufzubauen – eine Linie, die in der Logik des europäischen Imperialismus so wenig abseitig ist, dass sie sich heute immerhin noch in Gestalt mehrerer deutscher Altkanzler und führender Ostpolitiker zu Wort meldet. Das alles nährt zwischenzeitlich die Hoffnung der russischen Führung, die Supermacht durch die Gründung einer Gegenmacht in Gestalt einer strategischen Partnerschaft mit Deutschland und Frankreich zügeln und zur Anerkennung einer „multipolaren" Weltordnung zwingen zu können oder doch in den beiden europäischen Führungsmächten zumindest eine fallweise brauchbare Adresse gegen den amerikanischen Bellizismus zu haben.

So gelingt es der deutschen Ostpolitik, die russische Einflusszone *mit Zustimmung Russlands* Schritt für Schritt zu erobern, den ehemals feindlichen Staatenblock an europäischen Werten auszurichten, sich im Namen von Demokratie und Marktwirtschaft in die innere Souveränität der Staaten einzumischen, in Gestalt der OSZE und/oder gleich mit eigenen NGOs vor Ort die Umorientierung der bisherigen Staatsräson zu betreiben und so russischen Einfluss sukzessive, wenn nötig mit der (Mit-)Organisation von bunten Revolutionen zu erledigen – am liebsten auch gleich in Russland selbst. Eingefrorene Konflikte wie in Moldawien, die für Russland zwar nicht vorteilhaft geregelt, aber immerhin stillgestellt sind, werden durch Anheizung des russenfeindlichen Nationalismus vor Ort wiederbelebt, damit Moskau unter Zugzwang gerät, seine Position zu räumen.

Mit den Fortschritten auf dem Weg, Russland einerseits ganz zivil als Ordnungsmacht aus Europa und seinem nahen Ausland hinaus zu drängen, und der Konsolidierung des russischen Staates andererseits haben zwar auch zwischen Russland und Europa die hässlichen Töne zugenommen. Aber das Ensemble aus wachsenden ökonomischen Abhängigkeiten von und strategischen

Berechnungen mit der EU hat den Preis Russlands für ein Nein gegen seine weitere Zurückdrängung und Entmachtung enorm erhöht und seinen Teil dazu beigetragen, dass es nicht nur die Expansion der EU, sondern auch die NATO-Osterweiterung bis ins Baltikum und ans Schwarze Meer sowie den Aufbau eines US-Raketenabwehrschirms in Europa zähneknirschend hingenommen hat – ein äußerst wertvoller Nebeneffekt der deutsch-europäischen Sonderpolitik mit Russland für die Festigung der amerikanischen Weltordnung.

Mit der Eroberung der Ukraine aber überschreitet Deutschland die Schwelle der für Russland noch zustimmungsfähigen Verluste und handelt sich das aparte Problem ein, sich die notwendige amerikanische Hilfe gegen den widerspenstigen Kreml zu Washingtons Bedingungen eigentlich gar nicht leisten zu können. Der Schulterschluss mit Obama ist für die Berliner Republik ebenso unvermeidlich wie fatal. Nur mit den USA bleibt man als Imperialist im Geschäft – aber zu einem absehbar ruinösen Preis:

Erstens verlangt Amerika von den Europäern, von Deutschland vorneweg, ihre vielen schönen Energie-, Handels- und Finanzbeziehungen mit Russland als Mittel zur Niederringung dieser Nation in Anschlag zu bringen und damit aufs Spiel zu setzen. Dies schließt neben dem ökonomischen Schaden ein, dass diese Beziehungen dann auch nicht mehr als nützliche Abhängigkeiten taugen, die sich als Mittel der Einflussnahme auf den Willen Russlands verwenden lassen. Damit ist ein ganz entscheidendes Mittel des deutsch-europäischen Imperialismus kaputt.

Zweitens zerstört das Verlangen nach Unterordnung unter die Feindschaftserklärung der amerikanischen Weltmacht gegen Russland das Prinzip der deutschen Ostpolitik; es nimmt ihr den Raum für die berechnende Distanzierung von den USA und ihrem Militärbündnis und damit auch für vorteilhafte Arrangements, die man auf der Grundlage mit Russland hinbekommen und mit denen man die eigene Expansion bislang bewerkstelligt hat. Es entfällt der in der Vergangenheit gerade von den Deutschen in Richtung Moskau sorgsam gepflegte Schein, Europa wäre die ganz andere, dialog- und kooperationsbereite, friedliche Alternative zum

klaren Kurs der USA, die Macht des Nachfolgers der SU weiter zu beschränken, ihn auf eine weltpolitisch unerhebliche Größe zu reduzieren.

Das war zwar nie die Wahrheit, aber eben die praktizierte Lebenslüge und das Erfolgsgeheimnis der ausgreifenden deutschen Ostpolitik, die jetzt vor ihrem Ende steht.

6. Der Streit um die einheitliche Sanktionspolitik und die Suche nach diplomatischen Lösungen

Dieses Dilemma der Europäer – dass sie ihre Ambitionen gar nicht aus eigener Machtvollkommenheit verfolgen können, sondern darin auf die amerikanische Weltmacht und deren massives Einwirken auf Russland angewiesen sind, dass sie dem amerikanischen Verlangen nach Unterordnung und tatkräftiger Unterstützung aber nicht nachkommen können, ohne dass dadurch ihr eigenes imperialistisches Projekt unter die Räder kommt – dieses Dilemma bestimmt das deutsch-europäische Vorgehen in der aktuellen Krise.

Gerade weil die Interessen auf der amerikanischen und der europäischen Seite gründlich auseinandergehen, herrscht an deklamatorisch dick unterstrichenen Beschwörungen der Einigkeit hüben wie drüben kein Mangel. Die Amerikaner mahnen damit unübersehbar *Linientreue* an. Bei den Deutschen, die sich hier in erster Linie angesprochen sehen dürfen, ist das obligate laute Bekenntnis zum transatlantischen Schulterschluss regelmäßig der Auftakt für den Versuch, die amerikanische Politik dem eigenen Interesse entsprechend umzudeuten und zu unterlaufen, ohne dabei in offenen Dissens mit der Weltmacht zu geraten.

Und so ist es ja eben auch gar nicht, dass der Schulterschluss mit Amerika, zu dem man sich bekennt, bloß deklamatorischen Charakter hätte. Wenn die Amerikaner in der Ukraine dafür sorgen, dass dort eine Regierung von ihren Gnaden ans Ruder kommt und sich durchsetzt, dann können ihre europäischen Partner damit schon etwas Nützliches anfangen. Immerhin taugt die neue Regierung, noch bevor sie überhaupt die Herrschaft über ihr Land

errungen hat, schon einmal dazu, mit ihr den politischen Teil des ***Assoziierungsabkommens*** unter Dach und Fach zu bekommen. Mit dem Abschluss der entsprechenden Vereinbarung wird der Entzug der Ukraine aus dem russischen Einflussbereich ein weiteres Stück weit festgeklopft – was durchaus auch im Sinne der USA ist. Und die EU schafft sich mit dieser Vereinbarung ein Instrument ihrer konkurrierender Einflussnahme auf die Mannschaft in Kiew, deren erste Adresse naturgemäß erst einmal Washington ist. Dafür fließt sogar gutes europäisches Geld.[50] Was daraus weiter wird, wird man sehen. Der ökonomische Teil des Abkommens wird jedenfalls erst einmal auf Eis gelegt, was Russland so verstehen darf, dass man seinen Einwänden Rechnung zu tragen gewillt ist; und dass es deswegen eigentlich gar keinen Grund mehr hat, sich dem Hineinwirken der EU in sein ökonomisch-strategisches Vorfeld noch entgegenzustellen. Außerdem ist ja auch gar nicht absehbar, was sich mit der Ukraine, nachdem sie derart zerlegt und mit den vereinten Kräften aller Beteiligten zu einem failed state gemacht worden ist, demnächst dann ökonomisch überhaupt noch anstellen lässt.

In Brüssel und Berlin hat man – unabhängig vom amerikanischen Verlangen danach – durchaus auch eigene Gründe, ***Sanktionen gegen Russland*** zu begrüßen und in Maßen auch selber zu beschließen: Damit will man Russland zum Einlenken bewegen; ihm soll ein Ja zum Seitenwechsel der Ukraine abgerungen werden; und es soll sich unter europäischer Federführung auf Verhandlungen mit der neuen Regierung einlassen und Beiträge zur

[50] „*Brüssel unterstützt finanziell Reformen in der Ukraine. Dreistellige EUR-Millionenhilfe zu diesem Zweck lockergemacht. Die EU-Kommission hat 365 Millionen Euro zur Finanzierung benötigter Reformen in der Ukraine zur Verfügung gestellt. Es gehe darum, ‚Stabilisierung und Entwicklung in der Ukraine zu unterstützen', hieß es in einer Mitteilung der Kommission in Brüssel vom Dienstag. Der größte Teil des Geldes soll dazu dienen, die Regierungsführung der Ukraine zu verbessern, Korruption zu bekämpfen sowie die Justiz und die Verwaltung zu reformieren. Die ersten Zahlungen sollen unmittelbar nach der bisher noch nicht terminierten Unterzeichnung einer Vereinbarung erfolgen.*" (National radio company of Ukraine, im Folgenden nrcu, 29.4.14)

Stabilisierung von deren Herrschaft über das Land leisten. Die Sanktionsforderungen aus den USA bemessen sich jedoch an einer viel fundamentalistischeren Zielsetzung – bezweckt ist ausdrücklich ein wirksamer Angriff auf die russische Macht –, reichen deswegen auch viel weiter und machen sich daher auch ziemlich frei von der Bezugnahme auf irgendwelche Anlässe, die sich als Fehlverhalten Russlands interpretieren lassen.

Um nicht in die absehbare Totalkollision mit Russland hineinzugeraten, mit der dann absehbarerweise auch der deutsch-europäische Sonderweg beendet wäre,[51] verlegt sich die Merkel-Regierung deswegen unter dem schönen Titel Kooperation statt Konfrontation nicht ohne Erfolg auf eine Obstruktionspolitik gegen das verlangte Sanktionsregime. Sie deckt damit auf, dass auch die amerikanische Politik einen kleinen Widerspruch zu bewältigen hat. Die Mittel, die Obama zur Isolation des Rivalen Russland einsetzen will, sind nur zum Teil in amerikanischer Hand; damit aus der Ächtung Russlands das fait accompli wird, als das Obama es in seiner gewohnten Art behandelt, braucht er die Mitwirkung der europäischen Partner, die *ihre* Wirtschaftsbeziehungen zu Russland zur Waffe gegen Russland machen sollen; er ist insbesondere auf die Mitwirkung Deutschlands angewiesen, das hier die größten Potenzen zu bieten, also auch am meisten zu verlieren hat, und das zugleich als europäische Führungsmacht die EU im Sinne der amerikanischen Sanktionspolitik auf Linie bringen soll. Der Streit um die Sanktionen, die man natürlich gemeinsam will, bleibt deswegen Dauerthema. An den Bestimmungen der Sanktionspolitik und an den Sanktionsmaßnahmen wird heftig herumdefiniert und

[51] „*Nach außen hin trägt die Bundesregierung die westliche Antwort auf die Krise in der Ukraine in vollem Umfang mit. Deutschland hat sämtlichen Beschlüssen, die EU und Nato dazu in den vergangenen Wochen getroffen haben, zugestimmt, einschließlich der Sanktionen gegen Russland... Hinter den Kulissen sieht es offenbar ein wenig anders aus. In der Nato wird derzeit über praktische Schritte zur militärischen Rückversicherung der Osteuropäer diskutiert, und Deutschland scheint da in eine Rolle zu schlüpfen, die man aus dem Libyen-Krieg und anderen Konflikten der jüngeren Vergangenheit kennt: In Brüssel ist zu hören, dass die Bundesregierung sich passiv und zögerlich verhalte und wieder als Bedenkenträger auftrete.*" (FAZ, 28.3.)

herumproblematisiert: Während Obama unentwegt bereits Sanktionen für spezifische Sektoren der Wirtschaft in Russland ins Spiel bringt, sind Sanktionen für Merkel generell nur eine zweite Maßnahme, die dann, wenn sie fällig wird, auch nur in Kombination mit der Offerierung diplomatischer Lösungen ergriffen werden soll.[52] Was den Stoff der Sanktionen anbelangt, will Deutschland bis auf Weiteres darauf verzichten, Kriegsgerät an Russland zu liefern, was natürlich auch heißt, dass das Geschäft mit unverdächtiger Ware weitergehen soll. Zur selben Zeit, in der die Amerikaner die Deutschen nachdrücklich zur Verschärfung der Strafaktionen gegen Russland anhalten, fährt der Siemens-Chef in einer, wie eigens betont wird, mit dem Kanzleramt abgestimmten Mission nach Moskau und versichert, dass die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen solche temporären Eintrübungen überstehen werden.[53] Wenn die USA mit giftigen Eskalationsstufen Vorgaben für die fällige Einigkeit gegen Russland machen, definiert Deutschland sich seine eigenen: Die ersten beiden fallen – welch Überraschung – deutlich milder aus als die amerikanischen, und bei der Sanktionierung russischer Firmen hat sich die EU vorerst nur zwei handgezählte auf der Krim ausgesucht. Die für den Wirtschaftsverkehr mit Russland kritische dritte Stufe der Sanktionen, die ganze Wirtschaftszweige lahmlegen würde, soll möglichst überhaupt nicht eintreten, bzw. erst nach offener militärischer Intervention Russlands in der Ostukraine. Neuerdings, nach einer Übereinkunft von Merkel und Hollande, hat Europa aber wiederum eine eigene Drohung gegenüber Russland aufgemacht:

[52] „*Vielleicht auch ein Wort zu der Frage der Sanktionen: Ich stimme dem amerikanischen Präsidenten zu. Sie sind kein Selbstzweck, sondern sie sind in der Kombination mit der Offerierung, dass wir diplomatische Lösungen erreichen wollen, eine notwendige zweite Maßnahme, um deutlich zu machen: Es ist uns ernst.*“ (Merkel, 2.5.)

[53] „*Kaesers Putin-Besuch passt ins Konzept. Hinter vorgehaltener Hand gibt es auffällig viele positive Stimmen zum Treffen des Siemens-Vorstandschefs mit dem russischen Präsidenten. Denn der Industriemanager habe trotz des umstrittenen öffentlichen Auftritts aus Sicht der Wirtschaft ein Signal gegen Sanktionen als Folge der Krim-Krise gesetzt.*“ (FAZ, 28.3.)

Man kündigt bereits vorbeugend härtere Strafen an; und zwar für alles, was Europa als Versuch zur Verhinderung der Wahlen vom 25. Mai einstuft. Dafür, das steht jetzt schon fest, macht man Russland ausdrücklich verantwortlich.

Daneben unternimmt Deutschland immer wieder ***Vorstöße auf dem Feld der Diplomatie***. Auch hier zeigt sich die Dialektik von Kooperation und Konkurrenz zwischen Amerika und Europa im Kampf gegen Putins Russland aufs Schönste. Die Suche nach diplomatischen Lösungen gestaltet sich so, dass von deutscher oder europäischer Seite unermüdlich nach Mitteln und Wegen gesucht wird, wie man die Militanz der amerikanischen Weltmacht gewissermaßen zerlegen kann in einen nützlichen Teil, der unverzichtbar ist, um den Russen die Bereitschaft abzuhandeln, über die eigenen, erklärtermaßen unverhandelbaren Interessen zu verhandeln, und in eine schädliche Komponente, die nur dazu führt, dass sich Russland zur Wahrung seiner vitalen Interessen auf seine letzten Machtmittel besinnt und in der Verfassung für die Europäer dann erst einmal nicht mehr erreichbar ist. Ein nicht ganz einfaches Unterfangen, weil es von vornherein unter der argwöhnischen Beobachtung der USA steht, die hinter solchen diplomatischen Manövern grundsätzlich die Absicht am Werk sehen, die klare Frontstellung, die sie vorgeben, zu verwässern, und solche Versuche daher nach Kräften obstruieren.

Zustande gekommen sind unter solchen Voraussetzungen tatsächlich die *Genfer Gespräche*. Dass es dem deutschen Außenminister Steinmeier gelungen ist, sich mit einem selbsterteilten Vermittlungsauftrag in den Konflikt einzuschalten und die EU damit überhaupt erst wieder als irgendwie mitzuständiges Subjekt ins Spiel zu bringen, nachdem die USA mit ihrer Anerkennung der prowestlichen Putschisten in Kiew als legitimer Regierung der Ukraine erst einmal für klare Rechtsverhältnisse gesorgt, den berühmten ‚Raum für Gespräche' mit den Russen gleich null gesetzt und die Europäer als irgendwie maßgebende Größe erfolgreich ausgemischt hatten, verdankt sich entgegen deutschem Selbstlob allerdings nicht der Kombination von Unermüdlichkeit und Geschick des deutschen Chefdiplomaten. Vielmehr hatte sich zuvor die von den USA inthronisierte Regierung in Kiew als unfähig

erwiesen, ihren Laden unter Kontrolle zu bringen. Der Einsatz ihrer Sonderkräfte gegen die Aufständischen in der Ostukraine gerät zum Debakel, bei dem Hubschrauber abgeschossen, Panzer von Aufständischen erobert werden und Einsatzkräfte zum Gegner überlaufen. Und justament in der Lage stellt sich Russland bedrohlich auf. Putin nutzt die Gunst der Stunde, um seinem amerikanischen Kollegen gegenüber klarzustellen, dass Russland nicht tatenlos zusehen werde, wenn die Kiewer Regierung die Lage militärisch zu bereinigen versucht; er fordert die USA dazu auf, das von ihnen eingesetzte Regime zur Ordnung zu rufen: Es hat seine Übergriffe auf die russischen Bevölkerungsteile einzustellen und es hat sich auf Verhandlungen über eine Föderalisierung der Ukraine einzulassen. In diesem historischen Moment sehen sich die USA zu besagten ‚Gesprächen' bereit – und machen aus diesen Gesprächen, noch bevor sie begonnen haben, eine Veranstaltung, bei der allen Beteiligten klar sein muss, dass nur eines auf der Agenda steht: Russland auf einen Verzicht auf Gewaltanwendung festzulegen und ihm die Verpflichtung zur Deeskalation der Lage aufzuerlegen. Die Amerikaner sprechen Jazenjuk und Co. von jeder Schuld an der Eskalation der Lage frei und kündigen unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen die weitere Verschärfung der Sanktionen gegen Russland an.

Die EU nutzt die Gelegenheit, um auf eine Vereinbarung hinzuwirken, in der sich *beide Seiten,* nämlich Russland *und* die Kiewer Regierung, zur Deeskalation verpflichten und aus der Europa so besondere Zuständigkeiten und damit wieder Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Konfliktparteien und auf die innerukrainischen Verhältnisse erwachsen sollen. Tatsächlich wird vereinbart, dass der *OSZE* als neutraler Institution eine führende Rolle bei der Unterstützung der ukrainischen Behörden und Kommunen zukommt. Was dieses Mandat praktisch bedeutet, steht freilich auf einem ganz anderen Blatt. Die Jazenjuks stehen nämlich auf dem Standpunkt, dass für sie die Vereinbarung in keiner Weise bindend ist. Und sie können sich diesen Standpunkt leisten, weil und solange die USA ihnen dabei grünes Licht geben.

Der praktische Ertrag dieser diplomatischen Episode besteht deswegen nur in einem zusätzlichen Rechtstitel, der sich bei jeder Gelegenheit einsinnig gegen Russland wenden lässt. Wenigstens in dem Punkt sind sich Amerikaner und Europäer, Obama und Merkel nämlich völlig einig: dass auf jeden Fall Russland für die Eskalation der Lage vor Ort verantwortlich zu machen ist.

7. Der Streit um die Linie in der EU

Das großartige Europa, das sich so gerne als Friedensmodell des Jahrhunderts vorführt, präsentiert sich im Inneren als das, was es ist: Ein Haufen von Nationalisten, die die durch Amerika geschaffene neue Lage im Lichte ihrer Interessen beurteilen und gegen- und miteinander ihre Rechnungen damit anstellen. Je nach Interessenlage und Mitteln entdecken sie Gelegenheiten zur Aufwertung ihrer Machtposition, wenden sich gegen die zu erwartenden Schäden durch die angekündigten harten Sanktionen oder wägen ab zwischen beidem. Insgesamt sortieren sie sich auseinander in die Scharfmacher auf der einen, Bedenkenträger auf der anderen Seite oder sind beides in einem. Da ist jedenfalls viel zu tun für die Führungsmacht Deutschland, die *ihre* Besitzstände zu verteidigen hat; darunter die, die sie als Hauptnutznießer und -betreiber der europäischen Machtentfaltung nach Osten erworben hat, sowie den überhauptigen, der in der Anerkennung ihres Führungsanspruchs und der Festlegung der EU auf ihre imperialistischen Ambitionen besteht. Das alles kommt auf, weil Europa ja nicht erst seit gestern ein Konkurrenzprojekt der daran beteiligten Nationen ist. Steinmeier klappert unentwegt die europäischen Hauptstädte ab, die Sicherung der *Einheit* Europas überhaupt steht an, gegen Angriffe auf die eingerichtete Hierarchie, die mit der Verengung der Politik auf die militärische Dimension einhergehen.

Das neue Europa im Osten kommt durch die Benützung als Standort für den Aufbau der amerikanischen Abschreckungsmacht wieder zu Ehren. Amerika verzichtet selbstverständlich nicht darauf, sich rufen zu lassen; die baltischen Staaten und Polen werfen sich ihm an die Brust und unterminieren allein damit schon die Bemühungen der deutschen Führungsmacht um eine

eigenständige Politik Europas. Diese Staaten betreiben schon immer unter dem Schutzschirm der NATO ihre Feindschaft gegen Russland in einem Maß, das sie sich aus eigener Kraft niemals hätten leisten können, u.a. drangsalieren die Balten die unter ihre Herrschaft gefallenen russischen „Minderheiten"; in Lettland macht diese Minderheit immerhin fast ein Drittel der Bevölkerung aus. Da sind sie natürlich jetzt, wenn nach Beschluss der NATO Russland gerade mit seiner Expansion angefangen hat, äußerst schutzbedürftig – und Amerika zögert keine Sekunde, ihr Staatenleben auf die Funktion von US-Stützpunkten festzulegen.

Der große Nachbar Polen, der ohnehin schon mit seinen Interessen an der Ukraine an vorderster Front beteiligt ist und für die Funktion als Militärmacht und NATO-Frontstaat eine ganz andere Masse an Territorium und Volk aufbieten kann, ergreift mit sichtlicher Genugtuung die Gelegenheit zur Aufwertung der eigenen Bedeutung, nicht zuletzt auch gegen die deutsche Hegemonie in Europa. Im Rahmen der NATO tritt Polen fordernd in Erscheinung, auch Deutschland habe gefälligst seinen Beitrag zu leisten und sich vorbehaltlos hinter seinen östlichen Nachbarn zu stellen, wenn der Bündnissolidarität anmahnt; was aus Berlin mit einem Schlag etwas unterhalb der Gürtellinie beantwortet wird:

> *„In Rede stehe etwa die Verlegung von schwerem militärischen Material ins Baltikum oder nach Polen. Hier gibt es Widerstand aus Deutschland. Zum einen wird die Notwendigkeit einer Verlegung des Materials etwa nach Polen bestritten, da das Land objektiv nicht durch Russland bedroht werde. Zum anderen widerstrebt es Berlin offenbar, innenpolitischen Reflexen in Polen zu folgen."* (FAZ, 29.3.)

Kaum einer der Euro-Staaten kann auf der anderen Seite der gemeinsamen Sanktionspolitik viel abgewinnen, wenn die verlangt, mitten in der Krise und der ohnehin heftig tobenden Konkurrenz darum, welche nationalen Konzerne oder Banken auf der Strecke bleiben, die eigenen Geschäftsbeziehungen zu Russland aufs Spiel zu setzen. EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski spricht stellvertretend für viele EU-Mitglieder: Europa, das sich gerade von der jüngsten Krise erholt, soll keine

Sanktionen gegen Russland verhängen, weil Länder der Europäischen Union nach dem Schlagabtausch mit Sanktionen ebenfalls betroffen werden. Wir wissen, was die zielgerichtete Rache bedeutet: sie trifft vor allem jene, denen es am meisten weh tun wird. (RIA, 18.4.)

Die Güterabwägungen, die hier angestellt werden, fallen allerdings sehr unterschiedlich aus, je nachdem wie man im Geschäft mit den Russen drin ist, welchen Posten in der nationalen Bilanz das ausmacht und welche Rolle man sich bei der Neuausrichtung Europas ausrechnet oder ob man dabei sowieso nichts zu sagen hat.

England blickt zwar mit Sorge auf seine City – zufällig kommt ein Papier des Außenministeriums an die Öffentlichkeit, in dem es heißt, es sei nicht im britischen Interesse, Russen den Zugang zum Finanzzentrum London zu versperren (FAZ, 18.3.14) –, rechnet aber auch umgekehrt mit der City als sicherem Hafen für Fluchtkapital aus Russland und bleibt seiner historischen Rolle als bedeutende Militärmacht an der Seite der USA treu. Frankreich und Italien sind es ihrer Stellung als führende Mächte in der EU und bedeutende NATO-Mitglieder ebenfalls schuldig, die Drohungen gegenüber Russland mitzutragen, und suchen gleichzeitig, ihre bedeutenden Geschäftsbeziehungen zu Russland zu retten. Frankreich ist mit viel Finanzkapital, Autofabriken und Handelskapitalen in Russland unterwegs, zudem steht neben verschiedenen rüstungstechnischen Kooperationen ein gewaltiges Waffengeschäft mit Russland – zwei Hubschrauberträger – auf dem Spiel. Italien bezieht den Standpunkt, dass angesichts seiner krisengeschädigten Wirtschaft und den ziemlich unverzichtbaren Wirtschaftsbeziehungen mit Russland Sanktionen erst einmal überhaupt nicht in Frage kommen.

Die Rücksichtslosigkeit, mit der ein großer Teil der nationalen Energieversorgung einer ganzen Reihe europäischer Staaten unter den strategischen Gesichtspunkt der gefährlichen Abhängigkeit von Russland subsumiert wird, stellt die europäische Solidarität auf eine harte Probe.

Etliche Staaten in der untersten Abteilung der EU-Hierarchie kommen sofort in die Schusslinie: Ungarn gerät in die Kritik, weil es sich schrittweise der Vorherrschaft der europäischen Energiekonzerne entledigen und dazu ausgerechnet von Russland ein AKW hinstellen und kreditieren lassen will. Orbán verkündet, dass er Sanktionen gegen Russland nicht zustimmen wird, was ihm eine verschärfte Aufmerksamkeit für seine ohnehin mangelnde demokratisch-menschenrechtliche Qualifikation einbringt. Die EU-Kommission, die ohnehin schon seit langer Zeit gegen die ungarischen Eigenmächtigkeiten angeht, antwortet mit dem Einfrieren der im Rahmen der Regionalförderung zugesagten Mittel; ein empfindlicher Schlag gegen den ungarischen Haushalt, [54] mit dem Orbán nachdrücklich in Erinnerung gebracht wird, wer hier von wem abhängig ist.

Die Slowakei wird genötigt, sich mit dem Hauptversorger Gazprom anzulegen, mit dem man gerade noch einen Rabatt für russisches Erdgas aushandeln konnte, und die Kosten für die Umstellung einer Gas-Pipeline zur Belieferung der Ukraine mit russischem Gas zu tragen. Die Schubumkehr kostet 20 Millionen Euro, und der slowakische Regierungschef hat kein Geld übrig, um Kiew zu unterstützen (RIA, 3.4.), was ihm aber wenig hilft. Immerhin tut er sich mit dem tschechischen Kollegen Sobotka zusammen, der im Namen seines Wirtschaftsstandorts ankündigt, sich gegen europäische Sanktionsbeschlüsse starkzumachen: Die Entscheidung über zusätzliche Sanktionen gegen Russland soll auf der Ebene der europäischen Staats- und Regierungschefs getroffen werden. In diesem Fall wird Tschechien dagegen stimmen. (RIA, 24.4.) Die Wirtschaftskammer des Landes hat härtere Sanktionen gegen Russland abgelehnt. Rund 20 000 Arbeitsplätze in Tschechien sind nach eigenen Berechnungen unmittelbar in Gefahr, wie der Unternehmerverband mitteilte. Zudem seien 30 000 Jobs bei Zulieferern bedroht. Die politischen Spannungen kämen

[54] *„Das Land gehört zu den größten Empfängern von Brüsseler Finanzmitteln. 95 Prozent aller staatlichen und privaten Investitionsprojekte Ungarns kamen seit 2008 mit Beteiligung von EU-Mitteln zustande."* (NZZ, 1.5.)

zum ‚ungünstigsten Zeitpunkt'. Russland sei der wichtigste Handelspartner Tschechiens außerhalb der Europäischen Union. (Radio Prag, 21.3.) Was andererseits den Staatspräsidenten Zeman nicht hindert, sich hinter die US-Linie zu stellen, demonstrativ Härte zu zeigen, den Russen höchstpersönlich eine „rote Linie" zu ziehen und mit einem militärischen Eingreifen der NATO in der Ukraine zu drohen.

Um das mangelnde eigene Gewicht in der EU zu kompensieren, revitalisieren Ungarn, die Slowakei, Polen und Tschechien ihr mitteleuropäisches Bündnis und werden im Format der Visegrad Vier in Kiew vorstellig. In Gestalt nationaler Minderheiten kann man dort einen eigenen Rechtstitel geltend machen,[55] fordert von Jazenjuk eine baldige Lösung des Sprachengesetzes, gibt der Besorgnis vor großen Flüchtlingswellen aus der Ukraine Ausdruck und pocht auf ein Stück eigene Berechtigung zur Aufsicht darüber, ob die neue Regierung den nötigen Respekt vor den Menschenrechten an den Tag legt. Soviel kann man als EU-Mitglied immerhin in Anschlag bringen:

> *„Die V4 erklärten: Priorität solle zwar die territoriale Integrität der Ukraine haben, dennoch sollten den ‚östlichen Regionen' Zugeständnisse gemacht werden, so dass der ‚Krimkonflikt' sich nicht über die östlichen und südlichen Regionen ausbreitet. Bei allen Entwicklungen sei den Menschen- und Minderheitenrechten der ‚volle Respekt' zu gewähren."* (Pester Lloyd, 3.3.14).

[55] Da trifft es sich gut, dass Orbán schon vor Jahr und Tag tausende Pässe an die Landsleute in der Ukraine verteilt hat. Für die Kameraden vom Rechten Sektor gibt es auch da viel zu tun – „*am Dienstag wurde bekannt, dass Aktivisten des ‚Rechten Sektors' am Montag mit Gewalt in die Stadtratssitzung im westukrainischen Berehowe / Beregszász eindrangen und diese beendeten"* (Pester Lloyd, 25.2.) – schöner Stoff für die Vertiefung der Völkerfreundschaft: Der ungarische Außenminister lässt die Regierung in Kiew wissen, „*dass die ungarische Minderheit gefährdet*" und *„neuen Bedrohungen" ausgesetzt sei. Ungarn werde aber keinen Angriff auf Ungarn in der Ukraine unbeantwortet lassen.*" (Pester Lloyd, 3.3.)

Weiter südlich müssen sich diverse Staaten dafür rechtfertigen, dass sie ihre nationale Energieversorgung mit einem Projekt sichern wollen, das überhaupt nicht mehr in die neue Lage hineinpasst und schon länger von Seiten der EU-Kommission bekämpft wird.

> *„Barroso wurde bei einem Besuch in Sofia mit der Bemerkung zitiert, das Projekt South Stream, das russisches Gas unter Umgehung der Ukraine durch das Schwarze Meer nach Bulgarien und von dort über Serbien, Ungarn und Slowenien nach Italien und Österreich (samt Nebenarmen nach Bosnien und Kroatien) transportieren soll, sei ‚eingefroren'. Da sich alle an South Stream beteiligten Balkanstaaten davon eigene Einnahmen, geringere Gaspreise und mehr Unabhängigkeit von den Auswirkungen russisch-ukrainischer Gaskonflikte erhoffen, hat die Barroso zugeschriebene Äußerung in der Region für große Aufmerksamkeit gesorgt." (FAZ, 16.4.)*

Der Streit betrifft aber nicht nur die Balkan-Bewohner, bei denen die EU-Kommission sich vermutlich fragt, wozu diese Wirtschaftsstandorte, die durch den Jugoslawien-Krieg, durch die marktwirtschaftliche Rosskur ihrer Integration in Europa und die Krise weitgehend ruiniert sind, überhaupt Strom brauchen, wenn sie den ohnehin nicht bezahlen können. Beim Thema South Stream legen sich auch potentere Staaten wie Österreich und Italien quer. Österreich schließt mitten in dieser Lage einen Vertrag mit Gazprom über den Anschluss an South Stream. Auch Italien besteht auf Fortführung des von der EU-Kommission als wettbewerbswidrig zurückgewiesenen Großprojekts des russischen Konzerns Gazprom zum Bau der Pipeline South Stream (NZZ, 6.5.14), eines von vielen Projekten, mit denen Italien seine strategische Partnerschaft mit Russland aufgebaut hat und unterhält.

Umgekehrt meldet sich Polen, die bislang eher subalterne Spitze des Weimarer Dreiecks, auch auf dem Gebiet der Energiepolitik mit Forderungen gegen Deutschland. Es ergreift die Gelegenheit, sich bei Deutschland für die Vorschriftenmacherei in Sachen Klima zu rächen und ihm umgekehrt den Vorwurf reinzuwürgen,

dass es mit seiner Energiepolitik die nötige Härte im Umgang mit Russland vermissen lässt und damit Europa in den Rücken fällt:

> *„Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk hat Deutschland aufgefordert, seine Abhängigkeit von russischem Erdgas zu verringern. Sie könnte ansonsten die europäische Souveränität einschränken... Ich werde mit Merkel vor allem darüber reden, wie Deutschland einige seiner Wirtschaftsmaßnahmen korrigieren kann, damit die Abhängigkeit von russischem Gas Europa nicht dann lähmt, wenn es entschlossen auftreten muss."* (reuters.com, 10.3.)

Immerhin wird damit nicht weniger gefordert, als dass die Führungsmacht Fehler eingesteht und sich korrigiert. Deutschland soll gefälligst auf seine Konkurrenzmittel bei der Energiebeschaffung verzichten und lieber mit einer „Energieunion", analog zur Bankenunion, dem militanten Aufbau Rückendeckung geben:

> *„Eine eigens dafür eingerichtete EU-Behörde soll künftig Gas für alle 28 EU-Mitgliedstaaten zentral einkaufen. Bei Energieengpässen könnten dann die betroffenen Staaten entsprechend versorgt werden. Parallel dazu müssten die 28 Länder ihre fossilen Energieträger wie Kohle und Schiefergas nutzen."* (Tagesschau.de, 25.4.)

Auch von anderer Seite bekommt es Deutschland mit Forderungen zu tun. Im Streit, wer die Kosten des europäischen Imperialismus zu tragen hat, beantragen verschiedene Nationen in Brüssel eine Kompensation allfälliger ökonomischer Schäden:

> *„Der Ungar Janos Martonyi sprach offenbar für viele, als er nach einem Vieraugengespräch mit dem Deutschen Steinmeiers Einschätzung teilte, bei Sanktionen sei darauf zu achten, dass man sich selbst nicht mehr schade als der Gegenseite. Auch gibt es aus dem Kreis der Osteuropäer, die zum Teil vollständig vom Import russischer Energieträger leben, Nachfragen, ob Berlin sich im Fall von Gegenmaßnahmen des Kremls solidarisch zeigen, also ihnen Teile der deutschen Gasreserven zur Verfügung stellen werde." (FAZ, 15.3.)*

Das lässt sich dann wiederum zur Zurückweisung der Scharfmacher mit ihren galligen Bemerkungen in Richtung Berlin

verwenden. Den Hitzköpfen wird empfohlen, erst einmal nachzurechnen, wer denn in der EU nun wirklich von russischem Gas abhängig ist und wer nicht. (FAZ, 31.3.)

Deutschland verweist demonstrativ auf die Zwiespältigkeit der osteuropäischen Wortmeldungen, mit denen sich das ‚neue Europa' zwar lauthals zu Amerika bekennt, aber postwendend in Brüssel oder gegenüber Deutschland den Anspruch auf Entschädigung anmeldet, weil es die absehbaren ökonomischen Verluste, die mit einer solchen Politik der Scharfmacherei gegen Russland verbunden sind, nicht verträgt. So leicht stellt Deutschland seine entscheidende Wirtschaftsmacht in und über Europa nicht als Selbstbedienungsladen für wirtschaftliche Schwächlinge zur Verfügung. Und schon gleich denkt es nicht daran, den unverschämten Anspruch zu tolerieren, dass neuerdings andere dazu befugt sein wollen, die europäische Linie mit zu definieren.

8. Die Herrichtung der Ukraine für die fällige Auseinandersetzung mit Russland

Mit dem Umsturz in Kiew haben die USA einer Mannschaft zur Macht verholfen, die sich mit ihrem radikal antirussischen Nationalismus für die vorgesehene Funktion als amerikanisches Bollwerk qualifiziert, ansonsten aber nicht viel mehr in die neue Partnerschaft einbringt als ein mit allen Merkmalen eines *failed state* ausgestattetes Gebilde. Dem Widerspruch, dass die neue Herrschaft nicht nur einen Staatsbankrott zu verwalten hat, sondern dass ihr auch die wesentliche Eigenschaft eines Souveräns, die Verfügung über ein landesweites Gewaltmonopol abgeht und ihre ökonomischen, politischen und militärischen Mittel nicht annähernd dazu hinreichen, so etwas wie Stabilität im Land herzustellen, tragen die USA Rechnung, indem sie sich als Subjekt aller wesentlichen Entscheidungen direkt im ukrainischen Machtapparat installieren. Die innere Verfassung der Ukraine kann und darf schließlich kein Hindernis dafür sein, Russland mit seinen Einflussmitteln aus diesem Raum zu verdrängen.

Die Zuständigkeit für die ukrainische Schuldenlage wird dem IWF übergeben, der ab sofort die auswärtige Zahlungsfähigkeit der Nation verwaltet und die Haushaltsentscheidungen diktiert. Ein Heer von amerikanischen Beratern sitzt in den Ministerien in Kiew, damit der wilde Nationalistenhaufen an der Macht nichts falsch macht – man hat ja 2004 schon einmal erlebt, wie der Notstand der Ukraine russischer Einflussnahme doch wieder eine Chance eröffnet. Amerika schickt technische Experten aller Art, die von der Sicherheitslage über das Geld, den Staatshaushalt und das Energiewesen über das ukrainische Rechtswesen bis hin zu den kommenden Wahlen und der dafür nötigen Organisation der Öffentlichkeit alles Nötige in die eigene Hand nehmen. CIA, FBI und US-Militärberater samt privatem Fachpersonal für Sicherheitsfragen, assistiert von der NATO, kümmern sich um die Sorte Stabilität, die das Land braucht. Es gilt die Obama-Devise no (american) boots on the ground, aber das muss ja auch nicht sein, wenn außer Soldaten in offizieller US-Montur und schwerem Gerät so ziemlich alles geliefert wird, was nötig ist, um die Herrschaft über den immerhin flächenmäßig größten Staat in Europa mit 45,5 Millionen Bevölkerung durchzufechten.

Was die USA, mit der EU an der Seite, da in Auftrag geben und mit Geld und noch viel mehr Gewalt hinorganisieren, ist eine weltpolitische Innovation aus dem Lager der Freiheit: Zerstörtes Gewaltmonopol versucht abtrünnige Volksmassen mit Bürgerkrieg unter seine Hoheit zu zwingen – ein Staatsmodell für ein Zusammenleben der Völker in der Ukraine, wie es schöner nicht sein könnte. Insgesamt eine herausfordernde Kombination von Aufgaben für die neue Regierung, das Verelendungsprogramm gegen die Bevölkerung durchzusetzen, gleichzeitig den auf die richtige auswärtige Adresse gerichteten nationalen Geist in Schwung zu halten, die widerstrebenden Teile der Bevölkerung samt Oligarchen unter Kontrolle zu bringen und all das auch noch mit einer Wahl zu krönen, die aller Welt beweist, wohin die Ukraine gehört. Es ist auch der erste Fall, in dem die von Amerika und Europa mittlerweile schon gewohnheitsmäßig praktizierte Methode, missliebige Herrschaften durch das Anfachen von Aufständen zu destruieren, dazu führt, dass sich die Initiatoren solcher

Revolutionen mit dem Problem herumschlagen müssen, wie man in dem zerstörten Staatswesen, das so ein Umsturz hinterlässt, wieder eine funktionierende Herrschaft hinbekommt. Schließlich hat man mit der Ukraine einiges vor: Sie soll ja als antirussischer Frontstaat taugen.

Westliche Ertüchtigung für einen nicht-existenten Bürgerkrieg

Trotz aller autoritativen Statements aus den westlichen Hauptstädten, was die Rechtmäßigkeit der neuen Machthaber betrifft, lässt sich die Tatsache nicht wegdefinieren, dass sich Teile des Landes in der freien Selbstbestimmung des ukrainischen Volks, die Jazenjuk in Kiew an die Macht gebracht hat, überhaupt nicht aufgehoben sehen. Zumal die neue Regierung alles Nötige dafür getan hat, dem Misstrauen der Fraktionen, die dem bedingungslosen Pro-Euro-Kurs skeptisch bis feindlich gegenüberstehen, weitere Gründe zu liefern, so dass sich der Widerstand radikalisiert.

Seit ihrem Amtsantritt lassen der selbst- bzw. von Amerika ernannte Regierungschef und die Mitstreiter vom rechten Rand keine Zweifel an ihren Absichten, mit ihren Gegnern gründlich aufzuräumen, alle russophilen Neigungen im Land auszurotten. Da gibt es offensichtlich nichts Wichtigeres zu tun, als erst einmal das Sprachengesetz, das die lokale Geltung des Russischen als zweite Amtssprache geregelt hat, abzuschaffen. Erwogen wird des Weiteren das Verbot der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei. Noch bevor das ergangen ist, werden schon mal Wortführer der verkehrten Sache kriminalisiert und eingesperrt. Die selektive Justiz tritt in Aktion, diesmal unter entgegengesetzten Vorzeichen, nachdem ein Mann von der Swoboda-Partei als neuer Generalstaatsanwalt fungiert.[56] Der entscheidet, dass die

[56] Dem Einfallsreichtum, was Janukowitsch alles an Verbrechen zur Last gelegt wird, sind keine Grenzen gesetzt. Der Generalstaatsanwalt leitet ein Strafverfahren ein "wegen illegaler Machtübernahme im Jahr 2010" (nrcu, 7.3.) und der "Gründung einer Terrororganisation." (RIA, 14.4.14) Gleichzeitig werden Verfahren eröffnet gegen "Verfassungsrichter, die 2010 die Verfassung von 2004 für gesetzwidrig erklärten" (a.a.O), sowie

Toten vom Maidan trotz massiver Zweifel sogar der ukrainischen Untersuchungskommission auf das Konto von Janukowitsch und seiner Sicherheitstruppe Berkut gehen, einige von deren Leuten werden angeklagt und die gesamte Truppe wird aufgelöst.[57]

In Sachen Sprachgesetz legen die Aufsichtsmächte postwendend Einspruch ein. Und überhaupt ist die Durchsetzung einer funktionellen politischen Linie auch innerhalb der eigenen Mannschaft fällig: Jazenjuk soll seinen zusammengewürfelten Nationalistenhaufen an der Macht so sortieren, dass keine Eigenmächtigkeiten vorkommen. Da gilt es zu scheiden zwischen dem guten ukrainischen Nationalismus und einem *extremen*, *radikalen*, *ultra-mäßigen* – einem, der auch schon einmal antiamerikanische und EU-feindliche Töne anschlägt. Der neue Chef soll einen *hörigen ukrainischen Nationalismus* durchsetzen, also den auf der rechten Seite auf das Maß einzudampfen, das für die von außen gewollten Funktionen passend ist, und für die Unterordnung der rechtsradikalen Kampfmannschaften unter die Staatsgewalt sorgen. Einer ihrer Führer wird deshalb umgelegt; der Rechte Sektor soll seine Potenzen in die neue Nationalgarde und deren Aufgabenbereich vorwiegend im Osten einbringen.

Im östlichen Teil der Ukraine werden die Signale aus Kiew wahrgenommen, die Protestmethoden hat man sich vom Maidan abgeschaut, und auch die westlichen Auftraggeber kommen nicht ganz umhin, so etwas wie eine wachsende Eigendynamik der Ostukraine (Steinmeier) zur Kenntnis zu nehmen. Die entsandten Beobachter wundern sich zuweilen darüber, dass ganz normale Leute – ältere Herrschaften, Hausfrauen und Teenager –

"gegen die Richter der ehemaligen Ministerpräsidentin Timoschenko wegen ungesetzlicher Entscheidung". (Ukraine-Analysen Nr. 130, 25.3.)

[57] Denjenigen, die den Fehler gemacht haben, sich von den Maidan-Kampfmannschaften anschießen oder krankenhausreif verprügeln zu lassen, verweigern die Sachwalter erhabener westlicher Werte in Kiew die nötige medizinische Behandlung und eine auch nur irgendwie menschenwürdige Ernährung. Ein schöner Fortschritt bei unserem östlichen Nachbarn.

applaudieren, wenn Bewaffnete Gebäude besetzen und Straßensperren einrichten. Bei Meinungsbefragungen erhalten sie ein Sammelsurium von Beschwerden, angefangen vom Jammern über ausbleibende Renten und sonstige Zahlungen, nach dem Muster, *„die Regierung kümmert sich nicht um uns*, *bei uns kommt kein Geld mehr an“*, bis zu Anklagen gegen Oligarchen und sonstige Verbrecher, untermauert mit dem Rechtsstandpunkt der ostukrainischen Industrieregionen, nach dem man dort mit ehrlicher Arbeit das Geld verdient, das in Kiew verschleudert wird. In Erinnerung an die Zeiten unter der Sowjetherrschaft, in der es so etwas wie eine Ordnung und pünktliche Rentenzahlungen gegeben hat, lassen sich schwer enttäuschte Anhänger einer volksfreundlichen Staatsgewalt Forderungen zur Gründung einer Volksrepublik einfallen. Ex-Sowjetbürger mit ihrer historischen Bildung geraten in Entsetzen angesichts der Tatsache, dass in Kiew jetzt Leute ans Ruder gekommen sind, die sich zu Bandera und seinen Heldentaten gegen Polen, Juden und Russen im 2. Weltkrieg bekennen. Und die militanten Vorstöße von Regierungskräften im Osten sorgen dafür, dass der Standpunkt, dass eine Regierung, die auf ihr eigenes Volk schießt, keine legitime Regierung sein kann, weiter um sich greift.

Im Westen besteht man dennoch ungerührt auf der eigenwilligen Wahrnehmung, nach der es keinen Bürgerkrieg in der Ukraine gibt, sondern nur einen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine sowie eine russische Destabilisierung der Ostukraine. Der Aufruhr im Osten wird als Separatismus aus der ukrainischen Volkseinheit herausdefiniert, auch wenn er das gar nicht unbedingt sein will, damit die Schuldfrage entschieden ist: Alle Unzufriedenheit im Osten ist entweder direkt von Russland organisiert oder die Beteiligten sind durch russische Propaganda manipuliert. Die Gegenaufklärung in Gestalt ukrainischer Panzer, Schießereien und verbrannter Pro-Russland-Demonstranten stiftet allerdings so recht auch keinen Frieden.

Der Interimspräsident tritt martialisch, mit der ganzen Würde seines neuen Amtes als US-Statthalter auf, bedient sich gleich der Rhetorik der Supermacht und verkündet einen Antiterrorkampf,

für den ihm erkenntlich nicht der Wille, wohl aber der erforderliche Gewaltapparat fehlt.

Die Sicherheitsorgane, die Armee, die für die innere Sicherheit zuständige Elitetruppe samt Geheimdienst und Polizei haben sich aufgrund der wechselnden Machtverhältnisse unter den verschiedenen Präsidenten selber in verschiedene Lager gespalten; ihre Kampfkraft und ihr Kampfeswille leidet zudem unter schlechter Ausrüstung und Bezahlung sowie vor allem auch darunter, dass die Einsätze auf dem Maidan nachträglich kriminalisiert und die Opfer aus den eigenen Reihen übergangen werden. Die Polizei schaut öfter zu, wenn im Osten öffentliche Gebäude besetzt werden, teils aus Sympathie mit den Besetzern, teils aus Unlust, den Kopf hinzuhalten und damit nur zwischen die Fronten zu geraten. Die Armee erweist sich als nur sehr bedingt einsatzfähig, Truppenteile fragen sich, für wen und warum sie jetzt eigentlich im Osten aufs eigene Volk schießen sollen, einzelne Abteilungen verweigern den Einsatz oder laufen über.[58]

[58] „Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft hat gegen Kommandeure der Spezialeinheit Alfa Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil sich diese beim ‚Anti-Terror-Einsatz' im Osten des Landes geweigert hatten, auf Protestierende zu schießen. Drei Strafverfahren seien eröffnet worden, bestätigte Sergej Paschinski, Chef der Präsidialverwaltung in Kiew, der Nachrichtenagentur Unian. Zuvor hatte Übergangspräsident Alexander Turtschinow mitgeteilt, dass in den Protestregionen Donezk und Lugansk neue Chefs des Geheimdienstes SBU ernannt und die Leitung der Spezialeinheit Alfa ausgewechselt worden seien. Der interimistische Staatschef warf den abgesetzten Chefs ‚Hilflosigkeit' und ‚verbrecherischen Verrat' vor." (RIA, 30.4.)

Auch der Spiegel hat sich kundig gemacht und liefert Informationen über den bedenklichen Zustand der Sicherheitsapparate unseres neuen Partners:

„*Die regulären Polizeikräfte sind... nur begrenzt loyal gegenüber Kiew. Denn die Wut vieler Maidan-Revolutionäre hatte sich auch gegen Polizisten gerichtet, die in der Ukraine nicht ganz zu Unrecht als korrupt verschrien sind. Nach dem Sieg der Revolution wurden Polizisten zum Teil von Freiwilligentrupps bedrängt. Entsprechend begrenzt ist die Loyalität vieler Beamter jetzt gegenüber Kiew. Die Auflösung der Sondereinheit Berkut... erweist sich jetzt als Fehler: Viele der ehemaligen Elite-*

Dass sich die neuen Machthaber auf die regulären Sicherheitsorgane nicht verlassen können und wollen, haben sie auch gleich nach der Machtübernahme mit der Gründung einer Freiwilligen-Miliz, der Nationalgarde, dokumentiert. Die soll idealerweise die Schlägertrupps der Fußball-Ultras und aus dem „Rechten Sektor" integrieren, die mangelnde Einsatzfreude der Armee kompensieren und wird im Schnelldurchgang für ihr patriotisches Handwerk trainiert; der „Rechte Sektor" behält sich vor, auch auf eigene Rechnung in den Kampf zu ziehen. [59]

Polizisten kämpfen nun auf Seiten der Separatisten... Der Geheimdienst SBU verfügt über im Anti-Terror-Kampf geschulte Einheiten, die bekannteste ist die ‚Alfa'-Gruppe. Der SBU ist die Nachfolgeorganisation des sowjetischen KGB und gilt als eng verflochten mit Putins Inlandsgeheimdienst FSB... Die Einheit wird auch nicht bis zum Letzten für die Führung in Kiew kämpfen. Die Regierung hält einige Männer der Truppe nämlich für jene Scharfschützen, die Maidan-Kämpfer niederschossen.

Die Nationalgarde... wurde erst vor wenigen Wochen neu geschaffen, ... rekrutiert sich aus den Kämpfern des Maidan, darunter sind auch militante Nationalisten, die darauf brennen, prorussische Kräfte oder Russlands Soldaten mit der Waffe in der Hand zu bekämpfen... Die Bewaffnung ist schlecht... ‚Ihre Manöver erinnern eher an Exkursionen auf eine Militärbasis als an reale Gefechtsübungen', spottet sogar Dmytro Jarosch, Chef der Nationalisten des Rechten Sektors.

Die Armee: Panzer ohne Sprit... Als die Sowjetunion zusammenbrach, fiel der Ukraine eine der größten Streitmächte der Welt zu, rund 700 000 Soldaten und viel schwere Technik. Die Streitkräfte sind seitdem natürlich geschrumpft (heute ca. 150 000 Mann). Kiew machte 20 Jahre lang gute Geschäfte mit dem Verscherbeln sowjetischer Waffensysteme an Länder in der Dritten Welt. Nur flossen die Einnahmen nie in die dringend nötige Modernisierung der eigenen Armee. Als russische Soldaten im März die Luftwaffenbasis Belbek auf der Krim übernahmen, waren von 25 ukrainischen Kampfflugzeugen gerade einmal vier einsatzfähig." (Spiegel online, 16.4.)

[59] „*Vor dem Hintergrund der andauernden Proteste im Osten des Landes hat der ukrainische Übergangspräsident Alexander Turtschinow die Aufstellung mobiler ‚Verteidigungsbataillone' in jeder Region angeordnet... Turtschinow räumte ein, dass die neuen Einheiten nicht nur aus Berufssoldaten, sondern auch aus ‚Patrioten' bestehen werden. Davor hatte bereits der ukrainische Nationalistenchef und Präsidentschaftskandidat Dmitri Jarosch angekündigt, seine Kämpfer in diese Bataillone zu schicken. Die von Jarosch geleitete Nationalistenbewegung ‚Rechter Sektor' stellt*

Für den Kampf gegen das Janukowitsch-Lager mobilisieren die Machthaber in Kiew zwar auch das Gerechtigkeitsgefühl ihrer Volksmassen, indem sie die hemmungslose Bereicherung der Oligarchen verurteilen; auf der anderen Seite wollen sie aber nicht darauf verzichten, dieselben mit ihren speziellen Machtmitteln zur Durchsetzung ihrer Herrschaft im Osten einzuspannen. Zwei dieser Exemplare werden als Gouverneure im Osten eingesetzt, damit sie eine Gelegenheit bekommen, ihren Reichtum in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Der als Gouverneur in Dnepropetrowsk eingesetzte Kolomojski gründet eine eigene Miliz und setzt für jeden Separatisten, der erwischt wird, ein Kopfgeld als Lohn aus. Der berühmt-berüchtigte Achmetow, laut Spiegel Quasi-Feudalherr in der Region Donbass, operiert mit seinem Kommando über die Arbeiter. Denen hat er schon während des Maidan bei Strafe der Entlassung das Demonstrieren untersagt. Jetzt sieht er, nach Auskunft des Spiegel, durch den prorussischen Aufstand in der Ostukraine seinen Status gefährdet. Der 47-Jährige, dessen Vermögen auf mehr als acht Milliarden Euro geschätzt wird, hat die etwa 300 000 Angestellten seines Metinvest-Konzerns aufgerufen, sich den Separatisten in den Weg zu stellen. (Spiegel online, 16.5.)

Eine doppeldeutige Adresse an die Regierung in Kiew: Mit seiner Dienstleistung für die Befestigung ihrer Macht deutet Achmetow gleichzeitig auf deren Grenzen und pocht auf den Respekt, den die Regierung seiner *Privatmacht* über die Region schuldig ist. Gemeinsam mit dem Oligarchen und Gouverneur von Donezk, Taruta, fordert auch er mehr Föderalisierung, die Regierung soll z.B. in Zukunft auf die Steuergelder ihrer wirtschaftlich potenten Gebiete verzichten und die lieber denen überlassen – ein Angriff auf die Zentralgewalt, der auch nicht weniger fundamental ist als der der pro-russischen Kräfte.

zudem selber ein Sonderbataillon für Einsätze gegen Anhänger einer Föderalisierung in der Ost-Ukraine auf.“ (RIA, 30.4.)

Auch gegen die geht Achmetow aus eigenen Gründen vor und lässt seine Belegschaften als Schutztruppe für sein längst internationalisiertes Geschäft antreten:

> *„Sintschenko, Generaldirektor des zu Metinvest gehörenden Stahlwerks von Mariupol, verwies darauf, dass der Konzern in mehr als hundert Länder exportiere und auf sichere und anerkannte Ausfuhrrouten angewiesen sei. ‚Das ist nicht nur der Unternehmensführung klar, sondern auch den Arbeitern', sagte er. '300 000 Angestellte und ihre Familien – das ist eine große Armee.' Dass alle Metinvest-Angestellten freiwillig mitmachen, steht in Frage: ‚Jeder kann seine eigene Meinung haben, aber nicht auf der Arbeit', sagte Sergej Istratow, Schichtführer im Stahlwerk von Mariupol. ‚Auf der Arbeit musst du tun, was die Fabrik verlangt.'"* (Spiegel online, 16.5.)

Und jetzt werden sie eben zur „Arbeit" auf der Straße abkommandiert. Wie man sieht, greifen die europäischen Werte immer weiter um sich.

Die Erfolge des ausgerufenen „Anti-Terror-Kriegs" sind eher zweischneidig. Die Kiewer Mannschaft massiert die verfügbaren Kräfte, so gut es geht, an der langen Grenze zu Russland, um den Aufstand von jeglicher Art der Unterstützung abzuschneiden. Die sonstigen Militäraktionen beschränken sich – auch im Blick auf die kommenden Wahlen – auf punktuelle Einsätze wie die Einkreisung der Stadt Slawjansk, einer Hochburg der Aufständischen und auf die Rückeroberung von Sendestationen. Wo die Regierung die Lage kontrolliert, nimmt sie exemplarische Verhaftungen vor und verhängt drakonische Strafen.[60] Ihre Ankündigungen

[60] „*Nach offiziellen Angaben, wurden in Charkiw binnen den letzten Tagen insgesamt 180 Organisatoren unsanktionierter separatistischer Massenkundgebungen von Polizisten in Gewahrsam gesetzt, was aktiv zur Senkung von separatistischen Aktivitäten in der Stadt beitrug."* (nrcu, 8.5.14)

„*Der Oberste Rat der Ukraine nahm am heutigen Dienstag mehrheitlich das Gesetz über Verschärfung strafrechtlicher Konsequenzen für Verbrechen gegen die nationale Sicherheit der Ukraine an. Das verabschiedete Gesetz sieht Haftstrafen für*

wechseln zwischen Kampfgebrüll und Angeboten zur Befriedung, man verspricht Straffreiheit, wenn die Waffen abgegeben werden, will über mehr Föderalisierung nachdenken und lässt Appelle an die nationale Einheit vom Stapel, während ihre Schlägertrupps im Osten ihrem Hass auf alles Un-Ukrainische Luft machen.

Da gibt es für die westlichen Auftraggeber, in erster Linie die USA, viel zu tun. Auf dem Gebiet der NATO-Staaten an der Westgrenze der Ukraine werden US-Truppen in Stellung gebracht, die NATO-Mächte fassen eine dauerhafte Stationierung von Truppen ins Auge, eine Reihe größerer Manöver von der Ostsee bis herunter zum Schwarzen Meer demonstriert die Schlagkraft – zur Abschreckung der an der Nord- und Ostgrenze der Ukraine aufmarschierten russischen Kräfte. Das Land selbst wird unterhalb der Schwelle der formalen Aufnahme ins Bündnis in allen Hinsichten militärisch betreut. Die NATO kümmert sich um die Steigerung der Verteidigungsfähigkeit des neuen Partners, plant allein in diesem Jahr acht Militärübungen mit mobilen Trainingseinheiten, macht sich also quasi permanent im Land breit, damit aus der unzuverlässigen Armee regierungstreue und an NATO-Standards ausgerichtete Kampftruppen geformt werden. [61] Die Aufrüstung, die Jazenjuk beantragt hat, nehmen die USA

Verbrechen gegen die nationale Sicherheit der Ukraine von drei Jahren bis sogar lebenslange Haft vor." (RIA, 8.4.)

[61] *„Die Werchowna Rada der Ukraine nahm ein Gesetz über Benutzung ukrainischer Testgelände für ausländische Streitkräfte und einen komplett freien Zugang für ausländische Streitkräfte zu ukrainischen Testgeländen zur Durchführung von Übungen im laufenden Jahr an. Im laufenden Jahr plant man die Durchführung von acht multinationalen Übungen, während derer fast 2.500 ukrainische Soldaten und Offiziere sowie die gleiche Zahl ausländischer Militärs diverse Einsätze simulieren werden. Als Hauptthema gilt die Vorbereitung zur Teilnahme an unterschiedlichen internationalen Friedenseinsätzen und an Rettungseinsätzen sowohl auf dem Festland als auch auf hoher See sowie zum Schutz der Staatsgrenzen."* (nrcu, 1.4.14)

„*Wir, die Außenminister der NATO, sind uns einig in der Verurteilung der illegalen Militärintervention Russlands in die Ukraine und der Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine durch Russland. Wir werden unsere Zusammenarbeit im Rahmen unserer ‚Ausgeprägten Partnerschaft NATO-Ukraine' intensivieren. Heute haben die NATO und Ukraine – wie in der Erklärung*

zur Vermeidung von unliebsamen Eigenmächtigkeiten lieber gleich selbst in die Hand. Nicht – jedenfalls bis auf Weiteres – mit eigenen Truppen, wie es die Kriegshetzer in Kiew gerne hätten, wenn sie die Aggression der Russischen Föderation brandmarken; die Entsendung und Finanzierung von schlagkräftigen kleinen Söldnerheeren privater US-Unternehmen reicht ja vielleicht schon fürs erste, damit die im Verein mit der neugebildeten Nationalgarde und den Kämpfern des Rechten Sektors den Separatismus ganz ohne direkten Zusammenstoß mit den Russen und unabsehbare Risiken für Amerika fertigmachen. [62] US-Kräfte verfügen über das nötige Know-how für alle Arten von Kriegführung – Wie wir in der Ukraine und anderswo sehen, müssen wir uns auf Schattenkonflikte vorbereiten, in denen Nationen irreguläre Truppen einsetzen, einen Cyberterrorismuskrieg führen und nach Wegen

durch die NATO-Ukraine-Kommission dargelegt – vereinbart, unmittelbare und langfristige Maßnahmen umzusetzen, die die Fähigkeit der Ukraine, für die eigene Sicherheit sorgen zu können, stärken sollen." (www.nato.int/cps/en/natolive/news, 1.4.14)

[62] Der Einsatz amerikanischer Spezialkräfte ist ein offenes Geheimnis. Weil er unter der Rubrik „Hilfe" für die ukrainische Regierung verbucht wird, kann von Einmischung keine Rede sein. „*Laut ‚Bild am Sonntag' sind auch westliche Geheimdienste in der Krise aktiv. Der US-Geheimdienst CIA und die US-Bundespolizei FBI beraten demnach die ukrainische Übergangsregierung in Kiew. Die Spezialisten sollten helfen, die Rebellion im Osten des Landes zu beenden und eine funktionsfähige Sicherheitsstruktur aufzubauen, berichtete die Zeitung unter Berufung auf deutsche Sicherheitskreise. Die Agenten seien aber nicht direkt an den Kämpfen beteiligt, sondern nur in Kiew tätig. Die Aufgabe der FBI-Agenten bestehe etwa darin, bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Lande zu helfen.*" (Spiegel online, 4.5.)

„*Laut ‚Bild am Sonntag' werden die ukrainischen Sicherheitskräfte von 400 Academi-Elitesoldaten unterstützt. Sie sollen Einsätze gegen prorussische Rebellen rund um die ostukrainische Stadt Slowjansk geführt haben. Demnach setzte der Bundesnachrichtendienst (BND) die Bundesregierung am 29. April darüber in Kenntnis. Wer die Söldner beauftragt habe, sei noch unklar.*" (Spiegel online, 11.05.2014)

suchen, unseren technologischen Vorsprung zu entkräften. [63] – und liefern das nötige Material. [64] Europa assistiert mit Sondermissionen, bei der OSZE kann man sich offensichtlich Fachpersonal für Spionage bestellen – das dient laut Auskunft aus dem Verteidigungsministerium der Vertrauensbildung.

Vor allem aber muss erst einmal am 25. Mai der richtige Präsident für die Ukraine gewählt werden.

Die Wahlen – eine echte Sternstunde der Demokratie

Im Unterschied zum Referendum auf der Krim und dem in der Ostukraine *erfüllt* diese Wahl *alle Kriterien der Rechtmäßigkeit*, das haben die politischen Instanzen samt ihrer meinungsbildenden Anhänger schon vorher zweifelsfrei und autoritativ ermittelt, weil sie

[63] Chuck Hagel on NATO Expansion and European Security, defense.gov 02.05.14

[64] „*Unterstützung im Bereich der Sicherheit: Zusätzlich zu dem Maßnahmenpaket im Wert von 50 Millionen US-Dollar kündigen wir heute nichtletale militärische Unterstützung im Wert von acht Millionen US-Dollar an, um es den ukrainischen Streitkräften und den Grenzschutzbeamten zu ermöglichen, ihre Kernaufgaben im Bereich der Sicherheit zu erfüllen. Diese zusätzliche Ausstattung beinhaltet:*

– Instrumente für die Kampfmittelräumung sowie Handfunkgeräte für die ukrainischen Streitkräfte.

– Technische Ausrüstung, Kommunikationstechnik, Fahrzeuge und nichtletale Kampfausrüstungen für die ukrainischen Grenzschutzbeamten.

– Diese Unterstützung wird zusätzlich zu den Fertiggerichten im Wert von drei Millionen US-Dollar und den knapp sieben Millionen US-Dollar für Gesundheitsversorgung und soziale Hilfe geleistet, die die Vereinigten Staaten bereits für die Ukraine bereitstellen. Die Vereinigten Staaten werden weitere Hilfegesuche aktiv prüfen, die infolge der Modernisierung der ukrainischen Streitkräfte durch die Regierung und infolge der Bewältigung aufkommender Bedrohungen entstehen.“ (U.S. Crisis Support Package for Ukraine, 21.4. 14, Herausgeber: US-Botschaft Berlin, Abteilung für öffentliche Angelegenheiten; http://blogs.usembassy.gov/amerikadienst)

dafür sorgen. Allein die USA haben schon 2000 Wahl-Beobachter in Bewegung gesetzt und spendieren

> *„11,4 Millionen US–Dollar, um die landesweite, faire Durchführung der Wahlen am 25. Mai zu fördern... Ziel ist es, mit diesen Geldern demokratische Prozesse voranzutreiben – es geht nicht darum, einen bestimmten Kandidaten zu unterstützen oder ein bestimmtes Wahlergebnis herbeizuführen. Mit diesen Mitteln unterstützen wir auch Angebote zur Aufklärung der Wähler über die Wahlen, die transparente Durchführung der Wahlen, eine wirksame Kontrolle des Wahlprozesses, Sicherheit während der Wahlen, Abhilfe bei Verstößen gegen das Wahlrecht und ein vielfältiges, ausgewogenes und sachorientiertes Medienumfeld."*[65]

Die Wahlen haben nach dem Willen der westlichen Veranstalter schließlich die Leistung zu erbringen, ihre Herrschaft über die Ukraine in Gestalt ihrer Marionettenregierung auf ganzer Linie ins Recht zu setzen. Im Unterschied zu der eher langweiligen Funktion in gefestigten Demokratien dient die Befragung des Wählerwillens nicht der Neubestellung von Personal für eine ohnehin feststehende und im Konsens der Parteien verankerte Staatsraison. In diesem Fall hat der Wählerwille die Aufgabe, für die Machtübernahme durch das prowestliche Lager und die Neuausrichtung der ukrainischen Staatsraison als Bestandteil des westlichen Lagers die umfassende *Legitimation* nachzuliefern und die Einheit der Nation in diesem Sinne *herzustellen*. Rückwirkend, damit der Putsch endgültig als Äußerung des ukrainischen Volkswillens sanktioniert wird, wie als Auftrag für die Zukunft: Für das nötige Aufräumen im Osten wird eine wasserdichte demokratische Auftragslage organisiert. In dem Fall kommt die Demokratie aus den Gewehrläufen; daher zirkuliert auch im Westen das Gerücht, dass Wahlen genau das passende Mittel wären, um einen Bürgerkrieg zu befrieden. Hier sollen Wahlen leisten, was sie noch nie und noch nirgendwo auf der Welt geleistet haben: Sie sollen den nationalen Streit, auf welche auswärtigen Mächte sich das

[65] a.a.O.

Land ausrichten soll, entscheiden, die ‚Pro-Russland'-Bestrebungen mundtot machen und so für Stabilität sorgen, also ungefähr den Zustand herbeihebeln, der unterstellt ist, wenn Regierungen ihr Volk befragen. [66]

Nach außen haben diese Wahlen die Funktion, die neue Staatsmacht gegen alle russischen Einsprüche zu legitimieren; allen Unternehmungen von russischer Seite, sich vermittels der prorussischen Mannschaften in der Ostukraine weiterhin im innerukrainischen Machtkampf festzusetzen und so das Recht zu wahren, über die Zukunft der Ukraine mitzubestimmen, den Boden zu entziehen. Was Russland in Bezug auf die Wahl zu tun hat, ist damit klar: Es hat sie gefälligst anzuerkennen und damit die westliche Inbesitznahme der Ukraine ein für alle Mal zu unterschreiben. Für den Fall, dass die russische Führung diese Unterschrift verweigert, die Wahlen schlecht macht und sich unter Berufung auf gravierende Mängel bei ihrer Durchführung weigert, das für sie unschöne, aber legitime Votum des ukrainischen Volkes zu respektieren, ist bestens vorgesorgt.

Nämlich dadurch, dass die Schutzmächte der westlich umgepolten Ukraine alle Defizite dieser absurden Wahl schon im Vorfeld und ganz prinzipiell Russland zur Last legen. Schon im Vorlauf identifiziert man die Lage im Osten als das Produkt russischer Störmanöver mit dem Zweck, die Wahlen zu verhindern, und beschließt vorweg zur Strafe eine neue Ladung Sanktionen. Was auch immer Anlass zu Zweifeln an der demokratischen Güte dieser Volksbefragung geben sollte – mangelnde Wahlbeteiligung, gewaltsame ‚Zwischenfälle', ‚Unregelmäßigkeiten' bei der Auszählung usw. – geht für die Erfinder der Veranstaltung eindeutig auf das Konto der Unruhestifter in Moskau; und ebenso eindeutig ist,

[66] Für das Projekt, sich mitten in einem Bürgerkrieg durch Wahlen ermächtigen zu lassen, ist natürlich gesetzgeberische Flexibilität gefragt. Der Durchbruch in dieser Frage ist irgendeinem US-Berater in Kiew mit dem Einfall gelungen, "*dass die Wahl auch gültig ist, wenn nicht in jedem Wahlkreis eine Abstimmung stattgefunden hat.*" (SZ, 21.5.) Großartig. Da können die einen wählen und die anderen schießen, und am Abend wird zusammengezählt.

dass hier nur weitere harte Maßnahmen zur Schädigung des Kreml weiterhelfen.

Damit präsentieren die demokratischen Aufseher über die neue Ukraine Russland ein feines Szenario: Es ist gefordert, sich konstruktiv an der Ausschaltung seines Einflusses auf den Nachbarstaat zu beteiligen und erhält zugleich die Generalverantwortung dafür, dass das Verfahren, mit dem diese Ausschaltung betrieben wird, absehbarerweise nicht lege artis ausfällt. Gegen diese westliche Übung, für alles, was der Regierung in Kiew nicht gelingt, russische Drahtzieher haftbar zu machen und den Bürgerkrieg in der Ukraine als Destabilisierung durch Russland und Instrument der Sabotage der Wahl zu identifizieren, führt Russland seinen diplomatischen Kampf. Es will sich der Definition als Feind entziehen und bemüht sich demonstrativ darum, eine unmittelbare Beteiligung an den Unruhen zu bestreiten – die entsprechenden amerikanischen Beweise mit Fotos von bärtigen Männern werden auch in der westlichen Öffentlichkeit eher ironisch behandelt, was aber an der grundsätzlichen Schuldzuweisung nichts ändert. Die russische Diplomatie betont dagegen unentwegt, dass nicht Russland, sondern die Aktionen der Kiewer Putschisten für die Unruhen verantwortlich sind, dass Russland mitnichten als *Partei* in den ukrainischen Bürgerkrieg involviert ist, besteht darauf, dass das Problem *in* der Ukraine angesiedelt ist, um sich selber die Berücksichtigung als ebenso zur Regelung befugte Macht zu verschaffen. Es präsentiert sich als völkerrechtlich legitimierte diplomatische Schutzmacht der bedrängten ostukrainischen Bevölkerung, damit der Aufruhr im Osten die NATO-Mächte darüber belehrt, dass es sich aus der Angelegenheit nicht hinausdrängen lässt und dass die NATO-Mächte an der Anerkennung Russlands als gleichermaßen zur Regelung befugte Macht nicht vorbeikommen. In dieser Absicht empfiehlt Putin den Selbstverteidigungskräften im Osten, das Referendum über die Selbstbestimmung der östlichen Provinzen zu vertagen, gibt zu erkennen, dass Russland die Wahlen unter gewissen Bedingungen anerkennen könnte und verlangt im Gegenzug, dass die Machthaber in Kiew ihre Militäraktionen im Osten einstellen und sich auf einen Dialog mit ihren Gegnern einlassen.

Die Selbstverteidigungskräfte im Osten halten sich aber nicht daran und führen ihr Referendum durch. Das wird zwar im Westen einhellig für illegal erklärt, aber die EU will es im Namen der Stabilität, die sie ihrer Neuerwerbung verschaffen möchte, auch nicht einfach übergehen. Zumal sie darin wiederum eine Gelegenheit entdeckt, sich in der für sie typischen Weise in die Lage einzuklinken und sich ein Stück Entscheidungsbefugnis auch über die amerikanische Marionettenregierung zu beschaffen. Die OSZE lanciert einen Runden Tisch unter deutscher Führung und sucht passende Vertreter aus der Ostukraine. Selbst ernannte Repräsentanten kommen nicht in die Tüte, vermitteln will die EU nur unter Parteien, die sie anerkennt, und mit Figuren, die sie selbst ernannt hat. Die ukrainische Regierung hält dagegen überhaupt nichts vom Vermitteln, setzt sich zwar notgedrungen an den Runden Tisch, tut aber alles, was in ihren Kräften steht, um das europäische Unternehmen zu sabotieren. Auf die Rückendeckung durch die USA kann sie sich schließlich verlassen.

Daneben laufen die Vorbereitungen für die rechtmäßigen Wahlen auf Hochtouren, damit das nötige Ergebnis auch mit einer durchschlagenden Prozentzahl zustande kommt. Wie versprochen kümmern sich die USA um das erforderliche „v*ielfältige, ausgewogene und sachorientierte Medienumfeld*". Auf die Organisation der Öffentlichkeit kommt es besonders dann an, wenn man wie in der Ukraine einen wankelmütigen und unzuverlässigen Wählerwillen zu bearbeiten hat. Das einschlägige Fachpersonal wird mit seinem reichen demokratischen Erfahrungsschatz aktiv, was öffentliche und insbesondere Wahlkampagnen betrifft, in denen man politische Gegner per Rufmord ruiniert und das erforderliche giftige Klima erzeugt. Das Medienumfeld bilden die unabhängigen Fernsehsender, die von amerikanischen NGOs in der Ukraine seit längerem finanziert werden und sich schon im letzten Herbst mit dem Aufruf an ihr Publikum bewährt haben, sich möglichst massenhaft auf dem Maidan einzufinden.

Wertvolles Material für die Öffentlichkeitsarbeit liefert die von Amerika in Gang gesetzte internationale Ermittlungsstätigkeit: Auf einer eigens dazu veranstalteten Konferenz in London versichern die USA, Großbritannien und weitere 33 Länder, dass sie

der Ukraine beistehen werden, um milliardenschwere Dollarvermögen, die angeblich während der Amtszeit des früheren Präsidenten Viktor Janukowitsch gestohlen wurden, [67] zurückzuholen. Für die Fragen ukrainischer Wähler, wie es zum Zusammenbruch ihrer früher einmal gewichtigen Nationalökonomie und der grassierenden Armut kommen konnte, gibt es nämlich eine frappierend einfache Antwort: Der Titel Korruption deckt so gut wie alles vom Staatsbankrott der Ukraine ab; die über die Jahre akkumulierten ukrainischen Schulden, samt der Kosten für Tschernobyl, stellen sich als Produkt einer Kleptokratie heraus, in der es einem Herrscher gelungen ist, vermittels seines Privatkonsums, vielleicht auch noch unterstützt von ein paar Oligarchen, auf jeden Fall durch russische Hintermänner seinen ganzen Staat arm zu machen.

Mit der einschlägigen Kampagne werden die früheren Machthaber und ihre Anhänger kriminalisiert, um deren Seilschaften als Machtfaktor aus dem politischen Leben zu entfernen. [68] Unter

[67] Wall Street Journal, 29.4.14

[68] Laut dem ukrainischen Generalstaatsanwalt „*haben Viktor Janukowitsch und Personen aus seiner nächsten Umgebung mindestens 32 Milliarden US-Dollar nach Russland geschafft, wie die Webseite der Hauptanklagebehörde am Dienstag mitteilt.*" (RIA, 29.4.) Die britische Innenministerin und der US-Justizminister wollen sich bei der Summe noch nicht so genau festlegen, „*aber Mr. Holder sagte, es könne mit Sicherheit gesagt werden, dass ‚wir über Milliarden von amerikanischen Dollars reden. Das zeigt die Größe des Problems... Und wenn man an die Probleme denkt, mit denen die Ukraine zu kämpfen hat, kann die Rückführung dieser Geldbeträge viel zur Lösung der Probleme beitragen, mit denen das ukrainische Volk gegenwärtig konfrontiert ist.*" (Wall Street Journal, 29.4.)

Die ukrainische Regierung bemüht sich ihrerseits um Wahlhilfen, indem sie die zur Verfügung stehenden Alternativen beschränkt und unerwünschtes Personal aus dem Osten abräumt:

„*Oleg Zarjow muss wegen Aufrufen zu Separatismus mit Strafverfahren rechnen. Generalstaatsanwalt Machnizkyj zufolge, werde die Strafverfolgungsbehörde auch auf Entzug des Abgeordnetenmandates von Zarjow bestehen, das ihm eine völlige strafrechtliche Immunität verleiht. Er könnte somit auch den Status des*

Assistenz des FBI entdecken ukrainische Beamte Goldklumpen, Saunaanlagen und sonstige Möbel in Ministerien und speisen ihre Erkenntnisse samt eindrucksvollen Bildern in die Öffentlichkeit ein. FBI und CIA befassen sich des Weiteren mit allen Verbindungen und Geldströmen, anhand derer russische Geschäftsinteressen in der Ukraine dingfest gemacht und damit auch schon als Diebstahl am Reichtum der Ukraine identifiziert werden können. Im Prinzip weiß man, wo die Gelder gelandet sind; Österreich und die Schweiz haben in vorauseilendem Gehorsam schon Konten der abgesägten Führungsspitze und ihrer Entourage beschlagnahmt, jetzt wird Russland zwar zu der Konferenz nicht eingeladen, wohl aber freundlich dazu aufgefordert zuzugeben, dass in seinem Land auswärtige Korruption einen sicheren Hafen hat. [69]

Der laufende Wahlkampf wird auf diese Weise von der freiheitlichen Propagandamaschinerie mit der nötigen Munition versorgt. Die Machthaber in Kiew bestellen sich von der kommenden Volksbefragung schließlich die Ermächtigung ihres militanten Nationalismus und rücken die Wahl in den Rang einer *Schicksalsfrage* der Nation: Angesichts der existentiellen Bedrohung durch innere und äußere *Feinde* hat sich das Volk geschlossen hinter seiner Führung zu versammeln und alle schnöden materiellen Sorgen zu vergessen. Nicht zuletzt auch die unschönen Begleiterscheinungen der neuen Herrschaft im Dienst der westlichen Reformen wie steigende Gaspreise, sinkende Renten und Löhne, massenhafte Entlassungen und eine abschiffende Währung.

Präsidentschaftsbewerbers verlieren, führte der Chef der Generalstaatsanwaltschaft aus.“ (nrcu, 16.4.14)

„*Oleg Zarjow, Chef der Bewegung ‚Süd-Ost‘, ist aus dem Präsidentenrennen in der Ukraine ausgestiegen. Zarjow zufolge hatten die Machthaber in Kiew ihm eine Teilnahme an Fernsehdebatten mit anderen Präsidentenkandidaten verweigert. Bei seinen Wahlreisen durch das Land wurde der Kandidat mehrmals angegriffen, mit Eiern beworfen und brutal niedergeschlagen.*“

[69] Wall Street Journal, 29.4.

Wie viel Wirtschaft braucht die Ukraine?

Neben all diesen Fortschritten der Freiheit gibt es schließlich auch noch ein Wirtschaftsleben in der Ukraine. Das zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es schrumpft. Die EBWE (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) rechnet mit 7 % in diesem Jahr, begleitet von einer rasanten Teuerung dank der IWF-kontrollierten Reformen. Nicht nur deshalb unterbleiben Zahlungen an allen möglichen Stellen; das Bankwesen selbst bekommt die Wirkungen der Reform zu spüren. Nachdem der Kurs der nationalen Währung auf Geheiß des IWF den freien Marktkräften überantwortet und sehr beweglich geworden ist, stören zahlreiche Kontobesitzer das Bankgeschäft und verlangen die Herausgabe von Devisen. Gleichzeitig müssen sich auch die Geldinstitute dem politischen Verdacht auf Korruption stellen, und einige von ihnen, denen man Geldwäsche unter dem Janukowitsch-Regime zur Last legt, bekommen Besuch vom Sicherheitsdienst der Ukraine. [70] Die wichtigste ukrainische Bank schließt angesichts der Sicherheitslage alle Filialen im Osten, [71] und auswärtige Banken treten den Rückzug an.

Das Ganze ist aber trotz der Einbrüche im nationalen Wirtschaftsleben garantiert auf dem richtigen Weg, nämlich unter

[70] *„Eines der Finanzinstitute hatte z.B. Verbindungen zum Ex-Innenminister Vitali Sachartschenko, nach dem jetzt außerdem gefahndet wird. Allein durch diese einzige Bank wurden über 17 Mio. UAH (über 1 Mio. EUR umgerechnet) an Haushaltsgeldern entwendet."(nrcu, 25.3.) "Die Nationalbank der Ukraine deckte im Zuge einer umfassenden Prüfkampagne bei den 12 Geldhäusern Geldwäsche bzw. Finanzverbrechen im Gesamtbetrag von 142 Mrd. UAH (ca. 10 Mrd. EUR umgerechnet) auf."* (nrcu, 26.3.)

[71] Das Wirtschaftsleben in der Ostukraine stellt sich ohnehin angesichts des „Anti-Terror-Kriegs" um, nach der Unterbrechung des Grenzverkehrs mit Russland bleiben Lieferungen aus. Nachdem sich Überfälle auf Überlandstraßen, Raub bzw. ‚Beschlagnahme' von Autos und gelegentliche Plünderungen mehren, sehen sich auch ehrbare Geschäftsleute zur Gründung von „Selbstverteidigungseinheiten" berufen, die ihr Eigentum "*vor möglichen Einbrechern und Terroristen schützen sollen.*" (nrcu, 8.5.14)

Kontrolle des IWF. Der entlastet die neue Regierung von der gröbsten Not, sich mit ihrer Zahlungsunfähigkeit zu befassen, und übernimmt die Abwicklung der fälligen internationalen Verpflichtungen, damit eine offizielle Insolvenz mit möglichen unerfreulichen Weiterungen im westlichen Kreditüberbau verhindert wird. Auch im Inneren wird die Regierung von einem Stück autonomer Handlungsfähigkeit befreit, indem der IWF die Kontrolle regierungsamtlicher Finanzströme übernimmt [72] sowie die Durchsetzung der überfälligen „Reformen" im ukrainischen Haushalt betreut: Zehn Prozent aller Staatsangestellten und 50 Prozent vom Personal der Präsidentenverwaltung werden entlassen, die Gaspreise für Privathaushalte werden erhöht und Sonderrenten gekürzt, die Währung wird dem freien Fall auf den Finanzmärkten anheimgestellt, so dass die Kosten der weit verbreiteten Verschuldung in Fremdwährung explodieren. Bei seinem Durchgreifen beruft sich der IWF auf seine schlechten Erfahrungen mit allen vorherigen ukrainischen Regierungen: Ein zukunftsfähiger, von russischen Abhängigkeiten unabhängiger Staatshaushalt für die Ukraine verträgt einfach keine nationalen Berechnungen.

Auch Amerika spendiert Kredit, nämlich eine Kreditbürgschaft in Höhe von einer Milliarde US-Dollar, damit die Ukraine ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann, und um bedürftige Bürger vor den Auswirkungen wirtschaftlicher Anpassungsmaßnahmen zu schützen. Sogar an die Leute, die man radikal verarmt, wird also gedacht, was man denen gar nicht oft genug sagen kann. Außerdem werden technische Experten vom US-Finanzministerium die ukrainische Regierung vor Ort dabei unterstützen, die Kredite effektiv zu verteilen... drei Bankenexperten... Experten für öffentliches Schuldenmanagement... makroökonomische Berater... zusätzliche technische Hilfe in den Bereichen Haushalts-

[72] *„Der Internationale Währungsfonds (IWF) plant eine genaue Auseinandersetzung mit Monats- und Quartalberichten ukrainischer Behörden, und zwar Steuer- und Zollämter, teilt die IWF-Internetseite mit. Ein besonderes Augenmerk plant man auf die Mehrwertsteuer-Rückerstattungen für Exporteure zu richten, wird in dem Pressebericht des Fonds hervorgehoben. Auf solche Weise will man Korruption und Untreue in Staatsfinanzen der Ukraine effizienter bekämpfen."* (nrcu, 6.5.14)

und Steuerverwaltung...[73] Die nötigen Investitionen in die Zukunft tätigen die amerikanischen Experten gleich an der Regierung vorbei.[74]

US-Fachleute betreuen auch die ukrainische Energiesicherheit... Ein amerikanisches Expertenteam aus Vertretern mehrerer US-Behörden soll helfen, eine Schubumkehr zu realisieren, damit die Ukraine mit Erdgas aus europäischen Nachbarstaaten versorgt werden kann. Amerika schickt technische Experten für konventionelle Erdgasförderung… die Erschließung von Schiefergasquellen… Energieeffizienz etc.[75] Zu den überfälligen Reformen zählt auch die Privatisierung der defizitären Staatsbetriebe. Diverse US-Konzerne stehen schon auf der Matte, um dem Energiesektor der Ukraine mit einer vernünftigen Kosten-Ertrags-Struktur aufzuhelfen, die Belegschaften zu verschlanken und die Bevölkerung mit marktwirtschaftlichen Preisen vertraut zu machen, falls ihnen die Zustände im Land ausreichend stabil erscheinen. Dass im Rahmen dieser Wirtschaftshilfe der Sohn von Vizepräsident Biden samt einem Freund des Sohns von Außenminister Kerry Beraterfunktionen in einem ukrainischen Energiekonzern übernimmt, ist rein zufällig und nicht im geringsten mit der Rolle der Söhne von Janukowitsch und Konsorten zu vergleichen. Auch die Europabank EBWE fordert von der Regierung, zügig die Privatisierung von Unternehmen in staatlicher Hand anzugehen und macht sich anheischig, als Eigentümer in ukrainischen Unternehmen eine vernünftige Führung durchzusetzen[76] – Hauptsache, die

[73] U.S. Crisis Support Package for Ukraine, 21.4.

[74] *" ‚Die US-Botschaft in Kiew hat Kraftstoffpumpen, Drahtsperren, Akkumulatoren, Ersatzteile für Kraftfahrzeuge, Feldstecher und Verbindungsmittel gekauft und an ukrainische Grenzer übergeben, damit sie all das für die Beobachtung und die Grenzsicherung nutzen können', sagte Pentagon-Sprecher Steven Warren."* (RIA, 7.5.)

[75] FACT SHEET: U.S. Crisis Support Package for Ukraine, 21.4., Herausgeber: US-Botschaft Berlin, Abteilung für öffentliche Angelegenheiten; http://blogs.usembassy.gov/amerikadienst

[76] FAZ, 16.5.

Unternehmen sind in westlicher Hand, die auch nicht besonders private Natur des Eigentümers tut dann nichts weiter zur Sache.

Vorerst ist die wirtschaftliche Lebensgrundlage der freien Ukraine aber noch viel zu wenig von Russland abgenabelt, so dass der IWF sich auch mit der heiklen Frage der Bezahlung für das russische Gas befassen muss. Die Belieferung von Europa soll dann doch nicht unmittelbar vom antirussischen Furor der neuen Machthaber in Frage gestellt werden. Ebenso wenig möchte man das ukrainische Verfahren, immer dann, wenn man den Handelspartner nicht leiden kann, die Zahlung der Ware zu verweigern, zum Präzedenzfall für den internationalen Handelsverkehr erheben. [77] In diesem Sinne schaltet sich auch die EU-Kommission ein und bestellt Russland und die Ukraine zu trilateralen Verhandlungen über die Beilegung der Schuldenkrise der Ukraine in Bezug auf russisches Gas. EU-Energiekommissar Günther Oettinger gesteht Russland immerhin ein überhauptiges Recht auf Zahlung zu, es sei unstrittig, dass die Ukraine im Februar, März und April Gas bezogen, aber nicht bezahlt habe. (FAZ, 3.5.) Wie hoch der Preis und demgemäß die aufgelaufenen Schulden allerdings anzusetzen sind, ist damit alles andere als entschieden.

Russland macht auch in dieser Frage handfest darauf aufmerksam, dass es Mittel in der Hand hat, sich aus dem Streit um die Ukraine nicht einfach ausmischen zu lassen. Als erstes berechnet die russische Führung nach allen Regeln der Kunst einen neuen Preis, da ja nach dem Anschluss der Krim logischerweise der Rabatt auf den Gaspreis entfällt, mit dem die Gebühren für den russischen Flottenstützpunkt beglichen wurden. Im Weiteren macht Gazprom die entsprechenden Klauseln geltend, nach denen die Ukraine durch ihre Nichtzahlung überhaupt den alten Vertrag

[77] *„Das Fonds-Programm soll finanziell sicherstellen, dass die Ukraine neben Rückständen von 2,2 Milliarden Dollar ihre künftigen Zahlungen an Russland begleichen kann. Der Fonds dringt dabei auf eine schnelle Einigung zwischen Russland und der Ukraine über den Preis für Gaslieferungen. Russland verlangt einen Preis von 485 Dollar je 1000 Kubikmeter Gas. Das IWF-Programm basiert auf der Annahme eines mittleren Preises zwischen den ukrainischen und russischen Vorstellungen."* (FAZ, 30.4.)

samt Vorzugspreis gegenstandslos gemacht hat, und besteht auf Vorkasse, so lange wie die alten Schulden nicht beglichen sind, andernfalls droht man für den kommenden Juni mit einem Lieferstopp. Die ukrainische Regierung will vor ein internationales Schiedsgericht ziehen, [78] zahlt jedenfalls vorerst nicht, sondern setzt auch da auf die Internationalisierung ihres Wirtschaftskriegs, d.h. auf ihre auswärtigen Schutzmächte. Die Gasversorgung Europas hängt also inzwischen von ziemlich politischen Formen der Preisbildung ab.

*

Das europäisch-russische Gasgeschäft, das zwar immer schon von Seiten der westlichen Staaten *auch* unter dem Gesichtspunkt der Energie*sicherheit*, also in seiner Bedeutung für ihren freien Machtgebrauch beurteilt worden ist, gerät im Konflikt um die Ukraine zunehmend zur *puren* Machtfrage, ebenso wie die Handhabung der ehernen Pflicht, Schulden zu begleichen, die die ukrainische Regierung in der Berechnung auf den Rückhalt der USA sehr freihändig interpretiert.

Dafür, dass solche Sitten im Umgang mit der Geschäftsordnung des weltweiten Kapitalismus einreißen, sind allerdings zuallererst die USA selber, die Protagonisten dieser Geschäftsordnung verantwortlich. Sie selbst greifen mit ihrer Sanktionspolitik in viel grundsätzlicherer Weise das an, was das Schutzgut der weltweiten Rechtsordnung ist, indem sie Eigentumstitel, Finanzmärkte, Währungen, die dem freien Verkehr und nicht eigenmächtigem politischem Missbrauch unterliegen sollen, zum politischen

[78] *„Vor dem Stockholmer Arbitragegericht werden die Bedingungen des Vertrages überprüft und, wie wir hoffen, auch die unbegründeten Preise revidiert, die Gazprom seit dem Jahr 2010 von der ukrainischen Seite verlangt hat. Dementsprechend soll sich auch die Schuldhöhe verändern', so Prodan."* (RIA, 2.5.)

„*Die Ukraine hat das im April bezogene russische Gas nach Angaben des Monopolisten Gazprom nicht bezahlt. Somit seien die Schulden des ukrainischen Versorgers Naftogaz gegenüber Gazprom auf 3,508 Milliarden US-Dollar gewachsen, teilte Gazprom-Sprecher Sergej Kuprijanow am Mittwoch mit."* (RIA, 7.5.)

Erpressungshebel, zum Instrument machen, um Russland zu schädigen. Sie setzen sich ausdrücklich über den Widerspruch hinweg, dass das Russlandgeschäft eine der wesentlichen Quellen auch des europäischen Erfolgs ist. Im Namen ihrer neuen weltordnerischen Aufgabe, Russland zu erledigen, setzen sie ja nicht nur eine *Enteignung* des russischen Staats und seiner Konzerne auf die Tagesordnung, sondern zugleich die der europäischen Firmen und Staatshaushalte. Und mit der Bekanntgabe, dass sie sich beliebige weitere Sanktionen vorbehalten, versehen sie den gesamten Geschäftsverkehr mit dem zum Pariastaat deklarierten Russland mit negativen Vorzeichen und konfrontieren die darin engagierte Geschäftswelt sowie die anderen Staaten damit, dass deren Mittel den strategischen Entscheidungen der USA unterliegen.

Die USA destruieren damit nicht nur die Materie des Geschäfts – im Übrigen auch ein substantieller Beitrag zur Krise –, sondern untergraben gleichzeitig die *Geltung* der *Regeln*, denen sie den Weltmarkt unterstellt haben und auf deren Grundlage der Geschäftsverkehr überhaupt so eminent *global* geworden ist. Diese imperialistische Errungenschaft, der freie Weltmarkt, in den sich mittlerweile auch Russen und Chinesen eingeordnet haben, wird gezielt an bestimmten Störfällen, wie es die USA seit Bush schon öfter durchexerziert haben, außer Kraft gesetzt. Das Verfahren kommt nunmehr gegen die Ex-Weltmacht Russland zum Einsatz, in deren Ein- und Unterordnung immerhin der große Erfolg nach dem Kalten Krieg bestanden hat. Aus dieser Ordnung wird die Großmacht Russland jetzt *ausgegrenzt* und der Weltmarkt ganz anders beansprucht, nämlich als Instrument der *Schädigung*, also vom Standpunkt des Geschäfts aus, als *Brachlegung* von Kapital. Damit wird die in der bisherigen Weltmarktordnung verfügte Trennung der im Prinzip freien ökonomischen Konkurrenz von nationalstaatlichen Machtauseinandersetzungen durch die Macht der USA, den obersten Hüter dieser Ordnung, außer Kraft gesetzt. Im Kampf gegen den Störfall Russland gilt das Institut des freien Eigentums nicht länger als uneingeschränktes Prinzip, Vermögen ist da nicht mehr als Schutzgut der internationalen Rechtsordnung unantastbar, sondern wird angegriffen wegen seiner *Nationalität*. Indem die Sanktionspolitik Konten sperrt, russisches Eigentum

konfisziert sowie Kapitalbewegungen auf westlichen Finanzplätzen kriminalisiert, stellt sie das Grundprinzip des Weltmarkts, die universelle Verwendbarkeit des Geldes in Frage. Die USA untergraben selber, wegen der Verteidigung ihrer Weltordnung gegen den Störfall Russland, die jetzt nach ihrer Auffassung einfach fällig ist, die Weltmarktordnung, indem sie sie ihrem nationalen Kampfprogramm unterstellen und *renationalisieren*. Sie fordern damit umgekehrt nicht nur Russland, sondern auch die anderen betroffenen Staaten dazu heraus, sich mit der Frage zu befassen, ob wiederum die eigene *nationale Macht* nicht ganz anders gefragt ist, um ihre ökonomischen Machtmittel zu schützen.

2015

Westlich-russischer Stellvertreterkrieg in der Ukraine

Herausforderung und Haltbarkeitstest für das NATO-Kriegsbündnis[79]

Die Allianz erlebt, heißt es, ein „revival", einen „wake-up call" durch den Krieg in der Ukraine, der alle „Illusionen vom ewigen Frieden in Europa" hat platzen lassen. Für manche ist dieser Krieg der Vorbote eines möglichen neuen, für andere gar schon der Beginn der Neuauflage des „Kalten Krieges"; und der war ja bekanntlich die nie wieder erreichte, fast vier Jahrzehnte währende Blütezeit des Nordatlantikpakts. Gleichzeitig sieht sich der Außenminister der NATO-Führungsmacht zu einem bemerkenswerten Dementi genötigt, den Zustand des Bündnisses betreffend: Es gibt hier keine Spaltung, es gibt hier keine Uneinigkeit. Und wenn dann noch die deutsche Kanzlerin bekräftigt, *dass* die Allianz weiter existieren werde – Wovon sie ausgehen können ist, dass in jedem Falle die Allianz zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa weiter da sein wird –, dann teilen die Politiker der westlichen Allianz mit, dass sie die gegenwärtige ‚Lage' ihres Bündnisses durchaus für eine existenzielle Herausforderung mit der Möglichkeit einer ‚endgültigen Spaltung des Westens' halten.

1. Die NATO während des Kalten Krieges: amerikanisch geführtes Weltkriegsbündnis

Was westliche Politiker im Verein mit ihrer Öffentlichkeit als „Gefahr eines Flächenbrandes" bezeichnen, ist ihre Entschlossenheit, Russland in die Schranken zu weisen. Insofern passen die Verweise auf den alten „Kalten Krieg", die Warnungen vor seiner

[79] Gegenstandpunkt 1 - 2005

Neuauflage und die Aufrufe zur Erneuerung der NATO im Geiste der Abschreckung Russlands von einem Überfall auf ihre europäischen Mitglieder: Die Abschreckung eines so potenten Feindes war seinerzeit ohne den Zusammenschluss zur NATO nicht zu haben. Als Russland noch die Sowjetunion war, war die Abschreckung nur durch eben den „Kalten Krieg" zu bewerkstelligen, auf den sich alle aktuellen Vergleiche beziehen.

Die NATO war der politische Zusammenschluss des Alten und des Neuen Kontinents des Kapitalismus. Das Ethos des Nordatlantikpakts bestand darin, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten (Nordatlantikvertrag, Präambel). Mit allen Völkern und Regierungen in Frieden zu leben (ebd.) – das verkündeten die NATO-Mitglieder als ihr erstes Anliegen, und sie ließen sie keinen Zweifel daran, dass in Frieden zu leben für sie nicht bedeutete, einander und erst recht den globalen Rest der Völker dann auch einfach *in Frieden zu lassen*. Ihre der „*Herrschaft des Rechts"* verpflichtete Friedensliebe fiel für die Vertragspartner selbstverständlich mit entschiedenem Antikommunismus zusammen, mit der Feindschaft gegen die Sowjetunion. Diese antisowjetische Stoßrichtung waren die NATO-Mitglieder, die man seither als den ‚Freien Westen' kennt, dem Prinzip ihrer Herrschaft schuldig:

Weil sie kapitalistische Staaten sind, d.h. Herrschaften, die den von ihnen regierten Gesellschaften den Kapitalismus als Lebensmittel vorschreiben, um sie so zur Quelle ihrer Macht herzurichten, beanspruchen sie die Welt als Sphäre der Benutzung für ihre Geschäftemacher und darum als Objekt ihrer globalen politischen Gestaltungshoheit. Diesem doppelten Anspruch hat sich die Sowjetunion widersetzt und sich zur großen Ausnahme von der Regel gemacht, auf der die europäischen und amerikanischen Mutter- und Heimatländer der Freien Marktwirtschaft für die ganze Welt bestanden haben. Die wirklichen politökonomischen „Systemunterschiede" mussten sie dafür nicht ermitteln. Für ihre Diagnose vom „Gegensatz der Systeme" reichte es völlig, dass die Sowjetunion erstens ihre sachlichen und menschlichen Reichtumsquellen dem Weltmarkt, der *profitlichen Benutzung* von Land und Leuten

durch die potenten Kapitale entzog; Kredit – innerhalb des Weltkapitalismus ein einträgliches Geschäft und ein erfreulich wirksames Mittel zur Willensbildung der auf diesen Kredit angewiesenen Staaten im Sinne der politischen Gläubiger – versagte seinen Dienst als Hebel der Einmischung. Ärgerlich stabil war dieser Entzug zweitens durch die wuchtigen Gewaltmittel der Sowjetunion, die im Zuge des Zweiten Weltkrieges zur zweitgrößten Militärmacht der Welt aufgewachsen war. Und zu allem Überfluss und Ärger vermochte es die Sowjetunion drittens, einen Kreis von ‚befreundeten' Staaten, die sich so oder ähnlich wie ihre sozialistische Vormacht der Einen Welt des Imperialismus entzogen, als eigenes Lager zusammenzuschließen. Der „Ostblock", diese systemwidrige Ausnahme, musste eingedämmt und bedrängt werden und gehörte letztlich als Unfall der Geschichte entsorgt.

Das war die Einigkeit der NATO-Staaten; in diesem Sinne war der Antisowjetismus wesentlicher Bestandteil ihrer kapitalistisch-demokratischen Staatsraison. Was das jeweils konkret hieß, war allerdings nicht Gegenstand oder Resultat gemeinsamer Beschlussfassung. Es war den USA als der konkurrenzlosen Führungsmacht vorbehalten, den strategischen Gehalt und das Niveau des Antisowjetismus der NATO praktisch zu definieren.

Die USA verstehen sich schließlich gleich in globalem Maßstab als Schutzmacht ihrer kapitalistischen Staatsraison; sie sorgen weltweit für die Benutzbarkeit aller Kontinente für amerikanisches Kapital in Gestalt einer Ordnung, die sie mit ihrer Macht verbindlich machen. Dass sich die Sowjetunion ökonomisch dem Weltmarkt entzog, weltpolitisch die Kooperation im Rahmen der amerikanisch definierten Weltordnung verweigerte – nicht zuletzt in der für die Verwaltung und Ausgestaltung dieser Ordnung vorgesehenen UNO – und sich militärisch erfolgreich dafür rüstete, das auch durchzustehen: Das war für Amerika ein prinzipieller Angriff auf seine Stellung als Weltführungsmacht. Und *so* betrieb es den ‚Systemgegensatz' dann auch: als Machtkampf gegen den großen Feind Sowjetunion, den es zurückzudrängen, dessen Verweigerungshaltung es zu brechen, den es mitsamt dem von ihm geschaffenen Lager niederzuringen galt. Das war der wirkliche Gehalt der

Abschreckung, die ideologisch jahrzehntelang als Verhinderung der kriegerischen Eroberung des Abendlandes durch den Russen ideologisch auf den Kopf gestellt wurde. Dafür haben sich die USA gewappnet, konventionell in jeder traditionellen sowie jeder im Verlauf von vierzig Jahren neu erfundenen Waffengattung und vor allem im Bereich der ultimativen, nuklearen Vernichtungsmittel aller Größenordnungen und Reichweiten. Das haben sie zugleich zum Programm für den ‚Freien Westen' gemacht sowie für die Frontstellung, an der sie die gesamte Welt geschieden haben. Der westliche Antikommunismus war ein Kriegsprogramm, für das die NATO als Weltkriegsbündnis gegen die Sowjetunion in Stellung zu bringen war. Damit war nicht nur für die USA, sondern für alle NATO-Staaten die Gleichung zwischen kapitalistischer Staatsraison und Bereitschaft zur Konfrontation bis hin zu einem globalen atomaren Schlagabtausch installiert.

Diese von den USA zur NATO-Raison gemachte und von den anderen Mitgliedern des Bündnisses als allen Berechnungen vorausgesetzte Basis ihres ökonomischen und politischen Ausgreifens mitgetragene Weltkriegs-Feindschaft zur Sowjetunion begründete eine fundamentale Angewiesenheit der Bündnismitglieder dies- und jenseits des Atlantiks aufeinander. Für die Europäer galt fortan, dass ihr souveräner Wille zu Marktwirtschaft und Demokratie nur als Unterordnung unter den Anführer Amerika und Einordnung in die von ihm definierte Weltkriegsfront zu praktizieren war. Diese Konfrontationsbereitschaft gegenüber dem sowjetischen Gegner, die ihre militärischen Fähigkeiten um Dimensionen überschritt, bedeutete für die Europäer folgerichtig eine existenzielle Abhängigkeit davon, dass die USA mit ihrer überlegenen Kriegsmaschinerie und vor allem ihrer Atomstreitmacht sie gegen die Sowjetunion *zuverlässig*, also *unbedingt* schützen würden. Und umgekehrt waren die Amerikaner in ihrem rigorosen Willen, die Sowjetunion als Störfall zu beseitigen und sich dabei von keiner militärischen und vor allem atomaren Abwehrbemühung beeindrucken zu lassen, unbedingt darauf angewiesen, dass die Europäer die Rollen auch verlässlich ausfüllten, die sie ihnen als Gegenküste, Vorfeld, Aufmarschbasis, unsinkbarer Flugzeugträger etc. zugeteilt haben.

Dass sich die NATO-Alliierten wegen ihrer totalen und potenziell total zerstörerischen Feindschaft zur Sowjetunion *total vertrauen* mussten, war Grund des Misstrauens, mit dem sie sich zugleich während all der Jahrzehnte ihrer antisowjetischen Kriegskumpanei traktierten. Die europäischen NATO-Staaten verwandelten ihre bewusst in Kauf genommene Rolle als Hauptschlachtfeld offensiv in den Anspruch, Amerika habe für ihre Sicherheit unbedingt zu sorgen, also jeden Angriff auf Europa wie einen Angriff auf sich selbst zu nehmen. Die Europa von Amerika vorbuchstabierte Gleichung von Schutz vor der Sowjetunion und Gefährdung durch den Krieg gegen sie versuchten die europäischen Politiker also umzukehren: Wenn sie sich schon zur vorgeschobenen Front gegen die Sowjetunion machen, dann schuldet ihnen Amerika auch unbedingt die ganze Schutzmacht, die es aufzubieten vermag. Kein Wunder, dass sie immerzu daran zweifelten, dass die USA *diese* Gleichung im Ernstfall als verpflichtendes Prinzip gelten lassen und befolgen würden. Zu deutlich stand ihnen dann doch vor Augen, dass Amerika *mit* ihnen und ihrer Sicherheit, aber nicht *vom Standpunkt* ihrer Sicherheit aus global eskalierte und deeskalierte, disponierte und umdisponierte… Amerika wiederum gründete seine Kriegsplanung darauf, dass die westeuropäischen Staaten in der anstehenden Auseinandersetzung absolut zuverlässig, also ebenfalls *unbedingt* die ihnen zugedachten Aufgaben erfüllten. Auch hier war es kein Wunder, dass die amerikanischen Strategen permanent daran zweifelten, ob sie sich auf ihre westeuropäischen Alliierten tatsächlich verlassen konnten.

Für diese liebliche Dialektik zwischen einer in der gemeinsam betriebenen Konfrontation begründeten existenziellen Abhängigkeit voneinander und den ebenso darin begründeten Zweifeln aneinander, zwischen nötigem Vertrauen in die Nibelungentreue des Weltkriegskumpanen und dazu passendem Misstrauen, entwickelten die transatlantischen Bündnispartner ein ganzes Spektrum von Umgangsformen, Institutionen, diplomatischen Sprachregelungen etc. Vor allem aber war es die militärisch-institutionelle Ausgestaltung der gemeinsamen Kriegsmaschinerie selber – mit ihren multinationalen Verbänden, den integrierten Planungsstäben, den strategischen und taktischen Funktionszuweisungen, den

einheitlichen Kommandostrukturen und politischen Beratungs- und Beschlussgremien, in denen die europäischen Bündnismitglieder jeweils ihre festen Rollen an der Seite der amerikanischen Vormacht innehatten –, welche für die unverbrüchliche Einheit der ansonsten souveränen Alliierten bürgen und damit den Widerspruch einer bedingungslosen Treue unter Imperialisten haltbar machen sollte.

Und über alle Konjunkturen wechselseitiger weltkriegsbereiter Inanspruchnahme hinweg erbrachte die NATO immer auch die Leistung: Sie sorgte dafür, dass die beachtlichen Kriegspotenziale der Beteiligten nicht gegeneinander in Stellung gebracht wurden; damit hat sie die *zivile Konkurrenz* um die Erträge aus der westlichen Ordnung überhaupt entfesselt, die diese Ordnung für die imperialistischen Staaten so lohnend machen.

2. Die NATO nach dem Kalten Krieg: Erfolg und Abstieg

Die immer weiter gehenden strategischen Zugeständnisse und ökonomischen „Öffnungen" der Sowjetunion und ihrer Partner gipfelten schließlich in der offiziellen Selbstaufgabe der östlichen Führungsmacht, der Auflösung ihrer Bündnisse, der Preisgabe ihres Vorfelds sowie den nationalistischen Neugründungen ihrer ehemaligen Satelliten. In eine Sinnkrise stürzte diese Kapitulation des Gegners das westliche Kriegsbündnis nicht. Die während der vier Jahrzehnte des Kalten Krieges gepflegte Mär von der NATO als Schutz- und Trutzbund ihres westlichen Wertevereins, der sich vor einem aggressiven Feind schützen muss, entsorgten die NATO-Staaten sang- und klanglos auf dem Müllhaufen der Ideologiegeschichte und widmeten sich aus dem Stand der neuen Aufgabe, im Osten erst gar kein „Machtvakuum" aufkommen zu lassen. Der Sieg des marktwirtschaftlichen ‚Systems' über den Realen Sozialismus begründete für die westlichen Führer der Marktwirtschaft das natürliche Recht ihres Zugriffs auf die Staaten des Ostens, die sich vom Sozialismus ab- und der Freiheit des Eigentums zugewandt hatten.

Dabei konnten sie auf eine Sache setzen: Was immer sich die östlichen Führer bei ihrer Entscheidung, dass sie als Herrschaften fortan vom Kapitalismus leben wollen, ihre Völker also vom Dienst an den gültigen Interessen dieser Wirtschaftsweise leben müssen, sonst noch ausrechneten – ihnen war so klar wie ihren westlichen Kollegen, dass das namensgebende Lebensmittel des Kapitalismus nur von den großen Nationen des Westens und deren potenten (finanz-)kapitalistischen Subjekten zu bekommen sein würde. Der Wille, sich von kapitalistischen Interessenten entwickeln zu lassen, war damit zwar das zuverlässig auf die westlichen „Partner" ausgerichtete Selbstverständnis der Exsozialisten. Vom Standpunkt der NATO aus war dies jedoch längst nicht ‚Sicherheit' genug. Die kapitalistische Systemwende, gleichbedeutend mit der Herrichtung zum ökonomischen Hinterhof der etablierten Kapitalnationen, wollte die NATO von Anfang an strategisch absichern, gerade mit Blick auf den katastrophenmäßigen Verlauf der ‚Transformation', der kein Wunder war; schließlich war Ausgangspunkt dieser Wende ja ein fundamentales Unwerturteil über alle bestehenden Interessen, gültigen Rechnungen, vorhandenen Mittel. Daher mochte sie sich nicht darauf verlassen, dass die neu definierten oder überhaupt erst neu entstandenen Souveräne im Osten aus allen Entwicklungen und allen Desastern immer die richtigen ‚Schlüsse' ziehen würden. ‚Freischwebende' Souveräne mit autonom verfügbaren Gewaltpotenzen und einem frei kalkulierenden Willen, getrennt von den Oberhoheitsansprüchen des Westens oder womöglich gegen sie, sollten gar nicht erst entstehen. Und erst recht durfte aus den verbliebenen Abhängigkeiten dieser Staaten von Russland kein nachhaltiger russischer Einfluss auf sie entstehen. Die vier Jahrzehnte praktizierte Gleichung von Geltung kapitalistischer Verkehrsformen und Anerkennung der NATO als deren Garant und damit die Unterwerfung unter die NATO-Mächte als Herren des Weltkapitalismus wollte auch und erst recht für die ehemaligen Feindstaaten gültig gemacht werden. Das hat die NATO auf dem Balkan praktiziert: Sie sorgte mit überlegener Gewalt für das Ende der Sozialistischen Republik Jugoslawien und – in schöner Kooperation mit der EU – dafür, dass sich die zu Marktwirtschaft und Demokratie

befreiten, kaputten und ohnmächtigen Kleinstaaten ökonomisch *und* strategisch bedingungslos dem Westen zuordneten. Mit ihrem Bombenkrieg gegen Milosevic verdeutlichte sie brutal, worum es ihr ging: um das Ordnungs- und Gewaltmonopol für ganz Europa.

Dass dieser Monopolanspruch mit seiner entschieden östlichen Stoßrichtung sich quasi auf ein strategisches Niemandsland und auf keinen Fall gegen den russischen Rumpf- und Nachfolgestaat der UdSSR und sein strategisches Vorfeld richtete, weil ja die Sowjetunion weg und alle Völker des Ostens nunmehr frei seien, war das begleitende Ammenmärchen, das die NATO-Politiker selbst jedenfalls nicht glaubten. Davon zeugte schon ganz zu Beginn der neuen Ära die Eile, mit der sie es der NATO zur Aufgabe machten, jede von Russland geräumte strategische Position sofort und unwiderruflich zu besetzen. Nicht zu Unrecht hielten die Strategen des westlichen Bündnisses die Regentschaft eines trinkfreudigen Ex-KPdSU-lers für eine überaus glückliche, darum aber wahrscheinlich umso vergänglichere Fügung der Geschichte, die man solange ausnutzen musste, wie es sie gab. Der war nämlich so wahnsinnig, das sowjetische Ideal „friedlicher Koexistenz" mit dem Westen in das Ideal einer von allen Gegensätzen zwischen den ehemaligen Systemfeinden bereinigten russisch-westlichen Partnerschaft zu überführen und zum praktischen Leitfaden seiner Politik zu machen. Die damit in die Wege geleitete fortschreitende Entmachtung Russlands durch Ausbreitung der NATO nach Osten konnte in der Ära Jelzin jedenfalls ihre ersten großen Fortschritte verbuchen. Speziell für die USA war das überhaupt der alles überragende Gesichtspunkt bei der Betrachtung und Behandlung Russlands: Sie definierten das Land als gigantischen, strategisch noch relevanten Überrest einer Supermacht, den es schrittweise und kontrolliert einzuhegen und zu dezimieren galt. Neben den Angeboten der ökonomischen Kooperation war das zweite Einfallstor der Wille und Anspruch Russlands, als Mitgestaltungsmacht der neuen postsowjetischen Weltordnung behandelt zu werden; die Abhängigkeit von westlichem Kapital zur kapitalistischen Erneuerung seiner grundsätzlich zur exsozialistischen Industriebrache erklärten Ökonomie galt für Russland ja

genauso wie für alle anderen ‚Transformationsstaaten'. Auf diesem Feld hat die NATO mit der Einrichtung des NATO-Russland-Rates die Fiktion institutionalisiert, das alte Kriegsbündnis sei tatsächlich ein politisches Beratungsgremium und der neue Rat die Form, in der Russland als Mitgestalter der weltpolitischen und weltordnungsmäßigen Agenda angesprochen und berücksichtigt würde.

Freilich wurde bei allen Fortschritten, die die NATO diesbezüglich erzielt hat, immer deutlicher, dass die ökonomisch-politische Aneignung Osteuropas mit der auf Russland gerichteten doppelten Zwecksetzung, dieses Land einzudämmen und zu funktionalisieren, weniger ein arbeitsteiliges Unterfangen der beiden „Pfeiler" des atlantischen Bündnisses war als vielmehr ein Neben- und Gegeneinander der NATO-Erweiterung einerseits und der Ausbreitung der Europäischen Union andererseits. Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes haben sich die Mächte des ‚Alten Kontinents' dazu befreit gesehen, eine ganz eigene Friedensdividende einzustreichen und ihr EU-Staatenbündnis durch die Inbesitznahme des europäischen Ostens zu einem immer gewichtigeren strategischen Staatenblock auszubauen, der als autonomes Machtsubjekt um Definition und Ausgestaltung von Weltordnung konkurriert. Diese mit der Osterweiterung betriebene Ausdehnung des genuin europäischen Herrschaftsbereichs unterwanderte nicht nur dem Effekt, sondern dem Zweck nach die NATO sowie die darin institutionalisierte Definitionshoheit der USA in allen strategischen Ordnungsfragen. Immerhin waren ja die gleichen Mächte, die nach wie vor Mitglieder des großen transatlantischen Bündnisses waren, zum Ärger der USA auch dabei, militärische „Doppelstrukturen" aufzubauen. Die zeugten von der Absicht, ein eigenes Instrument zur Durchsetzung europäischer Weltordnungsansprüche neben der NATO zu etablieren, eine einheitliche Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und später die Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) ins Leben zu rufen – und sich so Zug um Zug auch militärisch von der Suprematie der Vereinigten Staaten zu emanzipieren. Dass mehr autonome Schlagkraft bei der Regelung zwischenstaatlicher Gewaltaffären unbedingt nottut, wurde den Chef-Europäern in

Berlin und Paris spätestens beim schon erwähnten Jugoslawienkrieg von 1999 schmerzhaft klar. Dass der eine NATO-Mission wurde, kam für die europäischen Mächte dem Eingeständnis gleich, dass sie zur autonomen Kriegsführung zwecks Ordnungsstiftung auch auf dem als *ihrem* Hinterhof beanspruchten Balkan eben doch nicht in der Lage waren. Mit der imperialistischen Ironie: Was ihrem Versuch einer Parallel- und Konkurrenzveranstaltung zur NATO fehlte, war genau das, worunter sie in der NATO zunehmend litten: nämlich die absolut überlegene, konkurrenzlose Bündnisführungsmacht. Die ist unbedingt vonnöten, um die vielfältigen Berechnungen der lieben Partner auf *ein* Programm zu verpflichten; um einem Haufen imperialistischer Souveräne zwingende Vorgaben für den Einsatz ihrer Gewalt machen zu können und sie so zu einer funktionsfähigen Kriegsallianz zusammenzuschmieden. *Das* führte Amerika den Europäern am Fall Jugoslawien vor – in Form ihrer eben doch unbestreitbaren Angewiesenheit auf den großen atlantischen Partner. Und so sprangen die Amerikaner mit ihrer Militärmacht denn auch den Kriegsanstiftern in Berlin und ihren Mitmachern bei der Zerlegung Jugoslawiens nicht einfach helfend bei, sondern machten den Fall zu *ihrer* Sache, den Bombenterror gegen Milosevic zu ihrem Krieg und die NATO-Partner zu Hilfsdienstleistern bei ihrer Neuordnung des Balkan.

Auch wenn also die transatlantischen Bündnispartner gerade am Anfang der schönen neuen postsowjetischen Zeit von einer Sinnkrise ihrer NATO nichts wissen wollten – mit dem Wegfall des weltkriegsfähigen und -bereiten Gegners im Osten hatte sich ihr Bündnis, so wie es gestrickt und wofür es da war, überlebt. Dass sie alles Mögliche an allen möglichen Orten, von Terror- und Piratenbekämpfung bis zum Cyberwar, mit ihrem Bündnis anzufangen wussten und immer noch wissen, hielt und hält es am Leben – doch zeigt sich mit jeder neuen Aufgabe, die sie für ihren Verein suchen und finden, dass der alte Zweck, den die USA der NATO machtvoll verpasst und dem sich die Bündnispartner unterworfen hatten, sich aufgelöst hat in einzelne Zwecke, die sie sich setzen. Falls sie sich darauf einigen.

Denn eben weil der große Gegner weg und damit der alles vereinnahmende Wille der USA zu dessen kriegerischer Bekämpfung gegenstandslos geworden ist, haben nun alle nationalen Kalkulationen praktisch den Rang eigenständiger Zustimmungs- oder Ablehnungsgründe in Bezug auf die Verwendung des nach wie vor existierenden gemeinsamen Bündnisapparates. „Bündnis" heißt jetzt, dass jedes Bündnismitglied die Freiheit hat, sich zu allen von den Partnern aufs Tapet gebrachten Missionen je nach eigener Interessenlage zu stellen. Von dieser Freiheit machen sie ausgiebig Gebrauch. Das ist ihre Form der Konkurrenz darum, wer die Weltordnung, ihre Störfälle und die Umgangsweisen mit ihnen (mit-)definiert.

In dieser Konkurrenz macht sich die alte Hierarchie in neuer Weise geltend:

Die USA sind mit großem und inzwischen sogar noch größerem Abstand als früher die absolut überlegene Führungsmacht geblieben. Ohne sie gibt es nach wie vor keine ‚Aufgabe' oder ‚Mission' für die NATO und ihren Apparat; und immer, wenn sie beschließen, dass ihre Ordnungsgewalt gefragt ist, dann spielt in der Regel auch die NATO eine – mal zentrale, mal periphere – Rolle. Die Macht, die Funktionalisierung der NATO für US-Anliegen, die sie nicht teilen, zu *verhindern*, haben die anderen Mitglieder jedenfalls nicht. Eine Entscheidung bleibt ihnen aber schon: mitzumachen und so Einfluss auf die Definition von Einsatzziel und -strategie zu bekommen oder abseits zu stehen und dabei zuzuschauen, wie die USA ihre Ordnungsansprüche auch ohne sie, aber doch unter Rückgriff auf das Bündnis durchsetzen. Was sie periodisch zu der Frage treibt, ob das Bündnis überhaupt noch für sie taugt. Genau entgegengesetzt stellt sich für die USA die Sache dar: Dass ihre unwilligen Bündnispartner die Funktionalisierung der NATO im Falle eines Falles nicht *ver*hindern können, heißt in keinem der einschlägigen Fälle, dass sie sie nicht *be*hindern können. Das schürt periodisch den Ärger der USA über ihre Partner und das Bündnis als Ganzes.

Inzwischen betrachtet Amerika diese Koalition samt Institutionen und militärischer Infrastruktur zwar als nurmehr *ein* Werkzeug

in seiner großen globalen Werkzeugkiste, deren wichtigstes Einzel-*‚tool‘* sowieso der große Hammer US-Militär samt Atomstreitmacht ist, und daneben unterhält Washington zahlreiche Bündnisse, *‚special relationships‘* und *‚partnerships‘* etc. Aber gerade deswegen setzt Amerika weiter darauf, dass mit Verweis auf diese Alternativen die Bündnispartner dann doch immer in ausreichendem Maße dazu zu bewegen sind, sich amerikanischen Sicherheitsanliegen nicht zu verweigern oder gar gegen sie zu arbeiten. Die Europäer ihrerseits halten weiter daran fest, dass ihr Imperialismus ohne oder gar gegen ihren Bündnisanführer USA sowieso wenig Chancen hat. Sie versuchen daher, durch wohldosierte Erfüllung von „Bündnisverpflichtungen“, verbunden mit ausdrücklichen, ziemlich verlogenen Verweisen auf ihre Verlässlichkeit und auf die Alternativlosigkeit der transatlantischen Beziehungen auch für die USA, ihren parasitären Status als Mitweltordner zu sichern.

Das ist die gegenwärtige, für ein *real existierendes Kriegs*bündnis eigenartige und darum so fadenscheinige Quintessenz der Existenzberechtigung der heutigen NATO. Offenbar erscheint es den USA immer noch bequemer und ihren europäischen Verbündeten immer noch sicherer, trotz aller auseinander- bzw. gegeneinander laufenden ‚Sicherheitsansprüche‘ und ‚Ordnungsvorstellungen‘ das Bündnis nicht zu kündigen. Was sie damit einstweilen sichern, ohne dass sie sich *das* als Zweck setzen oder überhaupt verfolgen könnten, ist die zivilisierende Leistung, die die NATO in Bezug auf ihre Konkurrenz seit jeher hat: Gegeneinander eröffnen sie keine Gewaltaffären, sondern ‚nur‘ die umso ungehemmtere zivile Konkurrenz um Erträge aus der Weltordnung und um Mitbestimmungsrechte über sie.

Mit seinem ‚Njet!‘ zur Westeinbindung der Ukraine führt Putin jedoch eine entscheidende Änderung der Geschäftsgrundlagen von zweieinhalb Jahrzehnten dieser als Streit ums Bündnis ausgetragenen imperialistischen Weltordnungskonkurrenz herbei.

3. Die Ukraine-Krise: neue Konfrontation zwischen Russland und dem Westen

Putin definiert den Versuch, per EU-Assoziierungsabkommen die Westeinbindung der Ukraine zu vollenden, als endgültig nicht mehr hinnehmbare Verletzung russischer Ansprüche. Die Gründe dafür sind mit Blick auf die russischen Interessen an der Ukraine einerseits und die mit Abschluss des Abkommens nicht nur erwartbaren, sondern bezweckten Konsequenzen andererseits nicht schwer zu erraten – auch wenn man sich in der westlichen Öffentlichkeit „Putins Verhalten" nur durch die Eigenarten seiner Geheimdienstler-Seele im Besonderen bzw. der russischen Volksseele im Allgemeinen erklären können will.

Die vitalen, zu unbedingt zu respektierenden Rechtsansprüchen erklärten Interessen Russlands an seinem westlichen Nachbarland sind erstens ökonomischer Art: Das wirtschaftliche Erbe, das den Zusammenbruch überlebt hat, ist bis heute davon bestimmt, dass die produktiven Grundlagen beider Nationen aus *einem gemeinsamen* Wirtschaftsaufbau herrühren und als dessen Bestandteile funktioniert haben. Die vielfältigen arbeitsteiligen Verflechtungen und Abhängigkeiten – inkl. die brisanten Kooperationsbeziehungen der beiderseitigen Rüstungsindustrie und die gemeinsame Infrastruktur – wurden schließlich durch die neuen nationalstaatlichen Grenzen gar nicht aufgehoben. Die Ukraine stellt für Russland insbesondere ein wichtiges Transitland für den Export seiner flüssigen und gasförmigen Kohlenwasserstoffe dar. Als wichtigsten Wirtschaftspartner im Bereich der GUS hat Russland die Ukraine auch mit allen möglichen Angeboten zum Beitritt zu seiner Eurasischen Wirtschaftsunion zu bewegen versucht. Zweitens verfügt die Ukraine in den ihr von der Sowjetunion geschenkten Grenzen inklusive der Halbinsel Krim, mit denen sie 1991 aus dem sowjetischen Völkergefängnis ausgetreten ist, über eine strategisch beherrschende Stellung in Bezug auf das Schwarze und das Asowsche Meer; der von der Ukraine gepachtete Stationierungsort der Schwarzmeer-Flotte Sewastopol ist für Russland das entscheidende Mittel dafür, das Schwarze Meer als *sein* Südmeer abzusichern. Und schließlich stellt die Ukraine mit ihrer vergleichs-

weise großen Landmasse – sie ist der größte Flächenstaat Europas – einen bedeutsamen Puffer zwischen der russischen Westgrenze und den östlichen NATO-Auslegern dar.

All dies wird durch den Plan der EU-Assoziierung der Ukraine – immerhin das nach EU-Angaben in seiner Tiefe ehrgeizigste Angebot, das die Union jemals abgegeben habe – untergraben. Dieses „Angebot" zielt ja ausdrücklich darauf, den Staat gründlich aus seinen östlichen Beziehungen und Abhängigkeiten herauszubrechen und läuft seinem Gehalt nach auf die vollständige Unterwerfung der Ukraine unter die Interessen und die Vormundschaft der Europäischen Union hinaus. Die weitreichende Harmonisierung von Gesetzen, Normen und Regulierungen in allen ökonomischen Sektoren ist geeignet, die bis dato anders funktionierenden ökonomischen Verbindungen mit Russland zu zerstören – und soll das auch. Mit der Unterwerfung der Ukraine unter alle in Brüssel festgelegten Maßstäbe von good governance – bis hin zur außenpolitischen Einbindung des Assoziationspartners – wird Russland jeder weitere politische Einfluss auf Nachbarschaft und Brudervolk verwehrt. Und weil die Geschichte der Osterweiterung zudem noch lehrt, dass EU-Assoziierung bzw. -Beitritt und NATO-Partnerschaft bzw. -Beitritt – Konkurrenz oder Arbeitsteilung hin oder her – aus russischer Sicht dann doch Hand in Hand gehen, darf sich Putin sicher sein, dass über kurz oder lang der russische Stützpunkt auf der Krim gekündigt und die lange Grenze mit der Ukraine zur NATO-Grenze würde.

Das alles will Putin nicht mehr einfach als Kollateralschaden seiner Appeasement-Politik gegenüber dem Westen hinnehmen. Die Dreistigkeit, mit der im Vorfeld alle diesbezüglichen russischen Einwände unter dem Titel kein russisches Vetorecht gegen die Assoziierungspolitik der EU abgebügelt worden sind, sowie die Gnadenlosigkeit, mit der Janukowitsch zum Abschuss freigegeben worden ist, weil der den Abschluss des Abkommens unter gewisse Bedingungen stellen wollte, zeigen Putin, wie bewusst diese Verletzung russischer Interessen von westlicher Seite betrieben worden ist und wird. Seine Versuche, mit Druck und Angebot die Europa-Assoziierung der Ukraine zu hintertreiben, werden in dem Moment, als die ukrainische Regierung sich auf sie einlässt, durch

einen Putsch gegen diese Regierung zunichte gemacht, von dem man inzwischen, mit ausreichendem zeitlichem Sicherheitsabstand, auch in solide antirussischen deutschen Leitmedien lesen darf, wie der Westen ihn orchestriert hat. Seitdem sitzt in Kiew eine Mannschaft am Ruder, die ihren prowestlichen Antirussland-Kurs zum einzigen und unverhandelbaren Programmpunkt macht und alle Befürchtungen Putins hinsichtlich einer der Assoziierung auf dem Fuße folgenden NATO-Vereinnahmung der Ukraine, die noch kurz vorher von europäischen Politikern als unbegründet zurückgewiesen worden sind, bestätigt. Das ist der Startschuss zum Bürgerkrieg in der Ukraine zwischen eben dieser prowestlichen Mannschaft und ihren Anhängern und den Teilen in der ukrainischen Bevölkerung, die bis heute noch nichts mit einer genuin ukrainischen, un- und antirussischen Volksnatur anzufangen wissen, also die Unterwerfung unter die Politik der Kiewer Regierung verweigern. Putin lässt die Krim besetzen, unterstützt die Aufständischen in der Ostukraine und verlangt vom Westen Mitaufsichts- und Schiedsrichterrechte über das beginnende Gemetzel. Mit diesem Doppelspiel als Ausstatter und Lenker einer Bürgerkriegspartei einerseits und Aufsichtsmacht über den Krieg andererseits, das man ihm im Westen so gern vorwirft, weil er es tatsächlich ungefähr so gut beherrscht wie seine westlichen Amtskollegen, versucht er, die Umwandlung der Ukraine in einen antirussischen NATO-Vorposten zu verhindern. Fertig ist er: der westlich-russische Stellvertreterkrieg in der Ukraine, den die auswärtigen Mächte um die Ukraine führen lassen.

Der weist für beide Seiten über die Ukraine hinaus. Für Russland ist die westliche Aneignung der Ukraine Höhepunkt einer ganzen Reihe gleichgelagerter Fälle, insofern exemplarisch für das Prinzip westlicher Weltpolitik, seine Interessen und Machtansprüche an allen möglichen Stellen zurückzuweisen und zu untergraben. Für den Westen ist die russische Weigerung, sich die Überführung der Ukraine ins westliche Lager gefallen zu lassen, eine eklatante Verletzung seiner Weltordnung. Zwar herrscht gerade zwischen deren westlichen Hauptmächten herzliche Uneinigkeit darüber, was diese Weltordnung ansonsten noch beinhalten mag, aber sie besteht auf jeden Fall im Rechtsanspruch dieser Mächte,

über alle Gewaltfragen auf dem Globus exklusiv und frei zu disponieren, also zu definieren, welche Fälle staatlicher Gewalt legitim oder illegitim sind und was aus den diesbezüglichen Verdikten jeweils zu folgen hat.

Brisant an dieser neuen Konfrontation ist der Umstand, dass sich der Westen hier erstmals seit dem Beginn der postsowjetischen Zeitrechnung in eine direkte Konfrontation mit Russland begibt. Das besitzt zwar bei weitem nicht mehr die Stärke der einstigen Sowjetunion, ist aber nach anderthalb Jahrzehnten Putin-Regiment auch nicht mehr der Trümmerhaufen, in den Jelzin zur Freude westlicher Strategen die russische Militärmacht verwandelt hatte. Putin kann mit modernisierten und teilweise sogar wirklich modernen konventionellen Kriegsmitteln hantieren, mit großen Resten der alten und einer teilweise modernisierten Atomstreitmacht samt Trägermitteln globaler Reichweite winken und dokumentiert mit der schon vor einiger Zeit erneuerten und erst kürzlich noch einmal bestätigten nuklearen Erstschlagsdoktrin die Bereitschaft, diese Machtmittel im Fall des Falles auch einzusetzen. Die russische Führung ist sich auch nicht zu schade, die Kampfansagen der Gegenseite und deren Aufmarsch mit Dauermanövern von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer ihrerseits mit eindeutigen Machtdemonstrationen zu beantworten: Mit Raketentests, zahlreichen Ausflügen ihrer strategischen Atomflugzeugflotte hart an die Grenzen der NATO-Staaten, der Entsendung von Kriegsschiffen an die australische Küste während des G20-Gipfels in Brisbane u.a.m. gibt sie zu verstehen, dass man auch in Moskau zur Durchsetzung seiner weltpolitischen Interessen fähig und willens ist.

4. Revival oder Spaltung der NATO: unvereinbare Feindschaftsansagen an Russland

Zwar herrscht unter den NATO-Mächten angesichts der russischen Opposition gegen die Vereinnahmung der Ukraine grundlegende *Einigkeit*: Diese „Aggression" Russlands können sie nicht zulassen, denn sie ist eine Aggression gegen ihr Recht darauf, über die staatlichen Verhältnisse in der Ukraine wie überhaupt über die

politischen Verhältnisse auf dem Globus zu befinden. Ob und wie viel Kriegsbereitschaft und -engagement dieser angegriffene und beleidigte Weltordnungsanspruch verlangt – das ist innerhalb der NATO freilich umso mehr Gegenstand einer vehementen *Uneinigkeit*, und zwar insbesondere zwischen den USA und denjenigen europäischen Mächten, die sich um die deutsch-französischen Kernmächte Europas scharen.

Die USA definieren einen Ordnungsfall und den fälligen Umgang mit ihm

Für die USA stellt der russische Widerstand gegen das westliche Vorgehen in der Ukraine eine Verletzung ihrer Ordnungsvorstellungen für Osteuropa und damit einen Angriff auf ihre Kompetenz als the world's one and only superpower dar, deren Supermachtsstatus schließlich darin besteht, dass ihre Ordnungsvorstellungen und -ansprüche die vom Rest der Welt zu akzeptierende Weltordnung sind. Wie es sich für die Weltordnungsmacht gehört und wie sie es traditionell praktiziert, erklärt sie Russlands Vorgehen zum Verbrechen, das erstens rückgängig gemacht und zweitens bestraft gehört: „Russia will pay a price!" – und der soll nach dem Willen der USA so beschaffen und so schmerzlich hoch sein, dass von Russland nach seiner Bezahlung das übrig bleibt, was nach amerikanischer Vorstellung sowieso der einzig angemessene Status dieser Nation ist: der einer gut zu kontrollierenden Regionalmacht. Der amerikanische Beschluss lautet daher, den Ukraine-Krieg zu einem riesigen, mehrdimensionalen Schadensfall für Russland zu machen. Amerika erklärt den Krieg in der Ukraine zu Russlands Krieg, legt Russland also auf die Rolle als Partei in diesem Krieg fest und kümmert sich darum, dass Russland dieser Rolle nicht *auskommt* und sie tendenziell nicht *aushält*.

Dafür tun die USA einiges:

Diplomatisch torpedieren sie alle Kompromisse; die Annexion der Krim behandeln sie als Völkerrechtsbruch; das eindeutig prorussisch ausgefallene Referendum der Krim-Bevölkerung für einen Anschluss an die Russische Föderation erkennen sie nicht an. Vor allem verweigern sie Russland die Rolle als Vermittlungsinstanz;

jede Aktion der ukrainischen Separatisten nehmen sie ohne Abstriche als russisches Vorgehen.

Ökonomisch setzen sie Sanktionen in Kraft, die sich zu einem regelrechten Wirtschaftskrieg gegen Russland auswachsen. Ihre Hoheit über den weltweiten Finanzverkehr nutzen sie, um das in den Weltmarkt und dessen Finanz-, Kapital- und Kreditströme vollumfänglich einbezogene und davon abhängige Russland da zu treffen, wo es für eine kapitalistische Nation am meisten wehtut. Nebenbei forcieren sie die Bemühungen, die weitgestreute Abhängigkeit von russischem Öl und Gas zu dezimieren, wie und wo sie es vermögen.

Militärisch elaborieren die USA die von ihnen gepflegte Kunst des „leading from behind" auf neuer Stufenleiter und sorgen dafür, dass auf Seiten ihrer Kiewer Stellvertreter weder Kriegslust noch -mittel versiegen. Über die Fähigkeiten der allenthalben als schlecht ausgerüstet und noch schlechter motiviert beschriebenen ukrainischen Armee machen sich die US-Militärs und -Politiker zwar sicher als letzte etwas vor; schließlich liegen mittlerweile ja auch einigermaßen katastrophale Ergebnisse des Kräftemessens mit den Separatisten vor. Das heißt aber – vorwärts gedacht – nur, dass sich für Amerika jetzt die Aufgabe stellt, seiner ukrainischen Armee die erlittenen Verluste zu ersetzen und die bisher noch fehlenden Fähigkeiten zu verschaffen, für die der Maßstab feststeht: Jeder Tag, den der Krieg weiter andauert, vergrößert den Schaden für Russland; durch Kosten für die militärischen Mittel, die es aufbringt, um die Separatisten zu unterstützen, durch die Zerstörung der zivilen Lebensgrundlagen in dem Gebiet, für das sich Russland verantwortlich erklärt, und durch den ökonomischen Schaden, den der Wirtschaftskrieg weiter anrichtet, der so lange dauert, wie die Ukraine-Krise nicht „gerecht und dauerhaft", also nach Maßgabe der USA „gelöst" ist. Inzwischen diskutiert die amerikanische Politik eher weniger kontrovers über das Für und Wider, die Ukraine offiziell in großem Stil mit Waffen zu beliefern, wobei Sinn und Zweck dieser Maßnahme klar zur Sprache kommen: Russland soll die Bereitschaft der amerikanischen Führung zur Kenntnis nehmen, den Stellvertreterkrieg in der Ukraine offen zu ihrem Krieg zu machen und mit allem, was dafür nötig ist, dafür

zu sorgen, dass die Auseinandersetzung im Donbass auf einer nach oben offenen Eskalationsskala definitiv *untragbar* für die Gegenseite wird. Die USA demonstrieren damit ihre Entschlossenheit, kein Kriegsergebnis unterhalb einer Niederlage Russlands zuzulassen und dem Kreml so den Status aufzuzwingen, den Obama schon seit längerem für ihn im Angebot hat. Als zusätzliche Entscheidungshilfe installiert die NATO in ihren östlichen Mitgliedsstaaten, d.h. im Baltikum, in Polen, Rumänien und Bulgarien eine militärische „Speerspitze", die – was immer sie im Zweifels- bzw. Ernstfall auch ausrichten könnte – Putin zeigt, dass Russland in diesem Konflikt gegen die gesamte NATO steht.

Dafür beansprucht Amerika seine europäischen Verbündeten

Für diese Strategie, Russland im Doppelsinn auf den Ukraine-Krieg festzunageln, ihm diesen Krieg als Dauerlage aufzunötigen und es überhaupt von jeder nicht bestellten Betätigung seiner Interessen abzuschrecken, braucht und beansprucht Amerika den europäischen Teil der NATO:

Diplomatisch sind die EU-Bemühungen genehm, solange sie auf US-Linie liegen: einseitige Schuldzuweisung an Russland, keine Vermittlerrolle für Putin. Wenn der europäische Ordnungsmachtanspruch auf und über die Ukraine aber zu irgendwelchen Verhandlungsergebnissen – wie seinerzeit dem Steinmeier-Abkommen – führt, die nicht passend sind, dann wird solch ein europäischer Vorstoß schlicht ignoriert und torpediert, den Europäern also vorgeführt, dass die Zuständigkeit, die sie reklamieren, nur so viel wert ist, wie sie funktional für die wirkliche Ordnungsmacht ist.

Ökonomisch leben die Wirtschaftssanktionen gegen Russland von den Weltmarktverflechtungen dieses Landes, und die spielen sich zu einem Großteil mit den großen Ökonomien Europas ab. Also dürfen die Europäer ihre gut ausgebauten, für sie nicht nur profitablen, sondern zwischenzeitlich sogar zu „strategisch" erklärten Wirtschaftsbeziehungen mit Russland nun als Waffe im Sinne des von den USA definierten „gemeinsamen" Zwecks einsetzen; die ökonomischen Verluste dürfen nicht zählen, und die teilweise elementare Abhängigkeit von russischen Energieträgern darf nur in

dem Sinne eine Rolle spielen, dass sie so schnell wie möglich überwunden zu werden hat – Amerika mit *seinen* Energieträgern steht einer totalen Umkrempelung der europäischen strategischen Energiepolitik jedenfalls nicht im Wege.

Militärisch sollen die Europäer sich ebenfalls gemäß allen Definitionen und Eskalationsstufen engagieren, zu denen sich Amerika ganz nach eigenem Kalkül hinarbeitet. Die Wirtschaftssanktionen sind nur als Auftakt und Mittel für eine viel weiterreichende Konfrontation gedacht, also auch nur sinnvoll, wenn sie gar nicht erst zeitlich begrenzt werden. Parallel dazu fordern die Amerikaner Europas Führungen dazu auf, den Ukraine-Krieg zum Anlass zu nehmen, nun endlich ihre seit jeher von Washington als zu klein kritisierten Verteidigungshaushalte aufzustocken und für die personelle Ausstattung der neuen superschnellen NATO-Eingreiftruppe in den nun auch offiziell so genannten Frontstaaten zu sorgen. Auf diese Weise wollen die USA die Europäer dazu bringen, die amerikanische Feinddefinition, also das damit zugleich feststehende Ziel der Feindbekämpfung und damit letztlich auch alle in Washington zur Erreichung dieses Zieles für opportun und nötig gehaltenen Mittel als verbindlich anzuerkennen und zur eigenen Sache zu machen. Mit der neu geschnitzten NATO-„Speerspitze", mit der die USA gegenüber Russland die Geschlossenheit des nordatlantischen Bündnisses zwecks Abschreckung demonstrieren, soll diese Geschlossenheit *in* der NATO überhaupt erst wirksam hergestellt werden.

Die NATO hat mithin für ihre Führungsmacht einen neuen Sinn und Zweck: In und mit ihr sollen die Bestandteile ihres „europäischen Pfeilers" auf Linie, also dazu gebracht werden, sich zu der neuen Feindschaft gegen Russland zu bekennen, für die sie zwar eigene Gesichtspunkte haben, die sich aber nicht nach diesen richten soll, sondern nach denen Amerikas; zu einer Feindschaft, die sie selbst nur aushalten, wenn sie sich geschlossen hinter ihrer Führungsmacht und deren „Schutzschirm" versammeln. Es ist kein Wunder, dass Amerikas Politiker viel zu tun haben, diese Versammlung hinzubekommen.

Die europäischen Führungsmächte sehen sich von Amerikas Vorgehen betroffen und beschädigt

Sicher: Auch für die Europäer, und das heißt vor allem für ihre Führungsmächte Deutschland und Frankreich, lautet der erste Grundsatz in der gegenwärtigen Auseinandersetzung, dass die Zurückweisung Russlands unabdingbar ist. Putins Politik ist ja ein Einspruch gegen ihre europäische Großmachtpolitik in Bezug auf den ganzen Osten Europas. Mit ihrem brachialen Vorgehen in der Ukraine haben die Europäer schließlich demonstriert, dass ihr Vorhaben, aus der Ukraine ein bedingt souveränes Anhängsel ihres unbedingt dazu berechtigten Clubs EU zu machen, keinerlei Einspruch duldet – weder seitens des Objekts dieser friedlichen Unterwerfung noch seitens des elementar davon betroffenen Russlands. Von daher kommt die geifernde Hetze der europäischen Politik und ihrer Öffentlichkeit über Russlands Reaktion aus tiefstem großeuropäischem Herzen und hat einer amerikanischen Aufforderung ganz sicher nicht bedurft; und auch auf der Ebene der praktischen Politik finden sich die europäischen Mächte dazu bereit, mit den USA als NATO-Bündnispartner gemeinsame Sache gegen Russland zu machen.

Die Absicht, mit der sie dies tun, nämlich die Behauptung ihres Vormachtanspruchs über den ganzen Kontinent, ist aber mit dem US-Interesse nicht nur nicht identisch, sondern so wenig kompatibel, dass sich die Ausgestaltung der westlichen Antirusslandpolitik zu einem einigermaßen grundsätzlichen Streit zwischen den großen ‚Partnern' dies- und jenseits des Atlantiks und darüber hinaus zu einem Streit innerhalb Europas auswächst. Denn dieser Anspruch sieht sich auch durch den Gehalt und die Methode der Russlandpolitik beschädigt, die Amerika ohne jede Rücksprache mit ihren Verbündeten verfolgt und für das ganze westliche Bündnis zur verpflichtenden Vorgabe zu machen versucht:

Diplomatisch haben sie auf immer neuen, schwierigeren Feldern darum zu kämpfen, ihrem Standpunkt gegenüber den anderen am Konflikt Beteiligten – den USA, Russland, der Ukraine, auch Polen – Geltung zu verschaffen. Dabei tut es ihrer Reputation als ‚Vermittler' – so die verharmlosende Bezeichnung für Mächte, die

sich zur politischen Disposition über den Einsatz der Gewaltmittel in laufenden Konflikten berechtigen – ganz sicher nicht gut, dass die politischen Fraktionen in den USA diesbezüglich inzwischen eine Aufgabenteilung eigener Art betreiben: Die einen verurteilen alle Bemühungen der europäischen Diplomatie schlechthin als Appeasement und Verrat am ukrainischen Volk, bevor entsprechende Verhandlungsrunden überhaupt losgegangen sind; die anderen begrüßen die diplomatischen Vorstöße verhalten, weil und insofern sie dem Russen den nicht verhandelbaren Ordnungsanspruch Amerikas unzweideutig klarmachen, begleiten aus demselben Grund aber auch diese Vorstöße mit unmissverständlichen Bekundungen ihrer Skepsis bezüglich der russischen Vertrauenswürdigkeit und ihrer Bereitschaft, in Sachen Militärhilfe für die Ukraine und Sanktionen gegen Russland, wenn nötig, zu eskalieren.

Ökonomisch wächst sich der von Amerika machtvoll betriebene Kurs gegen Russland für die Euromächte zu einem ziemlich großen Schadensfall aus. Der Bürgerkrieg in der Ukraine zermürbt zwar nicht ihre Anspruchshaltung, die sich auf die ganze Ukraine als exklusiv ihnen gehöriges Staatswesen richtet, trübt aber mit jedem weiteren Tag die Aussicht auf das, was sie dereinst allenfalls in Besitz nehmen dürfen: einen von „Systemtransformation" sowieso schon und darüber hinaus von einem veritablen Bürgerkrieg ruinierten riesigen *failed state* mit einer Bevölkerung, die sich in einander tödlich hassende Teile zerlegt hat. In Bezug auf Russland müssen sie schon jetzt verbuchen, dass die für sie so einträglichen Wirtschaftsbeziehungen nachhaltig beschädigt sind; sie können viele Milliarden Euro Handelsvolumen in den Wind schreiben und was aus ihren Engagements auf dem Kapitalstandort Russland wird, steht in den Sternen.

Militärisch haben sie erst recht allen Grund, die Perspektiven dieses Krieges zu fürchten: Es droht ja nicht eine nur zeitlich unabsehbare Fortsetzung, sondern darüber hinaus mit zunehmender Dauer auch die Gefahr einer qualitativen Eskalation. Dann drohen neben allen absehbaren zivilen Schäden – den Kosten, die sie innerhalb und außerhalb des Rahmens des IWF dafür zu gewärtigen haben, dass der ukrainische Laden nicht endgültig

zusammenbricht – auch noch nicht absehbare militärische Lasten. Die penetranten Ansagen ihrer amerikanischen Amtskollegen lassen jetzt schon wenig Zweifel darüber aufkommen, was die US-Macht auch gar nicht nicht ausschließen will; und die ist dummerweise in der Lage, eine solche Perspektive auch Wirklichkeit werden zu lassen, wenn es ihr passt. Und endgültig katastrophal erscheint Europas Politikern die Eventualität einer Eskalation des Stellvertreterkrieges in der Ukraine bis an die Schwelle zum atomaren Konflikt mit Russland.

Ihre eigentliche Brisanz haben all diese kleineren oder größeren, schon eingetretenen oder bisher nur prognostizierten Katastrophen für die europäischen Vormächte darin, dass sie sich tendenziell zu einer nachhaltigen Beschädigung des Prinzips ihres *zivilen Imperialismus* in und mit Europa summieren. Nicht nur, dass ihre Anstrengungen zunichte gemacht werden, sich die russischen Potenzen vor allem auf dem Energiesektor, aber auch in Weltraum- und Rüstungsfragen, mit dem Ziel zu erschließen, Europa auch dadurch immer ein Stückchen mehr von der amerikanischen Vormacht zu emanzipieren. Die ganze Prämisse dieser Emanzipation wird durch die kriegerische Entwicklung in der Ukraine zerstört. Der Imperialismus Europas hat bisher für sich die früheren Gewaltfragen als erledigt behandelt, und das hat ja durchaus seine Grundlage gehabt: Die ganz große Weltkriegsfrage ist erledigt; zwischen den westlichen Mächten besteht die in der NATO organisierte Einigkeit, gegeneinander Gewaltfragen nicht zu stellen; und in Bezug auf den Rest der Welt steht die amerikanische Supermacht – wenn auch in den Einzelfällen nicht und immer weniger zur Freude ihrer europäischen Partner – mit *ihrer* Gewalt praktisch dafür ein, dass kein Staat der Erde sich den westlichen Ansprüchen auf politische Unterordnung und ökonomische Benutzung entziehen kann. Der für Europa nicht beherrschbare Krieg ‚vor der eigenen Haustür' und erst recht die unkalkulierbaren Perspektiven seiner Ausweitung drohen, dieses Schmarotzertum an der militärischen Supermacht der USA zu beenden. Ihr ganzes schönes europäisches Projekt – seine innere hierarchische Verfassung mit Institutionen quasi suprastaatlicher Souveränität; seine Erweiterung auf Anhängselnationen bedingter Souveränität; seine

‚Machtprojektion' gegenüber dem Rest der Welt – beruht darauf, dass die Resultate einseitig gedeihlicher ökonomischer Benutzung und die daraus begründeten Ansprüche auf politische Unterordnung und Zurichtung souveräner Staaten nicht erst noch mit Gewalt abgesichert bzw. gültig gemacht werden müssen, sondern wie Sachzwänge wirken. Mit der Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung, in die Europa selbst hineingezogen ist, schwindet die Grundlage dieses in alle Richtungen frechen imperialistischen Zivilismus.

Zudem schwindet damit schon jetzt die innereuropäische Folgsamkeit, wird also die Führungsrolle beschädigt, die sich Deutschland und Frankreich mit ihrer ökonomischen und politischen Vormacht in einem befriedeten Europa gesichert haben. In dem Maße, wie die USA dafür sorgen, dass sich das Verhältnis ‚des Westens' zu Russland auf die pure Konfrontation zuspitzt, sehen sich Polen und die baltischen Republiken dazu ermuntert, mit der rhetorischen Frage Wer schützt uns vor Russland? die USA als Schutzmacht anzurufen und sich den Ansprüchen aus Berlin und Paris auf die politische Richtlinienkompetenz für den europäischen Kurs – nicht nur gegenüber Russland – zu entziehen. Auch Großbritannien mit seiner traditionell halbexternen Stellung zu Europa als Staatenblock nutzt die von den USA forcierte ökonomisch-politisch-militärische Kriegsführung gegen Russland dazu, den Konkurrenten in Europa vorzuführen, dass es ihnen in den letzten und damit letztlich entscheidenden Gewaltfragen überlegen, also in diesen Fragen von ihnen unabhängig ist. Putin seinerseits reitet genüsslich auf diesem Leiden herum, zeiht die Europäer der Schwäche und Unglaubwürdigkeit als Partner nicht nur für Russland und versucht auf diese Weise, die sowieso strapazierte Einheit in Europa und in der NATO weiter zu untergraben.

Deutschland und Frankreich, die beanspruchen, die Herren über den ganzen Kontinent zu sein, sind also schon jetzt nicht das Subjekt dieses für alle Parteien fundamentalen Konflikts in Europa, und von allen Perspektiven seiner Fortdauer und Eskalation sind sie erst recht *betroffen*. Sie fürchten darum die Freiheit, die Amerika in dieser Angelegenheit hat und sich praktisch herausnimmt. Daher verfolgt ihre Politik einen zweiten Grundsatz, der

dem ersten, dass Russland in jedem Fall klein beizugeben hat, diametral entgegensteht: Der Konflikt ist keinesfalls militärisch – Es sei denn … über ‚es sei denn' möchte ich nicht sprechen (Merkel) –, sondern unbedingt diplomatisch zu lösen.

Die gefährliche Lage: eine Herausforderung für Europas Imperialisten

Objektiv mag es zwar widersprüchlich sein, Russland bedingungslos in die Schranken weisen zu wollen *und* darauf zu bestehen, dass dies unter allen Bedingungen nicht militärisch zu bewerkstelligen sein muss. Aber für das prompt mit neuem Leben erfüllte deutsch-französische Führungsduo übersetzt sich dieser Widerspruch schlicht in die Herausforderung, sich mit der Rolle der Betroffenen und Beschädigten keinesfalls zufriedenzugeben, sondern gegenüber Russland, den USA und den aus dem Ruder laufenden europäischen Konkurrenten die Ansprüche auf eigene Führerschaft in europäischen Angelegenheiten dieser Art und Größenordnung umso nachdrücklicher geltend machen zu müssen.

Auf der Ebene der Diplomatie tragen Deutschland und Frankreich die Politik der Ausgrenzung und Verurteilung Russlands mit. Auch Merkel und Hollande beteiligen sich daran, die Gefahr des neuen russischen Imperialismus zu beschwören, der nur durch westliche Geschlossenheit in allen etablierten Gremien und vor allem eben in der NATO wirksam begegnet werden könne. Um auf Putin den nötigen Eindruck zu machen, d.h. ihn dahin zu bringen, sich auf ihre europäische Tour der ‚friedlichen Konfliktbeilegung' als das einzig mögliche Angebot einzulassen, obwohl sie in der Sache alle seine Ansprüche rundheraus ablehnen, setzen Deutsche und Franzosen auf diese Demonstration der Geschlossenheit der NATO. Sie wollen glaubwürdig damit drohen können, dass die einzige Alternative zu ihrer Diplomatie die dauerhafte und verschärfte Bekämpfung Russlands auf allen Ebenen des Konfliktes ist, damit ihre Vermittlerrolle erfolgversprechend ist. Tatsächlich bringen sie die ukrainische Führung und Russland dazu, miteinander zu verhandeln und die beiden europäischen Führungsmächte als die maßgeblichen ‚Architekten' der anvisierten

Verhandlungsergebnisse anzuerkennen – auch und gerade weil sie zugleich betonen, dass sie gar nicht als „Vermittler", sondern im Namen der europäischen Interessen agieren. Und selbst dem amerikanischen Präsidenten ringt die Kanzlerin vor der entscheidenden Verhandlungsrunde für das ‚Minsk-II-Abkommen' das laue Zugeständnis ab, dass die Diplomatie eventuell noch eine Chance habe und die geplanten offiziellen Waffenlieferungen an die Ukraine noch warten können. Zugleich setzt sich insbesondere Merkel von der Politik der konfrontativen Ansagen seitens amerikanischer Politiker ab. Im Streit mit den Scharfmachern um McCain macht sie klar, dass sie nicht als bloßer Postillion amerikanischer Ultimaten zu agieren und bloß scheinhafte Angebote zu machen gedenkt, von deren Annahme oder Ablehnung seitens Russlands sowieso nichts mehr abhängt; sie will mit den von ihr und Hollande vermittelten Einigungen tatsächlich die Fortsetzung und Ausweitung des Krieges verhindern, und dafür lässt sie es nicht zu, dass das Scheitern ihrer Diplomatie und die Programmierung des Geschehens auf die Eskalation der Kriegslage als unabwendbar besprochen wird.

Ökonomisch versuchen die europäischen Mächte, Russland schmerzhaft zu schädigen, damit zum Nachgeben zu zwingen, um auf diese Weise die Voraussetzung dafür zu schaffen, perspektivisch zur alten, für sie so überaus einträglichen Politik der einvernehmlichen Funktionalisierung Russlands zurückzufinden. Sanktionen werden daher von den Europäern mitgetragen, ökonomische Schäden, die sie selbst dafür hinnehmen müssen, gelten auch ihnen als unvermeidbare Kollateralschäden des Primats ihrer Politik der machtvollen Durchsetzung gegen Russland. Zugleich ist der europäischen Sanktionspolitik deutlich anzumerken, dass sie darauf berechnet ist, Russland möglichst mit gezielt dosierten, auf ihre Diplomatie bezogenen ökonomischen Schädigungen zum Einlenken zu bewegen. Europa verhängt konditionierte und zeitlich begrenzte Sanktionsmaßnahmen und behält sich die Überprüfung, Aussetzung, Verschärfung … ausdrücklich vor, will mit seinem beständig auf Erfolg überprüften Wirtschaftskrieg also die Übergänge verhindern, die Amerika in Sachen ökonomischer und militärischer Kriegführung gegen Russland macht oder androht.

Auch der *militärischen* ‚Komponente' der neuen Front gegen Russland verweigern sich Europas Führungsmächte nicht. Doch auch und gerade auf diesem Feld versuchen sie, in *beiden* Richtungen des Geschehens Herr zu werden, das ihnen umso mehr aus den Händen gleitet, je mehr die USA den Stellvertreterkrieg verschärfen und Russland auf dieser Ebene antwortet. Mit der Bereitschaft, die neue NATO-„Speerspitze" mit Personal und Gerät auszustatten, bekennt sich Deutschland dazu, dass die alliierte Abschreckung Grundlage aller Politik gegenüber Putin, die Allianz also deren verbindlicher Rahmen bleibt. Etwaigen russischen Hoffnungen auf eine Spaltung des Bündnisses ist damit eine Absage erteilt; es werden damit aber auch alle alliierten Vorwürfe praktisch zurückgewiesen, Deutschland lasse in der Stunde der Not die kleinen Partner im Osten im Stich und den großen Partner jenseits des Atlantik wieder einmal allein auf allem Aufwand und allen Kosten für die Verteidigung des Bündnisses hocken. Zugleich verbindet Deutschland mit diesem Engagement die Kalkulation, als Haupttruppensteller für die Speerspitzeneinheiten zur Mitentscheidung über deren Einsatz befugt und damit wenigstens ein bisschen Herr über die gesamte militärische Strategie zu werden, die Amerika gegen Russland verfolgt. Auch auf diese Weise kämpft es dagegen an, dass diese Konfrontation überhaupt auf Dauer gestellt und damit von Amerika auf Kosten der europäischen Machtansprüche zum alles überwölbenden ‚Bündnisanliegen' gemacht wird, an dem sich eigenständige europäische ‚Machtprojektionen' auszurichten und zu relativieren haben.

*

So arbeiten sich die Mitglieder der NATO von unterschiedlichen Seiten neuerlich an die Gretchenfrage für ihren Verein heran: Erlebt der seinen dritten Frühling, weil die Europäer sich dann doch auf die für sie üble Perspektive eines kriegerischen Dauerkonfliktes an ihrem Ostrand einlassen? Unterwerfen sie sich also so eindeutig wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr der amerikanischen Führungsmacht? Oder erscheint ihnen der Preis dafür dann doch zu hoch, und sie lassen sich auf eine bündnissprengende Konfrontation mit der Führungsmacht der NATO ein? Oder

schaffen sie es wieder einmal, die Haltbarkeit ihres Bündnisses zu verlängern, indem sie die Streitpunkte, die sie auf die Tagesordnung setzen und die so viel Sprengkraft haben, einstweilen vertagen?

Die deutsche Presse beweist schon mal – aller Einseitigkeit zum Trotz –, wie offen sie in alle Richtungen denkt, und thematisiert noch offensiver als das wirklich entscheidungsbefugte politische Personal das Unterwerfungsverhältnis, auf das offenbar auch sie die Tugend der Bündnistreue hinauslaufen sieht. Ihre Putin-Hetze setzt sie unvermindert fort *und* lässt ihre Leser zugleich an Reflexionen darüber teilhaben, dass das einzige, was noch gegen den Krieg hilft, den Putin „zurück nach Europa gebracht" hat, entschlossene deutsche Führung, also das Ende jahrzehntelanger der amerikanischen Dominanz ist:

> *„Merkel, geh voran! … Niemand sollte sich diesen transatlantischen Konflikt als Arbeitsteilung schönreden. Sanktionen und Waffenlieferungen ergänzen einander nicht. Wenn Amerika militärisch vorprescht, ist die Einheit der EU bei den Sanktionen perdu, dann kann Merkel die Front vom Baltikum bis Portugal und von Ungarn bis Griechenland nicht mehr halten. Es geht um den Kampf zweier Linien, nicht mehr und nicht weniger. In dieser Diskussion zeigt sich exemplarisch und überscharf, wie sehr die jahrzehntelange Dominanz der Amerikaner über die europäische Außenpolitik das hiesige Denken geprägt hat. Das fängt schon an mit diesen fleißig gelernten Sinnsprüchen aus der Klippschule der US-Geopolitik: „Speak softly and carry a big stick", und benutze stets „sticks and carrots", also Zuckerbrot und Peitsche. Schon die Sprache verrät, dass hier der Welterzieher über die ungezogenen Kleinen spricht, eine Perspektive, die sich Europäer nicht länger leisten können … Die EU, auch Deutschland hat von solcher Denke nichts … Und die Sanktionen? Die wirken viel zu langsam, heißt es. Auch hier zeigt sich, wie Amerikaner die europäische Außenpolitik dominieren wollen … Wann die Geduld am Ende sein muss, wann Eskalation auf der Tagesordnung steht, das bestimmen die USA, bisher. Sie schaffen dabei jeweils eine Atmosphäre ultimativer Dringlichkeit – wie und wann es ihnen passt. In Syrien haben sie sehr viel Geduld, da wird die rote Linie*

munter verschoben, obwohl dort ungleich mehr Menschen sterben. Aber wenn im Donbass die Separatisten ein paar Quadratkilometer erobern, muss sofort etwas geschehen. Die Ungeduld der USA richtet sich nicht gegen Putin, sondern gegen Merkel ... Natürlich darf sich der Westen trotz allem nicht spalten lassen. Darum müssen sich die USA diesmal der europäischen Führung beugen." (Die Zeit, 12.02.2015)

Geistig-moralisch ist die Heimat auf der Höhe des Geschehens.

Das Minsker Abkommen

Schon wieder so ein Friedensprozess[80]

Was man über dieses Vertragswerk zu hören bekam, bestand in erster Linie aus Elogen auf die deutsche Kanzlerin und ihren unermüdlichen Außenminister. Die haben sich nämlich im Winter aufopfernd darum gekümmert, den Frieden in der Ukraine für Europa zu retten, und das fast ganz alleine; höchstens dass sie noch Franzosen mit im Gepäck hatten. Aber während sie inzwischen noch mehr europäische Krisen bewältigen müssen und der Schauplatz Ukraine im allgemeinen Interesse auf hintere Plätze zurückgefallen ist, wird ihre Friedensarbeit im Osten fortwährend torpediert, so die zweite Mitteilung. Dabei richtet sich der Vorwurf im Prinzip und in der Hauptsache auf eine Seite: Russland bzw. dessen Schützlinge im Osten der Ukraine. Kurz gefasst: Der ruhe- und rastlose Steinmeier tut unser Bestes, während die Russen ihm seine Sache sehr schwer machen. Ein übersichtliches, aber nicht ganz zutreffendes Bild.

Das Minsker Abkommen verpflichtet Bürgerkriegsgegner auf Deeskalation. Die geben ihre Feindschaft deswegen aber noch lange nicht auf, sondern betätigen sie auch bei der von ihnen verlangten Umsetzung des Vertrags. Dabei werden sie von den jeweiligen Schutzmächten teils gebremst, teils gedeckt und unterstützt, nicht zuletzt auch von der Partei, die formell zwar nicht, reell aber überall dabei ist, den USA. Eine Sorte von Friedenssicherung, an der abzulesen ist, dass Krieg und Frieden keineswegs einen unverträglichen Gegensatz bilden, sondern gut zusammenpassen.

[80] Gegenstandpunkt 3 - 2015

I. Die beteiligten Parteien

Dass die verfeindeten *Bürgerkriegsmannschaften*, von denen die eine mit allen Mitteln versucht, den Aufstand niederzuschlagen, die andere alles tut, um die Regierungstruppen aus dem von ihnen beanspruchten Landesteil zu vertreiben, sich überhaupt an einen Tisch und zum Unterschreiben einer Vereinbarung bringen lassen, verdankt sich ausschließlich Kriegskalkulationen bzw. dem Druck der höheren Mächte, ohne die sie ihr Kriegshandwerk nicht fortsetzen könnten.

Sowohl im Fall von Minsk I vom September 2014 wie bei Minsk II im Februar dieses Jahres hat die Kiewer Regierung der Tatsache Rechnung tragen müssen, dass sie vor Ort massive militärische Niederlagen erlitten hat. Ohne Waffenstillstand hätte sie weitere Gebietsverluste hinnehmen müssen. Ihre Unterschrift unter den Minsker Vertrag verdankt sich schlicht der (von den USA from behind nachdrücklich geförderten) Einsicht in die militärische Notwendigkeit, Zeit zu gewinnen, um sich von den Schutzmächten eine taugliche Armee für den Endsieg gegen die Separatisten aufbauen und ausbilden zu lassen. Dass man in Kiew nie daran gedacht hat, die Bestimmungen des schönen Vertragswerks zu erfüllen, wird mittlerweile offen ausgesprochen:

> *„Auf der Kiewer Seite erklärte die Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments, Ganna Gopko, die Ukraine habe den Vertrag seinerzeit nur unter dem Zwang der Umstände unterzeichnet, um Zeit für eine Umgruppierung und Verstärkung der eigenen Truppen zu gewinnen. Beides sei nun erreicht." (Junge Welt, 18.8.15)*

Auf der anderen Seite kommt die Verhandlungsbereitschaft der Ost-Ukrainer, die militärisch auf dem Vormarsch waren, auch nur durch die übergeordnete Macht Russlands zustande, mit dessen Unterstützung ihre Kriegserfolge stehen und fallen. Das Militär der abgespaltenen Volksrepubliken bekommt von Russland nicht die Unterstützung, die nötig wäre, um die beanspruchten Gebiete Donezk und Lugansk vollständig unter seine Kontrolle zu bringen. Ein siegreiches Ende ihres Aufstands ist für die Führer der Republiken angesichts des Kriegswillens der anderen Seite und

deren Kriegsfähigkeit, hinter die sich die NATO stellt, sowie der Tatsache, dass dem von russischer Seite erkennbar nichts Gleichwertiges gegenübersteht, nicht absehbar. Stattdessen zerstört der Dauerkrieg den Donbass immer weiter, die Zivilbevölkerung lebt unter permanentem Terror, die Lebensbedingungen gestalten sich zunehmend katastrophal, und der Unterhalt der Bevölkerung wird nur notdürftig per Hilfskonvois aus Russland gesichert. Mangels besserer Alternativen unterwerfen die Separatisten sich den Berechnungen ihrer Schutzmacht: in der Hoffnung auf – mindestens – eine Beruhigung des Konflikts und – bestenfalls – die diplomatische Herbeiführung eines irgendwie aushaltbaren modus vivendi.[81]

Die beiden Kriegsparteien treten bei den Verhandlungen also in der Rolle der Statisten auf; Regie führen die Weltmächte mit ihren jeweiligen Interessen an diesem Konflikt.

Europa, d.h. das deutsch-französische Duo, kämpft dabei um seine Rolle als bestimmendes Subjekt der europäischen Herrschaftsordnung. Dieser Kampf richtet sich erstens gegen Russland, das mit seiner Munitionierung des Bürgerkriegs gegen die friedliche Eroberung seines nahen Auslands Einspruch eingelegt hat. Er richtet sich aber auch, was in der öffentlichen Würdigung eher untergeht, gegen Amerika.

Die *USA* haben im Verlauf der ursprünglich von der EU angezettelten Krise die Sache in die Hand genommen und drohen als

[81] Kein Wunder, dass „unabhängige Partisanenbewegungen" auf Seiten der Separatisten dieser „offiziellen" Linie Verrat vorwerfen:

„Die Sanktionen des Westens treffen die russische Bourgeoisie. Es sieht so aus, als ob die russischen Autoritäten sich deshalb des Ukraine-Konflikts entledigen wollen – er ist jetzt unbequem für sie geworden. Sehen Sie das auch so?

Das ist eine sehr populäre Betrachtungsweise unter den Leuten hier, unter Soldaten und sogar Kommandeuren. Leider fördern jüngste Aussagen und Aktionen sowohl der Behörden der Volksrepublik als auch der russischen Offiziellen nicht gerade Optimismus und Zuversicht. Ehrlich gesagt sprechen die Leute von Verrat." (Interview der Jungen Welt mit einem Mitglied einer „kommunistischen Volkswehreinheit", 27.6.15)

Schutzmacht der Kiewer Regierung mit ihrer offen zur Schau gestellten Eskalationsbereitschaft. Gegen ein solches Kriegsszenario, in dem Europa auf militärische Dienstleistungen festgelegt und seine Ambitionen, Russland mit der berühmten ‚Soft power' für seine weitgespannten Benutzungsansprüche als Hinterland europäischer Großmacht zu vereinnahmen, auf null reduziert würden, haben Deutschland/Frankreich ihr „Normandie-Format", die Vierer-Verhandlungen mit Russland und der Ukraine gesetzt.

Gleichzeitig leben aber die europäischen Anstrengungen, auf die Weise ein Stück Kontrollmacht über den Fall zu behalten, von der Potenz der Weltmacht USA: Einerseits hängt die Reichweite der europäischen Verhandlungsmacht gegenüber dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko entscheidend von Washington ab, also davon, inwieweit Obama Merkels Linie unterstützt oder hintertreibt. Andererseits braucht das europäische Vorhaben, die Ausdehnung der eigenen Zuständigkeit auf die russische Nachbarschaft auch in den Verhandlungen gegen Russland zu behaupten, die Rückendeckung der amerikanischen Militärmacht; immerhin wird das Interesse der russischen Seite an diesem Friedensprozess maßgeblich von der amerikanischen Eskalationsdrohung befördert. Was Deutschland und Frankreich Russland als Gegenleistung für die Disziplinierung der ostukrainischen Separatisten anzubieten haben, ist vor allem ihr mäßigender Einfluss auf den transatlantischen Partner.

Der reicht wiederum genau so weit, wie die USA ihrerseits auf den Schulterschluss mit den Alliierten Wert legen, wobei auch kein Rätsel ist, wozu die Führungsmacht die Herstellung dieser transatlantischen Einheitsfront betreibt: Sie will ihre europäischen Partner einspannen für das große Projekt, ihren strategischen Rivalen Russland wirklich auf den Status einer bloßen „Regionalmacht" zu reduzieren.

Russland wiederum demonstriert den Euro-Führern mit dem von ihm unterhaltenen Bürgerkrieg, dass es sich aus der Ukraine-Affäre nicht ausmischen lässt und folglich bei der Behandlung des Falls zu berücksichtigen ist, was die EU ja während der Assoziationsverhandlungen und der Maidan-Etappe für völlig

ausgeschlossen erklärt hatte. Mit seinem militärischen Einspruch vor Ort hat es die Europäer dazu gezwungen, dem russischen Staat soviel an Anerkennung zu konzedieren, wie es dessen Mitwirkung an einer europäisch gedeichselten „Lösung" verlangt. Das Moment von Anerkennung will Russland wiederum dazu benützen, für die Aufständischen in der Ostukraine einen Autonomie-Status zu erreichen, mit dem es einen Restbestand von Einfluss in der Ukraine wahren kann.

So kommt ein politisches Abkommen zustande, welches die Besonderheit aufweist, dass die Regierung der Ukraine erstens den Führern der Volksrepubliken konsequent die Anerkennung als Vertragspartner verweigert, so dass diese das Abkommen als Privatpersonen unterschreiben. Zweitens vermeidet Kiew es tunlichst, für sich rechtsverbindliche Verpflichtungen einzugehen, lässt sich deswegen in den Verhandlungen vom Ex-Präsidenten Kutschma vertreten und den auch das Abkommen unterschreiben – so dass das Vertragswerk eigentlich ohne bindende Wirkung für die Ukraine bleibt.

Daneben geht der Krieg zwischen den beiden Seiten seinen Gang, mal von den Aufsichtsmächten ermutigt, mal zurückgepfiffen. Beide Seiten arbeiten an der militärischen Befestigung der Kontaktlinie, verminen die Pufferzone und vermehren die Kontrollpunkte. Die ukrainische Armee beschießt die Republiken, vorwiegend in der Nacht, mit kleinen und großen Kalibern, legt Strom- und Wasserwerke lahm, belehrt die Bevölkerung mit gezieltem Beschuss von Schulen, Bus-Haltestellen und Wohngebäuden über das tödliche Risiko, zu den Falschen zu halten; flankierend zermürben ukrainische Kräfte, die amerikanische Lehrgänge in Sachen „counterinsurgency" absolviert haben, mit Sabotageakten und Attentaten auf Rebellenführer in der Ostukraine ihre Gegner. Die halten dagegen, so gut es geht, so dass der Vize-Chef der OSZE-Beobachtermission nicht um die Feststellung herumkommt, dass sich der Waffenstillstand nicht durchsetzen lässt und der Konflikt immer wieder aufflammt. [82]

[82] Die Presse, 14.7.2015

II. Wie sich die Parteien bei der sogenannten Umsetzung des Abkommens betätigen

Waffenstillstand und Abzug der schweren Waffen

Von einem Waffenstillstand im eigentlichen Sinn kann also nicht die Rede sein, wegen der erwähnten Gegensätze und zusätzlich auch deshalb, weil an der Frontlinie die Freiwilligenbataillone der Ukraine, diese herausragenden Vertreter der ukrainischen Zivilgesellschaft, das Sagen haben.[83] Die machen aus ihrer Meinung über das Minsker Abkommen kein Geheimnis: Es ist für sie nichts anderes als die von einer feigen Regierung und anderen Drahtziehern betriebene Obstruktion ihres gerechten Kriegs.

> *„Semen Sementschenko, der Gründer der erfahrensten ukrainischen Freiwilligeneinheit, des Bataillons ‚Donbass', sagte, ‚Minsk' sei ‚Blödsinn'. Zugleich stellte er die Neutralität der OSZE in Frage ..."*

Und es bleibt auch nicht beim bloßen Meinen:

> *„Am 1. Mai verwehrten Kämpfer eines Freiwilligenbataillons den OSZE-Beobachtern den Zugang zu einem ihrer Aussichtspunkte, und am Samstag kam ein OSZE-Konvoi bei Mariupol aus Richtung der ukrainischen Linien unter Feuer. Es blieb aber unklar, ob die Schüsse*

[83] „*Schirokine sollte nunmehr Teil einer demilitarisierten Zone in der Region werden. In dem Ort sollte zudem eine Beobachtungsstelle der OSZE-Mission eingerichtet werden. Die Volksmilizen zogen sich daraufhin zurück. Das Bataillon ‚Asow' nutzte diesen Rückzug aus und besetzte trotz der Proteste von Offizieren der OSZE-Mission den größten Teil des Ortes. Als Reaktion auf diesen Einspruch teilte der ukrainische Pressedienst am 3. Mai schließlich mit, dass nun auch ‚Asow' den Ort verlassen habe, was sich jedoch als Vertuschungsmanöver erwies. Es wurde nur eine Rotation von Einheiten vorgenommen. Die Kämpfer des Freikorps wurden durch Angehörige des Bataillons ‚Donbass' abgelöst. Dessen Kommandeur Semeon Sementschenko hatte auf Facebook bereits am 2. Mai mitgeteilt: ‚Im Zusammenhang mit der geplanten Rotation und dem Abzug eines Teils des Bataillons ‚Asow' hat das Bataillon ‚Donbass' zusätzliche Kampfeinheiten in die Wohnsiedlung Schirokine einmarschieren lassen und kontrolliert nun alle Stellungen'."* (Junge Welt, 8.5.15)

absichtlich abgefeuert wurden oder ob die Fahrzeuge ins Kreuzfeuer geraten waren." (FAZ, 4.5.15)

So kommentiert das seriöse Organ, das sich im Fall der Ukraine bloß keine vorschnelle Vorverurteilung leisten möchte. Der Kommandeur des „Asow"-Bataillons vom bekennend faschistischen „Rechten Sektor" droht immer wieder einmal,

„Kiew zu besetzen, um eine eindeutig kriegswillige Regierung einzusetzen. Und die Truppe besteht nicht mehr nur aus Infanteristen. Das Bataillon ist mit Artillerie und Panzern sowie anderen schweren Waffen ausgerüstet." (Junge Welt, 8.5.15)

Und marschiert in der Hauptstadt auf:

„Am Freitagnachmittag zogen 3.000 Mitglieder des ‚Rechten Sektors' und des Freiwilligenbataillons Asow in Kiew Richtung Regierungsgebäude ... Die Demonstranten riefen ‚Ukraine über alles' und ‚Es leben die Helden'. Ein Sprecher rief: ‚Weg mit der jüdischen Putin-Bande'. Damit war die ukrainische Regierung gemeint, in der es angeblich vor ‚Verrätern' nur so wimmelt." (heise.de, 5.7.15)

Der Chef des Rechten Sektors, Jarosch, seit April 2015 zum Berater des Generalstabs der Ukrainischen Streitkräfte ernannt, der sinnigerweise als „Vermittler" zwischen den Freiwilligenbataillonen und dem Generalstab dienen soll, hat seine eigene Auffassung von der Rechtsgültigkeit des Minsker Abkommens:

„‚Wir behalten uns das Recht vor, aktive Kampfhandlungen gemäß unseren eigenen operativen Plänen fortzusetzen, bis das gesamte ukrainische Territorium von der russischen Okkupation befreit worden ist', schrieb Jarosch auf seiner Facebook-Seite. Der Rechte Sektor sei der Ansicht, dass Vereinbarungen mit ‚prorussischen Terroristen' keine juristische Kraft hätten, der gültigen Verfassung der Ukraine zuwiderliefen und ihre Erfüllung deshalb für Bürger nicht bindend sei." (Sputnik, 13.2.15)

Das ist die bisherige Hauptleistung des Abkommens: ein Waffenstillstand, der auf die beschriebene Art und Weise erfüllt wird, d.h. eher eine Art Stellungskrieg auf niedriger Stufenleiter, wobei

natürlich, wie bei allen zivilisierten Kriegen, die Regel gilt, dass prinzipiell nur zurückgeschossen wird:

> *„Die ukrainische Armee räumte den versehentlichen Beschuss von zivilen Objekten in der Region ein. ‚Es kommt manchmal dazu', sagte Alexander Rosmasnin vom Generalstab. Zuvor sei das Militär von dieser Stelle aus beschossen worden. ‚Wir sind gezwungen, das Feuer zu erwidern'." (Spiegel online, 28.7.15)*

Abzug aller ausländischen bewaffneten Formationen, Militärtechnik und ebenfalls von Söldnern vom Territorium der Ukraine unter Beobachtung der OSZE. Entwaffnung aller gesetzwidrigen Gruppen [84]

Im Osten bleibt die russische Verstärkung; sie ist schließlich das entscheidende Druckmittel, das Russland zwecks Berücksichtigung seiner Interessen geltend machen kann.

Auf der ukrainischen Seite geschieht die Beseitigung von illegalen Gruppen ganz elegant dadurch, dass die Freiwilligenbataillone inklusive derjenigen des Rechten Sektors formell in die ukrainische Armee bzw. Nationalgarde eingegliedert und damit legalisiert werden. Was deren Unterstellung unter die Kommandohoheit der Armee praktisch bedeutet ist, zeigt sich nicht nur an deren Frontaktivitäten und politischen Einlassungen, sondern auch am neulich unternommenen Anlauf des Rechten Sektors, mit Waffengewalt die Macht und damit u.a. die Einkommensquelle Zigarettenschmuggel in Teilen der Westukraine zu übernehmen. [85]

---

[84] „Der Maßnahmenkomplex zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen", OSZE, ukraine-nachrichten.de, 12.2.2015

[85] Der Krieg kostet schließlich Geld, was sich der Rechte Sektor auch auf anderen Wegen beschafft:

"Nach Berichten benützt der Rechte Sektor ein ehemaliges Jugend-Camp als ad-hoc-Gefängnis, in dem er Dutzende von Zivilisten gefangen hält und brutal foltert, um von ihnen und ihren Familien große Mengen Geld zu erpressen. Amnesty International hat die ukrainischen Behörden von diesen Vorwürfen in Kenntnis gesetzt, aber keine Antwort erhalten." (Amnesty International: Overwhelming new

Inzwischen gibt es auch im Westen der Ukraine zahlreiche Besucher, die zwar aussehen wie ausländische Kämpfer, aber keineswegs für solche gehalten werden dürfen: Sie sind rein für Ausbildungszwecke im Land, [86] betreuen die Herrichtung der

evidence of prisoners being tortured and killed amid conflict, 22.5.15, Ukraine-Analysen Nr. 152, 27.5.15)

[86] „*So wurden am 20. April 290 Soldaten der 173. US-Luftlandebrigade (173. Airborne Brigade Combat Team) aus Italien und des 91. Kavallerieregiments der US-Armee (Fallschirmjäger, die im oberpfälzischen Grafenwöhr stationiert sind) zu Ausbildungszwecken in die Ukraine verlegt ... Die 173. Luftlandebrigade ist auf kurzfristige Offensiveinsätze spezialisiert ... Zudem war der US-Fallschirmjägerverband erst im September 2014 im Zuge des Manövers ‚Rapid Trident 2014' in der Ukraine ... Unter den US-Ausbildern befindet sich eine große Anzahl von Soldaten, die aus der Ukraine stammen und somit Russisch oder Ukrainisch sprechen. Sie wurden Mitte April auf dem 380 Quadratkilometer großen Truppenübungsplatz Jaworiw in der Westukraine, nahe der ukrainisch-polnischen Grenze, stationiert. Jaworiw ist der größte Schießplatz Europas. Das Gelände wird seit längerer Zeit für Übungen im Zuge des NATO-Programms »Partnerschaft für den Frieden« genutzt...*

Insgesamt werden 1500 US-Militärs, 600 weitere aus anderen NATO-Mitgliedsstaaten und 2.200 ukrainische Soldaten im Jahr 2015 eine Reihe von Übungen in der Ukraine abhalten. ‚Fearless Guardian 2015' wird sieben Monate, von April bis November 2015, dauern. Das zweite Manöver mit der Bezeichnung ‚Saber Guardian/Rapid Trident 2015' (Säbelwächter/Schneller Dreizack) läuft von Juli bis Ende Oktober 2015. Es sind im Grunde keine Manöver, sondern Dauereinsätze von NATO-Truppen zur Konditionierung des ukrainischen Militärs.

Dazu sind derzeit auch Ausbilder der britischen Armee eingesetzt ... Unterstützung erhält Kiews Armee künftig auch aus Kanada. Dessen Premierminister Stephen Harper kündigte am 21. April an, rund 200 Soldaten in die Westukraine auf das Übungsgelände Jaworiw und in das Minenabwehrzentrum Kamjanez-Podilsky als Ausbilder entsenden zu wollen. Die letzten sollen bis Ende März 2017 bleiben.

Der Kommandeur der ukrainischen Nationalgarde, Generalleutnant Mykola Balan, erklärte derweil, dass die Ausbildung seiner Kämpfer in drei Etappen von jeweils acht Wochen unterteilt ist. Jeder Kurs wird mit 300 Soldaten oder Kämpfern der Nationalgarde besetzt. Zuerst werden die regulären Einheiten ausgebildet. Die Freikorpsbataillone, die nun Teil der Nationalgarde geworden sind, kommen in den nächsten Etappen in die Trainingscamps ... Innenminister Arsen Awakow kündigte

ukrainischen Kräfte für die nächste Kriegsetappe in Gestalt von mehr oder weniger permanenten Manövern und wollen die Schlagkraft der ukrainischen Armee bis 2020 auf NATO-Niveau anheben [87] – was selbstredend nicht gegen Russland gerichtet ist.

Amerika besteht schließlich darauf, dass der Ukraine geholfen werden muss, sich selber zu verteidigen, und die lässt keinen Zweifel an ihrer Vorstellung von der Endlösung:

> *„Der Krieg endet dann, wenn sich die Ukraine den Donbass und die Krim zurückgeholt hat."*[88]

Das, was da vorbereitet wird, ist jedenfalls kein hybrider Krieg, wie das aktuelle Verbrechen Russlands heißt, sondern wohlverstandene Hilfe zur Selbsthilfe, wohingegen die Anwesenheit russischer Militärs in der Ostukraine eindeutig als Bruch des Abkommens zu werten ist.

---

zudem an, dass die von den Amerikanern bei den gemeinsamen Übungen eingesetzte Kommunikationsausrüstung anschließend bei der ukrainischen Nationalgarde verbleiben werde." (Junge Welt, 8.5.15)

[87] Bis dahin gibt es noch einiges zu tun, auch deshalb, weil der legendäre Freiheitswille der Ukraine, dem die NATO zur Seite stehen möchte, nicht unbedingt mit Kampfbereitschaft der Bevölkerung zusammenfällt:

"*Hiobsbotschaft Einberufungsbescheid: Allein in Kiew entziehen sich 95 Prozent der Wehrfähigen dem Militärdienst. Firmen machen falsche Angaben, um ihre Mitarbeiter zu schützen ... Vor allem in der West-Ukraine, in den Regionen Transkarpatien, Iwano-Frankiwsk und Lwiw sind in den vergangenen Monaten mehr als 60 Prozent der arbeitsfähigen Männer ausgereist ... Nicht nur in Lwiw sind die Saisonarbeiter busweise ausgereist, das Phänomen taucht auch in anderen Landesteilen auf. Auch in der Ostukraine entziehen sich viele Männer der Mobilisierung. In der nordöstlichen Region Sumy wurden beispielsweise organisierte Bustouren beobachtet."* (Militärdienstverweigerer in der Ukraine, Alles – nur nicht in die Armee, Handelsblatt, 4.5.15)

[88] Poroschenko am 30. April 2014 in einem Interview für den ukrainischen Sender STB

Amnestie

Der Bestimmung des Abkommens, nach der eine gesetzliche Amnestieregelung alle Konfliktbeteiligten vor Strafverfolgung schützen soll, kann die Kiewer Regierung schlechterdings nicht nachkommen. Sie hat die Aufständischen zu Terroristen ernannt, und Terroristen sind nach internationaler Sitte und Brauch einfach nur zu vernichten.

Für den angemessenen Umgang mit dieser Spezies muss sie sich auch diverse Ausnahmen von der Europäischen Menschenrechtskonvention genehmigen. Nachdem es bei den Subjekten der Weltordnung in Mode gekommen ist, missliebigen Kriegsparteien noch während ihrer Aktivitäten mit der Drohung von Kriegsverbrecherprozessen zuzusetzen, will man sich in der Hinsicht schon präventiv absichern, was in einem formvollendeten Antrag geschehen und vom Europarat zu Protokoll genommen worden ist:

> *„Angesichts des bewaffneten Konflikts im Osten des Landes hat Kiew die Europäische Menschenrechtskonvention in den von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebieten teilweise ausgesetzt. Eine entsprechende Benachrichtigung sei beim Europarat eingetroffen, teilte der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, am Mittwoch in Straßburg mit. Betroffen seien insbesondere das Recht auf Freiheit, das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren und auf den Schutz des Privat- und Familienlebens."* [89]

Autonomie und Sonderstatus

Mit dieser Konzession an die ostukrainische Seite und der entgegengesetzten Bekräftigung der staatlichen Integrität der Ukraine, die laut Abkommen die Kontrolle über die Grenze zu

[89] Generalsekretär Jagland lässt weiterhin mitteilen: "Russland, das Teile der Ostukraine besetzt habe, trage nun die Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte in diesen Gebieten, hieß es in der Benachrichtigung." (nrcu.gov.ua, 10.6.15) – offensichtlich auch für die, welche die Ukraine aussetzt.

Russland wiedergewinnen soll, haben die Schutzmächte ein echtes diplomatisches Kunstwerk zustande gebracht: Die gegensätzlichen Interessen der Parteien vor Ort dürfen sich im Abkommen in gewisser Weise berücksichtigt finden, finden daher genauso unannehmbare Bestimmungen zugunsten der anderen Seite. Beide Seiten *mussten* unterschreiben – und bemühen sich deswegen bei der Umsetzung nach Kräften, die Bestimmungen, die ihnen nicht passen, zu unterlaufen oder auszuhebeln. Das Abkommen sieht vor:

> *„Nach dem Abzug der Waffen sollen Gespräche über Wahlen in Donezk und Lugansk in Übereinstimmung mit ukrainischen Gesetzen sowie über den künftigen Status der beiden Regionen beginnen. Grundlage ist ein Gesetz, mit dem Kiew den abtrünnigen Regionen vorübergehend mehr Selbstständigkeit zugestanden hatte... Bis Ende 15 muss eine neue ukrainische Verfassung in Kraft treten, die eine Dezentralisierung des Landes ermöglicht und mit Vertretern der abtrünnigen Regionen abgestimmt ist. Ein Gesetz zum künftigen Sonderstatus von Donezk und Lugansk muss ebenfalls bis Jahresende verabschiedet werden." (faz.net, 12.2.15)*

Journalisten und Politologen mögen sich zwar geglückte Autonomieregelungen nach dem Vorbild der Schweiz oder sonstwem vorstellen, für die ukrainische Regierung sind aber schon die Worte Autonomie und Sonderstatus gleichbedeutend mit Pest und Cholera, schließlich soll da einer Mannschaft ein gewisser Freiraum zugestanden werden, die die in Kiew mit Gewalt an die Macht gebrachte prowestliche Staatsraison bekämpft. Immerhin aber gesteht der kunstvolle Vertrag der Kiewer Seite zu, dass das alles in Übereinstimmung mit ukrainischen Gesetzen zu passieren hat, so dass da eine Implementierung vom Feinsten in Gang gekommen ist.

Zum ersten will sich die ukrainische Regierung in Sachen Dezentralisierung und Sonderstatus nur mit Vertretern der abtrünnigen Regionen abstimmen müssen, die sie sich selber aussucht:

> *„Die Separatisten sind nun der Ansicht, damit seien ihre Führer gemeint, Kiew dagegen hält die Repräsentanten der nicht anerkannten*

> *‚Volksrepubliken' im Osten für ‚Terroristen' und verlangt, statt ihrer müssten Honoratioren aus den besetzten Gebieten konsultiert werden, etwa abgesetzte Bürgermeister, die in den unbesetzten Teil der Ukraine geflohen sind." (FAZ, 4.7.15)*

Der verlangte politische Dialog findet also nicht statt, die Kiewer Regierung verweigert den faktischen Vertretern der abtrünnigen Regionen jedes Moment von Anerkennung inklusive Kontakt am Verhandlungstisch.

Zum zweiten sträuben sich Poroschenko & Co. hartnäckig gegen die ihnen aufgezwungene Verfassungsänderung, bekommen es da aber mit der Schutzmacht USA zu tun. Die hat, in Gestalt der eigens dazu eingeflogenen Victoria Nuland, die ukrainische Regierung dazu genötigt, zumindest pro forma Änderungen der ukrainischen Verfassung vorzunehmen, die sich mit sehr viel gutem Willen als Implementierung des Minsker Abkommens interpretieren lassen könnten:

> *„Im Verfassungsentwurf wurde kein Sonderstatus für den Donbass festgeschrieben. Der Entwurf enthält nur eine Formulierung, die auf Besonderheiten der lokalen Selbstverwaltung der separatistischen Gebiete hinweist: ‚Besonderheiten der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Bezirken der Gebiete Donezk und Luhansk werden durch ein separates Gesetz definiert'." (ukraine-nachrichten, 23.07.15)*

Die Fachleute von der FAZ würdigen die interpretatorische Leistung:

> *„Das Minsker Abkommen sieht einen ‚besonderen Status' für die Separatistengebiete im Osten vor, doch in dem Verfassungsentwurf ist nur allgemein von einer ‚Dezentralisierung' die Rede, die allen Regionen und Kommunen im Land gleichermaßen neue Kompetenzen geben soll"*
> –

konstatieren aber auch befriedigt, dass der gute Wille, das Manöver als Vertragserfüllung anzuerkennen, flächendeckend vorhanden ist:

> *„Die Ukraine wird allerdings an diesem Punkt von westlichen Fachleuten in Schutz genommen. Auf Drängen des Europarats und der Europäischen Kommission hat sie in den Verfassungsentwurf eine Klausel aufgenommen, die es dem Parlament erlauben soll, den geplanten Sonderstatus für die besetzten Gebiete dann zu beschließen, wenn die Verhandlungen darüber ein Ergebnis gebracht haben. Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland, teilte durch seinen Sprecher mit, der vorliegende ukrainische Verfassungsentwurf entspreche durch diese Öffnungsklausel den Empfehlungen der Experten seiner Institution und stehe zum großen Teil im Einklang mit dem Minsker Abkommen." (FAZ, 4.7.15)*

Der genannte Einklang sieht dann im Kleingedruckten so aus: Während sich die Ukraine in Minsk laut einer Anmerkung zum 11. Punkt dazu verpflichtet hat, dass „die Separatisten über die Besetzung von Staatsanwalts- und Richterstellen mitbestimmen und eigene Sicherheitskräfte (Volkspolizei) haben dürfen" (DW, 17.7.15), erläutert ein führender ukrainischer Jurist:

> *„Die Formulierung ‚Besonderheiten der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Bezirken der Gebiete Donezk und Luhansk werden durch ein separates Gesetz definiert' erstrecke sich, so Koliuschko, nicht auf Judikative, Exekutive oder Staatsanwaltschaft in diesen Gebieten, was wiederum bedeutet, dass sie kein Recht haben, ihre Staatsanwälte zu ernennen oder eine eigene Miliz zu gründen."* (ukraine-nachrichten, 23.7.15)

Zudem behält der Präsident das Recht, die Bezirksverwaltungen aufzulösen, wenn sie sich des Separatismus verdächtig machen (SZ, 4.7.15), und die Ukraine hat zufälligerweise auch schon Separatismus per Gesetz verboten. Und schließlich kann das entsprechende Gesetz im Osten laut einem präsidentiellen Erlass überhaupt erst nach dem Endsieg in Kraft gesetzt werden:

> *„Das Gesetz über Besonderheiten der Selbstverwaltung in Teilen des Donbass wird erst nach der Erfüllung einiger Bedingungen in Kraft treten ... Diese Bedingungen umfassen die Entwaffnung der Kämpfer, den Rückzug der russischen Truppen, die Wiederherstellung der*

> *Kontrolle über die gesamte ukrainische Grenze und die Abhaltung ehrlicher, freier und demokratischer Wahlen in dem Gebiet."*[90]

Trotz Nulands persönlichem Kampfeinsatz und trotz der Bearbeitung des ukrainischen Parlamentsvorsitzenden durch Merkel/Hollande per Telefon –

> *„Vor diesem Hintergrund berichteten manche Politiker in Kiew vom ‚gewaltigen Druck', den der Westen öffentlich, aber auch hinter den Kulissen ausübe" (DW, 17.7.15)*

– lässt sich das Kiewer Parlament nur mit Mühe und Not und juristischen Tricks auf die verlangte Erfüllung des Abkommens festlegen.

> *„Die Abstimmung am 16. Juli 2015 zeigte, dass es noch nicht gelungen ist, 300 Stimmen für die mögliche Verfassungsänderung zu erzielen, die vielleicht im Herbst dieses Jahres erfolgen wird ... Da es einen Hinweis auf ‚ein separates Gesetz' gibt, bedeutet es wiederum, dass nur 226 Stimmen für die Änderung des Gesetzes notwendig sind, statt der 300 für Verfassungsänderungen benötigten."* (ukraine-nachrichten, 23.7.15) [91]

---

[90] Poroschenko, 20.07.15, en.interfax.com

[91] „*So schrieb Oksana Syrojid, stellvertretende Parlamentspräsidentin, noch am Vorabend der Abstimmung am 15. Juli 2015 bei Facebook, dass gerade in diesen Stunden die internationale Gemeinschaft ‚einen immensen Druck auf Abgeordnete ausübt', um den sogenannten Volksrepubliken ‚einen Sonderstatus' in der ukrainischen Verfassung zu verleihen und somit zu zeigen, dass die Ukraine ‚die Minsker Vereinbarungen befolgt'. Weiter schrieb sie: ‚Wem und was sollen wir demonstrieren? Dem Kreml? Putin? Sieht die ganze zivilisierte Welt ohne dies nicht, WER der Aggressor ist und WER gegen alle Normen des Völkerrechts und alle Vereinbarungen verstößt? Oder WER glaubt noch, dass solch eine ‚Demonstration' den Kreml stoppen würde?' ... Während der Parlamentssitzung am 16. Juli zitierte Oleh Ljaschko von der Radikalen Partei, der für seine pathetische Reden bekannt ist, den ukrainischen Schriftsteller Oleksander Oles von 1943: ‚Als die ganze Ukraine in einem ungleichen Kampf von Blut und Tränen übergossen war und auf eine freundschaftliche Unterstützung wartete, hat Europa geschwiegen, hat Europa geschwiegen!' Er fügte auch hinzu, dass der Staat, der anderen erlaubt, Staatsordnung und*

Da müssen sich die Patrone einer freien Ukraine schwer ins Zeug legen, um den antirussischen Nationalismus, den sie in Kiew an die Macht gebracht haben, zu einer funktionellen Aufführung hinzudirigieren; und dabei ist noch nicht einmal die Haltbarkeit der von ihnen inthronisierten Führungsspitze vor Ort einigermaßen gesichert. Dass beim Sorgeobjekt von Nuland, Merkel und Hollande von einem stabilen Partner mit einem gesicherten Gewaltmonopol nicht die Rede sein kann, zeigt sich ja nicht nur am freihändigen Kriegshandwerk der Freiwilligenbataillone, sondern auch an der Spaltung, die bei der Abstimmung über die Verfassungsänderung quer durch die Parteien der Regierungskoalition geht. Deren Zustimmungswerte sind inzwischen auf zwölf Prozent für die Präsidentenpartei BPP und etwa zwei Prozent für die Volksfront von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk gesunken. Ein ukrainischer Kommentar droht den westlichen Regisseuren schon einmal mit dem nächsten Umsturz:

> *„Es besteht die Gefahr, dass der Präsident und die Koalition als Verräter nationaler Interessen wahrgenommen werden und an Unterstützung in der Gesellschaft verlieren... Statt eines deutlichen Signals an Russland und die prorussischen Kämpfer übt der Westen Druck auf die ukrainische Regierung aus und verlangt eine künstliche Föderalisierung des Landes, was nichts anderes als eine Gefahr für die Souveränität der Ukraine bedeuten würde. Durch derartige Handlungen untergräbt der Westen die Glaubwürdigkeit der ukrainischen Regierung und schwächt ihre Position im Land, indem er sie vor die Wahl stellt, zwischen den Forderungen der internationalen Gemeinschaft und denen der ukrainischen Gesellschaft zu balancieren. Somit stärkt er populistische und europaskeptische Stimmen im Land und bringt Menschen gegen sich auf, die noch vor kurzem für seine*

Verfassungsänderungen vorzuschreiben, kein Rechtssubjekt, sondern Rechtsobjekt sei und dass Hunderte Menschen ihr Leben für die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine opfern, und nicht für den Sonderstatus des Donbass. Der Fraktionsvorsitzende der Partei Samopomitsch Oleh Beresjuk überraschte viele auch mit einer pathetischen Rede, in der er auch Gedichte zitierte. Er trat gegen den Verfassungsentwurf auf, da er eine Gefahr für die Souveränität des Landes darstelle." (ukraine-nachrichten, 23.7.15)

Werte auf den Barrikaden standen." (ukraine-nachrichten, 23.7.15) [92]

Nachdem die Poroschenko-Regierung bei der Erledigung der Autonomie-Forderung auf jede *„Abstimmung*" mit den Chefs der Volksrepubliken dankend verzichtet und sich das offensichtlich unter der Patronage ihrer friedliebenden Schutzmächte auch leisten darf, senden die ihre Angebote, Vorschläge und Forderungen in den leeren Raum. Sie bewegen sich zwischen dem Wunsch, dass Russland sie anerkennt, ihnen russische Pässe ausstellt sowie ihren Bestand sichert und diversen Vorstellungen von Autonomie im Rahmen einer neuen ukrainischen Verfassung. Man kann sich vorstellen, im Rahmen einer Föderalisierung Bestandteil der Ukraine zu sein, wenn damit Garantien für die Wahrung eigener Interessen verbunden sind.

Wahlen – das Schlüsselelement einer künftigen Lösung

In strikter Erfüllung des Abkommens, nach dem die Wahlen auf der Grundlage ukrainischer Gesetze stattfinden müssen, beschließt das ukrainische Parlament die passenden Regelungen, damit garantiert kein Separatist das passive Wahlrecht missbrauchen kann:

„Im neuen Kommunalwahlgesetz soll die Wahl nach offenen Parteilisten unbedingt vorgesehen werden, erklärte Parlamentschef Wolodymyr Groisman. Dabei dürfen nur örtliche Parteiorganisationen ihre Kandidaten nominieren. Im neuen Gesetz ist keine Selbst-Nominierung vorgesehen." (Radio Ukraine International, 2.6.15)

[92] Der Kommentator vergisst nur zu erwähnen, dass "die ukrainische Gesellschaft" ihrer Regierung nicht nur die Gefährdung ihrer Souveränität übelnimmt, sondern ebenso sehr die rapide Verelendung dank der freiheitlichen Reformen, die der IWF an dem Land durchexerziert und die mittlerweile das Durchschnittseinkommen nach Regierungsangaben auf umgerechnet 130 Euro, die durchschnittliche Rente auf etwa 36 Euro gesenkt haben.

Welche Parteiorganisationen teilnehmen dürfen und welche verboten gehören, wird dementsprechend festgelegt:

> *„Es ist zudem fraglich, welche Parteien sich bei einer lokalen Wahl präsentieren dürften, da in der Ukraine Separatismus verboten ist. Die Unterstützung des Separatismus ist einer der Gründe für den Antrag am 8. Juli 2014, die Kommunistische Partei zu verbieten ... Die kafkaeske Konsequenz wäre, dass kein Ukrainer in diesen Gebieten, der eine Form des Separatismus unterstützt, sich zur Wahl stellen dürfte, so dass eine lokale Regierung gewählt werden würde, die den Anschluss an Kiew sucht. Wie aktuelle Umfragen belegen, ist die klare Mehrheit der Ostukraine nicht westorientiert."* (telepolis, 13.4.15)

Aber die schönsten Wahlgesetze nützen schließlich wenig, wenn die Staatsgewalt sie in den fraglichen Gebieten nicht zur Anwendung bringen kann. Da ist es dann nur logisch, die Wahlen zu vertagen, bis diejenigen, die nicht gewinnen dürfen, kapituliert und das Land verlassen haben:

> *„Falls bis zum Beginn der Wahlkampagne sich Streitkräfte der Okkupanten immer noch im Gebiet von Donezk und Lugansk befinden sollten, und es den ukrainischen Grenztruppen und der Armee nicht gelingt, die Staatsgrenze wieder unter Kontrolle zu bekommen, so wird es leider auf den okkupierten Territorien nicht möglich sein, den Wahlprozess durchzuführen, sagte der Vize-Vorsitzende der Obersten Rada, Andrej Parubij, am Montag im parlamentarischen Ukraine-NATO-Rat."* (Sputnik, 9.6.15)

Die Separatisten beschließen spiegelbildlich, Wahlen nach ihrem Bedarf abzuhalten, und laden schon einmal die OSZE ein, die Wahlen zu überwachen:

> *„‚In Erfüllung der Punkte 4 und 12 der Minsker Abkommen schreibe ich am 18. Oktober dieses Jahres aus, lokale Wahlen auf dem ganzen Territorium der Donezker Volksrepublik durchzuführen'."* (Sachartschenko, Radio Ukraine International, 2.7.15)

Das lässt der deutsche Außenminister ihnen aber nicht durchgehen:

> *„Steinmeier kritisiert den Plan der prorussischen Separatisten in der Ostukraine, einseitig am 18. Oktober Kommunalwahlen abzuhalten. Die Regionalwahlen, die das Waffenstillstandsabkommen von Minsk vorsehe, setzten ‚eine ganze Reihe von Verfahren' voraus, ‚die bisher nicht erledigt sind'. Deshalb könne er nur sagen: ‚Was immer da jetzt mit Kommunalwahlen vorbereitet wird: Es sind nicht die Wahlen, die nach dem Minsker Abkommen vorgesehen sind. Sie werden diese deshalb auch nicht ersetzen können'." (FAZ, 4.7.15)*

Also keine Wahlen, keine Autonomie, keine Implementierung. Schließlich hat Poroschenko von Anfang an die Position vertreten, dass die Minsker Vereinbarungen nichts anderes als die Umsetzung seines Friedensplans sind, und der besteht in dem Weg zur Wiederherstellung der vollen territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine.

Kontrolle über die Grenze zu Russland

Das Abkommen legt die Reihenfolge samt Fristen fest, nach der die

> *„Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle über die Staatsgrenze von seiten der Regierung der Ukraine in der gesamten Konfliktzone ... nach der allumfassenden politischen Regulierung (Kommunalwahlen in den gesonderten Kreisen der Gebiete Donezk und Lugansk auf der Basis des Gesetzes der Ukraine und eine Verfassungsreform)" stattzufinden hat, und zwar bis „zum Ende des Jahres 15 unter der Bedingung der Erfüllung des Punktes 11 – bei Konsultationen und in Abstimmung mit Vertretern der gesonderten Kreise der Gebiete Donezk und Lugansk im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe." (Punkt 9, Minsker Vereinbarungen)*

Poroschenko dreht die Reihenfolge um und verlangt für die Abhaltung der Wahlen erst einmal die Kontrolle über die Grenze; folglich gibt es weder das eine noch das andere.

Zuguterletzt hat man sich im Namen des Friedens auch noch auf Anstrengungen zum

Wiederaufbau

verpflichten müssen, auch das ein guter Witz.

> *„Beide Seiten müssen an einer Wiederherstellung der Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen arbeiten, damit etwa die Zahlung von Renten und Steuern wieder aufgenommen werden kann. Kiew verpflichtet sich, den Bankensektor im Konfliktgebiet wieder aufzubauen.*" (Punkt 8 der Minsker Vereinbarungen)

Auch den Punkt würde Poroschenko glatt erfüllen – vorausgesetzt, Russland und die Separatisten kapitulieren und schenken ihm die Kontrolle über die Grenze:

> *„Wir haben uns dazu verpflichtet und wären noch heute dazu bereit, alle wirtschaftlichen Verbindungen mit den zeitweilig besetzten Territorien von Donezk und Luhansk wieder aufzunehmen ... aber nur unter der Bedingung, dass die Kontrolle über die äußere Grenze wiederhergestellt wird, wie es im Minsker Abkommen vorgesehen ist."* (Poroschenko in seiner Jahresbotschaft am 4. Juni 15)

Vorerst müssen sich Rentner und sonstige Anspruchsberechtigte über die Kontrollpunkte in sein Hoheitsgebiet begeben und sich da erst einmal dem Verdacht auf Unterstützung von Terroristen stellen:

> *„Fürs erste sind humanitäre Lieferungen und Pensionszahlungen an diejenigen, die sich in Terrorismus-freien Gebieten registrieren lassen, das Maximum. Kiew wird keinen Killer-Kämpfern und Banditen helfen." (Poroschenko, ebd.)*

Ansonsten erfüllt der Präsident seine Pflicht in Sachen Wirtschaftsbeziehungen, indem er ankündigt,

> *„die Blockade des Kriegsgebietes Donbass zu verschärfen. So dürften Lebensmittel, Medikamente und medizinische Güter nur noch bedingt in das von den prorussischen Separatisten kontrollierte Gebiet geliefert werden."* (Welt.de, 17.6.15)

Gleichzeitig wird die Infrastruktur im Gebiet der Aufständischen systematisch beschossen, denn wo es für einen

erfolgreichen Feldzug noch an Waffen und einsatzfähigen Soldaten mangelt, lassen sich Erfolge auch mit anderen Mitteln erzielen. Ein Wiederaufbau macht ja auch erst dann so richtig Sinn, wenn alles gründlich kaputt ist.

Ob die Berechnung aufgeht, die Lebensbedingungen in den feindlichen Gebieten so unerträglich zu machen, dass sich die Bevölkerung gegen ihre Volksvertreter auflehnt, ist allerdings einigermaßen fraglich, weil dieses Programm die Liebe zur Ukraine so direkt auch nicht fördert. Immerhin aber erhöht es die Kosten, die Russland für den Unterhalt dieser Mannschaften zu tragen hat.

III. Warum ein Abkommen, an das sich keiner hält, nicht scheitern darf

Bis auf eine zeitweilige Zurückhaltung beim Einsatz der schweren Waffen wird also keiner der im Abkommen vereinbarten Programmpunkte von den Parteien vor Ort implementiert, was sich beide Seiten dank der Rückendeckung der jeweiligen Schutzmächte auch leisten dürfen. Von der angeblichen Funktion des Vertragswerks als Weg zum Frieden ist nichts zu sehen, und obwohl sich die äußeren Mächte wechselseitig die Nichterfüllung des Abkommens zum Vorwurf machen, denkt keine daran, es zu den Akten zu legen. Das Abkommen taugt eben für *andere* Zwecke, nämlich jeder Seite als Instrument im Kampf gegen die andere, und ist genau so viel wert, wie es den Berechnungen dieser Mächte nützt.

Die OSZE-Beobachter berichten, zwar mit höflicher Zurückhaltung gegenüber unserer demokratischen Ukraine, aber dennoch regelmäßig über Verstöße *beider* Seiten gegen das Abkommen; [93] offiziell politisch zur Kenntnis genommen und verwertet wird davon aber nur die *eine* Hälfte. Bei so gut wie jeder

[93] „*Laut Alexander Hug, stellvertretender Leiter der speziellen Beobachtermission der OSZE, hat keine der Konfliktparteien die fraglichen Waffen je vollständig beziehungsweise anhaltend abgezogen. Lediglich ein Verschieben von Technik konnte registriert werden.*" (NZZ, 18.8.2015)

Gelegenheit lokalisieren die Vertreter der USA und der EU die Schuld dafür, dass von einer Umsetzung des Abkommens nicht die Rede sein kann, konsequent einseitig auf Seiten der Separatisten und Russlands. [94]

Die USA

können sich im Einklang mit ihrem ukrainischen Schützling nur eine Verhandlungslösung vorstellen, bei der Russland abzieht und konzediert, dass aus der Ukraine ein antirussisches Bollwerk des Westens wird. Weil das eher unwahrscheinlich ist, wird weiter an einer militärischen Lösung gearbeitet.

Das heißt aber nicht, dass die USA mit dem Abkommen, das nicht sie vermittelt haben und das in ihrem Kongress als schwächliches Nachgeben gegenüber dem Aggressor Russland angefeindet wird, nichts anstellen könnten. Sie stellen sich sogar voll dahinter – um es zu benützen, gegen Russland und gegen Europa. Kerry und die Kollegen Senatoren definieren laufend Vertragsbrüche auf der russischen Seite, stilisieren mit der dauerhaften Anklage Russland also zum Gegner, der zur Raison gebracht werden muss. Diese monotone Anklage dient im Verhältnis zu Europa erstens dazu, die dortigen Führungsmächte perspektivisch auf ihre imperialistische Pflicht festzunageln: Sie selbst, als Vertreter eines

[94] Stellvertretend für alle die NATO:

„*Wir sind besorgt über die Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens durch die von Russland unterstützten Separatisten, den Einsatz der schweren Waffen und die fortgesetzte Unterstützung der Separatisten durch Russland, einschließlich der Lieferung von Waffen, was alles in Widerspruch zum Minsker Abkommen steht. Wird sind ebenso besorgt über die fortgesetzten Behinderungen der Arbeit der OSZE, in der Hauptsache durch die Separatisten, sowie über die zunehmende Zahl von Vorfällen, die die Sicherheit der Beobachter bedrohen.*" (Joint statement of the NATO-Ukraine Commission, 13 May 15, Press Release 15)

Die NATO-Mächte sind ja schließlich auch keine Notare, die die Erfüllung von Paragraphen kontrollieren, sondern – erklärtermaßen „concerned" – Partei in diesem Konflikt, an dessen Herstellung sie beteiligt sind.

europäischen Machtblocks, der auf Respekt vor seinen Vertragsregelungen besteht, werden doch den Bruch des Abkommens im Namen ihrer Autorität nicht dauerhaft hinnehmen können. Der Vorwurf der Verletzung des Abkommens fungiert gewissermaßen als Kriegsrechtfertigung auf Abruf.

Zweitens leistet das Herumreiten auf russischen Verstößen gegen Minsk auch vorher schon den Dienst als Rechtstitel, mit dem die Verlängerung bzw. Verschärfung von Sanktionen gegen bzw. in Europa durchgepaukt wird. Zwar haben verschiedene europäische Nationen immer wieder betont, dass die europäischen Sanktionen gegen Russland befristet sind und damit auch mal wieder Schluss sein müsste. Aber nach dem G7-Gipfel in Elmau kann Obama den Beschluss verkünden, dass sich die Staats- und Regierungschefs darauf geeinigt hätten, die Sanktionen gegen Russland zunächst nicht aufzuheben, solange Russland seinen Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen nicht nachkomme. Gegebenenfalls könnten die Sanktionen noch verschärft werden, was die USA Ende Juli auch ganz ohne Abstimmung mit Europa tun. [95]

Für diese Verwendung des Minsker Abkommens ist dann allerdings auch erfordert, dass die US-Politik den eigenen Schützling unter Kontrolle bringt. Zwar kann sich die Ukraine bei ihrer Auslegung des Abkommens in fast jeder Hinsicht auf die Rückendeckung der USA verlassen; die Schutzmacht ist aber mit massivem Druck und dezenten Hinweisen auf den ukrainischen

[95] Der Vorteil der stereotypen Anklage gegen Russland besteht auch darin, dass die USA gar keinen besonderen Anlass mehr zurechtkonstruieren müssen, sondern neue Sanktionen ganz nach ihrem Bedarf beschließen:

„*Das US-Finanzministerium gab in Washington bekannt, dass es die Sanktionen gegen Russland ausgeweitet habe und 15 Einzelpersonen und Organisationen aus dem russischen Rüstungssektor mit Strafmaßnahmen belegt. Wenige Tage zuvor hatte die US-Fachzeitschrift Defense News berichtet, die Umsätze großer Rüstungskonzerne wie Lockheed Martin und Boeing seien rückläufig, die der russischen Konkurrenz aber trotz der Sanktionen sprunghaft gewachsen.*" (Junge Welt, 1.8.15)

Staatsbankrott [96] eingestiegen, damit Regierung und Parlament das Autonomie-Versprechen für Donezk und Lugansk pro forma erfüllen. Auf *dem* Hebel, mit dem man die andere Seite in Zugzwang bringen will, haben die USA kategorisch bestanden: Diese Pflichterfüllung durch die Ukraine muss sein, [97] um den Druck auf Russland zu erhöhen, das essential des Abkommens aus amerikanischer Sicht zu erfüllen, nämlich die Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze und damit das entscheidende russische Machtmittel in diesem Konflikt aufzugeben. Diesen amerikanischen Beitrag zur Friedenssicherung hat die amerikanische Europabeauftragte Nuland durchgeboxt, gegen das hartnäckige Sträuben von Poroschenko & Co und unter Inkaufnahme des Risikos, dass die ohnehin wacklige und zerstrittene Regierungsmannschaft dadurch weiter ins Wanken kommt.

Darin besteht nämlich das erlesene Problem der amerikanischen Ordnungsstiftung in der Ukraine: In einem ordentlichen Stellvertreterkrieg – als solcher wird der Ukraine-Krieg ja mittlerweile von sachverständigen Beobachtern definiert – muss der Stellvertreter auch als solcher *funktionieren*, was aber im Fall der Ukraine keineswegs gesichert ist. Mit ihren fanatischen, durch die westlichen Berechnungen ermächtigten Patrioten, die unendlich daran leiden, dass zwar fast die ganze Welt hinter ihrer guten Sache, aber das Kriegsglück überhaupt nicht auf ihrer Seite steht, bleibt das

---

[96] *„‚Wir begrüßen die Annahme des Gesetzes über die Dezentralisierung der Machtstrukturen in den Regionen', sagte John Kirby, offizieller Sprecher des US-Außenamtes. Dieser Schritt werde für die Zusammenarbeit der Ukraine mit dem Internationalen Währungsfonds sowie für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen förderlich sein, betonte er."* (Sputnik, 17.7.15)

[97] Nuland meldet Vollzug:

„Die von Kiew beschlossenen Verfassungsänderungen lassen davon sprechen, dass die ukrainische Regierung ihre Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen erfüllt hat, betonte Victoria Nuland, Under Secretary im US-Außenamt, am Donnerstag in Kiew. ‚Dies wird die Antwort sein auf alle Fragen hinsichtlich der Einhaltung der Minsker Abkommen durch die Ukraine, egal, ob diese Fragen aus Donezk und Lugansk oder aus Moskau kommen. Nun kann Kiew sagen: ‚Unsere Verpflichtungen sind erfüllt'." (Sputnik, 17.7.15)

politische Kommando über das Land unberechenbar. Im Inneren bilden die enttäuschten Nationalisten eine dauernde Gefahr für die Regierung, der Machtkampf in und außerhalb der Rada, des ukrainischen Parlaments, findet kein Ende; an der Front treiben die Bataillone mehr oder minder, was sie wollen. Da haben die USA viel zu erledigen: Sie betreuen die Einsortierung der Bataillone in die Armee, verurteilen die Aktion des Rechten Sektors in Transkarpatien, das Asow-Bataillon des Rechten Sektors wird demonstrativ von amerikanischer Militärhilfe ausgeschlossen. Insgesamt heißt es, das Problem zu bewältigen, die eigene Mannschaft gegen alle störenden nationalistischen Anfeindungen an der Macht zu halten und den eigenen Anforderungen gemäß zuzurichten: Schließlich soll der neu eroberte Vorposten der freien Welt sich nicht mit seinen zweifelhaften militärischen Fähigkeiten in einem aussichtslosen Dauerkrieg verschleißen, sondern zu einer potenten (NATO-)Militärmacht aufwachsen, mit der nicht ein paar Separatisten, sondern die Großmacht Russland ernsthaft rechnen muss.

Die neue Ukraine mit ihren inneren Fronten bleibt vorderhand ein unhandliches Instrument, das man in den Griff bekommen muss, und solange heißt es: Minsk nutzen. [98] Schließlich gilt auch da Obamas ‚leading from behind': Den Krieg selber zu

[98] Die Schutzmächte des Abkommens wollen Minsk sogar ausbauen und stellen sich hinter den russischen Vorschlag, die entmilitarisierte Zone auf 30 km auszudehnen und weitere Waffenkategorien abzuziehen.

„*Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Präsidenten Frankreichs, der Ukraine und Russlands haben gefordert, die diese Woche erzielte Vereinbarung über den Abzug von Panzern und Artilleriegeschützen mit einem Kaliber von bis zu 100 Millimetern von der Front in der Ostukraine rasch zu verwirklichen"* (FAZ, 25.7.15), was die ukrainische Seite aber dankend ablehnt:

„Die ukrainischen Sicherheitskräfte haben vorläufig nicht vor, die schweren Waffen von der Trennlinie im Donbass abzuziehen, wie Andrej Lyssenko, Sprecher der ukrainischen Präsidialverwaltung, sagte. Schwere Artillerie befinde sich gegenwärtig in den ukrainischen Stellungen, wovon die Partner der Ukrainer, darunter die OSZE, benachrichtigt worden seien." (Sputnik, 13.8.15)

übernehmen und in die direkte Konfrontation mit Russland einzutreten, ist nicht gewollt; sich vom Stellvertreter in einen Krieg hineinziehen und vor die Alternative stellen lassen, dass Russland entweder noch weitere Geländegewinne macht oder man selber eingreifen muss, auch nicht. [99]

In diesem Sinne haben sich die USA sogar wieder ein neues diplomatisches Format mit Russland einfallen lassen. In Übergehung der Europäer konferieren Nuland und ein russischer Staatssekretär in Zukunft regelmäßig über die Ukraine, zur Vermeidung von Missverständnissen. Die Weltmacht „schlittert" bestimmt nicht in einen Konflikt „hinein".

Die EU bzw. Merkel

lässt sich von den USA darauf verpflichten, die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten. Gegen den vehementen Widerstand etlicher Mitglieder, die auf ihre divergierenden Interessen pochen, ist sich der Euro-Imperialismus – jedenfalls nach der deutschen Definition – selber die Fortsetzung der Sanktionen schuldig: als Druckmittel, Russland in den Verhandlungen die Anerkennung des europäischen Besitzstands Ukraine abzuringen. Also beschließt auch die EU, die Sanktionen gegen Russland nur bei vollständiger Umsetzung von Minsk II aufzuheben. Wobei die Definitionshoheit über die Vollständigkeit natürlich auch bei ihr liegt. Merkel dazu:

[99] Ein amerikanischer Strategie warnt die Falken im Kongress:

„*Es ist die übliche Weisheit dieser Kongress-Mitglieder, dass Putin abgeschreckt wird, wenn der Ukraine nur genügend tödliche Hilfsmittel geliefert werden. Aber wie viel sind das genau, und was ist, wenn er nicht abgeschreckt ist, sondern weiterhin geschätzte vierzigtausend Mann an gut trainierten Bodentruppen sowie Einheiten von Luft-Boden-Kampfbombern unmittelbar hinter der russischen Grenze bereithält, die er schnell losschicken könnte?*" (defenseone.com, 3.2.15)

> *„Worum geht es bei der Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets? Es geht darum, dass wir zum Schluss die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherstellen."*[100]

Auch die deutsche Öffentlichkeit ist ganz auf Linie und beantwortet die Schuldfrage, wer hier das Abkommen verletzt, zu annähernd 100 % richtig.

Daneben verfolgt die EU-Politik aber weiterhin ihre zweigleisige Linie. Neben dem Vorwurf der Vertragsverletzung, der ja auch nicht schwer zu haben ist, solange russische Kämpfer und Waffen unterwegs sind, ohne die sich die „Rebellen" nicht behaupten könnten, wird krampfhaft darauf bestanden, dass der Friedensprozess überhaupt nicht gescheitert ist, sondern umgekehrt lebt und vorankommt. Zum Beweis werden Fortschritte an den Haaren herbeigezogen, auch wenn die bei genauerem Hinsehen nur aus einer Diskussion bestehen:

> *„Steinmeier zeigte sich erfreut, dass es leichte Fortschritte in der Arbeitsgruppe zu wirtschaftlichen Fragen gegeben habe. Es seien sogar mehrere Projekte diskutiert worden, die womöglich als Kooperation zwischen der Ukraine, Russland, den Separatisten in der Donbass-Region und Staaten wie Deutschland und Frankreich denkbar seien. ‚Zur Diskussion steht die Wiederherstellung von zerstörten Brücken auf der einen Seite oder aber die Reparatur der beschädigten Wasserversorgung'"* (Spiegel.online, 24.6.15)

– die zur Zeit gerade einmal wieder von der ukrainischen Seite unter Beschuss genommen wird. [101] Die diplomatische Kunstfertigkeit, lauter Brüche des Abkommens zu konstatieren und von

---

[100] www.bundeskanzlerin.de, 10.5.2015

[101] *„Die OSZE berichtete, dass sie mit dem Versuch gescheitert sei, eine örtliche Waffenruhe für die Reparatur einer für die Wasserversorgung von Gorlowka wichtigen Pumpstation zu vermitteln. Sie äußerte sich nicht zum Urheber des Beschusses, der auf das Reparaturteam gerichtet war. Aus den Umständen lässt sich jedoch erschließen, dass es eher die ukrainische Seite gewesen sein dürfte. Schließlich braucht die Stadt Gorlowka das Wasser."*(Junge Welt, 6.8.15)

dessen Gültigkeit zu *trennen*, beruht auf der *Entscheidung* der Vertragsüberwacher, das Abkommen in Kraft zu halten:

> *„Der Weg von Minsk sei ‚nicht perfekt, aber derzeit ist er der einzige, den wir haben'. Steinmeier mahnte die Konfliktparteien, die unterzeichneten Verpflichtungen auch umzusetzen – ‚täglich, wöchentlich, monatlich'."* (Die Presse, 2.7.15) [102]

Minsk darf laut europäischem Beschluss nicht scheitern – wegen der höheren Funktionen, für die es neben und getrennt vom Kriegsschauplatz da ist: als das Format, in dem Europa *seine* Machtmittel gegen den Partner Russland einsetzt, um im Idealfall die Verhinderung einer militärischen Eskalation durch eine „politische Lösung" herauszuschlagen, bei der Russland klein beigibt. Da zwar viel russische Bereitschaft zu einer Dämpfung des Konflikts, ein solches Resultat aber absehbarerweise nicht zu haben ist, setzen die Euro-Politiker alles daran, die unliebsame, von Amerika angedrohte und vorbereitete militärische Eskalation hinauszuzögern und den Krieg vor Ort einzugrenzen.

---

[102] Das Verfahren lässt die Öffentlichkeit dann manchmal schon daran zweifeln, ob unsere Politiker auch genügend Tatkraft und Erfolge vorzuweisen haben:

„Seit Monaten verweisen Politiker im Westen hartnäckig darauf, die Feuerpause von Minsk werde ‚weitgehend eingehalten'. Das sagte immer mehr über den unverwüstlichen Optimismus der Redner aus als über die tatsächliche Lage. Gestorben und geschossen wurde weiter, wenn auch in verringerter Intensität ... Ist Minsk damit gescheitert?" (Spiegel.online, 4.6.15)

„*Wer den Krieg in der Ukraine verfolgt, hat sich längst abgewöhnt, etwas auf Versprechen zu geben. Die im Minsker Friedensabkommen festgehaltene Waffenruhe hat es im Grunde nie gegeben ... Die Hoffnung zu hegen, der Krieg werde nun endlich zu einem kontrollierten Stillstand kommen – dafür braucht es schon einen kerngesunden Optimismus. Die Bundesregierung hat ihn sich offenbar bewahrt. Es sind noch nicht einmal die ursprünglichen Bedingungen der Waffenruhe umgesetzt, geschweige denn den jetzt getroffenen Vereinbarungen Taten gefolgt, da sieht der Sprecher des Auswärtigen Amts, Martin Schäfer, schon die Chance, über die im Minsker Abkommen festgelegten Schritte hinauszugehen. Gleichzeitig räumte Schäfer ein, von einer Entspannung sei man noch weit entfernt. Was denn nun?"* (Zeit online, 22.7.15)

Das besondere europäische Leiden an diesem Fall besteht schließlich darin, dass ausgerechnet die machtvolle Ausdehnung in den Osten, die nicht zuletzt der Emanzipation des Euro-Blocks von der Dominanz der USA dienen sollte, die EU wieder an die Seite der Führungsmacht und zur Unterordnung unter deren strategische Berechnungen zwingt. Diesem Zwang *auszuweichen*, um sich die Perspektive einer weiteren friedlichen Vereinnahmung Russlands für die eigenständigen europäischen Machtambitionen zu erhalten, das ist die Funktion, die der sogenannte Friedensprozess für Europa hat. Dafür heißt es dann wieder, Russland Zugeständnisse abzuringen; dafür beschwört Steinmeier den Kalten Krieg, den doch niemand wollen kann.

> *„Tatsächlich ist der Konflikt in der Ostukraine – ‚die schwerste sicherheitspolitische Krise seit dem Ende des Kalten Kriegs' ... Die bisherige europäische Sicherheitsarchitektur sei, so Steinmeier gestern, durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch die Russische Föderation schwer erschüttert. Einer militärischen Lösung erteilte der deutsche Außenminister dennoch eine klare Abfuhr. In der nachfolgenden Pressekonferenz warnte er gar vor einem ‚Aufrüsten in Europa, das außer Kontrolle gerät'."* (Die Presse, 2.7.15)

Russland

reitet spiegelbildlich zu den Westmächten auf Kiews einseitigen Handlungen herum. Konstatiert wird

> *„der Versuch, die Verfassungsreform ohne Konsultationen mit Donezk und Lugansk durchzuführen, die fehlende Bereitschaft, das Gesetz über einen Sonderstatus für diese Region und das Amnestiegesetz in Kraft zu setzen, der andauernde Beschuss von Wohnvierteln und besonders die totale Blockade." (Der russische OSZE-Botschafter Andrej Kelin, Sputnik, 3.7.15)*

Russland reklamiert immerzu, dass es die ukrainische Regierung ist, die das Abkommen bricht, denkt aber ebensowenig wie die EU daran, das Abkommen für gescheitert zu erklären. Außenminister Lawrow:

„Es sei die gemeinsame Entscheidung, keinen Zusammenbruch des Minsker Abkommens zu erlauben. ‚In der heutigen Sitzung gab es ein klares Verständnis der Gefahr, die von den Handlungen bestimmter Kräfte ausgeht, die versuchen, die ganze Situation in Richtung einer militärischen Lösung zu drängen'." (FAZ, 19.7.15)

Die russische Führung will nämlich den diplomatischen Verkehr mit Europa aufrechterhalten und versucht, den Partner von seiner Bereitschaft zu einer konstruktiven Regelung zu überzeugen, um ihn der amerikanischen Kriegslinie abspenstig zu machen, d.h. laut der hiesigen Sprachregelung, das Bündnis zu „spalten". Sie möchte sich die steigenden Kosten für den militärischen Aufbau und den Unterhalt der Gebiete in der Ostukraine ersparen, die der Kriegsschauplatz an der eigenen Grenze mit sich bringt, und auch die Mühsal, die Separatisten in den Griff zu bekommen und auf ihre diplomatische Linie festzunageln; [103] und schließlich möchte man auch die Sanktionen wieder einmal beendet sehen. Russland will den Konflikt erkennbar *loswerden* oder zumindest entschärfen – zwar nicht bedingungslos, aber wegen seiner schädlichen Wirkungen so schnell wie möglich.

Russland legt daher eine deutliche Konzessionsbereitschaft an den Tag und setzt gegen seine Mannschaft in der Ostukraine einseitige Vorleistungen durch, um die westlichen Beschuldigungen zu entkräften und *Kiew* ins Unrecht zu setzen und so der dortigen Regierung die politische Rückendeckung durch die NATO-Mächte ein bisschen zu entziehen und halbwegs brauchbare Bedingungen für eine Stillstellung und Beendigung der Auseinandersetzung zu schaffen:

„Die ukrainische Armee müsse mit der Entmilitarisierung der umkämpften Ortschaft Schirokine beginnen, forderte Lawrow nach Angaben seines Ministeriums am Samstag in separat geführten Telefonaten mit seinen Kollegen aus den Vereinigten Staaten,

[103] „Russland kostet es viel Mühe, die ostukrainischen Gebiete Lugansk und Donezk weiter davon zu überzeugen, dass ihr Verbleib im Bestand der Ukraine zweckmäßig ist." (Kelin, Sputnik, 3.7.15)

Deutschland und der Ukraine ... Lawrow begründete seine Forderung damit, dass sich die prorussischen Rebellen bereits aus der Region im Umkreis von zehn Kilometern um die Hafenstadt Mariupol zurückgezogen hätten ... In Abstimmung mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa würden Waffen mit einem Kaliber von 100 Millimetern mindestens drei Kilometer von der Front abgezogen, sagte der Separatistenführer Wladislaw Dejnego in Luhansk. Die Region Donezk kündigte ebenfalls den Rückzug von Waffen an. 'Das ist unser einseitiger Schritt Richtung Frieden. Wir zeigen der ganzen Welt, dass wir die Vereinbarungen von Minsk erfüllen', sagte der Chef der Luhansker ‚Volksmiliz', Sergej Koslow." (FAZ, 19.7.15)

Aber vermutlich dürfte sich die russische Auffassung von Frieden nicht mit der der anderen Seite decken. Weshalb es auch Russland nicht unterlässt, seine Militärmacht demonstrativ in Stellung zu bringen.

2016

Unsere Ukraine – ein einziger großer Fall von „Korruption“

Friktionen bei der Herrichtung eines *failed state* zum Frontstaat[104]

Das Bild, das die deutsche Öffentlichkeit von der Ukraine zeichnet, hat sich seit ihrer Verwandlung in einen Vorposten des Westens stark geändert. Als es noch darum ging, das hiesige Publikum in seiner „Erweiterungsmüdigkeit“ davon zu überzeugen, warum das Land ganz unbedingt mit einem Assoziationsabkommen an die EU angebunden werden muss, war viel zu erfahren über den herrlich „europäischen“ Charakter von Land und Volk: Die Ukrainer seien auf Grund ihrer Geschichte (da figuriert ausgerechnet die k.u.k.-Herrschaft in der Westukraine als Beweis) oder von Natur aus ungleich viel westlicher/demokratischer geartet als die (asiatischen) Betonköpfe in Russland; ein Muster an buntem Pluralismus, Freiheitsliebe und civil society. Mit diesem liebenswerten Wesen, das sich auf dem Maidan gezeigt haben soll, gehörten sie einfach zu unserer Kultur und unseren Werten. Aber mittlerweile hat sich das Bild getrübt, und die Presse hat sichtlich auch die Lust an Berichten über den neuen Partner verloren – abgesehen natürlich von der endlosen Anprangerung russischer Missetaten im Osten. Die westliche Diplomatie moniert ein ums andere Mal eine doch sehr stockende Bereitschaft zu „Reformen“ und energischem Durchgreifen gegen zwielichtige Oligarchen, und überhaupt eine tief verwurzelte Korruption, die bis in die höchsten Kreise reicht: Kein Geringerer als der Präsident selbst ist in den Panama Papers aufgetaucht.

[104] Gegenstandpunkt 4 - 2016

Die USA, die große Schutzmacht der Ukraine, haben sich an die Spitze dieser Kritik gesetzt und entsprechenden Handlungsbedarf entwickelt. Ihre Beschuldigungen richten sich allerdings erst einmal gegen Russland. Von dort soll es nämlich ausgehen, das Übel der Korruption, und geradezu als *Waffe* zum Einsatz kommen: Wie ein Ex-US-Botschafter berichtet, gehört Bestechung zu der Kremlin Tool Box for Undermining the Peace of Europe and Eurasia.[105]

1. Amerika beklagt die Korrumpierung der Ukraine durch Russland

Mit Korruption, im amerikanischen Weltbild überhaupt eine der größten modernen Geißeln der Menschheit, will die amerikanische Diplomatie speziell ein Instrument von Putins Außenpolitik gekennzeichnet haben. Vizepräsident Biden schildert, wie Putin andere Nationen „aussaugt" und ihrer Souveränität beraubt, passenderweise fürs amerikanische Gemüt mit Comic-Anleihen illustriert:

> *„Corruption is a cancer. Those of you who watch Superman movies and comic books, it is like kryptonite to the functioning of democracy. It siphons away resources. It destroys trust in government. It hollows out military readiness… But as President Putin and others engage in the use of corruption as a tool of coercion abroad, then fighting corruption is not just about good governance, it's self-defense. It's about sovereignty."*[106]

[105] „*Das Werkzeug, mit dem der Kreml den Frieden in Europa und Eurasien unterminiert*" (US Senate Hearing. U.S. Policy in Ukraine: Countering Russia and Driving Reform, 10.3.15, Testimony by Ambassador (Ret.) John E.Herbst, Director of the Dinu Patriciu Eurasia Center Atlantic Council)

[106] „*Korruption ist ein Krebsgeschwür. Für alle, die die Superman-Filme und Comics kennen: Sie ist das Kryptonit einer funktionierenden Demokratie. Sie saugt Ressourcen ab. Sie zerstört das Vertrauen in Regierungen. Sie höhlt die militärische Verteidigungsbereitschaft aus… Aber da Präsident Putin und andere Korruption als Zwangsinstrument gegen auswärtige Staaten einsetzen, geht es beim Kampf gegen*

Mr Herbst vertieft die Diagnose:

> *„Corruption, a major feature of Mr. Putin's Russia, is an important tool for the Kremlin in promoting its influence in the Near Abroad. The Kremlin understands that corrupt foreign officials are more pliant. Cooperation between Russian intelligence services and criminal organizations figures here. For instance, the siphoning off of vast resources from the gas sector into private hands…“* [107]

Eine interessante neue Feindbildfacette, die sich die US-Diplomaten zurechtgelegt haben: Was Russland in seinem Nahen Ausland unternimmt, um sich Einfluss zu verschaffen, soll im Wesentlichen auf *kriminelle* Weise vonstattengehen. Abzulesen ist das zwar weniger an den Beziehungen selbst, denn dass „resources“ in „private hands“ geraten, ist ja eigentlich der Sinn von Marktwirtschaft. Aber Amerika, das Russland grundsätzlich kein Recht auf eine Einflusszone zugestehen will, das deshalb die Staatsraison der Nachbarstaaten auf „Unabhängigkeit“, sprich das pure *Weg von Russland* festzulegen sucht, bekommt es nun einmal damit zu tun, dass sich in denselben Nationen dann doch immerzu Interessen geltend machen, die auf fortgesetzte Beziehungen zu und Geschäfte mit Russland ausgerichtet sind. Die Supermacht korrigiert da selbstredend nicht ihre Definition, nach der sich diese Gesellschaften ausschließlich nach westlicher Betreuung sehnen, sondern weiß sofort, dass die anders orientierten betreffenden Subjekte *korrumpiert, gekauft, bestochen*, also russische Machenschaften am Werk sein müssen.

Korruption nicht nur um gutes Regieren, es ist Selbstverteidigung. Es geht um Souveränität.“ (whitehouse.gov)

[107] *„Korruption, ein Wesensmerkmal von Herrn Putins Russland, ist ein wichtiges Werkzeug, mit dem der Kreml seinen Einfluss in seinem nahen Ausland voranbringt. Der Kreml hat begriffen, dass korrupte auswärtige Funktionäre nachgiebiger sind. Da kommt die Zusammenarbeit zwischen russischen Geheimdiensten und kriminellen Organisationen ins Spiel. Wenn zum Beispiel beträchtliche Einnahmen aus dem Gassektor abgezockt werden und in private Hände wandern…“* (Herbst, s. Fußnote 1)

Mrs Nuland, im US-Außenministerium für Europa und Eurasien zuständig, vertieft diese Erkenntnisse mit Hilfe der amerikanischen *sovietology*:

> *„Fighting corruption is one of the hardest things that countries have to do – particularly countries emerging from the kleptocratic Soviet system. Pretty much every set of leaders since independence has, in one way or another, either directly ripped off the people of Ukraine or allowed it to happen. So there's Soviet overhang here. There's also a recent tradition of this… Dirty money buys politicians, buys businesses, takes over the sovereignty of the country, and manipulates politics."* [108]

Nach dieser Diagnose lebt ein *soviet overhang,* völlig unberührt von der Abschaffung des alten Systems und deutlichen Anzeichen von Kapitalismus im europäischen Osten, immer noch weiter. Die amerikanische Politik will offensichtlich nicht ohne die Stilisierung Russlands und seiner Einflusspolitik zu einem *bösen System* auskommen. Ganz in der Tradition moralischer Verurteilung postuliert Nuland nun als Ersatz für die entfallene Sowjetwirtschaft die ‚System'-Eigenschaft *kleptocratic*, das Ausrauben der Untertanen als Lebenszweck der östlichen Herrschaften. Und dieses angeblich sowjetische Erbe namens *dirty money* gilt es zu beseitigen.

Mit diesen politischen Definitionen ergänzt die US-Diplomatie ihre Sanktionspolitik gegenüber Russland, die auf dessen partiellen Ausschluss vom Weltmarkt und schrittweise Ächtung abzielen, um den Rechtstitel ‚Kampf gegen Korruption'.[109] Die

---

[108] *„Die Korruption zu bekämpfen ist eine der schwierigsten Sachen, die Länder zu erledigen haben – vor allem jene, die aus dem kleptokratischen Sowjetsystem hervorgegangen sind. So ziemlich jede Führungsriege seit der Unabhängigkeit hat auf die eine oder andere Weise entweder direkt das ukrainische Volk ausgenommen oder zugelassen, dass das passiert. Hier gibt es also noch Sowjethinterlassenschaften. Dies begründet auch eine neue Tradition… Schmutziges Geld kauft Politiker, kauft Geschäfte, übernimmt die Souveränität des Landes und manipuliert die Politik."* (Victoria Nuland's interview with Savik Shuster, 17.7.15, kyivpost.com)

[109] In diesem Sinn haben die USA auch bei den Sanktionen, die sie aus Anlass der Ukraine-Krise gegen Russland verhängt haben, speziell einen Kreis von russischen Geschäftsleuten auserkoren, die als Putin-Amigos

ökonomischen Interessen, die die Ukraine und andere Nachbarstaaten an Russland binden, siehe insbesondere die Geschäfte im strategisch bedeutsamen Sektor der Energieversorgung, denunziert Amerika als Ausfluss der korrumpierenden russischen Praktiken, weil es die Ukraine ein für allemal von jedwedem russischen Einfluss abtrennen will.

Im Zuge der Betreuung der endlich ins Lager der Freiheit gezogenen Ukraine hat sich dasselbe Urteil aber nun zunehmend und zunehmend giftiger gegen den eigenen Schützling gerichtet.

2. Das Leiden Amerikas an der Unzuverlässigkeit seiner Eroberung

US-Vizepräsident Biden telefoniert nach eigenen Aussagen mindestens zwei Stunden pro Woche mit dem ukrainischen Staatschef Poroschenko, und jedes Mal geht es um dasselbe Thema: *Corruption has been the topic of almost all of our calls*. In einer seiner zahlreichen Standpauken nimmt er sich den Ministerpräsidenten persönlich zur Brust und verlangt kategorisch, dass jetzt endlich einmal Verbrecher verfolgt, verurteilt und eingesperrt werden müssen:

> *„‚Ukrainians know in their bones, it's not enough to talk about changes, we have to deliver change, you have to deliver change. Ukraine has a strategy and new laws to fight corruption. Now you have to put people in jail.'… Biden described Ukraine's post-EuroMaidan Revolution government as having ‚one last chance' and, talking to Yatsenyuk directly from the stage, said: ‚This is it Mr. prime minister. The next couple years, the next couple months will go a long way to telling the tale… Success in Ukraine will tell a story about what Europe will look like in the next 10 or 15 years.'"* [110]

vorgezeigt werden und damit auch den zutiefst korrupten Charakter der Herrschaft in Russland belegen sollen, damit auch der russische Wähler endlich einmal die richtigen Schlüsse daraus zieht.

[110] „*Die Ukrainer wissen haargenau, es reicht nicht, über Veränderungen zu reden, wir müssen Veränderungen liefern, Sie müssen Veränderungen liefern. Die Ukraine*

Mit wachsender Unzufriedenheit bestehen die amerikanischen Betreuer der Ukraine darauf, dass ihre Schützlinge gefälligst Erfolge abzuliefern haben, und verwenden immer und immer wieder ihre rhetorischen Fähigkeiten darauf, denen klarzumachen, dass es einzig an der Korruption bzw. an deren mangelnder Bekämpfung liegt, dass sich der in Auftrag gegebene *success* nicht einstellt.

> *„Undermining Ukraine's economic success… is corruption. Corruption kills. It kills productivity and smothers inspiration… Imagine the impact if – instead of lining corrupt officials' pockets – the resources being zapped by corruption were freed up and reinvested in Ukraine's economy… Things get better, by insisting on accountability, transparency, and fair rules. Without these, business cannot survive and investors will not invest… Ukraine has every reason to succeed. This country has resources in abundance. Its highly educated workforce can supply Europe and its neighbors with human capital and competitive products. Its famous black earth already feeds the world."*[111]

---

hat eine Strategie und neue Gesetze, um Korruption zu bekämpfen. Sie müssen jetzt endlich diese Leute hinter Gitter bringen.' … Biden sprach davon, dass die Regierung der Euromaidan-Revolution noch ‚eine letzte Chance' hat, und richtete sich von der Rednerbühne direkt an Jazenjuk: ‚So ist es, Herr Premierminister. Die nächsten paar Jahre, die nächsten paar Monate werden es zeigen… Der Erfolg in der Ukraine wird ein Beispiel dafür sein, wie Europa in den nächsten 10 oder 15 Jahren aussieht.'" (Obama joins Biden in White House meeting with Yatsenyuk, other Ukrainian officials, Kyiv Post, 14.7.15, kyivpost.com)

111 *„Es ist die Korruption, die den Wirtschaftserfolg der Ukraine untergräbt. Korruption tötet. Sie tötet Produktivität und erstickt Erfindungsgeist… Stellt euch die Wirkung vor, wenn – anstatt die Taschen korrupter Politiker zu füllen – all die Ressourcen, die von der Korruption verzehrt werden, befreit und in die ukrainische Wirtschaft investiert würden… Alles wird besser, wenn auf Verantwortlichkeit, Transparenz und fairen Regeln bestanden wird. Ohne sie können Unternehmen nicht überleben und werden Investoren nicht investieren… Die Ukraine hat allen Grund erfolgreich zu sein. Dieses Land hat Ressourcen im Überfluss. Seine hoch qualifizierte Arbeiterschaft kann Europa und seine Nachbarn mit Humankapital und wettbewerbsfähigen Produkten versorgen. Seine berühmte Schwarzerde ernährt bereits die Welt."* (Remarks by US Ambassador Geoffrey Pyatt at the Odessa Financial Forum, 24.9.15, ukraine.usembassy.gov)

Es ist schon eine reife Leistung, der Ukraine ihre überreichlichen Ressourcen und das *Recht* auf Erfolg vorzurechnen, das in dem Fall die Schutzmacht Amerika beansprucht – derselben Ukraine, die sich seit ihrem Übertritt ins westliche Lager dank der einzigartigen Kombination von Kriegszustand und IWF-Regime gründlich ruiniert. Die regierungsamtliche Beschuldigung, dass Poroschenkos Mannschaft dem amerikanischen Paten den nötigen Erfolg allein aus mangelndem Eifer bei der Verfolgung von Korruption versagt, bewegt sich stark am Rand einer Halluzination, denn die Umstände im Land sind ja kaum zu übersehen.

Wirtschaftlicher Ruin als Preis der neuen Freiheit

Die Konfrontation in der Ostukraine hat einen industriell und für die nationale Energieversorgung bedeutsamen Landesteil in Kriegsgebiet verwandelt, [112] dazu kommen der Verschleiß von materiellen Mitteln für den Krieg, das Kappen der ökonomischen Verflechtungen mit Russland, der Abbruch der zwischenbetrieblichen Kooperationen, wodurch enorm viel von dem flachgelegt wird, was in der Ukraine bis dato als Wirtschaft zu bezeichnen war. [113] Der Streit mit dem Kreml um den Energiehandel hat zur

[112] *„Wegen massiver Probleme bei der Stromversorgung fallen Teile der Ukraine immer häufiger in Dunkelheit – in einigen Städten bis zu sechs Stunden täglich… Die Lage in den Kraftwerken sei katastrophal, berichtete die Internetzeitung ‚Ukrainskaja Prawda‘ am Freitag. ‚Kiew könnte erfrieren‘, warnte das Portal. Zu den Engpässen komme es unter anderem wegen des Mangels an Kohle, teilte der Minister mit. Der Rohstoff wird vor allem im Konfliktgebiet Donbass gefördert, über das die ukrainische Regierung die Kontrolle verloren hat.*

Minister Demtschischin forderte die Unternehmen auf, ihre Arbeit in die Nachtstunden zu verlegen, weil dann der Verbrauch im Land geringer sei. In der Westukraine schalteten Energieversorger in einigen Städten die Straßenbeleuchtung ab. Der Verbrauch ist auch deshalb so hoch, weil viele Menschen angesichts des Mangels an Gas Elektrogeräte zum Heizen benutzen.“ (Der Standard, 6.12.14)

[113] „*In Bezug auf die Exportdestinationen ist Russland noch immer der wichtigste Exportmarkt für ukrainische Waren. Im Vorjahr (2015) exportierte die Ukraine aber nur noch Güter für knapp 5 Milliarden US-Dollar nach Russland, ein Rückgang um 75 % innerhalb von vier Jahren… Vor der Krise 2008/2009 stellten*

Reduktion der von Russland abgenommenen Quantitäten geführt mit entsprechender Wirkung auf die Energieversorgung; Embargos, die Russland nach dem Beitritt der Ukraine zum europäischen Freihandel verhängt und vice versa, tragen zum Ruin der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen bei. Zuweilen treten auch noch brave ukrainische Patrioten mit privaten Boykottmaßnahmen in Aktion und blockieren russische Transporte nach Europa, im Gegenzug blockiert Russland ukrainische Exporte nach Zentralasien etc.

Auf dieses Krisenensemble haben die westlichen Paten schließlich auch noch das IWF-Programm draufgesattelt. Der Internationale Währungsfonds verordnet der Nation im Namen einer Konsolidierung ihrer Schulden ein Staats-‚Sanierungs'-Programm

---

Stahl- und Metallurgie-Erzeugnisse 40 % der Exporte dar, 2015 nur noch ein Viertel. In Warenwerten bedeutet dies, dass die Stahlexporte 2015 mit 8–9 Milliarden US-Dollar nur noch einen Bruchteil der Spitzenwerte von 27 Milliarden US-Dollar (2008) oder 22 Milliarden US-Dollar (2011) ausmachen… Der Maschinenbau ist mit einem Anteil von rund 15 % der drittgrößte Exportsektor der Ukraine. Mit der Verschlechterung der Handelsbeziehungen zu Russland schrumpften die Exporte dieses Sektors seit 2011 stark – nominal in US-Dollar um 70 %… Die Konzentration der Maschinenbauexporte auf Russland und die GUS ist ein schwerwiegendes strukturelles Hindernis beziehungsweise ist es unwahrscheinlich, dass eine schnelle und umfassende Umorientierung des Sektors auf westliche Märkte gelingen kann." (Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Finanzsituation der Ukraine: Schwierige Außenhandelsentwicklung und zögerliche internationale Investoren, in: Ukraine-Analysen 166, 13.4.16)

Eine bezeichnende Sichtweise: Dass das private Geschäftswesen der Ukraine offenkundig immer noch auf Elementen der früheren sowjetischen Arbeitsteilung aufbaut, der sich ja auch die industrielle Basis des Landes verdankt, dass das Land also immer noch entscheidend von dieser Hinterlassenschaft lebt, gilt als „strukturelles Hindernis". Und dass die „westlichen Märkte", die von den dortigen Konzernen beherrscht werden, eine ukrainische Konkurrenz kaum mit offenen Armen aufnehmen, liegt selbstverständlich an deren Unfähigkeit zur „Umorientierung". So kann man die Tatsache auch auf den Kopf stellen, dass sich die Ukraine mit ihrer Überführung ins westliche Lager auch von einem bedeutenden Teil ihrer ökonomischen Existenzgrundlage verabschiedet.

vom Feinsten: Die Freigabe des Währungskurses lässt die nationale Währung Griwna abstürzen, massive Kapitalflucht und Bankenschließungen folgen auf dem Fuße. Des Weiteren verordnet der IWF der Ukraine ein Haushaltsregime, das mit Ausnahme der Ausgaben fürs Militär [114] sämtliche Posten zusammenstreicht und die überkommenen staatlichen Leistungen für die elementaren Lebensbedingungen der Bevölkerung wegräumt. Vor allem die „Quersubventionen“ für Energie werden beendet, so dass Strom und Heizung für die Masse der Bevölkerung tendenziell unbezahlbar werden und die Unternehmen mit einer explosionsartigen Teuerung [115] müssen, ihrerseits kaum mehr Steuern entrichten und Lohnzahlungen einstellen. Wachsende Teile der Bevölkerung werden dazu gezwungen, sich einen Gelderwerb im Ausland zu suchen – ironischerweise tun sie das auch in großer Zahl in Russland – oder sich in einem Status zwischen elender Subsistenz- und Schattenwirtschaft zurechtzufinden. [116]

---

[114] Die Soldaten können freilich nicht damit rechnen, einigermaßen regelmäßig ihren Sold zu bekommen; Proteste und Desertionen sind an der Tagesordnung.

[115] Daher kommen zunehmend auch andere Methoden des Heizens in Mode:

„Vor allem in der Provinz fällen die Leute an den Straßen und in den Stadtparks die Bäume; auch Feuerholz aus der Sperrzone bei der Ruine des Atomkraftwerks Tschernobyl findet rege Nachfrage. Das zuständige Forstamt meldete einen Einschlag von 1,36 Millionen Festmetern allein in der laufenden Saison. Vor die Wahl gestellt, zu hungern oder zu frieren, sparen die Ukrainer auch am Essen.“ (Junge Welt, 27.10.16)

[116] „*Das durchschnittliche Einkommen hat sich seit dem Ende der Janukowitsch-Ära halbiert und liegt nach Weltbank-Berechnungen bei umgerechnet 156 Euro, auf einem der letzten Plätze in Europa. Die Inflation lag 2014 bei 25 und 2015 bei 34 Prozent, was sich auf eine Halbierung der Binnenkaufkraft noch vor allen Wechselkurseffekten summiert. Die durchschnittliche Rente beträgt umgerechnet 80 Euro und wird alten Leuten, die nebenher noch jobben, pauschal um 15 Prozent gekürzt. Kein Wunder, dass sich immer mehr Ukrainer nur noch von den auf der Datscha oder von Verwandten auf dem Land angebauten Lebensmitteln ernähren. Auch Dienstleistungen aller Art werden gern gegen Sachwerte erbracht. Die Schattenwirtschaft hat*

Der amerikanische Standpunkt: die Ukraine ist ihren Befreiern den *success* einfach schuldig

Rücksichtslos gegen die verheerenden Umstände, die die Einverleibung der Ukraine ins westliche Lager geschaffen hat, besteht Amerika auf dem Erfolg seines Projekts: dass der imperialistische Zugewinn die *Funktionen* erfüllt, für die er in der US-Weltordnung vorgesehen ist: Als Vorposten an der russischen Grenze hat er gefälligst an sich selbst die nötige Stabilität herzustellen, seine Leistung für das verlangte Containment Russlands darf schließlich nie wieder wie nach der Orangen Revolution durch einen Machtwechsel in Frage gestellt werden. Und außerdem soll er mit seinem Erfolg auch auf die Nachbarn ausstrahlen wie ein „Leuchtturm", siehe Bidens Wünsche für die europäische Zukunft: Success in Ukraine will tell a story about what Europe will look like in the next 10 or 15 years.

Und weil eben das gar nicht stattfindet, sondern eher das Gegenteil, weil das ukrainische Desaster alles andere als ein leuchtendes Vorbild für die weißrussischen und sonstigen Nachbarn abgibt, weil die von den Führungsmächten verlangten „Reformen", die die systematische Abtrennung von allen Verfilzungen mit russischen Interessen und Neuaufstellung als westlicher Vorposten bewerkstelligen sollten, nicht die erwünschten Wirkungen zeitigen oder auch gar nicht stattfinden, weil dieser imperialistische Zugewinn auf Grund des wirtschaftlichen Niedergangs und der Machtkämpfe in seiner herrschenden Klasse notorisch „instabil", gar nicht definitiv gesichert ist; weil die reale Ukraine also alles in allem gegen die ihr aus Washington zugewiesene Mission verstößt, macht die amerikanische Vormacht als *Grund* dafür „schlechte Regierung" im Allgemeinen und „Korruption" bzw. „ausbleibende Korruptionsbekämpfung" im Besonderen dingfest. Wenn man schon in Kiew die richtigen, nach Westen orientierten Figuren an die Macht gebracht hat, wenn man als Schutzmacht samt dem IWF die Aufsicht führt und „dennoch" nichts in diesem Laden

nach Weltbank-Schätzung ein Volumen von 50 Prozent der Wirtschaftsleistung." (Junge Welt, 20.1.16)

vernünftig funktioniert – kein Wachstum, kein effizienter Staat, kein energisches Durchregieren … – dann liegt das einzig daran, dass das sowjetisch-russische Erbübel Korruption die naturwüchsige Harmonie von freier Marktwirtschaft und guter Regierung blockiert: Reichtum wird unproduktiv abgezockt, anstatt sich in berufenen Händen zu vermehren, Ressourcen werden abgesaugt, statt dass sie …

Das mit dem Titel „Korruption“ praktizierte amerikanische Urteil über die Ukraine ist in der Sache ein vernichtender Befund, was deren imperialistische *Tauglichkeit* betrifft, eine einzige Vermisstenanzeige in Sachen good governance. Während sich aber Amerika mit vielen Staaten, denen gewohnheitsmäßig dasselbe bescheinigt wird, ganz gut abfinden kann, ist das in dieser strategisch hochbrisanten Gegend ein unerträglicher Zustand, der nicht geduldet werden darf:

> *„We don't have simply Russian aggression against the victim Ukraine. We have a predictably aggressive Russia against an unpredictable and unreliable Ukraine. Ukraine is now seen as not to be trusted. Where is the decentralization? Where is the commitment? Where are the reforms?“* [117]

Da bleibt der Supermacht gar nichts anderes übrig, als die Sache selbst in die Hand zu nehmen. An erster Stelle steht da natürlich, wie es sich in einem neuen Frontstaat gehört, die Betreuung des ukrainischen *Militärs*. Das wird in mehr oder weniger permanenten Manövern trainiert, an die Interoperabilität mit der NATO herangeführt und elementar ausgerüstet; allerdings nicht mit solchen Mitteln, wie sie für eine Rückeroberung der Ostukraine gebraucht würden und von Poroschenko unentwegt gefordert

[117] *„Wir haben es nicht nur mit einer russischen Aggression gegenüber der Ukraine als Opfer zu tun. Wir haben es mit einem vorhersehbar aggressiven Russland gegenüber einer unberechenbaren und unzuverlässigen Ukraine zu tun. Die Ukraine wird nicht mehr als vertrauenswürdig betrachtet. Wo bleibt die Dezentralisierung? Wo bleibt das Engagement? Wo bleiben die Reformen?“* (David M. Herzenshorn, 17.5.15, NYT)

werden – auch in Sachen Krieg traut die US-Administration ihrem Schützling, so wie er im Augenblick dasteht, nicht über den Weg. Sie setzt auf eine intensive Pflege des ukrainischen Militärapparats – nicht nur und in erster Linie, um seine Schlagkraft zu erhöhen, sondern vor allem, um dessen Führungsstäbe auf die amerikanische Schutzmacht zu verpflichten und sich dergestalt eine Stütze im ukrainischen Herrschaftsapparat und Instrument zur politischen Kontrolle dieses unzuverlässigen Staatsgebildes zu verschaffen.

An zweiter Stelle kümmert sich Amerika nachhaltig um die weiteren *essentials* eines ordentlichen Staats: Was sonst noch so an Voraussetzungen für eine politische und ökonomische Stabilität nötig ist, hat die ukrainische Herrschaft gefälligst *selbst* herzustellen, d.h. sie gehört unter Aufsicht gestellt und zu gutem Regieren gezwungen. Und das wiederum heißt erst einmal, die der Korruption bezichtigte herrschende Klasse der Ukraine mit der Notwendigkeit einer grundlegenden Säuberung und Umerziehung zu konfrontieren.

3. Der Maßstab „Korruption“: ein Delikt, das aus dem Rechtsbestand der erfolgreichen kapitalistischen Staaten entlehnt ist und angewandt auf die Ukraine nur zersetzend wirkt

Der *Maßstab*, an dem die bad governance in der Ukraine gemessen wird, der ‚Tatbestand‘ der Korruption stammt aus dem Arsenal des demokratischen Rechtsstaats, der eine saubere *Trennung von politischer Gewalt und ökonomischer Privatmacht* postuliert, bei der die politische Gewalt unparteiisch und objektiv, eben als Rechtsstaat die Regeln setzt und überwacht, innerhalb derer die Privatsubjekte ihren und damit den nationalen Reichtum mehren. [118] Und es hat sich im Rahmen der Weltordnung, die die erfolgreichen Demokratien eingerichtet haben, eingebürgert, die Machart anderer

[118] Mehr dazu in: Klarstellungen zum Thema: Korruption in der Politik, GegenStandpunkt 1-2000

Staaten gewohnheitsmäßig an den Einrichtungen der eigenen erfolgreichen Herrschaften zu *bemessen*, sich die Freiheit zu nehmen, diese Einrichtungen wie natürliche Erfolgsgarantien zu betrachten, [119] und – sehr folgerichtig – die *Abwesenheit* solcher Einrichtungen als Grund aller Missstände bei den Erfolglosen zu identifizieren. Warum sie fehlen, ist einerseits unverständlich, für imperialistische Erfolgsdenker aber schon auch erklärbar: Sie werden trotz dringlicher Empfehlungen und großer Not einfach nicht eingeführt, ein Versäumnis, das nur noch eine Frage aufwirft: die nach Schuld und Verantwortung bei den Machthabern. So auch im Fall der Ukraine, in dem Korruption als das Generalübel ausgemacht worden ist, an dem einerseits der gesamte Staatsapparat und andererseits die Sphäre des Gelderwerbs leiden.

Anhaltspunkte für die unsaubere Verflechtung von politischer und ökonomischer Macht sind in der Ukraine reichlich zu haben: Der Präsident ist selbst ein Oligarch, höhere politische Ämter machen ihre Besitzer reich, im Parlament hocken in so gut wie allen Parteien Oligarchen bzw. deren Strohmänner; dieselben Figuren bestimmen nicht nur die Parteienlandschaft, sondern beherrschen mit ihren Fernsehkanälen die Öffentlichkeit und lenken das Wählerverhalten. Und – was die Schutzmächte besonders erbittert – die ins Amt gehievte prowestliche Regierung gibt sich nicht die geringste Mühe, die als kleptokratisch definierte Vorgängerregierung vor Gericht zu bringen und ihre Nation mit einem demokratischen Schauprozess von der Verwerflichkeit der früheren Politik und der Güte des Lagerwechsels zu überzeugen.

[119] US-Botschafter Pyatt buchstabiert der ukrainischen Regierung bei jeder Gelegenheit vor, welche glänzende Zukunft ihr bevorsteht, wenn sie sich nur "eine moderne Polizei und Staatsanwaltschaft" zulegt, "die sich den Dienst an den Bürgern zur Aufgabe macht", sowie "gleiche Wettbewerbsbedingungen. Dann wird sich die amerikanische Geschäftswelt – mit Unterstützung der amerikanischen Handelskammer – weiterhin nach Investitionsgelegenheiten in der Ukraine umschauen, in einer Ukraine, die auf Reform, Transparenz, Rechenschaftspflichtigkeit und auf klare und einklagbare Regeln verpflichtet ist." (s. Fußnote 6)

Die auswärtigen Aufpasser und Berater, die die ukrainischen Zustände unter den Titel Korruption subsumieren, also *als Ansammlung von Rechtsverstößen* behandeln, können sich zwar darauf berufen, dass sich die Ukraine für ihren kapitalistischen Aufbruch all die Rechtsformen und -institutionen eingerichtet hat, die zu dieser Wirtschaftsweise dazugehören – insofern ist es auch keine Kunst, lauter Verstöße gegen diese Formen auszumachen. Dass diese Verstöße aber sowohl chronisch wie flächendeckend stattfinden, zeigt, wie wenig das Wirtschaftsleben in der Nation dazu geeignet ist, unter Einhaltung dieses Rechtskanons die verlangte Akkumulation von Reichtum zustande zu bringen. Wenn aber Korruption gar nicht als *Ausnahme* von der rechtsstaatlichen Regel vorkommt, sondern umgekehrt die *Regel ist*, dann ist dem zu entnehmen, dass das Objekt der Kritik *anders funktioniert*, als es die importierte Rechtsordnung haben will.

Das Verhältnis von politischer Gewalt und ökonomischer Privatmacht in der Ukraine: Kapitalismus als Oligarchenwirtschaft

Der marktwirtschaftliche Erfolg der Ukraine bilanziert sich im exorbitanten Reichtum von ein paar großen sowie dem etlicher kleinerer Oligarchen auf der einen, enormen Staatsschulden und einer Verelendung der Bevölkerung auf der anderen Seite, wobei das Ensemble der Nationalökonomie, die Industriekonglomerate der Oligarchen, die in Staatsbesitz verbliebenen Betriebe und die sogenannte Schattenwirtschaft im Prinzip von dem Geld leben, das im Ausland verdient wird – und nicht von den Erträgen der Geschäftstätigkeit im Land. Ihren Aufstieg haben die Oligarchen damit bewerkstelligt, dass sie sich die Unternehmen, mit denen sich Devisen erwirtschaften lassen, angeeignet haben:

> *„Die Wurzeln der ukrainischen Oligarchie gehen zurück auf die letzte sowjetische Periode. Die Ukraine ist nicht reich an Energie, aber hatte genug Rohstoffe (Eisenerz, Kohle, Mineralien, Uran), Schwerindustrie (Stahl, Chemie) und auswärtige Ressourcen (dank ihrer Rolle als*

Energie-Transitland), um eine Handvoll Individuen reich zu machen.“ [120]

Sie okkupieren den Handel; ihre Banken, die sich von der Nationalbank Finanzmittel beschaffen, benützen sie als Hebel, erfolgsträchtige Industriebetriebe in ihren Besitz zu bringen, daneben kommt auch die Methode, sich andere Betriebe unmittelbar durch Privatgewalt, den Einsatz eigener Schlägertrupps anzueignen, bis heute zum Einsatz.[121] Auf die Weise haben sie das nationale Erbe

[120] Andrew Wilson, Survival Of The Richest: How Oligarchs Block Reform in Ukraine, 14.4.16, ecfr.eu

[121] *",Raiding' (die gewaltsame Übernahme anderer Gesellschaften) ist immer noch üblich, angeheizt durch das Gerede über Re-Privatisierungen."* (Andrew Wilson, 27.4.15, ecfr.eu)

Die Macht des Privateigentums tritt hier in einer Form in Erscheinung, in der es die Liebhaber der Marktwirtschaft gar nicht als Exemplar vom selben Schlag erkennen mögen. Der schlechte Ruf der Oligarchen – Größe und Art ihres Reichtums unterscheidet sie sich ja kaum von den westlichen Kollegen – resultiert einzig daraus, dass die Fachleute die rechtlich einwandfreien Wege von Bereicherung vermissen:

“Herausgebildet haben sich die dominierenden Oligarchen im Übergang der Ukraine von einer Sowjetrepublik in die Unabhängigkeit in den 1990er Jahren. In der ersten Phase wurden vor allem Handels- und Finanzgeschäfte betrieben, die von staatlicher Seite durch Tolerierung ungesetzlicher Maßnahmen, Staatsaufträge und günstige Kredite unterstützt wurden. Die Gewinne dienten dem manipulierten Aufkauf von Staatsbetrieben und der Übernahme der Firmen von Schuldnern durch staatlicherseits gebilligte Konkursverfahren.“ (Oligarch, Wikipedia)

„Mit dem Beginn marktwirtschaftlicher Reformen begannen eine Reihe von Unternehmern in einer gesetzlichen Grauzone und teilweise auch durch illegale Aktivitäten erhebliche Gewinne zu erwirtschaften… Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit … Handelsaktivitäten und … Finanzgeschäfte. In beiden Fällen waren große Gewinne nur mit Hilfe politischer Unterstützung möglich. Regulierungs- und Kontrollbehörden mussten ein Auge zudrücken. Die Nationalbank gab Vorzugskredite. Staatliche Unternehmen wurden als Kunden gewonnen.

Die Gewinne aus Finanz- und Handelsaktivitäten investierten einige dieser Unternehmer in die Industrie, um Unternehmensbeteiligungen zu erwerben. Zum einen übernahmen sie im Zuge der Privatisierung staatliche Unternehmen. Zum anderen

erfolgreich ausgeschlachtet und auf die Geldquellen reduziert, die dazu geeignet sind, im Unterschied zu den nationalen, in Sachen Werthaltigkeit und -beständigkeit reichlich fragwürdigen Zetteln, *echtes*, nämlich auswärtiges Geld zu beschaffen: Für Rohstoffe, Agrarprodukte der legendären Schwarzerde, für den Zwischenhandel mit russischer Energie sowie für die Produkte der Schwerindustrie, die sich auf Grund billiger Energiepreise in der Konkurrenz behaupten können – für all das bildet der Weltmarkt die entscheidende Geldquelle bzw. dessen russische Unterabteilung, die auch der ukrainischen Wirtschaft seit 2000 einen gewissen Aufschwung beschert hat, seitdem unter Putin in Russland wieder einiges an

benutzten Handelsfirmen die Schulden ihrer Kunden, um deren Unternehmen im Rahmen von Konkursverfahren unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch hier war staatliche Unterstützung unverzichtbar. Die Privatisierung wurde in vielen Fällen durch die zuständigen staatlichen Behörden manipuliert. Auch die Konkursverfahren wurden häufig zugunsten der Handelsunternehmen beeinflusst." (Heiko Pleines, Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik, in: Ukraine-Analysen Nr.40, 27.5.08)

Das Bemängeln der fehlenden Rechtsförmlichkeit zeugt allerdings von einer durch ihren doktrinären Standpunkt stark gestörten Wahrnehmungsfähigkeit der Beobachter: Was die marktwirtschaftlichen Gründerjahre der Ukraine angeht (wie im Übrigen auch die aller anderen Nachfolgestaaten des realen Sozialismus), die durch den weitgehenden Zusammenbruch von Ökonomie und Staatsapparat gekennzeichnet sind, war von einem Rechtsstaat weit und breit nichts zu sehen. Wie sollte sich auch ein kapitalistisch funktioneller Gewaltapparat vollständig etabliert haben können, bevor er über eine halbwegs taugliche ökonomische Grundlage verfügt, von der er ja selber in seiner ganzen Machtherrlichkeit lebt. Und auch was die spätere und heutige Verfassung der Nation betrifft: Solange sich die Staatsgewalt in einer existentiellen Abhängigkeit von den wenigen ergiebigen Geldquellen befindet, stellt sie auch nicht viel anderes dar als den verlängerten politischen Arm dieser ökonomischen Privatmacht. Und der Rechtsapparat, den sie sich weniger aus eigenem Bedarf als auf energisches Drängen ihrer westlichen ‚Partner' zugelegt hat, ist auf Grund der staatlichen Armut gar nicht dafür ausgelegt, Verstöße effektiv zu verfolgen, wenn es denn überhaupt einmal gewollt sein sollte. Ihre eigenen Rechtshändel tragen die Oligarchen bezeichnenderweise im Ausland aus.

Produktion in Gang gesetzt worden ist. Seitdem hatte sich auch die betriebliche Kooperation zwischen Ukraine und Russland bzw. in der Eurasischen Union wiederbelebt, nicht zuletzt in der Rüstungsproduktion – abzulesen am oben dargestellten Einbruch der ukrainischen Exportziffern, seitdem diese Geschäftsausrichtung politisch in Frage gestellt wird. [122]

Zwecks Durchsetzung auf dem großen westlichen Weltmarkt, der nicht unbedingt auf ukrainische Ware gewartet hat, exekutieren die Betriebe den Sachzwang, mit konkurrenzfähigen Preisen aufzuwarten, rücksichtslos gegen die heimischen Produktionsbedingungen; in der Landwirtschaft durch „extensive“ Methoden, samt Raubbau an den Böden. [123] In der Industrie wird punktuell, wo es sich lohnt, investiert und aufgerüstet, andere Anlagen werden bis zur Schrottreife ausgenützt und dann stillgelegt – die Geldmacht der Oligarchen verschafft ihnen schließlich auch die Freiheit, sich jederzeit auf andere/bessere Verdienstquellen im Ausland zu verlegen. Insgesamt lebt auch der Reichtum der Oligarchen also immer noch von der Gunst der Natur und den Resten

[122] *„Der ukrainische Außenhandel der 1990er und 2000er Jahre war maßgeblich von vier Faktoren geprägt: 1. Die Abhängigkeit von Rohstofflieferungen aus Russland und die damit einhergehenden zwischenstaatlichen Streitigkeiten sowie Gas- und Erdölpreisschwankungen. 2. Die Fortführung des ‚Smeshniki‘-Systems, also die Beibehaltung fester Handelsbeziehungen mit Zulieferbetrieben aus der Zeit der sowjetischen Planwirtschaft. 3. Zoll- und Steuervergünstigungen für ukrainische Exporte in die GUS. 4. Ein eingeschränkter Zugang zu westlichen Absatzmärkten.“* (Dmitri Stratievski, Der ukrainische Außenhandel mit der postsowjetischen Region, Ukraine-Analysen, Nr. 172, 28.9.16)

[123] *"Traditionell ist die Ukraine im Getreide- und Ölpflanzensektor exportstark. Diese Tendenz setzt sich fort. Seit 2014 ist die Ukraine der drittgrößte Getreideexporteur der Welt, übertroffen nur von den USA und der EU. Den Prognosen nach kann die einheimische Getreideproduktion noch um bis zu 50 Prozent zunehmen. Die Ukraine ist der unumstrittene Weltmarktführer im Anbau und in der Verarbeitung von Sonnenblumenkernen… Momentan ist die steigende Leistung eher extensiven als intensiven Produktionsmethoden zu verdanken…"* (Kateryna Zelenska, Aktuelle Trends im ukrainischen Agrarhandel, Ukraine-Analysen Nr. 168, 11.5.16)

der sowjetischen Industrie, indem er die Naturbedingungen ruiniert und die Industrieanlagen teils erhält, teils vernutzt, um die Produkte auf dem Weltmarkt zu Schleuderpreisen zu vermarkten.

Etliche Handelsartikel werden überhaupt erst rentierlich gemacht durch die Umgehung von Zoll- und anderen Handelsvorschriften, insbesondere der Handel mit dem reichlichen Waffenerbe auf den globalen Schwarzmärkten für Rüstungsgüter, mit dem sich die Ukraine vor allem den Ärger der USA zugezogen hatte – siehe die bedeutende Rolle von „Korruption" im Zoll. Darüber hinaus haben die ukrainischen Unternehmerpersönlichkeiten das Geschäftsmodell entwickelt, sich in alle solche Geschäftsverhältnisse als Zwischenhändler einzuklinken, um parasitär Gewinne abzuzocken.[124]

Insgesamt bleibt das Wachstum in der Ukraine auf die *punktuelle* Reichtumsvermehrung in den Händen der Oligarchen beschränkt, die *keine flächendeckende Akkumulation* im Land bewirkt. Zahlreiche Betriebe, für deren Erwerb sich kein zahlungsfähiges Interesse gefunden hat und findet, überleben nur dank der Tatsache, dass sie weiter in Staatsbesitz verbleiben und ihre Verluste vom Haushalt getragen werden. Daneben existiert der große Sektor der sogenannten Schattenwirtschaft. Der hält sich nur, indem er sich dem Zwang zur Steuerentrichtung entzieht und auch Löhne schwarz und nur sehr bedingt zahlt, öfters auch die Arbeit mit Sachleistungen entgilt.

[124] Abromavičius, der unter Jazenjuk eingesetzte litauische Wirtschaftsminister: „…sein Ministerium habe 2014 entdeckt, dass das Unternehmen ‚Elektrotjaschmasch' Bergwerksausrüstung an einen Kunden in Kasachstan nicht direkt lieferte, sondern über einen schattenhaften Mittelsmann. Dieser habe dann vom Kaufpreis (drei Millionen Dollar) die Hälfte für sich behalten. …Obwohl die Sache ans Licht gekommen ist, konnte der Minister den verantwortlichen Direktor lange nicht feuern, weil der sich ‚mit Hilfe korrupter Richter' stets wieder ins Amt klagte… Entweder sahnten gutvernetzte Zwischenhändler die Gewinne staatlicher Unternehmen ab, oder die Chefs von Staatskonzernen zahlten Freunden mächtiger Männer Phantasiepreise für Lieferungen und Leistungen." (FAZ, 25.2.16)

Was das *staatliche Interesse* angeht, beruht das intime Verhältnis von Oligarchen und Behörden, das die ausländischen Beobachter empört – Die Profitabilität der meisten Unternehmen blieb jedoch stark abhängig von einer staatlichen Vorzugsbehandlung (Wikipedia) –, auf der Notlage der Herrschaft, auf diese einzig ergiebigen Geldquellen auf ihrem Territorium angewiesen zu sein, nachdem sie sich auf diese Art der Reichtumsproduktion verpflichtet hat. Andere – von wegen „Vorzugsbehandlung“ – hat sie ja nicht.

In der Reihe ihrer Dienstleistungen figuriert als erstes unverzichtbares Hilfsmittel, um überhaupt aus den Residuen der Staatswirtschaft Geschäfte zu machen, die auf den Außenmärkten reüssieren können, die billige Energie. Seitdem Russland im Streit mit der orangen Regierung die „brüderliche“ Preisgestaltung gekündigt hat, mit der es versucht hatte, die GUS-Staaten an sich zu binden, und damit der Ukraine auch den illegalen, aber lukrativen Weiterverkauf russischer Energie verunmöglicht hat, ist der Staat zur Subventionierung der Energiepreise übergegangen, erst einmal zwar nur für die Versorgung der Bevölkerung. Aber die bedeutenden Unternehmen haben es verstanden, die Sondertarife auch für ihre Zwecke nutzbar zu machen.[125] Das schlägt sich in der Schuldenakkumulation von Naftogas, dem nationalen Gasversorger, und der anderen Energieversorger nieder.

Das zweite unverzichtbare Hilfsmittel besteht im Aufrechterhalten großer Teile der realsozialistischen Erbschaft als Staatsbesitz; die Staatsbetriebe liefern schließlich notwendige Voraussetzungen für das Geschäft der Oligarchen oder sind für das Überleben des Rests der Gesellschaft unersetzlich, auf das Staaten zumeist schon auch noch Wert legen. Die mangelnde Rentabilität der

[125] „*Einkünfte auf Grundlage der Energietarife sollen nicht mehr anhand politischer Beziehungen umverteilt werden… Stark subventionierte Gaspreise von nur 12 Prozent der Kostpreise wurden in die Industrie umgeleitet.*“ (Wilson, s. Fußnote 16)

Staatsbetriebe wird wiederum staatlich kompensiert und fällt als Kost im Staatshaushalt an. [126]

Andere Formen der ukrainischen Wirtschaftsförderung sind staatliche „soft loans" – soft, weil derselbe Staat, der sie spendiert, Verzinsung und Tilgung öfters selber übernimmt – und öffentliche Aufträge, die entgegen den Vorschriften einer fairen Konkurrenz nationalen Unternehmen zugeschustert werden, um deren Überleben zu sichern. [127]

Mit eben diesen Mitteln *ersetzt* die ukrainische Obrigkeit mangelnde *Konkurrenzfähigkeit bei den Staatsbetrieben wie bei den privaten.* Die westliche Verurteilung dieser Verhältnisse, die das alles als einen einzigen Sumpf von Korruption denunziert, stellt sich komplett ignorant zur vorliegenden Sachlage, denn immerhin hält die ukrainische Staatsmacht ja auf diese Weise die produktiven Grundlagen schlecht und recht in Funktion, das, wovon die Nation irgendwie immer noch lebt. Dabei respektiert sie gleichzeitig die Regeln der Geldwirtschaft und verbucht die Finanzierung ihrer Dienstleistungen in Gestalt wachsender Staatsschulden; d.h. die kapitalistische Errungenschaft, dass sich privater Reichtum bei ein paar Figuren erfolgreich vermehrt, findet *auf Kosten* der Staatsrechnungen und des restlichen Standorts statt.

Der Staatshaushalt, in dem die gesammelten Ausgaben zur Aufrechterhaltung dieser Art Nationalökonomie pflichtgemäß

---

[126] Und das ist in den Augen der Experten wiederum keine elementare Notwendigkeit der gesellschaftlichen Reproduktion, sondern ein klarer Fall von „Korruption":

„Die Ukraine hat ungefähr 1800 Betriebe in Staatsbesitz, die alle wesentliche Elemente der Geschäftsimperien der Oligarchen bilden. 1500 von denen verzeichnen chronisch Verluste, oftmals auf Grund von Korruption." (Ebd.)

[127] „*Viele Kraftwerke in der Ukraine sind veraltet. Die Führung in Kiew hat deshalb beschlossen, gleich 37 neue Transformatoren zu kaufen. Den Auftrag bekam ein heimischer Hersteller aus der Industriestadt Saporischja. Dessen Transformatoren gelten allerdings als hoffnungslos überteuert. Nach Berechnungen ukrainischer Medien kosten die Anlagen doppelt so viel wie Transformatoren von Siemens oder ABB."* (Spiegel Online, 3.8.15)

verbucht werden, kann seinerseits kaum mit Steuereinnahmen rechnen; die mächtigen Holdings der Oligarchen haben genug Mittel, sich dieser unangenehmen Pflicht zu entziehen, die vielen anderen Geschäftssubjekte sind einfach nicht dazu in der Lage, Steuern zu entrichten. Die staatliche Finanzierung der notwendigen wirtschaftsfördernden Maßnahmen beruht also gänzlich darauf, dass der Staat selber für die Zahlungsversprechen einsteht, die er als Geld in die Welt setzt und zirkulieren lässt. Das gilt auch für das nationale Kreditgewerbe, die Bankengeschöpfe der Oligarchen, die sich bei der Nationalbank refinanzieren und von ihren Inhabern – daher der Name „Taschenbanken“ – für deren innere Kreditbedürfnisse eingesetzt werden, mit Krediten, die immer wieder prolongiert werden oder im Zuge einer Bankenrettung oder unter anderen Titeln letztlich vom Staatshaushalt „getilgt“, also getragen werden.

Mit seinem Haushalt und dieser Sorte Wirtschaftsförderung organisiert der Staat zwar die materielle Reproduktion seiner Gesellschaft, dass sein Volk irgendwie überlebt, dass der Naturreichtum und das industrielle Erbe überhaupt produktiv angewandt werden. Aber in den jetzt maßgeblichen Geldtermini gemessen *verstößt* er, indem er laufend die Defizite dieser Wirtschaft begleicht und *nicht gerechtfertigte*, weil nicht in ein nationales Kapitalwachstum einmündende *Schulden* aufhäuft, gegen das Diktat der Rentabilität. Er finanziert gewissermaßen selbst die Wirtschaftstätigkeit im Land vor, die sich aber nur punktuell, in den Händen der Oligarchen, in Überschüssen bezahlt macht, daneben aber in der wachsenden staatlichen Schuldenlast niederschlägt. So hält der Staat zwar überhaupt ein Wirtschaftsleben aufrecht, das aber gegen den Maßstab rentablen Wirtschaftens – was sich gemäß der Logik dieser Wirtschaftsweise an der mangelnden Tauglichkeit des Geldes geltend macht, das er in die Welt setzt: an der Wertlosigkeit der Schulden, mit denen er sein Wirtschaftswesen finanziert.

Schließlich sind die staatlichen Schuldversprechungen in Gestalt der Geldzettel, die er in seiner Gesellschaft in Umlauf setzt, auch dem Vergleich mit den Weltgeldern ausgesetzt. Den Vergleich bestehen sie nicht, was sich im – durch den lange beibehaltenen

staatlichen Zwangskurs nur verdeckten – Verfall des Geldes bemerkbar macht. Eine äußere Zahlungsfähigkeit hat sich der ukrainische Staat daher nur durch die Deviseneinnahmen beschafft, die er im Transitgeschäft erwirtschaftet, und zum weitaus größeren Teil durch die Aufnahme von Schulden im Ausland. Das hat ihm eben dieses – kapitalistisch erfolgreiche – Ausland über all die Jahre, trotz wachsender Zweifel an der Solidität dieser Schulden, aus guten imperialistischen Gründen genehmigt – siehe das traditionsreiche Interesse an der „Unabhängigkeit" der Ukraine von Russland. Die nationalen Geldzeichen, die überwiegend die Zirkulation von Staatsschulden repräsentieren, haben daher einen Wert, eine Qualität als Geld letztlich überhaupt nur durch die Kreditierung der westlichen Interessenten erhalten.

Die Macht über das ukrainische Geldwesen, die sich die westlichen Kreditgeber im Geschäft mit der ukrainischen Schuldenwirtschaft erworben haben, kommt jetzt anders zum Einsatz: Dem Staat wird die Freiheit gekündigt, im Inneren mit seinen Schuldenzetteln zu wirtschaften. Die Geldmärkte haben mit dem jahrzehntelangen Missverhältnis zwischen auswärts verdientem Geld und staatlichen Auslandsschulden abgerechnet, seine Kreditwürdigkeit auf Junk-Niveau heruntergestuft und dem Land durch die Verweigerung weiterer Kreditaufnahme seine Unfähigkeit bescheinigt, ihren Verzinsungs- und Tilgungsforderungen nachzukommen, und damit im Prinzip den Staat für bankrott erklärt. Diese geschäftslogische Konsequenz haben allerdings die Schutzmächte der freien Ukraine, USA und EU, aus ihren höheren imperialistischen Gründen unterbunden und den IWF als Sachwalter der ukrainischen Schulden eingesetzt. Der übernimmt die Betreuung der uneinbringlichen Schulden, indem er die privaten Gläubiger zu einem Schuldenschnitt und zur Vertagung der Tilgung in die Zukunft nötigt, mit seinen Beistandskrediten die Fiktion einer ukrainischen Zahlungsfähigkeit aufrechterhält und so den Wert der verbliebenen wertlosen Schulden beglaubigt. [128]

[128] „*Die Staatsschulden … haben sich seit der Finanzkrise 2008/2009 auf 36 Milliarden US-Dollar verdreifacht, seit dem ‚Maidan' sind sie um 6 Milliarden US-Dollar angestiegen. Die Restrukturierung internationaler Staatsanleihen mit einem*

Das alles aber unter ultimativen Bedingungen: Die Ukraine muss die vom Währungsfonds verhängten Auflagen erfüllen und eine ‚Sanierungspolitik‘ einleiten, die radikal in die Weise eingreift, wie der Staat bislang die Reproduktion seiner materiellen Basis organisiert hat. Im Namen der unabweisbaren „Haushaltskonsolidierung“ wird der Staat, der nur noch von der Gnade des IWF und der dahinterstehenden Schutzmächte USA und EU lebt, dazu erpresst, sein wirtschaftliches Innenleben konsequent den Rentabilitätskriterien zu unterwerfen, an denen es schon bislang scheitert, also dazu, seine ökonomische Basis weiter *abzuwickeln*. Die bisherige Freiheit des Staates, seine Schuldenwirtschaft und auch die seiner Banken zu prolongieren, hat das westliche Ausland, vertreten durch den IWF, beendet, verbunden mit dem enorm glaubwürdigen Versprechen, dass es mit einem sanierten Staatshaushalt sicher wieder irgendwann einmal aufwärts gehen wird. Vorerst aber muss sich der IWF auch um die *Rettung der Banken* kümmern, deren Kreditgebaren der eigene Staat nicht mehr in der vorherigen Weise decken kann. Aber der Geldverkehr in der Nation, die dem nicht gewachsen ist, muss ja unbedingt nach den Regeln der westlichen Welt aufrechterhalten werden.

Schuldenschnitt von circa 20 % im vierten Quartal 2015 hat den staatlichen Schuldenstand nur marginal gedrückt.

Die externen Staatsschulden sind zuletzt durch die mit dem seit 2014 bestehenden IWF-Programm verbundenen öffentlichen Kredite und Garantien der USA und der EU (und anderer bilateraler Geber) angestiegen. Die Erhöhung der Währungsreserven mit IWF-Mitteln hat zudem die Außenschuld der Zentralbank seit 2013 um fünf Milliarden US-Dollar ansteigen lassen. Das Problem der hohen Schuldenlast im öffentlichen Sektor wird kurz- bis mittelfristig durch zwei Faktoren etwas entschärft. Die Restrukturierung der internationalen Staatsschulden hat zwar die ausstehenden Schulden nur wenig gesenkt, jedoch beginnen die Rückzahlungen erst 2019. Bis dahin müssen ‚nur‘ Zinsen gezahlt, keine Tilgung geleistet werden. Zudem hat sich in den letzten Jahren die Kreditaufnahme weg vom Markt zu den öffentlichen Kreditgebern verschoben. Hier stehen 2016/2017 wenige Rückzahlungen an, und bei gewissen Reformleistungen der Ukraine ist hier mit Anschlussfinanzierungen zu rechnen… Derzeit hat die Ukraine keinen Zugang zu internationalen Anleihemärkten.“ (Deuber/Schwabe, s. Fußnote 9)

Die *Rettung der materiellen Basis* der Nation ist ein Gesichtspunkt, der im Programm dieser Instanzen nicht nur nicht vorkommt, sondern diese Sorge wird der ukrainischen Notstandsverwaltung ausdrücklich untersagt. Dem Haushalt werden zwar die notwendigen Mittel zugestanden, das Nötigste für den Kampf um die abtrünnigen Provinzen im Osten zu finanzieren, aber alle Aufwendungen für das zivile Leben der Gesellschaft müssen kontinuierlich heruntergefahren werden – exemplarisch durchexerziert wird das an den Energiepreisen, die nicht länger subventioniert werden dürfen, sondern an Weltmarktpreise angepasst werden müssen. Die Aufgabe, das Gemeinwesen durch Sanierung des Haushalts gesundzuschrumpfen, wird dann noch durch die Inkriminierung der Geschäftsbeziehungen zu Russland ergänzt. Außer den paar Millionen für die Armenspeisung, die das menschenfreundliche Amerika springen lässt, wird der Verzicht auf den Russlandhandel nicht im Geringsten durch die Beziehungen zum westlichen Lager kompensiert, schließlich fehlen nach den Kriterien eines gesunden Wettbewerbs der ukrainischen Wirtschaft nun einmal in der Breite wettbewerbsfähige Produkte für den EU-Binnenmarkt. [129]) Mittlerweile hat sich das ukrainische BIP um ein Drittel reduziert, unter dem IWF-Regime wird also das, wovon das Land bislang gelebt hat, nicht einmal mehr reproduziert, sondern aufgebraucht. Gestützt und finanziert wird es rein wegen seiner imperialistischen Funktion, so dass seine antirussische Ausrichtung mitsamt der laufenden Kriegsführung gegen ‚Putins völkerrechtswidrige Aggression' regelrecht zur Existenzbedingung dieses Staats gerät.

Zu den Konditionen, an die der IWF seine Stand-by-Kredite knüpft und die er der widerstrebenden Regierung durch monatelange Verweigerung der Kredite aufherrscht, gehört an prominenter Stelle schließlich die Bekämpfung der Korruption, ein Forderungskatalog mit lauter institutionellen Regelungen, mit denen die Ukraine gefälligst die *Scheidung* zwischen ökonomischen Privatinteressen und staatlicher Amtsführung durchsetzen soll. Das Urteil, dass nach rechtsstaatlichen Kriterien beurteilt in dem Land lauter

[129] Analyse der österreichischen Bank Raiffeisen-International, zitiert in: Junge Welt, 20.1.16

unsaubere Verhältnisse vorliegen, ist zwar leicht zu haben. Wenn es aber in Gestalt der ultimativen Forderungen des IWF gegen die Verhältnisse in der Ukraine praktisch *durchgesetzt* werden soll, stellt es die Reproduktion der Gesellschaft grundsätzlich in Frage, weil die auf diese Weise organisiert *ist,* sachlich von der Oligarchenwirtschaft gar nicht zu trennen geht, ohne dass viel mehr zugrunde geht als nur der Reichtum der Oligarchen. Der Angriff auf die Symbiose von Staat und Oligarchen ist ein Angriff auf die Überlebensgrundlagen dieser Gesellschaft. Das davon betroffene Volk ist zwar vorwiegend mit der Kunst befasst, unter diesen Bedingungen sein Überleben zu sichern, und äußert sich nur in ohnmächtigen Protesten gegen die rasant verschlechterten Lebensbedingungen; manifeste Gegenwehr erfährt das Reformprogramm der westlichen Betreuer allerdings seitens der herrschenden Klasse, dem Amalgam aus Politfiguren und Oligarchen.

Der Feldzug der Aufsichtsmächte gegen die „Korruption“ verlangt eine komplette Umwälzung der ukrainischen Verhältnisse

Die Diktate der westlichen Patrone, nach dem Vorbild ihrer gelungenen Herrschaft die Trennung ökonomischer Privatmacht von der politischen Macht durchzusetzen und die Suprematie eines rechtsstaatlich agierenden Gewaltmonopols gegenüber der Konkurrenz der Privatsubjekte herzustellen, greift nicht nur die Existenzgrundlage der Oligarchen an, der ökonomischen Machtzentren der Ukraine, denen mit dem Verlust der für ihr Geschäft konstitutiven intimen Beziehungen zur Staatsmacht, gewissermaßen mit Enteignung gedroht wird. [130] Das Diktat trifft auch auf eine Politikergarde und einen Staatsapparat, die mit den Oligarchen verwachsen bis identisch sind, da beide Bestandteile der herrschenden Klasse für ihre Behauptung nun einmal elementar aufeinander angewiesen sind.

[130] Ironischerweise verlangen die Schutzmächte damit von der Ukraine genau das, was Putin im Fall Chodorkowskij und Kollegen als Verbrechen gegen das Menschenrecht des Kapitals vorgeworfen worden ist.

Schließlich besteht ein Resultat des ukrainischen Kapitalismus in der Schwäche der Staatsmacht, der die nationale ökonomische Grundlage bei weitem nicht das Nötige einspielt, um auch nur die eigenen Agenten ausreichend zu alimentieren, so dass – dies die andere Seite der universellen Verstöße gegen das rechtsstaatliche Modell – staatliche Dienste von ganz unten bis oben käuflich sind: Staatsfunktionäre machen aus ihrer Zuständigkeit eine Einkommensquelle und beschaffen sich darüber die Mittel für politischen Machterhalt oder private Bereicherung; Teile des staatlichen Gewaltapparats beherrschen selbst ganze Geschäftszweige, die mehr oder weniger illegal, jedenfalls aber gewinnbringend sind. Umgekehrt sichern sich die Oligarchen, die den Einsatz von Staatsmacht als entscheidenden Hebel ihres Geschäfts brauchen, dieses Instrument, damit seine Handhabung in ihrem Sinne garantiert ist. Sie kaufen sich Richter und die erwünschten Urteile, besetzen besondere Staatsfunktionen im Zoll oder Geheimdienst mit ihren Vertretern. [131] Auf Grundlage der Tatsache, dass Demokratie teuer und der Staat arm ist, kaufen sich Oligarchen aber nicht nur einzelne Dienste, sondern – ein fließender Übergang – die Bestimmung der Politik: Sie finanzieren oder gründen Parteien, kaufen sich Sitze im Parlament, so dass die dortigen Fraktionen mit zahlreichen Oligarchen bzw. deren Vertretern bestückt sind [132] und

[131] *„… das System informeller, unregulierter politischer Ernennungen, das ein Netzwerk von Strohmännern im Beamtenapparat und bei den Chefs der Staatsunternehmen etabliert… Die Staatsbürokratie war lange Zeit vermittels dieser Strohmänner in Einflusszonen verschiedener Oligarchen aufgeteilt: Die staatliche Fluggesellschaft zum Beispiel hat jahrelang Widerstand geleistet gegen die von der EU unterstützten Versuche zur Entmonopolisierung, während Bündnispartner des vertriebenen Präsidenten Viktor Janukowitsch beschuldigt wurden, dieselben Verhältnisse im Zolldienst wiederherzustellen… Das Anti-Monopol-Komitee zum Beispiel war, trotz der Einsetzung eines neuen Vorsitzenden im Mai 2015, lange Zeit in der Hand der Oligarchen."* (Wilson, s. Fußnote 16)

[132] *„Spiegel Online: Waren Sie enttäuscht, welche Kandidaten unter Jazenjuk und Poroschenko ins Parlament einzogen?*

Fiala: Auf den vorderen Plätzen haben sie gute Kandidaten aufgestellt: Kriegshelden und Aktivisten mit gutem Leumund. Weiter hinten auf den Wahllisten folgten aber viele Geschäftsleute. Nach meinen Informationen wurden Parlamentssitze

sich weniger durch alternative Fassungen der Staatsraison als durch die in ihnen versammelten mächtigen Privatinteressen und deren Konkurrenz definieren. Zur Absicherung ihrer politischen Macht finanzieren die Oligarchen manchmal auch gleich alle Parteien und haben auf die Art alle Regierungswechsel und farbigen Revolutionen überlebt, weil ja jede neue Herrschaft mangels Einkünften aus einer nationalen Akkumulation auf ein konstruktives Verhältnis mit ihrer ökonomischen Macht angewiesen war. Bei der ukrainischen Symbiose von Staatsgewalt und Privatmacht des Geldes besetzt letztere entscheidende Posten gleich selbst – eine Kooperation von Staat und Kapital gewissermaßen per *Personalunion*.

Die Oligarchen sichern ihre Macht darüber hinaus mittels der *Instanzen zur Ausrichtung des Wählerverhaltens*: Seit der politischen Polarisierung durch den Maidan ziehen sie zur Gestaltung der Machtverhältnisse jeweils auch noch Fake-Parteien auf, [133] und die

gekauft, für Preise zwischen drei und zehn Millionen Dollar pro Mandat.“ (Der Investmentbanker Tomas Fiala, Chef der Europäischen Wirtschaftsvereinigung in der Ukraine, rechnet mit der angeblichen Reformregierung in Kiew ab, Spiegel Online, 26.8.15)

"Die wichtigsten Kandidaten des von Achmetow finanzierten ‚Oppositionsblocks‘ in Mariupol waren zugleich Manager seiner Unternehmensgruppe." (FAZ, 27.10.15)

[133] *„Oligarchen wie Ihor Kolomoisky und Rinat Akhmetov besitzen immer noch außerordentlichen Einfluss in der Politik; ihre schmutzigen Gewinne erlauben es ihnen, zwei oder drei scheinbar gegensätzliche Parteien gleichzeitig zu fördern. Man muss nur Kolomoiskys patriotisch ausgerichtete, pro-ukrainische Ukrop-Partei mit der anderen angeblich von ihm gesponserten Renaissance-Partei vergleichen, die nach außen pro-russisch auftritt.“* (Hannah Thoburn, Revenge of the Oligarchs, Foreign Policy, 27.10.15)

„*Die Präsidialverwaltung unterstützte geklonte Parteien, um ihre vier Gegner in den Lokalwahlen 2015 zu behindern… Diese Fälschungen schädigen die wirklichen Oppositionskräfte wie die Demokratische Allianz und die Kraft des Volkes und führen zur Desillusionierung, wenn die ‚Reformkräfte‘, die echten und die falschen, nicht liefern – und die korrupte alte Garde an der Macht bleibt."* (Wilson, s. Fußnote 16)

Organe der Öffentlichkeit, die ihren Beitrag zur Entscheidung von Wahlen leisten, gehören ihnen ohnehin. [134] Seit Eröffnung des Bürgerkriegs bestreiten Oligarchen sogar ein ganzes Stück Gewaltapparat, indem sie auf eigene Kosten Freiwilligenbataillone für den Krieg im Osten aufstellen bzw. die Belegschaft ihrer Firmen zu einer Art Bürgerwehr umfunktionieren – mangels eigener Mittel ist die Staatsmacht auf solche Dienste angewiesen, um sich im Osten überhaupt gegen die ‚prorussischen Rebellen' zu behaupten.[135] Bei dieser Sorte Kampfgemeinschaft von Staatsagenten und Oligarchen ist am Personal dann sachlich gar nicht zu unterscheiden, ob der Betreffende als Staatsagent oder Funktionär der Oligarchenwirtschaft unterwegs ist.

---

[134] *„Die erste Triebkraft, die die Oligarchie am Leben hält, ist das Zusammenspiel von Politik, Medien und Geld in der Ukraine. Politik ist außerordentlich teuer, Wahlkampagnen belaufen sich auf Hunderte von Millionen Dollar in einem Land mit einem realen Bruttosozialprodukt von 132 Milliarden Dollar… Die gesamte Berichterstattung in Fernsehen und Zeitungen – Sendezeiten, Leitartikel, wer tritt in welcher Show auf, wohlgesonnene Journalisten – ist vom Geld durchdrungen und bestimmt… Davon lebt die Macht der Oligarchen, denn die Massenmedien sind unter ihrer Kontrolle. Sie entscheiden über die Sichtbarkeit von Politikern und suchen sie sogar aus, vor allem die Kandidaten, die sich auf ‚Polittechnologie' verlassen – auf die hoch entwickelte, von den Oligarchen finanzierte Industrie der Wählermanipulation… Die letzten Wahlen lassen sich genauso gut als Krieg zwischen den drei Hauptfernsehkanälen wie zwischen politischen Parteien betrachten."* (Ebd.)

[135] Der Übergang zum Einsatz der Freiwilligenbataillone zur Bereicherung des Auftraggebers liegt dann allerdings auch nahe:

„*Dass die Zentralregierung auf Unterstützung in den Regionen angewiesen ist, besonders in denen, die an die Krim und den Donbass angrenzen, gibt der Macht der lokalen Oligarchen zusätzlich besonderen Auftrieb. Die Herrschaft in Kiew hat sich dazu entschieden, mit lokal einflussreichen Politgrößen und deren Strohmännern eine Reihe von deals abzuschließen, um sich deren Unterstützung zu sichern… Der Oligarch Ihor Kolomoisky hat Milizen finanziert, die im Donbass kämpfen, um gleichzeitig mit aggressiven Mitteln sein Geschäftsimperium auszudehnen und Anhänger in Schlüsselstellungen in benachbarten Regionen wie Odessa und Charkiw unterzubringen."* (Ebd.)

Die Entfesselung eines neuen Machtkampfs

Die herrschende Klasse in der Ukraine, zu einem regelrechten Existenzkampf genötigt, leistet manifesten Widerstand gegen die von den Aufsichtsmächten diktierten Reformen, im Staatsapparat, im Parlament und in der Regierung. Die spaltet sich in Verteidiger des Status quo und die Stellvertreter des von außen diktierten Reformprogramms, da die Schutzmächte der freien Ukraine auf Grund ihres soliden Misstrauens gegenüber der Zuverlässigkeit des ukrainischen Regierungspersonals Ministerposten der ersten Nach-Maidan-Regierung und weitere Posten in der Justiz und im Staatsapparat mit ausländischen Funktionären bestückt haben.

Rhetorisch schwört die Poroschenko-Regierung ein ums andere Mal strikten Gehorsam gegenüber den einschlägigen Reformauflagen des IWF und der westlichen Regierungen zur Entoligarchisierung, Entmonopolisierung, Privatisierung etc., kommt aber an der Tatsache nicht vorbei, dass sie auf die Oligarchen in ihrer Eigenschaft als „biggest employers“ kaum verzichten kann.[136] Auch aus der angekündigten großflächigen Privatisierung von Staatseigentum ist bislang nicht viel geworden. [137] Ob da nun wieder Korruption am Werk ist oder die Verteidigung nationalen Eigentums gegen einen drohenden nationalen Ausverkauf bzw. eine

[136] *„Der Aufruhr ist eskaliert, seitdem Poroschenko kürzlich angekündigt hat, dass er gegen die reichsten und mächtigsten Geschäftsleute, bekannt als Oligarchen, energisch durchgreifen wird, ein Versuch, ihren Einfluss zu beschneiden und die öffentliche Unterstützung zurückzugewinnen. Aber mit dem Angriff geht er das Risiko ein, sich die größten Arbeitgeber des Landes, die bislang die Regierung unterstützt haben, zu Feinden zu machen.“* (Herzenshorn, s. Fußnote 13)

[137] Siehe z.B. die Auseinandersetzung in folgendem prominentem Fall: „*Eigentlich versucht die Regierung, den Verkauf von ZentrEnergo zu forcieren, dem zweitgrößten Kraftwerksbetreiber des Landes. Der IWF fordert eine schnelle Privatisierung. Mehrere westliche Investoren haben Interesse bekundet, darunter der französische Konzern GDF Suez. Kiews Energieministerium aber sperrt sich dagegen. Offiziell bremst Demtschischin die Privatisierung, weil der Strommarkt zunächst neu geordnet werden müsse. In Wahrheit wolle das Energieministerium die ausländischen Investoren abschrecken und ZentrEnergo dann an den Poroschenko-Partner Grigorischin verkaufen.“* (Spiegel Online, 3.8.15)

großflächige Stilllegung von Betrieben, ist in der Sache nicht zu unterscheiden. Immerhin droht der vom Westen eingesetzte Wirtschaftsminister Abromavičius, es sei unzweckmäßig, eine große Menge von Unternehmen im Staatseigentum zu halten, weil diese Unternehmen nur ‚Schäden produzieren'. [138] Da sich so gut wie keine ausländischen Investoren für die Übernahme dieser Betriebe interessieren – nicht einmal der Hafen von Odessa hat einen Käufer gefunden – und nach marktwirtschaftlicher Logik alle unrentablen Unternehmen geschlossen werden müssten, leistet die ukrainische Regierung hinhaltenden Widerstand gegen ein Privatisierungsprogramm, das zu nichts anderem gut wäre als dazu, große Teile ihrer ökonomischen Basis flachzulegen. Auf der anderen Seite tritt die Oligarchenwirtschaft gegen die angekündigte Enteignung mit ihren Erpressungsmitteln an. Die einen drohen mit der Einstellung der Stromversorgung oder Düngemittelproduktion, ein anderer schickt zur Wahrung seines Besitzstands seine Kampftrupps los. [139]

---

[138] USA begrüßen Privatisierung von Großunternehmen in Ukraine, 26.1.16, nrcu.gov.ua/de

[139] *„Rinat Achmetows Gesellschaft DTEK droht damit, die nationale Stromversorgung zu unterbrechen, um ihre Sonderstellung und Subventionen zu behalten."* (Wilson, s. Fußnote 16)

„*Firtasch hat früher sowohl mit Russland Geschäfte gemacht als auch den Euromaidan mitfinanziert, aber sein Imperium ist seit der Machtergreifung der Gruppe um Jazenjuk Ziel ständiger politischer Attacken… Dass Firtasch jetzt auch ‚Asot', die größte Düngemittelfabrik des Landes, stilllegen will, könnte auch ein politischer Vergeltungsschlag gegen die Regierung sein… Ohne den dort produzierten Kunstdünger steht nach Angaben der Ukrainskaja Prawda sogar die Herbstaussaat auf den berühmten ukrainischen Schwarzerdeböden auf der Kippe."* (Junge Welt, 29.6.15)

Der Oligarch Kolomoisky ist – u.a. – auch der Besitzer der größten Geschäftsbank in der Ukraine, *„die über 26 Prozent aller Einlagen verfügt, was Kolomoisky ein beträchtliches Erpressungspotential verschafft"* (Wilson, s. Fußnote 16). Da seine Bank als "to big to fail" eingestuft wird, hat sie im Rahmen der Stabilisierung des Bankensystems einen Stützungskredit des IWF erhalten, der dann prompt über verschiedene Transaktionen im Ausland gelandet ist. Schließlich sind die ukrainische Währung und

Schon aus der lauthals angekündigten Verfolgung und Bestrafung der Janukowitsch-Regierung, die zum ersten großen Fall von Korruptionsbekämpfung deklariert worden war, die auch zur Wiederbeschaffung von Vermögenswerten gut sein sollte, ist nicht viel geworden: Beides funktioniert nur sehr bedingt, wenn der politische Wille, repräsentiert von Parlament, Teilen der Regierung und des Apparats, dagegensteht. [140]

Das von den westlichen Patronen verlangte Reformprogramm mit dem obersten Ziel der Korruptionsbekämpfung ist also zu einem andauernden zähen Machtkampf zwischen dessen Vertretern und dem Parlament ausgeartet. Der IWF interveniert regelmäßig mit der Drohung, die zugesagten Tranchen der Stand-by-Kredite zurückzuhalten, das Parlament torpediert oder verzögert die verlangten Gesetzesbeschlüsse [141] so dass der damalige

ukrainische Banken keine sonderlich geeigneten Mittel zur Wertaufbewahrung – das gilt natürlich wieder als Fall von „Korruption“.

[140] „*Generalstaatsanwälte aus der Zeit nach dem Euromaidan scheiterten [?] daran, Korruptionsermittlungen gegen Mitglieder der Regierung unter Janukowitsch einzuleiten. Praktisch alle Korruptionsermittlungen gegen Janukowitsch und seine Verbündeten — die zum Einfrieren von Vermögen und der Beschlagnahmung von Eigentum führten — wurden allein von EU-Behörden durchgeführt.*“ (Andrei Marusov, Schleppende Korruptionsbekämpfung in der Ukraine 2, Ukraine-Analysen 153, 9.6.15)

Was bisher an Entmachtung der Oligarchen zustande gekommen ist, hat die Poroschenko-Mannschaft offensichtlich auch nur nach ihren Interessen vorgenommen; im Fall von Achmetow und Firtasch wegen deren Nähe zu Russland, im Fall von Kolomoisky wegen dessen politischer Eigenmächtigkeit. Und westliche Experten hegen den Verdacht, dass die verlangte Entmachtung mehr zur Umverteilung unter der Mannschaft gerät, die in Kiew an der Macht ist: *„Insofern ist noch unklar, ob die Deoligarchisierung in der Ukraine tatsächlich für eine Marginalisierung von reformfeindlichen ‚vested interests‘ spricht oder sich nur deren Träger verändern.“* (André Härtel, Das postrevolutionäre Machtvakuum als Quelle der ukrainischen Reformträgheit, Ukraine-Analysen 156, 30.9.15)

[141] *„Ein prominentes Beispiel ist die Blockadehaltung des Parlaments im Fall des Gesetzes zur Neuregelung der Vergabe von Staatsaufträgen, das die verbreitete*

Ministerpräsident Jazenjuk seinem Staatswesen eine weitgehende Unregierbarkeit bescheinigt: nur 30 % der Gesetzesvorlagen der Regierung wurden beschlossen, 70 % blieben irgendwo in Parlamentsausschüssen stecken. [142] Andererseits werden Gesetze, die auf Druck des IWF dann doch durchgepeitscht worden sind, nicht ausgeführt:

> *„Sabotage und das bewusste Hinauszögern von Reformen durch Teile der Ministerialbürokratie sind keine Seltenheit, beispielsweise im Zuge der Kritik an Gesundheitsminister Aleksandr Kwitaschwili, dessen Behörde den Kampf gegen die verbreitete Korruption bei der Arzneimittelbeschaffung auch laut internationalen Organisationen behinderte."*[143]

Wobei mit Korruption hier der Sachverhalt bezeichnet wird, dass das Gesundheitsministerium sich geweigert hatte, auf Kosten der nationalen Pharmaindustrie die billigeren Erzeugnisse der Weltmarktfirmen einzuführen.

Korruption in diesem Bereich (‚tendernaja mafia') beenden und die Teilnahme an zukünftigen Ausschreibungen erleichtern sollte. Wirtschaftsminister Aivaras Abromavičius zufolge scheiterte eine Verabschiedung auch nach der zweiten Lesung am Versuch mehrerer Parlamentarier, die liberalisierende Wirkung des Gesetzes durch Änderungen abzuschwächen. Ähnlich gelagert war die Abstimmung über die Schaffung des ‚Nationalen Büros gegen Korruption' (Nazionalnoje Antikorrupzionnoje Bjuro, NABU), bei der Abgeordnete der Werchowna Rada über 180 Änderungen einbrachten, welche die Autonomie der neuen Struktur stark einschränken." (Ebd.)

Erbitterten Widerstand hat die Rada auch gegen die Freigabe des Erwerbs von landwirtschaftlichen Grundstücken durch Ausländer geleistet, gegen die Zwangsversteigerung von Eigentum der Schuldner von Naftogas, im Streit um die Fremdwährungskredite, gegen verschiedene vom IWF geforderte Gesetze, mit denen Tariferhöhungen durchgesetzt werden sollen, u.a. dagegen, das Moratorium bei Zwangsräumungen aufzuheben.

[142] Information and Communication Department of the Secretariat of the CMU, 3.7.15, kmu.gov.ua

[143] Härtel, s. Fußnote 36

Weil Gesetze zwar beschlossen, aber nicht exekutiert werden, arbeiten sich die aus dem Westen entsandten Reformer bis dahin vor, überhaupt das ukrainische *Staatspersonal* zum entscheidenden Hindernis zu erklären, und verkünden mit Stolz, wie gründlich sie im Beamtenapparat aufräumen. [144] Zusätzlich zu den in die Regierung verpflanzten ausländischen Funktionären haben die Aufsichtsmächte ein Anti-Korruptions-Büro installiert, das neben und getrennt vom Justizapparat die Säuberungen in der herrschenden Klasse in Gang setzen soll, sowie ihre Vertreter auch in der Generalstaatsanwaltschaft platziert, damit sich endlich einmal die Gefängnisse füllen. Auf die Weise wird der Machtkampf um die Reformen in den Staatsapparat hinein verlängert und mit wechselseitigen Beschuldigungen, Verhaftungen und deren Rücknahme durch andere Richter, Rücktritten und Wiedereinsetzung von Funktionären ausgetragen, was zum Funktionieren des Apparats nicht unbedingt beiträgt. Insbesondere die von den Aufsichtsmächten verlangte Ersetzung des Generalstaatsanwalts bewirkt

[144] Zum Beweis seiner Qualifikation kokettiert das Westpersonal regelrecht mit seiner Rücksichtslosigkeit: *„Auch in seinem eigenen Ministerium habe er [Abromavičius] aufgeräumt und knapp ein Drittel des Personals entlassen oder ausgetauscht. ‚Das waren Leute, die sich dem Reformkurs widersetzt haben.‘ Die vielen Wechsel in Ministerien, Ämtern und Behörden sind für Investoren aber nicht immer die reine Freude: ‚Ständig müssen wir uns auf neue Ansprechpartner einstellen‘, beklagt ein deutscher Unternehmer.“* (DW, 23.10.15)

„Natalie Jaresko: Allein im vergangenen Jahr haben wir ein Fünftel der Belegschaft entlassen. Dieses Jahr kommt ein weiteres Fünftel dazu, sodass alle Ministerien einen Anreiz haben, unproduktive Mitarbeiter zu entlassen und die produktiveren besser zu entlohnen. So bekämpfen wir Korruption durch Anreize und gute Beispiele.

Die Welt: Ein Fünftel der Belegschaft zu entlassen muss schwierig sein. Die meisten Leute finden doch derzeit keine Jobs.

Natalie Jaresko: Es ist extrem schwierig, vor allem wenn die Wirtschaft gerade erst anfängt, wieder zu wachsen, und wir eine Arbeitslosigkeit von zehn Prozent haben.“ (Die Welt, 27.10.15)

einen Streit, der sich lange hinzieht, bis Poroschenko endlich nachgibt, den Posten aber wieder mit einem „Vertrauten" besetzt. [145]

Angesichts der Widerspenstigkeit ihres Objekts kommen die Aufsichtsmächte daher immer mehr zu der Überzeugung, dass die Machtausübung in der unabhängigen Ukraine keinesfalls ihr selber überlassen werden darf.

Die Ausübung ökonomischer und politischer Machtfunktionen in der Ukraine muss outgesourct werden

Damit endlich Fortschritt & Erfolg in Kiew zustande kommen, gehört auf jeden Fall schon einmal die Ökonomie in die Hände vertrauenswürdiger, also nicht-ukrainischer Subjekte gelegt. Leute, die es wissen müssen, nämlich die von den USA bereits im ukrainischen Staatswesen platzierten ausländischen Reformminister verkünden den programmatischen Standpunkt, dass zur Beseitigung der Korruption bei der Privatisierung eigentlich nur ausländische Interessenten zum Zug kommen dürften. Abromavičius will dafür sorgen, dass statt ukrainischer Oligarchen mit

[145] *„Die Generalstaatsanwaltschaft sollte als Oberkommando der Korruptionsbekämpfung funktionieren, hat aber bislang kein einziges Korruptionsverfahren gegen irgendeine größere Figur der Janukowitsch-Ära durchgeführt. Die Behörde ist gespalten zwischen Reformern, die mit dem FBI und den Beratern des amerikanischen Justizministeriums zusammenarbeiten wollen und die volle politische Unterstützung von oben benötigen, und der frustrierenden alten Garde, die sie einzuschüchtern versucht."* (Remarks Senate Committee on Foreign Relations Hearing October 8, 2015, By Clifford G. Bond)

Ein amerikanischer Nachruf auf Vizepräsident Biden rühmt dessen Fähigkeit, *„leicht Freundschaften zu schließen",* und zitiert als Beispiel den Streit um den Generalstaatsanwalt, in dem Biden Poroschenko ausgesprochen freundschaftlich kommt: *„Er drängte Poroschenko, den korrupten Generalstaatsanwalt zu feuern, andernfalls würde die Zusage über einen Kredit über 1 Milliarde Dollar zurückgezogen. ‚Petro, Du bekommst deine Milliarde Dollar nicht… Es ist okay, Du kannst deinen Staatsanwalt behalten. Aber das musst Du kapieren – wenn Du das tust, zahlen wir nicht.' Poroschenko hat den Staatsanwalt gefeuert."* (theatlantic.com)

Sonderbeziehungen künftig so oft wie möglich westliche Investoren ins Land geholt werden. ‚Ich will keine Privatisierung, bei der nur Leute aus dem Umfeld des Establishments zum Zug kommen‘. (FAZ, 23.10.15) Und ein europäischer Analyst hält es für unabdingbar, dass ein Privatisierungsfonds gegründet wird, nicht nur unter internationaler Führung, sondern sicherheitshalber gleich auch noch located offshore, mit dem expliziten Zweck, so viele Vermögenswerte wie möglich an möglichst breit verteilte Eigentümer zu verkaufen, um die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht in der Ukraine aufzulösen (Wilson, s. Fußnote 16). So weit ist die wohlmeinende westliche Partnerschaft mit der Ukraine gediehen, dass die Privatisierung ausdrücklich auf die Entmachtung der herrschenden Klasse zielt.

Dabei macht der westliche Reformimpuls aber längst noch nicht halt; auch Staatsfunktionen sollen an tüchtige auswärtige Dienstleister übertragen werden, z.B. die Beschaffung von Arzneimitteln und der Zoll: Die Ukraine will laut Premier Arseni Jazenjuk mehrere Zollpunkte an der westlichen Grenze von einem britischen Unternehmen verwalten lassen. (Sputnik, 22.7.15)

In diesem Sinn wird auch der *Polizeiapparat* überholt; in Kiew wird schon einmal die gesamte Verkehrspolizei entlassen und eine neue aufgestellt, mit amerikanischer Ausbildung, amerikanischen Uniformen, finanziert aus Amerika; andere Polizeiabteilungen sollen folgen. [146] Zudem haben die USA die ukrainische Regierung dazu genötigt, ihre in Georgien gestürzte Reformspeerspitze Saakaschwili als Gouverneur im Bezirk Odessa einzusetzen – als Aushängeschild für ein Experiment, mit dem sie dort schon

[146] *„Die Polizeireform zielt letztlich darauf, das gesamte Personal des ukrainischen Innenministeriums umzuschulen und gegebenenfalls zu ersetzen, einschließlich derjenigen, die die Ermittlungen in schwerwiegenden Fällen wie Mord und gemeinschaftlichem Betrug führen… Die Reform, zu der die Vereinigten Staaten 15 Millionen Dollar beigetragen haben, wird voraussichtlich 5 bis 10 Jahre in Anspruch nehmen.“* (Washington Post, AP 24.7.15)

einmal ein ganzes Stück „gute Regierung" organisieren und finanzieren wollen. [147]

Darüber hinaus halten die USA es schließlich für erforderlich, sich in der Ukraine über die Verkehrspolizei hinaus ein Stück Gewaltapparat für ihren Bedarf zu schaffen:

> *„Die Obama-Administration hat angekündigt, dass sie die Ausbildung ukrainischer Sicherheitskräfte, Übungen mit kleineren Abteilungen, auf das Personal des Verteidigungsministeriums ausdehnen wird … ähnlich wie die Ausbildung der ukrainischen Nationalgarde." (Washington Post, AP 24.7.15) „Das Innenministerium plant eine neue SWAT-Truppe aufzustellen … die vermutlich die früheren Sondertruppen wie ‚Berkut' ersetzen soll." (The Problem with Ukrainian Police Reform, Foreign Policy, 29.12.15)*

[147] „*Die Vereinigten Staaten helfen der Ukraine beim Aufbau von Kapazitäten, um die Korruption zu bekämpfen, die Schuldigen zu entlarven und ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Und wir tun das auch hier, in Odessa. Erstens entwickelt die US-Regierung ein Programm, um jeden Richter, jeden Staatsanwalt und jeden Verteidiger in Odessa für das prozessuale Strafverfahren auszubilden, das die neue Kriminalgesetzgebung vorsieht. Wir hoffen, dass dieses Pilot-Projekt demonstriert, wie Strafprozesse in der Ukraine effektiviert werden können. Wenn es Erfolg hat, kann es als Modell für die restliche Ukraine dienen.*

Zweitens haben wir in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und Odessa dort eine neue Streifenpolizei eingeführt. Die Präsenz dieser Beamten auf den Straßen ist ein konkreter Beweis dafür, wie sich die Ukraine ändert, aber, was noch wichtiger ist, sie bauen das Vertrauen der Bevölkerung auf. Dieses Vertrauen wird Zuversicht stiften – Zuversicht darin, dass die Korruption, die das kleine Gewerbe erstickt und die Durchschnittsbürger einschüchtert, gemeinsam entlarvt und bekämpft wird.

Drittens finanzieren wir ein Team von ukrainischen, regionalen und internationalen Experten, die gemeinsam mit Gouverneur Saakaschwili eine Anti-Korruptions- und Deregulierungs-Agenda für den Oblast Odessa ausarbeiten. Das Leitbild der Reform, wie sie in Odessa verfolgt wird, zielt auf den Wandel. Wenn das Erfolg hat, kann sich Odessa zu einem Modell für transparentes, verantwortliches Regieren und Wirtschaften entwickeln. Es wird zu einem Symbol für Erfolg in der neuen Ukraine werden. Odessa, lange bekannt für Korruption, wird sauber werden. Investitionen und Chancen werden folgen." (ukraine.usembassy.gov, 24.9.15)

Die Freunde und Förderer der Ukraine gehen mit aller Gründlichkeit vor und machen auch vor der Staatsspitze nicht halt: Die US-Regierung hat mit allen Mitteln die Ablösung und Ersetzung der Jazenjuk-Regierung durch eine „Expertenregierung“ betrieben. Auf Grundlage der immer stärker um sich greifenden Überzeugung, dass die Ukraine im Prinzip von ihrer Führung freigesetzt werden muss und die nötige good governance einzig von einer mit Ausländern bestückten Technokraten-Regierung zu garantieren ist, bescheinigt man der gesamten herrschenden Klasse in der Ukraine ihre grundsätzliche *Untauglichkeit* für die Politik, die die Weltordnungshüter dem Land verordnen. Eine deutliche Auskunft, wie die heilige *Unabhängigkeit* der Ukraine, die der Westen aus der russischen Fremdherrschaft befreit hat und dauerhaft beschützen will, genauer zu verstehen ist: Für die Linie, die die Befreier der Nation vorschreiben, ist ‚selbstbestimmtes‘ Regieren nicht zu gebrauchen, die Nation muss daher umfassend von außen revolutioniert werden. Natürlich unter Einhaltung des demokratischen Procedere, was nicht ganz einfach ist. Politologische Vordenker konstruieren Wege, wie sich die politische Entmachtung der herrschenden Klasse der Ukraine machen lassen müsste. Dass die weg muss, steht erst einmal fest:

> *„Als Erstes muss die politische Klasse, die die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit regiert, gestürzt werden. Ihre Mitglieder haben das Land – trotz der erfolgreichen Volksaufstände 2004 und 2014 gegen Wahlfälschung und die massive Korruption der Behörden – in ihrer Gewalt gehalten. Jede Regierung, die von dieser Klasse begrüßt wird, einschließlich der heutigen, ist zu sehr durch Beziehungen zu den Oligarchen kompromittiert, um das Land zu verändern.“ (Dethroning Ukraine's Oligarchs, Foreign Policy, 13.6.16)*

Also muss das Volk sie gefälligst abwählen:

> *„Um die herrschende Klasse zu ersetzen, muss das Volk an die Urnen. Die Ukrainer müssen eine parlamentarische Mehrheit und einen Präsidenten wählen, die nicht aus dem post-kommunistischen Establishment stammen“, damit der dann alle Macht ans Ausland abgibt: „Einmal gewählt, muss diese Koalition eine Regierung von*

angesehenen Technokraten anstelle der üblichen Insider einsetzen." (Ebd.)

Anstelle dieser schönen Idee, nach der das Volk selbst die Souveränität seiner Regierung abwählen sollte, hat aber erst einmal der Rückschlag stattgefunden, die Ersetzung von Jazenjuk durch Groisman, einen „Vertrauten" Poroschenkos, und der Rückzug der Ausländer aus der Regierung. [148]

Gegen das Machtmittel, das die Aufsichtsmächte in diesem Kampf um die Ausrichtung der Ukraine zum Einsatz bringen – der Staat lebt schließlich nur noch von auswärtiger Finanzierung – hat sich das Lager des ukrainischen Präsidenten auch nur deshalb behauptet, weil seine Patrone angesichts der zu erwartenden Resultate keine Neuwahlen riskieren wollten.[149] Auch wenn das Innenleben der befreiten Ukraine ganz von der Auseinandersetzung mit den Schutzmächten bestimmt ist, aus Gründen der internationalen Anerkennung muss die Legitimation durchs Procedere beibehalten und der Wille des Volkes formell respektiert werden. Um den korrupten Schützling auf den richtigen Weg zu bringen, bleibt es also vorerst bei der Erpressung der amtierenden

[148] *„Versuche, die diskreditierte Regierung durch ein Team von Reformexperten unter Führung von Finanzministerin Natalie Jaresko zu ersetzen, haben die nötige Stimmenmehrheit im Parlament nicht erreicht. Groisman wiederum gehört zur alten Garde der Ukraine und ist ein enger Verbündeter von Präsident Petro Poroschenko, und die verbliebenen Reform-freundlichen Minister, einschließlich Jaresko, haben mitgeteilt, dass sie sich weigern, weiter unter ihm ihr Amt auszuüben."* (Wilson, s. Fußnote 16)

[149] *„Geoffrey Pyatt hatte zwar wochenlang Lobbyarbeit dafür betrieben, ein Kabinett aus ‚parteilosen Technokraten' mit der US-Bürgerin und derzeitigen ukrainischen Finanzministerin Natalie Jaresko als Chefin zu berufen. Doch damit war er auf Widerstand der einheimischen Politikerszene gestoßen. Anschließend plädierte Pyatt für die Devise, Neuwahlen auf jeden Fall zu vermeiden… Würde jetzt gewählt, gäbe es wahrscheinlich vor allem zwei Gewinner: den Oppositionsblock, die Nachfolgeorganisation der alten Partei der Regionen und die um diesen gruppierten Oligarchen, und auf der anderen Seite die faschistische Swoboda-Partei, mit der Timoschenkos Vaterlandspartei zuletzt verstärkt zusammengearbeitet hat."* (Junge Welt, 18.2.16)

widerspenstigen Regierung und des ebenso unwilligen gewählten Parlaments.

> *„Das Schlimmste, was jetzt passieren könnte, wäre der Zusammenbruch der Regierung und Neuwahlen… Denn dann entsteht ein einziges Chaos und das ganze System ist blockiert. Das war Bidens Sorge, als er Anfang Dezember nach Kiew flog. In seiner Rede vor dem Parlament drängte er die Regierung dazu, sich angesichts von Putins Einschüchterung weiterhin auf den Erhalt der politischen Einheit und der Reformpolitik zu fokussieren… Die USA blieben auch in Zukunft auf die Ukraine fokussiert, aber die Überwindung der Krise wäre so lange unmöglich, wie das Parlament sich wie ein Kampfverein benimmt. ‚Unsere Botschaft ist die: Ihr müsst eine Regierung haben, die funktioniert. Ihr könnt euch keine Unordnung leisten. Sonst wird sich die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft in Luft auflösen.“ (Distracted by ISIL, frustrated by infighting in Kyiv, the administration makes little progress against Putin in Europe. Politico.eu, 29.2.16)*

Ukraine has every reason to succeed

Zu einem Gewalt*monopol* in dem Sinn hat es die Ukraine zwar seit Erlangung ihrer Eigenstaatlichkeit nicht gebracht, nur zu einem Bündnis zwischen den oligarchischen Privatgewalten mit ihrem Bandenwesen und Vertretern der politischen Gewalten. Die sogenannte Reformpolitik unter dem Titel der Korruptionsbekämpfung trägt aber einiges dazu bei, um auch diese Restbestände von Herrschaft weiter zu untergraben. Die von außen verordnete Säuberung des gesamten Staatswesens, kombiniert mit der IWF-Politik, die den Schuldnerstaat gründlich gesundschrumpft, sowie die sonstigen Umstände, die seit dem Putsch in der Ukraine geschaffen worden sind, eignen sich wenig dazu, die stabile prosperierende Nation zu schaffen, wie sie die Aufsichtsmächte in ihren Aufrufen beschwören.

Garantiert ist vielmehr die andauernde Unzufriedenheit im Volk, die auch ihre Wortführer findet. Durch die westliche Protektion und Förderung des Maidan-Aufstands sehen sich die

Kräfte, die dadurch hochgekommen sind, ausdrücklich ins Recht gesetzt, Saubermannsparteien, und -figuren, die das Ideal einer „echten", volksnahen Demokratie verfolgen, auf der einen und Nationalisten, die das Gemeinwesen von allen Überresten der russisch-sowjetischen Fremdherrschaft säubern wollen, auf der anderen Seite. Die einen messen die Regierung an den Rechtstiteln einer gerechten und sauberen Herrschaft, die anderen am Gelingen der nationalen Sache, d.h. der Niederschlagung des Aufstands in der Ostukraine – und beide Lager sehen sich tief enttäuscht. Die Machtkämpfe der herrschenden Figuren, bei denen Korruptionsvorwürfe aller gegen alle zum Einsatz kommen, versorgen sie mit reichlich Stoff für die Überzeugung, dass immer noch die alten Clans und Seilschaften am Ruder sind, mit denen aufgeräumt werden muss. Und der unentschiedene Krieg im Osten spornt die nationalistisch militant gewordenen Mannschaften dazu an, das nationale Recht selber in die Hand zu nehmen. Diese Empörten lassen sich nicht einfach wieder auf die passive Rolle gehorsamer Staatsbürger zurückdrängen, ziviler Ungehorsam ist schon wieder gewalttätig geworden wie im Fall der Krim-Tataren, die den Zugang zur Krim blockiert hatten (Reform and resistance: Ukraine's selective state, 20.1.16, neweasterneuropa.eu). Auch andere Arten von Aufruhr sind an der Tagesordnung; von den Reformen ruinierte Mannschaften veranstalten einen „Finanzmaidan", blockieren Straßen, schlagen wieder Zelte im Kiewer Zentrum auf.

Vor dem Hintergrund profiliert sich der Exil-Georgier Saakaschwili samt seiner Mannschaft damit, dass er Tag für Tag die Korruption in Kiew anprangert. Mittlerweile ist er unter wüsten Beschuldigungen der Poroschenko-Regierung von seinem Amt in Odessa zurückgetreten, [150] um die manifeste Unzufriedenheit im Volk auszunützen und in Richtung einer neuen Partei zu

[150] „*Odessa wird sich erst entwickeln, wenn Kiew von den Korruptionären befreit ist, die direkt Banditentum und Gesetzlosigkeit decken', sagte er. Poroschenko ‚persönlich' unterstütze in Odessa zwei kriminelle Clans (darunter den des Bürgermeisters, der mutmaßlich aus den Mafiabanden stammt, die in den neunziger Jahren mit Gewalt um die Herrschaft über den wichtigsten ukrainischen Hafen kämpften) und lasse in der Stadt prorussische Separatisten an der Macht teilhaben."* (FAZ, 8.11.16)

kanalisieren, mit der er sich nach dem Muster seiner damaligen georgischen „Rosenrevolution“ als Führungsfigur für einen neuen Umsturz anbietet. Eine Steilvorlage für seine Kampagne bildet das neue Anti-Korruptionsgesetz, das die Regierung nach langer Gegenwehr auf Druck des IWF dann doch in Kraft setzen musste, das mehrere zehntausend führende Politiker und Spitzenbeamte samt ihren Angehörigen zwingt, ihre Vermögen und Einkommen in einem elektronischen Register offenzulegen.

> *„Die führenden Beamten und Politiker des Landes besitzen teils Dutzende von Luxusuhren, Sammlungen von Ikonen, Waffen und Bibeln. Sie besitzen Fabergé-Eier und ganze Kirchen. Vor allem aber haben sie offenlegen müssen, was für Kenner der „rauchende Colt“ der Korruption ist: Millionen in Bargeld.“ (FAZ, 5.11.16)*

Das sollte doch dem Volk die Augen öffnen, wo seine Armut in Wirklichkeit herrührt.

2019

Russlands Entmachtung kommt voran

Die amerikanische Weltmacht treibt die Entmachtung ihres russischen Rivalen voran

Nicht erst unter Trump, unter Trump aber in neuer Entschiedenheit[151]

In der öffentlichen Wahrnehmung hierzulande finden die strategischen Planungen der USA eher wenig Beachtung. Als Trump den INF-Vertrag kündigt, werden kurzzeitig Befürchtungen laut, es könnte da etwas außer Kontrolle geraten und ein neues Wettrüsten beginnen – so als hätten die USA in ihren Rüstungsanstrengungen jemals nachgelassen. Dabei ist allgemein bekannt, dass sie Jahr für Jahr astronomische Summen für ihre Verteidigung ausgeben. Man registriert auch die von Trump mehrfach offen verkündete Botschaft an Putin, dass er gar nicht erst zu versuchen brauche, mit Amerikas Aufrüstung mitzuhalten. Aber eine solche Ansage ist nichts, was in der hiesigen Öffentlichkeit Bedenken wachrufen würde. Schließlich ist sie selber mehrheitlich der Auffassung, dass Russland in die Schranken gewiesen gehört; zwischenzeitlich zweifelt sie ja sogar umgekehrt an der Verlässlichkeit dieses Präsidenten, weil sich der gegenüber seinem angeblichen Freund Putin allzu arglos zeigen soll. Für eine gewisse Beunruhigung sorgen hingegen regelmäßig die Vorwürfe, die Trump im Zusammenhang mit der Finanzierung der Rüstungsanstrengungen den NATO-Partnern und allen voran den Deutschen macht, dass sie auf Kosten der USA ihre Haushalte schonen und die von ihnen eingegangenen finanziellen Verpflichtungen sträflich missachten. Die Frage, *was* mit all den Finanzmitteln eigentlich finanziert wird und *wieso* die Vereinigten Staaten an dieser Front so entschieden voranmachen, ist demgegenüber kaum von öffentlichem Interesse. Dabei erfordert die Antwort auf diese Fragen keine

[151] Gegenstandpunkt 3 - 2019

großen investigativen Mühen, die offiziellen sicherheitspolitischen Dokumente der USA sprechen eine klare Sprache.

I. Die Definition Russlands als ‚Rivale' der USA – Feindbild und Feindschaft

Die vier Militärdoktrinen,[152] die die Trump-Regierung zur Evaluierung der Gefahren für die nationale Sicherheit der USA und Definition der notwendigen Gegenmaßnahmen in Auftrag gegeben hat, unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkt von denen der Vorgängerregierung: Der Terrorismus, bei Obama noch die Hauptgefahr für den Frieden, ist im aktuellen Bedrohungsszenario in den Hintergrund gerückt, ebenso wie die Bedrohung durch die Schurkenstaaten Iran und Nordkorea; an ihre Stelle ist die strategische Konkurrenz durch die Großmächte China [153] und Russland getreten:

> *„Die zentrale Herausforderung für den Wohlstand und die Sicherheit der USA ist das Wiederauftauchen einer langfristigen strategischen Konkurrenz durch revisionistische Mächte, wie sie die Nationale Sicherheitsstrategie klassifiziert. Es wird immer klarer, dass China und Russland eine Welt gestalten wollen, die mit ihrem autoritären Modell übereinstimmt – und so die Autorität erlangen, ihr Veto gegen die ökonomischen, diplomatischen und Sicherheitsentscheidungen anderer Nationen einzulegen." (NDS, S. 2)*

[152] National Security Strategy (18.12.17), im Folgenden NSS; National Defense Strategy (19.1.18), im Folgenden NDS; Nuclear Posture Review (2.2.18), im Folgenden NPR; Missile Defense Review (17.1.19), im Folgenden: MDR.

[153] Der Konfrontation zwischen den USA und China widmet sich der Artikel „*Trump macht Ernst – Xi auch*" in GegenStandpunkt 2-18. Der vorliegende Aufsatz behandelt ausschließlich die strategische Aufstellung der USA gegenüber der Russischen Föderation. Im Übrigen versteht sich von selbst, dass sich China von allem schon auch mit berücksichtigt wissen darf, was sich die USA für die Erledigung Russlands vornehmen.

Diese programmatischen Festlegungen machen eine neue Lage vorstellig: die Rückkehr zu einem Zustand, den man mit dem Ende der Sowjetunion eigentlich überwunden zu haben glaubte. Sie sehen die vitalen Interessen der USA – Wohlstand und Sicherheit – durch das (Wieder)Aufkommen von Mächten bedroht, die auf ihre Weise die Welt gestalten wollen und damit den USA auf der strategischen Ebene, auf der Weltordnungsfragen aufgeworfen und entschieden werden, als Konkurrenten entgegentreten. Letzteres, die Tatsache, dass diese Mächte überhaupt als Konkurrenten in Erscheinung treten – dass sie auf *derselben* Ebene Politik machen, auf der die USA mit der größten Selbstverständlichkeit als Weltmacht agieren –, gereicht China und Russland zum Vorwurf, begründet das Vergehen namens Revisionismus. Die Beschuldigung operiert mit der Vorstellung, dass diese Mächte eine Welt, die *wohlgeordnet ist*, in der jeder Staat seinen *wohldefinierten Platz* hat und deren Ordnung von den Mitgliedern der Staatenfamilie zu *respektieren* ist, zu ihren Gunsten umgestalten wollen, weil sie nicht bereit sind, den Status, der ihnen in dieser Welt von Rechts wegen zukommt, zu akzeptieren. Umgekehrt wird der Status, den die USA nach dem Ende der Sowjetunion erlangt haben – den der einzig verbliebenen Supermacht –, wie ein rechtmäßiger Besitzstand der USA vorstellig gemacht, den es vor unrechtmäßigen Zugriffen aus eben dieser Welt der Staaten mit allen Mitteln zu sichern gilt. Die Machtverhältnisse in der Staatenwelt, die die USA in zwei erfolgreich geführten Weltkriegen, einem Kalten Krieg gegen die realsozialistische Führungsmacht und ihren ‚Block' sowie durch ihre fortgesetzten Bemühungen, deren immer noch viel zu potenten Nachfolger weiter zu entmachten, maßgeblich *hergestellt* haben, werden als *Rechtsgrund* für den von den USA praktizierten Anspruch angeführt, über den Rest der Staatenwelt ein Regime ausüben zu können, das einem globalen Gewalt*monopol* ziemlich nahekommt. Die Unbedingtheit dieses Anspruchs, dass Amerika dazu berufen ist, den globalen Gewalthaushalt zu kontrollieren und gegen den mangelnden Respekt anderer vor sich und der Weltordnung, für die es steht, zu verteidigen, wird einerseits mit dem Verweis darauf begründet, dass Wohlstand und Sicherheit der USA mit der Sicherstellung dieses Status stehen und fallen.

Die strategische Doktrin führt aber auch noch andere gute Gründe auf: Amerika handelt nicht nur im eigenen, sondern im Interesse der ganzen Völkerfamilie, der die ‚Revisionisten' nämlich das böse autoritäre Modell aufzwingen wollen, das sie bei sich daheim praktizieren. China und Russland werden als Mächte charakterisiert, deren außenpolitische Agenda darin aufgeht, andere Nationen zu unterdrücken und deren Souveränität zu missachten. Von ihrer Politik bleibt nur das Negative; die Ausübung von Gewalt in ihrem Inneren wie nach außen wird zum Inhalt und Zweck ihrer Politik erklärt, und mit Modell – gewissermaßen der heutige ideologische Ersatz für den alten Systemgegensatz – wird das Fundamentale und Ausgreifende ihres verwerflichen Treibens herausgestellt. Von politischen Interessen, die im Verhältnis zwischen souveränen Staaten laufend die Gründe dafür liefern, dass ökonomische, diplomatische und Sicherheitsentscheidungen anderer Nationen übergangen oder zurückgewiesen werden, will man im Fall dieser beiden Staaten nichts wissen. Wohlstand und Sicherheit sind bei ihnen nichts, woraus sie irgendeinen legitimen Handlungsbedarf ableiten könnten; diese Mächte besitzen so, wie sie charakterisiert werden, überhaupt keine anerkennungswürdigen Interessen.

So liest sich das offizielle Feind*bild* zu einer *Feindschaft*, die *andere* Gründe hat als die mit dem Feindbild vorstellig gemachten; das Feindbild *beruht* umgekehrt auf der Feindschaft, die man den ‚revisionistischen Mächten' erklärt: Die Tatsache, dass sich diese zwei Staaten der Unterordnung unter die amerikanische Suprematie *entziehen*, ist es, was ihnen die amerikanische Feindschaft verschafft; das Recht Amerikas auf so etwas wie ein weltweites Gewaltmonopol *macht* Staaten, die sich diesem Anspruch nicht beugen, zu Revisionisten und Rechtsverletzern.

Was näher Russland betrifft, so konkretisieren die Militärdoktrinen der USA den Revisionismus dieser Nation anhand eines Sündenregisters, in dem alles aufgeführt und ins richtige Licht gerückt wird, was Russland in seiner näheren und ferneren Nachbarschaft zur Wahrung seiner Interessen unternimmt:

> *„Russland [strebt] nach einer Veto-Autorität über Nationen in seiner Peripherie in Bezug auf ihre Regierungs-, ihre ökonomischen und ihre diplomatischen Entscheidungen, es versucht, die NATO zu zerschlagen und die Sicherheits- und Wirtschaftsstrukturen in Europa und im Nahen Osten zu seinen Gunsten zu verändern. Die Anwendung neu aufkommender Technologien, um demokratische Prozesse in Georgien, auf der Krim und in der Ostukraine zu diskreditieren und umzustürzen, ist besorgniserregend genug, aber wenn sie sich verbindet mit seinem sich ausweitenden und modernisierenden Atomwaffenarsenal, ist die Herausforderung klar." (NDS, S. 2)*

Die amerikanischen Militärstrategen gehen davon aus, dass die USA mit gutem Recht die *ganze* Welt als ihre Einflusssphäre beanspruchen können, so dass es deswegen auch völlig legitim ist, wenn sie zusammen mit ihren strategischen Partnern in der NATO und in der EU in der Peripherie Russlands dafür sorgen, dass dort Staaten eingerichtet werden und Regierungen das Sagen haben, die in ihrer Räson auf die NATO und die EU ausgerichtet sind. Deswegen erscheint das Bemühen Russlands, sein Umfeld als seine Einflusssphäre zu sichern, in ihrer Analyse per se als illegitimer Machtgebrauch und Russland selbst als eine Macht, deren ‚Machtstreben' unvereinbar ist mit den legitimen Interessen seiner Nachbarn. So wie die Karten in ihrer Analyse verteilt sind, hätte Russland die friedliche Eroberung seines Umfelds durch NATO und EU, also seine strategische Einkreisung, unwidersprochen hinzunehmen. Wenn es das nicht tut, macht es eine Veto-Autorität geltend, die ihm nicht zusteht. Weil es aus der Sicht der amerikanischen Strategen nur recht und billig ist, wenn die NATO ihre Expansion als in sich geschlossener, auf die Eindämmung russischer Macht eingeschworener Staatenblock betreibt, erscheinen die Anstrengungen Russlands, seine Beziehungen zu Mitgliedern dieser Allianz zu verbessern oder auch nur zu behalten, als Versuch, die NATO zu zerschlagen. Wenn es sich gegen das Programm von NATO und EU wendet, die Ukraine aus überkommenen Verbindungen herauszubrechen und der EU anzugliedern; wenn es mit seiner Annexion der Krim unterbindet, dass nach der Überführung der Ukraine ins westliche Lager auch noch der Stützpunkt seiner Schwarzmeerflotte unhaltbar wird; wenn es im

Nahen Osten durch sein militärisches Eingreifen den Sturz seines einzigen ihm dort verbliebenen Verbündeten verhindert – dann ist es Russland, das sich an gewachsenen Strukturen vergreift, auf denen Sicherheit und wirtschaftlicher Wohlstand in Europa und im Nahen Osten beruhen; dann stellt sich Russland gegen anonyme Prozesse, die einfach so unterwegs sind und schon deswegen nicht aufzuhalten sind, weil sie – namentlich in Georgien, auf der Krim und in der Ostukraine – das Gute, die Demokratie voranbringen.

Das alles ist für die mit der Nationalen Sicherheit der USA befassten Fachleute schon besorgniserregend genug. Was Russland in ihren Augen endgültig zu *der* Herausforderung *schlechthin* für Amerika macht; was Russland heraushebt aus der Handvoll größerer und kleinerer Schurkenstaaten, die Amerika auf seiner To-do-Liste hat, ist die Tatsache, dass dieser Staat immer noch über ein *Atomwaffenarsenal* verfügt, es sogar ausweitet und modernisiert, mit dem er sogar Amerika Respekt abnötigen kann. Die amerikanischen Militärdoktrinen arbeiten diesen Punkt regelrecht als Alleinstellungsmerkmal heraus, das Russland zu *dem* nicht zu duldenden Rivalen in der Welt macht:

> *„Die landgestützte Interkontinentalraketen-Streitmacht [der USA, d. Verf.] ist in höchstem Maß überlebensfähig gegen jeden Angriff, mit Ausnahme eines nuklearen Großangriffs. Um die landgestützten Interkontinentalraketen der USA zu zerstören, müsste ein Gegner einen präzise koordinierten Angriff mit hunderten von Präzisionssprengköpfen mit hoher Sprengkraft starten. Das ist eine unüberwindbare Herausforderung für jeden Gegner heute, Russland ausgenommen." (NPR, S. 46)*

Russland ist die einzige Macht auf der Welt, die dem Zerstörungspotential, das in den Raketensilos Amerikas ruht, etwas entgegenzusetzen hat. Das stellt für God's Own Nation eine nicht hinnehmbare Bedrohung ihrer Abschreckungsmacht dar, mit der sie als Weltmacht auftritt und Politik gegenüber dem Rest der Welt macht. Russland seinerseits besitzt und verschafft sich mit seinem Atomwaffenarsenal die Abschreckungsmacht, die es dazu befähigt, sich zu behaupten, in seiner Peripherie gegen den Willen der

USA seinen Einfluss geltend zu machen und die Handlungsfähigkeit Amerikas und seiner Verbündeten dort einzuschränken:

> *„Moskau ist nicht nur dabei, seine offensive strategische Raketenstreitmacht auszuweiten und zu modernisieren, es stellt eine immer weiter fortgeschrittene und unterschiedliche Reihe atomwaffenfähiger regionaler offensiver Raketensysteme in den Dienst, die die stationierten US-Streitkräfte, die Verbündeten und die Partner bedrohen. Diese Raketensysteme befähigen Russland entscheidend zu seiner Zwangs- und Eskalationsstrategie und zur nuklearen Bedrohung von Alliierten und Partnern der USA... Russland entwickelt eine neue Generation von fortgeschrittenen, regionalen ballistischen Raketen und Marschflugkörpern, die ihre ‚anti access/area denial'-Strategie*[154] *unterstützen, welche darauf zielt, den Willen und die Fähigkeiten der USA und ihrer Alliierten in regionalen Krisen oder Konflikten zu bezwingen. Russland hat seine fortgeschrittenen Fähigkeiten bei Marschflugkörpern in der Tat seit 2015 wiederholt demonstriert durch Langstrecken-Präzisionsschläge nach Syrien." (MDR, S. 18)*

Die USA lassen keinen Zweifel daran, dass sie alles dafür tun, um mit dieser Herausforderung fertigzuwerden. Die Sache hat für sie oberste Priorität.

[154] In dieser in der westlichen Militärwelt beliebten Formel für das nicht hinnehmbare russische Verbrechen, den USA den Zugang zu irgendeiner "*area*" verwehren und sich in der behaupten zu wollen, steckt der mit der größten Selbstverständlichkeit geltend gemachte Anspruch auf uneingeschränkte imperialistische Handlungsfreiheit der Weltmacht: ihr exklusives Recht, in jeder regionalen Krise und jedem Konflikt jeden Flecken auf der Erde nach Bedarf zu besetzen und dauerhaft und vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen.

II. Die USA schließen Lücken im Atomkriegsszenario gegen Russland

1. Strategische Neuausrichtung des Raketenabwehrschirms

In der strategischen Planung der USA kommt der Raketenabwehr eine herausragende Bedeutung zu. An deren Grund und Zweck hat sich seit Reagans *Strategic Defense Initiative* (SDI) nichts geändert. Der damals geplante Raketenabwehrschirm zielte erklärtermaßen darauf ab, die *Pattsituation* zu *überwinden*, in der sich die Führungsmacht des kapitalistischen Westens und die Sowjetmacht, beide bis an die Zähne hochgerüstet mit Atomwaffen mit x-fachen Overkill-Kapazitäten, jahrzehntelang gegenüberstanden. Der Zustand, der der Menschheit unter dem Titel ‚Gleichgewicht des Schreckens' bekannt gemacht und in grotesker Umdrehung als Einrichtung zur Kriegsverhinderung und Sicherung des Weltfriedens verdolmetscht worden ist, stellte für die amerikanischen Strategen etwas ganz anderes dar, nämlich ein Dilemma, aus dem es herauszukommen galt: Dass sich beide Seiten vernichtende Vergeltungsschläge für den Fall androhen konnten, dass das Gegenüber seine Atomwaffen zum Einsatz bringt, dass also der Gebrauch dieser Waffen für beide Seiten mit der Perspektive der eigenen Vernichtung verbunden war, galt den strategischen Denkern der USA als *Beschränkung* der eigenen Kriegsfähigkeit, die unbedingt zu beseitigen war. Ins Auge gefasst haben die Amerikaner damals die Entwicklung und den Aufbau einer Raketenabwehr, durch die sie sich die Fähigkeit verschaffen würden, feindliche Raketenangriffe zu neutralisieren, der im Raum stehenden Vernichtungsdrohung die Wucht zu nehmen und sich so in die Lage zu versetzen, frei über den Einsatz der eigenen atomaren Bewaffnung zu disponieren.

Den Aufbau einer solchen Raketenabwehr haben die USA seit den 80er Jahren, über alle politischen Konjunkturen und über die Systemfrage hinweg, entschlossen vorangetrieben. Vier Jahrzehnte und etliche Billionen Dollar später verfügen sie über ein Anti-Raketen-System, mit dem sie in Tests Abfangquoten von um

die 50 % erzielen. Es unterminiert auch in dem Zustand bereits die Berechnungsgrundlage der strategischen Planungen des Gegners: Er weiß nicht mehr, wie viel sein ultimatives Kriegsmittel im Fall des Falles (noch) wert ist.

Das stellt die USA keineswegs zufrieden. Präsident Trump macht seinem Militär wegweisende Vorgaben –

> *„Unser Ziel ist einfach: sicherzustellen, dass wir jedes Geschoss, das gegen die Vereinigten Staaten gestartet wird, aufspüren und zerstören können – überall, jederzeit, irgendwo" (D. Trump bei der Vorstellung der Missile Defense Review, 17.1.19) –,*

und der 2019 veröffentlichte *Missile Defense Review* seiner Regierung stellt das Programm für die künftige Gestaltung der Raketenabwehr vor, die an diesen ambitionierten Vorgaben Maß nimmt:

> *„Die Vereinigten Staaten werden drei verschiedene Mittel der Raketenabwehr aufstellen, in Stand halten und integrieren, um jede durchführbare Möglichkeit zu identifizieren und auszunutzen, ein bedrohliches Projektil vor und nach seinem Start aufzuspüren, zu stören und zu zerstören.*
>
> *Diese schließen ein: erstens eine aktive Raketenabwehr, um gegnerische Geschosse in allen Flugphasen abzufangen; zweitens eine passive Abwehr, um die potenziellen Effekte von offensiven Raketen zu mildern; und drittens, wenn die Abschreckung versagt, Angriffsoperationen, um Offensivflugkörper vor dem Start zu zerschlagen." (MDR, S. X)* [155]

Die bisherige *aktive Raketenabwehr* gegen Angriffe auf das Homeland basiert auf einem *Ground-Based Midcourse Defense System*

[155] „*Angriffsoperationen*" gegen feindliche Raketen führt das amerikanische Militär selbstverständlich nicht als Offensive durch, sondern nur, wenn der Feind es dazu zwingt – „*wenn die Abschreckung versagt*". Die präventive Zerschlagung der gegnerischen „*Offensiv-Flugkörper*" ist in diesem Sinne gewissermaßen als ultima ratio einer gerechten Selbstverteidigung der Weltmacht zu begreifen.

(GMD), das feindliche Raketen in der mittleren Flugphase zerstört: Infrarotsatelliten detektieren den Start der Rakete, Boden-Radarstationen verfolgen die Flugbahn, Abfangraketen transportieren ein *Kill Vehicle* ins All, das den Raketenträger und/oder den Sprengkopf durch die kinetische Energie des Aufpralls eliminiert.

Damit aus der mit diesem System bisher erreichten Erfolgsquote noch mehr wird, erneuert die zuständige *Missile Defense Agency (MDA)* ihre Abfangraketen, verbessert ihre Wirkung durch die Erhöhung ihrer Geschwindigkeit, die Ausstattung mit einem neuen *Multi-Object Kill Vehicle (MOKV)* und die Einführung einer neuen Zerstörungsstrategie,[156] stockt ihre Zahl um die Hälfte auf und fasst gleich noch den Bau einer neuen Abfangstation an der Ostküste der USA ins Auge.

Ein zweites System der aktiven Raketenabwehr kommandiert die US-Navy in Gestalt einer Riesen-Flotte von *Aegis-Lenkwaffenkreuzern und -zerstörern.* Diese Flotte bildet ein kampfstarkes schwimmendes Komplementärstück zum GMD auf den

[156] Der kürzlich – nach fast 30 Jahren intensiver Forschung – erreichte technologische Durchbruch beim Abschuss einer Interkontinentalrakete durch eine Salve von Abwehrraketen berechtigt zu den schönsten Hoffnungen auf eine signifikante Erhöhung der Trefferquote: *„Die U.S. Missile Defense Agency hat heute einen erfolgreichen Test gegen die Zielklasse der Interkontinentalraketen (ICBMs) durchgeführt... Dieser Salven-Test ist extrem wichtig für die bodengestützte Raketenabwehr (GMD), da er eine bisher nicht erprobte Strategie testet, die auf die Verbesserung der gesamten Effektivität des Systems zielt. Dieser Test war die erste Verwendung einer Salve mit zwei bodengestützten, GBI-Lead und GBI-Trail genannten Abfangraketen gegen ein die Bedrohung repräsentierendes ICBM-Ziel. Die GBI-Lead zerstörte wie geplant den Flugkörper [das ‚reentry vehicle'] beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre. Die GBI-Trail Rakete inspizierte dann die aus dem Abschuss resultierenden Trümmerteile und übriggebliebene Objekte, und da sie keine weiteren reentry vehicles ausmachen konnte, richtete sie sich auf das von ihr identifizierte ‚nächste Objekt mit dem tödlichsten Zerstörungspotential' und traf es genau so, wie es vorgesehen war."* (The Warzone, 25.3.19) Dass (auch) dieser Fortschritt nicht zum Nulltarif zu haben ist, versteht sich:

„Am 22. März 2019 gab das Pentagon bekannt, dass es den von Boeing angeführten GMD-Auftrag aus dem Jahr 2018 mit mehr als 4,1 Milliarden US-Dollar aufstockt." (Ebd.)

Weltmeeren, verdichtet den durch das GMD konstituierten Abwehrschirm und ist in der Lage, allein oder im Zusammenspiel mit baugleichen Schiffen der Verbündeten in Spanien, Norwegen, Südkorea, Japan und Australien sowie an Land stationierten Aegis-Basen in Rumänien, Japan und spätestens 2020 auch in Polen, jederzeit in jedem Winkel der Welt einen *regionalen* Abwehrschirm zu errichten, der die Operationsfreiheit des US-Militärs absichert.[157] Ein drittes Abwehrsystem namens *Terminal High Altitude Area Defense* (THAAD), stationiert im Homeland, Südkorea, Guam, Deutschland und nach den Planungen der MDA demnächst bei Verbündeten weltweit, attackiert feindliche Geschosse in der Endphase ihres Flugs und ergänzt mit seinem tausend Kilometer weit reichenden Radar das Netzwerk zur Überwachung des globalen Kriegsraums. Viertens wäre da noch das in vielen Ländern in enormen Stückzahlen dislozierte *Patriot*-Abwehrsystem, das über eine wesentlich geringere Reichweite als die anderen Systeme verfügt und vornehmlich gegen feindliche Flugzeuge, Marschflugkörper und taktische Raketen operiert.

Die *passive Verteidigung* umfasst Maßnahmen zur Härtung von Raketensilos und Kommandobunkern, zur Stärkung der Resilienz der militärischen und sonstigen Infrastruktur. Sie dient der Verminderung der Verwundbarkeit des eigenen Atomwaffenarsenals durch Atomschläge.

Vom Standpunkt der absoluten Unverwundbarkeit aus betrachtet leiden alle bisher aufgestellten Systeme der aktiven Raketenabwehr an dem Mangel, dass sie die feindlichen Raketen als zu bekämpfende Bedrohung erst ins Visier nehmen, wenn sie gestartet sind, dass die Bedrohung dann möglicherweise nicht mehr vollständig zu bekämpfen ist – vor allem bei mit zehn und mehr

[157] Zweiundzwanzig Aegis-Kreuzer sind derzeit in Betrieb (navy.mil, Stand 9.1.17) sowie 66 Aegis-Zerstörer. Zehn weitere Zerstörer sind derzeit im Bau, zwölf bestellt (navy.mil, Stand 23.1.19). Jedes der Schiffe kann wahlweise mit bis zu 128 Marschflugkörpern oder Abfangraketen bestückt werden. (Vgl.: Russia may have violated the INF Treaty. Here's how the United States appears to have done the same. Theodore A. Postol, Bulletin of the Atomic Scientists, 14.2.19)

unabhängig voneinander lenkbaren Sprengköpfen (MIRV, MARV) und Sprengkopf-Attrappen bestückten Interkontinentalraketen – und dass die Bekämpfung selbst Schäden auf dem eigenen Territorium hervorruft, wenn der Flugkörper in der Endphase seines Flugs abgeschossen wird. Darüber hinaus stellen die amerikanischen Militärplaner die Fortschritte in Rechnung, die Russland in der Raketenentwicklung erzielt hat:

> *„Die russischen Programme zur Modernisierung der Offensiv-Flugkörper gehen weit über herkömmliche ballistische Raketen hinaus, sie schließen Raketen mit bisher nicht dagewesenen Charakteristika in Bezug auf Höhe, Geschwindigkeit, Antrieb und Reichweite ein." (MDR, S. 18)*

Die Rede ist hier von Raketen und Marschflugkörpern mit Hyperschallgeschwindigkeit, nicht-ballistischen, also schwer- bis unberechenbaren Flugbahnen usw.

Die MDR 2019 kündigt daher eine *Neuausrichtung der Abwehrstrategie* an: Künftig wird der Schwerpunkt der aktiven Raketenabwehr auf Angriffsoperationen [gelegt], um Offensiv-Flugkörper vor dem Start zu zerschlagen. Geplant ist eine Perfektionierung der Defensive durch die bis dahin für unrealisierbar gehaltene ‚Vorwärtsverteidigung' an den Startrampen des Feinds, die neben seinem überkommenen auch sein allerneuestes Potential im Keim erstickt – und so dafür sorgt, dass man sich in Moskau todsicher verrechnet, wenn man sich mit der Einführung einer neuen Generation von Offensivwaffen strategische Vorteile ausrechnet.

2. Die Perfektionierung der Raketenabwehr stellt neue Anforderungen an die Weltraumkriegführung

2.1 Der Kriegsschauplatz Weltraum

Die Beherrschung des Orbits von der Strato- bis in die Exosphäre ist für die Atomkriegführung und die moderne Kriegführung generell von entscheidender Bedeutung. Im Weltraum beliebig positionierbare Satelliten verschaffen der militärischen

Führung die nötige *Aufklärung* über ein im Prinzip *globales Gefechtsfeld*; von besonderer Bedeutung ist dabei die Ortung mobiler Abschussrampen für die landgestützten Atomraketen, die Wahrnehmung von Raketenstarts durch *Space-Based Infrared System Satellites*, die die beim Abschuss entstehende Hitze detektieren.

Weil Satelliten nicht nur für die Aufklärung, sondern ebenso für die *Zielerfassung und Steuerung von Waffensystemen*, die *Sicherung der Kommunikation* auf vernetzten Gefechtsfeldern – und natürlich auch der Kommunikationsstrukturen für die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses und der Funktionsfähigkeit der staatlichen Herrschaft – unerlässlich sind, haben es die paar handverlesenen potenten Großmächte dahin gebracht, den Kosmos nicht nur mit hunderten der so nützlichen kleinen Trabanten zu bevölkern, sondern in ein veritables Schlachtfeld zu verwandeln. Da gibt es Antisatelliten-Raketen, boden- oder luftgestützt, die Objekte auch noch in 850 km Höhe erledigen; manövrierfähige Satelliten, die andere Satelliten untersuchen und reparieren, aber auch als SUMOs (Spacecraft for the Unmanned Modification of Orbits) feindliche Satelliten aus der Bahn bringen oder funktionsunfähig machen können; Funkstörsysteme. Auch der Einsatz von Weltraumschrott, erzeugt z.B. durch Splitterbomben, soll gute Dienste tun für die Elimination feindlicher Flugkörper.

Für die (Zer)Störung der Kommunikationssysteme des Gegners und von so manchem mehr sind starke elektromagnetische Impulse im Repertoire –

> *„Der EMP kann alle elektronisch gestützten Maschinen vom Flugzeug bis zum Herzschrittmacher stören oder zerstören, er gefährdet die zentralen Systeme von Rundfunk, Rettungswesen, Krankenhäusern, Energieversorgung und Bahntransport – mit entsprechender Gefahr für das Warnwesen, die Patientenversorgung und Evakuierungen" (Wikipedia, s.v. Elektromagnetischer Impuls) –,*

die durch eine thermonukleare Explosion in der richtigen Höhe und der richtigen Stärke herbeigeführt werden. Das richtige Maß ist hier von entscheidender Bedeutung, damit man sich nicht auch selbst blendet und damit neben die erwünschte Wirkung nicht

allzu viel von der unvermeidlichen anderen tritt und der radioaktive Fallout bei Feind und Freund nicht mehr Schaden anrichtet, als man als Preis für den Sieg eingeplant hat. Selbstverständlich arbeiten die modernen Kriegstechniker energisch an der Bewältigung dieses Problems und tun ihr Bestes, ihr Handwerkszeug zur Blendung des Feinds zu ergänzen durch den Aufbau eines *nicht*-satellitengestützten, den eigenen Kräften also in *jedem* (Kriegs)Fall verfügbaren, weil nicht durch Elektromagnetismus störbaren Navigations- und Kommunikationssystems.

2.2 Eine neue Infrastruktur im Weltraum für den Atomkrieg im 21. Jahrhundert

Was für die Verwirklichung der neuen dreistufigen comprehensive missile defense strategy mit Vorwärtsverteidigung an den Silos der russischen Atomraketen im Weltraum alles zu leisten ist, erläutert die MDR so:

> *„Die Nutzung des Weltraums sorgt für eine Aufstellung der Raketenabwehr, die effektiver, resilienter und anpassungsfähiger ist an bekannte und unvorhergesehene Bedrohungen. Im Weltraum stationierte Sensoren können beispielsweise Raketenabschüsse von Standorten fast überall auf dem Globus beobachten, aufspüren – sie genießen einen Grad an Bewegungsfreiheit, der unbehindert ist von den Einschränkungen, die geographische Schranken den terrestrischen Sensoren auferlegen. Darüber hinaus erfordern weltraumbasierte Sensoren, anders als erdbasierte, keine Stationierungsrechte oder Abkommen mit fremden Staaten. Das macht es möglich, sie da zu platzieren, wo es nötig ist, um die ideale Sicht-Geometrie zu erreichen für die Detektion von Raketenabschüssen, das Verfolgen des Projektils, die Beurteilung der Bedrohungen und die Bewertung der Detektion, des Abfangens und Vernichtens von Bedrohungen durch Raketen für das US-Homeland, unsere Streitkräfte auswärts und für unsere Verbündeten und Partner. Ein derartiges ‚Birth-to-Death'-Tracking von ankommenden Bedrohungen durch Raketen aus dem Weltraum ist äußerst vorteilhaft. Raketenabwehr-Sensoren im All besitzen auch Fähigkeiten für andere äußerst wichtige Aufgaben, darunter die Vorwarnung gegen Raketen auf dem regionalen Kriegsschauplatz und*

> *technische Aufklärung. Der einzigartige Nutzen und die einzigartigen Eigenschaften von Weltraum-Sensoren ... könnten sich erweitern zur Stationierung von defensiven Interzeptoren im Weltraum. Die Stationierung von Interzeptoren im All könnte z.B. die Möglichkeit eröffnen, offensive Flugkörper in ihrer verwundbarsten ersten Startphase des Flugs anzugreifen... Die Stationierung im Weltraum könnte insgesamt die Wahrscheinlichkeit erhöhen, offensive Geschosse erfolgreich abzufangen, die Zahl der defensiven Interzeptoren zu reduzieren und offensive Projektile über dem Territorium des Angreifers zu zerstören statt über dem Zielstaat." (MDR, S. 36 f.)*

Was unter dem Titel einer effektiveren und anpassungsfähigeren Raketenabwehr gefordert wird, ist ein Satellitennetzwerk, das erstens in der Lage ist, den Start feindlicher Projektile von fast überall auf dem Globus wahrzunehmen; sie vom Start an, bei welcher Fluggeschwindigkeit und auf welcher Flugbahn auch immer, ballistisch oder nicht-ballistisch, bis zu ihrer Zerstörung ständig im Blick zu haben (Birth-to-Death-Tracking) – und zwar aus allen militärisch relevanten Blickwinkeln (ideale Sichtgeometrie); das zweitens darüber hinaus auch über die Fähigkeit verfügt, den Flugkörper aus dem All heraus zu zerstören. Drittens soll es die gesammelten Daten so schnell übertragen, dass feindlichen Attacken auf welchem regionalen Kriegsschauplatz auch immer rechtzeitig begegnet werden kann.

Was – viertens – die geforderte höhere *Resilienz* der gesamten dafür erforderten Weltrauminfrastruktur auf der Erdoberfläche und im Weltall angeht, könnte der Anspruch kaum höher sein:

> *„Die Vereinigten Staaten müssen ein NC3 [System des Nuklearen Kommandos, der Kontrolle und Kommunikation] besitzen, das die Kontrolle der Atomstreitkräfte der USA zu jeder Zeit ermöglicht, sogar unter dem enormen Druck eines nuklearen Angriffs. Die NC3-Fähigkeiten müssen die Vollständigkeit der übertragenen Information sicherstellen und die Widerstands- und Überlebensfähigkeit haben, die notwendig ist, die Wirkungen eines nuklearen Angriffs zuverlässig zu überstehen." (NPR, S. XIII)*

Die US-Strategen gehen in ihrem Atomkriegsszenario fest davon aus, einige russische Nuklearschläge aushalten zu müssen, die die eigene Kriegführungsfähigkeit aber nicht wesentlich beeinträchtigen dürfen: *NC3* für den Einsatz der amerikanischen Nuklearwaffen muss auf jeden Fall auch im Atomkrieg erhalten bleiben.

Diesen Ansprüchen genügt das bestehende Netzwerk aus erdbasierten Radarstationen der USA und ihrer Verbündeten in allen Teilen der Welt und der mit weitem Abstand größten Ansammlung von Satelliten im All – von zwischen 600 und 1000 Satelliten ist die Rede – nicht. Dieses Netz kann und muss zwar verbessert werden, und es wird auch entschieden auf mehr diesbezügliche Anstrengungen der ‚allies' und mehr Interoperabilität gepocht: Das soll helfen, Bedrohungen durch Raketen abzuwehren und die Lücken und Nahtstellen in von den USA angeführten regionalen Verteidigungsarchitekturen zu minimieren (MDR, S. 36).

Darüber hinaus gebietet die für den Atomkrieg gegen einen Gegner wie Russland heute nötige Effektivität, Anpassungsfähigkeit und Resilienz aber buchstäblich eine *Neuerschließung des Weltraums*. Entsprechend gründlich geht die US-Regierung die Sache an:

- Sie gründet neue Militäreinheiten – erstmals seit 1947 wieder eine neue Teilstreitkraft, die ***Space Force*** oder ***Space Corps*** heißen soll, sowie eine kleinere ***Space Development Agency*** –, stattet sie mit einem nach oben ziemlich offenen Budget [158] und dem Auftrag aus, den USA im Weltraum *absolute Kontrolle* über die feindliche

[158] *„Shanahan sagte, dass die Space Force zwischen 15 000 und 20 000 Leute umfassen würde. Das ist schon eine Erweiterung des Personalbedarfs gegenüber letztem Monat, als Offizielle des Verteidigungsministeriums den Gesetzemachern einen Gesetzentwurf zur Space Force zusandten, in dem von einem geschätzten zivilen und militärischen Personal von 15 000 Leuten die Rede war."* (Defense One, 20.3.19)

Raketenwaffe zu sichern [159] und für die Vernichtung so vieler offensiver Geschosse in der Startphase zu sorgen, dass die aktive Raketenabwehr nicht mehr viel abzufangen hat – im beschränkten Krieg auf regionalen Kriegsschauplätzen wie im globalen Atomkrieg –, um so der eigenen nuklearen Triade jederzeitige Handlungsfreiheit zu garantieren.

- Mit dem „proliferated low-Earth orbit sensor and communications transport layer" (defensedaily, 13.3.19) entsteht eine ganz neue „Schicht" von Satelliten im All aus hunderten Mikro- und Nano-Trabanten, die sehr viel erdnäher positioniert werden als die bisherigen Satelliten der Raketenabwehr, um die Flugbahnen der neuen Raketengeneration erfassen zu können, und in so großer Stückzahl, dass das Netz auch unter Extrembedingungen funktionsfähig bleibt.
- ***Prompt strike capabilities für die offensive Raketenabwehr***. Um feindliche Raketen vom Start an aus dem Weltraum oder mit erdbasierten Waffen zerstören zu können, nehmen sich die USA vor, gleich mehrere Waffensysteme, die nach langer Forschung und Entwicklung ins Stadium der Anwendungsreife gekommen sind, mit zusätzlichem Nachdruck, also ohne Rücksicht auf die Kosten, parallel zu erproben und gefechtsfeldtauglich zu machen. Zu diesen *prompt strike capabilities* gehören:
- erdstationierte Offensivwaffen: ein *Tactical Boost Glider* soll, von einem Langstreckenbomber und Raketen-Boostern ins All gebracht und auf Hyperschallgeschwindigkeit beschleunigt, sein Ziel mit der bei dieser Geschwindigkeit gegebenen hohen kinetischen Energie zerstören; den gleichen Dienst soll ein *Hypersonic Air-Breathing Weapon* tun,

[159] Ein sehr erwünschter Kollateralnutzen des neuen Aufbruchs ins All: „*Weltraum-basierte Sensoren, anders als erd-basierte, [erfordern] keine Stationierungsrechte oder Abkommen mit fremden Staaten.*" (MDR, S. 36)

ein Geschoss, das nicht als Gleiter operiert, sondern unter Verwendung eines eigenen Triebwerks Hyperschallgeschwindigkeit erreicht; beide sollen Ende 2019 flugfähig sein; [160]

- *Laserwaffen*, die vor allem auf Flugzeugen, Drohnen oder erdnah stationierten Satelliten disloziert werden. [161]

[160] *„[Das sind] zwei sehr verschiedene Konzepte, aber wenn man über Waffen mit Hyperschallgeschwindigkeit [Geschosse mit mehr als dem Fünffachen der Schallgeschwindigkeit] redet, ist es gut, das zu haben, was ich als gewollte Redundanz betrachte, weil es eine schwierige Technologie ist. Material und Antriebssysteme herzustellen, die Temperaturen von 3000 Fahrenheit [ca. 1650 Grad Celsius] aushalten, ist nicht einfach."* (DARPA preparing to test fly two hypersonic weapons, janes.com, 3.5.19)

[161] Beharrliche Forschung seit der Reagan-Ära und – schon wieder – ein gewaltiger Geldaufwand machen sich so langsam bezahlt: „*Es ist nicht das erste Mal, dass das Ministerium sich diese Waffen angeschaut hat. 1989 haben die USA als Teil eines BEAR (Beam Accelerator Aboard a Rocket) [Strahlenbeschleuniger an Bord einer Rakete] genannten Experiments einen neutralen Partikelstrahl in den Weltraum geschossen. Der Bericht zu diesem Experiment beschreibt den Vorgang als mäßig erfolgreich: ‚Der BEAR-Flug hat gezeigt, dass die Beschleunigungs-Technologie an das Weltraumumfeld angepasst werden kann. Dieser erste Einsatz eines neutralen Strahlenpartikel-Beschleunigers hat nichts physikalisch Unerwartetes hervorgebracht.' Aber es besteht ein großer Unterschied zwischen einem erfolgreichen Versuch und einer finanzierbaren einsatzfähigen Waffe. Als Teil der früheren Bemühungen haben zahlreiche Firmen Prototypen-Modelle hergestellt. Die Waffen, die sie entwarfen, waren riesig. Eine war 72 Fuß [knapp 22m] lang... Ein ranghoher Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums sagte: ‚Was die Technologie betrifft, die wir heute benutzen, sind wir da nicht einen langen Weg gegangen, um dahin zu kommen, dass das komplett installierte System nicht das Ausmaß dreier dieser Konferenzräume haben würde? Wir glauben jetzt, dass wir es auf einen Umfang runterbringen können, den wir als Teil einer Traglast auf eine Erdumlaufbahn bringen können. Die Fähigkeiten zur Energieerzeugung, zur Strahlformierung, die Beschleunigungsmessung und was nötig ist, um diesen Strahl zu neutralisieren, diese Fähigkeiten sind inzwischen weiter ausgereift, und es gibt heute Technologien, die wir für Verkleinerungen nutzen können.'"* (Pentagon Wants to Test A Space-Based Weapon in 2023, Defense One, 14.3.19)

- Bereits in Dienst gestellt ist das Stealth-Kampfflugzeug der fünften Generation, das als fliegende Kommandozentrale mit allen relevanten Informationen in Echtzeit versorgt und, mit neuen schnelleren Raketen bewaffnet, Raketen des Feindes in der Startphase neutralisieren können soll.[162]

*

Angesichts der eminenten militärischen Bedeutung der äußeren Schichten des blauen Planeten ist die Empörung des amerikanischen Vizepräsidenten darüber, dass sich da auch seine Gegner breitmachen, nur allzu verständlich:

> *„Pence skizzierte, wie in letzter Zeit potenzielle Gegner, insbesondere Russland und China, aber auch Iran und Nordkorea, stark in neue Waffen investiert haben, die US-Satelliten bedrohen könnten, die unabdingbar dafür sind, auf der ganzen Welt Navigations- und Kommunikationsfähigkeiten aufrechtzuerhalten. ‚2007 startete China eine Rakete, die einen seiner eigenen Satelliten aufspürte und zerstörte, eine höchst provokative Demonstration der wachsenden Potenzen Chinas, den Weltraum zu militarisieren', sagte Pence. ‚Russland', bemerkte er, ‚hat mittlerweile einen luftgestützten Laser entworfen, um unser weltraumgestütztes System zu stören. Und es behauptet, dabei zu sein, Raketen zu entwickeln, die von Flugzeugen während des Fluges*

[162] Die Wirksamkeit dieses Kampfflugzeugs für die Bekämpfung feindlicher Raketen hängt ganz entscheidend an der Nähe zum Ziel; da trifft es sich erstens sehr gut, dass die eigenen Streitkräfte mit diesen Fluggeräten inzwischen unmittelbar an den russischen Grenzen stehen, zweitens, dass der neue amerikanische Flieger, in den die USA 40 Jahre Entwicklungsarbeit und 400 Milliarden US-Dollar gesteckt haben und der nun alles in den Schatten stellt, was es auf dem Feld gibt, künftig auch das Flugzeug der NATO sein wird: *„In gut zehn Jahren wollen Großbritannien, Italien, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, die Türkei und Belgien mehr als 500 Maschinen beschafft haben. Die F-35 wird für Jahrzehnte das Rückgrat der NATO-Luftstreitkräfte bilden."* (NZZ, 13.3.19) Neuerdings sind auch Polen, Griechenland, Singapur, Spanien und Rumänien als Adressen im Gespräch, die Beteiligung der Türkei ist dagegen fraglich geworden.

abgeschossen werden können, um amerikanische Satelliten zu zerstören.' Pence betonte, beide Länder hätten ihre Fähigkeit bewiesen, ihre Satelliten ‚nahe' an US-Anlagen zu manövrieren, was ‚bisher noch nie dagewesene neue Gefahren' darstelle." (Defense One, 28.11.18)

Dass Russland und China über die Mittel verfügen, um im Weltraum mitzumischen, erscheint dem Mann so unerhört, dass er glatt vergisst, dass seine Nation mehr Militärsatelliten um die Erde kreisen lässt als alle anderen Staaten zusammen, um die Beschwerde loszuwerden, andere Länder, darunter Russland, China, Iran und Nordkorea, hätten den Weltraum militarisiert (Pence, NZZ, 10.8.18).

Wenn andere Mächte Amerika im All gefährden können, dann tragen *sie* den Krieg in den Kosmos und *zwingen* die USA, wieder für Ordnung zu sorgen. Der Vizepräsident kennt wie sein Chef einfach kein anderes Maß für die amerikanische Militärmacht als absolute Handlungsfreiheit durch unangefochtene Überlegenheit, und die Durchsetzung dieses Standpunkts sichert – was denn auch sonst – den Frieden auf der Welt:

„Der Vizepräsident betonte, Amerika sei auch im Weltraum eine Kraft für den Frieden. Die Space Force werde Amerikas Werte in die ‚new frontier' hinaustragen." (NZZ, 10.8.18)

3. Runderneuerung der nuklearen Triade und Sicherheit im Cyberspace

Die gewaltigen Fortschritte bei der Raketenabwehr, die bei der amerikanischen Führung schon die Vorstellung einer möglichen Vernichtung jedes anfliegenden Geschosses wachrufen, eröffnen dem US-Militär – nicht gleich das mit aller Macht angestrebte Monopol auf den Gebrauch der Atomwaffe, aber: – eine bisher ungekannte Freiheit in der Kalkulation mit diesem Zerstörungsmittel der obersten Kategorie.

Das ist nach fachmännischem Urteil sehr in die Jahre gekommen, zwar irgendwie funktionsfähig gehalten worden – aber einfach nicht mehr *state of the art*:

> *„Unsere nukleare Abschreckung nähert sich einem Scheideweg. Bisher haben wir diese Abschreckung erhalten, indem wir die Lebensdauer der ererbten Atomstreitmacht und ihrer Infrastruktur ausgedehnt haben – in vielen Fällen mehrere Jahrzehnte über das, was ursprünglich beabsichtigt war... Wir sind jetzt in der Tat an einem Punkt, wo wir gleichzeitig die gesamte nukleare Triade und die Infrastruktur, die ihre Wirksamkeit ermöglicht, modernisieren müssen." (NPR, S. 41) „Die Vereinigten Staaten werden ihre strategische nukleare Triade ersetzen und die Sprengköpfe, die sie trägt, erhalten – es gibt keine höhere Priorität für die nationale Verteidigung." (NPR, S. 48)*

Das Modernisierungsprogramm zielt auf eine Potenzierung der nuklearen Schlagkraft der USA in zweifacher Hinsicht: *Erstens* geht es um die Erhöhung des Wirkungsgrads des Tötungsgeräts, wofür Parameter wie Zielgenauigkeit und Präzision bei der Zündung von Bedeutung sind; Verbesserungen auf diesem Feld erlauben es dem Militär, mit einer geringeren Zahl von Waffen und verringerten Sprengladungen den gewünschten Effekt zu erzielen, die verschiedenen Wirkungen der Nuklearexplosion – Hitze, Druck, Radioaktivität – so meisterlich zu dosieren, dass Kernwaffen auch auf dem Gefechtsfeld gute Dienste tun und auch beim *large-scale nuke* eine nach Art und Umfang *kontrollierte, funktionale Zerstörung* der Kriegsressourcen des Gegners herauskommt und nicht einfach Trümmerfelder.

Eine der wichtigsten Neuerungen auf diesem Feld ist ein Zündmechanismus, der den Wirkungsgrad des in den US-Streitkräften verbreitetsten, auf Atom-U-Booten wie auf landgestützten Raketen dislozierten Sprengkopfs so sehr verbessert, dass er dieselbe Vernichtungswirkung erreicht wie die stärksten Sprengköpfe der Interkontinentalraketen im US-Arsenal, die vor der Erfindung dieser *super-fuze* nötig waren, um die besonders gehärteten Silos der russischen Interkontinentalraketen zu zerstören. Damit gerät die in den Abrüstungsabkommen START und New START vereinbarte massive beidseitige Reduktion der landgestützten strategischen Raketen zum einseitigen Vorteil der USA: Ihnen stehen mit den durch den Superzünder modernisierten Sprengköpfen zusätzlich zu den auf ihren größten *MX-Peacekeeper*-Interkontinental-

raketen montierten Atomladungen um die 400 Atomsprengköpfe mit der gleichen Vernichtungswirkung zur Verfügung, woraus der militärischen Führung die Möglichkeit erwächst, mit 20 % ihrer Nuklearwaffen die gesamte landgestützte Komponente der russischen Triade in einem Erstschlag auszuschalten.[163]

[163] „*Der neue Superzünder der W76-1/Mk4A verfügt über eine flexibel einstellbare Explosionshöhe, die es ermöglicht, die Detonation in jedem Bereich innerhalb des tödlichen Raums über dem Zielobjekt herbeizuführen... Unsere Schlussfolgerung: Unter dem Schleier eines ansonsten legitimen Programms, die Lebensdauer der Sprengköpfe zu verlängern, hat das US-Militär in aller Stille einen gewaltigen Ausbau der Vernichtungskapazität der zahlreichsten Sprengköpfe im US-Nukleararsenal betrieben: der W76, stationiert auf den mit ballistischen Raketen ausgestatteten Unterseebooten der Marine. Diese Verbesserung im Vernichtungsvermögen bedeutet, dass nun alle US-seebasierten Sprengköpfe das Potential haben, gehärtete Ziele wie russische Raketensilos zu zerstören, eine Fähigkeit, die früher nur die stärksten Sprengköpfe im US-Arsenal hatten... Das Resultat ist ein Nukleararsenal, das in eine Macht transformiert wird, die unzweideutig die Eigenschaft hat, optimiert zu sein für Überraschungsangriffe gegen Russland und dafür, Atomkriege zu führen und zu gewinnen. Während die Letalität und Feuerkraft der US-Streitmacht stark vergrößert worden ist, hat sich die Anzahl der Waffen sowohl in den US-amerikanischen als auch den russischen Streitkräften verringert, was zu einer dramatischen Erhöhung der Anfälligkeit der russischen nuklearen Streitmacht für einen US-Erstschlag geführt hat. Wir schätzen, dass infolge der Reduzierung der Waffen bei zugleich wachsender US-Nuklearkapazität das US-Militär nun alle russischen Interkontinentalraketen-Silos mit nur 20 Prozent der auf land- oder seegestützten ballistischen Raketen montierten Sprengköpfe zerstören kann. Letztendlich wird die Modernisierung mit Superzündern es ermöglichen, mit jedem SLBM- und ICBM-Sprengkopf im US-Arsenal auf harte Ziele gerichtete Vernichtungseinsätze durchzuführen, für die ursprünglich ausschließlich MX-Peacekeeper-Sprengköpfe vorgesehen waren. Die W-76-Modernisierung spiegelt eine fünfundzwanzig Jahre andauernde Verschiebung im Fokus der für harte Ziele bestimmten Vernichtungskapazität von landgestützten auf seegestützte ballistische Raketen wider. Durch die Verlagerung der Kapazitäten auf Unterseeboote, die die Raketen viel näher am Zielobjekt abschießen können, hat das US-Militär zudem eine signifikant größere Fähigkeit erreicht, einen Überraschungsschlag gegen russische Raketensilos durchzuführen.*" (How US nuclear force modernization is undermining strategic stability: The burst-height compensating super-fuze, Hans M. Kristensen / Matthew McKinzie / Theodore A. Postol, Bulletin of the Atomic Scientists, 1.3.17)

Zweitens geht es darum, die Waffen zuverlässig ins Ziel zu bringen. Dafür wird die Mobilität der Abschussvorrichtungen erhöht, an der Fähigkeit zum sicheren Start auch unter widrigsten Bedingungen gefeilt, die Vorbereitung des Abschusses bis in den Sekundenbereich verkürzt, und es werden Trägerraketen entwickelt, die ihr Ziel in Hyperschallgeschwindigkeit und auf nicht-ballistischen Flugbahnen ansteuern, damit dem Feind keine Möglichkeit bleibt, die Gefahr zu lokalisieren und zu reagieren.

Überflüssig zu sagen, dass die beschlossene Aufrüstung – nach dem Prinzip: The size of our force matters – auch in quantitativer Hinsicht neue Dimensionen erreicht: In den nächsten Jahren wird die gesamte derzeit aktive Atom-U-Bootflotte durch geräuschärmere und schnellere Schiffe mit neuen ballistischen Raketen ersetzt; Luftwaffe und Navy erhalten 2500 Stück des bereits erwähnten atomwaffenfähigen Stealth-Kampfflugzeugs; knapp eine Milliarde US-Dollar wird investiert, um die in die Jahre gekommene, zu langsame und daher zu verwundbare strategische B-52-Bomberflotte – berühmt für ihre Flächenbombardements im Vietnam-Krieg – mit einem neuen, atomwaffenfähigen Marschflugkörper, der aus größeren Entfernungen abgefeuert seine Wirkung tut, zukunftsfähig zu machen; gleichzeitig wird die Entwicklung eines atomwaffenfähigen Bombers der nächsten Generation vorangetrieben, geplanter Einsatz Mitte der 20er Jahre. Der landgestützte Teil der Triade wird im Rahmen des Programms *Ground-Based Strategic Deterrent (GBSD)* vollständig erneuert: Modernisierung der Abschussvorrichtungen, Dislozierung von 400 neuen Interkontinentalraketen.

Ein älteres, kriegstechnisch gesehen eher primitives, aber sozusagen nebenwirkungsfreies Kriegsmittel, dessen Vernichtungswirkung einem Atombombeneinschlag gleichkommt, ist der US Air Force auch wieder eingefallen: der Abwurf von tonnenschweren Wolframstäben aus dem Weltall, die wegen der hohen Dichte des Materials den Wiedereintritt in die Atmosphäre ohne großen

Masseverlust überstehen und zur Vernichtung besonders gehärteter Ziele dienen können.[164]

Mit der Einführung einer neuen Generation von Nuklearwaffen nimmt freilich auch ihre Verwundbarkeit zu:

> *„Letzten September veröffentlichte der Air Force Science Board eine größere Studie über die ‚Sicherheit' der nächsten Generation von Atomwaffen – damit ist gemeint, dafür zu sorgen, dass Kontrollnetzwerke nicht außer Gefecht gesetzt werden können oder – schlimmer – dazu gebracht werden können, unrichtige Informationen zu übermitteln. Das Gremium, das seit dem B-2-Bomber kein Nuklearprogramm zertifiziert hatte, stellte fest, dass in der Ära vernetzter Waffen Sicherheit zu einer größeren Aufgabe geworden ist. Der Vorstand des Gremiums ... bemerkte, dass die Vereinigten Staaten dabei seien, viele neue Waffen und Ausrüstungsgegenstände herzustellen, einschließlich neuer Bomber, Interkontinentalraketen und*

[164] „*Anstatt hunderter kleiner Projektile ein paar tausend Meter über der Erde benutzte Thor ein großes Projektil einige tausend Meilen über der Erdoberfläche. Die Idee der ‚Stäbe Gottes' war die: ein Bündel von Stäben aus Wolfram, jeder Stab so groß wie ein Telefonmast [20 Fuß lang, 1 Fuß im Durchmesser], die, aus dem Orbit abgeworfen, fast zehnfache Schallgeschwindigkeit erreichen. Diese Stäbe würden hunderte Fuß [100 Fuß entsprechen ca. 30 Meter] in die Erdoberfläche eindringen und dabei gehärtete Bunker und geheime unterirdische Anlagen zerstören. Wenn die Stäbe aufschlagen, würde zudem die Wucht der Explosion einer aufschlagenden Nuklearwaffe gleichen – aber ohne radioaktiven Niederschlag. Es würde nur fünfzehn Minuten dauern, mit solchen Waffen ein Zielobjekt zu zerstören. Ein Quora-Nutzer, der in der Luftwaffenindustrie arbeitet, zitierte Kosten von nicht weniger als zehntausend Dollar für jedes in den Weltraum gefeuerte Pfund. Bei einem Wolfram-Volumen von gut 225 Kubikmetern, das über 24 000 Pfund wiegt, ist die Rechnung einfach. Schon einer dieser Stäbe wäre unerschwinglich. Während des Kalten Krieges waren die Kosten pro Stab in Höhe von 230 Millionen Dollar unvorstellbar. Heute gilt das nicht mehr so ganz.*" (These Air Force ‚rods from god' could hit with the force of a nuclear weapon, B. Stilwell, We are the Mighty, 6.9.17) „Prohibitive" Kosten kennen die USA für ihr Rüstungsprogramm heute nicht mehr; sie beschaffen sich das für notwendig befundene militärische Gerät und gehen schlicht davon aus, dass ihnen dafür eine einzigartige, quasi unbeschränkte, auf jeden Fall allen Rivalen um Dimensionen überlegene Finanzmacht zur Verfügung steht.

> *nuklearer Marschflugkörper. ‚Diese Nuklearsysteme beruhen zunehmend auf Cyber-aktivierten Komponenten.'" (As America's Nukes and Sensors Get More Connected, the Risk of Cyber Attack Is Growing, P. Tucker, Defense One, 17.1.18)*

Und weil der Grundsatz gilt:

> *„Wenn du nicht sicher sein kannst, dass deine nukleare Antwort nicht gehackt worden ist, dann schreckst du damit tatsächlich niemanden ab. Und das ist der einzige Grund, Atomwaffen zu haben" (Ebd.) –;*

und weil der Cyberspace überhaupt zu einem eigenständigen Kampffeld geworden ist, auf dem fremde Mächte das gesamte digitale Leben der Nation bedrohen, gründet Amerika noch eine neue Truppe namens *Cyber Mission Force*, die mit einigen tausend Mann seine Freiheit, im Cyberspace zu operieren sichert – also für eine rundum resiliente *NC3*, ein geschütztes Netz daheim und für das Gegenteil beim Feind sorgt.[165]

---

[165] „*Was macht die Cyber Mission Force? Für Kommandeure sind heutzutage Netzwerke Kriegsplattformen und Multiplikatoren der Streitmacht. Die Cyber Mission Force stellt sicher, dass Kommandeure die Freiheit für Operationen im Cyberspace aufrechterhalten können und ihre Aufträge über primär drei Wege erfüllen:*

Defensive Cyberspace Operations: Einsätze, die darauf ausgerichtet sind, die Fähigkeit zu bewahren, befreundete Cyberspace-Kapazitäten zu benutzen und Daten, Netzwerke, netzzentrierte Funktionen und andere bezeichnete Systeme zu schützen.

Offensive Cyberspace Operations: Einsätze, die darauf zielen, durch die Anwendung von Cyberspace Funktionen Macht in den und mittels des Cyberspace zu projizieren.

Department of Defense Information Network Operations: Einsätze und Aufgaben, die Information Network-Army des Verteidigungsministeriums und unterstützende Netzwerke zu planen, aufzubauen, einzurichten, zu sichern, zu betreiben, zu warten und zu erhalten." (US Army Cyber Command, 13.2.18)

Nicht, dass die Obama-Regierung bei den Cyber Operations untätig geblieben wäre – „*Gegenwärtige und frühere Regierungsoffizielle sagen, dass seit mindestens 2012 die Vereinigten Staaten Spähsonden im russischen Elektrizitätsnetz platziert haben"* – und sich ihre Errungenschaften im Cyber-Krieg nicht gut nutzen ließen. Aber Trumps Cyber-Truppe soll noch viel mehr

Dem wird zusätzlich noch die Drohung ins Haus gestellt, dass Hackerattacken gegen irgendein Mitglied der NATO künftig als kriegerische Akte gewertet werden, die das gesamte Kriegsbündnis auf den Plan rufen:

> *„**Hybride Bedrohungen**. Sollte ein Mitglied mit den Mitteln hybrider Kriegführung angegriffen werden, behält sich die NATO das Recht vor, wie bei einem bewaffneten Angriff den Bündnisfall mit der gegenseitigen Beistandsverpflichtung auszurufen. Besonders die baltischen Staaten nahe an der russischen Grenze gelten als anfällig für hybride Attacken. Dabei geht es vor allem um Angriffe im*

---

daraus machen; mit mehr Geld, einer vom Kongress und vom Präsidenten ausgestellten carte blanche für ihren Kampfauftrag:

„*In einer Verschlusssache – genannt National Security Presidential Memoranda 13 – erteilte Herr Trump im letzten Sommer dem Cyber Command neue Befugnisse, die General Nakasone [Chef der Cyber Mission Force] weit mehr Spielraum geben, um offensive Online-Operationen ohne Genehmigung des Präsidenten auszuführen. Aber die Aktionen innerhalb des russischen Elektrizitätsnetzes scheinen unter wenig beachteten neuen legalen Befugnissen durchgeführt worden zu sein, die in das vom Kongress im letzten Sommer verabschiedete Gesetz zur militärischen Autorisierung ... ‚hineingerutscht' sind. Die Maßnahme genehmigt die routinemäßige Durchführung von geheimen Militäraktionen im Cyberspace, um abzuschrecken und sich gegen bösartige Cyber-Angriffe gegen die Vereinigten Staaten zu schützen und zu verteidigen. Gesetzeskonform können solche Aktionen nun durch den Verteidigungsminister ohne besondere Zustimmung des Präsidenten autorisiert werden.*" (NYT, 15.6.19)

Zugleich hat dieser Kampfauftrag einen neuen Schwerpunkt bekommen: die Vorwärtsverteidigung, wie bei der Raketenabwehr:

„*Aber jetzt, sagen Regierungsoffizielle, habe sich die amerikanische Strategie mehr in Richtung Angriff verschoben – mit der Platzierung von potenziell lahmlegenden Schadprogrammen im Inneren des russischen Systems, in einer Tiefe und mit einer Aggressivität, wie sie bisher noch nicht versucht worden ist. Das sei einerseits als Warnung beabsichtigt, andererseits um bereits in Stellung zu sein, wenn ein größerer Konflikt zwischen Washington und Moskau ausbricht. Der Kommandeur der United States Cyber Command, General Paul M. Nakasone hat sich sehr unverblümt über die Notwendigkeit geäußert, sich tief in den Netzwerken des Gegners ‚vorwärts zu verteidigen', um deutlich zu machen, dass die Vereinigten Staaten auf die Flut der gegen sie gerichteten Online-Attacken reagieren werden.*" (Ebd.)

Cyberbereich, bei denen die Angreifer nicht mehr als staatliche Akteure sichtbar sind." (Abschlusserklärung des NATO-Gipfels, 12.7.18)

4. Die Perfektionierung der Einkreisung Russlands

In den letzten 30 Jahren haben die USA das strategische Ziel, Russland als Landmacht zu isolieren, ehemalige sowjetische Landesteile, Verbündete und Nachbarstaaten in NATO-Mitglieder zu verwandeln und so eine Kriegsdrohung unmittelbar an seinen Grenzen aufzubauen, konsequent verfolgt und sind ihm inzwischen erheblich näher gekommen. Das Ensemble der NATO-Mächte umfasst mittlerweile mit den baltischen und den mittelosteuropäischen Staaten das ehemalige strategische Vorfeld der SU; und im Norden richten nicht bloß das NATO-Mitglied Norwegen, sondern auch Nichtmitglieder wie Schweden und Finnland ihre Militärpolitik am Bündnis aus.[166]

[166] Kurz nach der russischen Annexion der Krim gründen Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden eine Nordische Verteidigungskooperation, die zusammen mit den baltischen Staaten der „*wachsenden russischen Aggressivität*" begegnen will und für ihre Entwicklung ganz auf die ‚Expertise' der NATO setzt. Die geht vor allem dahin, die Bewegungsfreiheit der Baltischen und der Nordflotte Russlands zu beschränken: Schweden stationiert wegen wachsender potenzieller Gefährdungen wieder eine Kampftruppe auf der nach dem Kalten Krieg demilitarisierten Insel Gotland, Finnland plant Ähnliches mit den Aland-Inseln; Norwegen lässt sich von den USA und Großbritannien Elitetruppen schicken, um seine Grenze zu Russland besser zu schützen, hält regelmäßig in Nordnorwegen, vor der Haustür der russischen Nordflotte, Manöver mit den USA ab und hat sich von seinen amerikanischen Freunden in seinem äußersten östlichen Winkel ein Radar namens Globus II hinstellen lassen, das in einem kalifornischen Luftwaffenstützpunkt auf seine Tauglichkeit als Teil des Raketenabwehrsystems getestet wurde. „*Globus II ist so stark, dass Norwegen einer Reihe von Nachbarn Kabelfernsehen finanziert, weil sie mit Antenne einen gestörten Empfang haben. Und inzwischen ist dort Globus 3 im Bau, das deutlich größer wird."* (Telepolis, 6.3.19)

Schon unter Obama ist es das Ziel der USA, ihre ‚Vorwärtspräsenz' an der West- und Südflanke Russlands zu stärken,[167] oder, weniger militärdiplomatisch formuliert, in Europa eine für den Kreml existenziell bedrohliche eigene Kriegsfront aufzubauen:

> *„Unter dem Namen ‚European Reassurance Initiative' (ERI) stellte Washington damals [2014] zunächst 985 Millionen US-Dollar bereit, für erweiterte militärische Präsenz auf dem europäischen Kontinent. Dabei handelte es sich unter anderem um gesteigerte Manövertätigkeiten in Ost- und Südosteuropa sowie um die sogenannte Vornestationierung von Kriegsgerät aller Art – die Einlagerung von Waffen und sonstigen Gegenständen in Europa, um im Kriegsfall nur noch die zugehörigen Truppen einfliegen zu müssen. Die Aktivitäten in Ost- und Südosteuropa fasste die US-Administration letztlich in der Operation Atlantic Resolve (OAR) zusammen. In deren Rahmen ist inzwischen eine US-Kampfbrigade stets in den baltischen Staaten und Polen, aber auch in Rumänien und Bulgarien unterwegs, um dort mit den einheimischen Streitkräften Kriegsübungen aller Art durchzuführen. Die Kampfbrigade wird alle neun Monate ausgetauscht. Seit 2014 hat Washington – Obama hin, Trump her – die Mittel für die ERI, die inzwischen in European Deterrence Initiative (EDI) umbenannt worden ist, systematisch aufgestockt. Erreichten die EDI-Gelder im Jahr 2018 bereits den Wert von 4,8 Milliarden US-Dollar, so sollen sie nächstes Jahr auf 6,5 Milliarden US-Dollar erhöht werden. Rund 50 Prozent sind für die ‚Vornestationierung' von Großgerät vorgesehen. Die US Army wird dann, zusätzlich zu ihren regulären Verbänden, laut Major i.G. Lange ‚Material und Gerät für zwei gepanzerte Kampfbrigaden (bestehend aus insgesamt 9000 Soldaten mit 180 Kampf- und 180 Schützenpanzern), zwei Artilleriebrigaden, Kräfte für Luftabwehr-, Pionier-, Logistik- und*

[167] *„Erstens stärken wir die Verteidigungs- und Abschreckungsstellung der NATO. Aufbauend auf unserer European Reassurance Initiative, welche schon die Gefechtsbereitschaft vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer erhöht hat, wird unser Bündnis die Vornepräsenz an unserer östlichen Flanke verbessern."* (Obama bei NATO-Treffen in Warschau, 9.7.16)

Transportaufgaben sowie Sanität' in Europa vorhalten." (junge Welt, 6.7.18)

Was die NATO mit einer Vielzahl von kleinen, schlagkräftigen Truppen – NATO Response Force, 40 000 Mann; Sehr Schnelle Eingreiftruppe, 5000 Mann; four 30s readiness program: 30 air squadrons, 30 ships and 30 battalions ready to be employed in under 30 days [168] – mitsamt dauerhaft an der russischen Grenze dislozierten schweren Waffen aufstellt, sind Streitkräfte in einer – zusammen genommen – Stärke von mehreren Divisionen, die der russischen Führung nach Obamas Vorgaben eine Dauer-Invasionsdrohung *from the Baltics to the Black Sea* bescheren.

Von den ***baltischen Staaten*** aus verfügt die NATO nicht nur über ein schönes neues Aufmarschgebiet für ihr Heer im Nordwesten Russlands; von ihnen aus kontrolliert sie die Ostseeküste bis nach St. Petersburg und den Luftraum in der Region; ihr Seitenwechsel macht das russische Kaliningrad, den einzigen verbliebenen weitgehend eisfreien Zugang der Baltischen Flotte zur Ostsee, zu einer von NATO-Staaten umgebenen Exklave in einer militärisch heiklen Lage. Betrachtet man dasselbe freilich anders herum, werden die vorgeschobenen Positionen der NATO zu ganz besonders gefährdeten Objekten russischer Aggression: Russland könnte das sogenannte *Suwalki-Gap* nutzen, um das Baltikum von Polen abzutrennen, was selbstredend in beiden Regionen zusätzliche Verteidigungsmaßnahmen erfordert.

Also stehen in ***Polen*** nicht nur eine der beiden europäischen Raketenstellungen für den amerikanischen Abwehrschirm, sondern inzwischen ein paar tausend Mann der vorne stationierten NATO-Streitkräfte samt schwerem Gerät und demnächst, wenn Trump dem polnischen Werben nachgibt, auch noch eine Extra-Division der US-Streitkräfte. Die dezidierten Russen-Feinde in Warschau investieren mehr, als die NATO fordert, in die Aufrüstung ihres Militärs und kaufen zunehmend mehr amerikanische Waffen – so kommen die USA ihrem Ideal der Interoperabilität

[168] News Conference by Secretary Mattis at NATO Headquarters, Brüssel, defense.gov, 4.10.18

zwischen den Streitkräften ihrer diversen Verbündeten, also dem Ideal, diese Streitkräfte als *homogene Bestandteile einer von ihnen angeführten Gesamtstreitmacht* zu behandeln, auch im bisher mit den falschen Waffen ausgestatteten Osten ein gutes Stück näher.[169]

Weiter im ***Süden Europas*** sind die postjugoslawischen Republiken bis auf Serbien und Bosnien-Herzegowina komplett von russischem Einfluss befreit und dank einer robusten amerikanischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten von ***Montenegro*** und ***Mazedonien*** auch zwei der noch verbliebenen Problemfälle dem Bündnis zugeordnet bzw. schon in ihm verstaut, was die

[169] Die polnische Regierung plant allein für die Anschaffung des amerikanischen Patriot-Abwehrsystems Ausgaben von 4,75 Mrd. US-Dollar ein, für weitere 400 Mio. US-Dollar werden US-Raketenwerfer geordert; über den Kauf des modernsten amerikanischen Kampfflugzeugs zum Stückpreis von 90 Mio. US-Dollar wird derzeit verhandelt. Und der Aufbau und Unterhalt eines festen amerikanischen Militärstützpunkts im Land wäre den Polen noch einmal zwei Mrd. US-Dollar extra wert.

Finanzprobleme sollen keinen Partner der Vereinigten Staaten an der Umstellung auf US-Waffen hindern. Ein 2018 aufgelegtes "European Recapitalization Incentive Program" hilft bereits Albanien, Bosnien, Kroatien, Griechenland, Nord-Mazedonien und der Slowakei, neue Hubschrauber und gepanzerte Fahrzeuge zu beschaffen. „*Um das Geld zu bekommen, müssen die Länder ihre russischen Waffen loswerden, versprechen, keine neuen zu kaufen und sich verpflichten, eigene Finanzmittel für den Kauf amerikanischer aufzubringen.*“ Um der Kooperationsbereitschaft ein wenig auf die Sprünge zu helfen, gibt es neben den positiven auch negative Anreize: „*Länder, deren Förderung bereits genehmigt wurde, haben nach Auskunft der Studie ‚Military Balance‘ des International Institute of Strategic Studies Militär, das noch aus der Sowjet-Ära Hubschrauber und Infanterie-Kampffahrzeuge benutzt. In einigen Fällen könnten Länder sich mit Sanktionen konfrontiert sehen, wenn sie Ersatzteile für diese Fahrzeuge und Hubschrauber kaufen... Die Idee ist die, die fremden Länder dazu zu bewegen, eine substanzielle Anzahl welcher Waffen auch immer [bei uns] zu kaufen.“* (Defense One, 16.5.19) Und die weiter reichende idea ist, nicht nur 6 Staaten per Anschubfinanzierung & Erpressung interoperabel zu machen, sondern "to take the effort global" und so ganz nebenbei auch den russischen Waffenexport ein bisschen kaputtzumachen. (Defense One, 16.5.19)

Machtverhältnisse rund um das Mittelmeer in erfreulicher Weise klärt. Dazu trägt maßgeblich auch der ***Kosovo*** bei als Heimat einer der größten Luftwaffenbasen der USA im Ausland; wenn das Land seine Terrormiliz aus dem Krieg gegen Rest-Jugoslawien in eine anerkannte nationale Armee verwandelt, wozu die USA es sehr ermutigen, viel Geld und die Versorgung mit ihren feinen Waffen in Aussicht stellen, haben sie zum Stützpunkt dazu noch eine treue, extrem interoperable Vasallentruppe mit 5000 Mann unter ihrem Kommando. Auch auf dem ***Ostbalkan*** verfügt Amerika über die nötigen Luftwaffenstützpunkte für die militärische Beherrschung Südosteuropas und der Schwarzmeerregion; in Rumänien zusätzlich über den zweiten Bestandteil ihres Raketenabwehrschirms und einen dezidiert russenfeindlichen Partner, der, wie der Musterknabe Polen, gern viel Geld – vorgesehen sind 3,3 Milliarden Euro – in die Hand nimmt, um sich ebenfalls mit dem *Patriot*-Luft- und Raketenabwehrsystem ausstatten zu lassen. [170]

An der russischen Westgrenze haben die USA einen strategischen Wunschtraum wahrgemacht, die ***Ukraine*** in einen antirussischen Frontstaat verwandelt, der peu à peu mit US-Waffen ausgerüstet, trainiert und in die NATO eingebaut wird.[171] Besonders

[170] Europäische Sicherheit & Technik, 28.10.18

[171] "Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Robert Karem stellte fest, dass die USA seit 2014 mehr als eine Milliarde Dollar in die Sicherheitshilfe für die Ukraine investiert hätten, und lobte Kiew für seine Bemühungen um eine engere Integration in die NATO durch die Erhöhung der ‚Interoperabilität' – Themen, die von Ausrüstung und Waffen über Ausbildung bis hin zum Erlernen von Fremdsprachen reichen, um eine reibungslose Zusammenarbeit mit NATO-Mitgliedern zu ermöglichen." (RT, 12.10.18)

„*Erstmals Manöver mit NATO-Kampfjets in der Ukraine ... Mit ‚Clear Sky 2018' startet das erste Manöver auf ukrainischem Boden, bei dem NATO-Truppen zusammen mit einheimischen Kräften trainieren. Beteiligt sind neben der Ukraine Belgien, Großbritannien, Estland, die Niederlande, Polen, Rumänien und die USA. Dänemark ist ... ebenfalls vertreten... Trotz der überwiegenden Beteiligung von Mitgliedern handelt es sich offiziell nicht um eine NATO-Übung. Schwerpunkt der Übung ist es laut Aussage des Luftwaffensprechers Juri Ignat, ‚den Luftraum zu*

wertvoll ist dieser neue Partner, weil Russland mit ihm ein Riesenstück strategisches Vorfeld verliert und die Bedrohung vor allem für sein europäisches Kernland wächst; weil Russland die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den beiden Ex-Sowjetrepubliken in Sachen Rüstung einbüßt und durch eigene Anstrengungen ersetzen muss; weil die gewendete Ukraine den Krieg gegen Russland zu ihrer Staatsräson erhebt und dem großen Nachbarn im Donbass und im Schwarzen, bzw. Asowschen Meer Dauerkonflikte serviert, die ihm einen reichlich unwillkommenen ökonomischen und militärischen Aufwand abverlangen und ständig das Risiko einer Eskalation zum großen Krieg bescheren.[172] Als Schwarzmeer-Anrainer sichert die Ukraine den USA eine weitere Einflusszone an der russischen Südgrenze, die, nach derselben Logik wie das Suwalki-Gap betrachtet, schon wieder hoch gefährdet ist von russischer Aggression. Fachleute lassen sich zu Extrapolationen hinreißen, die streng der Logik folgen, dass den Bösen alles zuzutrauen ist –

> *„Russland verfolgt mit der Blockade des Zugangs zum Asowschen Meer verschiedene Zwecke, und die sind Teil von Moskaus*

verteidigen'. Das Training konzentriere sich auf Lufthoheit, Integration von Luft- und Bodenkräften, Luftbeweglichkeit, flugmedizinische Evakuierung, Cyberabwehr und Personalrettung, so die U.S. Air Force. Aus den USA sind F-15C-Eagle-Kampfflugzeuge und C-130J Super Hercules, militärische Transportflugzeuge und Drohnen ... eingetroffen. Auf ukrainischer Seite stehen 30 Flugzeuge zum Training bereit. Laut russischen Medienberichten und Analysten sollen die NATO-Kampfjets neben der Verteidigung des ukrainischen Luftraums auch die Umgehung sowie Bekämpfung des russischen Flugabwehrsystems S-300 üben. Die ukrainischen Streitkräfte verfügen über zahlreiche Versionen des noch zu Sowjetzeiten entwickelten Flugabwehrraketensystems." (RT, 12.10.18)

[172] Da lässt sich auch mit geringen Mitteln einiges ausrichten: ",Großzügiges' Geschenk aus USA: Veraltete Fregatten für die Ukraine. Die Übergabe der Fregatten soll nach dem Programm ‚Excessive Defense Property' erfolgen. In dessen Rahmen liefern die USA ausgemusterte Kampftechnik an ihre Verbündeten, um deren Verteidigungsfähigkeit zu stärken und sich die Waffenverschrottung zu ersparen." (Sputnik, 22.10.18)

> *wohlüberlegten Anstrengungen, seinen Zugriff auf die Krim zu festigen und große Teile des Schwarzen Meers einzuzäunen, was eine strategische Obsession Russlands seit dem späten 17. Jahrhundert ist... Auf längere Sicht sehen einige Russland arglistig darauf zielen, einen Landkorridor zwischen sich und der annektierten Halbinsel Krim zu kontrollieren, möglicherweise bis nach Westen an die Grenze Transnistriens, der von Moldawien abtrünnigen Region. ‚Wenn die westliche Reaktion zu schwach ausfällt, ist das Vorhaben, die Ukraine vom Schwarzen Meer abzuschneiden und sie als Rumpfstaat zu hinterlassen', sagte Ariel Cohen, ein leitender Mitarbeiter des Atlantic Council" (Foreign Policy, 26.11.18) –,*

und plaudern dann freimütig aus, welche Obsession *sie* befallen hat:

> *„China produziert, bewaffnet und befestigt künstliche Inseln, um seine maritimen Ansprüche zu wahren. Russland erhöht seine Kontrolle über eine lebenswichtige Meerenge. Mit genügend Zeit und hinreichender physischer Stärke könnte das russisch-chinesische Bündnis die Regeln für seegestützte Bestrebungen im südöstlichen Asien und im Becken des Schwarzen Meeres neu schreiben. Sie könnten Überwachungsflüge, von See aus unternommene Flugoperationen, Unterwasser-Erkundungen und eine Menge anderer Maßnahmen gemäß dem Seerecht verbieten. Das würde westliche Streitkräfte in eine Lage bringen, mit potenziellen Kriegsschauplätzen nicht vertraut zu sein – und sie auf diese Weise einem beträchtlichen Nachteil in zukünftigen Konflikten aussetzen." (Foreign Policy, 29.11.18)*

Der Sieg in einem allfälligen Krieg steht ohne Wenn und Aber den westlichen Kräften zu, und den erringen sie vernünftigerweise nicht daheim, sondern auf dem Gelände des Gegners, das man deswegen natürlich kennen muss, so dass es allen Rechten widerspricht...

Zum Schutz dieser heiligen Rechte und überhaupt der Freiheit der christlichen Seefahrt gestattet sich die NATO eine Dauerpräsenz im Operationsgebiet der russischen Schwarzmeerflotte, patrouilliert dort nach eigenen Angaben an 100-120 Tagen im Jahr, führt Manöver durch, überwacht als selbsternannter

Ordnungshüter per air policing den Luftraum in der Region und tut überhaupt ihr Bestes, um die Schwachstelle an der Südostflanke der NATO zu reparieren.[173] Inzwischen betrachtet sie es auch als selbstverständlich, dort Aegis-Zerstörer einzusetzen, die es ihr erlauben, weit nach Russland hinein zu horchen und zusammen mit den an Land aufgebauten Raketenabwehrstellungen

[173] „*Die Schwarzmeer-Region ist die südöstliche Flanke der Allianz. Im Lichte der dortigen Realitäten und sicherheitspolitischen Herausforderungen hat die NATO ihre Verteidigungs- und Abschreckungsstellung mit maßgeschneiderten Maßnahmen für die Vorwärtspräsenz gestärkt. So beweist die NATO ihre Entschlossenheit, in Friedenszeiten eine wirkungsvolle Abschreckung und glaubwürdige gemeinsame Verteidigung sicherzustellen. Die maßgeschneiderten Maßnahmen für die Vorwärtspräsenz schließen eine Landkomponente – eine multinationale Rahmenbrigade für integrierte Übungen – genauso wie eine verstärkte Luftwaffen- und Marinepräsenz in der Region ein. Unter den angekündigten Maßnahmen sind die folgenden bereits entwickelt worden:*

Die multinationale Brigade in Craiova, für die Rumänien eine Rahmennation ist, gestaltet die Landkomponente. Zur Zeit haben sich 10 Nationen – Bulgarien, Kanada, Deutschland, Spanien, Ungarn, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Polen und Portugal – dieser Brigade angeschlossen und tragen zum Hauptquartier und zur Koordinierung von verbesserten Übungen bei.

Im Luftbereich verstärken Kanada und Italien die Bemühungen von Rumänien und Bulgarien um die Luftüberwachung.

Im Seebereich sind stehende maritime NATO-Einheiten mit mehr Schiffen und mehr Übungen präsent. Ein für das Schwarze Meer zuständiges Planungszentrum, das sich auf regionalspezifische Sicherheitsangelegenheiten fokussiert und enge Verbindungen zu den regionalen Marinestreitkräften unterhält, ist innerhalb des NATO-Seekommandos gegründet worden.

Zu guter Letzt zielt eine neue verbesserte Übungsinitiative darauf, alle Übungseinsätze besser abzustimmen... Die Verbündeten haben ihr Hauptaugenmerk verstärkt auf Bereiche erhöhten Risikos gelegt und betätigen sich unter Einsatz des gesamten Instrumentariums aus ihrem kooperativen Sicherheits-Werkzeugkasten zusammen mit Partnern in der Region am Schwarzen Meer. Das beinhaltet regelmäßige Beratungen über strategische Einschätzungen der Sicherheitslage in der Region, die Planung relevanter Übungen und beschleunigte praktische Unterstützung für Georgien, Moldawien und die Ukraine.“ (The Black Sea region: a critical intersection, nato.int, 25.5.18)

jederzeit einen leistungsfähigen regionalen Abwehrschirm einzurichten.[174]

Zu dieser Südostflanke zählt die NATO mit großer Selbstverständlichkeit auch den Kaukasus-Staat und Schwarzmeer-Anrainer ***Georgien***, den sie zwecks Schließung ihrer Sicherheitslücken braucht und deswegen auf die Mitgliedschaft in ihrem Verein vorbereitet, ungeachtet wiederholter Warnungen der russischen Führung, dass dieses Ausgreifen katastrophale Konsequenzen (Regierungschef Medwedew) haben werde.

Noch etwas weiter im Südosten, am ***Kaspischen Meer***, im „weichen Unterbauch Russlands", wie Strategen gerne sagen, sind die Beziehungen ***Aserbaidschans*** mit der NATO immerhin schon bis zur Mitgliedschaft in der *Partnership for Peace* und allerlei Waffengeschäften mit den USA gediehen. In ***Zentralasien*** bearbeiten die USA Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Tadschikistan, die sich zum Teil in Bündnissen mit Russland befinden, seit Jahren mehr oder weniger intensiv, sich dem richtigen Lager anzuschließen. Mehr als die zeitweise Nutzung von Stützpunkten für den Krieg in Afghanistan ist bislang in Sachen Militärkooperation zwar nicht zu verzeichnen, aber immerhin ist so viel erreicht, dass von einer Verlässlichkeit dieser Partner für Russland keine Rede sein kann. Zudem gibt es seit ein paar Jahren einen neuen Anlauf der Amerikaner, die Dominanz von China und Russland in der Region aufzuweichen; vielleicht hilft ja das *‚C5+1'-Format*, eine Plattform für Dialog und Kooperation zwischen den fünf zentralasiatischen Staaten und den USA, auch noch diesen Teil des Nahen Auslands der Russischen Föderation umzupolen.

---

[174] *„Anfang Januar traf der US-Raketenzerstörer ‚Carney', der mit einem Aegis-Raketenabwehrsystem ausgerüstet ist, als erster in diesem Jahr im Schwarzen Meer ein. An Bord befinden sich neben Abfangraketen Standard-2 auch 56 Marschflugkörper Tomahawk. Der britische Zerstörer ‚Duncan' war im Juli des vergangenen Jahres zusammen mit dem Raketenkreuzer ‚Hue City' und dem Zerstörer ‚Carney' zuletzt im Schwarzen Meer gewesen."* (sputniknews, 6.2.18)

Im ***Fernen Osten***, an der Pazifikküste Russlands, rüstet ***Japan***, Selbstbeschränkung auf Verteidigungsarmee hin oder her, gewaltig auf.[175] Dass diese Rüstung hauptseitig gegen China gerichtet sein soll, wird Russland kein Trost sein und ist auch nicht die ganze Wahrheit, schließlich ist zwischen Japan und Russland seit dem Zweiten Weltkrieg ein Streit über die Kurilen anhängig, der bis heute nichts von seiner Unversöhnlichkeit verloren hat.[176] Jedenfalls steigt Japan mit der geplanten Umrüstung zweier Hubschrauberträger in Flugzeugträger und deren Bestückung mit den neu entwickelten Senkrechtstart-Stealth-Kampffliegern der USA in die erste Liga der Seemächte auf. Für den Lieferanten der Fluggeräte, der zusätzlich auch noch ein paar Dutzend dieser Art mit

[175] *„In Tokio hat das Kabinett des rechtskonservativen Ministerpräsidenten Shinzo Abe den neuen Verteidigungsplan beschlossen. Er sieht für die Zeit bis März 2024 Verteidigungsausgaben in einer Rekordhöhe von umgerechnet 214 Milliarden Euro vor. Geplant ist unter anderem, zwei Hubschrauberträger so umzurüsten, dass von ihnen auch Kampfjets amerikanischer Bauart starten können. Damit würde Japan erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Besitz von Flugzeugträgern kommen. Die japanischen Zerstörer der Izumo-Klasse mit einer Länge von 248 Metern sind bislang nur für den Transport von bis zu 14 Helikoptern ausgelegt. Künftig könnten auch US-Kampfflugzeuge darauf starten und landen. Die Regierung will in den kommenden Jahren 42 neue Kampfjets, die auch senkrecht starten können. Beobachter gehen davon aus, dass es sich dabei um US-Kampfflugzeuge vom Typ F-35B handeln wird. Geplant ist ferner, 105 Maschinen vom Typ F35A anzuschaffen. Diese können nur auf konventionelle Art und Weise starten und landen und sind nicht für den Einsatz auf umgebauten Zerstörern geeignet." (DW, 18.12.18) "Andere von den USA hergestellte militärische Güter auf Japans Einkaufsliste sind vier Boeing Co (BA.N) KC-46 Pegasus Tankflugzeuge, um die Reichweite der japanischen Flieger zu vergrößern, und neun Northrop Grumman (NOC.N) E-2 Hawkeye Flugzeuge mit Frühwarnsystemen."* (Reuters, 18.12.18)

[176] Russland bereitet sich jedenfalls auf künftige Konflikte vor: „*Im Rahmen des Ausbaus militärischer Infrastruktur auf den Kurilen hat die Russische Pazifikflotte auf den Inseln Etorofu-tō und Kunashiri-tō Raketenkomplexe stationiert, berichtete die Zeitung der Flotte Boyevaya Vakhta am 22. November 2016. Wie der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu im März bei einer Vorstandssitzung des Ministeriums mitteilte, sei für 2016 zusätzlich zu den Raketenabwehrsystemen 3K60 Bal und K-300 Bastion der Einsatz von Eleron-3-Drohnen geplant.*" (japandigest, 23.11.16)

anderen Spezifikationen an die japanische Luftwaffe liefern darf, ein wahrer Glücksfall von Interoperabilität: Mit dieser Modernisierung der japanischen Marine und Luftwaffe erhalten die USA, die ja ohnehin in Okinawa über eine riesige Militärbasis verfügen, einen ganz auf sie geeichten potenten Waffenbruder und zwei weitere Plattformen zur Ausweitung ihrer militärischen Kontrolle im Pazifik und zur besseren Bekämpfung der in Wladiwostok, bzw. auf der Kamtschatka stationierten russischen Pazifikflotte mit ihren Atom-U-Booten. Und nicht nur das: Japan schließt auch die Lücke im Aegis-Raketenabwehrsystem an der Ostflanke des russischen Reichs.[177]

Zwei Bausteine fehlen den US-Architekten noch für die Vollendung ihrer ganz Russland umschließenden Vorwärtsverteidigung: die militärische Kontrolle über die ***Arktis***, die russische Nordflanke, und die Kontrolle über die *Weltmeere*, insbesondere über den ***Nordatlantik***.

Die *Arktis* rückt in den Fokus der amerikanischen Kriegsplanung, weil sich hier dank des Klimawandels ein neues Feld der Seekriegführung gegen Russland eröffnet. Die US-Navy rechnet damit, schon in den nächsten Jahren ein mehr oder minder eisfreies Operationsgebiet vor dem längsten Küstenabschnitt der Russischen Föderation zu erhalten, das natürlich besetzt werden muss. Dafür wird eine nagelneue Flotte aufgestellt –

---

[177] *„Japan hat schon zugestimmt, zwei Aegis Ashore Systeme zu kaufen, die ‚im Wesentlichen nationale Raketenabwehr für Japan bieten', sagte Davidson [US-Oberkommandierender im Pazifik]... Die japanische Marine verwendet bereits die auf Schiffen stationierte Version des Systems. Laut den gegenwärtigen Plänen werden die Aegis Ashore Einheiten nicht vor 2025 einsetzbar sein... Er sagte, während die meisten böswilligen Aktivitäten Russlands in anderen Regionen der Welt stattfänden, sei Russland tatsächlich vermehrt im pazifischen Raum aktiv und versuche oft, die diplomatischen Bemühungen anderer in dieser Region zu blockieren und zu stören. Zudem verwies er darauf, dass Moskau in den letzten Jahren drei seiner neuesten mit ballistischen Raketen ausgestatteten Unterseeboote im Pazifik stationiert habe."* (China Has Built ‚Great Wall of SAMs' In Pacific, US Adm. Davidson, breaking defense, 17.11.18)

> *„Wir bauen eine Flotte ganz neu auf, und wir haben die einzigartige Chance, es anders, richtig und seinem Zweck gemäß zu machen" (New Second Fleet To Stay Lean, Unpredictable, Commander Says; & Watching China, Paul McLeary, breakingdefense.com, 29.11.18) –*

und die Möglichkeit eines Flottenstützpunkts in der Beringstraße exploriert. [178]

Der eine Zweck, für den eine neue Flotte zusätzlich zu den bereits vorhandenen zehn Flugzeugträger-Kampfgruppen her muss, ist die Bekämpfung der im Nordmeer stationierten russischen Atom-U-Boote, die den Hauptteil der seegestützten russischen Nuklearschlagkraft tragen, nahe ihren Heimathäfen auf der Halbinsel Kola. Der andere ist der, auch dieser Flotte den Zugang zu den großen Meeren zu verwehren, hier den Zugang zu ihrem eigentlichen Operationsgebiet im Atlantik. Dies ist neben der Neutralisierung der Unterwasserkreuzer des Kreml für die USA deswegen von höchster Bedeutung, weil sie den Konflikt mit den Rivalen – wie bereits mehrfach erwähnt – ja nicht auf dem eigenen Territorium austragen wollen:

> *„Letzten Endes spielt es keine Rolle, wie fähig, wie gut ausgebildet oder wie fortgeschritten die Streitmacht einer Nation ist, wenn sie nicht rechtzeitig an die Front gelangen kann. Während die USA sich für die sich abzeichnende Schlacht mit Russland und China rüsten, werden natürlich in den Köpfen der Militärplaner logistische Bedenken im Vordergrund stehen." (Stratfor, 17.12.18)*

Dass die Front sich auf der eurasischen Landmasse befinden *muss*, ist diesen Strategen sonnenklar, klar daher auch, dass die nötigen Kriegsmittel reibungslos dorthin transportiert werden *müssen*, wenn man den Krieg gewinnen will. Von dieser Notwendigkeit her betrachtet wird eine Kriegsplanung, die in aller Freiheit fest davon ausgeht, die Vereinigten Staaten von den unschönen

[178] Auch der US Air Force ist die „*wachsende Bedeutung der Region*" nicht entgangen: „*2022 werden in Alaska mehr moderne Kampfflugzeuge stationiert sein als an irgendeinem anderen Ort auf der Welt.*" (defensenews.com, 9.1.19)

Wirkungen des bevorstehenden Waffengangs weitgehend abschirmen zu können, zum Kampf mit der Tyrannei der Entfernung –

> *„Die Vereinigten Staaten sind mit einer Geographie gesegnet, die ihnen zwei weite Ozeane beschert, die ihre Flanken schützen, indem sie sie von vielen unmittelbaren Anfechtungen ihres Heimatlandes abschirmen. Aber dieselbe schützende Isolation der Vereinigten Staaten wird zu einer Tyrannei der Entfernung, sobald es um die Fähigkeit des US-Militärs geht, Macht auf die eurasische Landmasse zu projizieren" (Stratfor, 17.12.18) –,*

weil der Feind die unerlässliche Machtprojektion behindern oder gar unterbinden kann:

> *„Aktuell jedenfalls ist die russische Marine zu klein, um einen gegen den Schiffsverkehr gerichteten Feldzug dieser Größenordnung zu tragen oder die Herrschaft Amerikas und der NATO über das offene Meer zu bedrohen. Aber mit seiner neuen Unterseeboot-Streitmacht hoher Qualität, verbunden mit der Fähigkeit, Marschflugkörper abzufeuern, ist die russische Marine immer noch in einer Position, den Zugang zu Europa über den Nordatlantik zu verwehren. Nordeuropa hat überraschenderweise wenige See- und Flughäfen, durch die große Truppenkontingente der NATO samt Material geschleust werden können, um auf russische Aggression zu antworten. Sie liegen alle deutlich innerhalb der geschätzten 1500 Meilen Reichweite von [russischen] Kalibr-Raketen, die von der Norwegischen See oder der Nordsee, gut nördlich von der GIUK-Lücke, abgefeuert werden." (How Russia's Sub-Launched Missiles Threaten NATO's Wartime Strategy, M. Nordenman, Defense One, 9.10.18)*

Eine Verlegenheit, die nur zeigt, dass der russischen Marine die Fähigkeit genommen werden muss, aus ihren Heimatgewässern heraus die Logistik der USA und ihrer Verbündeten im Nordatlantik zu gefährden und überhaupt im Atlantik zu operieren. Vom Standpunkt der umfassenden unangefochtenen Beherrschung dieses Weltmeers aus gesehen stellen sich den Experten unisono die Atlantikzugänge zwischen Grönland, Island und Großbritannien

als eine einzige Sicherheitslücke dar (GIUK Gap), gegen die schon wieder nur eines hilft – garantierte Dominanz:

> *„Bei dieser in Betracht zu ziehenden Reihe von Problemen suchen die Vereinigten Staaten Lösungen, um sicherzustellen, dass ihre Streitkräfte und ihre Ausrüstung Eurasien während einer Krise erreichen. Um größere Koordination und Einheit der Anstrengungen zu gewährleisten, gründet die NATO zwei neue Kommandoeinheiten. Das in den USA angesiedelte Atlantic Command wird sich auf die Koordinierung von gemeinsamen Anstrengungen für einen erleichterten Zugang zum gesamten Nordatlantik konzentrieren, während der in Deutschland stationierte Logistics Command sicherstellen wird, dass sowohl U.S.-Truppen, die in Europa ankommen, als auch solche, die bereits dort stationiert sind, keine Schwierigkeiten erfahren, schnell an die Front zu gelangen. Zusätzlich haben die Vereinigten Staaten im Juli ihre 2nd Fleet wieder aufgebaut, um ihre Seeherrschaft über den Nordatlantik zu garantieren [!]." (Stratfor, 17.12.18)*

Damit ist die strategische Einkreisung Russlands so ziemlich vollendet und Russland von Ländern umgeben, in denen Amerika und seine Verbündeten ihren militärischen Aufbau vorantreiben und jede „Sicherheitslücke", die sie bei ihrem Vormarsch entdecken, nach Kräften schließen.

5. Eine zweite Atomkriegsfront gegen Russland in Europa

Bei allen Fortschritten bei der eigenen Aufrüstung und dem Containment der Russischen Föderation bleiben für die US-Strategen bei einer Waffengattung noch significant advantages ihres Gegners, die zu beseitigen sind:

> *„Bei den nichtstrategischen Atomwaffen besitzt Russland gegenüber den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten erhebliche Vorteile. Es baut auch ein großes, vielfältiges und modernes Set von nichtstrategischen Systemen auf, die dual einsetzbar sind (mit nuklearen oder konventionellen Waffen ausgestattet werden können). Diese Systeme für taktische Reichweiten und Entfernungen unter 3500 Kilometern [theater- and tactical range] fallen nicht unter den*

> *Geltungsbereich des New START-Treaty [dieser Vertrag bezieht sich ausschließlich auf Interkontinentalraketen und hat nichts zu tun mit „theater- and tactical range systems". Das hindert die US-Strategen keineswegs daran, ihn ins Spiel zu bringen, um dem Publikum den Eindruck zu vermitteln, der Russe rüste unter arglistiger Umgehung vertraglicher Verpflichtungen bei den taktischen Nuklearwaffen auf], und Russlands Modernisierung seiner nicht-strategischen Nuklearwaffen vergrößert die Gesamtzahl solcher Waffen in seinem Arsenal, während es seine Fähigkeiten erheblich verbessert, die Waffen ins Ziel zu bringen. Das schließt die Herstellung, den Besitz und das Testen von bodengestützten Marschflugkörpern ein, wodurch der INF-Vertrag verletzt wird. Moskau glaubt, dass diese Systeme nützliche Optionen bieten für Vorteile in der Eskalation."* (NPR, S. 9) *„Correcting this mistaken Russian perception is a strategic imperative." (NPR, S. 53 f.)*

Der Kreml hat sich auf dem Feld der atomar wie konventionell zu bestückenden *landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen* ein Potential zugelegt, das ihm die Freiheit verschafft, Konflikte in seinem unmittelbaren Umkreis – kriegstechnisch: theater- and tactical range – militärisch zu beherrschen. Das politische Kalkül der russischen Führung mit diesen militärischen Vorteilen als bloßen Glauben und verfehlte Wahrnehmung zu bezeichnen, enthält eine denkbar radikale Kampfansage: Die USA kündigen an, alles zu tun, um dieses Potential so in den Griff zu nehmen, dass jedes Kalkül mit ihm zu einem Irrglauben *wird*.

Welche Konfrontation man da eröffnet und welches Kaliber da aufzufahren ist, ist den US-Strategen völlig klar: Sie wissen am besten, dass die Aufrüstung bei den taktischen Atomwaffen die ‚Antwort' Russlands auf seine fortschreitende Einschnürung auf dem eurasischen Kriegsschauplatz ist, das Gegengewicht gegen eine überwältigende konventionelle Überlegenheit der USA und ihrer Alliierten. Diese Raketenmacht ist *das* Mittel des Kreml, sich in seinem westlichen Vorfeld zu behaupten.

Genau deswegen muss man ihm den Gebrauch dieses Mittels ja unbedingt verwehren:

> *„Russland muss ... begreifen, dass der Ersteinsatz von Atomwaffen, wie beschränkt auch immer, seinen Zweck nicht erreichen wird, das Wesen des Konflikts grundlegend ändert und unkalkulierbare und untragbare Kosten für Moskau nach sich zieht. Unsere Strategie wird sicherstellen, dass Russland versteht, dass jedwede Anwendung von Nuklearwaffen, wie limitiert auch immer, inakzeptabel ist." (NPR, S. 30 f.)*

Um Russland untragbare Schäden anzudrohen bei der Anwendung seiner Atomwaffen zur Sicherung seines strategischen Vorfelds in Europa, baut Amerika die schon länger bestehende *eigenständige, zweite atomare Kriegsdrohung* auf dem alten Kontinent aus und verknüpft sie ausdrücklich mit der Vernichtungsdrohung durch die strategische Raketenmacht in den USA:

> *„Die Vereinigten Staaten werden ihre strategischen Atomstreitkräfte verfügbar machen und nach Europa vorwärts dislozierte Nuklearwaffen in die Verteidigung der NATO einbinden. Diese Streitkräfte sorgen für eine wesentliche politische und militärische Verknüpfung zwischen Europa und Nordamerika und sind die höchste Garantie der Sicherheit des Bündnisses. Kombiniert mit den unabhängigen strategischen Atomstreitkräften des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und den Lastenverteilungsvereinbarungen im Bündnis ist die gesamte nukleare Abschreckungsmacht der NATO lebenswichtig für jetzige und zukünftige Abschreckungs- und Verteidigungsszenarien." (NPR, S. 36)*

Mit der wesentlichen politischen und militärischen Verknüpfung zwischen Europa und Nordamerika, der Kombination von NATO-Atomkriegsfähigkeit in Europa und ihrer eigenen strategischen Schlagkraft in der Hinterhand, präsentieren die Vereinigten Staaten ihrem Feind ihre singuläre nukleare Eskalationsdominanz: die Fähigkeit und den Willen, jede russische Anwendung von Nuklearwaffen, wie limitiert auch immer, mit überlegenen Kriegsmitteln, vom regionalen Krieg bis hinauf zum nuklearen Weltkrieg, zu beantworten.

Ihren europäischen Pfeiler richten die USA dafür entsprechend her. Viel nützliches, von ihnen schon seit langem deponiertes

Kriegswerkzeug wird vermehrt und auf den neuesten Stand der Kriegstechnik gebracht: see- und luftgestützte taktische Nuklearwaffen in ihrer exklusiven Verfügung auf dem europäischen Kontinent und um ihn herum; taktische Nuklearwaffen für die Luftwaffe ihrer NATO-Partner in Deutschland, Italien, den Niederlanden und Belgien, die gerade so ‚modernisiert' werden, dass ihre Vernichtungspotenz ein neues strategisches Niveau erreicht.[179] Die unabhängigen strategischen Atomstreitkräfte des Vereinigten Königreichs und Frankreichs sind selbstverständlich integraler Bestandteil des amerikanischen strategischen Kalküls, *unabhängig* hin oder her.

Dazu kommt der Dual Use, den die neuen Raketenabwehrstellungen in Rumänien und Polen bieten, die nicht nur mit Abfangraketen, sondern auch mit Marschflugkörpern zu bestücken sind, was den USA nach Expertenmeinung ein paar hundert zusätzliche nukleare Optionen beschert.[180]

Die damit hergestellte militärische Schlagkraft verschafft den USA zwar eine neue Qualität der Gefechtsfeldbeherrschung auf dem eurasischen Kontinent gegen Russland, lässt ihre Strategen aber keineswegs ruhen. Es bleibt ja dabei, dass Russland bei den landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen Vorteile besitzt, dass es die USA daher auf der untersten Ebene in einem Ausschnitt eines Atomkriegsszenarios in Zugzwang bringen könnte,

---

[179] *„Die NATO arbeitet an einer umfassenden Modernisierung ihrer nuklearen Aufstellung in Europa, was die Aufrüstung ihrer Bomben, Flugzeuge und Waffenlagerungssysteme einschließt... Die erhöhte Genauigkeit wird die taktischen Bomben in Europa mit denselben militärischen Möglichkeiten ausstatten wie die strategischen Bomben in den Vereinigten Staaten. Die B61-12-Bombe scheint auch über einiges Potential zu verfügen, die Erdoberfläche zu durchdringen, was ihre Fähigkeit steigert, Ziele unter der Erde zu gefährden."* (United States nuclear forces 2019, Hans M. Kristensen / Matt Korda, Bulletin of the Atomic Scientists, Volume 75, 29.4.19, S. 122-134)

[180] Russia may have violated the INF Treaty. Here's how the United States appears to have done the same, Theodore A. Postol, Bulletin of the Atomic Scientists, 14.2.19

kurzum: dass es der Weltmacht doch noch an *absoluter, durchgängiger* Eskalationsdominanz gebricht.

Wenn Amerika sich daran macht, diese Lücke im Kontinuum seiner Gewalt zu schließen und mit einer Aufrüstung in Europa, ganz nach dem Vorbild der Reagan-Zeit mit ihren Pershings, *uncontested superiority* auch bei den landgestützten taktischen Nuklearwaffen herzustellen, neutralisiert es nicht einfach die Vorteile des Kreml, sondern es konfrontiert ihn mit einer *neuen atomaren Vernichtungsdrohung von europäischem Boden aus*. Die dafür nötigen Kriegsmittel entwickelt es, ohne sich dabei von irgendwelchen Rüstungskontrollvereinbarungen mit Russland behindern zu lassen. Der INF-Vertrag wird mit ein paar matten Verweisen auf Vertragsbrüche der Gegenseite gekündigt, der von Russland angebotene Expertendialog verweigert. Der Rest der Rüstungsdiplomatie besteht in der ultimativen Forderung nach einseitiger russischer Abrüstung.

An den für den Kriegsschauplatz Europa erforderlichen neuen Atomwaffen wird seit Jahr und Tag gearbeitet, was das amerikanische Militär freimütig zugibt:

> *„Vorhersehend [!], dass die USA aus dem INF-Vertrag aussteigen, hat die Armee bereits Gespräche mit Partnern in der Industrie über die Möglichkeit aufgenommen, die Reichweite einer wichtigen von ihnen entwickelten Rakete über die im Vertrag erlaubten Obergrenzen hinaus zu verlängern. Die am weitesten reichende bodengestützte Rakete der Armee, das Army Tactical Missile System (ATACMS) mit einer Reichweite von 180 Meilen fällt deutlich unter diese Obergrenzen. Aber die Armee ist darum bemüht, dass sie bis 2023 eine neue, weiter reichende Rakete – genannt Precision Strike Missile (PrSM) – aufstellt. Aufgrund des INF-Vertrags ist das aktuelle PrSM-Programm sehr einschränkend hinsichtlich der Reichweite. ‚Wir werden uns an die Regeln halten, bis uns mitgeteilt wird, dass die Regeln sich geändert haben. Das ist unsere Herangehensweise im Team und die Vorgabe der obersten Führung', sagte Oberst John Rafferty, Direktor des ‚long-range precision fire's cross functional team' zwei Wochen bevor es Schlagzeilen gab, dass der nationale Sicherheitsberater John Bolton Verbündete benachrichtige, dass die Trump-Administration vom*

Vertrag zurücktritt. Zu dem Zeitpunkt hatte die Armee bereits die Vergrößerung der Reichweite der Raketen über die vertraglichen Bestimmungen hinaus diskutiert, sagte Rafferty. ‚Wir haben mit unseren Industriepartnern daran gearbeitet, herauszufinden, inwieweit eine über 499 km hinaus reichende Rakete machbar ist, und wir glauben, dass das mit der aktuellen PrSM-Rakete gut möglich ist. Unsere Diskussionen über fortschrittliche Antriebssysteme führten uns zu der Ansicht, dass wir innerhalb derselben Größenklasse den Aktionsradius der Geschosse mit einer Veränderung des Antriebs erheblich erweitern können.' Die Außerkraftsetzung des Vertrags eröffnet auch die Möglichkeit, weiter reichende ‚strategische Feuer' wie von Raketen angetriebene Granaten und landgestützte Hyperschall-Raketen zu bauen, die beide in der Lage wären, Zielobjekte über eine Entfernung von tausend Meilen hinaus zu treffen." (This Army Missile Might be the Pentagon's First Post-INF Weapon, Defense One, 26.10.18)

Russland muss also mit einer eigenständigen nuklearen Triade der USA in Europa rechnen – luft-, see-[181] und landgestützten, hyperschallschnellen Atomwaffen, mit taktischer und strategischer Artillerie mit raketengetriebenen Geschossen – die dem amerikanischen Militär die Möglichkeit eröffnet, so gut wie ohne Vorwarnzeit Luft- und Raketenabwehrstellungen, Führungszentren, Infrastruktur und natürlich die Kernwaffen im gesamten

[181] „*Künftig sollen die substrategischen seegestützten Marschflugkörper (SLCM) mittlerer Reichweite wieder atomar bewaffnet werden. Sie werden von Unterseebooten und Überwasserschiffen aus eingesetzt... Mit der atomaren Bewaffnung von SLCM revidiert die Trump-Administration die Entscheidung Obamas von 2010, nukleare SLCM aufzugeben. Sie unterliegen weder den Begrenzungen des New-START-Vertrags noch denen des Vertrags über das Verbot (landgestützter) Mittelstreckensysteme (Intermediate Range Nuclear Forces, INF), auch wenn ihre Reichweiten weit mehr als 500 km betragen. Auch Russland hat seine nuklearfähigen SLCM behalten und modernisiert. Gleichwohl können die ‚substrategischen' atomaren SLCM eine strategische Wirkung entfalten, da sie von den europäischen oder asiatischen Randmeeren aus Landziele von vitaler Bedeutung für den Gegner erreichen können. Dazu zählen Luft- und Raketenabwehrstellungen, Führungszentren, Infrastruktur oder Kernwaffen."* (SWP-Aktuell 15, März 2018, S. 2 f.)

europäischen Teil des Landes zu vernichten. Und den europäischen Alliierten fällt, ohne dass sie dazu näher befragt worden wären, die Aufgabe zu, wegen ihrer Nachbarschaft zur großen eurasischen Landmacht das bevorzugte Gefechtsfeld für die nukleare Auseinandersetzung mit Russland zu stellen.

6. Manöver als Dauereinrichtung

Die praktische Umsetzung der Kriegsplanung gegen Russland trainieren die USA mit ihren Verbündeten, der Größe der militärischen Aufgabe, die Einsatzbereitschaft ihrer Gesamtstreitmacht möglichst aus dem Stand herzustellen, entsprechend, in kleinen und großen Manövern rund ums Jahr. Sie tragen damit *erstens* dem Umstand Rechnung, dass die Sicherung der Interoperabilität und der kollektiven Beherrschung des Gefechtsfelds allein schon durch die Erweiterung der NATO um die osteuropäischen Staaten und das Baltikum auf insgesamt 29 Staaten eine militärische Großaufgabe neuer Art darstellt; dazu kommen noch quasi schon ins Bündnis integrierte neutrale Länder wie Finnland und Schweden und Kandidaten wie Georgien oder die Ukraine, deren Streitkräfte, so gut es geht, auf das Niveau der erforderlichen Kooperation zu bringen sind, schließlich auch noch Japan und Südkorea im fernen Osten. *Zweitens* ist dieses Gefechtsfeld selbst wesentlich komplexer geworden; das Zusammenwirken der nationalen Armeen und ihrer Teilstreitkräfte ist eine Frage der gelungenen Vernetzung, von der US-Satellitenaufklärung bis zum polnischen Infanteristen. *Drittens* sind neue logistische Probleme auf dem prospektiven Kriegsschauplatz zu bewältigen. Wegen der strategischen Zugewinne – das ehemalige Glacis der Sowjetunion ist jetzt Bestandteil der NATO – und dem Ziel, eine Front rund um den größten Flächenstaat der Erde aufzubauen, spielt die Fähigkeit zur Truppenverlegung an die weit vorgeschobenen Ostgrenzen der NATO, zur Sicherung des Nachschubs über den Atlantik und mit Blick auf China auch über den Pazifik, eine entscheidende Rolle. *Viertens* ist für die professionelle Handhabung des *Atomkriegs* ein ganz besonders hohes Maß an Übung unter Realbedingungen erforderlich, und *fünftens* will die militärische Führung, je mehr sie dem Feind zu Leibe rückt, umso genauer wissen, wie es um dessen

Qualitäten bestellt ist: Präzision der Aufklärung, Reaktionsgeschwindigkeit, Funktionsfähigkeit der Befehlskette, Einsatztauglichkeit von Soldaten und Gerätschaften in Extremsituationen, so dass die zunehmende Zahl von Beinahe- oder wirklichen Kollisionen in den letzten Jahren alles andere als ein Wunder ist. Manöver, Patrouillen zu Luft und zu Wasser nahe den Grenzen des Gegners, das Eindringen in seinen Luftraum und seine Territorialgewässer sind wertvolle Tests auf seinen Willen und seine Fähigkeit, den eigenen Kräften Paroli zu bieten. Tests, die gerade im Falle von Großmanövern eine massive Invasionsdrohung darstellen und dies auch sollen, um die feindlichen Kräfte zu binden und zu strapazieren.

*

Was da alles stattfindet, ist beeindruckend:

> *„Während die NATO-Soldaten in diesen Tagen Kampfhandlungen aller Art üben, ist ein wichtiger Teil von ‚Trident Juncture 2018' schon vorbei: die Truppenverlegung. Gewaltige Mengen an Material mussten nach Norwegen transportiert werden; laut Angaben der Bundeswehr ging es um Gerät mit einem Gewicht von 68 000 Tonnen und einem Gesamtvolumen von 277 000 Kubikmetern. Für die deutschen Streitkräfte ist das neu. Selbst im Kalten Krieg habe die Bundeswehr etwas Derartiges nicht durchgeführt, bestätigte Brigadegeneral Ullrich Spannuth, Kommandeur der Landbrigade der NATO-‚Speerspitze'... Damals habe man Truppen und Gerät vor allem innerhalb der Landesgrenzen verlegt. Im neuen Kalten Krieg sind die Bündnisgrenzen allerdings so weit nach Osten verschoben, dass die Bundeswehr nun auch den Transport gewaltiger Mengen an Material über große Strecken proben muss. Eine zentrale Rolle hat diesmal der Emder Hafen gespielt, in dem Schiffe der dänischen Reederei DFDS das deutsche Kriegsgerät aufnahmen und nach Norwegen fuhren. DFDS hat, weil die Bundesrepublik nicht über einen eigenen strategischen Seetransport verfügt, im Jahr 2006 eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr geschlossen, der zufolge die Reederei jederzeit in der Lage sein muss, ein gewisses Maß an Seetransportkapazitäten binnen kürzester Zeit bereitzustellen. ‚Trident Juncture 2018' vom 25.*

Oktober bis 23. November ist gegenwärtig nicht die einzige Kriegsübung mit maßgeblicher Beteiligung deutscher Soldaten, die Mitte vergangener Woche begonnen hat und bis Mitte kommender Woche andauert." (junge Welt, 29.10.18)

„Wichtiger als die reine Präsenz von Truppen und Fähigkeiten sind die damit verbundenen Beiträge der ‚Contribution' an erhöhten Übungsaktivitäten. Die USA beteiligen sich an zahlreichen großen und kleineren Manövern, Übungen und Ausbildungen. Als eine größere Übung dieser Art ging vor wenigen Tagen das Manöver Saber Strike als multinationale US-geführte Übung in Polen zu Ende. 18 000 Soldaten aus 19 Nationen beteiligten sich am Training der vorne stationierten Battlegroups und weiterer Verstärkungskräfte. Dieses Übungsformat bildet keine Ausnahme. In noch größerem Umfang fand unter anderem 2017 die US-geführte Übung Saber Guardian in Rumänien, Ungarn und Bulgarien als eine der größten Übungen für Landstreitkräfte statt. Mit dem Ziel zu trainieren, wie man unter Gefechtsbedingungen größere Flüsse überquert, kamen neben den USA mit 14 000 Soldaten 21 weitere Nationen mit insgesamt 11 000 Soldaten, darunter auch Kräfte aus Deutschland, zusammen. Diese beispielhaft erwähnten Übungen haben nicht nur das Ziel, die Interoperabilität, ein gemeinsames Lagebild und Lageverständnis sowie das koordinierte Handeln zu verbessern. Sie senden auch ein klares Signal nach außen: Die USA stehen zu ihrer Bereitschaft, die europäischen Partner zu unterstützen, und zu dem transatlantischen Willen, sich gemeinsam zu verteidigen... Dies bedeutet für die US Army zum Beispiel, dass zusätzlich Material und Gerät für zwei gepanzerte Kampfbrigaden (bestehend aus insgesamt 9000 Soldaten mit 180 Kampf- und 180 Schützenpanzern), zwei Artilleriebrigaden, Kräfte für Luftabwehr-, Pionier-, Logistik- und Transportaufgaben sowie Sanität vorgehalten werden sollen – Material, das benötigt wird, um eigenständig landbasierte Verteidigungsoperationen an der Ostflanke der NATO durchführen zu können. Auch im Bereich der Luftstreitkräfte wird der Ausbau der Luftwaffenstützpunkte genauso nach vorn getrieben, wie die Beiträge zum verstärkten Air Policing zum Schutz des NATO-Luftraumes. Für die maritime Dimension der Verteidigung sollen insbesondere Anti-U-Boot- und Minenabwehr-

fähigkeiten gestärkt werden." (Verlässlichkeit jenseits von Trump-Tweets. Der militärische Beitrag der USA in Europa. Philipp Lange, Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 18/2018 S. 3 f.)

„‚Trident Juncture 2018' hat eine weitere wichtige Neuerung gebracht: die Teilnahme des US-Flugzeugträgers ‚Harry S. Truman', der am 19. Oktober als erster US-Flugzeugträger seit September 1991 in arktische Gewässer einfuhr. Bereits die Präsenz des Schiffs vor Norwegens Küste muss als deutliches Signal speziell auch an Russland gewertet werden. Als noch folgenreicher könnte sich allerdings ein anderer Aspekt erweisen: Die Anfahrt der ‚Harry S. Truman' erfolgte über die ‚GIUK-Lücke' (‚GIUK Gap'), den Seeweg auf einer gedachten Linie zwischen Grönland (‚G'), Island (‚I') und dem Vereinigten Königreich (‚UK'). Das ist nicht nur die Route, die ein US-Kriegsschiff zurücklegen muss, will es arktische Gewässer im Norden Europas erreichen; es ist vor allem auch der Seeweg, über den russische U-Boote in den Atlantik gelangen können, um den US-Nachschub nach Europa zu stören – oder eben nicht... Der Flugzeugträger sei nicht nur zur Machtdemonstration entsandt worden; US-Militärstrategen nähmen vielmehr mit der ‚GIUK-Lücke' ein Seegebiet in den Blick, ‚in dem wir womöglich kämpfen müssen', erklärte Goure. Dort werde deshalb künftig auch wieder häufiger militärisch trainiert werden. Goure hat in der Navy Times zudem auf einen Aspekt hingewiesen, der beim Blick auf ‚Trident Juncture 2018' gern übersehen wird. Zu den Seegebieten, in denen es künftig wohl mehr Manöver geben werde, weil man in potenziellen Einsatzgebieten üben müsse, gehörten auch das Mittelmeer und der Westpazifik, so der US-Militärexperte. Das Mittelmeer ist mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Bezug auf die russische Mittelmeerflotte von Bedeutung, der Westpazifik mit Blick auf China." (junge Welt, 29.10.18)

„2017 war für US-strategische Bomber ein sehr arbeitsreiches Jahr; sie betätigten sich in einer Vielzahl von Einsätzen an vorderster Front und in Langstrecken-Militärschlagübungen nach Nordeuropa, den westlichen Pazifik und Australien. B-2-Bomber führten im Januar

offensive Einsätze über weite Strecken ins Mittelmeer und den Pazifik durch, gefolgt im Mai von einer B-52-Langstrecken-Übung in Richtung des Mittelmeers. Nicht atomar bewaffnete B-1-Bomber, vor kurzem ausgestattet mit konventionellen JASSM-ER Marschflugkörpern großer Reichweite, führten im Januar und Februar fünfzehn integrierte Einsätze gemeinsam mit B-52-Bombern in der Nähe von Australien und dem südchinesischen Meer durch. Darauf folgten im März und August anspruchsvolle Überflüge über Südkorea als Antwort auf Nordkoreas Raketentestflüge über Japan. Im Juni 2017 – als Teil des BALTOPS und der ‚Saber Strike'-Übung – wurden alle drei Typen schwerer Bomber im Vereinigten Königreich für regionale Abschreckungsoperationen über der Baltischen See und Osteuropa stationiert – das war das erste Mal, dass alle drei schweren Bomber in Europa zugleich aufgeboten wurden. Einige B-52-Bomber wurden von russischen Kampfflugzeugen abgefangen. Die Operationen schlossen auch mit dualen Kapazitäten ausgestattete F-16-Kampfflugzeuge ein. Schließlich trainierte die ‚Strategic Command's Global Thunder'-Übung im Oktober und November die Beherrschung und Kontrolle offensiver nuklearer Operationen ebenso wie Kampfaufträge über den Vereinigten Staaten. Um dieselbe Zeit herum simulierten in Europa stationierte B-52-Bomber und B-2-Bomber Luftschläge gegen Nordkorea." (Hans M. Kristensen / Robert S. Norris, United States nuclear forces, 2018, Bulletin of the Atomic Scientists, 74:2, S. 120-131, 124)

„Nachdem sich letzten Dienstag zwei russische Kampfflugzeuge der USS Donald Cook bis auf 30 Fuß näherten, warnte Außenminister Kerry, dass das russische Vorgehen zum Abschuss der Flugzeuge hätte führen können... ‚Gemäß den Einsatzregeln hätte das ein Abschuss sein können, so dass die Leute begreifen müssen, dass dies eine ernste Sache ist.' Als ein leitender Offizieller des Militärs gefragt wurde, warum das russische Flugzeug nicht abgeschossen wurde, teilte er mit, dass ‚die Russen gefährlich waren, aber keine feindliche Absicht zu erkennen gaben und nicht bewaffnet waren'. Am Samstag äußerte das U.S. European Command, das die US-Militäroperationen in Europa überwacht, dass ein russischer Abfangjäger sich bis auf 50 Fuß an ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug angenähert hat, ein Manöver, das

das US-Militär als ‚unsicher und unprofessionell' beschrieb... Conley bemerkte, dass diese Art der Vorfälle sich beträchtlich gehäuft hätten. Im Januar kam ein russischer Düsenjäger auf weniger als 20 Fuß an ein über dem Schwarzen Meer fliegendes US-RC-135-Aufklärungsflugzeug heran. Im Oktober fingen Marine-Düsenjäger zwei russische Tu-142-Flugzeuge ab, die im Pazifik in der Nähe des Flugzeugträgers USS Ronald Reagan flogen. Bei einem Vorfall im Juni flog eine russische Su-24 auf weniger als 500 Meter – 1640 Fuß – an einen Lenkraketenzerstörer heran, der das Schwarze Meer in der Nähe der Krim befuhr." (Russian jets keep buzzing U.S. ships and planes. What can the U.S. do? CNN, 19.04.16)

„Die ukrainische Marine hat Übungen in der Provinz Cherson nahe der Krim-Grenze absolviert, hieß es auf dem Facebook-Account des Militärs am Mittwoch. Das Kommando der ukrainischen Marinetruppen hat laut der Mitteilung ein Manöver in Koordinierung mit Artillerieeinheiten in Cherson nahe der administrativen Grenze zur Krim abgehalten. Der Zweck der Übungen ist demnach ‚die Verteidigung der Seeküste und die Bekämpfung des Feindes, der eine Offensive von den besetzten Territorien aus geführt hat'. Die ukrainische Armee hat außerdem ein Training ‚in den Gebieten, in denen die Gegner eine starke Präsenz haben', durchgeführt. Dabei hat man sich auf Artillerieübungen bei eingeschränkter Sicht und in der Nacht konzentriert." (sputniknews, 27.6.18)

„‚Jetzt will die Ukraine NATO-Manöver im Asowschen Meer einberufen', so Lawrow... ‚Aber dort kann man nicht mehr hin, da unser Vertrag mit der Ukraine bereits für das Überqueren des Asowschen Meeres mit Militärschiffen eine Zusage beider Seiten verlangt', so der Minister. Trotz dieser Tatsache strebe Kiew dieses Manöver an und werde dabei ‚begünstigt'. Lawrow bezeichnete die NATO-Aktivitäten an den russischen Grenzen als ‚provokatorisch'. Konkret gehe es um die Anhäufung von Bewaffnung und Aufstockung des NATO-Kontingents an den russischen Grenzen sowie um Übungen der Allianz in der Ukraine, Georgien und im Schwarzen Meer." (sputniknews, 18.10.18)

Die Vielzahl der Manöverschauplätze, entlang der russischen Westgrenze über das Schwarze Meer bis in den hohen Norden, sowie die oft gleichzeitige Abhaltung der Manöver schafft hier eine eigene Qualität der Bedrohung.

III. Die ökonomische Entmachtung Russlands durch Totrüsten und Wirtschaftskrieg

Mit dem umfassenden Bedrohungsszenario, das die Vereinigten Staaten zur Sicherung ihrer uneingeschränkten Weltherrschaft aufbauen, bescheren sie Russland nicht nur eine militärisch äußerst prekäre Lage; sie zwingen ihrem Rivalen gleichzeitig ein Wettrüsten auf, das ausdrücklich darauf berechnet ist, ihn in den Ruin zu treiben:

> *„Mehr als jede andere Nation kann Amerika das Feld des Wettbewerbs ausdehnen, indem es die Initiative ergreift, unsere Konkurrenten da herauszufordern, wo wir Vorteile haben und es ihnen an Stärke fehlt. Eine tödlichere Streitmacht [was man nicht alles steigern kann!], starke Bündnisse und Partnerschaften, technologische Innovationen Amerikas und eine Kultur der Leistung werden entscheidende und nachhaltige militärische Vorteile der USA generieren... Die Bereitschaft von Rivalen, Aggression aufzugeben, wird von ihrer Wahrnehmung der Stärke der USA und der Vitalität unserer Bündnisse und Partnerschaften abhängen."* (NDS, S. 4 f.)
> *„Wo es möglich ist, müssen wir vorhandene Systeme verbessern, um den Ertrag aus früheren Investitionen zu maximieren. Auf anderen Gebieten sollten wir neue Fähigkeiten anstreben, die klare Vorteile für unser Militär schaffen, während sie für unsere Gegner kostspielige Dilemmas aufwerfen."* (NSS, S. 29)

Oder, kurz und knapp:

> *„Ja, machen wir einen Rüstungswettlauf. Wir werden sie bei jedem Schritt aus dem Rennen werfen und das länger durchhalten als sie."* (Donald. Trump)

Russland darf sich auf einen Wettbewerb gefasst machen, in dem Amerika nicht nur seine tödlichere Streitmacht und sein Netz an Verbündeten als Kriegsinstrumente ins Feld führt, sondern seine ganze ökonomische Macht in die Waagschale wirft, die es dazu befähigt, diesen Wettbewerb so weit auszudehnen, wie es für die Erzwingung der Bereitschaft von Rivalen, Aggression aufzugeben, erforderlich ist. Dass dabei gar nichts anderes herauskommen kann als klare Vorteile für unser Militär und kostspielige Dilemmas für unsere Gegner, ist für den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten keine Frage; er kommandiert ja erstens ein großartiges Volk, das Amerika zuverlässig technologische Innovationen auf höchstem Niveau und eine Kultur der Leistung beschert, zweitens das Zentrum der Weltwirtschaft mit einem militärisch-industriellen Komplex, der alle anderen Waffenschmieden auf der Welt weit in den Schatten stellt, und einen Nationalkredit, mit dem er diesen Komplex in einem solchen Umfang und so lange finanziert, bis das US-Militär alle neuen Fähigkeiten hat, die es verlangt, und die Konkurrenz den ökonomischen Ruin.

Damit die Russen gut verstehen, dass der Verzicht auf Gegenwehr die einzige vernünftige Lösung für sie und überhaupt für alle Beteiligten das Beste wäre, erklärt er es ihnen noch einmal kindgerecht:

> *„Wir haben bei weitem mehr Geld als jeder andere. Wir rüsten auf, bis sie zur Besinnung kommen. Wenn sie das tun, dann werden wir alle smart sein, und wir werden alles stoppen. Und nebenbei nicht nur stoppen, wir werden reduzieren, was ich sehr gerne tun würde. Aber bislang sind sie darauf nicht eingestiegen." (D. Trump, CNN, 24.10.18)*

Untragbare Kosten beim Wettrüsten sehen die USA nämlich nur für die andere Seite; sie selbst setzen die Geldmacht ihres Dollar rücksichtslos ein – ganz als wäre sie per definitionem unendlich. Für das Jahr 2019 beschließen sie den größten Militärhaushalt aller Zeiten und investieren in den nächsten 30 Jahren um die 1,7 Billionen US-Dollar allein für die oben erläuterte Erneuerung ihrer Atomwaffen – oder wie viel es eben kostet. Trump kommt die

Verknüpfung der nationalen Sicherheit mit Geldfragen überhaupt vor wie die Weigerung, das Nötige zu tun; er kündigt einen dem Zweck des Totrüstens gemäßen, nach *oben offenen* Rüstungshaushalt an:

> *„Wir tragen der Tatsache Rechnung, dass Schwäche der sicherste Weg zum Konflikt ist, und konkurrenzlose Macht das sicherste Mittel der Verteidigung. Aus diesem Grund bricht unsere Strategie mit dem schädlichen Deckel auf den Verteidigungsausgaben. Wir werden den wegräumen." (Rede Trumps zur Vorstellung der National Security Strategy)*

Woher das viele Geld für die Restauration der amerikanischen *uncontested superiority* kommt, bereitet der US-Regierung ersichtlich keinerlei Kopfzerbrechen. Sie geht schlicht davon aus, dass ihr Dollar der Inbegriff des weltweiten Reichtums *ist* und seine unbedingte Anerkennung und Gültigkeit beim Rest der Welt keineswegs leidet, wenn sie ihn in beliebigen Mengen für die Sicherung ihrer militärischen Suprematie über eben diesen Rest der Welt einsetzt. Wer sollte einer Nation auf dem Weg zur absolut konkurrenzlosen Macht auch mit welchen Mitteln den Kredit verweigern? [182]

Zur Unterstützung der hoffnungsfrohen Erwartung, dass sich Russland, wenn es beim angekündigten Totrüsten mithalten möchte, ökonomisch ruiniert, greifen die Vereinigten Staaten auch direkt dessen *Einkommensquellen* an und tun, was sie können, um den Kreml aus dem Weltgeschäft *auszuschließen.* [183] Dabei nutzen sie den Erfolg von Gorbatschows Aussöhnungspolitik: Die Zeiten der weitgehenden Autarkie der Sowjetunion und ihres Comecon sind schließlich lange vorbei; seit seiner Bekehrung zum besseren System ist Russland in den Weltkapitalismus eingebaut,

[182] Nähere Erläuterungen zum Verhältnis von Kriegsagenda & Dollarkredit unter Trump finden sich in GegenStandpunkt 1-18: Der Westen nach einem Jahr Trump, S. 95 ff.

[183] Zur amerikanischen Sanktionspolitik gegenüber Russland: Trump und Putins Russland, GegenStandpunkt 3-18

vollständig abhängig vom Weltmarkt, so dass Amerika auch noch die ökonomische Verwundbarkeit des Rechtsnachfolgers der UdSSR als *Waffe* zur Verfügung steht.

Ihre umfassende Offensive begründen die amerikanischen Vordenker in dem in Kriegsfragen üblichen Geist der Rechtfertigung und projizieren ihre Subsumtion aller zivilen Instrumente und Verkehrsformen unter die Feinddefinition auf das Gebaren der strategischen Rivalen: Sie wollen erkannt haben, dass Russland und andere den friedlichen Handel und Wandel, zu dem man sie zugelassen hat, für ihre gar nicht friedlichen Zwecke missbrauchen:

> *„Sowohl revisionistische Mächte als auch Schurkenregime konkurrieren auf allen Ebenen der Macht. Sie haben ihre Anstrengungen unterhalb eines bewaffneten Konflikts verstärkt, indem sie ihre Gewalt auf neue Fronten ausweiten, Prinzipien der Souveränität verletzen, Mehrdeutigkeiten ausnutzen und bewusst die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Zielen verschwimmen lassen." (NDS, S. 2 f.)*

> *„Weil ein kriegsähnliches Verhalten in neue Sphären des Wettbewerbs einwandert – strategischer Einfluss, Handel, Kultur, Innenpolitik, Cyberspace, Weltraum und das elektromagnetische Spektrum – müssen die US-Regierung und der private Sektor die weit reichenden und wachsenden Gefahren des Hyper-Wettbewerbs und der Strategien der Rivalen im Grauzonenbereich erkennen. Die Grenzen zwischen Krieg und Frieden, Schlachtfeld und Markt, Gegner und Wettbewerber lösen sich auf." (The Weaponization of Everything, N. Freier / J. Dagle, Defense One, 9.9.18)*

Und Amerika hat diesem Treiben auch noch Vorschub geleistet, indem es ihm viel zu lange zugesehen hat:

> *„China, Russland und andere staatliche und nichtstaatliche Akteure haben erkannt, dass die Vereinigten Staaten die Welt oft in binären Begriffen sehen, wobei Staaten entweder ‚im Frieden' oder ‚im Krieg' sind, während es sich tatsächlich um einen Schauplatz ständigen Wettbewerbs handelt." (NSS, S. 28)*

Woraus natürlich zwingend nur eines folgen kann: Dann muss Amerika dem entschlossen entgegentreten, seinen Rivalen den Krieg auch auf diesem Schlachtfeld ansagen und alles in seiner Macht Liegende dafür tun, um ihnen das Wasser abzugraben.

*

Auch wenn es die hiesige Öffentlichkeit nicht so wahrnimmt – wenn man hinschaut, ist es eigentlich nicht zu übersehen: Die amerikanische Weltmacht legt es auf die Entmachtung Russlands an.

IV. Amerika arbeitet daran, das Ideal der Abschreckung praktisch wahr zu machen

In ihren Militärdoktrinen bekennen sich die USA zur Strategie der Abschreckung als der *Räson*, der sie in ihrem mit gigantischem Aufwand und auf allen dafür in Frage kommenden Ebenen – rüstungstechnisch, geostrategisch, weltpolitisch und per globalem Wirtschaftskrieg – vorangetriebenen Bemühen folgen, ihren russischen Rivalen niederzuringen. Was Abschreckung im Fall von Russland – und auch China – heißt, bekommt man von einer der für die amerikanische Militärplanung maßgeblichen Figuren, dem Mitverfasser der aktuellen Sicherheits-Doktrin, wie folgt erläutert:

> *„Die Vereinigten Staaten bedürfen ... eines Kriegführungsansatzes, der dieser [von den ‚revisionistischen' Mächten ausgehenden, d. Verf.] Drohung angepasst ist. Dieser neue Kriegführungsansatz schließt US-Streitkräfte ein, die chinesischen oder russischen Angriffen von Beginn der Feindseligkeiten an widerstehen, die in dauerhaft umstrittenen Einsatzumgebungen kämpfen und sich in ihnen durchkämpfen, um Pekings oder Moskaus Angriff zuerst stumpf zu machen und ihn dann zurückzuschlagen – ohne dabei jemals die Art umfassender Dominanz zu erlangen, die die USA gegen den Irak oder Serbien etablieren konnten. Wenn ihre Invasion stumpf gemacht und einfach umgedreht wird, hätten weder China noch Russland eine Chance, den Krieg in einer für sie günstigen Weise zu beenden; Peking oder Moskau würden vielmehr vor der fürchterlichen Wahl stehen, den Krieg in einer Weise*

> *auszuweiten, die den USA zum Vorteil gereicht, oder die bittere, aber erträgliche Pille zu schlucken, zu Bedingungen einzulenken, die die Vereinigten Staaten akzeptieren können." (Testimony Before The Senate Armed Services Committee. Hearing on Implementation of the National Defense Strategy, E.A. Colby, 29.1.19, S. 6)*

Dieser US-Stratege formuliert das *Ideal der Abschreckung*, das *wirkliche* Ziel, das die USA mit ihren Bemühungen um *uncontested superiority* praktisch anstreben – und nebenbei verweist er mit seinen diesbezüglichen Auskünften die Vorstellung, die Strategie der Abschreckung, der die USA folgen, ziele auf Kriegs*verhinderung* ab, ins Reich der Ideologie. Das wirkliche, mit allem Nachdruck praktisch verfolgte Ziel dieser Strategie, erfährt man hier, ist die Erringung einer Machtposition, in der die Weltmacht ihren strategischen Konkurrenten glaubhaft die Ansage machen kann, dass es sie – wo in der Welt, gegen wen und in welcher Krisenlage auch immer diese sich dazu herausgefordert sehen, den Übergang zur *militärischen Gewaltanwendung* zu machen – vor eine für sie in jedem Fall desaströse Alternative stellen *kann* und auch *wird*: Entweder sie werden in einen für sie nicht zu gewinnenden aufreibenden Krieg mit den unter allen Umständen überlegenen amerikanischen Streitkräften hineingezogen und in dem schließlich besiegt, oder sie kapitulieren vorher und unterwerfen sich den Bedingungen, die ihnen Amerika dann diktiert.

Aus dieser strategischen Zielsetzung ergeben sich die *Maßstäbe der Kriegführung*, die die USA ihren Streitkräften vorgeben: Sie müssen imstande sein – und zwar aus dem Stand –, jede militärische Aktion ihrer strategischen Konkurrenten, die die USA als „Angriff" definieren, dieser Ansage entsprechend zu beantworten. Die USA stellen in Rechnung, dass selbst sie mit der ganzen ihnen verfügbaren Streitmacht Staaten dieses Kalibers – immerhin ist von mit Atomwaffen bestückten und auch sonst mit einem gewaltigen Militärpotential ausgestatteten Großmächten die Rede – nicht wie den Irak unter Saddam oder das Serbien Miloševićs mit einer haushohen Übermacht bzw. quasi im Vorbeigehen erledigen können. Für die militärischen Auseinandersetzungen mit Russland und China, auf die man vorbereitet sein will und für die man sich

rüstet, wird deswegen eine strategische Neuausrichtung der amerikanischen Streitkräfte für nötig erachtet, der oben zitierte Kriegführungsansatz: Er sieht als Allererstes vor, dass die USA ihren Rivalen nirgendwo das Feld überlassen. Dort, wo Russland oder China ihre Truppen zum Einsatz bringen, sollen die Vereinigten Staaten in den Konflikt eintreten, und zwar mit der Vorgabe an ihr Militär, dass es sich gegen die Streitkräfte des Gegners, auf die sie dann treffen, erst einmal zu *behaupten* hat; unter allen Umständen, auf welchem Niveau auch immer der Gegner ihnen entgegentritt, auch auf heftig umkämpftem Terrain. Die US-Streitmacht hat unter allen Umständen zu verhindern, dass der Gegner sich vor Ort durchsetzt und eine für ihn günstige militärische Lage schafft; sie hat seinen Angriff stumpf, d.h. wirkungslos zu machen, ihn so in *Zugzwang* zu bringen; nämlich in eine Lage, in der er entweder das Scheitern seiner Operation hinnehmen oder zusätzliche Kräfte mobilisieren und den Konflikt eskalieren *muss*. Und auf das Letztere muss die amerikanische Streitmacht – jederzeit und auf welchem Niveau der Eskalation auch immer – so reagieren können, dass der Gegner sich mit seiner Eskalation in eine nur noch ausweglosere Lage bringt. Sie muss fähig sein, innerhalb von 72 Stunden alles Nötige auf den jeweiligen Kriegsschauplatz zu bringen, um dem Gegner die fürchterliche Wahl zu präsentieren, den Krieg in einer Weise auszuweiten, die den USA zum Vorteil gereicht.[184] Diese interessante Dialektik, nach der sich eine

[184] Bei kriegerischen Auseinandersetzungen um Taiwan oder im Baltikum beispielsweise soll *„eine von den USA angeführte Koalition über die konventionelle Fähigkeit verfügen, 300 oder mehr hochwertige Schiffe der Marine der Chinesischen Volksarmee in der Straße von Taiwan oder 2000 oder mehr russische gepanzerte Fahrzeuge im Baltikum innerhalb von 72 Stunden nach dem Beginn eines Konflikts zu zerstören. Die Fähigkeit, Ersteres zu erreichen, würde es der Koalition erlauben, China daran zu hindern, seine größten Landungsschiffe und andere Schlüsselschiffe zu benutzen, um ihre Ladung an den Stränden von Taiwan abzusetzen. Die Fähigkeit, Letzteres zu erreichen, würde es der NATO erlauben, der ersten Angriffswelle einer russischen Invasion mit kombinierten Waffen in die baltischen Staaten eine Verlustrate von 50 % oder mehr zuzufügen. Eskalation oder Strategien der Abnutzung und Erschöpfung mögen ins Spiel kommen, aber – in Anbetracht der Asymmetrien der Interessen und des Mangels einer unbestrittenen Eskalationsdominanz [in dieser Anfangsphase des Kriegs] – muss die von den USA angeführte*

Eskalation des Feindes zum Vorteil der USA auswachsen *muss*, unterstellt freilich auf Seiten der amerikanischen Streitkräfte, dass sie dem Gegner mit *absoluter Eskalationsdominanz* entgegentreten können. Nur dann nämlich können sie ihn vor eben diese fürchterliche Wahl stellen, d.h. ihm jede Aussicht nehmen, das Kriegsgeschehen zu seinen Gunsten entscheiden oder auch nur die drohende Niederlage abwenden zu können.

In diesem Kriegführungsansatz tut die ultimative Waffe, die Atombewaffnung der USA, ihren Dienst nicht erst, wenn sie zum Einsatz kommt:

> *„Die atomare Abschreckung versichert jede US-Militäroperation auf dem ganzen Globus – sie ist Absicherung und Grundlage unserer nationalen Verteidigung und der Verteidigung unserer Verbündeten." (Nuclear Modernization: Ensuring a Safe, Secure, Reliable, and Credible U.S. Nuclear Deterrent, media.defense.gov, 1.4.19)*

Sie verleiht mit ihrer absoluten Vernichtungspotenz auf der obersten Kriegsebene dem Einsatz *jedes* militärischen Mittels der USA bis hinunter zum Drohnenkrieg Durchschlagskraft: Sie stellt jeden Gegner auf jeder Stufe der Kriegführung – und zwar keineswegs erst nach Durchlaufen aller Eskalationsstufen – vor die Frage, ob er mit fortgesetztem Dagegenhalten seine völlige Zerstörung durch einen amerikanischen Nuklearschlag riskieren will.

Das ist der Auftrag, dem die amerikanische Streitmacht gewachsen sein muss, dementsprechend wird sie aufgerüstet und aufgestellt. Und für die *oberste Stufe der Eskalation* heißt das: Der Einsatz des eigenen Atomwaffenpotentials muss *als politische Option verfügbar* sein. An der Einlösung dieses Imperativs arbeitet die amerikanische Weltmacht, denn wenn ihr diese Option uneingeschränkt zur Verfügung steht, hat sie die Machtposition gegenüber dem Rest der Staatenwelt endlich erlangt, die sie mit ihrer Strategie der

---

Koalition ihre Interessen in einer solchen Weise verteidigen, dass die Last der Eskalation China und Russland zufällt..." (Why America Needs a New Way of War, Christopher M. Dougherty, Center For a New American Security, Juni 2019, S. 26)

Abschreckung anstrebt. Der oben zitierte Militärplaner gerät angesichts dieser Perspektive regelrecht ins Schwärmen:

> *„Die Risiken eines atomaren Spiels mit dem Feuer mögen gewaltig sein, aber genauso gewaltig ist der Ertrag, wenn man nukleare Überlegenheit über einen Gegner gewinnt. Atomwaffen sind schließlich die ultimative Trumpfkarte: Wenn man seinen Feind davon überzeugen kann, dass man einen Weg gefunden hat, diese Trumpfkarte auszuspielen, und wirklich darauf vorbereitet ist, die Sache durchzuziehen, gibt es nichts Mächtigeres.*" (If You Want Peace, Prepare for Nuclear War, E.A. Colby, Foreign Affairs, Nov./Dez. 2018, S. 25-32, 28 f.)

Der Mann erläutert, dass auf dem Feld der imperialistischen Konkurrenz nicht der Besitz von Atomwaffen das ultimative Mittel ist, mit dem man sich in der Staatenwelt Respekt verschafft, sondern die *Fähigkeit*, sie *ungestraft einsetzen* zu können. Und die steht und fällt damit, dass man etwaigen Rivalen, die ebenfalls Atomwaffen besitzen, in überzeugender Weise klarmachen kann, dass sie in ihren Atomwaffen über kein entsprechendes Potential zur Abschreckung verfügen. Der Weg, den man finden muss, um diese Trumpfkarte ausspielen zu können, besteht darin, den Gegner seines Abschreckungspotentials zu berauben, seine Atomwaffen unschädlich zu machen, kurz: in seiner *Entwaffnung*. Und an der arbeiten die USA, wie gesehen, nach Kräften – indem sie sich und das Allerheiligste ihrer Weltherrschaft, ihr in den Silos ihrer Interkontinentalraketen und sonst wo einsatzbereit lagerndes Zerstörungspotential, unangreifbar machen; indem sie sich in ihrem Rüstungsprogramm an das Ideal herantasten, umgekehrt die russischen Raketen wenn möglich noch in der Startphase abfangen oder bereits vor dem Start ausschalten zu können; indem sie sich mit entsprechendem Gerät an den russischen Grenzen aufbauen, dem Feind die Möglichkeit nehmen zu reagieren, usw. Was Amerika auf diesem Wege anstrebt, ist die *Führbarkeit des Atomkriegs* – es gibt nichts Mächtigeres.

Auf dem Weg dahin gehen die US-Strategen – und selbstverständlich auch die amerikanischen Politiker, von denen Erstere ja ihren Auftrag haben – nicht davon aus, dass das ein Programm ist,

dessen Durchführung Russland bis zum bitteren Ende einfach so hinnimmt und das mit ihm irgendwie noch zu vereinbaren wäre. Schließlich richtet es sich gegen dessen vitalste Interessen. Amerikas Strategen und Politiker wissen, was sie tun. Also wissen sie auch, dass sie ein Programm verfolgen, das die *Bereitschaft* voraussetzt, die Sache – auch gegen den erklärten und waffenbewehrten Willen dieses strategischen Rivalen – durchzuziehen, d.h. einen Atomkrieg mit Russland zu riskieren und dann, wenn es ‚dazu kommt', auch zu führen.

Dafür, dass ihnen das erspart bleibt, tun sie daneben freilich auch alles. Sie betreiben die *Entmachtung Russlands* nicht nur auf dem Feld der strategischen Kriegführung, sondern auf allen Feldern, auf denen sich dieser Staat betätigt, Mittel seiner Macht akkumuliert und um seinen Machtstatus in der Welt ringt. Russland soll einsehen, dass es keine Chance hat, dass ihm Gegenwehr nichts nützt. Es soll aufgeben und untergehen; wenn möglich – laut der Vision eines vormaligen amerikanischen Verteidigungsministers – nicht mit einem großen Knall, sondern mit einem Winseln.

*

Schuldig sind Amerikas Strategen und Politiker die Durchführung dieses Programms niemand anderem als ihrer Nation und deren Weltherrschaft, dem amerikanischen Imperialismus also. Der beansprucht *uneingeschränkte Handlungsfähigkeit* bei der Kontrolle des internationalen Gewalthaushalts. Er gebietet die *Unterordnung* aller anderen Staatsgewalten unter das souverän ausgeübte Recht Amerikas auf Weltherrschaft. Dafür *brauchen* die USA tatsächlich so etwas wie ein über den staatlichen Gewaltmonopolisten stehendes *globales Gewaltmonopol*, und dessen Perfektionierung – *uncontested superiority* heißt das in Amerika – steht Russland im Wege.

V. UdSSR und Russland: Kontinuität und Fortschritt im Kampf gegen eine Macht, die zu viele Waffen hat

Das Bemühen, den gewichtigsten strategischen Gegner niederzuringen, steht von der Gründung der UdSSR bis zu ihrem Abgang und zur Renaissance Russlands unter Putin auf der Tagesordnung *jeder* amerikanischen Führung.

Die Sorge, mit dem Aufstieg der Sowjetunion zur Atommacht die Freiheit zur Kriegführung gegen ihren mächtigsten Feind verloren zu haben, treibt US-Strategen schon in den 50er Jahren um:

> *„Angesichts der Tatsache, dass beide Seiten imstande sind, sich vernichtende Schläge zuzufügen, sieht es so aus, als ob der Krieg keine vernünftige Handlungsweise mehr darstellt." (Henry Kissinger, Kernwaffen und auswärtige Politik, 1957, S. 72)*

Dieses Dilemma hat sie keineswegs zum Abdanken bewogen, vielmehr zum entschlossenen Kalkül mit allen Möglichkeiten, auch angesichts des „atomaren Patts" den Atomkrieg als „*vernünftige Handlungsweise*" zu retten und führbar zu machen. So gibt es eben ein *atomares Wettrüsten*, in dem sich die USA dem „*Gleichgewicht des Schreckens*" zu *entziehen* suchen. Auf Basis der Logik des „*letzten Mittels*" wird das Risiko seiner Verwendung so klein wie möglich gehalten. Sehr menschliche Feststellungen wie:

> *„Der totale Krieg hat aufgehört, ein sinnvolles Werkzeug der Politik zu sein"*

sind so gemeint:

> *„Dies soll nicht besagen, dass wir es uns leisten können, nicht zur Führung eines totalen Krieges imstande zu sein. Es liegt auf der Hand, dass die ... Risikorechnung sich zu unseren Ungunsten verändern würde, wenn wir nicht eine* ***sichere Möglichkeit*** *zu einer massiven Vergeltung behalten würden... Die Kontrolle über die Bedingungen, von denen es abhängen wird, ob es einen totalen Krieg geben wird oder nicht, wird größtenteils von uns abhängen. Von unserer Entscheidung allein hängt es ab, ob wir uns im Rennen um die Technik behaupten, ob*

> *unsere Vergeltungsstreitkräfte richtig verteilt sind, ob unsere Luftverteidigung dem Feinde ein Maximum von Verlusten beibringen kann und schließlich, ob unsere zivile Verteidigung in der Lage ist, eine Panik [!] zu verhindern... So ist das Gleichgewicht des totalen Krieges* ***von Natur aus unsicher****. Es wird ein ständiges Wettlaufen zwischen Offensive und Defensive erzwingen und es wird von unserer Seite einer riesigen Anstrengung bedürfen, nur um auf der gleichen Höhe zu bleiben." (Kissinger, a.a.O., S. 109)*

Die Ideologie über die Notwendigkeit einer Erhaltung der „Stabilität" in einem System der stabilen Abschreckung braucht hiernach nicht länger ernst genommen zu werden. Es geht bei diesem vollständigen Irrsinn eben nur um das eine: die Durchsetzung der Rationalität des Krieges als Mittel der Politik auch und gerade dann, wenn es um den *totalen* Krieg als *besonderes* Kriegsziel geht. Es *ist* eben der militärische Geist, der auf Biegen und Brechen zu einem Dogma steht, dass für den Einsatz des Mittels der Vernichtung nur das Kriterium des Erfolgs zählen darf. Die Kalkulation mit 20 Millionen eigenen Toten, wenn der Gegner *dafür* das Doppelte verliert, ist die *realistische* Rechnung des dritten Weltkriegs.

Damit diese Rechnung aufgeht, muss die Überlegenheit der amerikanischen ‚Vergeltungsstreitkräfte' über das entsprechende Potential bei den Russen unbedingt hergestellt werden. Das atomare Wettrüsten hat die Kalkulierbarkeit des „letzten Mittels" wiederherzustellen. Frei ist die Kalkulation dann wieder, wenn das Risiko für den Feind immer größer ist als der Vorteil, den er sich ausrechnen kann.[185]

Wie minutiös bis auf den letzten Sprengkopf man im Pentagon zu Zeiten der Strategie der *massiven Vergeltung* in den 50er Jahren wie der ihr nachfolgenden Strategie des *flexible response* in den 60er und 70er Jahren plant, um die für die Verteidigung der US-Weltherrschaft *nötige und zweckmäßige* Zerstörung beim Feind zu erreichen, erläutert gegen seine eigentliche Absicht ein Militärfachmann von der Stiftung Wissenschaft und Politik, dem zur

[185] Vgl. Imperialismus 2: Die USA – Weltmacht Nr. 1, Resultate der Arbeitskonferenz Nr. 5, Resultate Verlag, Dezember 1979, S. 59 ff.

Ablehnung der Atomkriegsplanung der USA ausgerechnet der Vorwurf einfällt, sie gehorche einer undifferenzierten, unflexiblen Zerstörungsstrategie:

> *„Mit ihrer bisherigen Strategie der ‚massiven Erwiderung', wie sie in den 1950er Jahren formuliert worden war, fassten die USA faktisch die großflächige Zerstörung industrieller und militärischer Ziele sowie von Bevölkerungszentren in der Sowjetunion (und in China) ins Auge. So enthielt der erste Single Integrated Operation Plan (SIOP), den Präsident Eisenhower im Dezember 1960 genehmigte, 3729 Ziele in der Sowjetunion, China, Nordkorea und Osteuropa, die mit 3423 Nuklearwaffen angegriffen werden sollten. Rund ein Fünftel der Ziele waren ziviler, vier Fünftel militärischer Art. Die damaligen Schätzungen berücksichtigten nur die Auswirkungen der Explosion selbst (‚blast effects'), da die Wirkung von Feuer und Strahlung schwer zu bemessen war. Demnach wären diesen Angriffen innerhalb von drei Tagen etwa 54 Prozent der sowjetischen und 16 Prozent der chinesischen Bevölkerung zum Opfer gefallen, das heißt rund 220 Millionen Menschen. Obwohl die deklaratorische Strategie in Richtung abgestufte Optionen und flexible Erwiderung unverändert wurde, blieb die operative strategische nukleare Zielplanung, wie sie sich im Single Integrated Operation Plan niederschlug, bis weit in die 1970er Jahre hinein alles andere als flexibel." (Aporien atomarer Abschreckung. Zur US-Nukleardoktrin und ihren Problemen, Peter Rudolf, SWP-Studie 15, Juli 2018, S. 12)*

Seitdem sich die USA durch das „atomare Patt" in ihrer Kriegsfähigkeit eingeschränkt sehen, arbeiten ihre militärischen Planer daran, diese Schranke zu überwinden – und zwar so erfolgreich, dass die Zeiten der Strategien der massiven Vergeltung und des flexible response inzwischen fast vergessen sind.

Abzulesen sind diese Fortschritte auch an der außenpolitischen Spezialdisziplin der ***Rüstungsdiplomatie***, die ihrerseits ein Produkt des atomaren Patts darstellt. Gerade weil die federführende Atomkriegsmacht USA alles unternimmt, den Krieg auch mit den „letzten" Waffen nach den Regeln der militärischen Kunst handhabbar zu machen, liegt ihr, solange der Durchbruch dabei auf

sich warten lässt, sehr an der Rückversicherung bei ihrem Gegner, dass der die Kriegsdrohung auch „richtig" versteht, mit der man ihn konfrontiert: nicht als Vorbereitung eines unmittelbaren Angriffs, aber schon als so ernst zu nehmende Drohung, dass er sich keinesfalls Chancen ausrechnet, einen „atomaren Schlagabtausch" mit weniger Risiken zu überstehen, als man sie für sich selbst zu gewärtigen hat. So kommt es in der Phase der sogenannten Entspannung zu einer merkwürdigen Sorte von *Verständigung* zwischen den Kontrahenten über ihre wechselseitige Vernichtungsdrohung, bzw. über die Unmöglichkeit einer freien Handhabung des atomaren Potentials: von der einen Partei betrieben in der nie enttäuschten Berechnung, sich im Handelsgeschäft mit Waffen strategische Vorteile zu verschaffen, von der anderen in der stets frustrierten Hoffnung, durch erwiesene Verhandlungsbereitschaft auf dem Feld des Kriegsgeräts und entsprechende Vorleistungen einer irgendwie friedlicheren Koexistenz näher zu kommen. Eine Verständigung, der die Menschheit erstens die militärdiplomatische Errungenschaft der Rüstungs*kontrolle* verdankt: die einvernehmliche Festlegung von *Obergrenzen* für das beiderseitige Wettrüsten: SALT.[186] Zweitens sichern sich die Gegner im selben Vertrag als enorm „vertrauensbildende Maßnahme" auch noch wechselseitig zu, die *Vernichtungsdrohung des anderen nicht durch den Aufbau eigener Abwehrraketen gegen seine Offensivwaffen zu relativieren* (Anti-Ballistic Missile Treaty, ABM). So binden die USA ihren Feind

[186] „*Die 1969 beginnenden Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Begrenzung strategischer Rüstung (Strategic Arms Limitation Talks) führten im Mai 1972 zur Unterzeichnung des sogenannten SALT-I-Vertrages in Moskau. Langfristig sollte das amerikanisch-sowjetische Verhältnis durch rechtsverbindliche Begrenzungen der Anzahl und der technischen Verbesserung des jeweiligen strategischen Potentials stabilisiert werden.*

Der von den USA und der Sowjetunion unterzeichnete SALT-II-Vertrag sah eine Begrenzung der Zahl strategischer Systeme auf 2400 Stück (auf beiden Seiten) vor. Auch durfte die Höchstgrenze von 1320 mit Cruise Missiles ausgerüsteten Bombern und der mit Mehrfachsprengköpfen ausgestatteten see- und landgestützten Raketen insgesamt nicht überschritten werden." (Wikipedia, s.v. Rüstungskontrolle)

erfolgreich in ihr Vorhaben ein, die strategischen Risiken des Atomkriegs für sich kalkulierbar, im Idealfall kontrollierbar zu machen, und die UdSSR nimmt die de facto erteilte Anerkennung, für die USA „unangreifbar" zu sein, als Schritt hin zum *Verzicht* auf die Option ‚Atomkrieg' und zu einer friedlichen „Koexistenz der Systeme".

Diese Sorte vertraglich zugesicherter Beschränkung ihrer Weltherrschaft wollen sich die USA unter ***Ronald Reagan*** nicht mehr leisten; mit absoluter Rücksichtslosigkeit gegen die Kosten und kompromissloser Kriegsbereitschaft gegen *das Reich des Bösen* macht sich Reagan um die Wahrung der Ausnahmestellung seiner Nation verdient, wie es die amerikanische Staatsräson eben gebietet, einst und heute. Unter seiner Präsidentschaft legen es die USA darauf an, die Sowjetunion zum Abdanken zu zwingen: Sie fügen der jahrzehntelangen erbitterten Bekämpfung des Kommunismus per Embargopolitik, Cocom-Liste, Menschenrechtswaffe, Stellvertreterkrieg und Zersetzung des Warschauer Pakts eine letzte Offensive hinzu: Totrüsten mit aller Konsequenz. Reagan und Weinberger wollen die Entscheidung und tun mit ihrer groß angelegten Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) ihr Bestes, Amerika die Herrschaft über den erdnahen Weltraum als Gefechtsfeld und Stationierungsort für Waffen zur Eliminierung feindlicher Atomraketen zu sichern – der Nation also endlich die Mittel zu verschaffen, den großen Krieg gegen die Atommacht im Osten erfolgreich zu führen.

Dass es dann doch nicht zum Knall kommt, verdankt sich einer Selbstkritik der sowjetischen Führung, wie sie in der Staatenwelt selten vorkommt. Vom Standpunkt des „modernen Denkens" aus, zu dem er sich entschlossen hat, hält der amtierende Chef der UdSSR einen „Systemgegensatz" zwischen seinem Lager und dem von Freiheit & Demokratie für ganz und gar überflüssig; zur „Modernisierung" seines Ladens schwebt ihm vor, die „Erfolgsprinzipien" in Anschlag zu bringen, auf deren kundige Handhabung er die ihn sehr beeindruckende Potenz der Staaten des Westens zurückführt – womit sich in seiner Sicht doch wohl alle Feindseligkeiten des Imperialismus erledigt hätten. Dank seinen Illusionen kommt es zu noch einer revolutionären Wende, und zwar auf dem

Gebiet der Rüstungsdiplomatie: Der letzte Chef der östlichen Supermacht bietet echte Abrüstung im Unterschied zur früheren ‚Begrenzung' der Raketenrüstung auf nie erreichte Obergrenzen: den Strategic Arms Reduction Treaty (START) zur Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen und das INF-Abkommen zur Abschaffung der landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa.[187]

Freilich: Dass es dann doch nicht nur das abweichende kommunistische System war, das der UdSSR die entschiedene amerikanische Feindschaft eingebracht hat, sondern die Tatsache, dass sie als realsozialistische *Weltmacht* das Quasi-Gewaltmonopol der USA entscheidend relativiert hat, bekommt der von Grund auf „modernisierte" Rechtsnachfolger der UdSSR unmittelbar zu spüren: Die Feindseligkeit des US-Imperialismus wird er nicht los. Nach der friedlichen Kapitulation der Sowjetunion, der einseitigen Verabschiedung von der unversöhnlichen Feindschaft der Systeme samt Konversion zum Kapitalismus mit ruinösen Folgen für das ehemalige Reich des Bösen, hegt man in Amerika eine Zeit lang durchaus die Hoffnung, dass sich die Reste der Roten Armee

[187] *„Erstmals in der Geschichte wurden mittels eines realen Abrüstungsvertrages zwei komplette Waffenkategorien, nämlich Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper der Reichweite 500 bis 5000 Kilometer, vollständig ausgelöscht. Bereits stationierte Systeme, die Operationsinfrastruktur und Produktionsbasis wurden zerstört."* (Ebd.) Erstmals in der Geschichte gibt mit der UdSSR ein Staat mit seinen landgestützten Mittelstreckenraketen das Mittel seiner Selbstbehauptung gegen eine bestehende feindliche Übermacht preis; die UdSSR nimmt es hin, dass das Übergewicht der NATO bei den luft- und seegestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen komplett aus den INF-Abrüstungsverhandlungen herausgehalten wird, also bestehen bleibt, während die Gegendrohung mit den eigenen landgestützten SS-20 entfällt. Was die UdSSR für die Abschaffung ihrer Raketen erhält, ist die Zusage der NATO, keine zusätzlichen landgestützten Raketen aufzustellen, Geschosse, die es noch gar nicht gab – auch das ein Novum: Erstmals in der Geschichte tauscht ein Staat seine Waffen gegen eine Aufrüstungsdrohung. Dass Konzilianz kein Mittel ist, um in der Konkurrenz der Staaten seinen gerechten Platz einzunehmen, ist erst einem späteren Kreml-Führer so richtig aufgefallen.

durch Geldmangel, Brain Drain, Wodka und Rost in eine militärisch unmaßgebliche Größe verwandeln würden. Das neue Russland wird daher fürs Erste aus der Rolle des Hauptfeinds entlassen. Das heißt natürlich nicht, dass die USA in ihrem Bemühen um *uncontested superiority* in der Folgezeit nachgelassen hätten.

Bush Jr. findet heraus, dass man in Sachen Raketen nichts Schriftliches mehr nötig hat, dass Russland also den Respekt eines ernst zu nehmenden Gegners nicht mehr verdient und Amerika sich freihändig seinen strategischen Programmen widmen kann. Er kündigt das ABM-Abkommen und beginnt mit der Aufstellung eines potenten Raketenabwehrschilds. Umgekehrt wird Russland aber nicht aus der rüstungsdiplomatischen Beaufsichtigung entlassen; man lässt nichts unversucht, um die auf Freundschaft und Kooperation angelegte Staatsräson des neuen Russland so lange und so weit wie irgend möglich auszunutzen. Der Entwaffnung Russlands wird durch echte Waffenverschrottung kräftig nachgeholfen: kontrollierte Vernichtung der Chemiewaffen, in Russland inzwischen schon, in Amerika aber bis heute nicht erledigt,[188] Kontrolle der russischen Plutonium-Vorräte, Verhandlungen bis hinunter zur konventionellen Rüstung per KSE-Vertrag,[189] in

[188] „*Seit 1997 sind chemische Waffen durch die Chemiewaffenkonvention international offiziell geächtet; auch die Entwicklung, Herstellung und Lagerung sind verboten. Dennoch bleiben die USA nach wie vor größter Besitzer chemischer Kampfstoffe... Am 27. September 2017 wurde bekanntgegeben, dass der letzte chemische Sprengkopf in der Entsorgungsanlage Kisner in Udmurtien vernichtet wurde. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen bestätigte die Vernichtung aller russischen Chemiewaffen und gratulierte Russland, das somit früher als ursprünglich geplant chemiewaffenfrei ist. Der russische Präsident Wladimir Putin beobachtete den Vorgang per Videozuschaltung und forderte nun auch die USA auf, das Abkommen zu achten und die amerikanischen Chemiewaffen ebenfalls rasch zu vernichten.*" (Wikipedia, s.v. Chemische Waffe)

[189] Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa schreibt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme fest, die in Europa vom Atlantik bis zum Ural stationiert werden dürfen. Auf der Grundlage versucht der Westen, den Einsatz entsprechender russischer Waffen im Tschetschenienkrieg und in der Auseinandersetzung mit Georgien als Vertragsbruch zu definieren. Was sogar einem amerikanischen

denen die NATO ihren Vormarsch in Richtung russische Grenze zur Handhabe dafür macht, Beschränkungen für den Einsatz des russischen Militärs *innerhalb* der russischen Grenzen als Beweis für russische Kooperationsbereitschaft und Vertragstreue einzufordern, womit man sich nach dem russischen Spielabbruch immerhin den Vorwurf einer Vertragsbrüchigkeit der anderen Seite verschafft hat.

Im *Ballistic Missile Defense Review Report* der Regierung ***Obama*** 2010 figuriert das Atomwaffenarsenal der Russischen Föderation schließlich nicht mehr als *die* Herausforderung schlechthin für die ‚National Security' der USA:

> *„Gegenwärtig haben nur Russland und China die Fähigkeit, einen groß angelegten ballistischen Raketenangriff auf das Territorium der USA durchzuführen, aber das ist sehr unwahrscheinlich und steht nicht im Fokus des U.S. Ballistic Missile Defense." (Ballistic Missile Defense Review Report, Februar 2010, S. 4)*

Zwar wird der russischen Atommacht immer noch bzw. schon wieder eine herausragende Durchschlagskraft attestiert. Aber zu der Zeit ist man guter Hoffnung, Russland als Partner im Atomwaffensperrvertrag zur Abrüstung Dritter einspannen zu können und im Gegenzug gegen seine Anerkennung als in Fragen der Weltordnung im Prinzip mit zuständige Weltmacht die stückweise

---

Verteidigungsminister, Robert Gates, Pentagon-Chef unter Bush Jr. und Obama – selbstverständlich lange nach seiner Amtszeit – wie eine rüstungsdiplomatische Übertreibung und Ungeschicklichkeit vorkommt:

„„Die Arroganz der amerikanischen Beamten, Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker, die die Russen belehrt hatten, wie diese ihre inneren und äußeren Angelegenheiten führen sollten, hat weitgehende und dauerhafte Ablehnung und Erbitterung ausgelöst.' Laut Gates ‚war der Hass Putins gegen den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) verständlich, denn die diesbezüglichen Verhandlungen mit Russland wurden in der Zeit seiner Schwäche geführt und der Vertrag beschränkte die Möglichkeiten Russlands für Truppenbewegungen auf dem eigenem Territorium. Wie ich späterhin zu Putin sagte, würde ich selbst die Einschränkung meiner Möglichkeiten, Truppen von Texas nach Kalifornien zu verlegen, nicht dulden', schreibt der Ex-Minister." (sputniknews, 16.1.14)

Aufgabe seiner nuklearen Potenzen abzuhandeln. Deshalb wird unter Obama im Unterschied zu Bush die Rüstungsdiplomatie auf höchster Ebene wiederbelebt – diesmal geht es in der Abteilung Interkontinentalraketen nach START um eine noch umfangreichere ‚Reduktion': *New* START.[190]

Das freundliche Angebot zu fortgesetzter Selbstentwaffnung mit flankierender großer Kameradschaft wird allerdings abgelehnt. Die neue russische Führung weiß, was sie von den amerikanischen Beteuerungen zu halten hat, ihre immer weiter ausgebauten Abwehrsysteme seien exklusiv auf Gefahren aus dem Nahen Osten oder kommende, bislang noch unbekannte Gefährder ausgerichtet; sie trägt der Notwendigkeit der Sicherung ihrer atomaren Schlagkraft Rechnung durch die Konzentration ihrer Rüstung auf die Entwicklung von Nuklearwaffen, die den amerikanischen Abwehrschirm todsicher durchdringen können. Da sieht dann auch der Friedensnobelpreisträger im Weißen Haus gegen Ende seiner Amtszeit ein, dass es ein mit 1,2 Billionen US-Dollar dotiertes Programm zur Modernisierung der US-Atomstreitmacht braucht, um Amerikas unangefochtene Überlegenheit sicherzustellen.

Der ***heutige Präsident*** der Vereinigten Staaten versetzt regelmäßig sowohl die politische Klasse in Amerika als auch die NATO-Verbündeten in großes Erschrecken: Er redet über Putin wie über einen guten Kumpel, mit dem er, gewissermaßen von Leader zu Leader, lauter brauchbare Deals abschließen könnte – wenn man ihn nur ließe.[191] Genau das ist es, was das politische

---

[190] *„Im April 2010 unterzeichneten US-Präsident Barack Obama und der russische Amtschef Dmitri Medwedew einen bis 2020 gültigen Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Nuklearwaffen. New Start sieht die Verringerung der Zahl von Nuklearsprengköpfen beider Staaten von 2200 auf 1550 Stück sowie eine Reduzierung der Trägersysteme auf 800 Stück vor. Das mit dem Vertrag in Kraft tretende Verifikationsregime löst die im Dezember 2009 ausgelaufene Verifikation von START I ab."* (Wikipedia, s.v. Strategic Arms Reduction Treaty)

[191] *„‚Es ist mir eine große Ehre, Präsident Putin zu treffen', sagte Trump. ‚Wir haben eine sehr, sehr gute Beziehung.'"* (ntv, 28.6.19)

Amerika ziemlich geschlossen gegen ihn aufbringt. Trump kann sich als Macho, als Rassist, als Klimaleugner, Zyniker und Lügner betätigen, ohne dass ihm das nennenswert geschadet hätte. Aber was diesen Mann wirklich sein Amt kosten könnte, wäre der erfolgreiche Nachweis, mit der Großmacht im Osten irgendwie kooperiert zu haben. Seine Gegner konzentrieren sich in der Hauptsache auf die Verfolgung der Trump nachgesagten collusion, und der Kongress bemüht sich darum, die präsidentiellen Kompetenzen zu beschränken, um Trump in immer weiter ausgreifenden Sanktionsbeschlüssen gegen Russland auf diese Linie festzulegen. Die Gegnerschaft gegen Russland ist also – parteiübergreifend und über alle sonstigen politischen Differenzen hinweg – unverbrüchlicher Bestandteil der amerikanischen Staatsräson.

Dabei verrät das als Blauäugigkeit gegenüber Russland gründlich missverstandene Auftreten des Präsidenten seinerseits einiges über den Stand der Auseinandersetzung, nämlich über die Fortschritte, die Amerika mittlerweile im Umgang mit dem großen strategischen Rivalen erreicht hat. Die unter Obama abgeschlossenen Rüstungs-Verträge begreift man in Washington als eine absolut unnötige Selbstfesselung, als bad deals, very bad in den Worten des regierenden Chefs. In ihrem Auftreten gegenüber der Macht Russland *antizipieren* die USA gleichsam das Ergebnis der ‚Überzeugungsarbeit', die sie mit ihrem Rüstungsprogramm leisten wollen. Als *hätten* sie diese Macht schon ihrer kompletten Ohnmacht *überführt*, nehmen sie sich ihr gegenüber die Freiheit heraus, die ererbten Verträge auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle für obsolet zu erklären; in deutlichem Kontrast zu den früheren jahrelangen Verhandlungsrunden über das beiderseitige Waffenarsenal wird der INF-Vertrag gekündigt, und Russland wird eine Frist von gerade sechs Monaten gesetzt, um die beanstandeten Raketen zu entsorgen. Ebenso wird die anstehende Verlängerung des START-Vertrags in Frage gestellt.[192] An die Stelle des früheren,

[192] Was die Rüstungskontrolle bei der Raketenabwehr anbelangt, heißt es im Missile Defense Review Report 2019 kurz und knapp:

erzwungenen Respekts vor dem Gegner tritt mit Trump einerseits eine *Diplomatie des Ultimatums*; das Recht des Stärkeren tritt hier auf als freundliches Angebot an die Gegenseite, sich die große Auseinandersetzung vermittels freiwilliger Selbstentwaffnung zu ersparen und sich friedlich in die neue Lage zu schicken. Andererseits traut sich der Oberkommandierende der beeindruckendsten Militärmacht der Welt einen neuen Typus von Rüstungsdiplomatie zu, bei dem er sozusagen in einem Aufwasch gleich auch noch die chinesischen Mittelstreckenraketen wegverhandeln will – ohne dass überhaupt entsprechende Verhandlungen mit China aufgenommen worden oder irgendwie in Aussicht wären. Trump, nach dem Treffen mit Putin in Osaka:

> *„Die Präsidenten stimmten überein, dass die beiden Länder ihre Diskussionen über ein Modell zur Waffenkontrolle für das 21.*

„*Die Vereinigten Staaten werden keine Beschränkungen für die Entwicklung und den Einsatz von Raketenabwehrpotentialen akzeptieren.*" (MDR, S. X)

In Bezug auf den 2021 auslaufenden New START-Vertrag zur Begrenzung der landgestützten strategischen Interkontinentalraketen macht in US-Militärkreisen neuerdings eine brillante Idee die Runde:

„*Luftwaffengeneral John Hyten, der das U.S. Strategic Command leitet, äußerte sich am Dienstag vor dem Streitkräftekomitee des Senats. Er sagte, dass, obwohl Russland im technischen Sinne das New Strategic Arms Reduction Treaty – auch New START genannt – nicht verletze, es neue Nuklearwaffen baue, die in den Vertrag hätten einbezogen werden sollen, aber nicht einbezogen wurden. Das sei eine ‚Sorge' und er habe wenig Hoffnung, dass sich diese Situation bis 2021 entscheidend ändere, wenn der Vertrag ausläuft... ‚Idealerweise will ich, dass alle Nuklearwaffen Teil des New START sind, nicht nur die, die vom Vertrag jetzt schon erfasst werden', sagte er.*" (Defense One, 26.2.19)

Wenn der Kreml seine Sünden einsieht und sich seine neuen Waffen abhandeln lässt, hat auch der Generalstab viel für Rüstungsdiplomatie übrig. Das überzeugt vielleicht sogar den Commander in Chief, der das Abkommen eigentlich schon längst beerdigt hat:

"Wieder nur ein schlechtes Abkommen, dass das Land abgeschlossen hat, ob es START ist, ob es das Iran-Abkommen ist... Wir werden anfangen, gute Abkommen auszuhandeln." (D. Trump, Reuters, 23.2.17)

Jahrhundert fortsetzen wollen', heißt es weiter. Trump habe seiner Forderung Nachdruck verliehen, dass dabei auch China beteiligt werden müsse." (faz.net, 28.6.19)

Was im Übrigen deutlich genug die Qualität von Trumps angeblicher Russland-Freundschaft bebildert: Der Präsident *geht* – wie auch in anderen Fällen – einfach *davon aus*, dass der anderen Seite angesichts seines „America", das auch in seinem Waffenarsenal unschlagbar „first" ist, nichts anderes übrig bleibt, als sich mit einem untergeordneten Status in der amerikanischen Weltordnung abzufinden, mit dessen oberstem Repräsentanten nützliche Deals auszuhandeln und dabei gemeinsam China ins Schlepptau zu nehmen.[193] Neben diesem Standpunkt der herablassenden Einvernehmlichkeit mit dem Gegner lässt es der heutige Präsident schließlich auch nicht an klaren Auskünften fehlen. Immerhin knüpft er ja gleichzeitig an die Tradition seines großen Vorbilds Ronald Reagan in der Weise an, dass er ein neues *Wettrüsten* ansetzt – und bescheinigt der russischen Gegenmacht, die er dazu einlädt, vorab die absolute Hoffnungslosigkeit aller ihrer Bemühungen, in diesem auch nur ansatzweise mitzuhalten.[194] Der Mann tritt auf,

[193] „*The President: I said I'm going to a few hotspots. We have NATO, then we have the UK, and then we have Putin. And I said, Putin may be the easiest of them all. You never know... Well, he's a competitor. He's been very nice to me the times I've met him. I've been nice to him. He's a competitor. You know, somebody was saying, ‚Is he an enemy?' No, he's not my enemy. ‚Is he a friend?' No, I don't know him well enough. But the couple of times that I've gotten to meet him, we got along very well. You saw that. I hope we get along well...*

Q: Do you consider him as a security threat for Europe or to the U.S.?

The President: Hey, I don't want him to be. And that's, I guess, why we have NATO, and that's why we have a United States that just had the largest military budget ever – $700 billion approved; $716 billion next year... And Russia – I think getting along with Russia also would be a very good thing." (Remarks by President Trump at Press Conference After NATO Summit in Brussels / Belgium, whitehouse.gov, 12.7.18)

[194] *„Wir stocken die Arsenale von so gut wie jeder Waffe auf. Wir modernisieren und schaffen eine brandneue Atomstreitmacht. Und offen gesagt, das tun wir, weil andere es tun. Wenn sie aufhören, hören wir auch auf. Aber sie hören nicht auf. Also,*

als würde er ganz allein die Russen und den Rest der Welt das Fürchten lehren, mit seiner Space Force und seinem allerdicksten Atomknopf – er ist in seinem Gehabe die perfekte Charaktermaske des erreichten Kräfteverhältnisses: Einige Jahrzehnte Forschung & Entwicklung mit einem gigantischen Dollaraufwand im größten militärisch-industriellen Komplex auf dem Globus und gewaltige Fortschritte bei der Einkreisung und ökonomischen Schädigung des Rivalen haben dafür gesorgt, dass dem 45. Präsidenten jetzt Mittel zur Entmachtung Russlands *bereitstehen*, die Amerika nicht nur eine gewisse *Überlegenheit* verschaffen, sondern ihm die *Freiheit* zum *Gebrauch der letzten Waffe* deutlich näher bringen.

In der Figur des heutigen Präsidenten ist der *Zynismus der überlegenen Macht* verkörpert, die er kommandiert. Die teilt ihrem Gegenspieler nicht nur mit, dass die Mittel, die der sich zur Selbstbehauptung angeschafft hat oder sich demnächst zu verschaffen vornimmt, schon jetzt nichts wert sind und demnächst garantiert entwertet sein werden: Sie unterbreitet ihm auch das Angebot, diesen Sachverhalt gut auf sich wirken zu lassen, *Vernunft* an den Tag zu legen und es *in eigenem Interesse* gar nicht erst auf den praktischen Vergleich der Waffen ankommen zu lassen, in dem er keine Chancen hat. Wo die USA vor Sicherheits- und anderen Interessen Russlands keinen Respekt mehr haben und die Gewaltmittel dieser Macht nur in der einen, *negativen* Hinsicht respektieren, dass sie zu ihrer Neutralisierung einen riesigen Aufwand betreiben, präsentiert der Chef dem Gegner die Aussicht auf ein arms race, damit der zur Besinnung kommt und sich *selbst* zu der bedingungslosen Kapitulation entschließt, zu der er andernfalls gezwungen wird.

*

Kein Wunder, dass die Entschlossenheit, mit der die Trump-Regierung daran geht, den Willen ihres militärisch potentesten

wenn sie nicht aufhören, werden wir beim Atom so weit voraus sein, wie sie es noch nie zuvor gesehen haben." (D. Trump, 12.2.18)

Rivalen zu brechen, Sorgen hervorgerufen hat, wenn auch bislang vorwiegend in Fachkreisen:

> *„Sollten die Vereinigten Staaten den INF-Vertrag verlassen, würde ein weiterer Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsordnung und der globalen nuklearen Ordnung kollabieren. Unberechenbarkeit und Destabilisierung würden zunehmen. Europa muss der Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens entschieden entgegentreten." (Der INF-Vertrag vor dem Aus. Ein neuer nuklearer Rüstungswettlauf könnte dennoch verhindert werden, SWP-Aktuell 63, November 2018, S. 1)*

> *„Um einen Angriff zu Lande zu stoppen, müssten amerikanische Kernwaffen auf dem Gefechtsfeld eingesetzt werden, also dem Territorium von Alliierten oder Drittstaaten, das der Gegner als Aufmarschglacis nutzt. Offenbar halten die Autoren der NPR 18 solche Einsatzoptionen für realistisch, sowohl für substrategische Kernwaffen als auch für Systeme der strategischen Triade. Jedenfalls ist in der NPR 18 die Rede von Gefechtsköpfen mit hoher Treffgenauigkeit und niedriger Sprengkraft für SLBM, SLCM und Bomben. Die Vorbereitung vermeintlich kontrollierbarer substrategischer Kernwaffenschläge birgt die Gefahr, dass ein begrenzter Kernwaffenkrieg ‚führbar' erscheinen könnte. Dies könnte in einer Krise zu irreversiblen Fehlentscheidungen verleiten. Dann wäre es nur noch eine rhetorische Frage, wie viele ‚substrategische' Kernwaffenschläge ein ‚Frontstaat' überleben kann." (SWP-Aktuell 15, März 2018, S. 8)*

Die Sorgen dieser strategischen Fachleute gelten dem *Frieden*, der zunehmend in Gefahr gerate – ganz unbeeindruckt von der Tatsache, dass die USA diesen Frieden nur halten wollen, wenn sie dem Rest der Welt ihren Willen mit um Dimensionen überlegenen militärischen Vernichtungspotenzen nach Bedarf aufzwingen können.

Gewarnt wird vor einem *Verlust des atomaren Gleichgewichts*, das eine globale nukleare Ordnung gesichert habe, in der es sich gut leben ließ – gleichgültig dagegen, dass die USA seit Jahrzehnten – natürlich mitten im Frieden, wann sonst? – energisch an der

Beseitigung dieser hochzivilisatorischen Errungenschaft arbeiten; und in einer geradezu absurd zu nennenden Abstraktion davon, dass das besagte herrliche ‚Gleichgewicht' in nichts anderem als der Fähigkeit zweier Staaten zur gleich mehrfachen Auslöschung der Menschheit bestand.

Statt Ordnung und Gleichgewicht droht nun, so wird beklagt, die Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens – ganz als läge hier eine bloße *Möglichkeit* der Aufrüstung vor, die ausgerechnet wegen ihrer *Selbstzweckhaftigkeit*, wegen eines völlig *inhaltsleeren Automatismus* besonders zu fürchten wäre – und nicht das fix und fertige Programm der USA, ihren Rivalen totzurüsten.

An der Vorbereitung substrategischer Kernwaffenschläge beim großen transatlantischen Partner nimmt man weniger die Vorbereitung substrategischer Kernwaffenschläge wahr als den *Irrglauben* der amerikanischen Strategen an deren vermeintliche Kontrollierbarkeit, eine Einbildung, die wiederum die Illusion nähren könnte, einen Atomkrieg wirklich führen zu können, so dass das Unglück kaum mehr aufzuhalten ist: Untergang eines Frontstaats wegen irreversibler Fehlentscheidungen.

Bemerkenswert an all diesen Beschwerden ist, dass sie die beispiellose Aufstockung der nuklearen wie konventionellen Kriegs*mittel* der USA missbilligen, ohne auch nur ein Wort über den *Zweck* der Sache zu verlieren. Kritische Fachleute huldigen lieber der vertrauensseligen Vorstellung, die amerikanische Führung löse mit ihrer *fehl*geleiteten, von allen guten und verantwortungsvollen Geistern verlassenen Militärpolitik ‚Prozesse' aus und handle sich ‚Risiken' ein, die niemand wollen kann, so dass Europa und die Welt, horribile dictu, womöglich ganz ohne Sinn und Zweck untergehen – als sich von Trump und den Seinen darüber belehren zu lassen, dass ein Weltfriede *ohne* unumschränkte amerikanische Weltherrschaft einfach nicht im Angebot ist. *Mit* ihr aber natürlich schon. Wenn der Feind einsieht, dass er keine Chance hat und freiwillig kapituliert, verzichten die USA liebend gern auf Gewaltanwendung, ein Zusammenhang, den die literarisch Begabten unter den amerikanischen Atomkriegern gern so ausdrücken:

„Der sicherste Weg, einen Krieg zu verhindern, ist darauf vorbereitet zu sein, ihn zu gewinnen." (NDS, S. 5)

2020

Die Ukraine in den Zeiten von Corona

Von Russland befreit, bis zum Ruin verwestlicht, von Krisen überrollt [195]

Anderthalb Jahre ist es her, dass der Schauspieler Wolodymyr Selenskyj, von seinem als Seifenoperkomik vorgetragenen Moralisieren über gute und vor allem schlechte Politik dazu gedrängt, echte Verantwortung zu übernehmen, seinen Entschluss verkündet hat, in die Politik zu gehen. Von der begeisterten und massenhaften Zustimmung der Bevölkerung, die ihn ins Präsidentenamt befördert und seiner neu gegründeten Partei Diener des Volkes die absolute Mehrheit im Parlament beschert hat, sind mittlerweile nur noch klägliche Reste verblieben.

Auch wenn er dieser Lage mit einem hysterisch schnellen Auswechseln des Regierungspersonals Herr zu werden versucht – die katastrophale Lage des Staats liegt nicht an der mangelnden politischen Erfahrung seiner ersten Regierungsgarnitur; sie liegt auch nicht am Generalübel der Korruption, der Diagnose, mit der er seinen Wahlkampf bestritten und eine groß angelegte Säuberungsaktion in der herrschenden Klasse und ihrem Beamtenapparat in Auftrag gegeben hatte.

Es ist einfach so, dass Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Ukraine im Zuge der Intensivbetreuung, die ihnen die USA und die EU in Sachen Russenfeindschaft, Verwirklichung von Marktwirtschaft und Demokratie seit dem Putsch vor sechs Jahren angedeihen lassen, zugrunde gehen. Der damals in Kiew an die Macht gebrachte fanatische Antirussismus spaltet die Gesellschaft und die politische Klasse in sich unversöhnlich gegenüberstehende Lager, die gleichwohl zu einem gesitteten demokratischen Miteinander aufgerufen sind; er zerstört mit der auftragsgemäß

[195] Gegenstandpunkt 2, 2020, S. 61ff

immer konsequenteren Kündigung der Kooperation mit Russland, von der die ukrainische Wirtschaft bis heute abhängig ist, die überkommenen Lebensgrundlagen der Nation. Die rasant wachsenden Schulden, mit denen der Staat wirtschaftet, spendieren IWF, Weltbank und andere Wohltäter, verlangen der Regierung als Preis für ihre guten Dienste in allerhöchster Not aber auch ultimativ „Reformen" ab, die den Krieg der verschiedenen Lager im Land gehörig anheizen. Neue Lebensgrundlagen stellen sich trotz der Ratschläge der besten Experten für erfolgreiche Haushaltskonsolidierung und Wachstum nicht ein. Das Volk passt sich an die neuen Lebensverhältnisse an und stirbt vor allem wegen Alkoholismus, HIV, Tuberkulose, Cholera und anderer Krankheiten durchschnittlich etliche Jahre früher; wer kann, sucht sein Glück im Ausland, sodass aus den 55 Millionen Bürgern der Ukraine zu Sowjetzeiten inzwischen offiziell 42 geworden sind.

Zu alldem kommt schließlich noch eine weitere Krisenlage: Die durch die Führer der westlichen Welt zu einem antirussischen Bollwerk hergerichtete und in ihrer ganzen staatlichen Existenz von deren Alimentierung abhängige Ukraine bekommt Trumps Desinteresse gegenüber ihrem heiligen Krieg zu spüren und kann sich angesichts der aufgemischten Weltlage auch nicht mehr sicher sein, wie viel die Protektion der europäischen Schutzmächte heute wert ist.

Kurz: Besser gerüstet für die Bewältigung der Corona-Pandemie könnte die Ukraine kaum sein.

I. Der Schuldenstaat zwischen drohendem Default und Erpressung des IWF

In der Krise schon vor der Corona-Krise

Zu Beginn des Jahres kommen Beratungen von Regierungsmitgliedern und Vertretern der Nationalbank an die Öffentlichkeit, in denen sich der Premierminister darüber auslässt, dass der Präsident null Ahnung von Wirtschaft hat, er selber aber auch nicht,

was insofern nicht gut ist, weil es mit der Wirtschaft ziemlich den Bach runtergeht. Hontscharuk:

> *„Selenskyj hat nur ein sehr schlichtes Verständnis der Wirtschaftsprozesse. Er versteht, dass es eine Zahlungsbilanz gibt. Die Zahlungsbilanz sieht sehr schlecht aus... Und für einen Präsidenten ergibt all das die Vorstellung, dass die Lage nicht unter Kontrolle ist. Wir verstehen es nicht, wir haben keine Pläne. Und wir haben ja wirklich keine... Das Wirtschaftswachstum wird niedrig sein ... und Behauptungen wie: ‚Diese Reformen geben der Wirtschaft den Todeskuss' oder ‚die Sorosjata*[196] *sind gekommen und die Wirtschaft wächst weniger' werden folgen... Was den Haushalt angeht, ich weiß nicht, wie man das richtig machen soll. Es gibt keine Lösung." (112.ua, 15.1.20)*

[196] "Sorosjata" (= Soros-Kinder) werden die Produkte der Bildungstätigkeit des "Philanthropen" George Soros in der Ukraine genannt, der sich seit Jahrzehnten um die Herstellung prowestlicher Führungskräfte verdient gemacht hat. Von den USA und der EU werden sie, immer wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt, in den osteuropäischen Ländern in Führungspositionen eingesetzt, um von dort aus für Linientreue in Sachen Marktwirtschaft & Demokratie, Kapitalfreiheit und Etablierung solider Russlandfeindschaft zu sorgen.

Soros' Engagement gilt ganz besonders der Ukraine, und er betreibt seine Menschenfreundlichkeit auf hohem Niveau: „*Im November 2014 forderte Soros ... den Sparkurs, den Bundeskanzlerin Angela Merkel der ganzen EU diktiere, zugunsten der Ukraine aufzugeben: ‚Leider scheint sie nicht zu begreifen, dass ihre Sparpolitik unangemessen ist in Kriegszeiten wie diesen'... Seiner Meinung nach ‚verteidige die Ukraine die EU gegenüber einer russischen Aggression'... Soros forderte im Januar 2015 in einem Interview mit der Financial Times die internationale Gemeinschaft und vor allem die Europäische Union auf, der Ukraine möglichst noch im ersten Quartal des Jahres Finanzhilfen in Höhe von 50 Milliarden Dollar zukommen zu lassen. Diese Mittel seien zum Wiederaufbau des Landes, zur Modernisierung der Wirtschaft und zur Beseitigung der Kriegsschäden in der Ost-Ukraine notwendig...*" (wikipedia.de). Wie der Bemerkung von Hontscharuk zu entnehmen ist, betrachtet die ukrainische Volksmeinung die Modernisierung der Wirtschaft, die sie u.a. der Wohltäterei von Soros und seinen Kindern verdankt, nicht mit allzu großer Sympathie.

Diese für Führungspersönlichkeiten ungewöhnlichen Bekenntnisse zur eigenen Rat- und Hilflosigkeit beruhen darauf, dass der Haufen sogenannter „junger Reformer", der unter dem flotten Namen Ze!Team in die Kommandohöhen der Staatsmacht eingerückt ist, eben vom Gegenteil, nämlich fest davon überzeugt war, dass sie jetzt in der Ukraine endlich einmal alles *richtig* machen würden, sodass es mit der Wirtschaft unweigerlich aufwärtsgehen müsste. Ihr Programm hat, ganz nach den langjährigen Forderungen der Schutzmächte, darin bestanden, mit dem Grundübel Korruption aufzuräumen, unter dem die Nation angeblich leidet. Und zweitens sollten endlich energisch Reformen umgesetzt werden, die Her- und Zurichtung des ukrainischen Staatswesens nach dem Muster der erfolgreichen Veranstalter von Marktwirtschaft & Demokratie, was bislang an Unfähigkeit oder Widerstand des Amtsvorgängers Poroschenko und seiner Vorgänger gescheitert sein soll. Und ebendiese Überzeugung, dass man doch mit bestem Willen nichts als die westlichen Erfolgsrezepte befolgt hat, stellt die Mitkämpfer Selenskyjs vor das Rätsel, warum sie lauter bestürzende Tatsachen registrieren müssen.

Kurze Zeit später setzt der Chef die Regierungsmannschaft vor die Tür und zieht höchstpersönlich eine schonungslose Bilanz:

> *„Nach nur zwei Monaten des neuen Jahrs beläuft sich die Verfehlung der Haushaltsziele schon auf beinahe 16 Milliarden Griwna... Davon entfallen 13 auf Ausfälle bei den Zolleinnahmen... Man hat uns was von einem entschiedenen und kompromisslosen Kampf gegen den Schmuggel erzählt. Aber jetzt sieht es so aus, als ob der Schmuggel in diesem Kampf den Zoll ausgeknockt hat... Rückgang der Industrieproduktion um 5 %... Der Ruhm der Ukraine als Industrienation gerät langsam zu einer Rückblende. Wir riskieren beim Reden über unser industrielles Potential, dass die Leute bald sagen: ‚Das ist lange her, und es war nicht wahr'... Bei den Gas- und Stromrechnungen gab es im Januar und Februar ein einziges Chaos... Manchmal waren sie geringer, manchmal nicht. Einige Leute sollten eine Gebühr für die Gaslieferung für einige Monate im Voraus zahlen. Woanders wurden welchen, die überhaupt kein Gas beziehen, Preise berechnet... Unser nächstes Leiden ist die Lage der Bergleute und der*

> *Kohleförderung... In erster Linie geht es um die Löhne der Bergleute und den Verkauf ukrainischer Kohle. ... mehr als 11 Millionen Rentner. Leider gibt es keine klaren Auskünfte über die Anhebung der Renten... Ähnlich ist die Lage im Gesundheitssektor."*[197]

Das Haushaltsdefizit 2019 ist fünfmal größer ausgefallen als im vorhergehenden Jahr, die hoffnungsfroh deklarierten neuen Geldquellen sprudeln nicht; weder im Zoll, weil die Zollbeamten das dort eingesammelte Geld lieber nicht an den Finanzminister abführen, sondern weiterhin mit den Schmuggelbanden kooperieren, noch kommen die veranschlagten Einnahmen aus dem Privatisierungsprogramm zustande: Wie immer sind im Haushalt die erwarteten Einkünfte aus der Privatisierung von Staatseigentum ausgeblieben. (UNIAN, 27.12.19) Die Industrie bleibt den versprochenen Aufschwung hartnäckig schuldig und schrumpft dahin. Der Versuch, die Gaspreise zu senken, die das Volk nicht zahlen kann, trifft auf Energieversorgungsunternehmen, die, selbst am Rande der Pleite, intelligente Lösungen für ihr Problem drohender Mindereinnahmen brauchen und finden: Sie schröpfen einfach das Volk. Arbeiter, Rentner und das Gesundheitswesen bekommen das Geld nicht, das Selenskyj ihnen zukommen lassen will, das im Haushalt aber nicht aufzufinden ist...

Ein Erfolg der „Öffnung" und der Assoziierung mit der EU

Das Objekt des entschiedenen Reformwillens der Regierung, die ukrainische Ökonomie, befindet sich im Zustand fortschreitender Degeneration, weil sie erst den Schock der Transformation über sich hat ergehen lassen müssen; dann hat der per Putsch durchgesetzte Lagerwechsel und der Krieg im Osten die Betriebe fast gänzlich von ihren arbeitsteiligen Beziehungen zu russischen Unternehmen abgeschnitten, und schließlich sind sie inzwischen der Konkurrenz vor allem des EU-Kapitals ausgesetzt, das dank des Assoziationsabkommens jetzt auch den ukrainischen Markt

[197] Speech by President of Ukraine Volodymyr Zelenskyy at an extraordinary session of the Verkhovna Rada, 4.3.20, president.gov.ua.

okkupiert. Die berühmte „Öffnung", die angeblich den Anschluss an die europäische Wohlstandszone bewirken sollte, führt zu nichts anderem als zur fortschreitenden Deindustrialisierung des Landes. [198] Das ehemalige industrielle Schwergewicht der Sowjetökonomie – mit einem Potential von der Schwerindustrie bis hin zu Abteilungen der Raumfahrt-, Raketen- und Flugzeugindustrie – scheitert am Maßstab der Rentabilität. Dass der Ruhm der Industrienation Ukraine unter Es war einmal fällt, bestätigen auch die Buchhalter des IWF:

> *„Die Ukraine gehört zu den 18 Ländern auf der Welt, deren Wirtschaftsleistung während der Periode von 1990 bis 2017 zurückgegangen ist, sie liegt auf dem fünftletzten Platz." (112.ua, 10.3.20)*

Das Privatisierungsprogramm, mit dem die Regierung sich nicht nur wachsende Haushaltsmittel beschaffen, sondern auch Auslandsinvestitionen attrahieren wollte, um ein Wachstum in Gang zu setzen, ist sowohl unter den Vorgängerregierungen wie unter Selenskyj gescheitert: [199] Der größte Teil der Anlagen und Ausrüstungen ist nicht nur moralisch veraltet, sondern auch physisch

---

[198] Ukrainische Wirtschaftsexperten diagnostizieren die fortschreitende Degradierung vom Industrieland zum Rohstoffexporteur:

"*Der Aufsichtsratsvorsitzende der Nationalbank Bohdan Danylyschyn glaubt, dass der Grund für die heutige Lage darin besteht, dass sich die Ukraine vom Exporteur metallurgischer und chemischer Produkte weg und zum Exporteur von landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffen und metallurgischem Halbfabrikat hin entwickelt... In 13 aufeinander folgenden Jahren war eine negative Handelsbilanz zu beobachten... Wir rutschen in eine Entwicklung zum Agrarstaat hinein, der a priori in Schulden versinkt und seine internationale Rolle verliert.*" (UNIAN, 17.1.20)

[199] *„Der Optimismus des Präsidenten, der die Privatisierung als eine der ‚3 Säulen' des künftigen wirtschaftlichen Durchbruchs der Ukraine vorstellt, ist erstaunlich, denn in den letzten Jahren hat die Privatisierung in einer Serie beständiger Fehlschläge bestanden... Der öffentliche Sektor findet wegen des Rückgangs der Finanzmittel und des Werts der Anlagen kein Interesse von Seiten der Investoren... Es ist zu erwarten, dass sich nicht einmal attraktive staatseigene Betriebe verkaufen lassen."* (112.ua, 1.11.19)

verschlissen.[200] Zwar wird ein großer Bestand an Betrieben in Staatsbesitz auf Kosten der Staatskasse aufrechterhalten, als notwendige Voraussetzung für das gesellschaftliche Überleben und die Geschäfte der Privaten, aber ohne dass sich dies „lohnt", sodass unter der marktwirtschaftlichen Rechnungsweise die Verschuldung der 48 größten Staatsbetriebe nach Angaben des IWF auf fast 20 Prozent des Bruttosozialprodukts wächst. Das Interesse auswärtiger Investoren am Erwerb ukrainischer Industriebetriebe, auf das sich die gesamten Hoffnungen der Regierenden wie auf ein Allheilmittel richten, fällt dementsprechend aus: Es ist nicht vorhanden.[201]

Diese in ihrer Reproduktion elementar gefährdete Gesellschaft bekommt es nun auch noch mit der Pandemie zu tun.

Die Corona-Krise

Die Obrigkeit schickt ihr Volk zu großen Teilen in die Quarantäne, allerdings hat aufgrund der nur spärlichen marktwirtschaftlichen Benützung ungefähr die Hälfte der Ukrainer keine für die gesamte Quarantäne-Periode ausreichenden Ersparnisse (UNIAN, 4.4.20). Dazu kommt, dass die Überweisungen der zahlreichen Arbeitsemigranten und damit der Unterhalt ihrer Familien

[200] „*Bei der großen Mehrheit der staatseigenen Betriebe sind die Anlagen zu mehr als 80 % verschlissen und es gibt keine langfristigen Finanzmittel für die technische Neuausrüstung und Modernisierung.*" (112.international, 19.9.18)

[201] Die ukrainische Öffentlichkeit entwickelt angesichts dieser Verhältnisse eine Art Galgenhumor. Unter dem Titel "Investors don't want to bring their funds to Ukraine" wird der Auftritt der ukrainischen Politiker in Davos gewürdigt:

„Was konnte Premierminister Hontscharuk der Welt berichten? Davon, dass im Dezember die Industrieproduktion der Ukraine um 8,3 Prozent und im ganzen Jahr um 1,8 Prozent gefallen ist und dass sich der Verfall intensiviert hat, seitdem er an die Macht gekommen ist? Oder vom Wachstum der Lohnrückstände und der Zahl der Arbeitslosen? Oder vom Loch im Haushalt und dem Einfrieren der regionalen Infrastrukturprojekte im Dezember?" (112.ua, 29.1.20)

entfallen, [202] denn dank der nationalen Seuchenpolitik der europäischen Staaten werden mehr als 1,5 Millionen Arbeitsemigranten in ihre Heimat zurückgescheucht, die ihnen schon vorher keine Gelegenheit geboten hat, sich zu ernähren – deshalb sind sie ja gegangen –, und die tut das unter den heutigen Bedingungen noch viel weniger; [203] schließlich sind auch die verbliebenen heimischen Arbeitsplätze gefährdet:

> *„Die Hälfte der ukrainischen Unternehmen würde eine längere Quarantäne nicht überleben ... während 29 Prozent den Betrieb schon eingestellt haben (typisch für das Kleingewerbe). 51 Prozent der Unternehmen können nur einen Monat überleben, ohne bankrottzugehen."* (UNIAN, 3.4.20)

Die Regierung setzt ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in die Welt – Armut mit Arbeit. Wie die Regierung 500 000 Arbeitsplätze schaffen will und wie viel sie bezahlen wird

---

[202] Laut Weltbank ist die Ukraine der größte Empfänger von Überweisungen von Arbeitsmigranten in Europa, d.h. ca. 4,4 Millionen Ukrainer arbeiten im Ausland, jeder vierte arbeitsfähige Ukrainer.

"Jedes Jahr überweisen die Arbeitsmigranten an die 12 Milliarden USD auf offiziellem Weg in die Ukraine, eine kolossale Summe für den ukrainischen Haushalt." (EU Today, 6.4.20)

[203] „*Die Ukraine verwandelt sich langsam in einen Agrarstaat. Und ein Agrarstaat kann nicht allen Ukrainern Arbeit sichern. Er braucht so viel Bevölkerung nicht! Deshalb wird die Situation mit der Emigration von Jahr zu Jahr schlimmer. Die Ukraine wird eine Bevölkerung von nicht mehr als 15-20 Millionen ernähren können. D.h. jeder Zweite wird im Ausland Arbeit suchen müssen."* (strana.ua, 24.4.20)

Nachdem man im Ausland dann aber wieder entdeckt, wie wenig man auf die Saisonarbeiter verzichten kann, sieht die Regierung darin eine Gelegenheit: Sie will keine Charterflüge genehmigen, bevor die EU nicht einen mindestens dreimonatigen Aufenthalt in der EU zusichert und eine Meldepflicht einführt, um die Saisonarbeiter darauf zu verpflichten, für ihre im Ausland verdienten Löhne Steuern und Sozialabgaben in der Ukraine abzuliefern.

(strana.ua, 23.4.20) – wobei Selenskyj wie schon großen historischen Vorbildern die Autobahnen einfallen:

> *„Ich schlage vor, dass die Regierung einen eigenen Mechanismus entwickelt, um Millionen zusätzlicher Jobs in der Ukraine zu schaffen... Tausende Kilometer neuer Straßen und Infrastruktur-Objekte werden den nötigen Anstoß für die wirtschaftliche Entwicklung und die Entstehung neuer Jobs geben." (president.gov.ua, 1.4.20)*

Bei der Ankündigung bleibt es aber, weil der Haushalt die Finanzmittel für die geplanten Hungerlöhne nicht hergibt.

Der Präsident erklärt seinem Volk die neue Aufgabe zu überleben: Was jetzt ansteht, ist nicht Bequemlichkeit, sondern Überleben. Wir haben Brot, Butter, Milch, Getreide... (112.ua, 17.4.20), und er kommt nicht von ungefähr auf Brot und Butter, weil in seinem Land, das mit die fruchtbarsten und größten Landwirtschaftsgebiete weltweit besitzt, die Lebensmittelversorgung nicht mehr garantiert ist: Der Export der Agrarprodukte ist zum gewichtigsten Beschaffer von Devisen geraten – 40 Prozent der Devisenerträge werden durch Agrarexporte generiert (112.ua, 9.4.20). Obwohl die Regierung damit droht, notfalls Exportverbote zu verhängen, werden wachsende Mengen ausgeführt – hard currency-Devisenerträge sind ja in der Krise nötiger denn je; [204] und weil dann auch noch Nachbarländer Exportstopps für Lebensmittel verhängen, wird die elementare Versorgung nicht nur durch

[204] *„Vorerst wird die ukrainische Regierung keine Exportbeschränkungen von Getreide, Sonnenblumenöl, Geflügel und anderen Agrarprodukten verhängen und eine der führenden Exportnationen bleiben. Schließlich wären die Folgen solcher Beschränkungen katastrophal fürs Geschäft und würden einen wichtigen Kanal für den Zufluss von harter Währung versperren. Währenddessen warnen Bäcker und Müller davor, dass die Brotpreise für Ukrainer in der nahen Zukunft wegen steigender Weltmarktpreise für Getreide um die 20 % ansteigen könnten... Die Entscheidung liegt bei den Produzenten: den heimischen Markt zu versorgen oder den profitableren Weg zu wählen und das Getreide gegen Devisen zu verkaufen."* (Hunger Games: is Ukraine facing a food crisis, UNIAN, 31.3.20)

rapide steigende Preise, sondern auch durch sinkende Mengen gefährdet.

Der neue Premierminister führt Quarantänebestimmungen ein, erklärt aber gleich dazu, dass sowohl der ukrainische Staat als auch sein Volk sich das verlangte *social distancing* eigentlich nicht leisten können:

> *„Der Stillstand eines bedeutenden Teils der nationalen Wirtschaft kann nicht für länger andauern... Die Leute müssen Geld verdienen, die Wirtschaft muss loslegen. Die Ukraine ist auch kein reiches Land, das es sich leisten kann, sechs Monate lang untätig zu bleiben, zu Hause zu sitzen und Fernsehen zu schauen... Die Regierung hat die Liste der Aktivitäten verlängert, die während der Quarantäne stattfinden dürfen, unter anderem der Verkauf von Autoersatzteilen, Geflügelzucht und der Betrieb aller Arten von Finanzinstituten, einschließlich von Pfandhäusern und Genossenschaftsbanken." (Schmyhal, UNIAN, 4.4.20)*

Elementare Freiheitsrechte wie der Gang ins Pfandhaus bleiben wegen massenhafter Armut erhalten, während sich aus demselben schlichten Grund einzelne Quarantänemaßnahmen nicht durchhalten lassen; die Sperrung der offenen Bauernmärkte schließt die Bevölkerung von deren – im Vergleich zu den Supermarktketten – billigeren Lebensmitteln aus und provoziert auch Proteste der Bauern; die Sperrung des öffentlichen Verkehrswesens wird durch einige Bürgermeister wieder aufgehoben, weil sonst das Krankenhauspersonal nicht zu seinen Arbeitsplätzen kommt.

Die Ausbreitung der Seuche fällt dann auch noch aufs Glücklichste mit der Eröffnung der 2. Etappe einer Reform des Gesundheitswesens am 1. April zusammen, einer Reform, die sich der Herstellung von mehr „Effizienz", genauer: mehr „Kostenersparnis", verschrieben hat. Aus der Idee, die aus der realsozialistischen Vergangenheit ererbte kostenlose Gesundheitsversorgung durch eine aus Abzügen vom Lohn finanzierte Versicherung zu ersetzen, ist nie etwas geworden, weil die Einkommen der meisten Ukrainer das nicht hergeben, manche Kliniken überstanden diese Versuche nicht, das Personal verschwand in großer Zahl im Ausland. Die

staatliche Zuständigkeit wurde unter dem Titel der „Dezentralisierung" erfolgreich auf die unteren staatlichen Ebenen verschoben, sodass deren mangelhafte Finanzierung der Gesundheitseinrichtungen wiederum

> *„durch direkte formelle und informelle Zahlungen von Patienten und deren Familien kompensiert [wird]. Mittlerweile machen diese 43,4 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben in der Ukraine aus." (Ukraine-Analysen Nr. 106, 11.9.12)*

Auswärtige Berater missverstehen diese Verschiebung einer Not auf die andere gerne als Paradefall der in der Ukraine endemischen Korruption.

Die jetzige Etappe der unter Selenskyjs Vorgänger Poroschenko beschlossenen Reform soll die Gesundheitseinrichtungen mit einer Rechenweise nach dem Prinzip Das Geld folgt den Patienten [205] finanzieren, die aktuell zu einer grandiosen Unterfinanzierung führt:

> *„50 000 Angestellte im Gesundheitswesen könnten aufgrund des neuen Finanzierungsmechanismus arbeitslos werden. Ebenso werden 2020 an die tausend Krankenhäuser weniger Finanzmittel erhalten als 2019, und 332 medizinischen Einrichtungen droht die Schließung. Bei Notfallmedizin, interdisziplinären Krankenhäusern, onkologischen Zentren, Krankenhäusern für Veteranen, den meisten Kinderkliniken, psychiatrischen Einrichtungen und solchen für Tuberkulose-Patienten*

[205] *„Während bisher die Krankenhäuser entsprechend der Bettenzahl finanziert wurden, so werden sie ab 1. April ... die Mittel in Abhängigkeit von den erbrachten Leistungen erhalten. Die veröffentlichte Gebührenordnung für diese Leistungen hat jedoch heftige Diskussionen hervorgerufen, weil sie, umgerechnet auf die Leistungen, ... deren Finanzierung nicht ausreichend sichert. Infrage gestellt wird nicht nur die weitere Entwicklung eines Krankenhauses, die Fortbildung der Ärzte, die Erneuerung der Ausrüstung, sondern überhaupt das Überleben der betreffenden Einrichtung."* (Neue Etappe der medizinischen Reform. Was haben die Ukrainer im April zu erwarten, Nowoje Wremja, 26.2.20)

besteht das Risiko der Unterfinanzierung." (President spoke about complaints that he received from health workers, 112.ua, 4.5.20)

Angesichts dieser Auswirkungen der immerhin unter ihm in Kraft gesetzten „zweiten Reformstufe" kommen dem Präsidenten persönlich gewisse Zweifel am Nutzen dieser Reform, ebenso dem neuen Gesundheitsminister:

„Das ist keine Optimierung. Man muss die Dinge beim Namen nennen. Das ist ein Abbau. Das ist ein banaler Abbau medizinischer Mitarbeiter. Die Konsequenzen werden, wenn wir das nicht jetzt stoppen, folgende sein: Mindestens bekommen wir in zwei bis drei Jahren eine Erhöhung der Tuberkulose-Rate um 30 Prozent. Wir bekommen eine erhöhte Sterblichkeit durch Tuberkulose und einen Abbau der medizinischen Mitarbeiter, der nach Tausenden zählen wird." (Nowoje Wremja, 25.4.20) [206]

Das Gesundheitsministerium muss dann auch noch feststellen, dass das medizinische Personal ein Fünftel aller Covid-19-Infizierten ausmacht, wir haben eine der weltweit höchsten Infektionsraten bei medizinischem Personal (Rfe/rl, 30.4.20), weil es an der notwendigen Schutzausrüstung mangelt. Und der Präsident, der

[206] Bei dieser Reform handelt es sich um einen besonders schönen Fall aus dem Kapitel, wie die Schutzmächte der Ukraine gute Regierung in fremde Länder transportieren: Nach dem Maidan haben die amerikanischen Betreuer eine ukrainischstämmige Ärztin aus Detroit, Uljana Suprun, in die Ukraine verpflanzt, um das noch immer sowjetisch geprägte Gesundheitswesen einer Radikalkur zu unterziehen – eben die Grundlage für das oben geschilderte Desaster.

Darüber hatte die Betreffende sich im Volk die Bezeichnungen „Dr. Tod" und „die Hexe" erworben sowie das Gerücht, sie sei in die Ukraine gekommen, um die Ukrainer auszurotten. Unter ihrer Regie konzentriert sich das Ministerium auf ihr Lieblingsthema, dass nämlich die Volksgesundheit in erster Linie eine Frage der Prophylaxe und des Abstellens übler Gewohnheiten wie Alkohol und Tabak sei: *„Ich möchte sehen, wie die prophylaktische Medizin floriert, damit wir immer weniger Erkrankungen an onkologischen Krankheiten haben. Warum sollen wir die alle heilen?"* (strana.ua, 8.11.16)

die Moral des Personals mit einer 300-prozentigen Lohnerhöhung ehren will, macht sich zur Lach- bzw. Hass-Nummer, weil das Geld – wie fast immer bei seinen Versprechungen – nicht eintrifft. [207]

Ein Haushalt ohne Geld

Das Rezept der westlichen Länder, Geld in die Gesellschaft zu pumpen, um das Überleben der ökonomischen Subjekte zu retten, ist in der Ukraine nicht zu machen, weil schon im „normalen" Haushalt zugesagte Gelder immer wieder nicht vorhanden waren. Die jetzige Haushaltspolitik versucht sich wieder an der Aufgabe, durch die Plünderung der Regionen mit Hilfe einer enormen Verlagerung der Steuereinnahmen von den Regionen zur Zentrale sowie durch Appelle an die Betriebe Geld einzutreiben:

> *„Die Unternehmen werden dem Haushalt nicht 1,5 Milliarden USD, sondern 2,5 Milliarden übertragen müssen... Es gibt Zweifel, ob dieser Betrag zustande kommen kann." (112.ua, 15.4.20)*

In beiden Fällen herrschen nämlich begründete Zweifel daran, ob die Betreffenden der Anweisung überhaupt Folge leisten; auf dem Land müssten dann alle möglichen Einrichtungen geschlossen werden. Daher werden solche Beschlüsse auch teilweise widerrufen, oder es bleibt bei folgenlosen Ankündigungen. Im Resultat wird der Haushalt laufend geändert, weil in der gesamten parlamentarischen Haushaltsberatung nichts anderes als ein Krieg ums Geld geführt wird, zwischen der Obrigkeit, den Regionen

[207] „*Coronavirus-Krise: Ärzte kündigen massenhaft aufgrund fehlender Masken und fehlenden Geldes."* (ukraine-nachrichten, 3. April 2020) „*Wir haben 300 % erwartet, aber Kopeken bekommen – weswegen in der ganzen Ukraine Proteste der Mediziner begonnen haben.*" (strana.ua, 30.4.20)

Die Öffentlichkeit rätselt über die Frage: „*Warum in der Ukraine mehr durch Coronavirus sterben als geheilt werden, obwohl es in der übrigen Welt andersherum ist? In der Ukraine kamen auf 57 Gestorbene 45 Geheilte... Vermutete Gründe: Mangel an Tests ... schlechte – oder gar keine – medizinische Betreuung.*" (strana.ua, 9.4.20)

und den mächtigen Wirtschaftssubjekten. Mit der Zusage von Geldern, deren Zuteilung dann gar nicht stattfindet, einem Haushalt, der zum großen Teil fiktiv bleibt, entlarven die Regierenden selbst ihre Pose einer energischen Krisenbekämpfungspolitik als Schein: Der neue Premier Schmyhal verkündet die Einrichtung eines Stabilisierungsfonds und wofür er alles verwandt werden soll, während noch überhaupt nicht feststeht, ob dieser Fonds überhaupt zustande kommt, d.h. wer ihn überhaupt füllt. [208]

Schließlich – und das wissen irgendwie auch alle – steht und fällt der Schein eines staatlichen Haushalts, einer finanziellen Bewirtschaftung der Gesellschaft durch den Staat mit der Genehmigung neuen Kredits durch den IWF, d.h. ohne den ist der ganze Haushalt sowieso Makulatur, [209] denn es sind allein die IWF-Kredite, die seit 2014 verhindern, dass die Ukraine offiziell den Staatsbankrott erklären muss.

---

[208] Die ukrainische Fachwelt fragt sich, wie der Haushalt zu dem Geld kommen soll, das er nicht hat:

„*Fängt die Ukraine damit an, Geld zu drucken? Die Pläne der Regierung zur Unterstützung der Ukrainer in der Krise verlangen riesige Mengen von Geld, die aber aufgrund des Haushaltsdefizits einfach nicht vorhanden sind. In der letzten Woche sind in Expertenkreisen heftige Diskussionen darüber ausgebrochen, ob die Ukraine nicht nach dem Vorbild USA dazu übergehen sollte, mehr Geld zu drucken*." (UNIAN, 11.4.20)

Vielleicht fällt den Experten das Prinzip „Quod licet Iovi non licet bovi" noch ein, bevor der IWF es ihnen erklären muss.

[209] Denys Schmyhal, seit 4.3.20 Ministerpräsident, zum Corona-Krisenhaushalt:

„*Das Haushaltsdefizit von 298 Milliarden UAH wird vom IWF finanziert... Der IWF-Kredit, um den sich die Ukraine schon mehrere Monate lang bemüht hat, ist einer der Meilensteine, ohne den die beschlossenen Maßnahmen fehlschlagen müssen*." (Emergency budget: how Ukraine's main financial document has changed, UNIAN, 15.4.20)

Die Staatsgewalt in der Schuldenfalle

In Gestalt seiner Stand-by-Abkommen stiftet der IWF seit Jahren so viel an staatlicher Zahlungsfähigkeit, dass die Ukraine die Bedienung und Tilgung der Schulden zu leisten imstande ist und sich auf die Weise als Schuldner eine gewisse Geschäftsfähigkeit erhält, sodass sie auch auf dem Finanzmarkt Kredite aufnehmen kann. Diese Rettungsaktionen verknüpft der IWF wie üblich mit einem Regime, das den Schuldner auf solides Haushalten und konsequentes Reformieren verpflichtet. Weil er dabei regelmäßig auf eine Mischung aus Unwillen und Unfähigkeit der ukrainischen Regierenden stößt, den Auflagen nachzukommen, und auch aufgrund der Tatsache, dass sich der neue Staatschef im Wahlkampf Sympathien mit Äußerungen der Art erworben hat, der IWF solle sich seine Vereinbarungen in den Arsch stecken, befinden es die Herren des internationalen Kredits für erforderlich, die nötige Einsicht in die kapitalistische Notwendigkeit auf brachialem Weg herzustellen: Sie setzen erst einmal die Auszahlung der im Rahmen des Abkommens zugesagten Kredittranche aus und neue Verhandlungen an, um die Herrschaft in Kiew spüren zu lassen, wie teuer Unbotmäßigkeit gegenüber dem IWF werden kann.

Mit vollem Erfolg: Es entwickelt sich eine kleine Schuldenkrise. Zur Bedienung bzw. Tilgung der fälligen Altkredite sieht sich die Ukraine auf den Finanzmarkt verwiesen und findet in Zeiten von Null- und Negativzinsen glatt Investoren, die sich für ihren Mut, sich auf ein „hochriskantes“ [210] Gebiet zu begeben und ukrainische Schuldtitel zu kaufen, mit einer hohen – zeitweilig der weltweit höchsten – Verzinsung belohnen lassen. Das kleine

[210] Internationale Ukraine-Anleihen werden „*klar im Segment der hochriskanten Emerging-Markets-Staatsanleihen gehandelt... In Bezug auf aktuelle Marktpreise sind hier eher Anleihen von konfliktbelasteten Staaten (innenpolitisch und/oder außenpolitisch) Vergleichsmaßstäbe, d.h. US-Dollar-Anleihen der Ukraine werden am Finanzmarkt ähnlich gepreist wie solche Wertpapiere aus dem Irak, Ägypten oder Pakistan*.“ (Gunter Deuber, Raiffeisen Bank International AG, Wien, Ukraine-Analysen Nr. 212, 14.2.19)

Folgeproblem: Durch die Bedienung der Altschulden wächst die Gesamtverschuldung mit neuer Geschwindigkeit:

> *„Wir mussten ungefähr 100 Millionen Dollar aufs Jahr mehr zahlen, um einen solchen ‚Ersatz' von IWF-Kredit durch teure Privatkredite zu bedienen. Aber das Problem der Bedienung öffentlicher Schulden wird sich der Ukraine im nächsten Jahr genauso akut stellen." (Ukraine-IMF cooperation: Myths and reality, 112.ua, 16.12.19) –*

und es fragt sich, wie sich der Staat jemals wieder dieser Lasten entledigen können soll:

> *„Am 15. Oktober hat das Finanzministerium wieder Regierungsbonds für eine Gesamtsumme von 45 Millionen USD platziert mit einem Rückzahlungsdatum vom 15. Januar und 30. September 2020 sowie vom 29. September 2021... Von Januar bis September 2019 hat das Finanzministerium schon 194.8 Milliarden UAH (7,7 Milliarden USD), 3,8 Milliarden USD und 189 Millionen Euro aufgenommen! Wer wird warum diese riesigen und sehr teuren Schulden zahlen?" (112.ua, 18.10.20) „Die Hontscharuk-Regierung hat eine Pyramide von Staatsanleihen aufgebaut, aus der es fast unmöglich ist, wieder herauszukommen." (112.ua, 6.3.20)*

Vervollständigt wird dieses unschöne Szenario dann durch eine durch den Einbruch von Corona ausgelöste heftige Kapitalflucht: Unter dem Eindruck der Doppelkrise von fallenden Ölpreisen und Coronavirus riet die US-Investmentbank Morgan Stanley vor einigen Tagen ihren Kunden, ‚die Ukraine zu verkaufen und Ägypten zu kaufen'. (Junge Welt, 24.3.20) Es entfaltet sich ein Kampf aller Parteien um im Land verfügbare Dollars, die inflationserfahrenen Bürger stürmen die Banken, und die Reserven der Nationalbank schwinden. Die Nationalbank findet keine Käufer mehr für neue Obligationen und Bonds, während die Ukraine im zweiten Quartal Auslandsanleihen in Höhe von 5,5 Milliarden US-Dollar zurückzahlen muss. Aber der IWF lässt sich Zeit.

Die Kritik an der Nationalbank wächst, dass sie in der Krise mit dem Verkauf ihrer Dollars die Abwertung der Griwna zu bremsen versucht, anstatt sie zur Bekämpfung der Pandemie einzusetzen;

und überhaupt wird deren Währungs- und Zinspolitik nach Maßgabe der IWF-Richtlinien als Grund des Niedergangs ausgemacht. Der Standpunkt, dass es besser sei, den Default zu erklären, um die Schulden und das IWF-Regime loszuwerden, gewinnt immer mehr Zuspruch – sodass Selenskyj seine Sprecherin schon mit höchstem Pathos unter Berufung auf die zu rettenden Menschenleben vor solchen Kalkulationen warnen lässt. [211]

II. Die Forderungen des IWF: Respekt vor den Regeln der Marktwirtschaft erzwingen!

Der IWF nimmt die Krise regelrecht als Gelegenheit wahr, die Erpressung zu verschärfen, mit der er die Selenskyj-Regierung seit ihrem Amtsantritt konfrontiert – neuen Kredit, im Hinblick auf die Corona-Krise sogar noch ein paar Milliarden Dollar mehr, gibt es nur bei der Zustimmung zu „Reformen", eine Erpressung, die umso wirksamer ist, als die Genehmigung des IWF-Kredits auch von Seiten anderer Kreditgeber zur Bedingung für den Zugang zu ihren Krediten gemacht wird. [212]

---

[211] „*Der IWF erwägt, die Ukraine beim Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus zu unterstützen... Die Obrigkeit wird das Leben von Ukrainern nicht aufs Spiel setzen und zieht deshalb die Option eines Defaults nicht in Betracht.*" (112.ua, 27.3.20)

Ökonomen schlagen Alarm wegen der Debatte über den Default:

„*In einigen Kreisen wird über die Möglichkeit diskutiert, aus Katastrophengründen den Zahlungsausfall zu erklären, das heißt die Zahlung von Staatsschulden zu verweigern. Wir betonen aufs Schärfste die negativen Folgen solcher öffentlicher Diskussionen und die Realisierung eines solchen Schrittes für das Image des Staates in der Welt, das Wohlergehen der ukrainischen Bürger und folglich für die Beziehung der Bürger zur Staatsmacht.*" (Ein Staatsbankrott wird die ukrainische Wirtschaft nicht retten, sondern ihr den Rest geben, ukraine-nachrichten.de, 23.3.20)

[212] „*Die Ukraine hofft auf 5,5 Milliarden USD vom Fonds, verteilt auf 3 Jahre. Ein Kredit über 500 Millionen Euro von der EU hängt daran, dass dieses Programm zustande kommt, ebenso wie ein Kredit über 1 Milliarde USD von der*

Der Fonds knüpft seine Hilfe ultimativ an die Verabschiedung von zwei Gesetzen, in denen er Meilensteine für den Weg des Landes in eine vernünftige marktwirtschaftliche Zukunft sieht, die freilich aus gutem Grund bislang nicht zustande gekommen sind: Die *Landreform* zwingt die Regierung dazu, den Ausverkauf des Landes voranzutreiben und das *Bankengesetz* dazu, gegen einen der mächtigsten Oligarchen vorzugehen. Beides zusammen treibt die Regierung in eine Machtprobe, die sie sich wirklich nicht bestellt hat. Die Wahl, vor die der Staatschef sein Parlament stellt, hat dann auch eine gewisse Ähnlichkeit mit der Alternative „Geld oder Leben!":

> *„Infolge des Coronavirus ist unser Land tatsächlich an einem Scheideweg angekommen und zwei Wege stehen ihm offen. Der erste besteht darin, zwei lebenswichtige Gesetze zu verabschieden; danach würden wir von unseren internationalen Finanzpartnern Unterstützung in Höhe von mindestens 10 Milliarden USD erhalten. Das ist notwendig, um die Ökonomie des Landes zu stabilisieren und die Krise zu überwinden. Andernfalls, nämlich bei Nichtverabschiedung dieser Gesetze – das wäre der zweite Weg – käme es zum Verfall der Ökonomie und sogar zur Gefahr eines Staatsbankrotts." (112.ua, 9.3.20)*

> *„Jetzt brauchen wir sie [die Unterstützung des IWF] wie Blut für den menschlichen Körper... Wären wir in anderen Zeiten, herrschte Ruhe,*

Weltbank. Im Unterschied zu den Ausleihungen des IWF können diese Kredite direkt dafür verwendet werden, das Haushalts-Defizit der Ukraine abzudecken." (hromadske.ua, 18.3.20)

Selenskyj: „*Ich bin mit den Führern der Länder fast jeden Tag im Gespräch, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Aserbaidschan, Kanada, Deutschland... Bei ihnen allen dreht es sich um dieselbe Sache, sie sagen: Wenn [eine fortgesetzte Kooperation der Ukraine mit dem IWF] stattfindet, werden wir euch unterstützen. Das schließt Kredite für humanitäre Zwecke ebenso ein wie Vorzugskredite zur Unterstützung der ukrainischen Ökonomie. Das hängt alles an einem Signal. Das Signal ist eines an deren Adresse – ein Memorandum mit dem IWF. Es geht um Vertrauen in die Ukraine.*" (UNIAN, 18.4.20)

könnten wir darüber reden, ob sie für uns profitabel ist oder nicht." (UNIAN, 18.4.20)

Die Landreform

Aus der Hoffnung, das aus planwirtschaftlichen Zeiten übrig gebliebene industrielle Inventar der Ukraine möge sich als Basis einer regen kapitalistischen Geschäftstätigkeit bewähren, ist zwar nichts geworden. Dafür aber, dass in der Ukraine nur die Schulden wachsen, ist das Land nach Ansicht des IWF *eigentlich* viel zu reich. Es verfügt nämlich nach Angaben der FAO über ein Drittel der Schwarzerde-Ressourcen der Welt, riesige Flächen fruchtbaren Bodens, aus denen sich ein ebenso riesiges Agrargeschäft machen *ließe*, wenn die ukrainische Regierung endlich den Skandal beseitigen würde, dass Grund und Boden im Land bis auf den heutigen Tag nicht frei handelbar sind. 30 Jahre nach seinem Abschied vom Kommunismus weigert sich dieser Staat immer noch, den uneingeschränkten Zugriff von Privateigentümern auf eine elementare Bedingung des kapitalistischen Geschäfts zuzulassen und rechtlich zu schützen; der Löwenanteil an Grund und Boden gehört immer noch einem staatlichen Bodenfonds als Erben der einstigen Kolchosen und Sowchosen, und ein staatliches Moratorium sorgt dafür, dass der Boden nur zu pachten, nicht aber zu kaufen ist, sodass ein gewaltiges Kapital brach liegt, eine potentielle milliardenschwere Beute für kreditstarke Spekulanten und tüchtige Agrarkonzerne.

Die Reform, die der IWF bislang vergeblich fordert und die jetzt von der Selenskyj-Regierung in Angriff genommen wird, die Verwandlung von Grund und Boden in echtes Eigentum, verlangt nicht weniger als den Umsturz der bisherigen Macht- und Einkommensverhältnisse in der ukrainischen Landwirtschaft: Wenn große Agrarkapitale Rentabilität im Weltmaßstab durchsetzen, [213]

[213] „*Vergleichen wir die aktuellen Milcherträge pro Milchkuh in der Ukraine mit denen in anderen Ländern mit einer technologisch fortschrittlichen Milchwirtschaft. Die Ukraine produziert im Jahresdurchschnitt ca. 4 900 Kilo Milch pro Kuh, wohingegen die USA ca. 10 000 Kilo, die EU ca. 7 500 Kilo produzieren. Das*

erwächst den Agraroligarchen eine existenzbedrohende Konkurrenz, von der sie bisher erfolgreich verschont worden sind; ebenso den kleinen und mittleren Bauern-Betrieben, die die lokalen Märkte zu Preisen beliefern, die das Volk sich leisten kann. Und eine nicht geringe Zahl von Landarbeitern wird einsehen müssen, dass sie im Vergleich zur sophisticated Landwirtschaft in anderen Ländern einfach zu viele sind.

Und weit über den materiellen Schäden steht dann schließlich der Schaden, den das ukrainische *Nationalbewusstsein* veranschlagt: die Auslieferung der heiligen Heimaterde an fremde Interessen. Aus allen gesellschaftlichen Abteilungen erwächst eine Ablehnungsfront und verstärkt das politische Lager, das ohnehin schon in den Reformprozeduren, die die vom Westen überall eingesetzten Berater und Funktionäre durchsetzen, nichts als eine demütigende und schädliche *Fremdherrschaft* entdeckt: Je länger die Ukraine die koloniale Haltung des IWF toleriert, umso schlimmer wird es. (Medwedtschuk, 112.ua, 30.4.20) [214]

Dass das Land mit der blau-gelben Nationalfahne, nach allgemeinem Dafürhalten Symbol des herrlichen ukrainischen Himmels über dem blühenden Kornfeld, jetzt auch noch den Inbegriff des nationalen Reichtums ausländischen Geschäftemachern opfern, fremden Diktaten unterstellen soll, empört Patrioten in allen Ständen und einigt Macher wie Statisten in der Nation. Bauernproteste blockieren immer wieder die Autobahnen, der Aufruhr lässt sich in keiner Weise einfangen und strapaziert auch das demokratische Prozedere, mit dem die Regierung ihre Reform durchsetzen will, aufs Äußerste: Es hagelt tausende von Änderungsanträgen, um den Abstimmungsprozess im Parlament zu obstruieren.

---

bedeutet, dass die Produktivität in der Ukraine nach wie vor sehr niedrig ist." (Agriculture in Ukraine – what does the future hold? fao.org, 13.10.16)

[214] Wiktor Medwedtschuk ist der Vorsitzende der als russlandfreundlich geltenden „Oppositionsplattform – Partei für das Leben", der nach der Partei des Präsidenten immerhin zweitgrößten Partei.

> *„Wir gehen bis zum Äußersten im Kampf unserer Bürger, damit das Land nicht einer Plünderung zum Opfer fällt, was die Regierung will und was der zynische IWF und der Soros-Fonds von der Regierung verlangen ... und viele andere, die schon lange ein Auge auf unser Land, auf unser Nationalvermögen geworfen haben und versuchen, es um jeden Preis zu rauben. Wir tun, im Rahmen des Gesetzes, alles Mögliche und alles Nötige, alles, was in unserer Macht steht, und wir werden weiterkämpfen, trotz aller Tricks, trotz aller Erpressungsmanöver, und trotz der Tatsache, dass die Autoritäten im Parlament Stimmung für dieses Gesetz machen und damit sowohl das Regulierungsgesetz als auch die Verfassung verletzen." (Medwedtschuk: Government presses on our party so that we surrender, but we will continue struggle, 112.ua, 31.3.20)*

Damit das Gesetz überhaupt durchkommt, nimmt die Regierung Änderungen vor, die den Gegnern der Bodenreform entgegenkommen: Der Verkauf an Ausländer ist erst ab 2024 erlaubt, [215] was die Opposition aber keineswegs zufriedenstellt – die Fremden bräuchten ja nur einen ukrainischen Strohmann für die Plünderung der Nation. Selenskyjs eigene Partei zerlegt sich im Verlauf der Auseinandersetzung in Feinde und Befürworter der Reform, die sicher geglaubte parlamentarische Mehrheit ist dahin, sodass dem Präsidenten nichts übrig bleibt, als einen politischen Offenbarungseid zu leisten und die Reform ausgerechnet mit Hilfe der Partei Poroschenkos durchzudrücken – des Mannes, den

[215] „*Das beschlossene Gesetz ... unterscheidet sich von der liberalen Version, die vom Kabinett des Oleksyj Hontscharuk entwickelt wurde. In der ersten Phase wird es nur ukrainischen Bürgern gestattet sein, Land zu besitzen. Für den Landkauf wurde eine Obergrenze von 100 Hektar pro Käufer festgelegt. Die zweite Phase der Reform beginnt am 1.1.2024. Dann wird es auch Kapitalgesellschaften erlaubt sein, Land zu kaufen, bis zu einer Obergrenze von 10 000 Hektar. Das Gesetz verbietet Verkäufe an Ausländer, an Gesellschaften im Eigentum von russischen Staatsbürgern, an Gesellschaften mit ausländischen Anteilseignern sowie an solche, deren Kapitalgeber nicht identifiziert werden können oder die in Offshore-Zonen registriert sind; schließlich an Personen, die Sanktionen unterliegen. Der Verkauf von Ländereien aus kommunalem bzw. staatlichem Besitz ist ebenso verboten. Das heißt, es ist privates Land, das verkauft werden kann."* (UNIAN, 4.4.20)

er als Inbegriff der Korruption und des Vaterlandsverrats einzusperren und seine politische Karriere für immer zu beenden versprochen hatte. [216]

Die „Lex Kolomojskyj"

Seit Jahren fordern Ausland und IWF von der ukrainischen Regierung im Namen von freier Konkurrenz, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit, gegen Korruption und sogenannte „Monopole" vorzugehen. Zum Inbegriff der unsauberen Machenschaften, mit denen im Land aufgeräumt werden muss, ist der Fall Kolomojskyj geraten: Der Mann kommandiert ein Firmenimperium und war Inhaber der größten Bank des Landes, die vor fünf Jahren unter IWF-Ägide aus einer bedrohlichen Schieflage gerettet und mit mehreren Milliarden Dollar rekapitalisiert und saniert wurde. Unter Anwendung der goldenen Regeln der finanzkapitalistischen Vernunft nutzt der gerettete Oligarch die Gunst der Stunde und verschiebt die Sanierungsgelder aus dem zweifelhaften Geschäftsfeld Ukraine in sichere Offshore-Bankplätze. Das gilt in diesem speziellen Fall freilich nicht als kluges unternehmerisches Handeln, sondern als krimineller Missbrauch von IWF-Geldern: Die ukrainische Regierung wird wie vom Fonds verlangt aktiv, enteignet Kolomojskyj und überführt seine Bank in Nationaleigentum.

Der klagt sich seitdem für die Wiederherstellung seiner Rechte durch sämtliche nationalen und internationalen Instanzen, keineswegs ohne Aussicht auf Erfolg, was den IWF zu einer entschiedenen Demarche in Kiew veranlasst: Solange Selenskyj nicht mit einem neuen aggressiven Bankengesetz („Lex Kolomojskyj") dafür sorgt, dass der Oligarch vor Gericht keinerlei Chance auf Restitution seines Eigentums oder Kompensation seines Schadens hat, [217] überlässt der Fonds die Ukraine ihrer Zahlungsunfähigkeit.

---

[216] Selenskyj im Wahlkampf zu Poroschenko: „*Ich bin nicht dein Konkurrent, ich bin dein Urteil!*"

[217] „Der IWF hält seine letzten Tranchen zurück, bis er sich davon überzeugt hat, dass sich die Selenskyj-Regierung offensiv darum bemüht, die geschätzten 15 Milliarden zurückzuholen, die im Laufe des letzten

Der Verein aus Washington wird in dieser Affäre so prinzipiell und intransigent, weil hier erstens der Diebstahl seiner Gelder vorliegt, der zweitens auch noch Recht zu bekommen droht, womit seine Autorität über die weltweiten staatlichen Schuldner-Gläubiger-Verhältnisse offen missachtet wird. Diese Autorität muss wiederhergestellt und am Schuldigen ein Exempel statuiert werden, und nicht nur an dem, sondern auch an der zuständigen Staatsgewalt, die offensichtlich nicht dazu willens oder in der Lage ist, die IWF-Definition der Rechtslage durchzusetzen. Für dieses hohe Ziel und so lange wie nötig muss dann eben auch diese Staatsgewalt in ihre dank Corona immer dramatischere Schuldenkrise befördert werden. [218]

Die ukrainische Regierung pariert und versucht ihr Glück mit dem verlangten aggressiven Gesetz, gerät dabei aber in einen harten Konflikt: In eben dem Parlament, das die „Lex Kolomojskyj" demokratisch absegnen soll, sitzen dutzende Abgeordnete, die im Sold des Oligarchen stehen und ihre Rechte nutzen, um das Gesetzgebungsverfahren zur Farce zu machen, unterstützt von Kollegen, die nicht unbedingt etwas für Kolomojskyj übrig haben, aber keinesfalls gewillt sind, sich als „Kolonie des IWF" aufzuführen und die jetzigen Besitzer ukrainischer Banken unter die Kuratel der Nationalbank zu stellen. Beide gemeinsam versuchen, die

Jahrzehnts aus mehr als 100 Banken, unter ihnen die PrivatBank, gestohlen wurden." (Wall Street Journal, 31.10.19)

[218] Amerika stellt sich in dieser Frage noch eigens hinter den IWF, bestellt den Chef des ukrainischen Geheimdiensts ein und gibt ihm zu verstehen, dass man gewillt ist, nach Maßgabe seines inzwischen weit ausgedehnten exterritorialen Rechts selbst gegen den Delinquenten aktiv zu werden:

„*Der Chef des ukrainischen Geheimdienstes, Iwan Bakanow, befindet sich derzeit in den USA, wo er sich mit Beamten des FBI berät... Eines der Hauptthemen dieses Treffens war die strafrechtliche Verfolgung und mögliche Ausweisung von Ihor Kolomojskyj. ‚Unseren Quellen zufolge hat der FBI alle nötigen Dokumente vorbereitet, und derzeit wird die Möglichkeit einer Überstellung von Ihor Kolomojskyj an die USA zwecks strafrechtlicher Verfolgung erörtert.*" (112.ua, 19.4.20)

Beschlussfassung mit Änderungsanträgen zu torpedieren, am 6. April sind es bereits 16 000. Selenskyj und die Seinen operieren mit der bewährten Mischung aus Erpressung und Stimmenkauf, müssen aber auch noch gewisse Rechte des Parlaments aushebeln, von wegen Beratung der eingereichten Änderungsanträge – Die 16 000 Änderungsanträge werden uns nicht schrecken und werden die wichtige Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und dem IWF nicht aus der Bahn werfen. (112.ua, 2.5.20) – und berufen sich dabei explizit auf den Notstand: Der Fraktionsvorsitzende von Selenskyjs Partei, Arachamia, bestreitet nicht einmal die Behauptung der Gegner des Gesetzes; stellvertretend für viele Julia Timoschenko: Das ist ein Gesetz, das den Verlust der Souveränität der Ukraine bestimmt – er argumentiert *mit* der verloren gegangenen Souveränität. [219] Das Parlament soll sich das endlich eingestehen.

III. Eigenheiten der ukrainischen Demokratie

Dass 73 Prozent der Wählerstimmen und eine absolute Mehrheit im Parlament keineswegs garantieren, dass das Parlament als Gesetzgebungsmaschine funktioniert und robust durchregiert werden kann, sondern mit allen legalen und halblegalen Mitteln

[219] „*Ich sage nur, dass das Land systematisch auf Pump gelebt hat und die Schuldenlast des Landes größer wurde. Und als ein gewisser Höhepunkt erreicht war, kamen natürlich auch noch Krisenumstände obendrauf, der Krieg begann, die Belastung wurde noch höher, und alles ist dann im Zusammenhang mit dem Coronavirus aus den Fugen geraten, und jetzt ist die Wirtschaft krank. Und der IWF ist unsere Beatmungsmaschine, unsere künstliche Beatmung, um das Land zumindest in dem Zustand zu halten, in dem es sich jetzt befindet. Man kann die Beatmung abschalten und zusehen, was dann los sein wird. Beide Lösungen sind übel. Diejenigen Anhänger des Default, mit denen ich stundenlang diskutiert habe, die überblicken nur ein ganz kleines Stück, die sagen, wir werden kein Geld hergeben und die Probleme werden sich von selbst lösen. Aber die lösen sich nicht selbst, denn wir haben eine Rohstoff-Ökonomie, der Export besteht aus Rohstoffen, die Preise fallen usw. Sagen wir einander doch die Wahrheit: Ja, das ist heute die einzig wahre Lösung, deretwegen man sich unterwerfen und für dieses Gesetz stimmen muss.*" (Schuster live, youtube, 29.3.20)

zur Zustimmung erpresst werden muss – wie im Fall der beiden vom IWF rigoros verlangten Reformgesetze –, liegt an der Staatsräson, die die westlichen Mächte dem ukrainischen Staatswesen in Gestalt der gesammelten Reformen aufoktroyiert haben. Diese Reformen rühren im Parlament wie in der Gesellschaft lauter *unversöhnliche Interessen* auf:

Es tobt ein Krieg der als Oligarchen beschimpften Figuren um das, was die Befolgung der Prinzipien der sogenannten Berater von EU bis IWF, Soros-NGOs und US-Botschaftern aus der realsozialistischen Industrienation gemacht hat. Die Oligarchen, d.h. die wenigen Figuren, denen es gelungen ist, sich die Abteilungen aus dem wirtschaftlichen Erbe zu sichern, die zur Aneignung von Devisengewinnen taugen, *sind* daher aber auch im Wesentlichen die ukrainische Wirtschaft, also das, was die Wende und die Kündigung der arbeitsteiligen Verflechtungen mit Russland von der ukrainischen Wirtschaft übrig gelassen hat.

Gegen diese Verhältnisse, d.h. die *Ökonomie*, von der das Land leben muss, führt die Staatsgewalt ihren Machtkampf – zur Korruptionsbekämpfung und Implementierung marktwirtschaftlicher Reformen im Auftrag der Schutzmächte – und kommt dann doch nicht an der Macht der Oligarchen vorbei, an denen das notdürftige Überleben ganzer Städte und Provinzen hängt. Sie haben sich auch außerhalb des Parlaments als Machtfaktoren etabliert, die von ihnen aufgestellte und finanzierte *Privatarmeen* kommandieren; [220] und im Verein mit oder gegen die politischen Amtsträger ganze Regionen beherrschen.

[220] Dass die Oligarchen in der Ukraine als Privatgewalten im wörtlichen Sinn agieren, beruht darauf, dass die Poroschenko-Regierung nach dem Umsturz 2014 nicht dazu in der Lage war, den im Zuge des Maidan ausgebrochenen Konflikt mit Hilfe der regulären Armee zu beherrschen. Figuren wie Kolomojskyj haben die Freiwilligenbataillone aufgestellt und finanziert, die die weitere Ausdehnung des Aufstands gegen das neue Regime verhindert haben. Unter diesen Umständen ist der Übergang zum Plündern, Erpressen und Enteignen, sei es im eigenen oder im Interesse des oligarchischen Finanziers, dann einerseits fließend, während die Freiwilligen andererseits aber auch als nationale Helden gelten und

Und dann findet auch noch ein erbitterter Streit zwischen Zentralstaat und Regionen um die Finanzen statt, die für keinen reichen.

Auf der *politischen* Ebene hat die Westanbindung die Nation ebenfalls in unversöhnliche Lager gespalten: In vornehmlich im westlichen Landesteil beheimatete Anhänger der reinen Lehre von Marktwirtschaft und Demokratie und ihre Gegenspieler, vornehmlich im östlichen und südlichen Landesteil, die die Rettung der Nation vor diesen Diktaten, vor der vom Westen ausgeübten Fremdherrschaft verlangen; [221] in eingeschworene Russenfeinde,

---

sich im politischen Leben der Ukraine als Bastionen des gewaltbereiten ukrainischen Nationalismus fest etabliert haben. In beiden Rollen tragen sie tatkräftig zu dem Phänomen der – in der höflichen Ausdrucksweise der auswärtigen Berater – "geschwächten Rechtsstaatlichkeit" der Ukraine bei.

[221] Das ökonomische Desaster gibt ja Anlass genug für die entsprechenden Ressentiments, die dann in den zahlreichen vom Westen entsandten Fachleuten für gutes Regieren, die in politischen Gremien ebenso wie in Vorständen und Aufsichtsräten reichlich vertreten sind, ihre Belege finden:

„*Sechs Jahre sind seit dem zweiten Maidan vergangen, und bis heute besetzen, von Ukroboronprom [der größte ukrainische Rüstungskonzern] bis Ukrzalisnytzia [die ukrainische Eisenbahngesellschaft], Litauer, Paschtunen, Türken, Georgier, Deutsche, Schweden, Polen und andere Ausländer die Führungspositionen in Staatskonzernen und vielen Ministerien; und Ukrainer wie Petro Poroschenko und Arsenij Jazenjuk wurden zu Fremden... Haben sie dafür auf dem Maidan gekämpft? Jetzt beginnt jeder zu verstehen: Darauf zu warten, dass jemand von außerhalb kommt und uns den richtigen Weg weist, ist das Schlimmste und Gefährlichste, was uns passieren kann.*" (112.ua, 10.3.20)

Besonders die größte Oppositionspartei, „Oppositionsplattform – Partei für das Leben", propagiert diese Lesart:

„*Wenn Herr Selenskyj und sein neues bzw. upgedatetes Team, das heute antritt, nicht radikal den wirtschaftspolitischen Kurs ändern, das Freihandelsabkommen mit der EU kündigen, das unsere Wirtschaft verwüstet und zerstört, wenn sie ihre Zustimmung zu den EU-Sanktionen gegen Russland nicht zurückziehen, wenn sie die Märkte für unsere Exportprodukte nicht wieder zugänglich machen ... dann*

denen der Krieg gegen alles Un-Ukrainische in ihrem Vaterland – im kulturellen Leben wie im Donbass – gar nicht weit genug gehen kann, und Volksteile, die überhaupt nicht einsehen, warum sie sich den Gebrauch des Russischen als Muttersprache, den schönen russisch-orthodoxen Kirchgang und anderes mehr verbieten lassen, warum sie auf die eigenen Volksgenossen im Osten schießen und überhaupt die Russophobie zur Lebensmaxime machen sollten. Auch wenn der vorherige Präsident Poroschenko viel dafür getan hat, die Gegner seiner Linie der Entrussifizierung mit allen Mitteln von Kriminalisierung bis hin zu ein bisschen Terror aus dem Weg zu räumen oder zumindest mundtot zu machen, auch wenn die NGOs der Freiwilligenverbände mit Bombendrohungen gegen alles Pro-Russische, im Bedarfsfall auch mit Mord und Totschlag assistieren – auf der Grundlage, dass sich die Nation mit ihrem Krieg, der nicht zu gewinnen ist, und mit dem fortschreitenden Verfall der Ökonomie immer weiter ruiniert, lässt sich auch die politische Spaltung der Nation in latente Bürgerkriegsparteien nicht per Verbot und mit einigem Gewalteinsatz erledigen, zumal ja gerade Selenskyj mit seinem Frieden und Versöhnung versprechenden Wahlprogramm einerseits den Russland zugeneigten Kräften Auftrieb verschafft hat und damit andererseits deren Gegner auf die Barrikaden bringt.

Dass die westlichen Aufsichtsmächte der Ukraine zu allem Überfluss auch noch *Demokratie* verordnet haben, führt dazu, dass die dann sehr eigentümliche Formen annimmt: Die Inhaber der und die Aspiranten auf die Macht spalten sich sehr grundsätzlich an allen Fragen, die die „Sache der Nation" betreffen, sodass von einem auch nur irgendwie akzeptierten Allgemeinwohl nicht die Rede sein kann; sie stehen sich als *Feinde* gegenüber, die sich nicht auf ein das Volk disziplinierendes Verhältnis von Regierung und Opposition einlassen, sondern sich lieber politisch – nicht selten auch physisch – vernichten wollen. Politik in der Ukraine ist ein *Kampf*, in dem den Kontrahenten für die Durchsetzung ihrer

wird sich absolut nichts ändern... Seit Selenskyj und seine Mannschaft an der Macht sind, hat sich das Land von Armut zum Pauperismus entwickelt."
(112.ua, 4.3.20)

Interessen jedes noch so hässliche Mittel recht ist.[222] Und das gilt ebenso für deren jeweilige, ebenso verfeindete Anhänger in Volk und Öffentlichkeit, die es auch nicht bei Meinungsverschiedenheiten belassen, sondern ihre fundamentalistischen Gegensätze handfest betätigen.

Zwar nimmt in der Ukraine der an die Staatsspitze gewählte Mann die Macht über den Staat in Besitz, wie in anderen zivilisierten Staaten auch; er erfährt freilich in seinem Bemühen, das von ihm repräsentierte höhere Staatsinteresse durchzusetzen, dass der Vorsitz über diese Staatsgewalt keineswegs mit einem Kommando über die Gesellschaft zusammenfällt. Die feindlichen Interessen begründen Zustände, die auswärtige Kritiker als eine beklagenswert „schwache Staatlichkeit" bemängeln; gemessen an einer ordentlichen Staatsgewalt sind ja auch lauter Defizite zu konstatieren: Von der Regierung für notwendig befundene Gesetze werden vom Parlament blockiert; auch im Falle ihrer Annahme und erfolgreichen Eintragung im Gesetzesblatt steht keineswegs fest, dass es auch zur Anwendung kommt; und im Falle der Anwendung wiederum bleibt offen, ob die Gerichtsbarkeit dem Geist der Gesetze oder lieber anderen Angeboten folgt, untergeordnete Staatsabteilungen machen sich selbständig...

Das Gewaltmonopol, das die Regierung in Kiew als Herrin der Exekutive *formell* ausübt, ist *faktisch* keines: Das Staatsgebilde ist ein Kampffeld partikularer Interessen,[223] die Regierungsgewalt bricht sich an der Eigenmächtigkeit politischer Formationen und

[222] Standardwitz von Selenskyj im Wahlkampf: *„Der Frühling kommt – wir buchten ein."*

[223] Eine gewisse Ironie der Sache besteht darin, dass der Staat sich in einer ähnlich schlechten Verfassung befindet wie der russische vor ungefähr zwei Dekaden, der damals Kollege Putin den Auftrag zur "Herstellung der Vertikale der Macht" entnommen hatte, was ihm seitdem als schwerer Verstoß gegen die Demokratie vorgehalten wird. Im Fall der Ukraine vermissen die Schutzmächte einerseits eine solche Vertikale ebenfalls, andererseits verbieten sie aber auch mit ihrem Bestehen auf demokratischen Sitten – bislang – deren Herstellung.

der Privatherrschaft von Figuren wie dem oben erwähnten Kolomojskyj.

Dass es so und nicht anders um die Machtverhältnisse im Land steht, muss Selenskyj nolens volens eingestehen. Als Protagonist der Vorstellung, das Glück der Nation würde vereitelt von einer verdorbenen und verantwortungslosen politischen Klasse, sodass unnachsichtiger Kampf gegen die Korruption, Auswechseln und Einsperren der Bösen *die* Medizin gegen das Leiden der Nation wären, muss er sich von der zweifachen Staatskrise – Default und Pandemie – eines Besseren belehren lassen. Sein Staat ist – auch mit dem besten Willen zu *good governance* regiert – *mittellos und ohnmächtig*, und die Corona-Krise wirkt wie ein Brandbeschleuniger bei der Auflösung der staatlichen Kommandoverhältnisse: Angesichts der Unfähigkeit der Zentrale, Mittel zum Umgang mit der Krise zu stiften, gehen die lokalen Autoritäten zu offener Befehlsverweigerung über, rhetorisch und praktisch; Selenskyj droht den aufsässigen örtlichen Autoritäten, Bürgermeistern oder Oligarchen und kann seine Drohungen nicht wahrmachen. Und schließlich sind seine Feinde, die Oligarchen, die *einzige verlässliche Macht und Geldquelle*, auf die die Nation zurückgreifen kann:

> *„Im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus hat der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, derweil die größten Oligarchen des Landes gebeten, als ‚Kuratoren' bestimmte Regionen in ihre Obhut zu nehmen. Für das Gebiet Luhansk hat sich der reichste Mann des Landes zuständig erklärt, Rinat Achmetow... Die finanzstarken Oligarchen mit ihrem intransparenten Einfluss auf die Politik waren in den vergangenen Jahrzehnten eines der Grundprobleme der Ukraine. Einige haben sich jedoch nach 2014 auch in der Abwehr der russischen Aggressoren hervorgetan, etwa die Bataillone der Freiwilligen ausgerüstet." (FAZ, 1.4.20)*

Selenskyj über sein Gespräch als Bittsteller:

> *„Ich habe mit ihnen ganz offen gesprochen. Wir haben sehr lange geredet. Wir machen einen gesonderten Fonds für Medikamente und viele andere Mittel. Wir werden 12-13 Milliarden Griwna brauchen.*

Außerdem seien für die Auszahlungen an Rentner weitere 10 Milliarden Griwna erforderlich." (strana.ua, 16.3.20)

Die offiziell zu Kuratoren über „ihre" Landesteile ernannten Oligarchen lassen sich nicht lange bitten, bedanken sich höflich für ihre Ermächtigung, zahlen vorsichtshalber nicht gleich in den von der Regierung gewünschten Fonds ein, sondern nutzen lieber die Gelegenheit, als Kompensation für ihre Krisenhilfen Steuererleichterungen zu verlangen, sich den Zugriff auf bis jetzt noch dem Staat gehörende Häfen, Industrieanlagen etc. zu sichern, über die von Selenskyj eingesetzten Gouverneure und den ganzen an der Zentrale hängenden Apparat herzufallen und die letzten Beschränkungen ihrer Herrschaft in den ihnen gehörenden Sprengeln zu beseitigen.

Auch auf einem anderen Gebiet, auf dem der neue Präsident die Nation in eine bessere Zukunft führen wollte, sieht es nicht besonders gut aus.

IV. Krieg und Frieden im Donbass

Die Art von Krieg im Osten gegen Teile des eigenen Volks und deren russische Unterstützung, die sich die Ukraine mit ihrem Lagerwechsel eingehandelt hat, erfüllt zwar für die westlichen Mächte die Funktion, Russland dauerhaft allerlei Kosten zu bereiten, bringt aber die Ukraine in eine zunehmend unhaltbare Lage: Ihr an der Front aufgebautes Militär, schlecht ausgerüstet und schlecht ernährt, ist zwar gemeinsam mit den fanatischen Freiwilligen-Milizen dazu in der Lage, mit ihrem Dauerbeschuss die Ostgebiete zu terrorisieren, aber irgendeine Sorte von Sieg ist nicht abzusehen, sodass sich, je länger sich die Sache hinzieht, Kriegsmüdigkeit im Volk ausbreitet. Der neue Präsident wollte den Konflikt unbedingt beenden; es ist nur so, dass Selenskyj bei dieser Materie außenpolitisch so gut wie nichts in der Hand hat – stattdessen werden seine Bemühungen mit einer Radikalisierung der inneren Fronten und einer Bloßstellung seiner relativen Machtlosigkeit beantwortet.

Selenskyjs unglückliche Friedensliebe

Die Bedingungen für die Umsetzung eines sogenannten Friedensplans sind in den Minsker Verträgen festgelegt, und über den Prozess wachen die vertragschließenden großen Mächte. Es waren schließlich Deutschland und Frankreich, die angesichts des drohenden Durchmarsches der (pro-)russischen Kräfte im Osten eine Art Rettungsanker für die damalige Führung der Ukraine (Die Zeit, 10.12.19) ausgeworfen und Russland einiges konzediert haben, um die vollständige Niederlage der Ukraine abzuwenden: Die Verträge Minsk I und II ratifizieren die Verluste der Ukraine, aufgrund derer den Ostgebieten Rechte, also von der Ukraine zu erfüllende Pflichten zugestanden werden mussten: Gewährung eines in der Verfassung verankerten Sonderstatus, freie Wahlen in den abtrünnigen Gebieten, Amnestie für die Kämpfer usw. [224]

Seit über fünf Jahren weigert sich die ukrainische Führung, auch nur einen einzigen der dreizehn Punkte des Abkommens zu erfüllen, weil die nichts anderes als die *Anerkennung* der verlustig gegangenen Souveränität im Osten zum Inhalt haben. Leisten kann sich die Ukraine diese Verweigerungshaltung, weil und solange sie dabei eine an den Friedensverhandlungen gar nicht beteiligte Macht hinter sich hat: Die USA hatten und haben nicht viel übrig für die europäische Konkurrenz und deren Verhandlungen mit Russland und haben der Kiewer Regierung vor vier Jahren vom damaligen Sonderbotschafter Volker ihre eigene Lesart von „Minsk" beibringen lassen, die die vertraglichen Festlegungen schlicht und einfach negiert, nämlich in Umkehrung der vertraglich festgelegten Reihenfolge die Übergabe der Kontrolle über die Grenze zur *Voraussetzung* für die anderen vereinbarten Regelungen erhebt, was nicht einfach eine Frage der Reihenfolge von Schritten in einem irgendwie „gemeinsamen Friedensfahrplan" ist, sondern der *Umkehrung des diplomatisch ratifizierten Kriegsergebnisses* gleichkommt. [225]

[224] Siehe auch: Das Minsker Abkommen: Schon wieder so ein Friedensprozess in der Ausgabe 3-15 dieser Zeitschrift.

[225] Der ehemalige amerikanische Ukraine-Beauftragte Volker:

Russland soll die Kontrolle über die Volksrepubliken herschenken – Die Kontrolle über die ukrainische Grenze zurückgeben!– und die militärische Niederlage der Ukraine ungeschehen machen.

Mit diesem forschen Antrag auf Revision fängt sich Selenskyj nicht nur von Russland, das nicht daran denkt, seine vertraglich gesicherte Position zu räumen, eine klare Abfuhr ein. Auch die europäischen Führungsmächte sind nicht dazu aufgelegt, sich Korrekturen ihres Abkommens diktieren zu lassen, mit dem *sie* sich ihren Einfluss auf das Kriegsgeschehen und die russische Seite bewahren wollen.

Zwischen der US-Leitlinie, nach der das Normandie-Format zu nichts anderem gut zu sein hat als dazu, dass Russland die Kontrolle über die Grenze zurückgibt, der Weigerung Deutschlands

---

"*Trotz größerer Mängel der Minsker Vereinbarungen hat die US-Administration anerkannt, dass sie die einzigen nach dem Konflikt abgefassten Dokumente sind, in denen Russland die territoriale Integrität der Ukraine formell anerkennt. Die Administration bestand deshalb auf der vollständigen und getreuen Implementierung der Minsker Vereinbarungen durch Russland, was einschließt, dass Russland die Kontrolle der ukrainischen Seite der internationalen Grenze wieder den ukrainischen Behörden übergibt. Während Frankreich und Deutschland zögerten, Russland öffentlich unter Druck zu setzen, stattdessen ‚beide Seiten' dazu aufriefen, Schritte zu unternehmen, waren die Vereinigten Staaten freimütiger und direkter und haben Russland dazu aufgerufen, seine Minsk-Verpflichtungen zu erfüllen, einschließlich des Rückzugs ausländischer Streitkräfte, der Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen und der Auflösung der sogenannten Volksrepubliken.*" (Foreign Policy, 28.1.20)

Da Russland auf den vereinbarten Vertragsbedingungen besteht, dem ukrainischen Außenminister also nichts anderes übrig bleibt, als sie zu unterschreiben, damit überhaupt wieder Verhandlungen zustande kommen, sorgt der amerikanische Ukraine-Beauftragte höchstpersönlich für eine etwas ungewöhnliche Diplomatie und passt darauf auf, dass der Außenminister seine Unterschrift auch ordentlich widerruft:

„*Prystajko, flankiert vom amerikanischen Ukraine-Beauftragten Kurt Volker: ... Von Wahlen im Donbass nach den Regeln der dortigen Machthaber sei nicht die Rede. Volker fügte hinzu: ‚Für freie und faire Wahlen bedarf es einer freien, fairen und sicheren Situation. Da können Russland und seine Gehilfen nicht dort die Lage kontrollieren.*" (FAZ, 20.9.19)

und Frankreichs, sich von Washington ihren Normandie-Prozess kaputtmachen zu lassen und Russland, das nicht den geringsten Grund hat, seinem zur Russlandfeindschaft konvertierten Nachbarn irgendetwas zu schenken – zwischen diesen Polen laviert der neue Präsident, sehnt sich fernsehöffentlich heftig nach Frieden, hat aber nichts zu bestellen und gerät überdies zu Hause unter heftigen Beschuss.

Die nationale Opposition sieht in den Verhandlungen nämlich nichts als Kapitulation und Verrat an der Nation, Vertreter der Freiwilligenbataillone proben den Aufstand und besetzen Abschnitte der Waffenstillstandslinie, um eine im Normandie-Format vereinbarte partielle Truppenentflechtung zu verhindern. [226] Angesichts dieser prekären Lage im Inneren kommt der Präsident schließlich nicht umhin, die Dienste seines Innenministers als Rückversicherung gegen das nationalistische Lager in Anspruch zu nehmen: Der setzt sich als eigentlicher Machthaber in Szene und verkündet, dass Selenskyj keine roten Linien überschritten, dass also er, Awakow, alles unter Kontrolle habe.

Die innere Front des Kriegs gegen den „Aggressorstaat"

Arsen Awakow, die Figur, die es immer wieder darauf anlegt, den Präsidenten auf diese Art zu blamieren, der einzige Vertreter der Vorgängerregierung, der sich in der Regierung gegen den

[226] „*Die Situation bei der Trennung der Truppen in Petrowske und Solote wird immer angespannter. Die Nationalisten haben einen ‚Widerstandsstab' eingerichtet und sagen, dass sie beabsichtigen, den Abzug der ukrainischen Truppen zu sprengen.*" (strana.ua, 9.10.19) Selenskyj, der an die Front reist und versucht, ihnen gut zuzureden, gerät in die peinliche Lage, vor den Fernsehkameras versichern zu müssen, dass er immerhin der Präsident und keine Flasche ist: „*Hör zu, ich bin der Präsident dieses Landes und ich bin 42 Jahre alt. Ich bin nicht irgendein Volltrottel. Ich bin hergekommen zu dir und habe gesagt: ‚Die Waffe weg.' Bring mich nicht dazu, dass ich jetzt etwas unternehme. Ich wollte in deinen Augen sehen, dass du mich verstehst. Aber ich habe einen Kerl vor mir, der für sich beschlossen hat, dass vor ihm irgendein naiver Trottel steht, dem er sagen kann, wo es langgehen soll.*" (112.ua, 27.10.19) Die Freiwilligenbataillone antworten mit verstärktem Beschuss der Ostgebiete.

Furor des Ze!teams behauptet hat, steht in der Ukraine tatsächlich an der Spitze einer „Vertikale der Macht", nämlich *seiner eigenen*. Während die Armee formell dem Präsidenten untersteht, befehligt der Innenminister ein stattliches Arsenal an Exekutivgewalten: Er hat das Kommando über die Polizei und die 50 000 Mann starke Nationalgarde, eine getrennt von der Armee unterhaltene Kampftruppe für die Grenzsicherung und die Wahrung der inneren Sicherheit (wikipedia.de), die inzwischen als die entscheidende Kraft an der Front gilt und sich aus Teilen der Freiwilligenbataillone zusammensetzt. Darüber hinaus ist Awakow der Schutzherr der weiterhin autonom operierenden Freiwilligenverbände und ihrer politischen Ausläufer.

Was in der Ukraine unter innerer Sicherheit zu verstehen ist, beleuchtet der andauernde Verweis auf die Straße bzw. einen möglichen neuen Maidan in den politischen Debatten: Die Nationalgarde ist eine Truppe, die nicht nur im Osten kämpft, sondern auch im Inneren für gewalttätige Auseinandersetzungen bereitsteht, um gegen die elementare Spaltung der Nation, die sich eben nicht nur in einen großen und einen kleinen Teil im Osten, sondern auch hinter der Waffenstillstandslinie in verschiedene Lager zerlegt hat, die Verpflichtung auf die Westausrichtung gegen Proteste aller Art durchzukämpfen. Dass die Nationalgarde unter diesen Verhältnissen zunehmend auch „Polizeifunktionen" ausübt, wie sich wohlwollende Kommentatoren auszudrücken pflegen, dokumentiert eher die Tatsache, wie viel Gewalt vonnöten ist, um diese Lage unter Kontrolle zu halten.

Genau wegen dieser Funktion unterhalten die USA beste Beziehungen zu Awakow: In ihrem Auftrag hat er einige Abteilungen der Milizen in die Nationalgarde eingegliedert und dient den USA in dieser Position als *der* Gewährsmann für die gewaltsame Kontrolle des politischen Innenlebens der Ukraine. [227] Awakow gibt

[227] Aus diesem Grund hat Amerika auch Ausbildung und Ausstattung des berüchtigten Asow-Regiments betrieben, das dann wegen starker Indizien für Rechtsextremismus ins Gerede gekommen ist: „*2016 hatte der Kongress bereits eine Resolution verabschiedet, nach der das US-Militär die Neonazi-Organisation weder trainieren noch unterstützen oder mit Waffen versorgen darf. Das*

mit demonstrativen Auftritten gegen den Präsidenten zu verstehen, wo die Macht im Staat angesiedelt ist,[228] und dirigiert bei

Pentagon erreichte allerdings, dass die Resolution aus dem Pentagon-Budget-Gesetz wieder entfernt wurde." (Telepolis, 2.11.19)

Schließlich darf man beim Einsatz lokaler Hilfskräfte nicht kleinlich sein:

„*Die frühen Siege der Asow-Bewegung verliehen ihr den Ruf einer Einrichtung, in der sich ultrarechte Extremisten und bekennende Neonazis zu Hause fühlen konnten... Fünf Jahre später ist das Bataillon nun selbst ein offizieller Teil der ukrainischen Nationalgarde. Asow hat 2016 eine politische Partei, das ‚Nationalkorps', gegründet, die von Andrej Bilezkyj geleitet wird, der früher einmal Chef der Neonazi-Organisation ‚Patriot der Ukraine' war. Letztes Jahr gründete Asow die Nationale Miliz, eine paramilitärische Gruppe, die mit ihrem Hang zu Gewalttätigkeiten und Selbstjustiz manchen Menschenrechtsgruppen Sorgen bereitet. Mit einer von Asow behaupteten Zahl von 10 000 Mitgliedern dürfte sie auf absehbare Zeit eine feste Größe in der ukrainischen Politik bleiben*." (There's One Far-Right Movement That Hates the Kremlin, Foreign Policy, 17.4.19)

Dass das Regiment ein Sammelplatz für Faschisten aus aller Herren Länder ist – auch der Christchurch-Attentäter ist da ausgebildet worden –, passt irgendwie schon auch zu der diplomatischen Floskel der US-Politik von der "vibrant civil society", mit der man dort die demokratische Qualität der Ukraine zu loben pflegt.

[228] „*Die Tatsache, dass Selenskyj Awakow im Amt belassen hat, ist ein Anzeichen für Unsicherheit des Präsidenten und zeugt davon, dass dieser sich gefährdet fühlt. Sein Team hat Angst davor, dass das Nationalkorps, im Falle einer Absetzung des Ministers, auf die Straßen ziehen und es Probleme mit der Nationalgarde und der Polizei geben könnte, sodass niemand ihrer Herr werden kann."* (Zaxid.net, 2.9.2019)

„Awakow begann, seinen Einfluss zu demonstrieren. Zunächst holte er die Nationalgarde, die direkt ihm untersteht, auf die Straßen der ukrainischen Städte... Bis dahin sprachen die Unterstützer Poroschenkos immer davon, dass sich Selenskyj vor Paraden fürchte, da ihm die Streitkräfte den Kriegsgruß verweigern würden. Während der Feierlichkeiten agierten die Soldaten aber nach Plan und erwiesen dem Präsidenten den Kriegsgruß. Ganz anders die Nationalgarde: sie zeigte sich undiszipliniert und erwies den Gruß entweder gar nicht oder nicht nach Vorschrift." (a.a.O.)

Unruhen aller Art öffentlichkeitswirksame Einsätze von Polizei und Nationalgarde, damit auch das Volk registriert, wer im Land wirklich für Ordnung sorgt.

Bei Gelegenheit beklagt sich der Präsident, geradezu in einem Anfall von Ehrlichkeit, über die bedauerliche Schwäche seines Amtes:

> *„Ich möchte, dass mir die Möglichkeit gegeben wird, mir wurde das Mandat gegeben und ich möchte nicht auf einer Sprengfalle stehen, sondern ein normaler, starker Präsident sein, und mich mit unterschiedlichen Aktionen zu schwächen, ist unnötig, einfach unnötig." (ukraine-nachrichten.de, 15.12.19)*

Putin lässt es sich da selbstverständlich nicht nehmen, gegen die ständigen Vorwürfe, dass er derjenige sei, an dem der Frieden scheitert, die Minsker Vertragspartner darauf hinzuweisen, dass der ukrainische Kontrahent es an elementarer Vertragstreue fehlen lässt: Wir haben eine Trennung der Konfliktparteien vereinbart, doch der amtierende Präsident kann keine Trennung der Militäreinheiten und Technik gewährleisten. Er kann das einfach nicht. (Sputnik, 11.10.19) Die Europäer sollen zur Kenntnis nehmen, dass sie eine Regierung protegieren, die sich nicht an Vertragsbestimmungen hält, sich nicht einmal im Inneren durchsetzen kann, der eigentlich die Geschäftsfähigkeit für den diplomatischen Verkehr, also überhaupt die Qualität eines Verhandlungspartners abgeht.

Auch nach Selenskyjs missglücktem Auftritt bei der geplanten Entflechtung an der Front, bei dem der Präsident mit der offenen Befehlsverweigerung seitens der Freiwilligenverbände konfrontiert wird, dokumentiert der Innenminister, wie weit sein Einfluss reicht:

„Das Schlimmste ist, dass die Konfrontation Selenskyj-Asow aus den Kabinetten in Kiew an die Frontlinie verlegt wurde... nach der ‚Diskussion' des Präsidenten mit einem der Freiwilligen in Solote flog Awakow nach Mariupol, um die ‚Seinen' zu unterstützen und besuchte ein mobiles Zentrum von ‚Asow'." (Zaxid.net, 30.10.19)

Außenpolitisch ist die Selenskyj-Regierung allerdings von noch einer ganz anderen und entscheidenden Seite ins Abseits gestellt worden.

Das Leiden an Trump und den europäischen Schutzmächten

Die Weltöffentlichkeit hat sich vor allem dafür interessiert, ob die Tatsache, dass Trump versucht hatte, den ukrainischen Präsidenten mit der Zurückhaltung von Militärhilfe zur Beihilfe bei der Inszenierung einer Schmutzkampagne gegen Herausforderer Biden [229] zu erpressen, ausreichen würde, um das von den Demokraten angestrengte Impeachment-Verfahren zum Erfolg zu bringen. Kaum interessiert haben sie sich für die in diesem Zusammenhang erfolgte Klarstellung, wie wenig der US-Präsident für die nationale Sache der Ukraine übrig hat.

Trump versteht wieder einmal nicht, warum sich Amerika für fremde Interessen hergeben soll, und erst recht für ein korruptes Drecksloch – Ukraine is a corrupt country. We are pissing away our money (New York Times, 29.12.19) –, das er schon immer im Verdacht hatte, Wahlhelfer für seine demokratische Konkurrenz zu beherbergen. Statt den USA zur Last zu fallen, soll doch die Ukraine ihre Probleme mit dem übermächtigen Kriegsgegner Russland gefälligst alleine lösen:

> *„I would like them to agree. If they got along with each other, it would be wonderful for the whole world." (Trump wants Ukraine and Russia to reconcile, 112.ua, 23.2.20) –*

[229] Ein Mittel im Kampf der USA gegen die Korruption in der Ukraine bestand und besteht nun mal eben darin, dass sich Amerika in Gestalt seiner Geschäftsleute Restposten der ukrainischen Ökonomie aneignet; für diese ehrenwerte Aufgabe haben amerikanische Politiker unter anderem auch gern Söhne. Historisches Pech, dass Joe Biden, wo er doch früher als Oberkämpfer gegen die Korruption in der Ukraine aufgetreten ist, jetzt mit demselben Verdacht traktiert wird.

was für die Ukraine ungefähr einer Aufforderung zur Kapitulation gleichkommt.

Der US-Präsident vollzieht damit eine imperialistische Volte von besonderer Schönheit, denn schließlich war ja der Lagerwechsel der Ukraine, die Herstellung ihrer sogenannten „Unabhängigkeit", sprich: die Wende zur totalen Konfrontation mit Russland, auch und gerade das Werk Amerikas. Die Weltmacht hat die vorwiegend westukrainische, nationalistische Russland-Feindschaft ermutigt und instrumentalisiert, als Volksbewegung auf dem Maidan orchestriert bis hin zum Putsch gegen die Janukowitsch-Regierung; unter Führung von Victoria (Fuck the EU) Nuland hat man in der Ukraine eine neue Regierung installiert, das ganze Staatswesen auf eine Politik der Abspaltung von Russland ausgerichtet und damit in eine Konfrontation geführt, die diese großartige, freie Ukraine aus eigener Kraft so wenig bestehen kann, dass sie es überhaupt nur am Tropf von IWF-Krediten und Militärhilfe geschafft hat, die bisherigen sechs Jahre Krieg irgendwie auszuhalten.

Und dieses Produkt der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber Russland begutachtet nun Trump und kann in der Pflege dieser Nation hinten und vorne keinen Nutzen für Amerika entdecken, wenn schon nicht einmal das bisschen Dienstleistung für seinen kommenden Wahlkampf zu haben ist. Die amerikanische Administration hat sich angesichts von Trumps „Appeasement"-Politik und der angedrohten Blockade der Waffenhilfe große Mühe gegeben, den Präsidenten vom Sinn der Militärhilfe für die Ukraine zu überzeugen; an dieser sogenannten Hilfe lässt sich im Übrigen aber auch gut unterscheiden, wie sich Amerika dort nach *seinen* strategischen Bedürfnissen einrichtet und was dabei für die Nation abfällt, die dafür den Standort abgeben darf. Und da hat sich unter Trump offensichtlich die Einsicht durchgesetzt, dass ein zusätzlicher besonderer Aufwand zur Betreuung dieser Nation, wie der von Biden während der Obama-Regierungszeit, nur Verschwendung von Zeit und Geld ist. Ausgerechnet die Garantiemacht Amerika dementiert jetzt in Gestalt ihres Präsidenten die bisherige Lüge, dass Amerika voll und ganz hinter der nationalen Sache der Ukraine steht. Das war zwar die

Rechtfertigung für den politischen und militärischen Zugriff Amerikas auf die Ukraine, und der wird auch unter Trump überhaupt nicht infrage gestellt; aber warum soll ein US-Präsident bei der Benutzung anderer Nationen im Namen amerikanischer Größe so tun, als ob ihn das Verständnis für deren Notlage dazu motivieren würde. Unter dem Strich eine extrem ungemütliche Position für einen komplett abhängigen Frontstaat.

Erschwerend kommt die Tatsache hinzu, dass Trump die imperialistische Lage auch für die europäischen Schutzmächte aufmischt und damit vor allem Frankreich zu einer Neubewertung der strategischen Verhältnisse in und um Europa und vor allem gegenüber dem russischen Partner veranlasst. Dabei legt sich Macron explizit darauf fest, dass Frankreich Russland nicht als Feind betrachtet, benennt zwar allerhand Konflikte, bekundet aber auch seine Erwartung, dass man sich darüber mit Russland verständigen könne. Dass Macron also eine Annäherung an russische Interessen durchaus in Betracht zieht, wenn das der europäischen Emanzipation nützt, wie sie ihm vor Augen steht, stellt für die Ukraine eine regelrechte Katastrophe dar: Wenn sich die europäischen Führungsnationen womöglich um eine neue Sorte Verständigung mit Russland bemühen, ist nicht auszuschließen, dass die europäischen Schutzmächte die ukrainischen Interessen als Hindernis bewerten und zugunsten ihrer Berechnungen opfern.

Während der Verhandlungen im Normandie-Format muss die ukrainische Führung registrieren, dass ihre Forderung, „Minsk" auf den Kopf zu stellen, auch von Frankreich und Deutschland auf eine eher kühle und undiplomatische Art abgeschmettert wird. Auf die Art und Weise zeigen die europäischen Führungsnationen – neben den pflichtgemäßen Solidaritätsbekundungen für den geschätzten Partner Ukraine – dem neuen Kollegen aus Kiew auch einmal halb-öffentlich eine gewisse Verärgerung darüber, dass es die Ukraine, die ja im Wesentlichen durch die US-Botschafter instruiert wird, mit der Vertragstreue auch am nötigen Respekt vor *ihrer* Vermittlungstätigkeit fehlen lässt.

Frühjahrsoffensiven an allen Fronten

Angesichts dieser Verunsicherung durch die unverzichtbaren Schutzmächte versucht sich die Ukraine in der Flucht nach vorn: Awakow hatte schon Ende vergangenen Jahres eine Truppenentflechtung auf breiter Front abgelehnt, weil dies für die Ukraine nachteilig sei. Der ukrainische Verteidigungsminister schließt sich dem an:

> *„Die vollständige Truppenentflechtung könne Jahre dauern, denn die Ukraine sei an einem ‚Einfrieren' des Konflikts – das heißt dem stillschweigenden Ende der direkten Feindseligkeiten – nicht interessiert. Dies nämlich erwecke international den Eindruck, dass Kiew sich mit der ‚Okkupation' eines Teils des Staatsgebiets abgefunden hätte. Das aber wäre, so Saborodnjuk, fatal für das Bestreben der Ukraine, mehr politischen und militärischen Rückhalt von den USA und der EU zu erhalten. In der EU würde sofort wieder der Ruf nach einem Ende der antirussischen Sanktionen aufleben, und in den USA könnten Zweifel am Sinn der militärischen und politischen Unterstützung für Kiew aufkommen." (Junge Welt, 30.1.20)*

Bevor sich alle mit einem eingefrorenen Konflikt abfinden, rücken ukrainische Kämpfer weiter in die entflochtenen Zonen ein, und die Scharmützel nehmen zu. Und so ist ein halbes Jahr nach Selenskyjs erstem Schritt zur Beendigung des Krieges mehr heißer Krieg fällig, und zwar aus dem offen erklärten Motiv, die eigenen Schutzmächte zu mehr Unterstützung zu erpressen. Die verlangen aber ungerührt weiter Schritte zur Umsetzung der Vereinbarungen von Paris, ein neues, direktes Gesprächsformat zwischen der Kiewer Regierung und den beiden abgespaltenen ‚Volksrepubliken' des Donbass (Junge Welt, 16.3.20), was wiederum Selenskyj neue Unruhen im Inneren beschert. [230]

[230] *„In Kiew haben am Sonnabend einige tausend militante Nationalisten gegen Präsident Wolodymyr Selenskyj demonstriert... Ein Redner aus den Reihen des faschistischen Bataillons ‚Asow' erklärte, die ‚Veteranen' seien die ‚Herren der Straße'. Ein Transparent verkündete stolz: ‚Wir schießen seit 2014'. Hauptforderungen waren der Rücktritt des Präsidenten und die ‚Freilassung aller politischen Gefangenen'. Eine zweite Demonstration am Samstagabend endete vor dem Gebäude der russischen*

Schon die Tatsache, dass die Regierung überhaupt verhandeln will, zeigt den militanten Nationalisten, dass sie bereit ist, aufs Schießen zu verzichten und heilige Rechte der Nation an den Feind zu verkaufen; wenn der dann auch noch Selenskyjs Konzessionsbereitschaft in Sachen neue, direkte Gesprächsformate anerkennt und begrüßt, dann steht für die Kameraden von der Partei des Krieges der Hochverrat des Präsidenten mal wieder endgültig fest,[231] und sogar in seiner eigenen Partei stößt Selenskyjs Friedensdiplomatie auf massiven Widerstand.

*

Der amerikanische Präsident ist so frei, die Ukraine vor allem unter dem Gesichtspunkt seines anstehenden Wahlkampfs zu betrachten. Was im Land sonst noch so vorgeht, interessiert ihn genau so wenig wie die Rolle, die dieser neu gewonnene Frontstaat in der Weltkriegsstrategie gegen Russland spielt. Er geht einfach davon aus, dass ihm als Chef der mächtigsten Nation auf dem Globus alle Mittel zur Verfügung stehen, dem Rest der Welt, Russland inklusive, jederzeit und überall seinen Willen aufzuzwingen. Dass der Commander in Chief davon auch ausgehen *kann*, dafür sorgt seine Administration. Sie sichert das Kommando über die Staatenwelt, das ihm so selbstverständlich vorkommt, mit

Botschaft, das aus der Menge mit selbstgebauten Raketen und Feuerwerkskörpern beschossen wurde. Die Polizei beschränkte sich darauf, einen Sturm auf das Botschaftsgelände zu verhindern." (Junge Welt, 16.3.20)

[231] „*Petro Poroschenko: ‚Die Schaffung irgendwelcher Konsultativ-Räte mit russischen Marionetten ist der Weg in eine schleichende Kapitulation. Die Gründe für eine Abkehr von einer NATO-Mitgliedschaft und eine Wiederaufnahme der Wasserversorgung der besetzten Krim werden immer deutlicher. All dies will der Kreml. Die Umsetzung solcher Initiativen ist gleichbedeutend mit Hochverrat. ...*"

Julia Timoschenko: ‚Meine Position ist und war immer klar und eindeutig. Es gibt keinen internen Konflikt in der Ukraine. Es gibt einen Krieg Russlands gegen die Ukraine im Donbass. Es gibt eine Besetzung der Krim durch Russland. Die unterzeichneten Dokumente sprechen erneut von einem nicht existierenden Bürgerkrieg." (uacrisis.org/de, 16.3.20)

einem Putsch hier, einer Waffenpartnerschaft oder Intervention da, in mühsamer Kleinarbeit – und sie macht ihren Job auch in einem corrupt country, das der Präsident verachtet. Sie passt z.B. auch politisch darauf auf, dass sich die Russlandfeindschaft als ukrainische Staatsraison gegen alle Hindernisse in dieser gespaltenen Nation behauptet, weil sie den Wert der Ukraine als vorgeschobene strategische Bastion des US-Militärs kennt; und so viel „Pflege" der Ukraine braucht es ja immerhin schon auch für die strategische Inanspruchnahme des Landes.

V. „Westernization" der ukrainischen Armee

Die amtierende ukrainische Regierung hat sich bei ihrem Bekenntnis zu dem vom Westen aufgestellten Reform-Katalog die des Militärs zum besonderen Anliegen gemacht. Selenskyj:

> *„‚Besonderes Augenmerk lege ich auf die Reform der Führungsstruktur innerhalb der ukrainischen Streitkräfte.' Selenskyj betonte, dass die Ukraine im Jahre 2020 damit beginnen werde, die Standards und Verfahrensweisen der NATO einzuführen, vor allem bei der Ausbildung der Truppen. ‚Diese Arbeit machen wir nicht nur zum Schein. Sie soll zu wirklichen Schritten bei der Reform der ukrainischen Armee führen, in Einklang mit den Standards der Nordatlantischen Allianz'." (president.gov.ua, 26.6.19)*

Der Präsident ist schwer dafür, endlich und ernsthaft NATO-Standards und Verfahrensweisen in seinen Streitkräften einzuführen, auf dass deren nach seinem Urteil schon jetzt hohe Schlagkraft –

> *„Ich habe mich noch einmal davon überzeugt, dass unsere Einheiten in jeder Situation ein hohes Niveau an Kampfbereitschaft besitzen" –*

auf Weltniveau wachse:

> *„Wir brauchen eine schlagkräftigere Armee... Wir brauchen eine High-level-Armee", sagte der Präsident" –*

weil ja allgemein gilt:

„... eine schlagkräftige Armee macht die Position eines jeden Staates sicherer und stärker." (president.gov.ua, 9.10.19)

Den energischen politischen Willen des neuen Chefs, die ukrainische Armee auf NATO-Format zu bringen, wissen die Freunde der Ukraine in Brüssel und im Pentagon sehr zu schätzen. Dass er sich über das Programm, das er so tatkräftig voranbringen will, in so gut wie allen Hinsichten *gründlich täuscht*, wird man ihm schon beibringen.

Zustand der Streitkräfte

Über die Einschätzung Selenskyjs, seine Truppe weise ein hohes Niveau an Kampfbereitschaft auf, können westliche Militärplaner nur den Kopf schütteln. Sie wissen um die trostlose Verfassung der Armee in ihrem neuen Frontstaat: Einer Armee, die drei Jahrzehnte Niedergang hinter sich hat, seit der Auflösung der SU lange ohne politischen Auftrag in dem Sinn vor sich hin west – und, dem Absturz der Ukraine zum *failed state* entsprechend, zunehmend ohne Alimentierung; in der das *Material*, wo immer ein Geschäft winkt, zu Geld gemacht oder von einer der zahlreichen Privatarmeen in Besitz genommen wird; in der Teile des verbliebenen Geräts notdürftig funktionstüchtig gehalten werden und der Rest verrostet; in der das *Personal* von den oberen Rängen bis zum gemeinen Soldaten depraviert und politisch gespalten ist wie der Rest des Volkes, [232] und in der große Teile eine Zukunft als Oligarchensöldner oder/und Krimineller suchen und finden.

[232] Ein frustrierter US-Militärausbilder redet Klartext: „*Die Bemühungen meiner Soldaten konzentrieren sich darauf, das Yavoriv Combat Center und dessen Ausbilder voranzubringen, damit die Verteidigungsfähigkeit der ukrainischen Bodentruppen von Tag zu Tag stärker wird. Nach dem, was ich dort gesehen habe, muss ich aber sagen, dass unsere Trainingsmission über 2020 hinaus verlängert werden muss. Nicht wegen der Infrastruktur und -ausrüstung, hauptsächlich wegen der ukrainischen Soldaten. Erstens sprechen sie kein Englisch. Um die Wahrheit zu sagen, sie bemühen sich auch nicht, es zu lernen. Gemessen daran, wie wenig sie sich offenbar für das Englische überhaupt interessieren, bräuchten meine Ausbilder eigentlich eine zusätzliche Abteilung von Dolmetschern. Aber nicht mal das würde in jedem Fall*

Das eigentliche Problem aber – dieser Verdacht hat sich bei den Zuständigen in den USA und in Brüssel im Zuge des Scheiterns ihrer diversen Reform-Versuche zur Gewissheit verdichtet – besteht darin, dass sie es nicht *nur* mit einem unzuverlässigen Haufen wie in anderen *shithole countries* auch zu tun haben, sondern mit einem Verein, in dem, wie so oft in der Ukraine, nach wie vor *russischer Einfluss* vorhanden ist. Immerhin dienen in hohen wie niederen Rängen ja auch Leute, deren Loyalität keineswegs einer Ukraine auf NATO-Kurs gilt, nicht wenige haben ihr Handwerk in Moskauer Militärakademien gelernt und leisten in ihrem ukrainischen Traditionsstolz zähen Widerstand gegen das Vorhaben, ihre Truppe – in Bezug auf Aufbau und Ausrüstung im Grunde immer noch eine Streitmacht sowjetischen Typs, mit der falschen Kommandosprache und mit Schießgerät und Munition, die mit keiner NATO-Anforderung kompatibel sind – in eine moderne Armee nach westlichem Zuschnitt zu transformieren.[233] Und es fehlt

helfen – die können sich noch nicht einmal untereinander verständigen! Das ist ein Durcheinander der verschiedensten Leute, die hier ausgebildet werden. Einige von ihnen sprechen nur Ukrainisch oder nur Russisch, während andere nur Rumänisch oder Ungarisch sprechen. Zweitens sind die ukrainischen Soldaten faule Drückeberger, die nur ungern arbeiten. Sie neigen dazu, absichtlich jeden Schritt ihrer US-Ausbilder zu sabotieren. Dazu kommt ihre Geldgier, und man muss sich im Klaren sein darüber, dass die ukrainischen Militärs dazu neigen, alles zu stehlen und weiter zu verkaufen, sobald sie glauben, einen guten Deal machen zu können. Drittens ist starker Alkoholkonsum an der Tagesordnung. Alle ukrainischen Soldaten im Yavoriv Combat Training Center trinken gefährlich große Mengen an Alkohol... Betrunkene ukrainische Soldaten, die wegen ihrer Sauferei nicht mehr aufrecht stehen konnten, wurden von der Ausbildung ausgeschlossen. Einige der Trainingsaktivitäten wurden entweder abgesagt oder verschoben. Am meisten hat mich erschüttert, dass ihre Kommandeure über dieses unangemessene Verhalten einfach hinwegsehen. Ihre mangelnde Bereitschaft, gegen Alkoholmissbrauch vorzugehen, deutet darauf hin, dass sie zusammen mit ihren Untergebenen in einer Saufkultur versackt sind." (Robert K. Tracy, Oberstleutnant der US-Streitkräfte, Leiter der gemeinsamen multinationalen Ausbildungsgruppe in der Ukraine (JMTG-U) über das ukrainische Ausbildungszentrum in seinem Blog. Zitiert nach 112.ua, 28.8.19)

[233] *„Obwohl die ukrainische PME [Professional Military Education] der größte Leistungsempfänger des NATO-Programms zur Verbesserung der Verteidigungs-*

auch oftmals an der Einsicht, dass die vielfältige Kooperation mit dem großen Nachbarn, von der das ukrainische Militär samt seinem militärisch-industriellen Komplex bis heute zehrt, das entscheidende Hindernis für eine glorreiche Zukunft der Nation darstellt.

Die „Reform" der ukrainischen Armee: Ein großes Abbruchunternehmen unter Aufsicht der NATO

Bei der Einführung von NATO-Standards und -Verfahrensweisen handelt es sich daher auch nicht, wie die „Volksdiener" glauben, um so etwas wie *Verbesserungen und Umstellungen in einer an und für sich funktionsfähigen Armee*, sondern um deren konsequent vollzogene Entrussifizierung und Westernization, also letztlich um die *Neugründung* einer politisch verlässlichen und wirklich interoperablen Truppe. Das Comprehensive Assistance Package for Ukraine (CAP), das die NATO im Juli 2016 verabschiedet hat, lässt keinen Zweifel daran, dass beim Partner eine „Reform" fällig ist, die keinen Stein auf dem anderen lässt:

- In Auftrag gegeben wird *erstens* ganz generell eine Reform des Verteidigungs- und Sicherheitssektors und der Aufbau von Institutionen. Zu den Schlüsselbereichen gehören die demokratische und zivile Kontrolle des Sicherheits- und Verteidigungssektors sowie der Aufbau wirksamer und effizienter Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen. Die bisherigen *Strukturen* im Sicherheits- und Verteidigungssektor sollen wegen eines offenbar fundamentalen Mangels an Effektivität und Effizienz entmachtet und im Wege des institution building durch neue ersetzt werden, die den regierenden

Ausbildung (DEEP) ist, bleibt sie eine Hochburg des alten sowjetischen Denkens und von Kadern, die sich weigern, Lehrpläne, Unterrichtsansätze und die Unterrichtskultur zu ändern." (Mariya Omelicheva, Washingtons Security-Assistenz für Kiew: Verbesserung der langfristigen Erträge militärischer Investitionen in der Ukraine. in: PONARS Eurasia Policy Memo Nr. 614, September 2019, S. 4)

NATO-Freunden in Kiew und ihren westlichen Aufsehern eine zivile Kontrolle über das Militär verschaffen.

- *Zweitens* soll unter Anleitung des NATO-Partners Norwegen ein effizientes Personalmanagementsystem etabliert werden, das dafür sorgt, dass künftig nur noch die richtigen Leute, die mit dem Willen zur Interoperabilität mit der NATO, in der ukrainischen Armee Karriere machen. [234]

- *Drittens* plant die NATO unter Federführung von gleich drei ihrer Großnationen die Abschaffung des bisherigen Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssystems der ukrainischen Armee. Mit Hilfe neuer C4-Strukturen sollen eine Streitmacht neuen Typs entstehen – und natürlich auch ganz neue Möglichkeiten für die NATO zur so wichtigen Kontrolle über den regionalen Luftraum. [235]

---

[234] „*Der von Norwegen geleitete Military Career Transition Trust Fund wird zur Entwicklung eines funktionierenden Personalmanagementsystems bei den Streitkräften der Ukraine beitragen. Im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit werden sich die Aktivitäten auf die Entwicklung von Interoperabilität, Bildung und Ausbildung konzentrieren.*" (nato.mfa.gof.ua)

[235] „*Command, Control, Communication und Computer (C4). Die NATO wird die Ukraine bei der Reorganisation und Modernisierung ihrer C4-Strukturen und -Fähigkeiten unterstützen." ("Reorganisation" und "Modernisierung" ist ein freundlicher Euphemismus, wenn alle vier Bereiche komplett neu eingerichtet und auf NATO-Standard gebracht werden sollen), "wie dies im strategischen Verteidigungsbulletin der Ukraine vorgesehen ist. Diese Aktivitäten zielen darauf ab, die Interoperabilität mit der NATO zu erleichtern, einen Beitrag zu den von der NATO durchgeführten Übungen und Operationen zu leisten und die Fähigkeiten der Ukraine zu verbessern, für ihre eigene Verteidigung und Sicherheit zu sorgen. Projekte, die unter dem von Kanada, Deutschland und dem Vereinigten Königreich geführten C4 Trust Fund entwickelt wurden, werden zur Umsetzung der festgelegten Ziele beitragen. Durch das regionale Luftraum-Sicherheitsprogramm (Regional Airspace Security Programme, RASP) wird die Fähigkeit der Ukraine zur Bewältigung von Luftsicherheitsvorfällen verbessert. Andere Projekte haben das Ziel, die Fähigkeiten der Ukraine in Bezug auf eine sichere Befehlsstruktur, Kontrolle und Lagebeurteilung*

- *Viertens* kümmern sich die Tschechische Republik, die Niederlande und Polen um Logistics and Standardization in der Armee der Ukraine, damit auch bei dieser Schlüsselkomponente der Reform Interoperabilität erzielt wird. Usw. usf.

Weil diese Reform erkennbar keine ist, sondern ein Programm zur Zerstörung der überkommenen Armee und zu ihrem Neuaufbau als verlässliche NATO-Teilstreitkraft, installiert das CAP in weiser Voraussicht nicht nur die eben erwähnten Führungsnationen, sondern jede Menge für die Abarbeitung der Programmpunkte verantwortliche gemeinsame Platforms, Joint Working Groups, Partnerships, und der NATO-Generalsekretär versichert seinen Freunden in Kiew noch einmal extra und sehr glaubwürdig, dass sein Verein sie bei der Implementierung des großen Projekts nicht allein lässt: Die Berater der NATO werden mit euch zusammenarbeiten. (Stoltenberg vor dem ukrainischen Parlament, 31.10.19)

Die neue Regierung traut sich das Aufräumen mit den alten Zuständen nach NATO-Vorgaben, das sie mit einer Runderneuerung ihrer stolzen Armee verwechselt, glatt zu, verfügt per Dekret die Einführung der neuen C4-Strukturen und gibt damit den Auftakt zu einem Machtkampf in der Militärhierarchie – es gilt ja, unter strenger Berücksichtigung der richtigen politischen Loyalität, ein neues Kommandosystem durchzusetzen. Sie gleicht die Dienstgrade ihrer Truppe an die in der NATO üblichen an, was alles andere als ein Formalismus ist, nämlich die grundsätzliche Neudefinition von Diensträngen, Aufgaben, Befugnissen und Besoldung; und sie verpflichtet sich gesetzlich auf die Umwandlung ihrer Armee in eine Berufsarmee nach westlichem Vorbild – für einen Staat ohne Geld ein kühnes Projekt.

Dass da ein größerer Gewaltakt zu bestehen ist, ist dem erwähnten Dekret selbst deutlich anzusehen. Für den Fall, dass

ihrer Streitkräfte zu verbessern, einschließlich des Austauschs von Kenntnissen und Expertisen zwischen NATO und der Ukraine." (Comprehensive Assistance Package for Ukraine, Juli 2016)

degradierte oder entlassene Soldaten oder Truppenteile die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen nicht freiwillig einsehen, richtet der Verteidigungsminister vorsorglich zusätzlich zu den Strukturreformen eine moderne Militärpolizei ein zur – natürlich! – effektiven Durchsetzung der neuen Rechtsverhältnisse.

Korruptionsbekämpfung im militärisch-industriellen Komplex: Noch ein großes Abbruchunternehmen und ein bisschen offizielle Industriespionage

Seit der Ernennung des Litauers Abromavičius, den die USA schon der Regierung Poroschenko als Wirtschaftsminister aufs Auge gedrückt hatten, zum Chef des staatlichen Rüstungskonzerns *Ukroboronprom* gibt es Fortschritte auch bei der „Reform" des ukrainischen Militärisch-Industriellen Komplexes, wie oppositionelle ukrainische Patrioten empört berichten:

> *„Die Amerikaner führen in der Ukraine eine regelrechte Inspektion durch. Vom 11. bis zum 21. November werden Vertreter des Instituts für Verteidigungsanalyse des Pentagons eine Reihe von Betrieben des ‚Ukroboronprom' [der größte ukrainische Rüstungskonzern] aufsuchen. Ihnen wird im Wesentlichen die ganze innere Küche unserer Verteidigungswirtschaft gezeigt, und, von außen betrachtet, sieht das, was da passiert, wie eine Wirtschaftsprüfung aus... In der Anordnung von Aivaras Abromavičius wird darauf hingewiesen, dass alle Leiter der Unterabteilungen von ‚Ukroboronprom' an den Treffen mit den Vertretern des Instituts für Verteidigungsanalyse der USA teilnehmen sollen. Und die Leiter der Abteilungen für Panzertechnik, Waffen und Munition, Funkortung, Funkverbindung und speziellen Apparatebau, Schiffbau und Meerestechnik, Flugzeugbau und -reparatur, Verwaltung intellektuellen Eigentums u.a. müssen außerdem auch den Aufenthalt der Amerikaner in den Produktionsfirmen von ‚Ukroboronprom' organisieren. All das angeblich ‚zu dem Zweck, von der amerikanischen Seite strategische Empfehlungen und konsultative Hilfe bei der effektiven Implementierung von Reformen im militärisch-industriellen Komplex der Ukraine unter Berücksichtigung der besten internationalen Praxis' zu erhalten. Insgesamt neun Tage lang werden die amerikanischen Militärs praktisch alle Schlüsselbetriebe des*

Landes inspizieren... Die amerikanische Seite ‚wünscht', in den Diskussionen mit den Betriebsdirektoren solle es um die Zukunft der Betriebe gehen, um deren Konsolidierung, um Zusammenschlüsse, Änderungen der Betriebsleitung und auch um neue Produktionslinien sowie um Probleme der Lieferketten. Zu dem Zweck soll von jedem Betrieb eine Liste der fünf bis zehn anderen Betriebe geliefert werden, mit denen er zusammenarbeitet. Außerdem wurde darum gebeten, eine vollständige Aufstellung von Personal, Ausrüstung, fachfremden Aktiva und Schulden vorzubereiten." (strana.ua, 14.11.19)

Der Weltmacht öffnen sich endlich alle Türen in der ukrainischen Rüstungsindustrie, sodass einer *Generalinventur* nichts mehr im Wege steht, die

- ermittelt, was da an schönen Erfindungen und nützlichen Technologien der westlichen Aufmerksamkeit bisher womöglich entgangen ist – immerhin waren hier zu Sowjetzeiten ca. 20 Prozent der Entwicklungs- und Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie der Weltmacht Nr. 2 versammelt;
- nachrechnet, was da überhaupt wie rentabel hergestellt wird;
- die Frage aufwirft, ob nicht mit Blick auf die beste internationale Praxis gewisse Änderungen am Platz sind, bei den Betrieben wie bei der Betriebsleitung;
- und, nicht zuletzt: endlich Art, Umfang und Subjekte der einschlägigen *Kooperation mit Russland* ans Licht bringt. Die gibt es nämlich auch Jahrzehnte nach der Auflösung der SU immer noch. Die russische wie die ukrainische Rüstungsindustrie, einst als Bestandteile eines *einheitlichen* „militärisch-industriellen Komplexes" aufgebaut, sind ihre wechselseitige Abhängigkeit bis heute nicht losgeworden. Zwar ist inzwischen viel an industrieller Potenz auf beiden Seiten verkommen, und der antirussische Fanatismus in Kiew – vor allem unter der Regierung Poroschenko – hat die einschlägigen Geschäftsbeziehungen erfolgreich dezimiert, aber nicht

erledigt. Die finden trotz des laufenden Kriegs gegen den Aggressor im Osten – mehr oder weniger offiziell und mehr oder weniger legal – immer noch statt und tragen ihren Teil dazu bei, dass die Ukraine – trotz allem und immer noch – zu den zehn größten Rüstungsexporteuren der Welt zählt, weswegen die erbetene Liste mit fünf bis zehn Gesellschaften, mit denen der Betrieb zusammenarbeitet, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit den Verdacht auf Korruption in der Verteidigungsindustrie erhärten könnte. [236]

Was die Zukunft, in die die ukrainische Rüstungsindustrie auf Anraten der US-Spezialisten vornehmlich schauen soll, anbelangt, so zeichnen sich erste Änderungen bereits ab:

> *„Ukroboronprom plant laut stellvertretendem Vorsitzenden Mustafa Nayem, 36 Betriebe zu schließen."* (Radio Svoboda, 19.1.20)

Die USA behandeln die Rüstungsindustrie der Ukraine sehr geradlinig als ihren exklusiven *strategischen Besitzstand gegen ihre Rivalen*: Geschäfte, die Russland nützen, bringen sie, wenn die Regierung in Kiew das mit Blick auf die absehbaren Schäden auch für ihren Laden nicht von sich aus erledigt, zum Erliegen, [237] was zwar Härten für den Partner bedeutet, ihm als Bollwerk zwischen Freiheit und Autoritarismus (Mike Pompeo) aber alle Ehre macht. Versuche Chinas, sich in die ukrainische Rüstungsindustrie einzukaufen,

---

[236] „*Korruptionsbekämpfung in der Verteidigungsindustrie.*

Die Regierung hat Ukroboronprom, dem staatlichen Rüstungsgiganten, der in Korruption und Ineffizienz versunken ist, Deadlines gesetzt... Laut Abromavičius sollte die Transformation der Organisation dazu führen, dass die Waffenexporte der Ukraine um den Faktor fünf steigen, von fast 400 Millionen US-Dollar im Jahre 2018 auf 2 Milliarden US-Dollar bis 2025. Die Herstellung von Raketen und Flugzeugen wird oberste Priorität haben..." (kyivpost.com, 6.9.19)

[237] Und nicht nur die. Die USA tun ihr Bestes, den Handel ihres Schützlings mit Gerätschaften, die "state and non-state actors of concern" zur Herstellung von Atomwaffen befähigen könnten, unter ihre Kontrolle zu bringen und zu unterbinden.

unterbinden die USA ohne Rücksicht darauf, ob der Deal schon legal abgewickelt ist oder nicht, und legen selbst die Hand auf die entsprechenden Betriebe, was filmreife Machenschaften einschließt. [238]

[238] „*Erik Prince, ein privater Sicherheitsdienstleister und informeller Berater von Präsident Trump, verhandelt derzeit über den Kauf eines ukrainischen Luft- und Raumfahrtherstellers, dessen Aufkauf durch China die USA verhindern wollen... Die Trump-Regierung hat sich an Herrn Prince gewandt, sagte ein US-Beamter... Motor Sitsch ist ein führender Hersteller von Hubschrauber- und Flugzeugtriebwerken. Die USA wollen dessen bevorstehenden Verkauf an eine Gruppe chinesischer Unternehmen auf jeden Fall verhindern, um Peking davon abzuhalten, Verteidigungstechnologien von strategisch entscheidender Bedeutung zu erwerben. Infolgedessen ist das Unternehmen zu einem Streitfall in der globalen Rivalität zwischen den USA und China geworden. Die Ukraine, deren Regierung schon im Fokus des Amtsenthebungsverfahrens des US-Repräsentantenhauses gegen Herrn Trump steht, ist nun auch in das Gerangel zwischen Washington und Peking um Motor Sitsch hineingeraten... Das Unternehmen, früher eine Stütze der sowjetischen Rüstungsindustrie, hat jahrelang Motoren für den Großteil der Hubschrauberflotte des russischen Militärs geliefert. Nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Russland und der Ukraine im Jahr 2014 verbot Kiew die militärischen Exporte an seinen Nachbarn, was das Geschäft von Motor Sitsch schwer getroffen hat... Bei einem Besuch in Kiew im August versuchte John Bolton – damals Trumps Sicherheitsberater – den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu überreden, den Kauf von Motor Sitsch durch eine Unternehmensgruppe unter der Führung von Beijing Skyrizon Aviation, die vom chinesischen Geschäftsmann Wang Jing kontrolliert wird, zu vereiteln. China ist darum bemüht, einen hochmodernen Triebwerkhersteller für Militärflugzeuge aufzubauen und hat die Luft- und Raumfahrttechnologie zu einer Regierungspriorität erklärt. Ein Abkommen, das von China abgeschlossen wird, könnte auch Russland einen erneuten Zugang zu Motor-Sitsch-Motoren ermöglichen. Im Juli erklärte China, es plane, die militärische Zusammenarbeit mit Russland auszubauen, um der angeblich wachsenden Bedrohung durch die USA entgegenzuarbeiten... Das chinesische Konsortium hat nach Angaben ukrainischer Regierungsbeamter Motor Sitsch tatsächlich gekauft, die Zahlung überwiesen und die Kontrolle über die Offshore-Unternehmen übernommen, die zusammen eine Mehrheitsbeteiligung an dem Hersteller halten. Ein Vertreter von Skyrizon lehnte eine Stellungnahme ab. Auf die Frage nach den US-Bemühungen stellte Herr Wang von Skyrizon nicht näher bezeichnete Unsicherheiten in Bezug auf den Kauf fest und sagte, er hoffe, dass es damit*

Großer Beliebtheit im amerikanischen Verteidigungsministerium erfreuen sich schon seit längerem die Fähigkeiten der Ukraine zur *biologischen Kriegführung*. Eine bereits seit 1993 bestehende ‚Zusammenarbeit', die sich anfänglich darauf konzentriert, die aus Sowjetzeiten überkommene Forschung und ihre Errungenschaften in Sachen biologische Kampfmittel in Besitz zu nehmen, ist inzwischen erheblich ausgeweitet worden: Das Pentagon finanziert und betreibt heute in eigener Regie 15 Labors in der Ukraine, stattet sie mit ausschließlich amerikanischem Personal aus, das sich, fern vom Homeland, der risikoreichen Forschung nach brauchbaren Massenvernichtungsmitteln widmen kann. Anders als China, das den USA Aufklärung für ihr mutmaßliches Corona-Verbrechen schuldet, hat die Weltmacht ihre Bio-Gift-Fabriken selbstverständlich fest im Griff.

Strategische Aufgaben und militärische Ausstattung der Ukraine

Die *Aufgaben* der ukrainischen Armee und die für deren Erfüllung zweckmäßige *Ausstattung* definieren die USA streng nach ihren strategischen Bedürfnissen. Die Erfüllung von Selenskyjs Friedensversprechen zählt durchaus nicht dazu. Ein dauerhafter Kleinkrieg, der Russland schwächt, ist den US-Strategen nämlich herzlich recht und auch einiges an modernem Schießgerät wert, weswegen die Ukraine neuerdings sogar panzerbrechende Waffen für ihren Krieg erhält, aber nur unter der Auflage, sie ein paar Hundert Kilometer vom Anwendungsort entfernt zu lagern. [239]

vorwärtsgehe. Herr Prince ist der Bruder der Bildungsministerin der Trump-Administration, Betsy DeVos." (Wall Street Journal, 5.11.19)

[239] „*Die Trump-Regierung hat verfügt, dass die Javelins in der westlichen Ukraine gelagert werden müssen – hunderte Meilen vom Schlachtfeld entfernt*." (Foreign Policy, 3.10.19) Darauf, dass die Trump-Administration versprochenes Gerät auch liefert, kann sich die Ukraine im Übrigen nicht im Mindesten verlassen. Der Mann im Weißen Haus rühmt sich am Montag damit, Kiew im Unterschied zu Obama nicht mit Kopfkissen, sondern mit letalen Waffen zu versorgen, hält die Lieferung am Dienstag aber lieber zurück, weil das gut dazu taugt, Selenskyj zu einer kleinen

Das potente Zeug soll ‚nur' dazu dienen, allein durch seine Dislozierung die abtrünnigen Republiken und ihren Schutzpatron in Moskau mit erheblichen neuen Kriegsrisiken zu konfrontieren und ihren Kriegsaufwand zu erhöhen; seine Anwendung zur Eskalation der Auseinandersetzung ist – fürs Erste – nicht vorgesehen. Aus dem gleichen Grund verhallen auch – fürs Erste – die Bitten aus Kiew um moderne Artillerie, Panzer usw. ungehört, und das ukrainische Heer darf seinen Krieg mit billig eingekauften Uralt-Tanks aus den Zeiten des Kalten Kriegs bestreiten. [240]

Selenskyjs penetranter Proamerikanismus und seine noch penetrantere Willfährigkeit sind eben mitnichten der Auftakt zu einem schönen *do ut des* mit der Weltmacht, und *Interoperabilität* bedeutet aus deren Sicht keineswegs die Aufrüstung des ukrainischen Militärs zur potenten High-tech-Armee unter ihrem eigenen Kommando. [241]

Amerika nutzt die gewendete Nation mit der größten Freiheit als seinen strategischen Besitzstand, ohne jede Rücksicht auf die Ambitionen des *Ze!Teams*, mit einer schlagkräftigen Armee seine

Wahlkampfhilfe zu erpressen, um ihm am Mittwoch zu empfehlen, sich doch am besten mit Putin zu vertragen.

[240] *„Da der Krieg in der Ostukraine sich seit sechs Jahren hinzieht, kauft die Regierung in Kiew aufgemöbelte Panzermodelle aus dem kalten Krieg, um den von Russland unterstützten Rebellen Paroli bieten zu können. Die ukrainische Armee hat seit 2018 rund 150 ‚T-64 2017' erworben, berichtete Radio Free Europe."* (112.ua, 13.1.20)

[241] Im Angebot ist noch nicht einmal die Aufwertung der Ukraine zum Vorzugspartner der NATO: *„Die Alliierten werden nach dem NATO-Gipfel erneut die unerschütterliche Unterstützung für Kiew bekräftigen, die Ukraine jedoch nicht zur Teilnahme am Enhanced Opportunity Programm (EOP) einladen... [Stoltenberg] sagte, die NATO verfüge über genügend Instrumente, um die Partnerschaft mit der Ukraine weiterzuentwickeln. Das NATO-Enhanced Opportunity Program (EOP) sieht ein Höchstmaß an Partnerschaft, Zusammenarbeit und Interoperabilität mit Partnern vor, die keine NATO-Mitglieder sind. Derzeit wurden fünf Länder (Australien, Finnland, Georgien, Jordanien und Schweden) zum Programm eingeladen."* (ukrinform.net, 11.7.18)

Position zu stärken. Die US-Militärplanung subsumiert ihren neuen Waffenpartner vollständig unter ihre Strategie der Vorwärtspräsenz an den russischen Grenzen [242] und nimmt sich von dem, was in diesem potentiellen riesigen Kriegsraum an intakten oder halbintakten Radarstationen, Flugplätzen, Häfen und militärischem Gerät der ukrainischen Streitkräfte herumsteht, was sie brauchen kann, und baut ansonsten in eigener Regie die militärischen Kapazitäten auf, die sie für ihr Kriegsszenario für nötig hält.

Was genau am ukrainischen Militär für die Zwecke der Allianz brauchbar ist, ermittelt sie in allererster Linie in von ihr geplanten und angeführten *gemeinsamen Manövern*, die in allen drei Waffengattungen mehr oder minder ununterbrochen stattfinden, Mann und Gerät quasi unter Kriegsbedingungen praktisch auf ihre Funktionstüchtigkeit, Mängel bei der Interoperabilität mit NATO-Verbänden überprüfen, die nötige Auslese vornehmen, Ausbildungs- und Rüstungsprogramme initiieren, was für die Feinsteuerung des bereits erwähnten Comprehensive Assistance Package for Ukraine von großem Wert ist. Kein Wunder, dass auch diese Art der Transformation der ukrainischen Streitkräfte den patriotischen Ärger über eine „Kolonisierung" der stolzen Nation wachruft. Null Kampfauftrag gegen den Aggressorstaat im Osten, wie ihn Poroschenko und die „Partei des Krieges" liebend gern übernehmen wollen, stattdessen eine Betreuung der Armee und der Rüstungsindustrie, die einer Abwicklung nahekommt: Das strapaziert das nationale Gemüt doch erheblich.

*

Pompeo, Anfang des Jahres zu Besuch in Kiew:

> *„Der endgültige Sieg der Revolution der Würde ist zum Greifen nah. Die Vereinigten Staaten haben hart daran gearbeitet, der Ukraine bei der Entwicklung einer starken Rechtsstaatlichkeit, eines gesunden Investitionsklimas, eines reformierten Verteidigungssektors und der*

[242] Näheres hierzu in GegenStandpunkt 3-19: Die amerikanische Weltmacht treibt die Entmachtung ihres russischen Rivalen voran

Energieunabhängigkeit zu helfen, und das werden wir auch weiterhin tun." (ua.usembassy.gov, 31.1.20)

2021

Gipfeltreffen zwischen Biden und Putin

Diplomatie mit einem Staat, dem man jeden Respekt verweigert

Vor dem Gipfel: Biden stiftet das passende Klima[243]

Joe Biden führt neue Sitten auf dem Gebiet der Völkerverständigung ein: Erst tituliert er den Chef der russischen Föderation als „*Killer*", was vor dem Hintergrund der Feindbildorgien der Öffentlichkeit zwar nicht weiter aus dem Rahmen zu fallen scheint, im Umgang unter Staatschefs, die sich gerade nicht im Krieg befinden, allerdings doch etwas ungewöhnlich ist. Der Bruch mit den diplomatischen Benimmregeln für den Umgang unter Staatsoberhäuptern markiert schon mal die Tonlage, an der die Welt seine erfrischend ehrliche Führungsstärke Wahrnehmen soll. Dann unterbreitet der amerikanische Präsident seinem russischen Kollegen den Vorschlag eines Gipfeltreffens, aber nicht ohne unmittelbar nach dem Unterbreiten dieses Angebots für das rechte Verständnis zu sorgen, indem er eine Serie von Sanktionen der härteren Art gegen Russland in Kraft setzt und weitere in Aussicht stellt.

Dieser Auftritt will verstanden sein als Reparatur der Fehler, die Bidens Vorgänger im Umgang mit Russland gemacht haben soll.[244] Die Manier lebt von der Legende, mit der die Demokraten während Trumps

[243] Gegenstandpunkt 3 - 2021

[244] Laut Biden hat Trump Putin gewissermaßen einen Freibrief für dessen Machenschaften ausgestellt*: „I made it clear to President Putin, in a manner very different from my predecessor, that the days of the United States rolling over in the face of Russia's aggressive actions interfering with our election, cyber-attacks, poisoning its citizens are over. We will not hesitate to raise the cost on Russia and defend our vital interests and our people."*

„*Ich habe auf eine ganz andere Art als mein Vorgänger Präsident Putin klargemacht, dass die Tage vorbei sind, in denen die Vereinigten Staaten bei Russlands aggressiven Aktionen weggesehen haben, bei seiner Einmischung in unsere Wahlen, bei den Cyberangriffen, bei der Vergiftung seiner Bürger. Wir werden nicht zögern, die Kosten für Russland zu erhöhen und unsere vitalen Interessen und unsere Bürger zu verteidigen. "* (The Guardian, 25.5.21)

Präsidentschaft ihre Konkurrenz wesentlich bestritten haben, derselbe wäre ein Produkt russischer Wahlmanipulationen und daher in russischen Diensten, einer Legende, die bis heute am Leben gehalten wird, auch wenn den politischen Beobachtern durchaus bekannt ist, dass sich auf dem Gebiet dem Vorgänger eine Abweichung von der amerikanischen Staatsräson ernstlich nicht nachsagen lässt.[245] Entgegen der Biden'schen Inszenierung besteht eine ziemlich bruchlose Kontinuität in der Radikalisierung der Russland-Politik, die unter Trump erreicht worden ist. Die neue Administration knüpft nahtlos an die unter dem Vorgänger seriell beschlossenen Repressalien gegen die Russische Föderation an.

Ein Schock neue Sanktionen

Die amerikanischen Beschlüsse werden schon gewohnheitsmäßig mit der Floskel angekündigt: „*to make Russia pay a price for…*", die eine Art von Äquivalent fingiert zwischen irgendeinem beliebigen, gerne auch bloß behaupteten russischen Vergehen und der Vergeltung durch die USA, die als Oberaufseher und Richter über gutes Benehmen in der Staatenwelt die Reparatur der Rechtsordnung durch eine Bestrafung des Missetäters vornehmen. Die Einkleidung von Angriffen auf den Gegner in die Preisform ist wohl eine fürs amerikanische Weltbild passende Metapher der strafenden Gerechtigkeit. Und ganz in diesem Geist gibt die Biden-Regierung bei ihrem Einstieg gleich bekannt, dass sie über reichlich, beliebig verwend- und jederzeit mobilisierbare „Gründe" für Sanktionsbeschlüsse verfügt, sodass die künftig gewissermaßen wie vom Band rollen können:

> *„Die Regierungsvertreter machten auch klar, dass die Nawalny-Sanktionen nur die ersten von mehreren Strafmaßnahmen der Regierung Biden gegen*

[245] „*Eine der durchgängigen Ironien der Trump-Jahre besteht darin, dass trotz aller rätselhaften Affinitäten Trumps zu seinem russischen Gegenüber seine Administration eine harte Linie gegenüber Moskau eingeschlagen und gegen Russlands schändliche Aktivitäten weitere Sanktionsrunden und Ausweisungen von Diplomaten beschlossen hat."* (Amy Mackinnon: How the U.S.-Russia Relationship Got So Bad, Foreign Policy, 18.6.21)

‚inakzeptables Verhalten1 der russischen Führung darstellten. Das Weiße Haus habe von den Geheimdiensten Berichte zu vier Themenbereichen bestellt. Neben den Repressionen gegen Nawalny und dessen Anhänger würden dabei auch der großangelegte Hackerangriff gegen die Softwarefirma Solarwinds, die Kopfgelder für die Tötung amerikanischer Soldaten in Afghanistan und die Einmischung in die amerikanischen Wahlen analysiert. Die Regierungsvertreter ließen keine Zweifel daran, dass zu diesen Themen weitere Strafmaßnahmen folgen würden" (NZZ, 2.3.21)

Das im April beschlossene und von Finanzministerin Yellen ausdrücklich als „*durchschlagend*" gerühmte Paket nimmt sich die verschiedensten *Agenten und Instrumente der russischen Außenpolitik* vor:

Sanktioniert werden 16 Organisationen und 16 Personen, die versucht haben sollen, die US-Wahlen zu beeinflussen - wobei kein Wert auf juristisch haltbare Beweise gelegt wird.[246] Worauf es ankommt, das ist das Kaliber der Anklage, das damit erreicht ist: dass sich Russland am höchsten demokratischen Heiligtum, der souveränen Ausübung des Volkswillens, vergangen haben soll.

Die Blockierung von Eigentum und Einreiseverbote werden auf Personen aus dem russischen Technologie- oder Rüstungssektor, aus damit materiell verbundener russischer Industrie oder irgendeinem anderen Wirtschaftssektor ausgedehnt, die an sogenannten „bösartigen" Aktivitäten beteiligt oder zu einer im Auftrag der russischen Regierung operierenden, „*bösartigen*" Organisation gehören; als solche gelten sogenannte „*disinformation outlets*" wie z.B. das russische Pendant zum Goethe-Institut. Dazu kommen Sanktionen gegen sechs russische Technologie-Unternehmen, die mit ihren Produkten auch russische Geheimdienste ausstatten, gegen Unternehmen, die Cyber- und Informationsoperationen

[246] Zum Beispiel erklärt die für den Wahlparteitag der Demokraten zuständige und angeblich von Russland gehackte IT-Firma bis heute, dass sie dafür keine Hinweise hat, dass vielmehr die Datenlieferung an Wikileaks aus Kreisen der demokratischen Konkurrenten erfolgt sein muss. (Aaron Matö: Bombshell: Crowdstrike admits ‚no evidence* Russia stole emails from PNC Server, thegrayzone.com, 11.5.20)

ermöglichen sowie Militär- und Dual-Use-Technologien liefern, sowie Sanktionen gegen die Söldner der russischen Wagner-Gruppe.

Zur Krönung des Ganzen hat die Biden-Administration Sanktionen erlassen, die jetzt unmittelbar auf die Verschuldungsfähigkeit des russischen Staats, den russischen Zugang zum Weltfinanzmarkt zielen: Amerikanischen Banken wird der Kauf russischer Staatsschuldtitel auf dem Primärmarkt ebenso untersagt wie andere Formen der Kreditierung russischer Staatsorgane. Dem Hinweis, dass die Wirkung sehr begrenzt sei, weil sich die große Masse dieser Papiere ohnehin allein in russischer Hand befindet, ist eher das Gegenteil zu entnehmen, nämlich wie weit der Angriff auf die Verschuldungsfähigkeit des russischen Staates durch die gelaufene Sanktionspolitik schon gediehen ist', dass die internationale Finanzwelt schon längst wirkungsvoll abgeschreckt und die Kreditaufnahme des russischen Staats im Wesentlichen auf die Kapazität des inneren Markts reduziert ist ebenso wie der Aktionsradius der Inhaber solcher Papiere.

Mit dem Angriff auf die Benutzung des Weltfinanzmarkts findet ein Angriff auf *das* Wachstumsmittel schlechthin statt, von dem Russland abgeschnitten werden soll, während seine anderen Mittel zur Geldbeschaffung auf dem Weltmarkt schon länger von Amerika angegriffen werden: Die Rüstungsexporte sind schon sanktioniert - siehe die aktuellen Streitigkeiten der USA mit russischen Großkunden wie der Türkei und Indien, denen die USA die Anschaffung relevanter Rüstungskomponenten aus russischer Produktion verbieten wollen; die russischen Energieexporte werden bekämpft - siehe Nord Stream 2 - sowie jetzt auch das Weltmarktgeschäft der sechs bedeutendsten IT-Firmen.

Diese Eröffnung einer neuen Etappe im Wirtschaftskrieg gegen Russland soll die Weltöffentlichkeit aber - wie Biden erklärt - als „verhältnismäßig" begreifen und würdigen:

> *I was clear with President Putin that we could have gone further, but I chose not to do so, to be - I chose to be proportionate. The United States is not looking*

to kick off a cycle of escalation and conflict with Russia. We want a stable, predictable relationship.[247]

[247] *„Ich habe Präsident Putin klar gesagt, dass wir mehr hätten tun können, dass ich mich aber dagegen entschieden habe - ich habe mich dazu entschlossen, angemessen zu reagieren. Die Vereinigten Staaten wollen keine Eskalationsspirale und keinen Konflikt mit Russland lostreten. Wir wollen eine stabile, berechenbare Beziehung."* (Remarks by President Biden on Russia, whitehouse.gov, 15.4.21)

Ein Selbstlob, das von der Öffentlichkeit gerne nachgebetet wird; nach dem Geschmack der Schreibtischtäter ist Bidens Kunst des Sanktionierens echt zu bewundern:

„*Heutzutage ist es nicht leicht, Sanktionen zu entwerfen. Sie gehören in das große, nebulöse Niemandsland zwischen scharf formulierten, aber im Wesentlichen nichtssagenden Erklärungen der Besorgnis... und der Entsendung von Kanonenbooten... Zu versuchen, Russland aus dem SWIFT-Zahlungssystem rauszuschmeißen oder US-Investoren den Besitz russischer Papiere ganz zu verbieten, hätte nicht nur ein größeres finanzielles Chaos angerichtet, so etwas wäre von Russland auch als Kriegserklärung, als Auftakt zu einem tatsächlichen Wirtschaftskrieg betrachtet worden, "* (Mark Galeotti: Biden's sanctions send a waming to Putin, spectator.co.uk, 16.4.21)

Gut zu wissen, bis wohin alles noch kein „Wirtschaftskrieg" ist, auch wenn von gar nichts anderem die Rede ist. Amerikanische Regierungskreise erlauben sich dazu noch den Hinweis., „*man hätte sich noch Raum gelassen, um Moskaus Möglichkeiten, sich auf dem Weltmarkt Geld zu beschaffen, weiter zusammenzuquetschen, wenn die Spannungen eskalieren"* (nytimes.com, 15.4.21). Die Betonung der eigenen Fähigkeiten, was alles an Sanktionen Russland künftig noch erwarten kann, darf die Finanzwelt jetzt schon in ihre Kalkulationen einpreisen. Zu besagtem „Raum für Eskalationen" gehört schließlich auch noch der Ausschluss aus SWIFT, die „Nuklearoption", Russland überhaupt aus dem internationalen Zahlungsverkehr auszuschließen, eine Option, die in politischen Kreisen zunehmend ins Gespräch kommt.

„*In der letzten Woche... hat das Europäische Parlament beschlossen, dass im Fäll einer neuerlichen Aggression Russlands gegen die Ukraine, Russland aus dem SWIFT-Zahlungssystem ausgeschlossen und alles in der EU befindliche Vermögen von Oligarchen, die dem Kreml nahestehen, und das ihrer Familien eingefroren und ihre Visa gekündigt werden sollen,* " (Daniel Fried; a distinguished fellow at the Atlantic Council and former U.S. State Department coordinator for sanctions policy, and Adrian Karatnycky: A New Sanctions Strategy to Contain Putin's Russia / It's time for America and

So sind einige Weichen für den Gipfel schon gestellt, und die politische Fachwelt interpretiert das Angebot eines Treffens als spannenden Test auf die Bereitschaft Russlands, sich diese Politik gefallen zu lassen:

> *„Now the Kremlin is in a corner. If they accept the invitation, they are effectively swallowing the sanctions."* [248]

Der Gipfel

Auch Feindschäften wollen gepflegt und die jeweiligen Abstufungen austariert sein, wie viel Absagen dem Gegenüber erteilt werden, wo der umgekehrt für die eigenen Interessen eingespannt, wie also jeweils die (Nicht-)Anerkennung des Kontrahenten dosiert wird. In diesem Sinne geben die USA allen, die es Wissen wollen, d.h. vor allem den republikanisch beherrschten politischen Kreisen in Amerika, deutlich zu verstehen, dass sie Putin in Genf auch nur das wirklich unerlässliche Minimum an Anerkennung abliefern, kein gemeinsames Essen, keine gemeinsame Pressekonferenz, gerade einmal Handshakes und ein paar Stunden Face-to-Face müssen sein; vom Standpunkt einer großen Fraktion in den USA inkl. Trump alles schon viel zu viel der Zugeständnisse.[249] Die teilnehmende Öffentlichkeit, in ihrer eingeschliffenen Manier, die Staatskunst der Führer an Erfolgen zu bemessen, ist daher auch wenig überrascht, dass der Gipfel „wenig Ergebnisse" erbracht haben soll, und übersieht damit den wesentlichen Gehalt des Gipfels.

Europe tö Start putting serious economic pressure on Putin's regime, Foreign Policy, 4.5.21)

[248] „*Jetzt ist der Kreml in der Klemme. Wenn sie die Einladung akzeptieren, schlucken sie gewissermaßen die Sanktionen.*" (Galeotti, ebd.)

[249] U.S. Senator Ben Sasse: *„Wir belohnen Putin mit einem Gipfel? Putin hat Alexej Nawalny eingesperrt, seine Marionette Lukaschenko hat ein Flugzeug gekidnappt, um Roman Protassewitsch zu schnappen. Anstatt Putin wie einen Gangster zu behandeln, der sich vor seinem eigenen Volk fürchtet, erlauben wir ihm seine geliebte Nord- Stream-2-Pipeline und legitimieren seine Taten mit einem Gipfel. Das ist schwach."* (sasse.senate.gov, 25.5.21)

Der amerikanische Präsident erläutert seinem russischen Kollegen den fundamentalen Klassenunterschied zwischen ihren beiden Nationen: Amerika wieder einmal exzeptionell

Wie Joe Biden auf der anschließenden Pressekonferenz berichtet,[250] hat er das Gipfeltreffen mit seinem russischen Kollegen zur Gelegenheit genommen, seinem Gegenüber den amerikanischen Menschenschlag zu erklären - damit er besser versteht, warum Amerika gar nicht anders kann, als Russland vor sein Menschenrechtstribunal zu zerren:

> *„I told President Putin my agenda is not against Russia or anyone eise; it's for the American people... I also told him that no President of the United States could keep faith with the American people if they did not speak out to defend our democratic values, to stand up for the universal rights and fundamental freedoms that all men and women have, in our view. That's just part of the DNA of our country... It's not about just going after Russia when they violate human rights; it's about who we are. How could I be the President of the United States of America and not speak out against the violation of human rights?... I told him that, unlike other countries, including Russia, we're uniquely a product of an idea. We don't derive our rights from the government; we possess them because we're born - period."*[251]

[250] Während sich Putin in seiner Pressekonferenz auch den üblichen „kritischen Fragen" der US-Journalisten gestellt hat, hat Biden das nicht nötig; er lässt nur seine eigenen fragen: Russische Frager hätten ja doch bloß wieder „*disinformation*" gemacht.

[251] „*Ich habe Präsident Putin gesagt, dass meine Agenda nicht gegen Russland oder irgendjemand anderen gerichtet ist; sie dient den Amerikanerinnen und Amerikanern... Ich habe ihm auch gesagt, dass die Amerikanerinnen und Amerikaner einem Präsidenten der Vereinigten Staaten auf Dauer kein Vertrauen schenken werden, wenn er sich nicht für die Verteidigung ihrer demokratischen Werte einsetzt und für die universellen Rechte und Grundfreiheiten eintritt, die unseres Erachtens alle Männer und Frauen haben. Das ist eine wesentliche Eigenschaft unseres Landes... Es geht nicht nur darum, Russland anzugreifen, wenn dort Menschenrechte verletzt werden, sondern darum, wer wir sind. Wie könnte ich Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sein und mich nicht gegen die Verletzung der Menschenrechte aussprechen? Ich habe ihm gesagt, dass wir im Gegensatz zu anderen Ländern, einschließlich Russland, als einzige aus einer Idee heraus entstanden sind... Wir leiten unsere Rechte nicht*

Im Gründe hat nämlich Amerika gar nichts gegen Russland, so wenig es gegen sonst jemand auf der Welt etwas hat. Seine Agenda ist nicht dadurch bestimmt, dass es in Konkurrenz zu anderen Nationen stehend irgendwelche kleinlichen Interessen verfolgt und anderen die ihren bestreitet; Amerika bezieht sich in dem, was es tut, vielmehr *allein auf sich*. Wenn es Russland zum Unrechtsstaat erklärt und dieses Urteil exekutiert, dann hat das mit Russland erst einmal gar nichts zu tun; denn das ist es allein sich schuldig - seinem großartigen Volk, dessen Werten und seiner Einzigartigkeit. Laut Biden sind in Amerika überhaupt Staat und Volk in diesem Solipsismus vereint: Dass es dem Rest der Welt eine „Ordnung" von „universal rights" und „democratic values" auferlegt, ist keiner politischen Absicht in dem Sinn geschuldet, wird auch nicht als gutes Recht deklariert, sondern rangiert noch viel höher und unwidersprechlicher - der Auftrag dazu steckt einfach in den amerikanischen Genen! So sind wir nun einmal, lässt Biden seinen Amtskollegen wissen, so ist unser Menschenschlag, auserlesen und einzigartig darin, dass er aus einer Idee geboren ist, der Idee, dass der Amerikaner - anders als die Angehörigen aller anderen Nationen - seine Rechte dem Umstand verdankt, dass er als Amerikaner geboren wird, also schön mit dem Grundrechtskatalog unterm Arm auf die Welt kommt.

Die USA als die fleischgewordenen allgemein menschlichen Werte können demnach gar nicht anders denn als Aufseher, Richter und Exekutor einer in ihrer Volksnatur begründeten Weltordnung zu fungieren - bis hin zur Arbeit am Umsturz der russischen Herrschaft per Nawalny und Konsorten kommt das alles aus den Genen, die die Pilgrim Fathers auf die Natur und die Indianer losgelassen haben. Und das hat der Russe zu schlucken - Punktum.

Russland hingegen: einfach erbärmlich

Die kritischen Fragen der Journaille, warum Biden dem Russen nicht ordentlich ausgeteilt hat, verbittet sich Biden und erklärt, dass er sich auf die Ebene einer unschönen Auseinandersetzung gar nicht

von der Regierung ab, wir besitzen sie, weil wir geboren wurden. Punkt." (Remarks by President Biden in Press Conference, 16.6.21)

hinunterzubegeben brauchte. Er hat einen viel souveräneren Auftritt hingelegt, indem er als Botschafter dieser großartigen amerikanischen Idee seinem russischen Kollegen vor Augen geführt hat, dass sein Land eine Schande für die Menschheit ist und sich durch sein unwürdiges Verhalten selbst desavouiert. Er nämlich würde sich bis auf die Knochen schämen, wenn er einer Nation vorstehen würde, die sich derlei Vorhaltungen machen lassen muss:

> *„How would it be if the United States were viewed by the rest of the world as interfering with the elections directly of other countries, and everybody knew it?“* [252]

Es darf gelacht werden. Der Präsident ist aufgrund seiner Gleichsetzung des amerikanischen Imperialismus mit einer naturgesetzmäßigen grenzenlosen staatsmoralischen Überlegenheit offensichtlich so weit in Fahrt gekommen, dass ihm die Tatsache, wie gründlich Amerika darauf aufpasst, dass die Herrschaftsbestellung weltweit in seinem Sinne stattfindet, ganz aus dem Gedächtnis geschwunden ist. Jedenfalls erfreut er sich an seiner Diagnose, dass Russland die Wahleinmischungen, derer es von Amerika bezichtigt wird, ganz schlecht bekommen, und mit Genugtuung hat er Putin vor Augen gestellt, dass nach seiner Wahrnehmung Russland auch sonst in der Welt gar nicht gut dasteht:

> *„It diminishes the Standing of a country that is desperately trying to make sure it maintains its standing as a major world power. And so its not just what I do; its what the actions that other countries take - in this case, Russia - that are contrary to international norms. Its the price they pay. They are not able to dictate what happens in the world,.. Its about trust. Its about their ability to influence other nations in a positive way. Look, would you like to trade our economy for Russia's economy? Would you like to trade?“* [253]

---

[252] *„Was wäre denn, wenn der Rest der Welt die Vereinigten Staaten als ein Land ansehen würde, das direkt in die Wahlen anderer Länder eingreift, und jeder wüsste es?“*

[253] *„Es vermindert das Ansehen eines Landes, das verzweifelt versucht, seine Geltung als eine bedeutende Weltmacht aufrechtzuerhalten. Und daher geht es nicht darum, was ich tue, Es geht um das, was andere Nationen unternehmen - in dem Fall Russland das gegen internationale Normen verstößt. Es ist der Preis, den sie zahlen müssen. Sie sind nicht in der Lage zu diktieren, was in der Welt passiert... Es geht um Vertrauen. Es geht darum, andere Nationen*

Imperialistische Statur, zwischenstaatliche Anerkennung, politische Glaubwürdigkeit und moralische Integrität munter durcheinanderwerfend rechnet der amerikanische Präsident Russland dessen hilfloses Bemühen vor, etwas von seiner Weltbedeutung zu retten. Dass Russland in diesem Bemühen scheitert - wofür sich Amerika verbürgt, weil es ja alles in seiner Macht Stehende dafür unternimmt! -, diskreditiert dieses Bemühen und mit ihm die Staatsmacht, die von ihm nicht lassen will. Ihr Scheitern beweist, dass sie den Respekt nicht verdient, den sie beansprucht. Mit ihrem Festhalten an diesem Anspruch bewegt sie sich außerhalb der Normen der internationalen Gemeinschaft. Dafür muss sie einen Preis zahlen. Kein Wunder, dass auch die russische Ökonomie in einem erbärmlichen Zustand ist. Niemand möchte mit Russland tauschen. Die Botschaft ist klar: Und sowas will mitreden, Ansprüche anmelden, seine Interessen berücksichtigt sehen! Biden will gar nicht mehr aufhören:

> *„When you run a country that does not abide by international norms, and yet you need those international norms to be somehow managed so that you can participate in the benefits that flow from them, it hurts you."*[254]

Genüsslich führt er in den Wunden der russischen Führung herum, die es natürlich schmerzen muss, dass ihre Nation nicht auf die Beine kommt - was sie sich freilich selber zuzuschreiben hat, weil sie sich ja nicht an die „international norms" halten mag und deswegen gerechterweise nicht an den Segnungen partizipieren kann, an denen man als anständiges Mitglied der Völkergemeinschaft bekanntlich teilhat. Dabei hatte alles so schön angefangen, wie sich Biden erinnert. Er berichtet von einem „*shining moment"*, nämlich den 10 Jahren unter Jelzin, „„*shining*" vor allem für Amerika, weil in der Periode der komplette Zusammenbruch der sowjetischen Staatsmacht, ihrer Hinterlassenschaften und aller zivilen Reproduktionsbedingungen vonstattenging. In der Optik Amerikas war das

auf positive Weise zu beeinflussen. Schauen Sie, würden Sie unsere Wirtschaft mit der von Russland tauschen wollen? Würden sie tauschen wollen?"

254 *„Wenn Sie ein Land regieren, das sich nicht an internationale Normen hält, und dennoch darauf angewiesen sind, dass diese Normen irgendwie eingehalten werden, um von ihnen zu profitieren, dann tut das weh."*

eine Sternstunde der Demokratie, in der Russland fast schon die Anerkennung als anständiges Mitglied der Völkerfamilie in Aussicht gestellt werden konnte. Aber leider kam dann ja Putin, der mit seiner Entscheidung zu einer „starken Regierung", mit der er einige Großmacht-Attribute retten wollte, Russland auf den falschen Weg gebracht hat:

> *„I think he decided that the way for Russia to be able to sustain itself as a great power is to in fact unite the Russian people on just the strength of the government - the government Controls - not necessarily ideologically, but the government. And I think that's the - that's the choice that was made... I do think it does not lend itself to Russia maintaining itself as one of the great powers in the world."* [255]

Mit der Methode ‚zu viel Regierung und staatliche Kontrolle' ist Weltmacht nicht zu haben und der Niedergang unabweisbar, lautet die Lehre, die Biden der Geschichte entnimmt. In dieser Ableitung hat die amerikanische Einkreisungs- und Sanktionspolitik höchstens noch die Bedeutung von ein wenig Beihilfe zum Ausscheiden aus der Konkurrenz der großen Mächte.

Das kommt US-Journalisten offensichtlich alles immer noch wie eine unangebrachte Weichzeichnung vor, sie vermissen die weltmachtüblichen Drohungen - *„Hat es keine Drohungen gegeben?"* -, und Biden erklärt es ihnen noch einmal:

> *„No, no, no. No. There were no threats... You know how I am: I explain things based on personal basis. What happens if, for example. And so, there are no threats, just simple assertions made. And no ‚Well, if you do that, then we'll do this' - wasn't anything I said. It was just letting him know where I*

[255] *„Ich denke, er hat sich entschieden, dass der Weg. für Russland, die Fähigkeit, sich als Großmacht Zu erhalten, der ist, das russische Volk durch die Stärke seiner Regierung zu vereinigen. Die Regierung kontrolliert - nicht notwendigerweise ideologisch, aber die Regierung; Und ich denke, das war die Entscheidung, die getroffen worden ist... Ich denke, dass das nicht dazu taugt, dass sich Russland als eine der Großmächte in der Welt behauptet."*

stood; what I thought we could accomplish together; and what, in fact – if it was – if there were violations of American sovereignty, what would we do." [256]

Er hat Putin nicht „gedroht", sondern „nur versichert", was seinem Land blüht, wenn Amerika zu dem Urteil gelangt, dass Russland seine Souveränität verletzt. Es gab keinen Grund unfreundlich zu werden. Er konnte das alles, denkbar souverän, „on personal basis", quasi familiär, von Joe zu Wladimir regeln.

Bidens Darstellung des Gipfels im Gestus der totalen Überlegenheit markiert den Grad des amerikanischen Rechts- und Machtbewusstseins, den Standpunkt der konkurrenzlosen, absoluten Weltmacht: Amerika behandelt Russland als einen zu erledigenden Störfall in seiner Weltordnung, es entzieht ihm gewissermaßen die Lizenz, verpflichtet den Rest der Staatenwelt auf seine Feinddefinition - und seine Regierung leistet sich ein Auftreten, aus dem die von keinem Zweifel angekränkelte Gewissheit spricht, dass dieses Land damit schon so gut wie erledigt ist; dass es sich quasi selbst erledigt, aufgrund seiner systembedingten Schwächen und falschen Polung; dass sein Niedergang unvermeidlich und es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis dieser Kontrahent in die ihm vorausgesagte Bedeutungslosigkeit versunken ist.

Ganz der Wahrheit entspricht dieses Bild nicht. Schließlich tut die amerikanische Weitmacht einiges dafür; dass es wahr wird. Und mit all dem, was sie dafür tut, kommt sie an Russland offensichtlich immer noch nicht vorbei; nur deswegen - weil sie mit dieser Macht einiges zu regeln hat - findet so ein Gipfel ja statt. Russland ist eben immer noch die Macht, die zum Ärgernis der amerikanischen Weltmacht in seiner atomaren und sonstigen Bewaffnung über die Mittel seiner Selbstbehauptung verfügt. Das Auftreten Bidens hat insofern den Charakter einer Klarstellung an die Adresse all derer, die an der Entschlossenheit der amerikanischen

[256] *„Nein, nein, nein. Es gab keine Drohungen... Sie wissen; wie ich bin: Ich erkläre Sachen auf einer persönlichen Basis. Zum Beispiel, was passiert, wenn ..." Also, da gab es keine Drohungen, es wurden nur einfache Versicherungen abgegeben. Und nein, .wenn ihr das tut, dann tun wir Folgendes" - so etwas habe ich nicht gesagt Ich habe ihn nur wissen lassen, was mein Standpunkt ist, was ich mir vorstelle, was wir gemeinsam erreichen könnten, und was wir tun würden, wenn es - falls es - Verletzungen der amerikanischen Souveränität geben sollte. "*

Regierung zweifeln, Russland in die Schranken zu weisen und es als Macht zu degradieren, nicht zuletzt an die Amerikaner daheim, die dem Nachfolger Trumps Schwäche und Nachgiebigkeit bei der Durchsetzung amerikanischer Interessen und amerikanischen Rechts in der Welt unterstellen und die Bereitschaft zu einem Gipfel als Einknicken gegenüber Russland deuten. Niemand soll sich da täuschen, die Russen schon gleich nicht: Amerika lässt sich nicht abschrecken und zu einer friedlichen Koexistenz mit Russland bewegen; die Bereinigung dieses Störfalls seiner Weltordnung steht nach wie vor auf seiner Agenda - auch wenn Biden China an die erste Stelle gesetzt hat.

Angelegenheiten, in denen mit dem strategischen Gegner noch verhandelt werden muss

Der Gipfel hat genau ein von beiden Seiten unterzeichnetes Dokument erbracht, sinnigerweise die Bekräftigung der gemeinsamen Erklärung von Reagan und Gorbatschow von 1985: *„Wir bekräftigen heute den Grundsatz, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf"* [257] Schön zu hören, dass beide Seiten, die die diesbezügliche Bewaffnung seit den Zeiten von Reagan und Gorbatschow offensichtlich unbedingt behalten wollten und seitdem mit großem Erfolg an ihrer Verbesserung gearbeitet haben, der Menschheit in die Hand versprechen,

[257] *„Wir, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Joseph R. Biden und der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin, stellen fest, dass die Vereinigten Staaten und Russland gezeigt haben, dass wir selbst in Zeiten der Spannungen in der Lage sind, auf dem Weg zu unseren gemeinsamen Zielen der Gewährleistung der Vorhersehbarkeit in strategischen Fragen fortzuschreiten und die Gefahren bewaffneter Konflikte und der Bedrohung durch einen Atomkrieg zu verringern. Die jüngste Verlängerung des New-START-Vertrags ist ein Zeichen unseres Bekenntnisses zur Kontrolle der Kernwaffen. Wir bekräftigen heute den Grundsatz, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf, Im Einklang mit diesen Zielen werden die USA und Russland in naher Zukunft gemeinsam einen bilateralen, integrierten und fundierten Dialog über strategische Stabilität entschlossen aufnehmen. Mit diesem Dialog wollen wir die Grundlagen für künftige Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und zur Risikominderung schaffen."* (U.S.-Russia Presidential Jomt Statement on Strategie Stability, whitehouse.gov, 16.6121)

dass sie nach wie vor von der Sinnlosigkeit ihrer Anwendung überzeugt sind.

Jedenfalls sind es die Leistungen der Russen auf diesem Gebiet, die Mittel für diesen Krieg zu perfektionieren, die Biden zu seinem Gipfel-Angebot bewogen haben. Er ist

> *„pleased that he [Putin] agreed today to launch a bilateral Strategie stability dialogue... get our military experts and our - our diplomats together to work on a mechanism that can lead to control of new and dangerous and sophisticated weapons that are coming on the scene now that reduce the times of response, that raise the prospects of Occidental war."* [258]

Nach Jahrzehnten, in denen die USA bestehende Rüstungskontrollabkommen mit dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion für überflüssig erklärt, praktisch unterlaufen oder gekündigt haben, in denen die USA unter Obama gerade einmal die Renovierung des Abkommens über die Interkontinentalraketen für nützlich befunden haben, plädiert die neue Administration für die Aufnahme neuer Verhandlungen. Entgegen Bidens Gestus, dass die USA diesen Gegner im Prinzip im Griff haben, eben wegen der Tatsache, dass Russland über „*new, dangerous and sophisticated weapons*" verfügt, sehen sich die USA genötigt anzuerkennen, dass das strategische Kräftemessen mit Russland in eine neue Etappe eingetreten und damit auch wieder auf Russland als Verhandlungspartner zurückzukommen ist.[259]

Zweitens bringt Biden noch eine andere Materie zur Sprache, über die er mit seinem russischen Gegenüber ins Gespräch kommen will: „*Cyber and cyber-security*".

---

[258] *„Und ich freue mich, dass Putin sich heute zu einem bilateralen Dialog über strategische Stabilität bereit erklärt hat... dass sich unsere Militärexperten und unsere Diplomaten zusammensetzen, um an einem Mechanismus zu arbeiten, der die Kontrolle neuer und gefährlicher moderner Waffen ermöglicht, die jetzt in Erscheinung treten. Sie verkürzen die Reaktionszeiten und vergrößern daher die Gefahr eines unbeabsichtigten Krieges."*

[259] Genaueres dazu: „Rüstungsdiplomatie unter Trump und Biden" in dieser Nummer.

> *„I gave them a list ...16 entities defined as critical infrastructure under U.S. policy, from the energy sector to our water systems... I pointed out to him that we have significant cyber capability. And he knows it. He doesn't know exactly what it is, but it's significant. and if, in fact, they violate these basic norms, we will respond with cyber-he knows... What happens if that ransomware outfit were sitting in Florida or Maine and took action, as I said, on their - their single lifeline to their economy: oil? That would be devastating. And you could see them kind of go, ‚Oh, we do that, ' but like, ‚Whoa'"* [260]

Überrascht von der Mitteilung, dass Amerika über eine *„significant cyber capability"* verfügt, mit der es Russland vernichtende Schläge zufügen kann, dürfte Putin zwar nicht gewesen sein; schließlich haben die USA schon unter Obama demonstrativ bekannt gegeben, dass sie ihre Schadsoftware im russischen Energienetz platziert haben. Lässt man den präsidial verblödeten Stil jedoch mal beiseite, in dem Biden seine Mitteilung macht, dass auch hier er es wieder einmal war, der seinem Gegenüber souverän Anweisungen erteilt und rote Linien gezogen hat - das Kräfteverhältnis sieht anders aus: Beide Seiten verfügen auf dem Feld der Cyberkriegsführung über Potenzen, mit denen sie sich ganz ohne Einsatz ihrer herkömmlichen Waffen wechselseitig Schäden von nationaler Tragweite zufügen können. Beide versichern sich auf ihre gepflegte Art, dass sie nötigenfalls nicht davor zurückschrecken würden, in der jeweils anderen Nation die Infrastruktur zusammenbrechen zu lassen oder andere Verwüstungen anzurichten. Und eben diese neue Materie wollen sie jetzt der zivilisatorischen Errungenschaft der Rüstungsdiplomatie zuführen, dem Kunstwerk einer vertrauensbildenden Verständigung über die wechselseitigen Vernichtungsmittel.

---

[260] *„Ich habe ihm eine Liste gegeben... mit 16 Objekten, die in der US-Politik als kritische Infrastruktur definiert sind, vom Energiesektor bis hin zur Wasserversorgung... Ich habe ihm gegenüber betont, dass wir über bedeutende Cyber-Kapazitäten verfügen. Und er weiß das. Er weiß nicht genau; welche das sind. Aber er weiß, dass es bedeutende sind. Und für den Fall, dass sie diese Grundregeln verletzen, werden wir mit Cyber antworten, Er weiß das... Ich habe ihm vorstellig gemacht, was wäre, wenn so ein Ransomware-Outfit aus Florida oder Maine die einzige Lebensader ihrer Wirtschaft, das Öl, attackieren würde? Das wäre verheerend Und man konnte sehen, wie ihnen die Kinnlade runtergefallen ist."*

Drittens hat der US-Präsident auf noch einem anderen Gebiet konstatieren müssen, dass es wegen der Konflikte, in denen man als Mächte mit ausgreifenden strategischen Interessen aufeinander trifft, einen gewissen Bedarf an Verständigung gibt: Russland ist in relevanten Teilen der Welt als militärische Macht und mit weltordnerischen Ansprüchen unterwegs. Über Syrien, den Iran, die Arktis und Afghanistan ... muss verhandelt werden.

Zu den wenigen sogenannten „Erfolgen" des Gipfels gehört daher bezeichnenderweise auch die Rückkehr zur Elementarform von Diplomatie: Die Botschafter beider Seiten sollen wieder ihren Platz im anderen Land einnehmen. Schließlich haben die schon seit Obama aus verschiedensten Anlässen vorgenommene Schließung russischer diplomatischer Einrichtungen in den USA und die Ausweisung russischer Diplomaten aus den USA die diplomatische Vertretung Russlands vor Ort so weit reduziert, dass die russische Regierung nun nach der „*Killer*"-Affäre ihrerseits mit ähnlichen Maßnahmen reagiert und zuletzt dem US-Botschafter in Moskau dringlichst empfohlen hat, sich nach Hause zu begeben, während sie ihren Botschafter aus den USA abgezogen hat. [261] Aber Russland durch entschlossenes Ignorieren von der Landkarte zu beseitigen, ist schließlich auch für die exzeptionelle Weltmacht nicht zu haben. Solange wie sie ihrerseits irgendetwas von der anderen Seite will - und da hat Biden ja einiges vorgelegt -, ist das nicht ohne Ansprechpartner und einen Draht nach Moskau zu haben.[262]

[261] *„Russland hat seinen Botschafter, Anatolij Antonow... aus Washington zurückgerufen, nachdem Biden in seinem ABC-Interview gesagt hatte, dass Putin , einen Preis zahlen wird1 für seine Versuche, die US-Wahlen von 2020 zu untergraben, und ihn als ‚Killer' bezeichnet hat. Dann hat Moskau den amerikanischen Botschafter John Sullivan hinausgeworfen."* (Foreign Policy, 14.6.21)

[262] *„Mag sein, dass wir das in den letzten Jahren vergessen haben, aber so funktioniert Diplomatie. Wir arbeiten nicht nur dann mit anderen zusammen, wir treffen uns nicht nur dann, wenn wir uns einig sind. Es ist wirklich wichtig, sich gerade dann mit anderen Machthabern zu treffen, wenn wir eine Reihe von Streitigkeiten haben, wie das mit Russland der Fall ist."* (Press Briefing by Press Secretary Jen Psaki, 25.5.21)

„Stable and predictable" - die neue Formel aus dem Weißen Haus für den Umgang mit Russland

So sind bei dem Treffen die fundamentalsten Gegensätze aufs Tapet gekommen - man hat wechselseitig Vernichtungsdrohungen ausgesprochen und die entsprechenden Potenzen vorgezeigt -, aber die Stimmung war insgesamt prima.

> *„ The tone of the entire meetings -I guess it was a total of four hours - was - was good, positive. There wasn't any - any strident action taken. Where we disagreed - I disagreed, stated where it was. Where he disagreed, he stated. But it was not done in a hyperbolic atmosphere.* [263]

Die Gelassenheit und Zuversicht, die Biden vermitteln möchte, verdankt sich seiner Einschätzung, dass sich Russland einfach keine weiteren Konflikte mehr leisten kann:

> *„I think that the last thing he wants now is a Cold War... You're in a situation where your economy is struggling, you need to move it in a more aggressive way, in terms of growing it. And you - I don't think he's looking for a Cold War with the United States.* [264]

Was den amerikanischen Präsidenten zuversichtlich stimmt, ist der Umstand, dass dieser strategische Gegner ökonomisch im Vergleich zu Amerika eine Null ist, ein Umstand, der nicht zuletzt auf das Wirken Amerikas zurückgeht, das alles dafür tut, dass es Russland verunmöglicht wird, sich Quellen seiner Macht zu erschließen. Dem in den internationalen Kapitalismus eingemeindeten, vom Weltmarkt abhängig gemachten Russland wird dieses Existenzmittel bestritten, mit einigem Erfolg

---

[263] *„Der Umgangston während des gesamten Treffens - beinahe vier Stunden - war freundlich und positiv. Es gab keine lautstarken Auseinandersetzungen. Wo wir uneins waren, ich nicht zugestimmt habe, habe ich das gesagt. Wo er anderer Meinung war, hat er es gesagt. Aber es war nicht aufgebauscht."*

[264] *„Ich denke, dass ein neuer Kalter Krieg das Letzte ist, was er jetzt haben möchte... Man befindet sich in einer Lage, in der sich die Wirtschaft schwertut, in der man es nötig hat, sie in einer energischeren Art und Weise voranzubringen, zürn Wachsen zu bringen. Ich glaube nicht, dass er da auf einen Kalten Krieg mit den USA aus ist."*

wird sein Ausschluss vom Welt- und Weltfinanzmarkt betrieben, damit ihm die ökonomische Basis für sein missliebiges Weltmachtgehabe abhandenkommt. [265] Das alles in der hoffnungsvollen Erwartung eines Regime-Change, einer zivilen Entwaffnung Russlands dadurch, dass Putin endlich einknickt oder - auch dank entsprechender Einwirkungen auf die Volksmoral, siehe Nawalny - von seinem unzufriedenen Völk weggefegt wird. Das ist eine Art von Kriegführung, nicht umsonst reden ja die politischen Beobachter von „economic warfare", soll aber gleichzeitig als komplett „proportionale", als so vernünftig dimensioniert und gerechtfertigt verstanden werden, dass eigentlich niemand inklusive Russland dagegen etwas vorbringen kann.

Wenn Biden bei anderer Gelegenheit verkündet, dass Russland aber gerade deswegen als Gefahr zu betrachten ist -

> *„In a speech to U.S. intelligence officials Biden asserted that Putin is increasingly dangerous as his country declines on the world stage. ‚He's sitting on top of an economy that has nuclear weapons and oil wells and nothing else. Nothing else. Their economy is - what? - the eighth smallest in the world now -*

[265] Vorgetragen wird diese Politik eben als gerechter Preis, mit einem Schritt nach dem anderen, als bestens abgewogene Maßnahme, die auf die Unterlassung bzw. Wiedergutmachung gewisser russischer Aktivitäten, z.B. auf die Rückgabe der Krim berechnet sein soll; dabei unterstellen die Sachverständigen selbst, dass das nicht passiert bzw. dass das nicht der eigentliche Sinn der Sanktionen ist; siehe Daniel Fried, der es als ehemaliger Aktivist des US-Außenministeriums auf diesem Gebiet wissen muss:

„*Die letzte Sanktionsrunde hat eine Debatte darüber aufleben lassen, ob die Maßnahmen schmerzhaft genug sind, ob sie die richtigen Leute treffen oder überhaupt wirksam sind, Schließlich haben die Sanktionen nicht dazu geführt) dass der russische Präsident Wladimir Putin seinen Kurs geändert hätte. Aber diese Kritik an den Sanktionen greift zu kurz. Die Sanktionen haben Russland schon geschwächt, seine Ressourcen vermindert und Putins Handlungsspielraum eingeengt. Auf Dauer und durch zusätzliche Maßnahmen verstärkt können sie Putin daran hindern, weiteren Schaden anzurichten.*" (Daniel Fried, Adrian Karatnycky, ebd.)

largest in the world? He knows - he knows he's in real trouble, which makes him even more dangerous, in my view'" [266]

so hat das durchaus seine Logik: Man blickt auf Russland als einen Staat, den man selbst immer weiter in die Enge treibt und damit vor die Alternative stellt, aufzugeben oder im Kampf um seine Selbstbehauptung zu den letzten Mitteln zu greifen - und das eben sind die militärischen, mit denen er reichlich ausgestattet ist. Das ist die Lage, wegen der die amerikanische Regierung die Parole „*Stabilität und Berechenbarkeit*" ausgibt, das imperialistische Ideal einer dosierten kontinuierlichen Schädigung des Gegners, bei der man die andere Seite mit ihren möglichen Reaktionen unter Kontrolle hat. Einerseits deshalb, weil Russland die Mittel fehlen, spiegelbildlich, d.h. mit ebenso einschneidenden ökonomischen Sanktionen zu antworten. Andererseits durch so viel diplomatischen Verkehr, wie unbedingt nötig, um den Gegner einzubinden, sich seiner Berechnungen zu versichern.

Nach dem Gipfel

Kaum zurück in Washington verkündet Bidens Sicherheitsberater Sullivan.

„Wir bereiten ein weiteres Paket von Sanktionen vor... Wir haben auf dem ganzen Weg gezeigt, dass wir uns nicht zurückhalten, wenn es darum geht, auf Russlands schädliche Aktivitäten zu reagieren, egal, ob in Bezug auf Solarwind oder die Wahleinmischung oder Nawalny." (de.rt.com, 20.6.21)

Der russische Botschafter in den USA, gerade wieder an seinen Stationierungsort zurückgekehrt, zeigt sich schwer enttäuscht von dieser Ankündigung: „*Das sei nicht das Signal, das von dem Gipfel in Genf ausgegangen*

[266] „*In einer Rede vor US-Geheimdienstlern bekräftigte Biden, dass Putin in dem Maß, in dem sein Land auf der internationalen Bühne an Bedeutung verliert, gefährlicher wird. Ersitzt an der Spitze einer Wirtschaft, die über Nuklearwaffen, Ölquellen und sonst nichts verfügt. Sonst nichts. Ihre Wirtschaft steht erst an achter Stelle in der Welt. Er weiß, dass er in ernsten Schwierigkeiten steckt, was ihn, in meinen Augen, noch gefährlicher macht.'"* (Foreign Policy, 29.7.21)

sei." (DW, 20 6.21) Außerdem muss er registrieren, dass die Schikanen gegen russische Diplomaten in den USA fortgesetzt werden.[267]

Präsident Biden wiederum beruft sich auf den Gipfel als eine höchst einseitige Veranstaltung, bei der er Russland diverse Versprechungen abgenommen haben will: „*Man werde sich ansehen, ob die Russen sich an das halten, was sie zugesagt und versprochen haben. "* (DLF, 17.6.21) - auch wenn von Versprechungen nichts zu hören war. Im Weißen Haus will man eben kein diplomatisches ‚do ut des' mehr kennen, sondern nur noch ein Verhältnis, bei dem Russland in der Pflicht ist und die USA kontrollieren

[267] Antonow: *„Die Ausweisung der Diplomaten wurde und wird mit abseitigen Vorwänden vorgenommen, Im letzten Dezember hat das State Department einseitig eine Dreijahresfrist für die Zulassung russischen Personals in den Vereinigten Staaten erlassen, was, soweit wir wissen, für kein anderes Land gilt. Darüber hinaus haben wir eine Liste von vierundzwanzig Diplomaten erhalten, die das Land vor dem 3. September 2021 verlassen sollen. Beinahe alle werden ohne Ersatz abreisen müssen, weil Washington die Verfahren der Visa-Erteilung plötzlich verschärft hat. Es ist so weit gekommen, dass die US-Behörden die gültigen Visa von Ehefrauen und Kindern unseres Personals ohne Angabe von Gründen kündigen. Die ausgedehnten Verzögerungen bei der Erneuerung erloschener Visa zielen ebenfalls darauf, russische Diplomaten aus dem Land zu drängen. Im Ergebnis können ungefähr 60 meiner Kollegen (zusammen mit ihren Familienmitgliedern sind es 130) nicht in ihre Heimat zurückkehren, nicht einmal aus dringenden humanitären Anlässen... Dasselbe gilt für die Aussichten, die Arbeit in den Konsulaten in San Francisco und Seattle wiederaufzunehmen, die unter Zwang geschlossen werden mussten. Sogar der zeitweilige Zugang von Instandhaltungsmannschaften zu den Liegenschaften im Besitz der russischen Diplomaten, die konfisziert worden sind, wird verweigert, was dort zu einer weiteren Verschlechterung des Bestands führt... Alle meine diesbezüglichen Anfragen an die Vorsitzenden der Parteien, an Fraktionen der beiden Kammern des Kongresses und die Auswärtigen Ausschüsse gehen anscheinend ins Leere. Sie bleiben einfach unbeantwortet."* (National Interest editor Jacob Heilbrunn interviews Ambassador of the Russian Federation to the United States of America H. E. Anatoly Antonov, 1.8.21)

Weil Russland auf der Ebene des diplomatischen Gezerres seinen Kampf um Gleichrangigkeit fortsetzt, die USA aber den Vorschlag einer parallelen Zurücknahme der „tit-for-tat-measures" mit Ignoranz behandeln, bleibt reziprok auch das amerikanische Botschaftspersonal in Moskau von 1200 auf 120 Mann beschränkt.

bzw. mit neuen Beschuldigungen und Drohungen aufwarten: *„Russland mischt sich schon wieder in die Midterm-Wahlen im nächsten Jahr ein."* [268] Alles sehr stabil und übersichtlich.

Bei der Gelegenheit hält Biden es dann für angebracht, seine Landsleute schon einmal mit der Tatsache vertraut zu machen, dass in der heutigen Vorkriegszeit die Chancen auf einen „echten Schießkrieg" gar nicht schlecht stehen:

> *„ The president also had an ominous prediction about the escalating cyberattacks targeting the United States. Biden said he believes it is growing more likely the United States could ‚end up in a real shooting war with a major power, 'as the consequence of a cyber breach.*

Schießen gehört bekanntlich auch zur amerikanischen DNA.

[268] Steve Herman: Biden Accuses Russia of Already Interfering in 2022 Election, VOA, 27.7.21

Rüstungsdiplomatie unter Trump und Biden

INF, Open Skies et al. gekündigt, New START verlängert. Fortschritte in der amerikanischen Friedenspolitik gegen den Rivalen in Moskau[269]

Russlands nukleares Arsenal macht 45% des weltweiten Nuklearwaffenbestandes aus, diese Waffen sind mit Trägersystemen gekoppelt, die in etwa 30 Minuten amerikanischen Boden erreiche können. Die USA betrachten dies als eine *„allgegenwärtige existentielle nukleare Bedrohung*", die sie für sich zu handhaben gedenken.

Die Logik dieses atomaren Wettlaufs und der immer wieder versprochenen *Rüstungskontrolle* ist folgende: Wegen der atomaren Potenzen des Gegners besteht die Notwendigkeit, ihn als Macht anzuerkennen und mit ihm in diese ganz spezielle Sorte von Abmachungen über die letzten Mittel der Souveränität zu treten. Der Zweck dieser Abmachungen zweier potenter atomarer Massenmörder besteht, auf höchster Ebene, in der gegenseitigen Anerkennung der Tatsache, sich mit den jeweils aufgestellten Atomwaffenarsenalen wechselseitig locker auslöschen zu können, weswegen deren Anwendung sinnlos erscheint: Das eigene Vernichtungspotenzial wird dafür in Anschlag gebracht, dem Gegner die Untubarkeit eines atomaren Schlagabtausches vor Augen zu führen und von ihm die Konzession einzuholen, dass der das auch so sieht.

Gerade weil die einzig verbliebene Supermacht alles daran setzt, *Eskalationsdominanz,* also kriegsentscheidende Überlegenheit, gegen ihren mächtigsten Feind auch auf dem Feld der Atomwaffen zu gewinnen, ist ihr sehr daran gelegen, sich bei dem, solange dieses Ziel nicht erreicht ist, rückzuversichern, dass er ihre atomare Kriegsdrohung „richtig" versteht, nämlich nicht als Vorbereitung eines unmittelbaren Angriffs, aber schon als so ernst zu nehmende Vernichtungsankündigung, dass er einen atomaren Schlagabtausch keinesfalls in Erwägung zieht, weil der nur mit ungleich höherem Schaden für Russland allenfalls überhaupt zu

[269] Gegenstandpunkt 3 - 2021

überstehen wäre. Die eigentümliche Diplomatie, die so zwischen den beiden sich – bis auf Weiteres – neutralisierenden Atommächten in Gang kommt, betreibt die Russische Föderation mit der Berechnung, durch demonstrative Verhandlungsbereitschaft über ihr Waffenarsenal und entsprechende Vorleistungen sich die Anerkennung ihres Großmachtstatus durch die Weltmacht zu verschaffen und von den gewaltigen Aufwendungen für ihre Selbstbehauptung irgendwie herunterzukommen; und Amerika mit der dazu komplementären Berechnung, den Russen ein paar nützliche Kompromisse abzuringen.

I. Bilanz der Trumpschen Friedenspolitik

Trump hat Rüstungskontrollverträge für überflüssig gehalten, weil sie auf eine Beschränkung der Nation hinauslaufen, die sie schwächt. Obamas Erklärung über Russland als einer *Regionalmacht* setzt Trump dahingehend fort, den alten Systemgegner einseitig aus seiner Rolle als einer militärisch zu respektierenden Macht zu entlassen. Die Rüstungskontrollverträge kündigt er als nicht hinzunehmende Selbstfesselung, einen nach dem anderen.

1. Kündigung des INF-Abkommens – neue Freiheiten für die Weltmacht auf dem Kriegsschauplatz Europa

Als ersten Rüstungskontrollvertrag kündigt Trump den INF, weil der die Entwicklung und Aufstellung von nuklear bewaffneten landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen verbietet. Russland hingegen verfügt inzwischen über taktische Atomwaffen mit geringerer Sprengkraft und kürzerer Reichweite für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld, die es sich unter laufendem INF-Vertrag als Mittel gegen die haushohe konventionelle Übermacht der NATO beschafft hat. Diesen Raketen hat die Weltmacht mit ihrem Bündnis bislang nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen und mit neuen Kurz- und Mittelstreckenraketen beheben die USA dieses für eine Weltmacht untragbare Dilemma, möglicherweise in einer nuklearen Auseinandersetzung gleich auf ihre Oberwuchtbrummen setzen zu müssen und damit einen *all-out-war* zu riskieren. Die (Wieder)-Herstellung amerikanischer Eskalationsdominanz im Krieg gegen Russland ist der eine Grund, warum der INF-Vertrag ausgedient hat und neue

Raketen hermüssen. Der andere ist der, dass mit diesen Waffen zugleich eine nukleare Vernichtungsdrohung gegen den europäischen Teil der Russischen Föderation entsteht, die, im Verein mit den bereits von den USA und ihren NATO-Partnern dislozierten see- und luftgestützten Atomwaffen, der Vernichtungsdrohung durch die amerikanischen Interkontinentalraketen gleichkommt und der politischen Führung in Washington die Option eines großen Kriegs gegen den Kreml eröffnet, der das eigene Homeland im Idealfall weitgehend unversehrt lässt.

2. Kündigung des Missile Technology control Regime (MTCR)

Das MTCR zielte zu Sowjetzeiten schon darauf, die militärische Nutzung der Kernenergie durch Unbefugte zu verhindern, den Export von Trägerwaffen, insbesondere von Langstreckenraketen, unter die Aufsicht der Guten zu stellen, auf dass die Verfügung über das mächtigste aller Kriegsmittel das Privileg der paar handgezählten Atommächte bleibe. Angesichts der zunehmenden Verbreitung von alternativen Trägersystemen – gemeint ist besonders die von China entwickelte UAS-Technik (Unmanned Airkraft System), also Drohnen – hat sich für die USA das MTCR als nutzlos erwiesen. Amerika will sich nicht weiter an eine „*überholte*" Vereinbarung halten, angesichts der chinesischen Erfolge auf diesem Gebiet gilt es, den militärischen und politischen Einfluss, den China durch den Export dieses Kriegsmittels gewinnt, zu bekämpfen, seine einschlägige Industrie zu schädigen und sicherzustellen, dass die Kundschaft dem richtigen Einfluss unterliegt und mit der richtigen Kriegstechnologie versorgt wird. Daran hängt schließlich, wie weit das US-Militär andere nationale Streitkräfte auch auf diesem Gebiet als interoperable Bestandteile seiner globalen Abschreckungsmacht behandeln kann.

3. Absage an den Nuclear Test Ban Treaty (NTBT)

Drittens fassen die USA seit Trump wieder echte Atomtests ins Auge - Nuclear Test Ban Treaty hin oder her. Der Zweck ist die Herstellung der größtmöglichen Zuverlässigkeit und Effektivität der laufend weiter entwickelten Nuklearwaffen samt Fortbildung der dafür nötigen Mannschaft. Amerika braucht diese Praxistests, weil nur so die „*Effektivität*"

seines nuklearen Arsenals im Ernstfall sicherzustellen ist. Die vorhandenen nukes sollen schließlich nicht versagen, sondern ihrer militärischen Bestimmung im Krieg gegen die großen Rivalen gemäß am richtigen Ort, zum exakt richtigen Zeitpunkt und exakt mit der notwendigen Sprengkraft detonieren.

4. Kündigung des Open-Skies-Abkommens – der Offene Himmel verträgt sich nicht mit den Kriegsvorbereitungen der USA – Kriegsschauplatz Europa II

Auch Trumps Austritt aus dem Open-Skies-Vertrag, einer „*wichtigen vertrauensbildenden Maßnahme im OSZE-Raum*", hat in der weltöffentlichen Wahrnehmung kein nennenswertes Echo gefunden. Diese Regelungen sind in den 90er-Jahren als „*vertrauensbildende Maßnahmen*" zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt vertraglich festgelegt worden – der Vertrag erlaubt kooperative Beobachtungsflüge über das Territorium der Vertragsstaaten – und waren damals als Instrument der wechselseitigen Versicherung, sich nicht mit Krieg zu überziehen, implementiert worden, zur Herstellung von „*Transparenz militärischer Aktivitäten auch in Krisenzeiten*".

Was sich die 34 Vertragsstaaten mit dem ‚Offenen Himmel' von „Vancouver bis Wladiwostok" 1992 zugesichert hatten, war die gegenseitige mehr oder weniger *unangekündigte* Flugüberwachung ihrer Territorien über Stunden hinweg – was, bei Lichte betrachtet, mit „*Vertrauen*" im landläufigen Sinn herzlich wenig zu tun hat, sehr viel aber mit dem Bedürfnis von Militärs, möglichst alles über den Gegner zu wissen, um auf jeden Fall vor Überraschungsangriffen gefeit zu sein, idealiter alle denkbaren Konfliktverläufe antizipieren und beherrschen zu können. Mit Open Skies runden die vertragschließenden Parteien das Bild, das ihnen die Satellitenbeobachtung über den Stand der Waffenkonkurrenz vermittelt, ab durch Informationen, die sich aus dem Orbit nicht gewinnen lassen, sodass der beobachtete Staat wenig Gelegenheit hat, die von den Beobachtern ausgewählten Militäreinheiten sowie deren Bewaffnung einer minutiösen Erfassung zu entziehen. Dieses *Instrument der legitimen Spionage* wurde weidlich genutzt, auch als zusätzliche Verifikation von Rüstungskontrollvereinbarungen zwischen den beteiligten Staaten.

Die Trump-Administration hat sich entschieden, den Verlust der eigenen Informationsgewinnung in Kauf zu nehmen, weil sie Russland umgekehrt dieses wichtige Instrument des Einblicks in ihre Militärstrategie in Europa entziehen will. Ihre Kriegsvorbereitungen auf dem europäischen Schauplatz gebieten, dieses schöne Mittel der vertraglich zugesicherten, konzertierten Militärspionage wegzuschmeißen.

Mit ihrer Herrichtung *Osteuropas*, des Baltikums, der Ostsee, Polens, der Ukraine ... als Aufmarschraum für ihre NATO-Streitkräfte und des mitteleuropäischen Hinterlands als logistische Drehscheibe für den Nachschub an Truppen und Kriegsmaterial sind die USA nicht länger bereit, dem russischen Gegner Informationen über Strategie & Taktik der NATO – und gar nicht bloß nebenbei auch den Einblick in den Stand der Erneuerung der Raketenstreitmacht auf amerikanischem Boden –, bis hin zu einem möglichen Einmarsch über unterschiedliche „Szenarien" – über Estland, den Suwalki-Korridor, den Westbalkan, das Mittelmeer ... – in die Hände zu spielen. Den Trumpf, mit für den Kreml schwer bis unberechenbaren Kräften an seinen Grenzen zu stehen, wollen sich die USA nicht nehmen lassen.

II. Trumps Verhandlungen über New START - eine „neue Ära der Rüstungskontrolle"

Zum Auftakt der Verhandlungen zur Verlängerung von New START lassen Trump und sein Chefunterhändler Billingslea keinen Zweifel daran, dass die USA eigentlich null Interesse an Rüstungskontrolle im Allgemeinen und Verhandlungen über New START im Besonderen haben. Wenn Russland, unter dem Eindruck des gewaltigsten Auf- bzw. Totrüstungsprogramms, das die USA seit den Star-Wars-Zeiten Ronald Reagans aufgelegt haben, auf die Beibehaltung von Obergrenzen bei den Interkontinentalraketen erpicht ist, also die Zurückhaltung der USA auf diesem Feld haben will, dann muss es etwas liefern. Es muss sich überhaupt erst die *Verhandlungsbereitschaft* der USA erkaufen.

Weil Putin den Vertrag „*ohne jede Vorbedingung*" verlängern möchte, bestätigt das nur die amerikanische Vermutung, dass der Gegner offensichtlich verzweifelt genug ist, verhandeln zu müssen, er also bereits in jeder Hinsicht so unterlegen ist, wie man ihn sich wünscht. Die USA

wissen um die Geldschwierigkeiten Russland angesichts des Virusausbruches und dem Sinken des Ölpreises. Aus Sicht der USA muss die Verhandlungsmasse des Vertrages dahingehend geändert werden, dass Russland sich zu einseitigen Konzessionen bereitfindet - Die „*neue Ära der Rüstungskontrolle*" stellt Russland vor die Alternative Unterordnung unter die USA oder Totrüstung. Unter den vielen Dingen, die Russland tun kann, um beiden Seiten unnötige Kosten und den Amerikanern viel Ärger mit dem russischen Militär zu ersparen, wäre als Erstes einmal, einseitig abzurüsten, und zwar in allen Waffengattungen und Bestandteilen des russischen Militärrepertoires, die die USA stören.

So besteht z.B. eine der „*eklatanten Schwächen*" des New-START-Vertrags für die USA darin, dass er lediglich den einsatzbereiten russischen **Gefechtsköpfen** Obergrenzen setzt. Was beide Seiten daneben – als Reserve zum Nachladen, für Tests – an nicht unmittelbar einsatzbereiten Sprengköpfen halten, ist für den militärischen Einsatz nicht minder existenziell und übersteigt die Zahl der einsatzfähigen um ein Vielfaches. Für den amerikanischen Verhandlungsführer ein guter Grund, von Russland die Verschrottung des Zeugs zu fordern. Was, nach Lage der militärischen Dinge, die Durchschlagskraft der konventionellen US-Waffen in Sachen Prompt Global Strike und ihres Raketenabwehrschirms erheblich erhöhen, also die relative militärische Überlegenheit der USA untermauern würde.

Die **taktischen Waffen** (Atomwaffen mit kürzerer Reichweite und geringerer Explosivkraft für die Verwendung auf dem Gefechtsfeld), die die Russische Föderation sich für die Behauptung auf dem Kriegsschauplatz Europa an ihrer Westgrenze zugelegt hat, dienen eindeutig dem Zweck, „die NATO zu bedrohen", und müssen schon deswegen verboten werden.

Ebenso Russlands neue **Hyperschall-Waffen** (Stratosphären-Gleitflugkörper mit mehr als fünffacher Schallgeschwindigkeit, die keine ballistischen Flugbahnen beschreiben und daher schwer abgefangen werden können), mit denen es sich gegen die Entwertung seines überkommenen Arsenals durch den US-Abwehrschirm zur Wehr setzt.

Nach dem alten Sowjet-Motto *trust, but verify* bestehen die USA auf einer Verschärfung des Verifikationsregimes, weil ihnen die Kontrollen, die im Vertrag bisher festgelegt sind, nicht weit genug gehen. Sie fordern

die *vollständige Aufsicht* über die russischen Raketensilos, die Zustimmung des Rivalen zu ihrer Übergriffigkeit auf russische Waffenbestände, Lagerung, Produktion, Entwicklungen und Planungen; gefordert wird, dass der Gegner freiwillig und vertraglich gesichert das herausrückt, was man ansonsten umständlich über Militärspionage in Erfahrung bringen müsste.

Darüber hinaus fordern die USA, dass Russland „*erstmal die Chinesen an den Verhandlungstisch bringen muss*." D.h. der Kreml soll auch noch dafür sorgen, dass die USA ihr Raketen-Problem mit dem anderen großen Rivalen loswerden. Ein richtig guter und für die Weltmacht nützlicher Abrüstungsvertrag wäre nämlich einer, der nicht nur das Raketenproblem mit Russland lösen, sondern auch gleich China mit seinen derzeit etwa 300 Atomsprengköpfen und den dazugehörigen Trägerwaffen auf ein für den amerikanischen Abwehrschirm handhabbares Niveau herunterhandeln und es so seiner *Zweitschlagsfähigkeit*, dem militärischen Kernstück seiner Souveränität, berauben würde.

Nachdem Trump abgewählt worden ist, erklärt der neue Präsident Biden den „Kuschelkurs" seines Vorgängers für beendet und kündigt eine beinharte Konfrontationspolitik an. Und er rechnet damit, im Fall des Falles, z.B. bei weiteren Cyber-Attacken, einen „echten Krieg" gegen Großmächte wie China und/oder Russland führen zu müssen.

> *„Wenn wir in einem Krieg, einem echten Krieg mit einer Großmacht enden, dann als Folge eines Cyberangriffs von großer Tragweite', warnte er beim ersten Besuch im Büro der Geheimdienstkoordination (ODNI) seit seinem Amtsantritt. ‚Und die Fähigkeiten (für einen solchen Cyberangriff) nehmen exponentiell zu.'" (tagesschau.de, 28.7.21)*

Unter dem neuen Präsidenten verstärkt die US-Marine ihre Aktivitäten im zum strategischen Hotspot erklärten Schwarzmeergebiet; sie lässt regelmäßig ihre nuklear bewaffneten Raketenkreuzer dort herumfahren, baut ihren neuen Stützpunkt an der ukrainischen Schwarzmeerküste aus, sorgt dafür, dass ihr neuer Freund in Kiew so langsam zu einer Kriegsmarine kommt, der sich strategische Teilaufgaben gegen Russland zuweisen lassen, veranstaltet Großmanöver mit ihren NATO-Partnern, in denen unter anderem verstärkt nächtliche Landungsaktionen geübt werden; testet ihre neue, in Rekordzeit einsatzfähige Raketen-Artillerie und lässt

den Kreml wissen, dass er mit diesem *long-range strategic fire* künftig „*almost anywhere*" an seinen langen Grenzen zu rechnen hat.

Außerdem stationiert die Airforce ihre nuklearwaffenfähigen Langstrecken-Bomber neuerdings auch in Norwegen, um der russischen Aggression auch auf dem potentiellen Kampfplatz „Arktis" gut gerüstet entgegentreten zu können. Daneben treibt der Neue Trumps Milliarden-Programm zur Entwicklung von 12 neuen Atom-U-Booten, zur Erneuerung der Flugzeugträger-Flotte, zur Ausstattung der Luftwaffe mit 100 neuen Stealth-Bombern voran, legt ein „*1 Trillion Dollar Program*" zur Entwicklung einer neuen Generation landgestützter Interkontinentalraketen auf, die bis 2029 die alten Minuteman III ersetzen soll, usw…

Und auch was die Rüstungsdiplomatie mit Russland angeht, herrscht Kontinuität zwischen Präsident Nr. 45 und 46: Bei keinem der von Trump gekündigten Rüstungskontrollabkommen hat sich sein Nachfolger bislang dazu aufgerufen gesehen, die globale Sicherheitsarchitektur wieder in Ordnung zu bringen. Bis auf New START.

III. Biden rettet New START – als strategischen Baustein seiner unversöhnlichen Feindschaft gegen Putins Russland

Die USA verkaufen in der Öffentlichkeit die Fortsetzung des letzten großen Rüstungskontrollabkommens als *edlen Dienst am Weltfrieden*, diese Propaganda kann bestimmt nicht schaden.

Die Sache, um die es bei diesem Abkommen geht, ist eine ganz andere. Bei allen von Trump wie Biden mit neuer Energie vorangetriebenen Bemühungen, ihren russischen Gegenspieler in die Enge zu treiben und Stück für Stück zu entmachten – durch einen zivilen Krieg per Sanktionen; fortschreitende militärische Einkreisung; Perfektionierung des Abwehrschirms; Aufrüstung mit Billionenaufwand – stößt die Weltmacht – immer noch und bis auf Weiteres – an eine fatale Schranke: die Atomraketen der Russischen Föderation als letzten Garanten ihres souveränen Staatswillens. An dieser Waffenkategorie, genauer an der *Zweitschlagsfähigkeit* Russlands, endet die amerikanische Eskalationsdominanz. Dem mächtigsten Kriegsmittel der USA steht eine ebenbürtige Gegenmacht gegenüber, an der sich die Freiheit zum Einsatz dieses Mittels bricht. An

der Herstellung dieser Freiheit und damit eines Zustands, der einem Gewaltmonopol der USA über die Staatenwelt gleichkommt, arbeitet die Weltmacht mit allem Nachdruck.

Es geht den USA darum, eine Verständigung im Sinne der „*Vorhersehbarkeit*" auch für dieses Mittel herzustellen: dafür muss der fremde Wille anerkannt, erkundet und erpresst werden, und die Konzession des Gegners zur Nicht-Anwendung dieser Waffen in Form von Agreements eingeholt werden. Daneben ziehen die USA aus der den Russen aufgenötigten Verhandlungsbereitschaft militärstrategisch überaus wichtigen *Sekundärnutzen*: dem Gegner ein paar nützliche Konzessionen in Bezug auf Art und Zahl der alles entscheidenden Kriegsmittel abzuringen; per Verifikationsregime möglichst großen Einblick in seine militärischen Fähigkeiten zu gewinnen; ihn umgekehrt mit den eigenen Vernichtungskapazitäten nachhaltig zu beeindrucken, ohne allzu viele strategisch oder rüstungstechnologisch verwertbare Einsichten preiszugeben; die Anzahl seiner Sprengköpfe herunterzuverhandeln, um darüber die Durchschlagskraft der eigenen Kriegsmittel zu erhöhen; Zeit zu gewinnen, um erspähte Vorteile im Arsenal des Feindes durch Erfindung passender Gegenmittel zunichtezumachen.

Das und nichts anderes ist der Grund für Bidens Verlängerung des letzten verbliebenen Rüstungskontrollabkommens: Die Beziehungen zu Russland sollen, wie er ständig betont, *stable* and *predictable* bleiben, weil und während die USA alles daran setzen, ihrem Feind die Mittel für *aggressive behavior* und *malign activities* zu nehmen. Es gilt schließlich, die gefährlichen Errungenschaften der Russischen Föderation bei der Entwicklung von Atomwaffen der nächsten Generation – von Interkontinentalraketen neuen Typs, Hyperschall -waffen, atomar angetriebenen Marschflugkörpern und Unterwassertorpedos mit ungeheurer Sprengkraft – zu überrunden und so schnell wie möglich und zweifelsfrei *uncontested superiority* auch über diesen schlagkräftigsten aller Feinde herzustellen.

Das kann man auch so ausdrücken: Der New-START-Vertrag und seine Obergrenzen für das amerikanische und russische Nuklearsarsenal

„provide useful breathing room for rebuilding American nuclear forces..."
(defensenews.com, 23.1.21)

Die Ukraine 2021

Wie die Ukraine die Szenerie eines drohenden Kriegsausbruchs produziert und die Welt um eine neue Anklage gegen Russland bereichert[270]

Im Winter dieses Jahres beginnt die Ukraine mit umfassenden Kriegsvorbereitungen. Der ukrainische Armeechef Ruslan Chomtschak erklärt, „*auf dem Ausbildungsprogramm der gesamten ukrainischen Armee stünden in diesem Frühjahr Straßen- und Häuserkämpfe in städtischer Umgebung*" (junge Welt, 3.3.21). Verletzungen der Waffenstillstandsabkommen an der Demarkationslinie finden ohnehin regelmäßig statt, dazu kommt laut einer Meldung der OSZE die zunehmende Vorverlegung schwerer Waffen, die gemäß einer Einigung im Minsk-Format zurückverlegt worden waren. Gleichzeitig *„verbreitet die ukrainische Seite offenbar gezielt Indiskretionen, die auch auf die Option eines größer angelegten militärischen Angriffs auf die ‚Volksrepubliken' verweisen. Dazu gehören Bilder von Transportzügen mit Panzern und Raketenwerfern auf Bahnhöfen im Hinterland der Front."* (junge Welt, 12.3.21)

Ende März wird dann die neue Militärdoktrin der Ukraine veröffentlicht mit dem obersten Ziel der „Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität innerhalb der Staatsgrenzen". [271] Zudem verkündet Armeechef Chomtschak, dass in seinen Streitkräften „*völlige Gefechtsbereitschaft*" *hergestellt worden ist: "‚Wir haben Erfahrung in der Kriegsführung in der Ostukraine'. Außerdem – so versicherte er – hat der Oberbefehlshaber keine Probleme, Befehle zu erteilen oder Entscheidungen zu treffen."* (de.rt.com, 1.4.21) Dann beginnen „*Manöver im Süden des Landes... Ebenso demonstrativ hat die Ukraine am Montag*

[270] Gegenstandpunkt 3, 2021, S. 87ff

[271] A. Jermak, Assistent des Präsidenten der Ukraine: „Strategie der militärischen Sicherheit der Ukraine. Militärische Sicherheit – Umfassende Verteidigung", bestätigt durch das Dekret des Präsidenten der Ukraine Nr. 121/2021 vom 25. März 2021; die folgenden Zitate in eigener Übersetzung.

Reservisten der Territorialverteidigung in den südlichen Bezirken entlang der Schwarzmeerküste mobilisiert." (junge Welt, 7.4.21)

Russland antwortet

Russland registriert diese Veranstaltungen in der Ukraine als das, was sie sind: Vorbereitungen zu einer Aktivierung der Kriegslage, und beantwortet sie mit einer Demonstration eigener Art: Es entsendet eine mit modernstem Kriegsgerät ausgerüstete Streitmacht von um die 100 000 Mann in das Krisengebiet, in einer Geschwindigkeit, die westliche Militärfachleute zu höchstem Lob veranlasst. Der Führung in Kiew und deren Schutzmächten soll möglichst drastisch vor Augen geführt werden, wie eine *„geopolitische Konfrontation"* mit der russischen Macht aussehen würde. Auch höhere Rechtstitel führt Russland ins Feld: Ein *„Srebrenica im Donbass"* werde Putin nicht zulassen. Sein Schutz gilt ja inzwischen auch dortigen Volksgenossen, nachdem große Teile der Bevölkerung mit russischen Pässen ausgestattet worden sind. Schließlich lässt Russland die ukrainische Führung wie interessierte Dritte nicht im Unklaren über den Preis für ein etwaiges militärisches Abenteuer in der Südost-Ukraine:

> *„Außenminister Sergej Lawrow sagte, jeder, der versucht, einen neuen Krieg im Donbass zu entfesseln, wird die Ukraine zerstören."* (FAZ, 3.4.21)

Die öffentliche Berichterstattung zur Krise: Die Kunst des Wegignorierens

Die kriegsträchtige Konfrontation im Osten der Ukraine und im Schwarzen Meer wird von den Organen der deutschen Öffentlichkeit mit bemerkenswert einheitlicher selektiver Wahrnehmung bedacht. Sie kennt im eigentlichen Sinne nur ein handelndes und die Krise heraufbeschwörendes Subjekt: Russland. Die Ukraine hat in dieser Sicht ursächlich mit der Sache nicht das Geringste zu tun, sie ist wieder einmal ganz das *Opfer*, diesmal von einem bedrohlichen russischen Aufmarsch. Und mit dieser Aufbereitung der Sachlage, dadurch, dass die Fachleute für Information dem russischen Auftreten durch konsequentes Ignorieren der ukrainischen Kriegsvorbereitungen und des entsprechenden Kriegsgeheuls in

Kiew jeden Anlass und Grund bestreiten, eröffnen sie sich alle Freiheiten, die finstersten russischen Absichten zu erfinden und auszumalen. Die FAZ holt sich die Ausmalung dieser Sichtweise bei alten Haudegen der NATO ab, die als absolute Experten fungieren und interpretieren, was Russland wohl alles vorhat.

Dabei hat die Bösartigkeit Putins ihre Grenzen nur in der Vorstellungskraft unserer Militärs. Die FAZ präsentiert deren fachmännische Auskünfte darüber, was Putin – nicht: faktisch inszeniert, sondern: – bezwecken *könnte*. So ist es für sie völlig einsichtig, dass der russische Bär mit seinem „territorialen Hunger" – man kennt ihn ja schließlich! – immer und überall zu größeren Abenteuern aufgelegt sein *könnte*.

Derartige Expertisen verraten nichts über Grund und Zweck des russischen Auftretens, scheiden dafür umso übersichtlicher zwischen *Aggressor* und friedlichem *Opfer*.

Eine Strategie besonderer Art

Es war schon die ukrainische Führung unter Selenskyj, die auf die Idee verfallen ist, Schritte in Richtung auf eine militärische Eskalation hin zu unternehmen. Und der neuen Militärdoktrin ist auch die Logik zu entnehmen, die hinter der Veranstaltung steckt. Man will – so geplant in ihrer Strategie einer Kriegsführung in mehreren Wellen - dem Kriegsgegner in einem Abnutzungskampf bis zum letzten Reservisten hinhaltend Widerstand zu leisten, solange bis – bis eben die „*Unterstützung der internationalen Gemeinschaft*" als deus ex machina zur Stelle ist, der für die Ukraine den Krieg gewinnt: *„Einstellung der bewaffneten Aggression zu günstigen Bedingungen für die Ukraine"*. Die Strategie besteht schlicht und ergreifend in der Berechnung, in einer aussichtslosen Lage gegenüber den meilenweit überlegenen russischen Kräften durch das rücksichtslose Opfern von allem, was noch eine Waffe halten kann, die Weltmacht bzw. das westliche Kriegsbündnis zum Eingreifen regelrecht zu *zwingen*.

Ein failed state tritt die Flucht nach vorn an

Die Selenskyj-Regierung steckt in einer ziemlich ausweglosen Klemme zwischen den unnachgiebigen Forderungen ihrer Schutzmächte und dem

Zustand ihres Staatswesens, der die Verwirklichung dieser Forderungen nicht erlaubt, ihr aber auch keine Alternativen bietet. Keine der von der Regierung getätigten Versprechen ist erfüllt worden, statt des angekündigten flotten Wachstums wachsen nur die Schulden und die Zahl der Emigranten. Die westlichen Patrone bestehen auf der Zerstörung aller überkommenen wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland und auf der Zerschlagung der Macht der Oligarchen, deren Geschäft mehr oder weniger die nationale Wirtschaft ausmacht. Das Land ist und bleibt am Tropf des IWF und muss sich mit der verlangten selbstzerstörerischen Reformbereitschaft jede einzelne Tranche der zugesagten und erpresserisch vorenthaltenen Kredite verdienen. Der Staatsapparat zerlegt sich zusehends.

An der diplomatischen Front verweigern Deutschland und Frankreich Selenskyj die Revision des Minsker Abkommens, was ihm zuhause von dem einen Teil der Nation als Zugeständnis an den „Aggressorstaat" betrachtet wird. Die politischen Gegensätze in der Nation radikalisieren sich und werden von militanten Verbänden aus eigener Machtvollkommenheit ausgetragen, die Zentralmacht in Kiew bekommt die schrumpfende Reichweite ihrer Macht zu spüren.

In diesem Ensemble verschiedener, aussichtsloser Zwangslagen ist der Chef der Ukrainer offensichtlich auf den Befreiungsschlag verfallen, mit einem echten Krieg die drängenden Probleme seiner Nation schlagartig loszuwerden. Die Ukraine als Speerspitze der Demokratien hätte endlich eine rückhaltlose Unterstützung erfahren und die gespaltene Nation hätte sich angesichts der Bedrohung von außen in überwältigender Einigkeit wie ein Mann hinter ihre Führung gestellt. Es hätte so schön sein können.

Aber USA und NATO verordnen der Ukraine eine Détente

Zwar bekommt die Ukraine eine Verurteilung der „*russischen Aggression*" durch den amerikanischen Präsidenten Biden geliefert, die aber lediglich mündet in die penetrante Aufforderung, im Reformieren nicht nachzulassen, was nicht so direkt als Ermutigung des ukrainischen Kriegskurses zu verstehen ist. Der ukrainische Außenminister reist nach Brüssel zu einer Sondersitzung und nimmt den Partnerschaftsvertrag mit der

NATO in Anspruch, als wäre die Ukraine bereits Mitglied und die aktuelle Lage der Bündnisfall, der alle Mitglieder zur Solidarität und vor allem zu militärischer Unterstützung verpflichtet. Damit erntet er die geschlossene Zurückweisung der NATO-Partner. Frankreich und Deutschland, die Garantiemächte des Minsker Abkommens, diese fordern explizit von allen Seiten „*Zurückhaltung und sofortige Deeskalation*". Eine rasche Aufnahme ins Bündnis wird nicht versprochen, genauso wenig wie eine Aufrüstung, die den ukrainischen Wünschen nach kriegswichtigen High-Tech-Waffen entspricht.

Die USA machen mit ihrer Linie einiges klar: Ihre Dienstleistungen decken sich keineswegs mit den politischen Zielen des aktuellen Präsidenten in seinem politischen Überlebenskampf. Russland mit einer Dauerinvasionsdrohung im Donbass militärisch bedrängen, erhebliche russische Kräfte binden, das ist in den USA erwünscht; aber ihre Konfrontation mit Russland wollen die USA schon weiterhin selbst gestalten: mit ihrem schier unendlich erscheinendem Arsenal der zivilen Kriegsführung und der Fortentwicklung ihrer militärischen Fähigkeiten zur Entmachtung des Kreml. Allein sieben Manöver finden auf ukrainischem Boden im laufenden Jahr statt, darunter das Großmanöver „Defender-Europe 21" im Schwarzen Meer. Aber über den Ernstfall und sein Eintrittsdatum will die Weltmacht ganz nach ihrem Bedarf entscheiden.

Auch Deutschland, Frankreich und die EU haben reichlich moralische Unterstützung für die Ukraine im Angebot, aber man ist wie die USA keineswegs gewillt, sich von Selenskyj die Agenda diktieren zu lassen.

Die russische Militärführung trägt dem absehbarerweise bleibenden Bedarf an überzeugenden Machtmitteln in der Region zur Sicherung der nationalen Interessen Rechnung durch die dauerhafte Stationierung einer schlagkräftigen kleinen Armee im Osten der Ukraine, durch logistische Vorkehrungen für deren rasche Aufstockung im Bedarfsfall und den Aufbau der nötigen Infrastruktur, weil man mit einigem mehr rechnet als mit Verzweiflungsoffensiven des ukrainischen Nachbarn. Russland betont dabei, dass es mit seinen Stationierungen lediglich reagiere auf die massive Steigerung der NATO-Militärpräsenz in der Schwarzmeerregion und im Baltikum.

Die Westmächte verwerten die Tatsache, dass ansehnliche russische Kräfte nahe der ukrainischen Grenze verbleiben, umgehend als einen

weiteren Posten in ihrem Sündenregister, das sie über Russland führen. Und Großbritannien schickt – in Anknüpfung an seine ehrwürdige Tradition „*Britannia, rule the waves*" – zum Zweck einer militärischen Provokation einen Zerstörer in die von Russland beanspruchte Hoheitszone um die Krim. Man wird ja wohl mal demonstrieren dürfen, wie man die Rechtslage dort sieht.

2022

Der Krieg um die Ukraine

Russland ringt um seine Behauptung als strategische Macht – Amerika um deren Erledigung[272]

Mitten in unserem schönen Europa mit seiner wunderbaren Friedensordnung auf einmal wieder Krieg? Wie konnte es bloß dazu kommen? Ja, wie nur? Auf einmal, mitten im schönsten Frieden, ist da jedenfalls nicht ein Krieg ausgebrochen. Er ist auch nicht aus unerfindlichen Gründen von irgendeinem durchgeknallten russischen Autokraten vom Zaun gebrochen worden. Auch in dem Fall gilt: Die Gründe für den Krieg werden im Frieden geschaffen. Von Staaten, die es in ihrem Verkehr untereinander wieder einmal so weit gebracht haben, dass sie meinen, sich wechselseitig eine vernichtende Niederlage beibringen zu müssen. Im vorliegenden Fall sind die Gründe lange herangereift. Und dass es nun in der Ukraine losgeht, ist auch kein Zufall.

Es ist mittlerweile fast schon ein Vierteljahrhundert her, dass ein weitblickender strategischer Denker und Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten seine Einschätzung abgegeben hat, dass sich das Schicksal Russlands, sein Status und seine Rolle in der Welt, an der Ukraine entscheidet:

> *„Man kann gar nicht genug betonen, dass Russland ohne die Ukraine aufhört, ein Imperium zu sein, mit einer ihm untergeordneten und schließlich unterworfenen Ukraine aber automatisch ein Imperium wird."* (Brzeziński, NZZ, 29.10.99)

Der amerikanische Stratege weiß, dass es für Russland von entscheidender strategischer Bedeutung ist, diesen großen Nachbarstaat politisch an seiner Seite zu behalten. Und selbstverständlich ist seine Einschätzung nicht so gemeint, dass hier vitale Interessen Russlands im Spiel sind, die im Umgang mit diesem Staat zu berücksichtigen sind. Genau umgekehrt ist es gemeint: Mit dem Zugriff auf die Ukraine kommt die amerikanische

[272] Gegenstandpunkt 1 - 2022

Weltmacht ihrem strategischen Ziel, den Rivalen Russland als militärische Größe irrelevant zu machen, einen entscheidenden Schritt näher.

Amerika und seine Verbündeten in der NATO und in der EU haben mit dieser Zielsetzung die aus dem Zerfall der Sowjetunion hervorgegangenen souveränen Staaten in der westlichen Nachbarschaft Russlands systematisch in eine von den NATO-Staaten beherrschte und politisch und ökonomisch an die EU assoziierte Zone verwandelt. Die Kennzeichnung als ‚Einflusssphäre' reicht dafür längst nicht hin, nachdem diese Staatenwelt fest in den westlichen Bündnissen verankert ist und – dasselbe anders gefasst – russischer Einfluss und russische Interessen ebenso grundsätzlich ausgeschlossen worden sind. Zu diesem Zweck hat man sich der ökonomischen Notlage der ehemaligen sowjetischen Bündnispartner bzw. Sowjetrepubliken bedient und ihnen die Perspektive eines Anschlusses an den potenten gemeinsamen Markt eröffnet. Dem freien Willen der Völker hat man die Entscheidung darüber auch nicht ganz überlassen. Die EU hat ihre Erweiterung gemeinsam mit den USA politisch flankiert und den dort freigesetzten Nationalismus, soweit er sich gegen die frühere Bündnisvormacht bzw. den Gesamtstaat Sowjetunion richtete, mit allen Mitteln in Gestalt von unzähligen sogenannten NGOs und ‚Beratern' gefördert, um ihn als Staatsräson zu etablieren. Und dieser Zugriff ist Zug um Zug auch militärisch abgesichert, diese Staatenwelt weitestgehend in der NATO verstaut und zum Standort von NATO-Kräften hergerichtet worden.

Und schon gleich nicht hat man im Fall der Ukraine lockergelassen. In einem ersten Anlauf wird 2004 vermittels einer ‚Farbrevolution' der ‚prowestliche' Juschtschenko an die Macht gebracht, und 2008 stellen die USA der Ukraine und Georgien den Eintritt in ihr Kriegsbündnis in Aussicht. Nach Juschtschenkos Ablösung durch Janukowitsch erfolgt der zweite Anlauf: 2014 wird letzterer, nachdem er das Assoziationsabkommen mit der EU abgelehnt hatte, durch einen mit amerikanischer Hilfe organisierten Aufstand auf dem Maidan gestürzt; das nationalistische russlandfeindliche Lager übernimmt die Macht und erklärt die Ukraine umgehend zum Schutzobjekt von EU und USA. Dass genau das der höhere Sinn und Zweck der EU-Osterweiterung war, hat die EU auch ausdrücklich zu Protokoll gegeben: Die geplante Assoziation der Ukraine

mit der EU gehe Russland nichts an, hieß es damals, keineswegs werde man mit Russland darüber verhandeln. [273]

Damit hatte Europa seine Methode der friedlichen Eroberung allerdings auch ausgeschöpft. Russland hat in dem Fall nicht mehr einfach unter Protest hingenommen, dass seine strategischen und sonstigen Interessen übergangen werden. Es schaffte seinerseits Fakten, annektierte die Krim, unterstützte tatkräftig den Aufstand im Osten der Ukraine, wo große Teile der Bevölkerung die von Kiew verfolgte russlandfeindliche Linie ablehnten, und stellte damit praktisch klar, dass hier eine rote Linie überschritten worden war. [274] Die andere Seite hat daraufhin den Übergang zur Ächtung und Sanktionierung Russlands vollzogen, den Rest der Staatenwelt in diesem Sinn in Stellung gebracht und damit klargestellt, dass Russland nachzugeben und seine Einkreisung und deren Fortschritte zu akzeptieren hat.

Es hat die ganze Zeit niemand übersehen können, worum es hier geht: um einen Machtkampf auf höchster Ebene, in dem es der einen Seite um ihre Selbstbehauptung als eine Macht geht, die in der Welt ihren Interessen Geltung verschafft, um ihren Einfluss auf fremde Souveräne kämpft, einen entsprechenden Status beansprucht und in ihrer Bewaffnung auch über die nötigen Mittel verfügt, um diesen Anspruch anzumelden – und der anderen darum, ihre Weltordnung durchzusetzen, in der ein solches Russland genau deswegen keinen Platz hat, weil ihr Anspruch auf Weltherrschaft unteilbar ist.

---

[273] Nachträglich, nach den blutigen Verlaufsformen der Demokratisierung der Ukraine, haben einige europäische Politiker das Vorgehen der EU als ‚Fehler' bedauert; ein billiges Bekenntnis, da der Lagerwechsel ja schon passiert und der Putsch als eine Form von freier Selbstbestimmung der Ukraine deklariert worden war. Daran, den besagten ‚Fehler' rückgängig zu machen, war natürlich nie gedacht.

[274] Nachzulesen in GegenStandpunkt 1-14*: „EU-Osterweiterung zum Dritten: die ‚östliche Partnerschaft' mit der Ukraine. Europa geht bis an die Grenzen seiner Methode friedlicher Eroberung und darüber hinaus"* und GegenStandpunkt 2-14: *„Ein Bürgerkrieg in der Ukraine und eine neue weltpolitische Konfrontation"*.

I. Russland vollzieht eine Wende

1. Der Kreml zieht Bilanz

Die russische Regierung präsentiert die Resultate der gesamten postsowjetischen Etappe der schönen neuen Weltordnung und erhebt schwere Vorwürfe: In 30 Jahren sind mit dem Vorrücken der NATO alle diesbezüglichen Zusicherungen im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gebrochen worden.

> *„Es ist allgemein bekannt, dass uns versprochen wurde, dass sich die Infrastruktur des NATO-Blocks nicht einen Zentimeter nach Osten ausdehnen würde. Jeder weiß das. Heute sehen wir, wo die NATO steht: in Polen, in Rumänien und in den baltischen Staaten. Sie haben das eine gesagt, aber das andere getan. Sie haben uns einfach betrogen." (Wladimir Putin, 1.2.22)* [275]

Ob das Versprechen überhaupt vorgelegen hat, ob schriftlich, mündlich oder gar nicht, der Streit, für den man in die Archive abtaucht und Protokollnotizen sowie das Erinnerungsvermögen der damals Beteiligten mobilisiert, mag für die völkerrechtlichen Rechtfertigungsarien der

[275] Der russische Standpunkt wird im Folgenden ausführlich zitiert. Die deutsche Öffentlichkeit mit ihrem überragenden Ethos der freien Meinungsbildung hält es ja nicht für nötig, die Argumentation der anderen Seite bekannt zu machen, und billigt auch ausdrücklich die Unterbindung der Versuche russischer Medien, sich Gehör zu verschaffen, siehe die aktuelle Verhinderung eines deutschsprachigen Fernsehkanals von Russia Today. Mit der Identifizierung als ‚Fake News', ‚Desinformation', der modernen Fassung von auszuschaltender Feindpropaganda, ist das Thema erledigt.

Die Sache wäre leicht abzuhaken, wenn man es hier bloß mit der subjektiven Wahrnehmung der russischen Führung zu tun hätte. Es ist schlimmer: Hier nimmt eine militärische Weltmacht ihre strategische Lage wahr, in die ihr erklärter Gegner sie bringt, und erklärt dem, dass und warum sie die nicht aushält. Das für einen bloßen Wahn zu halten, ist eine parteiliche Dummheit der demokratischen Weltöffentlichkeit. Das zu ignorieren, ist nichts Geringeres als eine Gegen-Kriegserklärung der Verantwortlichen im Westen.

NATO-Staaten erheblich sein – was die unübersehbare strategische Sachlage betrifft, erfüllen die westlichen Widerlegungen den Tatbestand eines Ablenkungsmanövers. Tatsache ist jedenfalls, dass sich das westliche Kriegsbündnis nicht nur mit den Staaten des Warschauer Pakts das komplette ehemalige Glacis der Sowjetunion inkorporiert hat, sondern diese sowie ehemalige Sowjetrepubliken wie Georgien und die Ukraine inzwischen auch als integrale Bestandteile seiner Front gegen den Kreml behandelt und mit seiner militärischen Infrastruktur unmittelbar an die russischen Grenzen heranrückt.

> *„Früher hat die NATO mit Begriffen wie ‚vorübergehende Stationierung' gespielt. Jetzt spricht sie von einer vollständig nachhaltigen und turnusmäßigen Präsenz. Das bedeutet in Wirklichkeit eine ständige Präsenz... Liest man die Berichte der führenden westlichen politikwissenschaftlichen Zentren, so geben sie freimütig zu, dass sich die NATO durch die Verlegung ihrer Grenzen in die Vororte von St. Petersburg eigene Schwachstellen geschaffen hat. Gleichzeitig kann die Strecke von Tallinn nach St. Petersburg mit dem Fahrrad zurückgelegt werden; NATO-Kampfflugzeuge können St. Petersburg in weniger als zehn Minuten erreichen." (Vize-Außenminister Alexander Gruschko, Rossijskaja Gaseta, 20.12.21)*

Die russische Bilanz im Einzelnen:

a) Insbesondere die Verwandlung der Ukraine in einen dezidiert antirussischen Frontstaat verleiht der militärischen Bedrohung für Russland eine neue, kriegsentscheidende Qualität.

> *„Was sie in der Ukraine tun, versuchen oder planen, findet nicht Tausende von Kilometern von unserer Landesgrenze entfernt statt. Es geschieht direkt vor unserer Haustür. Sie müssen verstehen, dass wir uns einfach nirgendwo mehr hin zurückziehen können." (Wladimir Putin, 21.12.21)*

Das ukrainische Heer, seit 2016 im Rahmen des „Comprehensive Assistance Package for Ukraine" in allen seinen Abteilungen von verschiedensten NATO-Staaten mit Hundertschaften von Ausbildern arbeitsteilig gedrillt, in mehr oder minder ununterbrochenem Manöverbetrieb an NATO-Standards in Sachen Bewaffnung, Organisation, Kampftechnik herangeführt, hat enorm an Schlagkraft gewonnen. Aus einer depravierten Truppe mit ein paar Tausend noch einsatzfähigen Soldaten,

im Donbass-Krieg vernichtend geschlagen, ist ein ernstzunehmender Kriegsgegner mit eigenen militärischen Fähigkeiten geworden.[276] Etwa die Hälfte der ukrainischen Armee steht an der Kontaktlinie im Osten; dazu kommen die bewaffneten Formationen der ukrainischen Rechten. Die Truppe ist ausgestattet mit gebrauchten Waffen in größeren Mengen und zunehmend auch modernem US-Gerät, das inzwischen nicht mehr frontfern gelagert – wie noch von der Trump-Administration gefordert –, sondern eingesetzt wird, ebenso wie neuerdings türkische Kampfdrohnen – so viel zur Einhaltung des sogenannten Waffenstillstands

[276] Zwar bestehen etliche Defizite des ukrainischen Militärs, die die NATO-Betreuer beklagen, weiterhin; aufgrund des notorischen Geldmangels des ukrainischen Staats bleibt immer wieder einmal der Sold von Soldaten und Offizieren aus; auch die Subsumtion der Freiwilligenverbände unter eine strikte Befehlshierarchie ist keineswegs beendet. Aber die ‚Westernization' der ukrainischen Armee (siehe den Artikel in GegenStandpunkt 2-20: „Von Russland befreit, bis zum Ruin verwestlicht, von Krisen überrollt") hat gewirkt.

„Die Aufrüstung der Ukraine wird vor allem von den USA vorangetrieben, die dafür seit 2014 gut 2,5 Milliarden US-Dollar aufgewandt haben und im Gesetz für ihren nächsten Militäretat weitere 300 Millionen US-Dollar einplanen. Washington lieferte unter anderem mindestens 360 ‚Javelin'-Panzerabwehrraketen, 30 gepanzerte Fahrzeuge sowie 24 Aufklärungsdrohnen des Modells ‚Raven'. Das geht aus einem Bericht des ‚Bonn International Center for Conflict Studies' (BICC) hervor... Tschechien hat der Ukraine 50 gebrauchte Schützenpanzer und 40 gebrauchte Selbstfahrlafetten geliefert, aus Polen erhielt sie laut dem BICC weitere 37 gebrauchte Schützenpanzer plus 54 gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter... Die Türkei wiederum verkauft der Ukraine die unter anderem im aserbaidschanischen Krieg gegen Armenien erfolgreich erprobten bewaffneten ‚Bayraktar-TB2'-Drohnen." (junge Welt, 10.12.21)

„Ein weiteres Ziel der Streitkräfte war eine ansteigende Teilnahme an multinationalen Übungen, um die neu eingeführten Standards weiter zu verbessern und NATO-Erfahrungen zu sammeln... Die ukrainische Armee befindet sich im internationalen Ranking der Streitkräfte von Staaten auf Platz 29 mit einem Aktivstand von 250 000 und einem Reservestand von über 900 000 Personen (ukrainische Angaben). Das Verteidigungsbudget nimmt mittlerweile über fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein." (Michael Barthou, truppendienst.com, 26.8.18)

vonseiten der Ukraine. Die amerikanische Luftwaffe liefert die für eine Invasion in die Separatistenrepubliken nötigen Daten. [277]

Die Kriegsfähigkeit der Ukraine hat entsprechend zugenommen, und an ihrem Kriegswillen lässt die aktuelle Regierung auch keine Zweifel aufkommen, abzulesen an ihrem Aufmarsch im Frühjahr 2021 und den einschlägigen strategischen Planungen, auf die Russland verweist:

> *„Im März 2021 wurde in der Ukraine eine neue Militärstrategie verabschiedet. Dieses Dokument ist fast ausschließlich der Konfrontation mit Russland gewidmet und hat zum Ziel, ausländische Staaten in einen Konflikt mit unserem Land zu verwickeln. Die Strategie sieht die Organisation einer sogenannten terroristischen Untergrundbewegung auf der russischen Krim und im Donbass vor. Außerdem werden die Konturen eines möglichen Krieges skizziert, der nach Ansicht der Kiewer Strategen ‚mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu günstigen Bedingungen für die Ukraine' sowie – hören Sie bitte gut zu – ‚mit ausländischer militärischer Unterstützung in der geopolitischen Konfrontation mit der Russischen Föderation' enden soll." (Wladimir Putin, 21.2.22)* [278]

[277] *„Die US-Luftwaffe hat einen ersten Aufklärungseinsatz über der Ostukraine nahe der Grenze zu Russland geflogen... Bei dem Flugzeug Northrop Grumman/Boeing E-8 Joint STARS (Joint Surveillance Target Attack Radar System) handelt es sich um einen Komplex zur Fernüberwachung und Zielzuweisung, zur Ortung und Klassifizierung von Bodenzielen rund um die Uhr bei beliebigen Wetterbedingungen sowie zur Koordinierung von Kampfhandlungen und zum bilateralen Austausch von Daten mit Bodenkräften in Echtzeit."* (sna, 29.12.21)

[278] Die ukrainische Seite macht also kein Geheimnis daraus, dass das, was als ‚friedensstiftende' ‚Rückholung' legitimen ukrainischen Besitzstandes vorstellig gemacht wird – *„Dabei, so Jermak, habe sein Chef Biden gegenüber bekräftigt, die Ukraine habe nicht vor, jemanden anzugreifen: ‚Wir wollen nur Frieden in unser Land bringen, unser Territorium zurückholen und unsere Menschen.'"* (de.rt.com, 10.12.21) –, auf ein Kriegsszenario der NATO mit Russland berechnet ist.

Im Frühjahr ist die Ukraine zwar noch von ihren Schutzmächten ausgebremst worden, [279] davon verblieben ist aber eine dauerhafte Kriegsdrohung für die zwei ‚Volksrepubliken' und deren Schutzmacht Russland.

- Mit der Inbesitznahme der Ukraine durch das Bündnis verliert Russland sein wichtigstes strategisches Vorfeld in Europa; oder, dasselbe umgekehrt ausgedrückt, die NATO steht unmittelbar an der mehr als 2000 km langen Grenze zu Russland; sie beherrscht das einstige russische Vorfeld fast lückenlos, bestückt es zügig mit immer mehr Kriegsmitteln (Ausbau von Flughäfen, Radarstationen, Marinebasen), darunter schweres Gerät wie Raketen-Artillerie mit einer Reichweite von um die 1000 Kilometer. Die für Russland bedrohlichste Aufrüstung in der Ukraine ist freilich die nach dem Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag wieder erlaubte Dislozierung von nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen. [280]

- Die derzeit noch bescheidenen Fähigkeiten der ukrainischen Kriegsmarine, die genutzt werden, um im Verbund mit NATO-Kräften die Manövrierfähigkeit der russischen Schwarzmeerflotte, deren Zugang zum Mittelmeer zu beschränken, werden vor allem mit britischer Hilfe zügig ausgebaut. Es entsteht eine moderne, an NATO-Standards orientierte militärische Infrastruktur am Schwarzen Meer, die Ukraine erhält neue Fregatten und Landungsschiffe – eine wertvolle Ergänzung der regelmäßig im Schwarzen Meer kreuzenden und übenden NATO-Zerstörer und -Fregatten (mit je ein paar Dutzend Marschflugkörpern und/oder mit Atomsprengköpfen

[279] Nachzulesen in GegenStandpunkt 3-21: *„Wie die Ukraine die Szenerie eines drohenden Kriegsausbruchs produziert und die Welt um eine neue Anklage gegen Russland bereichert"*

[280] *„Die US-Regierung sei offen, über die Zahl ihrer in Zukunft stationierten Offensivraketen in der Ukraine zu sprechen, teilten ranghohe Mitarbeiter in einer Telefonschalte mit Journalisten mit"* (Zeit Online, 9.1.22) – eine Aufrüstung, die bis gestern entschieden in Abrede gestellt worden ist.

bestückbaren Raketen an Bord), die Russland jetzt schon eine ständig bedrohlichere, eigenständige strategische Front an der südrussischen Peripherie eröffnen. [281]

- Die NATO übt am Standort Ukraine den Krieg in Dauermanövern [282] in so gut wie jedem Format und jeder Aufgabenstellung, von der nächtlichen Landungsoperation bis zum Raketenabschuss auf die russischen Machtzentren und Übungen zur Abschreckung auch mit Atomwaffen, alles ganz ohne formellen Beitritt der Ukraine zum Bündnis. Der Umfang dieser Manöver mit den Teilnehmern Georgien und Ukraine und zuweilen auch mit Provokationen, die einem Übergang zum offenen Krieg nahekommen – im letzten Frühjahr nimmt ein britischer Zerstörer in voller Gefechtsbereitschaft Kurs auf den Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte und lässt sich erst durch Bombenabwürfe der russischen Luftwaffe stoppen – verlangt dem Gegner permanente Kriegsbereitschaft ab. Und das nicht nur in der Ukraine; an allen russischen Grenzen finden

[281] *„Bei der Aufrüstung der ukrainischen Marine tut sich inzwischen besonders Großbritannien hervor. Im Juni 2021 unterzeichneten Vertreter beider Seiten eine Übereinkunft, die eine enge Kooperation nicht nur bei der Beschaffung neuer Kriegsschiffe, sondern auch bei der Ausbildung ukrainischer Marinesoldaten sowie beim Bau neuer Marinebasen vorsieht. Bei letzterem geht es konkret um eine Marinebasis in Berdjansk, deren Bau auch die USA sowie die EU unterstützen sollen. Weiter soll die Ukraine zwei Minenjagdboote erhalten, die die britische Marine im August außer Dienst gestellt hat. Zudem ist die gemeinsame Produktion von Schnellbooten und einer Fregatte geplant... 20 neue Patrouillenboote hat Kiew bei der französischen Werft Ocea bestellt, fünf von ihnen werden im ukrainischen Mikulajiw montiert."* (junge Welt, 10.12.21)

[282] *„Die Ukraine lässt ... in diesem Jahr mehr ausländische Soldaten auf ihrem Gebiet zu. Das entschied das Parlament am Dienstag in der Hauptstadt Kiew. Demnach dürfen sich 2021 bis zu 2000 US-Soldaten und weitere 2000 Militärs aus NATO-Staaten im ganzen Land dauerhaft aufhalten. Das sind 1000 mehr als im Vorjahr. Ganzjährig werden auch ausländisches Militärgerät und bis zu zehn Flugzeuge in den an Russland grenzenden Staat gelassen. Ziel seien taktische Übungen und das Training ukrainischer Soldaten, teilte die Rada mit. Darüber hinaus werden 2021 sechs Manöver mit ausländischer Beteiligung in der Ukraine abgehalten."* (rnd.de, 26.1.21)

> rund ums Jahr NATO-Manöver mit schweren Waffen statt, die eine dauerhafte Invasionsgefahr darstellen und das auch sollen. Angekündigt ist die nächste Übung in der Arktis, wobei mit der größten Selbstverständlichkeit auch ‚neutrale' Staaten wie Finnland und Schweden mit einbezogen und nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht werden, dass ihre Sicherheit letztlich nur in der NATO zu garantieren ist. [283]

Dies alles summiert sich zu einem militärischen Aufbau, der zur Eröffnung von für den Kreml mit konventionellen Mitteln nicht mehr beherrschbaren Kriegsszenarien an mehreren Frontabschnitten aus dem Stand heraus taugt:

> *„Wenn die Ukraine in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommt, wird sich die Lage in der Welt und in Europa drastisch verändern, insbesondere für uns, für Russland. Wir können nicht anders, als auf diese reale Gefahr zu reagieren, zumal, ich wiederhole es, die westlichen Schirmherren der Ukraine ihr helfen könnten, diese Waffen zu erwerben, um eine weitere Bedrohung für unser Land zu schaffen. Wir sehen, wie hartnäckig das Kiewer Regime mit Waffen gefüttert wird... In den letzten Monaten sind ständig westliche Waffen in die Ukraine geliefert worden, ostentativ und vor den Augen der ganzen Welt. Ausländische Berater überwachen die Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte und Spezialdienste... In den letzten Jahren waren Militärkontingente der NATO-Länder unter dem Vorwand von Übungen fast ständig auf ukrainischem Gebiet präsent. Das ukrainische*

[283] *„Finnland, das eine 1 340 Kilometer lange Landgrenze mit Russland hat, hat auf die militärische Aufrüstung des Kremls und das Muskelspiel in der Region reagiert, indem es seine Verteidigungsinfrastruktur verstärkt hat. Im Dezember 2021 unterzeichnete Finnland einen 11,2-Milliarden-Dollar-Vertrag mit Lockheed Martin über den Kauf von 64 ‚F-35A'-Flugzeugen, um seine alternde Flotte von Boeing ‚F/A-18C'-Hornets zu ersetzen."* (defensenews.com, 6.1.22) *„Finnlands sich vertiefende Verteidigungsbeziehungen mit der NATO wurden im Januar deutlich, als US-Flugzeuge im Rahmen eines internationalen Manövers unter der Leitung des Lappland-Geschwaders der finnischen Luftwaffe Luftbetankungsübungen über Nordfinnland durchführten. Bei der viertägigen Übung, die am 27. Januar stattfand, wurden finnische ‚F/A-18'-Hornets von einem ‚KC-135'-Stratotanker der US-Luftwaffe aufgetankt."* (defensenews.com, 4.2.22)

Truppenkontrollsystem ist bereits in die NATO integriert worden. Das bedeutet, dass das NATO-Hauptquartier den ukrainischen Streitkräften direkte Befehle erteilen kann, sogar an ihre einzelnen Einheiten und Truppenteile." (Wladimir Putin, 21.2.22)

Diese Bestandsaufnahme der ‚realen Gefahr' aus russischer Sicht ist keine bloße Sichtweise, wird in Russland beileibe nicht nur so ‚gefühlt', sondern fällt zusammen mit dem real existierenden, gewaltigen militärischen Aufwuchs der NATO-Kräfte im Osten. Was auch Militärfachleute der NATO in ihrer nüchternen Art als Tatsache unterstellen, wenn sie in ihren Planungen davon ausgehen, dass sich das ‚konventionelle Kräfteverhältnis' in Mittel- und Osteuropa massiv zuungunsten Russlands ‚verschoben' hat. Und das fällt zusammen mit der immer weiter verschärften NATO-offiziellen Einstufung als Feind, die Russland sich mit seinem Beharren auf seinen Rechtsansprüchen als strategische Vormacht in Osteuropa zugezogen hat. [284] Und nicht nur das.

b) Als nächsten Posten in seiner Bilanz führt Russland die Raketenstellungen in Polen und Rumänien auf, die, wie bereits erwähnt, demnächst durch weitere in der Ukraine ergänzt werden könnten:

„Es ist äußerst besorgniserregend, dass Elemente des globalen US-Verteidigungssystems in der Nähe Russlands stationiert werden. Die ‚MK-41'-Abschussrampen, die sich in Rumänien befinden und in Polen stationiert werden sollen, sind für den Abschuss der ‚Tomahawk'-Raketen ausgelegt. Wenn diese Infrastruktur weiter ausgebaut wird und die Raketensysteme der USA und der NATO in der Ukraine stationiert werden, beträgt ihre Flugzeit nach Moskau nur 7-10 Minuten, bei Hyperschallsystemen sogar nur fünf Minuten. Dies ist eine große Herausforderung für uns und unsere Sicherheit." (Wladimir Putin, 21.1.22)

Damit können sich die USA die Option verschaffen, Großstädte, Kommandozentren, Raketensilos, kriegsentscheidende Infrastruktur aller Art im europäischen Teil Russlands binnen Minuten zu zerstören,

[284] *„Nicht erst unter Trump, unter Trump aber in neuer Entschiedenheit: Die amerikanische Weltmacht treibt die Entmachtung ihres russischen Rivalen voran".* In: GegenStandpunkt 3-19

dem Feind also militärisch nicht abzuwendende katastrophale Schäden zuzufügen und ihm zugleich die Fähigkeit zu einem wirksamen Gegenschlag zu nehmen; also die Option für den „Enthauptungsschlag", von dem US-Strategen schon lange träumen. [285]

c) Die russischen ‚Besorgnisse' (eine herablassende Sprachregelung, mit der man im Westen die russische Lagebestimmung diplomatisch zurückweist) werden dadurch bekräftigt, dass Amerika seit dem Ende der Sowjetunion Zug um Zug sämtliche Rüstungskontrollverträge, gerade einmal mit Ausnahme von New START, gekündigt hat und Russland damit eine Neuauflage des Reagan'schen Totrüstens serviert. [286]

> *„Gruschko [Vize-Außenminister] wies auf den völligen Verfall des Rüstungskontrollsystems hin: ‚Es begann damit, dass die Vereinigten Staaten aus dem Vertrag zur Bekämpfung ballistischer Raketen ausstiegen. Dann haben sie die NATO-Länder daran gehindert, das Abkommen über die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) zu ratifizieren, das als Eckpfeiler der europäischen Sicherheit dienen könnte. Dann ließ die US-Regierung den INF-Vertrag (über die Abschaffung von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite) fallen. Und letztes Jahr wurde der Vertrag über den Offenen Himmel ernsthaft ausgehöhlt... In ihrer Militärpolitik haben die USA und ihre Verbündeten versucht, die Überlegenheit in allen Räumen zu erlangen: zu Lande, in der Luft und auf See. Jetzt kommen noch der Weltraum und der Cyberspace hinzu. Sowie alle möglichen Schauplätze von Kampfeinsätzen. Konzeptionell, operativ und technisch wird die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen gesenkt. Wir stellen fest, dass die Szenarien verschiedener Übungen eine nukleare Komponente enthalten, was uns größte Sorgen bereitet.'" (TASS, 12.1.22)*

[285] *„Das Auftauchen von taktischen Atomwaffen in der Ukraine ist eine strategische Bedrohung für uns. Denn die Reichweite kann von 110 Kilometern auf 300, auf 500 Kilometer erweitert werden – und schon ist Moskau in der Reichweite von Militärschlägen. Das ist eine strategische Bedrohung für uns. Und so haben wir es auch verstanden. Wir müssen und werden sie auf jeden Fall sehr ernst nehmen."* (Wladimir Putin, 22.2.22)

[286] *„Rüstungsdiplomatie unter Trump und Biden: INF, Open Skies et al. gekündigt, New START verlängert. Fortschritte in der amerikanischen Friedenspolitik gegen den Rivalen in Moskau".* In: GegenStandpunkt 3-21

d) Des Weiteren musste Russland registrieren, dass alle seine diplomatischen Bemühungen um die Anerkennung russischer Sicherheitsinteressen ins Leere gelaufen sind. Die Angebote im Sinne des ‚gemeinsamen Hauses Europa', der Vorschlag zum Aufbau einer ‚europäischen Friedensarchitektur' sind ebenso unbeantwortet geblieben wie die Alternative, die Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 vorgelegt hat. [287]

> *„Im Jahr 2009 legten wir unseren westlichen Kollegen den Entwurf eines Europäischen Sicherheitsvertrags zur Prüfung vor. Wir wurden missverstanden und ziemlich unhöflich behandelt. Man sagte uns, dass dieser Entwurf niemals auf den Tisch kommen würde. Wir verwiesen auf die Dokumente, darunter die Europäische Sicherheitscharta und andere Dokumente, in denen die Notwendigkeit der Einhaltung des Grundsatzes der Unteilbarkeit der Sicherheit hervorgehoben wird. Wir haben deutlich gemacht, dass wir die politischen Verpflichtungen, die wir alle eingegangen sind, in eine rechtsverbindliche Form bringen wollen. Ihre Antwort hat alles gesagt: Rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien können nur den Bündnismitgliedern gewährt werden." (*Außenminister Sergej Lawrow, 14.1.22)

> *„Vor über zwei Jahren, nachdem die Amerikaner den INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces) zerstört hatten, schickten wir eine Initiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin praktisch an alle OSZE-Länder. Er lud sie ein, sich einem einseitigen Moratorium anzuschließen, das wir für die Stationierung von landgestützten Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen verhängten. Voraussetzung dafür war, dass die gleichen Raketen US-amerikanischer Bauart nicht stationiert werden. Wir schlugen ein gemeinsames Moratorium vor. Sobald wir dies ankündigten, nannten uns die Amerikaner und Europäer, die NATO-Mitglieder, hinterhältig. Sie sagten, wir hätten bereits Iskander-Raketen im Kaliningrader Gebiet stationiert und wollten ihnen nun eine solche Gelegenheit vorenthalten. Als der russische Präsident Wladimir Putin vor zwei Jahren diese Initiative vorschlug, schlug er vor, Überprüfungsmaßnahmen zu vereinbaren, die später vom*

[287] Nachzulesen in GegenStandpunkt 1-07: *„Putin auf der Sicherheitskonferenz: Wir können auch anders".*

Verteidigungsministerium erläutert wurden. Wir wollten sie einladen, Kaliningrad zu besuchen, die dort stationierten Iskander-Systeme in Augenschein zu nehmen und sich selbst davon zu überzeugen (wie wir es ihnen mehrfach vorgeschlagen hatten), dass sie nicht unter die Beschränkungen des INF-Vertrags fallen. Im Gegenzug wollten wir US-Raketenabwehrbasen in Rumänien und Polen besuchen, um ‚MK-41'-Abschussgeräte zu besichtigen. Lockheed Martin stellt diese Raketen her und bewirbt sie auf seiner Website mit einer doppelten Zweckbestimmung: für die Raketenabwehr und den Abschuss von offensiven Marschflugkörpern... Die NATO-Vertreter sagten, dass ihnen das nicht passe... Der stets misstrauische NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte erneut, dies sei ein hinterhältiger Vorschlag." (Sergej Lawrow, 13.1.22)

e) Im Fall der Ukraine-Diplomatie im Normandie-Format macht sich Russland keine Illusionen mehr über die deutsch-französischen ‚Vermittlungsbemühungen': Frankreich und Deutschland agieren nicht als ehrliche Mittler, sondern decken die ukrainische Weigerung, ihre im Minsker Abkommen fixierten Pflichten zu erfüllen,[288] den Versuch, das, was die Ukraine damals aufgrund der militärischen Übermacht Russlands

[288] *„Dazu gehören der Sonderstatus des Donezbeckens, der mit den Republiken abgestimmt wurde, sowie die Festigung dieses Sonderstatus in der Verfassung der Ukraine, in der das Element der Föderalisierung, Dezentralisierung, wie es in den Minsker Vereinbarungen festgeschrieben ist, enthalten ist. Auch die bedingungslose Amnestie und Durchführung von Wahlen nach den Regeln, die zwischen Kiew und Donezk und Lugansk auf Grundlage der OSZE-Prinzipien abgestimmt wurden. Danach wird die vollwertige Kontrolle der Führung des ukrainischen Staates über den von ihm jetzt nicht kontrollierten Teil der Grenze zu Russland wiederhergestellt. Das ist schwarz auf weiß in den Minsker Vereinbarungen geschrieben."* (Sergej Lawrow, 18.11.21)

Lawrow zitiert *„... die Sabotage, die vom ukrainischen Regime bezüglich der Minsker Abkommen kontinuierlich erfolgt. Sie wollen sie nicht erfüllen,* [sie] *wollen sie neu schreiben. Dazu versuchen sie, Ministertreffen und Treffen auf der höchsten Ebene in der Hoffnung einzuberufen, dass man sich an den Verhandlungstisch setzt, Tee trinkt und Sergej Lawrow bzw. Wladimir Putin dazu überredet, ‚hier ein bisschen zu revidieren', weil Kiew dies gar nicht erfüllen kann."* (Ebd.)

unterschreiben musste, am Verhandlungstisch wieder auszuhebeln – was ukrainische Politiker inzwischen auch offiziell zu Protokoll geben. [289]

> *„Was unsere westlichen Kollegen tun müssen, anstatt Spielchen zu spielen, ist, Wladimir Selenskyj zur Umsetzung der Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates zu zwingen, mit der die Minsker Vereinbarungen angenommen wurden...*
>
> *Sie [die Vertreter der Ukraine] haben vorgeschlagen, die Reihenfolge jetzt umzukehren und zu sagen: ‚Gebt uns unsere Grenze zurück, und danach werden wir entscheiden, ob es einen Sonderstatus geben wird oder nicht.' Nehmen Sie den ukrainischen Gesetzentwurf über die Grundsätze der Staatspolitik in der Übergangszeit... Dieser Gesetzentwurf verbietet ukrainischen Beamten die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen. Er sieht Lustration [Entfernung von politisch belasteten Mitarbeitern aus dem Staatsdienst] statt Amnestie, eine militärisch-zivile Verwaltung statt eines Sonderstatus und keine mit diesem Teil der Ukraine abgestimmten Wahlen vor. Er sieht lediglich die ‚Wiedererlangung der Kontrolle über die besetzten Gebiete' vor.*
>
> *Obwohl Frankreich und Deutschland versprochen haben, Selenskyj davon abzubringen, diesen Gesetzentwurf voranzutreiben, werden energische Anstrengungen unternommen, ihn in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Sie haben ihn dem Europarat vorgelegt. Die Venedig-Kommission des Europarats hat gesagt, dass der Entwurf ihrer Meinung nach in Ordnung ist. Sie äußerte sich zu den Rechtstechniken, erwähnte aber nicht, dass dieser Gesetzentwurf in direktem Widerspruch zur einschlägigen Resolution des UN-Sicherheitsrates steht." (Sergej Lawrow, 22.12.21)*

[289] *„Oleksiy Danilov, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine ... ‚Die Erfüllung des Minsker Abkommens bedeutet die Zerstörung des Landes... Als sie unter russischen Gewehrläufen unterzeichnet wurden – und die Deutschen und die Franzosen zusahen – war es bereits für alle vernünftigen Menschen klar, dass es unmöglich ist, diese Dokumente umzusetzen'... Danilow rief dazu auf, ein neues, realistisch umsetzbares Dokument auszuhandeln, und fügte hinzu, dass es ‚Putin zwingen sollte, seine Truppen und Panzer einfach zurückzuziehen'."* (USNews, 31.1.22)

Auf die russischen Beschwerden reagieren die europäischen Verhandlungspartner mit halb-öffentlichen Erklärungen, nach denen man Selenskyj die Erfüllung der Vertragspflichten im Interesse an der Haltbarkeit seiner Regierung einfach nicht zumuten kann:

> *„Lawrow beklagte die Äußerungen von Jean-Yves Le Drian und Heiko Maas, dass der russische Entwurf Punkte enthalte, die im Normandie-Format ‚mit Sicherheit nicht akzeptiert werden', insbesondere ‚die Organisation eines direkten Dialogs zwischen Kiew, Donezk und Lugansk'." (Russisches Außenministerium veröffentlicht Briefwechsel mit Deutschland und Frankreich zur Ukraine, de.rt.com, 17.11.21)* [290]

An anderer Stelle ‚loben' höchste europäische Repräsentanten die Politik der Ukraine und bestärken damit den revanchistischen Standpunkt der Selenskyj-Regierung:

> *„Nur zwei Tage nach dem Telefongespräch, in dem die Staats- und Regierungschefs Frankreichs und Deutschlands ihr uneingeschränktes Engagement für die Minsker Vereinbarungen bekräftigten, fand in Kiew ein Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine statt, auf dem eine ausführliche Erklärung verabschiedet wurde, die von der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskyj unterzeichnet wurde und in der ‚der konstruktive Ansatz der Ukraine im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe'*

[290] Russland versucht auch immer wieder, die europäischen Schutzmächte der Ukraine darauf hinzuweisen, wie großzügig sie über den Umgang der Ukraine mit hohen demokratischen Werten wie u.a. der Meinungsfreiheit hinwegsehen: *„Was die Medien betrifft, so haben wir, als drei Fernsehsender in Kiew verboten wurden, die Angelegenheit unseren französischen Kollegen vorgetragen. Sie sagten, sie seien alle für die Meinungsfreiheit, aber diese Kanäle wurden in Übereinstimmung mit der ukrainischen Gesetzgebung verboten. Das ist bezeichnend. Wir wollen, dass die EU eine unabhängige Rolle spielt. Hier ist ein weiteres Beispiel, das die Ukraine betrifft. Die EU fungierte als Garant für das Abkommen zwischen Viktor Janukowitsch und der Opposition vom Februar 2014. Doch schon am nächsten Tag warf die Opposition die Vereinbarung über den Haufen. Brüssel hat geschwiegen, und nun bezeichnen manche diesen Aufstand als ‚demokratischen Prozess'."* (Sergej Lawrow, 14.1.22)

sowie die Art und Weise, wie sie die Minsker Vereinbarungen umgesetzt hat, gelobt wurden. Über Donezk und Lugansk und die Notwendigkeit eines direkten Dialogs mit ihnen wurde nichts gesagt. Russland wurde als ‚Aggressorland' dargestellt und als ‚Konfliktpartei' im Donbass bezeichnet. All dies steht im Widerspruch zu dem, was Angela Merkel und Emmanuel Macron versprochen haben." (Sergej Lawrow, 22.10.21)

Angesichts dieser Konfrontation veröffentlicht das russische Außenministerium in einem demonstrativen Bruch der diplomatischen Gepflogenheiten den Briefwechsel mit Le Drian und Maas, um der Weltöffentlichkeit den Beweis zu unterbreiten, dass und wie die europäischen Verhandlungsführer ihre diplomatischen Zusicherungen Lügen strafen:

„Ich bin sicher, dass Sie die Notwendigkeit eines solchen unkonventionellen Schrittes verstehen werden, denn es geht darum, der Weltgemeinschaft die Wahrheit darüber zu vermitteln, wer die auf höchster Ebene eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllt und wie diese erfüllt werden." (Russisches Außenministerium veröffentlicht Briefwechsel mit Deutschland und Frankreich zur Ukraine, de.rt.com, 17.11.21)

„Die Franzosen und die Deutschen haben diese Dokumente mitgetragen und sind Vertragsparteien des Normandie-Formats, aber sie beginnen, sich ganz auf die Seite des ukrainischen Regimes zu stellen... Präsident Wladimir Selenskyj traf kürzlich ... mit den Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs zusammen. Einmal mehr wurden die Maßnahmen Kiews zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen voll unterstützt. Das bedeutet, dass unsere Kollegen entweder ihre Unfähigkeit anerkannt haben, die Umsetzung der von uns gemeinsam festgelegten Bestimmungen zu gewährleisten, oder sie versuchen wissentlich, die Minsker Vereinbarungen zugunsten des Kiewer Regimes zu untergraben." (Sergej Lawrow, 22.12.21)

Das ist das Fazit, das der russische Chefdiplomat aus den x Verhandlungsrunden zieht: Die europäischen ‚Partner' sind entweder nicht dazu in der Lage, die Ukraine zur Erfüllung ihrer Vertragspflichten zu zwingen, oder nicht willens. Entweder fehlt ihnen die nötige politische Macht oder sie sind Falschspieler; jedenfalls taugen sie nicht als Verhandlungspartner, und Russland verabschiedet sich vom Normandie-Format als einer sinnlosen Veranstaltung.

2. Russland zieht dem Westen eine rote Linie: Keine Aufnahme der Ukraine in die NATO

Die Perspektive, dass die Ukraine nicht nur de facto, sondern auch de jure der NATO einverleibt wird, stellt für Russland eine essentielle strategische Bedrohung dar. Lawrow weist darauf hin, dass die NATO-Staaten die Ukraine zu militärischen Unternehmungen befähigen, sodass diese nach einem Eintritt ins westliche Bündnis dazu in der Lage wäre, Russland unmittelbar in einen Krieg mit der NATO hineinzuziehen:

> *„Unter den Bedingungen, dass das Kiewer Regime hysterisch nach Wegen sucht, die Aufmerksamkeit von seiner Unfähigkeit abzulenken, die wirtschaftlichen, sozialen Probleme der Bevölkerung zu lösen, den Konflikt im Donezbecken gemäß Minsker Vereinbarungen zu regeln, ermutigt der Westen die Kiewer Behörden auf jede erdenkliche Weise, im Donbass militärische Gewalt anzuwenden. Das ist es, was Washington und andere westliche Hauptstädte sowie die NATO-Führung tun...*
>
> *Wir dürfen die Wahrscheinlichkeit nicht ausschließen, dass das Kiewer Regime zu einem militärischen Abenteuer greifen wird. Das alles schafft eine direkte Sicherheitsbedrohung für die Russische Föderation." (Sergej Lawrow, 30.11.21)*

Der russische Präsident redet Klartext darüber, welche weiteren politischen Absichten die große Schutzmacht der Ukraine damit verfolgt, wenn sie die an die Macht gebrachte antirussische Staatsräson bekräftigt und anfeuert, und sie dafür mit den nötigen Mitteln ausrüstet:

> *„Nehmen wir an, die Ukraine ist Mitglied der NATO. Sie wird mit Waffen vollgestopft, moderne Angriffswaffen werden auf ihrem Territorium stationiert, genau wie in Polen und Rumänien – wer wird das verhindern? Nehmen wir an, sie beginnt mit Operationen auf der Krim, vom Donbass ganz zu schweigen... Stellen Sie sich vor, die Ukraine ist ein NATO-Land und beginnt mit diesen militärischen Operationen. Was sollen wir dann tun? Gegen den NATO-Block kämpfen? ... Ich glaube immer noch, dass die Vereinigten Staaten nicht so sehr um die Sicherheit der Ukraine besorgt sind... Ihr Hauptziel ist es, die Entwicklung Russlands einzudämmen. Das ist der*

springende Punkt. In diesem Sinne ist die Ukraine lediglich ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen." (Wladimir Putin, 1.2.22) [291]

3. Russland stellt dem Westen ein Ultimatum

Die russische Führung identifiziert die Erfolge der NATO im Osten als das, was sie sind: Schritte zur Herstellung einer überlegenen Kriegsfähigkeit. Sie legt diesen Befund in aller diplomatischen Förmlichkeit den USA und der NATO vor, um sie hinsichtlich ihres Kriegswillens zu befragen.

„Es ist unerlässlich, auf ernsthafte und langfristige Garantien zu drängen, die Russlands Sicherheit in diesem Gebiet [Russlands westliche Grenzen] gewährleisten, denn Russland kann nicht ständig darüber nachdenken, was dort morgen passieren könnte." (Wladimir Putin, 18.11.21)

Russland besteht hier auf seinem Recht, es beruft sich auf Zusagen, die ihm gemacht worden sind, nämlich auf die Formel der „Unteilbarkeit der Sicherheit" in den OSZE-Verträgen, darauf, dass die „eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer" gestärkt werden darf, [292] um seinerseits den Rechtsverstoß aufseiten der NATO-Staaten anzuklagen.

---

[291] Man sieht: Die schlechte Gewohnheit des gesunden Menschenverstandes, in der eigenen Vorstellung kriegerische Maßnahmen der Staaten gegeneinander aufzurechnen, um aus einem geglaubten Ungleichgewicht oder mittels der Kindergartenfrage ‚Wer hat angefangen?' die eigene höchstpersönliche Entscheidung darüber abzuleiten, welcher Seite ein moralisches *Recht auf Krieg* zuzubilligen sei – ein Verfahren, mit dem eine ganz anders begründete Parteilichkeit bloß sich selber rechtfertigt –, findet ihre Anhaltspunkte allemal in den praktischen Rechnungen der Strategen beider Seiten mit den militärischen Fortschritten ihres Gegners.

[292] Dass die OSZE-Verträge sowohl die Sicherheit der einzelnen Staaten als deren Recht festschreiben, die unter Staatsgewalten eben von ihresgleichen infrage gestellt wird, wie auch allen zusammen eine *gemeinsame* ‚unteilbare' Sicherheit zusichern, also diesen Widerspruch für gut vereinbar erklären, ist eine sehr konstruktive Anwendung des Prinzips des Völkerrechts, die Gewalt der Staaten als ihr Recht festzuschreiben.

„2010 in Astana und davor 1999 in Istanbul haben alle Präsidenten und Premierminister der OSZE-Länder ein Paket unterzeichnet, das miteinander verknüpfte Prinzipien zur Gewährleistung der Unteilbarkeit der Sicherheit enthält. Der Westen hat nur einen Slogan aus diesem Paket ‚herausgerissen': Jedes Land hat das Recht, seine Verbündeten und Militärbündnisse selbst zu wählen. Aber in diesem Paket ist dieses Recht mit einer Bedingung und einer Verpflichtung für jedes Land verbunden, die der Westen unterschrieben hat: die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken... Ich möchte betonen, dass die Präsidenten, einschließlich des US-Präsidenten, diese Verpflichtungen unterschrieben haben, in denen sie versprachen, dass niemand versuchen würde, die eigene Sicherheit auf Kosten eines anderen zu erhöhen. Die Vereinigten Staaten behaupten, dass das Recht, Allianzen zu wählen, unantastbar ist. Aber wir sagen, vorausgesetzt, es verschlechtert nicht die Sicherheitslage für ein anderes Land. Das ist es, was Sie unterschrieben haben, meine lieben Herren.

Sie versuchen jetzt, unsere Vorschläge als Ultimatum darzustellen, aber wir sind da, um ihr Gedächtnis aufzufrischen und dafür zu sorgen, dass sie, anstatt zu schwafeln, ehrlich ihre Interpretation dessen darlegen, was ihr Präsident unterschrieben hat. Wenn er diese Dokumente in der Gewissheit unterschrieben hat, dass Russland niemals bekommen würde, was er versprochen hat, dann müssen sie das anerkennen. Dies wird ein weiteres Eingeständnis von ihrer Seite sein." (Sergej Lawrow, 28.1.22)

Russland besteht auf seinem Recht in der Form, dass es den USA und der NATO ausformulierte Verträge vorlegt mit der Forderung, die Antworten mit schriftlichen Begründungen zu versehen – aufgrund der schlechten Erfahrungen mit westlichen Zusagen:

„Unsere Initiativen sind eine komprimierte Darstellung der 30-jährigen Erfahrung unserer Beziehungen zum Westen." (Sergej Lawrow, 26.1.22)

„Die Militärinfrastruktur der NATO nähert sich direkt unseren Grenzen an. Wir wurden regelmäßig betrogen, von mündlichen Versprechen bis zu politischen Verpflichtungen, die in der Russland-NATO-Grundakte festgeschrieben waren. Diesmal beharren wir ausschließlich auf rechtlich verpflichtenden Garantien." (Sergej Lawrow, 22.12.21)

Desgleichen verlangt man schriftliche Antworten darauf, wie der Westen die Formel von der Unteilbarkeit der Sicherheit einzuhalten gedenkt:

> *„Wir möchten eine klare Antwort auf die Frage erhalten, wie unsere Partner ihre Verpflichtung verstehen, ihre eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken, und zwar auf der Grundlage des Bekenntnisses zum Grundsatz der unteilbaren Sicherheit. Wie gedenkt Ihre Regierung diese Verpflichtung unter den gegenwärtigen Umständen konkret zu erfüllen? Sollten Sie sich dieser Verpflichtung entziehen, bitten wir Sie, dies deutlich zu erklären." (Sergej Lawrow, 1.2.22)*

> *„Indem sie sich den ersten Teil dieses untrennbaren Pakets (das Recht jedes Staates, sich für ein Bündnis zu entscheiden) aneignen, versuchen unsere US- und NATO-Kollegen, alle anderen Teile zu streichen, ohne die der erste Teil ungültig ist. Wir sind nicht an diese Norm (Achtung des Rechts auf freie Wahl der Bündnisse) gebunden, wenn sie unter eklatanter Verletzung der anderen Teile dieses untrennbaren Pakets angewendet wird. Wir haben dies hinreichend ausführlich erläutert. Jetzt warten wir auf die schriftlichen Antworten." (Sergej Lawrow, 14.12.22)*

Im Einzelnen verlangen die russischen Vertragsentwürfe, dass sich USA und NATO einer weiteren Ausdehnung auf Kosten Russlands enthalten, insbesondere keine weitere Beschlagnahmung von Ex-Sowjetrepubliken mehr unternehmen und ihre militärische Infrastruktur und Truppen auf den Stand von 1997 vor der ersten NATO-Osterweiterung zurückführen. Die Weltmacht soll auf weitere nukleare Aufrüstung rund um die Russische Föderation verzichten, die schon dislozierten nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen abbauen – inklusive der Infrastruktur, die es für die Nutzung dieser Waffen braucht –, die Ausbildung von militärischem Personal für die Anwendung dieser Geschosse in allen „non-nuclear countries" einstellen und auch die Aufstellung neuer Atomraketen kürzerer und mittlerer Reichweite auf ihrem eigenen Territorium unterlassen, die Russland bedrohen können. Russland bietet einen Deal auf Augenhöhe an, verpflichtet sich dazu, im Gegenzug ebenfalls keine neue atomare Bedrohung durch Kurz- und

Mittelstreckenraketen aufzubauen, schlägt also eine Rückführung der nuklearen Abschreckung auf das Potential der USA und der RF vor. [293]

In dem der NATO vorgelegten Vertragsentwurf werden zudem der Verzicht auf die Aufnahme neuer Mitglieder sowie Beschränkungen der invasionsträchtigen Dauermanöver in den notorischen Krisenregionen Baltikum und Schwarzes Meer verlangt.

In Gestalt dieses Forderungskatalogs wird die Gegenseite vor die Alternative gestellt: Lassen sich die USA auf Verhandlungen über die von Putin gezogenen roten Linien ein, auf Verhandlungen über so etwas wie eine Abgrenzung der Einflusssphären in Osteuropa, die Einrichtung einer entNATOfizierten Pufferzone in Mittel- und Osteuropa? Lassen sich die USA also dazu bewegen, die mit ihrer erfolgreichen Einkreisungsstrategie für Russland eingetretene existentielle Bedrohung anzuerkennen und sich zur Rücknahme dieser Drohung und einer friedlichen Koexistenz mit der Großmacht im Osten zu verpflichten? Oder wollen sie sich zu diesem Vorrücken als ihrem politischen Vorhaben bekennen und damit definitiv beschlossen haben, dass Amerika mit der russischen Macht nicht leben kann und will, sodass folglich die Frage von Krieg und Frieden auf der Tagesordnung steht? Das sollen sie dann aber auch schriftlich zu Protokoll geben und sich damit weltöffentlich dazu bekennen,

---

[293] *„**Artikel 6**: Die Vertragsparteien verpflichten sich, bodengestützte Mittel- und Kurzstreckenraketen weder außerhalb ihres Territoriums zu stationieren noch in solchen Gebieten innerhalb ihres Territoriums, von denen aus diese Waffen Ziele im Territorium der anderen Vertragspartei erreichen können.*

***Artikel 7**: Die Vertragsparteien verzichten darauf, Nuklearwaffen außerhalb ihres Territoriums zu stationieren, und werden solche Waffen, die bereits außerhalb ihres Territoriums stationiert sind, mit Inkrafttreten dieses Vertrages zurückführen. Die Vertragsparteien werden jegliche bestehende Infrastruktur für die Dislokation von Nuklearwaffen außerhalb ihres Territoriums vernichten.*

Die Vertragsparteien werden weder militärisches noch ziviles Personal von Nicht-Atom-Staaten im Gebrauch von Nuklearwaffen ausbilden. Die Vertragsparteien werden weder Manöver noch Übungen der Allgemein-Streitkräfte durchführen, die Szenarios mit Atomwaffengebrauch einschließen." (Vorschlag für einen Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien, mid.ru, 17.12.21)

dass ihre regelbasierte Weltordnung für nichts anderes steht als für die Legitimation ihrer Gewalt. [294]

4. Das diplomatische Ultimatum wird mit einer Kriegsdrohung unterstrichen

Die Warnung vor der „kategorisch unannehmbaren" (Lawrow) weiteren Missachtung der „roten Linien" Russlands ist eine Kriegsdrohung, und sie wird auch militärisch substanziiert.

> *„Niemand sollte an unserer Entschlossenheit zweifeln, unsere Sicherheit zu verteidigen. Alles hat seine Grenzen. Wenn unsere Partner weiterhin militärisch-strategische Realitäten konstruieren, die die Existenz unseres Landes gefährden, werden wir gezwungen sein, ähnliche Schwachstellen für sie zu schaffen. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem es für uns keinen Rückzug mehr gibt. Die militärische Erkundung der Ukraine durch die NATO-Mitgliedstaaten stellt für Russland eine existentielle Bedrohung dar." (Anatoli Antonow, Russlands Botschafter in den Vereinigten Staaten. Foreign Policy, 30.12.21)*

Aus diesem Grund hat die russische Führung nach dem ukrainischen Kriegsgetöse vom Winter 21 einen Truppenaufmarsch an der Grenze der Ukraine organisiert und diesen militärischen Schritt um die explizite Drohung ergänzt, im Falle eines Angriffs auf den Donbass die ukrainische Staatlichkeit zu zerstören.

> *„Unsere jüngsten Warnungen haben eine gewisse Wirkung gezeigt: Es sind dort ohnehin Spannungen aufgetreten... Es ist wichtig, dass sie so lange wie*

[294] Auch Russland will nicht auf eine Legitimationsveranstaltung der völkerrechtlichen Art verzichten und möchte das daher bitte schriftlich bestätigt haben, dass USA und NATO gegen die Bestimmung der OSZE-Verträge verstoßen – *„dies wird ein weiteres Eingeständnis von ihrer Seite sein"*. Schließlich ist es selbst auf dieser Ebene immerzu den Angriffen der Vertreter der ‚regelbasierten Weltordnung' ausgesetzt, die ihre Interessen in der Fassung verbindlicher, völkerrechtskonformer Bestimmungen geltend machen und umgekehrt auf der völkerrechtlichen Delegitimierung der russischen Interessen bestehen, damit sich die Staatenwelt in die amerikanisch geführte Front einreiht.

möglich in diesem Zustand bleiben, damit sie nicht auf die Idee kommen, irgendeinen Konflikt an unseren westlichen Grenzen zu inszenieren, den wir nicht brauchen, wir brauchen keinen neuen Konflikt." (Wladimir Putin, 18.11.21)

In dem den USA vorgelegten Vertrag erinnert die russische Seite ihren Feind auch gleich eingangs daran, mit wem er es zu tun hat – „in Bekräftigung der Tatsache, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf, und in der Erkenntnis, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Gefahr des Ausbruchs eines solchen Krieges zwischen Staaten, die über Atomwaffen verfügen, zu verhindern".

Damit sich in Washington keiner über den Ernst der Lage täuscht, d.h. über die Entschlossenheit des Kreml, sich ihr militärisch zu stellen, wird die Erinnerung an die Kuba-Krise aufgewärmt. Einige militärische Gegenmittel werden demonstriert, [295] der Einsatz anderer wird angedeutet,

[295] Das russische Militär verstärkt seine Präsenz insbesondere an der Westgrenze und im Schwarzmeerraum so massiv, dass die Gegendrohung auch glaubhaft wird, führt seinerseits ständig Manöver durch, beweist per Satellitenabschuss, dass es auch die Kriegführung im Weltraum beherrscht, lässt strategische Bomber patrouillieren und feuert – ein kriegstechnisches Novum – Salven einer neuen Hyperschallwaffe ab, damit die andere Seite gut versteht, wozu man bereit ist.

„Der Salvenstart von zwölf Hyperschall-Antischiffsraketen des Modells ‚Zirkon' in der Weihnachtsnacht [war] *durchaus ein Präsent eigener Art an die Adresse Washingtons. Denn wenige Tage vor dem Fest war den USA ein weiterer Test einer eigenen Hyperschallwaffe schiefgegangen. Die ‚Zirkon' hat nach russischen Medienberichten das Potential, den Flugzeugträgerformationen, durch die die USA ihre Herrschaft über die Weltmeere ausüben, zumindest sehr empfindliche Schläge zuzufügen."* (junge Welt, 5.1.22)

„Russland antwortet mit Satelliten-Abschuss... NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ... Der Test sei besorgniserregend, weil er zeige, dass Russland neue Waffensysteme entwickele, die auch die Infrastruktur für zivile Navigations- und Kommunikationssysteme auf der Erde zerstören könnten... Die NATO hatte bereits im Juni beschlossen, dass Angriffe aus dem oder im Weltraum künftig nach Artikel 5 zur kollektiven Verteidigung als Bündnisfall behandelt werden können. Das gilt bisher für Angriffe am Boden oder im Luft-, See- oder Cyberraum. Begründet wurde der Schritt unter anderem damit, dass Angriffe auf Satelliten im Fall eines Krieges genutzt werden könnten, um Teile des öffentlichen Lebens lahmzulegen.

dann ordnet Putin schließlich auch noch eine Übung der strategischen Abschreckungskräfte an, die die Erprobung von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern umfasst – zur Klarstellung, was Russland alles im Zweifelsfall zur Verfügung steht.

Russland droht seinerseits damit, sich unberechenbar zu machen, um den Gegner zu beeindrucken und abzuschrecken. Parallel zu der diplomatischen Offensive, die die USA und die NATO auf die Entscheidung zwischen Respektierung oder Missachtung des russischen Sicherheitsbedarfs festlegen soll, verstärkt die russische Führung ihre an den Grenzen der Ukraine aufgestellten Militärkontingente, bis hin zu einem jederzeit aus dem Stand an diversen Fronten mobilisierbaren invasionstauglichen Ausmaß, immer noch versehen mit der Erklärung, dass an eine Invasion nicht gedacht wird – sofern sich USA und NATO dazu herbeilassen, über die von Russland geforderten Sicherheitsgarantien zu verhandeln. USA und NATO sollen begreifen: Wenn sie sich dem Antrag verweigern, die russischen Sicherheitsinteressen förmlich anzuerkennen, dann bekommen sie es mit einem Russland zu tun, das in der Verfolgung seiner Sicherheitsinteressen für die amerikanische Weltmacht und ihr Kriegsbündnis auch nicht mehr berechenbar ist.

II. Die Antwort der USA

1. Der Antrag auf Anerkennung russischer Sicherheitsinteressen: abgelehnt!

Die Forderungen des Kreml, erklärt die US-Führung, sind definitiv „unerfüllbar", die NATO-Osterweiterung ist und bleibt unhintergehbarer Besitzstand. Eine Anerkennung der russischen Sicherheitsinteressen ist für Amerika kategorisch ausgeschlossen; die würde ja auf die

So könnten die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, Handynetze oder Navigationssysteme für den Straßen-, See- und Luftverkehr schwer beeinträchtigt werden." (DWN, 16.11.21)

Annullierung all der strategischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte hinauslaufen, die den mächtigen Rivalen so erfolgreich in Bedrängnis gebracht haben. Änderungen an ihrem Programm, Russland zur Regionalmacht zu degradieren und zur Unterordnung zu zwingen, hat die Weltmacht bei aller Härte der russischen Drohung einfach nicht im Angebot.

> *„Zu den Forderungen [Moskaus] gehören ein Ende der NATO-Osterweiterung und der Zusammenarbeit mit ehemaligen Sowjetrepubliken, die nicht Mitglied des westlichen Militärbündnisses sind – insbesondere mit der Ukraine. Russland fordert außerdem Einschränkungen in Europa bei der Stationierung von Raketen und bei Militärübungen. Nach den Gesprächen mit dem stellvertretenden russischen Außenminister Sergej Rjabkow sagte Sherman, sie habe deutlich gemacht, dass die ersten beiden Forderungen – die Ukraine für immer aus der NATO herauszuhalten und die militärische Zusammenarbeit mit Kiew zu unterbinden – nicht infrage kämen. ‚Wir werden nicht zulassen, dass irgendjemand die Politik der offenen Tür der NATO, die schon immer ein zentrales Element des Bündnisses war, zunichtemacht. Wir werden nicht auf die bilaterale Zusammenarbeit mit souveränen Staaten verzichten, die mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten wollen.'" (U.S. Deputy Secretary of State Wendy Sherman, rfe/rl, 11.1.22)*

Das US-Kriegsbündnis: nichts als eine „offene Tür". Von einem antirussischen Zweck, der das Bündnis und seine Bündnispolitik begründen und leiten würde, will die Vizeaußenministerin nichts wissen. Russland wird glatt das Dementi präsentiert, dass beim Vorrücken der NATO doch weit und breit keine Bedrohung Russlands zu sehen sei, und anstelle der objektiven, von der NATO hergestellten strategischen Lage beteuert man seine Absichten, gut gemeinte natürlich: Begreifen soll man die NATO als einen großen Hilfsverein für souveräne Staaten, die Schutz suchen – bei wem, ist keine Frage; und vor wem, ebenso wenig – die NATO hat viel Verständnis für die Ängste der Balten etc. vor dem großen Nachbarn; der braucht sich nicht zu wundern, wenn das frei betätigte Selbstbestimmungsrecht der Völker –

> *„Jedes Land hat das Recht, über seinen Weg selbst zu entscheiden." (Stoltenberg et al. bei jeder erdenklichen Gelegenheit)* –

binnen kurzem zu einem Aufwuchs des größten Kriegsbündnisses aller Zeiten auf 30 Nationen führt. Als Konter gegen den russischen Antrag, die Osterweiterung der NATO zurückzunehmen, muss man nur stereotyp diejenigen, die den Antrag aufs Mitmachen-Dürfen im Bündnis stellen, zu den eigentlichen Subjekten des ehrenwerten Vereins ernennen – auch wenn es sich die NATO selbstverständlich vorbehält, den Wunsch mancher Völker, von ihrem souveränen Selbstbestimmungsrecht auf Beitritt Gebrauch zu machen, bis auf Weiteres zu überhören. [296] Das Kriegsbündnis ist immer noch das wirkliche Subjekt, bei dem die Zuständigkeit für die Aufnahme liegt, das die nationalen Ambitionen der Antragsteller für seine strategischen Interessen instrumentalisiert und sich damit nach Osten erweitert. Damit – „*Russland hat kein Veto-Recht*" (Stoltenberg, Blinken et al. bei jeder erdenklichen Gelegenheit) – sind die ‚Begründungen' dann am Ende. Der Vorwurf, dass Russland dem Westen etwas ‚verbieten', sich ein Recht herausnehmen möchte, das ihm gar nicht zusteht, diese Verschiebung auf eine imaginierte Rechtsanmaßung fertigt in apodiktischer Weise das Interesse Russlands ab, sich der von der NATO ausgehenden existentiellen Gefährdung seiner Macht durch die Beschlagnahmung seines Glacis zu erwehren.

Die russischen Kernforderungen sind ein für alle Mal zurückgewiesen. Das hat Moskau hinzunehmen.

2. Amerika übernimmt die Definitionshoheit über die Lage

Amerika geht in seiner Offensive einen Schritt weiter, indem es die weltpolitische Lage definiert: Die russische Drohung, den Ausbau der Ukraine zum Bestandteil der NATO-Front nicht hinzunehmen, wird als das einzige Thema auf die weltpolitische Tagesordnung gesetzt, das

[296] Siehe z.B. die Auskunft von Victoria Nuland, die damals als Assistant Secretary im amerikanischen Außenministerium den Maidan-Umsturz für die USA orchestriert hatte, noch bei ihrem Ukraine-Besuch vom vergangenen Jahr: *„Bei dem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden hat seine mitgereiste Stellvertreterin, die nach 2017 reaktivierte Victoria Nuland, nach Angaben eines Teilnehmers den Parlamentariern gesagt, sie sollten aufhören, ständig dieses Thema anzusprechen. Das bringe der Ukraine gar nichts."* (junge Welt, 7.5.21)

Amerika in seinem Verhältnis zu Russland zu behandeln gedenkt, und zwar so, dass es hier nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO geht, sondern ausschließlich um einen bevorstehenden Überfall Russlands auf die Ukraine.

Vor dem warnt die US-Administration täglich, detailliert und anschaulich ausgestaltet, bis schließlich Blinken der UNO den vollständigen russischen Schlachtplan vorlegt:

> *„Erstens plant Russland, einen Vorwand für seinen Angriff zu schaffen. Dabei könnte es sich um ein gewalttätiges Ereignis handeln, das Russland der Ukraine in die Schuhe schieben wird, oder um eine ungeheuerliche Anschuldigung, die Russland gegen die ukrainische Regierung erheben wird. Wir wissen nicht genau, in welcher Form dies geschehen wird. Es könnte ein erfundener sogenannter ‚terroristischer' Bombenanschlag innerhalb Russlands sein, die erfundene Entdeckung eines Massengrabs, ein inszenierter Drohnenangriff auf Zivilisten oder ein vorgetäuschter – oder sogar echter – Angriff mit chemischen Waffen. Danach werden russische Panzer und Soldaten auf wichtige Ziele vorrücken, die bereits in detaillierten Plänen festgelegt wurden. Wir glauben, dass zu diesen Zielen auch die ukrainische Hauptstadt Kiew gehört, eine Stadt mit 2,8 Millionen Einwohnern."* (Außenminister Antony Blinken, 17.2.22)

Man gibt also erstens bekannt, dass man über die russischen Pläne genauestens Bescheid weiß. Eine Gewissheit, die sich bestimmt nicht den ‚deklassifizierten Informationen' der eigenen großartigen Geheimdienste verdankt, vielmehr weiß man deshalb so gut Bescheid, weil man selber Russland mit der Zurückweisung seiner Forderung vor die Alternative stellt, in einer Materie, die es als eine Existenzfrage deklariert, aufzugeben oder seine Drohung wahr zu machen:

> *„Bedenken Sie, dass Russland zwar wiederholt unsere Warnungen und unseren Alarm als Melodrama und Unsinn abgetan hat, aber dennoch ständig mehr als 150 000 Soldaten an den Grenzen der Ukraine zusammengezogen hat und über die Fähigkeiten verfügt, einen massiven militärischen Angriff durchzuführen."* (Ebd.)

Zweitens teilt Blinken also mit, dass man Russland bis ins Letzte durchschaut, also in keinem Punkt von der russischen Invasion

überrascht werden wird, dass man sie schon in allen Einzelheiten vorwegnehmen kann, inklusive des Datums und der vorhersehbaren russischen Kriegsverbrechen.[297] Und drittens gibt man zu verstehen, dass Amerika davon gänzlich unbeeindruckt ist, also die Lage beherrscht, weil man sich schon lange und gründlich darauf vorbereitet hat. Biden:

> *„Wir haben uns umfassend und sorgfältig vorbereitet. Wir haben Monate damit verbracht, eine Koalition aus anderen freiheitsliebenden Nationen von Europa und Amerika bis Asien und Afrika aufzubauen, um Putin die Stirn zu bieten. Ich habe unzählige Stunden damit verbracht, unsere europäischen Verbündeten zu vereinen. Wir teilten der Welt im Voraus mit, was wir von Putins Plänen wussten und wie genau er versuchen würde, seine Aggression fälschlicherweise zu rechtfertigen. Wir haben Russlands Lügen mit der Wahrheit gekontert."* (Joe Biden, 1.3.22)

Der Triumphalismus, mit dem Blinken und Biden verkünden, dass sie die ‚Wahrheit' auf ihrer Seite haben, und zwar so sehr, dass der

[297] Die US-Vertreterin bei den Vereinten Nationen schreibt an die Hohe Kommissarin der UNO für Menschenrechte, sie müsse zur Kenntnis nehmen, wie Russland nach der Invasion in der Ukraine herumwüten werde; der CIA habe bereits Einblick in die Todeslisten:

„Ich möchte Sie auf beunruhigende Informationen aufmerksam machen, die die Vereinigten Staaten kürzlich erhalten haben und die darauf hindeuten, dass Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche im Anschluss an eine weitere Invasion geplant sind. Diese Handlungen, zu denen bei früheren russischen Operationen gezielte Tötungen, Entführungen / zwangsweises Verschwindenlassen, ungerechtfertigte Inhaftierungen und die Anwendung von Folter gehörten, würden sich wahrscheinlich gegen diejenigen richten, die sich den russischen Aktionen widersetzen, darunter russische und belarussische Dissidenten im ukrainischen Exil, Journalisten und Aktivisten zur Korruptionsbekämpfung sowie gefährdete Bevölkerungsgruppen wie religiöse und ethnische Minderheiten und LGBTQI+ Personen. Uns liegen insbesondere glaubwürdige Informationen vor, die darauf hindeuten, dass die russischen Streitkräfte Listen von identifizierten Ukrainern erstellen, die nach einer militärischen Besetzung getötet oder in Lager geschickt werden sollen." (U.S. letter to the U.N. alleging Russia is planning human rights abuses in Ukraine, Washington Post, Updated 21.2.22)

Anklagen wegen voraussichtlicher Kriegsverbrechen können schon vorbereitet werden.

Außenminister geradezu damit kokettiert, wie erfreut er sein werde, wenn sich seine Vorhersage als falsch erweisen würde – „*Wenn Russland nicht in die Ukraine einmarschiert, dann werden wir erleichtert sein, dass Russland seinen Kurs geändert und bewiesen hat, dass unsere Vorhersagen falsch waren*" (Antony Blinken, 17.2.22) –, dokumentiert den Standpunkt einer grenzenlosen Überlegenheit, mit dem die Führer der amerikanischen Weltmacht die von Russland geschaffene, von den USA aber nicht bloß beobachtete, sondern mit strategischer Weitsicht herbeigeführte Lage angehen. Sie sind es ja, die Russland nur die Wahl offenlassen, entweder nachzugeben und die Verwandlung der Ukraine in ein kriegsentscheidendes Potential der NATO hinzunehmen oder diesen Übergang militärisch zu unterbinden, entweder zu kapitulieren oder in die Konfrontation hineinzugehen, für die die Ukraine präpariert worden ist. Und sie bekunden ihren festen Willen, sich von russischen Gegendrohungen in keiner Weise beeindrucken zu lassen: Man rechnet damit, dass Russland die Ukraine angreifen wird, ist darauf vorbereitet, selber zu jeder Eskalation bereit, und man ist sich sicher, dass man alle Mittel in der Hand hat, um beim Eskalieren die eigene Dominanz zu behaupten.

3. Die Wiederbelebung der NATO als verlängerter Arm der amerikanischen Weltmacht

Praktisch beantwortet Washington die mit dem russischen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze bewehrte Forderung Russlands nach Sicherheitsgarantien mit einer massiven Aufrüstung und Mobilisierung der militärischen Kräfte. Es sorgt für eine Restauration der NATO. Präsident Biden revidiert die Linie seines Vorgängers Trump, der, ausgehend von einer Politik des ‚America first!', die NATO für ‚obsolet' erklärt und eine Berücksichtigung von Verbündeten als unnötige Belastung verstanden hatte, die Amerika nur zum Diener fremder Interessen machen, in für Amerika nicht lohnende Machenschaften verwickeln würde. Er treibt Verbündeten Eigenmächtigkeiten aus, die, siehe Macrons Diagnose vom ‚Hirntod', immerhin bis an eine Absage an die NATO herangereicht hatten, und verpflichtet sie, indem er die Konfrontation mit Russland vorantreibt, eine praktische Lage herstellt, die den

Westeuropäern eine eindeutige Entscheidung abverlangt, auf Bündnistreue. [298] Amerika bringt so innerhalb kürzester Zeit eine schlagkräftige Kriegskoalition von 30 Staaten auf die Beine, die bereit sind, im Konflikt mit Russland ihren Beitrag zu leisten.

a) Die militärischen Beiträge,

die verlangt und von Europa geliefert werden, baut Amerika in eine dreistufige Abschreckung ein; erstens:

Mit noch viel mehr Geld und Rüstung die Ukraine für Russland „unverdaulich" machen

So soll Russland zur Anerkennung der neuen strategischen Lage gezwungen werden.

> *„Und wissen Sie, ich habe ihm [Putin] gesagt, dass wir unsere NATO-Verbündeten an der Ostflanke verstärken werden – falls er tatsächlich einmarschieren sollte. Wir werden – ich habe bereits hochentwickelte Ausrüstung im Wert von über 600 Millionen Dollar an die Ukrainer geliefert, Verteidigungsausrüstung. Die Kosten eines Einmarsches in die Ukraine, was den Verlust von Menschenleben angeht, werden die Russen mit der Zeit überwinden können, aber sie werden schwerwiegend sein, sie werden real sein und sie werden Konsequenzen haben. Hinzu kommt, dass Putin – Sie wissen*

[298] Die europäischen Verbündeten werden demgemäß heftig von amerikanischen Funktionären bearbeitet:

„Hinter den Kulissen haben US-Beamte damit begonnen, Informationen mit europäischen Verbündeten auszutauschen und davor zu warnen, dass eine erneute russische Invasion in der Ukraine unmittelbar bevorstehen könnte. Amerikanische und britische Beamte haben, was ungewöhnlich ist, Informationen über die Bedrohung mit europäischen Partnern außerhalb des Five-Eyes-Geheimdienstnetzwerks ausgetauscht, dessen einziges europäisches Mitglied das Vereinigte Königreich ist... In den letzten Wochen reiste ein Team von Diplomaten und Sanktionsexperten, darunter Molly Montgomery und Erik Woodhouse vom Außenministerium, nach Europa, um die Grundlagen für neue gemeinsame Sanktionen der USA und Europas gegen Moskau zu schaffen, falls der Kreml nicht einlenkt." (Foreign Policy, 6.12.21)

schon – die Wahl hat: Entweder Deeskalation und Diplomatie; oder Konfrontation und die Konsequenzen." (Joe Biden, 19.1.22)

Der Kern der amerikanischen Strategie besteht darin, die von Russland für fällig erachtete Durchsetzung seiner Sicherheitsinteressen unmöglich zu machen und den Kreml so zur Anerkennung der Besetzung seines wichtigsten strategischen Vorfelds durch seine Feinde zu zwingen. Die US-Strategen bereiten ein Kriegsszenario vor, in dem Russland bei einer etwaigen militärischen Sicherung seiner Interessen ein dauerhafter Abnutzungskrieg in der Ukraine droht. Das ist die Substanz der Rede von den hohen Kosten einer russischen Invasion. Der Ukraine fällt die Ehre zu, einen Krieg gegen einen massiv überlegenen Gegner führen zu dürfen; einen Krieg, in dem die amerikanischen Kriegsplaner den Untergang der ukrainischen Armee und die Zerstörung von Land und Leuten nüchtern einpreisen, weil es sich – strategisch gesehen – lohnt: Russland soll sich in seinem großen Nachbarland verkämpfen und sich dort entscheidend schwächen. [299]

[299] *„Russland könnte dem ukrainischen Militär durch Luftangriffe auf die Frontlinien, militärische Einrichtungen und kritische Infrastrukturen erheblichen Schaden zufügen... Obwohl die russische Luftwaffe seit dem Georgien-Krieg nicht mehr gegen eine feindliche Luftabwehr geflogen ist, gibt es eine Vielzahl von Marschflugkörpern und ballistischen Raketen, die entweder vom Schwarzen Meer oder vom russischen Heimatland aus ins Spiel kommen können, und das ukrainische Luftabwehrsystem wird damit kaum fertigwerden... Ein möglicher Angriff könnte den Einsatz von Raketen, schwerer Artillerie und Flammenwerfern mit großer Reichweite beinhalten... Das wäre für die ukrainische Landmacht unglaublich verheerend."* (Financial Times, 31.12.21)

„Die ukrainischen Streitkräfte sind zwar besser als zu der Zeit, als Putin 2014 begann, das Land in Stücke zu reißen, aber sie sind nicht annähernd stark genug, um eine russische Invasion aufzuhalten. Es besteht auch keine Chance, dass die NATO-Länder militärisch eingreifen werden, um die Ukraine zu verteidigen... Es gibt jedoch Möglichkeiten, die Kosten eines Einmarsches für Putin zu erhöhen... Obwohl Russland die Ukraine leicht überrennen könnte, ist es eine andere Sache, ein Land langfristig zu besetzen, wie Amerika im Irak feststellen musste. Die Ukraine muss sich selbst unverdaulich machen. Der Westen sollte sie mit mehr Finanzhilfe und Verteidigungswaffen versorgen, um ihr dabei zu helfen. Das Ziel [sollte] *darin bestehen, selbst einen kleinen Krieg für Herrn Putin unattraktiv zu machen."* (The Economist, 18.12.21)

Diesem Zweck entsprechend bauen USA und NATO ihren Partner militärisch auf: Sie versetzen die ukrainische Armee in die Lage, dem Kreml mit vergleichsweise bescheidenen militärischen Mitteln, also unter massiven eigenen Opfern, schwere Verluste zuzufügen.

Zu den Mitteln, die Kiew zur Verteidigung des Vaterlandes erhält, zählen in erster Linie schultergestützte Raketen und Artillerie mit kurzer Reichweite zur Bekämpfung einer russischen Invasion mit Panzerfahrzeugen, Kampfhubschraubern und tiefliegenden Kampf- und Transportflugzeugen; außerdem, das können die Fachleute gar nicht oft genug hervorheben, Handfeuerwaffen und viel Munition für den hinhaltenden Widerstand in einer Art Partisanenkrieg. Großbritannien hilft mit

„Litauen beabsichtigt, in kurzer Frist Wärmebildkameras an die Ukraine zu liefern – aber auch die Zahl der Ausbilder der nationalen Ausbildungsmission in der Ukraine zu erhöhen sowie die Behandlung und Rehabilitation verletzter ukrainischer Soldaten in seinem Hoheitsgebiet fortzusetzen... Litauen war unter den ersten Staaten, die nach dem Maidan-Putsch im Frühjahr 2014 mit militärischen Hilfen an die Ukraine begannen – im selben Jahr noch erfolgten die ersten Lieferungen abgeschriebener Handfeuerwaffen noch sowjetischer Kaliber samt der Munition dazu.

Kanadas Verteidigungsministerin Anita Anand erwägt einen Ausbau der momentan 200 Mann starken kanadischen militärischen Ausbildungsmission UNIFIER im Westen der Ukraine um weitere mehrere Hundert Mann... Weitere Optionen seien die Entsendung eines Kampfschiffes ins Schwarze Meer oder aber eine Verlegung eines Teils der aktuell in Rumänien stationierten Kampfflugzeuge des Typs ‚CF-18'... Zudem plant Kanada, in der Ukraine eine Munitionsfabrik zu bauen: Die einzige Fabrik in der Ukraine, die Munition für Handfeuerwaffen herstellt, fand sich im Laufe des bewaffneten Konflikts im Osten des Landes im Gebiet der Volksrepublik Lugansk wieder und versorgt nun die Volksmilizen der beiden Rebellenrepubliken... Auch Deutschland hat weiterhin vor, der Ukraine im militärischen Bereich zu helfen. Dies betrifft den Bau eines Militärkrankenhauses in der Ukraine, die Lieferung von medizinischer Ausrüstung und Verbrauchsmaterial sowie die Behandlung verwundeter ukrainischer Soldaten, auch in Krankenhäusern der Bundeswehr." (de.rt.com, 16.1.22)

„Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak kündigte an, dass die Regierung des Landes am 1. Februar die Lieferung von tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPAD) mit kurzer Reichweite vom Typ ‚Piorun' (Thunderbolt) sowie von Munition an die ukrainischen Streitkräfte genehmigt habe... ‚Wir sind bereit, der Ukraine mehrere Zehntausend Schuss Munition und Artilleriemunition, Luftabwehrsysteme, aber auch leichte Mörser und Aufklärungsdrohnen zu liefern', sagte Morawiecki." (defensenews.com, 2.2.22)

Waffen, die schon deswegen keine Bedrohung für Russland darstellen, weil sie nicht strategischer Natur sind, und einem Heer von Militärausbildern, denen die ukrainischen Soldaten neue Fähigkeiten für die Bewährung im zähen Häuserkampf verdanken. [300]

Und als hätte es diese Klarstellung auch noch gebraucht, reichen die Kriegsplaner aus dem Pentagon noch die Warnung an die Russen nach, dass sie wenig Freude an einem Sieg über ihren Nachbarn haben dürften; denn für den Fall sorgen sie dafür, dass ihre zwar geschlagenen, aber zu ihrem Vaterland stehenden Ukrainerinnen und Ukrainer dem Okkupanten ein zweites Afghanistan bereiten. [301]

*

Für den Fall, dass Russland den Konflikt in der Ukraine dennoch eskaliert, um sich aus dem ihm bereiteten unhaltbaren Kriegsszenario zu befreien, muss es die konzertierte Macht der an seine Grenzen

[300] *„Seit 2015 hat das Vereinigte Königreich im Rahmen der Operation ORBITAL, bei der über 22 000 ukrainische Soldaten ausgebildet wurden, dazu beigetragen, die Widerstandsfähigkeit und die Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte zu stärken... Wir haben beschlossen, der Ukraine leichte, panzerbrechende Verteidigungswaffensysteme zu liefern. Ein ... Sicherheitsunterstützungspaket ergänzt die Ausbildung und die Fähigkeiten, über die die Ukraine bereits verfügt und die auch vom Vereinigten Königreich und anderen Verbündeten in Europa und den Vereinigten Staaten bereitgestellt werden. Die Ukraine hat jedes Recht, ihre Grenzen zu verteidigen, und dieses neue Hilfspaket stärkt ihre Fähigkeit, dies zu tun. Ich möchte klarstellen, dass es sich bei dieser Unterstützung um kurzfristige und eindeutig defensive Waffenkapazitäten handelt; sie sind keine strategischen Waffen und stellen keine Bedrohung für Russland dar."* (Ben Wallace, gov.uk, 17.1.22)

[301] *„Die Ukraine bildet Freiwillige aus und rechnet damit, dass Partisanen sich als wichtiger Faktor im Widerstand erweisen können... Vorläufig laufen Manager, Programmierer, Verkäufer, Lkw-Fahrer durch den Kiefernwald bei Kiew mit hölzernen Maschinenpistolen. An den Übungen nehmen auch Mädchen mit Medizin-Köfferchen teil. Ziel des Vorbereitungsprogramms, das die ukrainische Regierung durchführt, ist es, den zivilen Widerstand zu bilden, der den Kampf im Fall einer Zerschlagung der Ukrainischen Armee fortsetzen wird ... ähnliche Programme gebe es in Estland, Lettland und Litauen, als Antwort auf die angenommene Bedrohung durch Russland. Dort wird auch ein Teil der Zivilbevölkerung daran gewöhnt und werden die Grundlagen des Partisanenkriegs unterrichtet."* (Moskowskij Komsomolez, 27.12.21)

herangerückten und täglich weiter aufrüstenden NATO-Staaten und ihrer neutralen Mitmacher in Rechnung stellen.

NATO-Verbündete sowie ‚neutrale' Staaten rund um Russland verstärken die Bedrohungskulisse

Zusätzlich zur schon erreichten Einkreisung verstärkt das Kriegsbündnis ebendie militärischen Maßnahmen, deren Rücknahme Russland kategorisch fordert, und baut seine Präsenz an den russischen Grenzen in Rekordtempo aus. Ob sich das alles noch mit der alten NATO-Russland-Akte der 90er Jahre verträgt, interessiert nicht. [302] Für die öffentliche Propaganda bemessen sich die Maßnahmen jetzt ja an der russischen Invasionsgefahr, und die rechtfertigt jede Aufrüstung. Faktisch bemisst sie sich an dem Zweck, Russland mit immer neuen Kriegsmitteln vor eine völlig unkalkulierbare und unbeherrschbare militärische Lage zu stellen; es mit einer rund um seine Grenzen – schwerpunktmäßig im Westen und Süden – aufgebauten Schlagkraft zu konfrontieren, die hinreicht, Russland für den Fall des Gebrauchs seiner Machtmittel militärische Zerstörungen und Niederlagen zuzufügen.

- Dafür braucht es neue militärische Mittel, um den Luftraum im hohen Norden, die Ostsee- und Atlantikzugänge noch besser kontrollieren zu können; [303] um noch näher heranzurücken an

[302] *„Viele Mitgliedstaaten haben seit Ende Januar entschieden, ihre Präsenz kurzfristig im Baltikum und in der Schwarzmeerregion auszubauen, um auf den fortgesetzten russischen Aufmarsch zu reagieren... Nach Auffassung der Allianz halten sich diese Verstärkungen im Rahmen der NATO-Russland-Grundakte, in der sich das Bündnis 1997 verpflichtet hatte, auf dem Gebiet des früheren Warschauer Pakts keine ‚substanziellen' Kampftruppen ‚dauerhaft' zu stationieren. Allerdings wurde nie festgelegt, was substanziell und dauerhaft bedeutet; es gibt dazu unterschiedliche Lesarten auf beiden Seiten."* (FAZ, 16.2.22)

[303] *„Dänemark führt Gespräche, um US-Soldaten und militärische Ausrüstung auf seinem Boden zuzulassen und damit eine jahrzehntelange Politik zu beenden, die ausländische Truppen von seinem Territorium ausschloss... Es gehe nicht um die Eröffnung eines eigenen US-Stützpunktes, sondern darum, den amerikanischen Truppen die Möglichkeit zu geben, mit ihren dänischen Kollegen zu trainieren und Übungen durchzuführen, sowie um eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Marine, so Verteidigungsminister Morten Bodskov. Dänemark, Gründungsmitglied der NATO im Jahr 1949, verfolgt seit den 1950er Jahren die Politik, keine ausländischen Truppen oder Atomwaffen auf seinem Boden zuzulassen, als es sich auf*

die Heimathäfen der russischen Marine, um sie dort einsperren und insbesondere die dort stationierten strategischen Atom-U-Boote effektiver bekämpfen zu können[304] usw. usf.; eingeschlossen in dieses Szenario ist die Perspektive, Russland die Verteidigung seiner Ostsee-Exklave Kaliningrad zu verunmöglichen.

- Außerdem braucht es noch mehr Enhanced Forward Presence an der russischen Westgrenze; noch ein paar Tausend Soldaten mehr, noch schneller einsatzbereit, noch mobiler, noch unberechenbarer für den Feind:

„Die Präsenz der NATO im östlichen Teil der Allianz werde fortlaufend verstärkt, sagte Jens Stoltenberg in Rumänien. ‚Wir haben auch die Bereitschaft der NATO-Reaktionskräfte erhöht. Diese Truppen befinden sich in ihren Heimatbasen, können aber bei Bedarf schnell überall in der Allianz verlegt

Druck der Sowjetunion weigerte, den USA die Stationierung von Truppen zu gestatten." (Financial Times, 11.2.22)

„Die nordischen Bündnismitglieder Dänemark und Norwegen haben beide ihre militärische Präsenz und Bereitschaft im hohen Norden und in der Ostsee erhöht. Dänemark hat zusätzliche Fregatten und vier ‚F-16'-Kampfflugzeuge bereitgestellt, um die Marine- und Luftoperationen der NATO im Ostseeraum zu unterstützen. ‚Unsere Maßnahmen zur Unterstützung der NATO ... sollen die Souveränität der baltischen Staaten stärken. Wir werden weitere Kapazitäten bereitstellen, wenn sich die Lage ändert und der Bedarf entsteht', sagte Trine Bramsen, Dänemarks Verteidigungsministerin." (defensenews.com, 4.2.22)

„Das norwegische Militär erweitert den Stützpunkt [Bodø]*, um dort auch P-8 Poseidon-Seeüberwachungsflugzeuge zu stationieren und damit wichtige Luft- und Seeüberwachungseinrichtungen in ein Gebiet zu verlegen, in dem die russischen Militärübungen zunehmen."* (defensenews.com, 6.1.22)

[304] Denselben Zweck verfolgt die US-Marine, die seit zwei Jahren – und erstmals nach dem Kalten Krieg – wieder mit Zerstörern in der Barentssee kreuzt: die russische Nordflotte mit den Atom-U-Booten als dem Rückgrat der russischen Zweitschlagsfähigkeit in ihrem hauseigenen Operationsgebiet zu kontrollieren und zu neutralisieren.

werden.' Das Bündnis ziehe aber auch eine längerfristige Anwesenheit in der Schwarzmeerregion in Betracht." (DW, 12.2.22)

- „Zur Abschreckung Russlands" an der „südlichen Ostflanke" will die NATO auch „in ... Rumänien multinationale Kampftruppen stationieren. Bislang gibt es die sogenannten Battlegroups nur in den baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland sowie in Polen. Neben Rumänien sollen auch die Slowakei und Bulgarien Standorte für multinationale NATO-Einheiten bereitstellen." (DW, 12.2.22)
- Überhaupt etabliert die NATO ein neues Niveau der Interoperabilität und Bündelung der Fähigkeiten in der antirussischen Staatenallianz:

„Britische, französische und estnische Soldaten werden in einer Reihe von Panzer-, Infanterie-, Planungs-, Technik- und Artillerieszenarien zusammenarbeiten. Zu den Mitgliedern der vom Vereinigten Königreich geführten Battlegroup gesellen sich auch Soldaten der Fallschirmjäger- und Yorkshire-Regimenter der britischen Armee, die lernen werden, in einer winterlichen Umgebung mit Panzern zu trainieren... ‚F-16'-Kampfjets der belgischen Luftwaffe, die derzeit im Rahmen der NATO-Luftpolizeimission auf dem Luftwaffenstützpunkt Ämari in Estland stationiert sind, werden die Luftunterstützung übernehmen." (NATO eFP Battlegroup Estonia and Estonian Army hone interoperability during largest winter exercise, mncne.nato.int, 2.2.22)

Also wird auch dafür gesorgt, „dass alle NATO-Staaten ihre Überwachungsfähigkeiten durch Satelliten und andere Sensorik auf die Krisenregion lenken und die Erkenntnisse umgehend in der Allianz teilen" (US-General Wolters, Spiegel Online, 18.12.21).

Aufmarsch des US-Militärs selbst

Mit eigenen Truppen ist das US-Militär in der Ukraine nicht präsent, und das soll bis auf Weiteres auch so bleiben. Die amerikanische Weltmacht lenkt die große antirussische Front from behind, nutzt die Potenzen ihrer Verbündeten, die sie erfolgreich auf Interoperabilität getrimmt hat, klinkt sich mit eigenen Kräften nach ihren Prioritäten in

verschiedene Missionen ein, vornehmlich in die Luftaufklärung, die es für eine kriegstaugliche Lagebeurteilung unbedingt braucht. [305]

Sie verschiebt ein paar schon in Europa stationierte Truppenteile Richtung Osten und holt ein paar Tausend Mann, darunter Fallschirmjäger-Elitetruppen, für alle Eventualitäten aus den USA nach. Washington konfrontiert den Kreml so mit einer Lage, in der sämtliche Operationen des russischen Militärs vom Baltikum bis zur „südlichen Ostflanke der NATO" aus dem Stand mit den vereinten Kräften des Bündnisses gekontert werden können – samt der Option auf eine schnelle und massive Verstärkung dieser Stolperdraht-Kräfte. Die dafür nötige Logistik ist eingerichtet und im Manöverbetrieb getestet.

Daneben führt Amerika Russland vor Augen, wie die letzte Stufe einer allfälligen Eskalation seines bewaffneten Konflikts mit der NATO aussieht. Die Supermacht im Hintergrund kommt ihrem Feind – noch nicht mit neuen Atomraketen in Europa, [306] aber – mit einer Flugzeugträger-Kampfgruppe:

> *„Angesichts der angespannten Lage im Ukraine-Konflikt haben die USA entschieden, einen Flugzeugträger im Mittelmeer zu belassen... ‚Die Änderung des Zeitplans spiegelt die Notwendigkeit einer dauerhaften Präsenz in Europa*

[305] *„Unterdessen setzt das US-Verteidigungsministerium weiterhin ‚F-16'-Flugzeuge im Baltikum ein, einem weiteren Brennpunkt für NATO-Luftpatrouillen an der Grenze zu Russland. Anfang dieses Monats trafen amerikanische Jets in Polen ein, wo sie sich zusammen mit polnischen und belgischen ‚F-16' auf diesen Einsatz vorbereiteten."* (defensenews.com, 6.1.22)

[306] *„Die Rückkehr der Mittelstreckenraketen, die durch das Ende des INF-Vertrags ausgelöst wurde, stellt Russlands Sicherheit infrage und beeinflusst zweifellos die Entscheidungsfindung des Landes. Seit dem Auslaufen des Vertrags hat Russland durch sein Handeln deutlich gemacht, dass es nicht zulassen wird, dass erneut Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden. Die Reaktion des Westens ging jedoch nicht nur nicht auf die Bedenken Russlands ein, sondern behandelte die Wiedereinführung dieser Raketen als ausgemachte Sache und konzentrierte sich fast ausschließlich auf den relativen Vorteil, den ihre Stationierung den Vereinigten Staaten und der NATO verschaffen könnte. Die NATO-Erweiterung mag zwar die Hauptursache für Russlands Vorgehen gegenüber der Ukraine sein, aber die Rückkehr dieser strategischen Raketen ist auch ein Faktor, den die Vereinigten Staaten berücksichtigen sollten."* (warontherocks.com, 28.1.22)

wider und ist notwendig, um unseren Verbündeten und Partnern unser Engagement für die kollektive Verteidigung zu versichern.'" (US-Verteidigungsminister Austin, DW, 29.12.21)

Die Verlängerung der Mission dieses Verbands dient der Klarstellung, dass die Weltmacht selbst mit beachtlichen Kräften auf dem erweiterten Kriegsschauplatz präsent ist und bleibt. Russland soll damit rechnen müssen, bei einer gewaltsamen Sicherung seiner roten Linien die „robust response" Amerikas zu erhalten, also in den großen Krieg mit der Weltmacht zu geraten.

*

Der militärische Schulterschluss zwischen den USA und den europäischen NATO-Partnern ist also gelungen. Russland steht dem kombinierten Militärapparat und dem (fast) geschlossenen, hochgerüsteten und in Kriegsbereitschaft versetzten Kriegswillen von 30 Nationen gegenüber.

Einen Krieg will natürlich niemand. Am wenigsten die US-Regierung. Für den Fall, dass Russland in Erwägung ziehen sollte, seine übergangenen vitalen Interessen doch gewaltsam zu sichern, wird ihm einstweilen ein unannehmbar hoher „Preis" angesagt – Amerika droht aber nicht mit dem Krieg. Genauer gesagt: mit keinem „unilateralen", von ihm selbst geführten Krieg. Den will Biden – „zumindest vorerst" – nicht:

„Gleichzeitig stellte Biden am Mittwoch klar, dass keine US-Truppen in die Ukraine geschickt werden, um den Russen gegenüberzutreten, und kündigte künftige Gespräche zwischen den USA, ihren wichtigsten NATO-Verbündeten und Russland an, um einige der Sicherheitsbedenken Moskaus auszuräumen... Präsident Joe Biden sagte am Mittwoch, dass die Unterstützung der USA für die Ukraine gegen die besorgniserregende Aufstockung der russischen Streitkräfte zumindest vorerst keine zusätzlichen US-Truppen umfassen wird. ‚Das steht nicht zur Debatte.'" (defenseone, 8.12.22)

Man darf also beruhigt sein: Die Ukraine ist den Vereinigten Staaten – höchstwahrscheinlich – keinen Dritten Weltkrieg wert. Russland auf dem prospektiven Kriegsschauplatz bekämpfen, das wollen sie „zumindest vorerst" nicht selbst erledigen. Die Weltmacht kann sich den Luxus leisten, andere für ihre Sache kämpfen zu lassen und souverän zu

entscheiden, mit welchen Mitteln sie die Auseinandersetzung bestreitet, wo und wie sie den Konflikt eskaliert. Da stehen ihr noch ganz andere Mittel zu Gebote, um Russland verheerende Schäden zuzufügen.

b) Die Sanktionen

Der Friedensfreund im Weißen Haus weiß, dass Amerika neben seinem Militär über eine weitere mächtige Waffe verfügt, nämlich seinen Dollarimperialismus:

> *„Ich war sehr, sehr direkt und unverblümt gegenüber Präsident Putin, sowohl am Telefon als auch persönlich: Wir werden die strengsten Sanktionen verhängen, die jemals verhängt wurden.*
>
> *Und ich denke, Sie werden sehen – jeder spricht zum Beispiel davon, dass Russland die Kontrolle über die Energieversorgung hat, die Europa aufnimmt. Nun, wissen Sie was? Das Geld, das sie damit verdienen, macht etwa 45 Prozent der Wirtschaft aus. Ich sehe das nicht als eine Einbahnstraße ... dann ist es so, wie meine Mutter zu sagen pflegte: ‚Du beißt dir die Nase ab, um dein Gesicht zu schützen.' Wir befinden uns in einer Situation, in der ich glaube, dass es schwerwiegende wirtschaftliche Konsequenzen geben wird. Zum Beispiel alles, was mit Dollarwerten zu tun hat, wenn sie – wenn sie einmarschieren, werden sie zahlen; sie werden nicht – ihre Banken werden nicht in der Lage sein, in Dollar zu handeln. Es wird also eine Menge passieren."* (Joe Biden, 19.1.22)

In der amerikanischen Optik stellt Russland eine geradezu absurde Herausforderung dar: ein Staat mit einer jämmerlichen ökonomischen Basis, mit einem BIP, das gerade einmal 7,2 % des amerikanischen beträgt, fast gänzlich abhängig vom Export von Brennstoffen, aber mit Kriegsmitteln versehen, die ein echtes Problem sind und die ihm – recht betrachtet – gar nicht zustehen. Dass er sich die eigentlich gar nicht leisten kann, will man ihm praktisch vor Augen führen, indem man seine ökonomische Schwäche und Abhängigkeit als Waffe gegen ihn wendet. Biden setzt – mit einer hohen Schlagzahl an nahezu täglich neu hinzukommenden Maßnahmen – die konzertierte Zerstörung der russischen Ökonomie auf die Tagesordnung:

- In Sachen SWIFT ist von Anfang an nichts Geringeres geplant als der Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungsverkehr – also die Lahmlegung des grenzüberschreitenden Handels, von dem diese Nation nach ihrer Absage an die sozialistische Planwirtschaft und dem Verschwinden ihres Wirtschaftsblocks lebt. [307] Kein Wunder, dass sich bei der betroffenen europäischen Geschäftswelt und ihren Dolmetschern in der Qualitätspresse Alarmstimmung über die ruinösen Folgen dieser Sanktion breitgemacht hatte: Der Ausschluss Russlands wäre „*die Atombombe für die Kapitalmärkte und auch für die Waren- und Dienstleistungsbeziehungen*" (Friedrich Merz, FAZ, 18.1.22).

- Und was Nord Stream 2 angeht: Da verkündet der US-Präsident in Anwesenheit des stoisch blickenden deutschen Bundeskanzlers, dass er es ist, der das Projekt im Fall der Fälle abwürgen wird – „*We will bring an end to it... We will, I promise you, we'll be able to do it.*" – und dass ihm die Aussicht, den Russen eine milliardenteure Investitionsruine und künftige Geschäftseinbußen in noch viel größeren Dimensionen zu bescheren, ein bisschen Relativierung der Souveränität des geschätzten Partners Deutschland wert ist; sodass der nette Herr Scholz also gar nicht umhinkommen wird, ein großes Stück des deutschen Energieimperialismus für die gute antirussische Sache zu opfern.[308]

---

[307] *„Wir werden Russlands Fähigkeit einschränken ... Teil der Weltwirtschaft zu sein ... wir werden seine Fähigkeit beeinträchtigen, in einer hochtechnologischen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts bestehen zu können."* (Joe Biden, 24.2.22)

[308] Einige Republikaner verlangen, das Sanktionsinstrumentarium schon *präventiv* zum Einsatz zu bringen, nämlich Nord Stream 2 zu verbieten, unabhängig davon, ob Russland in die Ukraine einmarschiert. Sie bekommen im amerikanischen Senat zwar dafür noch keine Mehrheit; die Einheitsfront mit Europa soll vorerst nicht dadurch gefährdet werden. *„Ein parteiübergreifender Vorstoß zur Verabschiedung der ‚Mutter aller Sanktionen' scheiterte, nachdem die Republikaner darauf bestanden, vor einer Invasion umfassende Sanktionen zu verhängen, und die Demokraten, die das Weiße Haus unterstützten, dies ablehnten."* (New York Times, 18.2.22) Die gute Idee, die ‚Bestrafung' unabhängig davon zu vollziehen, ob die Straftat begangen

- Des Weiteren soll die russische Industrie von lebenswichtigen Zulieferungen abgeschnitten werden, beispielsweise vom Zugang zu Halbleitern und modernster Software; die USA wollen Russland die Möglichkeit nehmen, sein Militär zu modernisieren, und sein komplettes Luft- und Raumfahrtprogramm paralysieren. [309]
- Hinzu kommt der direkte Angriff auf das Auslandseigentum und auf die Bewegungsfreiheit der politischen Elite, von Lawrow, Putin und seinem inner circle.[310]

Die Sanktionen, die darauf berechnet sind, Russland langfristig „so viel Schaden wie möglich" zuzufügen,[311] sind also mit Zumutungen für die europäischen Partner verbunden. [312] Dass denen darüber ein Schaden

worden ist, findet aber mittlerweile weitergehende Zustimmung und nähert sich mit dem Verzicht auf jede politmoralische Einkleidung dem wirklichen Sinn der Sanktionen, den Gegner einfach fertigzumachen.

[309] *„Einige der stärksten Auswirkungen unserer Maßnahmen werden erst im Laufe der Zeit eintreten, wenn wir Russlands Zugang zu Finanzmitteln und Technologie für strategische Sektoren seiner Wirtschaft beschneiden und seine industrielle Kapazität auf Jahre hinaus schwächen ... wir gehen davon aus, dass wir mehr als die Hälfte von Russlands Hightech-Importen beschneiden werden. Das wird ein Schlag für seine Fähigkeit sein, sein Militär weiter zu modernisieren. Es wird Russlands Luft- und Raumfahrtindustrie, einschließlich ihres Raumfahrtprogramms, beeinträchtigen. Es wird ihre Fähigkeit mindern, Schiffe zu bauen... Das wird ein schwerer Schlag für Putins langfristige strategische Ambitionen sein."* (Ebd.)

[310] *„Es handelt sich dabei um Personen, die persönlich von der Politik des Kremls profitieren, und sie sollen den Schmerz mittragen."* (Ebd.)

[311] *„Auf die Frage, was Putin aufhalten könnte, wenn Sanktionen es nicht können, antwortete Biden: ‚Ich habe nicht gesagt, dass Sanktionen ihn nicht aufhalten können. Die Androhung von Sanktionen ... die Verhängung von Sanktionen und das Erkennen der Wirkung von Sanktionen sind zwei verschiedene Dinge... Es wird seine Zeit brauchen... Wir müssen Entschlossenheit zeigen, damit er weiß, was auf ihn zukommt. Und damit die Menschen in Russland wissen, was er ihnen angetan hat. Darum geht es hier.'"* (cnn.com, 25.2.22)

[312] *„Die USA und ihre europäischen Verbündeten bereiten das aggressivste Paket wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen vor, das je geschnürt wurde... Hochrangige Beamte der Biden-Administration sagten, sie hätten ‚spezifische Sanktionspakete' ausgearbeitet, die sich auf*

entsteht, der je nach Betroffenheit auch nicht gerade unerheblich ausfällt, nehmen die USA nüchtern in Kauf. Schließlich steht viel auf dem Spiel:

„Es geht darum, für das einzustehen, woran wir glauben." (Biden)

Kürzlich hatte sich Biden noch mit einer freundschaftlichen Adresse eigens ans russische Volk gewandt [313] und ihm versichert, dass Amerika

russische Oligarchen und ihre Familienmitglieder konzentrieren. Sie wollten nicht sagen, wer auf der Liste stehen würde, weil sie ein ‚Fluchtrisiko' befürchteten, aber der Geltungsbereich könnte breit gefächert sein. Am Montag versprach das Vereinigte Königreich, neue Gesetze einzuführen, die die Möglichkeiten Londons stärken, gegen Kreml-nahe Unternehmen und ihre Eigentümer im Land vorzugehen... Die USA und die EU wollen auch das russische Bankensystem ins Visier nehmen und Moskau aus dem internationalen Finanzsystem ausschließen... Die größten russischen Finanzinstitute, darunter die Sberbank, die VTB, die Gazprom-Bank, der Russische Direktinvestitionsfonds und die Alfa Bank, stehen in der Schusslinie... Die USA und die EU haben erwogen, strenge Exportkontrollen für westliche Technologie einzuführen, um Russlands industrieller Basis und seiner Innovationsfähigkeit so viel Schaden wie möglich zuzufügen... Maßnahmen, die auch neu entstehende Technologien wie Quantencomputer und künstliche Intelligenz einschließen ... eines der wirkungsvollsten Instrumente, das die USA einsetzen könnten, ist die ‚Foreign Direct Product Rule', die eingesetzt wurde, um das chinesische Technologieunternehmen Huawei zu zügeln. Diese Regel würde Drittländer daran hindern, bestimmte sensible Technologien, die US-Komponenten enthalten, nach Russland zu exportieren. Der politisch und wirtschaftlich sensibelste Bereich, in dem die USA und die EU Sanktionen vorbereiten, ist wohl der Energiesektor. Moskau ist in hohem Maße von Energieexporten als Quelle von Devisenreserven abhängig, und die EU deckt 40 Prozent ihres Verbrauchs mit russischem Gas ab... Trotz einer gewissen Ungewissheit über die Haltung der neuen deutschen Regierung haben die USA und die EU beschlossen, dass sie im Falle eines Einmarsches Russlands in die Ukraine die umstrittene Gaspipeline Nord Stream 2, die Russland und Deutschland verbindet, nicht in Betrieb nehmen würden... Brüssel ist besorgt über einen möglichen Zusammenbruch der Gaslieferungen im Falle eines Krieges, entweder aufgrund von Schäden an ukrainischen Pipelines oder weil Russland die Gaslieferungen einschränkt." (Financial Times, 2.2.22)

[313] *„An die Bürgerinnen und Bürger Russlands: Ihr seid nicht unser Feind. Und ich glaube nicht, dass ihr einen blutigen, zerstörerischen Krieg gegen die Ukraine wollt – ein Land und ein Volk, mit dem ihr so tiefe familiäre, historische und kulturelle Bindungen teilt. Vor siebenundsiebzig Jahren haben unsere Völker Seite an Seite gekämpft und Opfer gebracht, um den schlimmsten Krieg der Geschichte zu beenden. Der Zweite Weltkrieg war ein Krieg der Notwendigkeiten. Aber wenn Russland die Ukraine angreift, wäre es ein Krieg der Wahl oder ein Krieg ohne Grund und Ursache."* (Joe Biden, 15.2.22)

ihm nur das Beste wünscht. So sehr, dass er in Gestalt der ökonomischen Sanktionen machtvolle Hebel zu seiner Verarmung in Bewegung setzt. Man will ihm damit ja auch nur helfen zu begreifen, dass das Regime, unter dem es lebt, dem amerikanischen Druck nicht standhalten kann und untergehen wird, und dass es sich deshalb definitiv eine andere Führung suchen sollte.

Unterstrichen werden diese Klarstellungen überdies durch die Ankündigung, Russland mit allen diplomatischen Mitteln in so gut wie allen Sphären zwischenstaatlicher Aktivitäten zu isolieren, moralisch zu ächten, es also zu dem ‚pariah-state' zu machen, der es nach der amerikanischen Definition eigentlich schon ist, also unbedingt werden soll.

Und für den Fall, von dem man in Washington ausgeht, dass nämlich Russland sich gegen die Sanktionen zur Wehr setzen wird – Stichwort: Cyberattacken – baut man daher schon vor. [314]

*

Als Antwort auf seinen erpresserisch gemeinten Aufmarsch gegen die Ukraine bekommt Russland einen Gegenangriff serviert, der ihm die Wirkungslosigkeit seiner Machtmittel vor Augen führen, also zur Einsicht in seine Kapitulation als einzig realistische Option nötigen soll. Dafür müssen die USA dem Kreml noch nicht einmal mit militärischen Mitteln begegnen. Es gehört zur Freiheit der Weltmacht, aus einem ganzen Arsenal an zivilen Mitteln schöpfen zu können, die das Potential haben, ihrem Feind Schäden zuzufügen, die dazu hinreichen, ihn zu zerstören.

Auf der Grundlage bietet Amerika großzügigst an, Verhandlungen zu führen.

---

[314] *„Wenn Russland Cyberangriffe gegen unsere Unternehmen und unsere kritische Infrastruktur durchführt, sind wir bereit, darauf zu reagieren', sagte Biden... Dem Bericht* [in dem Präsident Biden zahlreiche Optionen für die USA zur Durchführung größerer Cyberangriffe gegen Russland vorgelegt worden waren] *zufolge gehörten zu den Optionen die Unterbrechung der Internetverbindung in ganz Russland, die Abschaltung der Stromversorgung und die Störung des russischen Eisenbahnverkehrs."* (defenseone, 24.2.22)

4. Mit Russland „im Gespräch bleiben“: aber immer!

Die Warnungen der russischen Regierung, sie werde sich nicht an Gesprächen beteiligen, in denen kein ernsthafter Wille zu erkennen ist, sich ihren Forderungen zu stellen, bleiben fruchtlos – bzw. werden von Amerika in umgekehrter Hinsicht zugespitzt: Unter penetranter Betonung, in Washington würde „non-stop-diplomacy“ trotz allem noch an erster Stelle stehen, wird Russland eine Diplomatie angetragen, die die Anerkennung der russischen Interessen definitiv ausschließt. Stattdessen werden Verhandlungen über untergeordnete, nebensächliche Themen offeriert bzw. über solche, bei denen Amerika einer Verständigung möglicherweise etwas abgewinnen könnte.

So könnte man sich in Washington beispielsweise ein informelles Agreement darüber vorstellen, die Ukraine in den nächsten Jahren nicht in die NATO aufzunehmen, und auch gewisse Konzessionen bei der Umsetzung von Minsk sind im Angebot. Die sind für die USA auch vergleichsweise billig zu haben – die gehen ja gänzlich zu Lasten der Ukraine. [315]

Und auch ein bisschen mehr Transparenz bei der Manövertätigkeit ist denkbar, vielleicht sogar Absprachen über die Nicht-Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen – den Russen einiges in dieser Waffenkategorie abzuhandeln ist ja einen Versuch wert.

Russland wird so vor die vergiftete Alternative gestellt, sich entweder mit der Ablehnung dieses ‚Angebots‘ weltöffentlich ins Unrecht zu

[315] *„Biden sagte, die USA seien bereit, mit ‚vertrauensbildenden Maßnahmen‘ bei der Umsetzung eines Friedensabkommens von 2015 zu helfen... Regierungsvertreter haben angedeutet, dass die USA die Ukraine dazu drängen werden, ein gewisses Maß an Autonomie in der östlichen Donbass-Region abzutreten, die derzeit de facto von den von Russland unterstützten Separatisten kontrolliert wird... Für Biden wird die Herausforderung darin bestehen, Kiew zu ermutigen, einige der Fakten vor Ort in der Ostukraine zu akzeptieren, ohne den Anschein zu erwecken, Putin nachzugeben... Dazu könnten Maßnahmen gehören, die es der mit Russland verbündeten Donbass-Region erlauben, ihre eigene Gesundheitsversorgung, Polizei und Schulen zu kontrollieren... Auf die Frage nach der Notwendigkeit ukrainischer Kompromisse sagte Sullivan am Dienstag gegenüber Reportern, dass ‚die Ukrainer konstruktive Ideen vorgebracht haben, wie man die Diplomatie voranbringen kann. Wir ermutigen sie dazu.‘“* (Associated Press, 10.12.21)

setzen und die Schuld für das ‚Ende der Diplomatie' auf sich zu nehmen.[316] Oder sich auf dieses ‚Angebot' einzulassen – und damit seine substantiellen Forderungen auf Respektierung seines Großmachtstatus zu streichen.

III. Der Machtkampf eskaliert

1. Die russische Führung braucht nicht lang, um einzusehen, dass der Versuch, den USA in einem ultimativen diplomatischen Akt – per Kriegsdrohung – die vertraglich abgesicherte Anerkennung ihrer Existenz als nukleare Großmacht abzuringen, gescheitert ist. Sie stellt sich der Alternative, sich entweder mit der installierten existentiellen Bedrohung abzufinden und sich der Weltmacht unterzuordnen oder sich gewaltsam den verweigerten Respekt zu verschaffen; so, wie es ihr die Verantwortung für ihre große Nation gebietet: Sie geht von der Drohung zum offenen Krieg über, marschiert in der Ukraine ein, um ihre „roten Linien" gewaltsam durchzusetzen und die andere Seite zur Anerkennung ihrer strategischen Interessen zu zwingen.

Sie fasst diesen Beschluss im Wissen darum, welches erdrückende Szenario gegen sie aufgebaut worden ist, was also auf sie zukommt. Putin nimmt in der Erklärung seiner Entscheidung zur Besetzung des Nachbarstaats ausdrücklich auf die angedrohten, für Russland verheerenden Sanktionen Bezug; er erklärt seinen Bürgern, dass es hart wird für sie und ihr Land. Und er verweist in dieser Erklärung darauf, dass die Zeit drängt, weil Russland zu gewärtigen hat, dass die Machtmittel, über die es heute noch verfügt, in absehbarer Zukunft womöglich durch das amerikanische Aufrüstungsprogramm strategisch immer mehr entwertet werden. Mit beidem stellt er klar, dass es für Russland um viel mehr als um die

[316] Für den Fall ist die Lage bereits fertig eingeordnet: Dann kommt der Westen nämlich nicht umhin, auf einen akuten russischen Eskalations- und Kriegswillen zurückzuschließen – siehe das Getöber darüber, dass Putin und Lawrow sich auf der Münchner Sicherheitskonferenz nicht vorführen lassen wollen: *„Hunderte Entscheidungsträger auf der Konferenz bedauern es sehr, dass Russland sich nicht stellt."* (Vorsitzender der Konferenz Ischinger im ARD-Morgenmagazin)

Ukraine geht, nämlich um eine Existenzfrage als respektierte Großmacht, in der es für Russland keine Alternative gibt.

Er verbindet zwar auch noch den Beschluss zum Einmarsch mit der Nachfrage, ob die andere Seite nicht doch einlenken kann, indem er sein begrenztes Kriegsziel in der Ukraine, deren ‚Entmilitarisierung' und ‚Neutralisierung', bekannt gibt, nimmt aber mit der Eröffnung des Feldzugs auch in Kauf, was ihm an unabsehbaren, von Russland nicht beherrschbaren, vernichtenden Folgen in Aussicht gestellt wird. Denn – sofern es ihm überhaupt gelingen sollte, dieses begrenzte Ziel in der Ukraine herzustellen – das, was er an diesem Fall herstellen will, nämlich eine Wende im Verhältnis zur Weltmacht USA und zur NATO, also die andere Seite vermittels des russischen Übergangs zur militärischen Durchsetzung in der Ukraine dazu zu nötigen, von ihrem Bestreben abzulassen, die russische Macht zu demontieren, das ist an diesem begrenzten Fall gar nicht herzustellen.

2. Die amerikanische Regierung beantwortet diesen militanten Übergang auf ihre Weise als überlegene Weltmacht. Sie ist nicht nur völlig unbeeindruckt und meilenweit davon entfernt, sich durch Krieg ein Arrangement abtrotzen zu lassen, das auch nur irgendwie den russischen Interessen Rechnung trägt – sie ist ganz im Gegenteil bis ins Kleinste darauf vorbereitet, die Eskalation des Kreml zu einer Katastrophe ungeahnten Ausmaßes für ihn zu machen.

Biden gibt regelrecht damit an, die Berechnungen der anderen Seite seit Monaten genau zu kennen – kein Wunder, er ist es ja, der Russland in sein Dilemma manövriert hat –, gleich eine ganze Reihe von neuen, vernichtenden Gegenkriegsmaßnahmen für das antizipierte Vorgehen des Kreml vorbereitet zu haben und nach seiner souveränen Entscheidung einsetzen zu können. Erstens sorgen die Vereinigten Staaten mit ihren Alliierten durch nach der russischen Invasion noch gesteigerte Waffenlieferungen auf den Kriegsschauplatz Ukraine – die zusehends mehr „letales" Gerät umfassen, inzwischen sind sogar Kampfjets im Gespräch – dafür, dass der Feldzug zu dem blutigen Fiasko wird, das man der russischen Armee prophezeit hat. Zweitens verstärkt Biden mit seinem Kriegsbündnis die militärische Schlagkraft gegen Russland, auf breiter Front werden Waffen und Truppen an die russische Grenze geschafft. Drittens werden ökonomische Sanktionen beschlossen, die binnen

Tagen ruinös auf die russische Wirtschaft wirken: den Rubel entwerten, das Kapital großer Staatsunternehmen wie Gazprom vernichten, den russischen Staatsfonds und der Nationalbank den Zugriff auf in westlichen Banken und Zentralbanken gehaltenes Milliardenvermögen entziehen, sie von jeder Transaktion in Dollar abschneiden, also enteignen. [317]

Für all das wird viertens im Prinzip die ganze Welt als Weltkriegseinheitsfront gegen Russland in Stellung gebracht, die militärisch, diplomatisch und auf dem Feld eines entfesselten Wirtschaftskriegs Russland eine vernichtende Niederlage ansagt.

Für die amerikanische Weltmacht und ihre Verbündeten geht es hier nämlich – genauso grundsätzlich, wie es Russland um seine Selbstbehauptung geht – um einen Angriff auf die Weltordnung, um eine Infragestellung ihrer Weltherrschaft, praktisch ins Werk gesetzt von einer Macht, die aufgrund ihres militärischen Potentials zu dieser Infragestellung imstande ist und deswegen für Amerika eine unerträgliche, unbedingt zu beseitigende Schranke darstellt.

3. Für beide Seiten steht hier die Substanz dessen auf dem Spiel, was sie als Nation jeweils sind und zu sein beanspruchen: für die eine ihr Status als Großmacht und maßgebliches Subjekt in der Staatenwelt, für die andere ihre uneingeschränkte Weltherrschaft. Die Standpunkte, die da aufeinanderprallen, sind unvereinbar. Sie dulden keine Relativierung, weil jede Relativierung einer Aufgabe des Standpunkts gleichkommen würde. Für beide Seiten hat die Behauptung des eigenen Standpunkts daher die Qualität einer Existenzfrage, die zur Entscheidung gebracht werden

[317] *„Nach der Europäischen Union haben auch die USA ihre schwerwiegenden Sanktionen gegen die russische Zentralbank in Kraft gesetzt. US-Bürgern und Institutionen sind nun Transaktionen mit der Zentralbank verboten, zudem kann die Notenbank in Moskau damit weltweit keine Geschäfte in US-Dollar mehr durchführen, wie ein ranghoher Vertreter des Weißen Hauses sagte.*

Zusammen mit den Sanktionen der Verbündeten sei der Großteil der russischen Devisenreserven im Wert von rund 630 Milliarden US-Dollar nun de facto blockiert und könne von Moskau nicht dafür genutzt werden, die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs aufzufangen, sagte er. Auch der russische Staatsfonds, dessen Chef und das Finanzministerium in Moskau würden mit Sanktionen belegt, erklärte das US-Finanzministerium." (Tagesschau, 28.2.22)

muss. Und so gehen sie aufeinander los. Beide Seiten machen den Übergang von der Abschreckung hinein in eine Auseinandersetzung, in der beide Seiten in der Anwendung ihrer Gewaltmittel eskalieren, um die jeweils andere zum Einlenken zu zwingen. Sie tun dies im Wissen um die Machtmittel, über die die Gegenseite verfügt, und in dem festen Willen, in dieser Auseinandersetzung die *Eskalationsdominanz* zu behalten und auszuüben, also jede Eskalation der Gegenseite mit einer weiteren Eskalation zu beantworten. Mit dem Unterschied, dass es die in diesem Ringen in die strategische Defensive gebrachte russische Staatsgewalt ist, die den Übergang in die militärische Offensive gemacht hat und vor der schlechten Alternative ‚Rückzug oder weitere Eskalation' steht; während die überlegene amerikanische Seite sich bei ihrer Eskalation – immer noch – die Freiheit wahrt, über den Übergang zur direkten militärischen Konfrontation nach eigenem Kalkül zu entscheiden; also auch: ohne jeden Machtverlust eigene Eskalationsschritte zu unterlassen, was allemal nur heißt: sie zu vertagen. Oder eben doch strategisch ‚in Vorleistung zu gehen'...

Die Ukraine ist dafür das erste Schlachtfeld.

Anhang

Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag am 25.09.2001[318]

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin aufrichtig dankbar für die Gelegenheit, hier im Bundestag zu Ihnen zu sprechen. Es ist das erste Mal in der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, dass ein russisches Staatsoberhaupt in diesem Hohen Hause auftritt. Diese Ehre, die mir heute zuteil geworden ist, bestätigt das Interesse Russlands und Deutschlands am gegenseitigen Dialog. Ich bin gerührt, dass ich über die deutsch-russischen Beziehungen sprechen kann, über die Entwicklung meines Landes sowie des vereinigten Europa und über die Probleme der internationalen Sicherheit - gerade hier in Berlin, in einer Stadt mit einem so komplizierten Schicksal.

Diese Stadt ist in der jüngsten Geschichte der Menschheit mehrmals zum Zentrum der Konfrontation beinahe mit der ganzen Welt geworden. Selbst in der schlimmsten Zeit - noch nicht einmal in den schweren Jahren der Hitler-Tyrannei - ist es aber nicht gelungen, in dieser Stadt den Geist der Freiheit und des Humanismus, für den Lessing und Wilhelm von Humboldt den Grundstein gelegt haben, auszulöschen.
In unserem Lande wird das Andenken an die antifaschistischen Helden sehr gepflegt. Russland hegte gegenüber Deutschland immer besondere Gefühle. Wir haben Ihr Land immer als ein bedeutendes Zentrum der europäischen und der Weltkultur behandelt, für deren Entwicklung auch Russland viel geleistet hat. Kultur hat nie Grenzen gekannt. Kultur war immer unser gemeinsames Gut und hat die Völker verbunden.

318 https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966

Heute erlaube ich mir die Kühnheit, einen großen Teil meiner Ansprache in der Sprache von Goethe, Schiller und Kant, in der deutschen Sprache, zu halten.

(Ende der Simultanübersetzung)

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, soeben sprach ich von der Einheit der europäischen Kultur. Dennoch konnte auch diese Einheit den Ausbruch zweier schrecklicher Kriege auf diesem Kontinent im letzten Jahrhundert nicht verhindern. Sie verhinderte ebenfalls nicht die Errichtung der Berliner Mauer, die zum unheilvollen Symbol der tiefen Spaltung Europas wurde.

Die Berliner Mauer existiert nicht mehr; sie ist vernichtet. Es wäre angebracht, sich heute daran zu erinnern, wie es dazu gekommen ist. Ich bin mir sicher, dass großartige Veränderungen in Europa, in der ehemaligen Sowjetunion und in der Welt ohne bestimmte Voraussetzungen nicht möglich gewesen wären. Ich denke dabei an die Ereignisse, die in Russland vor zehn Jahren stattgefunden haben.

Diese Ereignisse sind wichtig, um zu begreifen, was bei uns vor sich gegangen ist und was man von Russland in der Zukunft erwarten kann. Die Antwort ist eigentlich einfach: Unter der Wirkung der Entwicklungsgesetze der Informationsgesellschaft konnte die totalitäre stalinistische Ideologie den Ideen der Demokratie und der Freiheit nicht mehr gerecht werden. Der Geist dieser Ideen ergriff die überwiegende Mehrheit der russischen Bürger. Gerade die politische Entscheidung des russischen Volkes ermöglichte es der ehemaligen Führung der UdSSR, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die letzten Endes zum Abriss der Berliner Mauer geführt haben. Gerade diese Entscheidung erweiterte mehrfach die Grenzen des europäischen Humanismus, sodass wir behaupten können, dass niemand Russland jemals wieder in die Vergangenheit zurückführen kann.

(Beifall)

Was die europäische Integration betrifft, so unterstützen wir nicht einfach nur diese Prozesse, sondern sehen sie mit Hoffnung.

Wir tun das als ein Volk, das gute Lehren aus dem Kalten Krieg und aus der verderblichen Okkupationsideologie gezogen hat. Aber hier - so vermute ich - wäre es angebracht, hinzuzufügen: Auch Europa hat keinen Gewinn aus dieser Spaltung gezogen. Ich bin der festen Meinung: In der heutigen sich schnell ändernden Welt, in der wahrhaft dramatische Wandlungen in Bezug auf die Demographie und ein ungewöhnlich großes Wirtschaftswachstum in einigen Weltregionen zu beobachten sind, ist auch Europa unmittelbar an der Weiterentwicklung des Verhältnisses zu Russland interessiert.

(Beifall)

Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.

(Beifall)

Die ersten Schritte in diese Richtung haben wir schon gemeinsam gemacht. Jetzt ist es an der Zeit, daran zu denken, was zu tun ist, damit das einheitliche und sichere Europa zum Vorboten einer einheitlichen und sicheren Welt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Sicherheitsbereich haben wir in den letzten Jahren viel erreicht. Das Sicherheitssystem, welches wir in den vergangenen Jahrzehnten geschaffen haben, wurde verbessert. Eine der Errungenschaften des vergangenen Jahrzehnts war die beispiellos niedrige Konzentration von Streitkräften und Waffen in Mitteleuropa und in der baltischen Region. Russland ist ein freundlich gesinntes europäisches Land. Für unser Land, das ein Jahrhundert der Kriegskatastrophen durchgemacht hat, ist der stabile Frieden auf dem Kontinent das Hauptziel. Wie bekannt, haben wir den Vertrag über das allgemeine Verbot von Atomtests, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Konvention über das Verbot von biologischen Waffen

sowie das START-II-Abkommen ratifiziert. Leider folgten nicht alle NATO-Länder unserem Beispiel.
Da wir angefangen haben, von der Sicherheit zu sprechen, müssen wir uns zuerst klar machen, vor wem und wie wir uns schützen müssen. In diesem Zusammenhang kann ich die Katastrophe, die am 11. September in den Vereinigten Staaten geschehen ist, nicht unerwähnt lassen. Menschen in der ganzen Welt fragen sich, wie es dazu kommen konnte und wer daran schuld ist. Ich möchte diese Fragen beantworten. Ich finde, dass wir alle daran schuld sind, vor allem wir, die Politiker, denen einfache Bürger in unseren Staaten ihre Sicherheit anvertraut haben. Die Katastrophe geschah vor allem darum, weil wir es immer noch nicht geschafft haben, die Veränderungen zu erkennen, die in der Welt in den letzten zehn Jahren stattgefunden haben.

Wir leben weiterhin im alten Wertesystem. Wir sprechen von einer Partnerschaft. In Wirklichkeit haben wir aber immer noch nicht gelernt, einander zu vertrauen. Trotz der vielen süßen Reden leisten wir weiterhin heimlich Widerstand. Mal verlangen wir Loyalität zur NATO, mal streiten wir uns über die Zweckmäßigkeit ihrer Ausbreitung. Wir können uns immer noch nicht über die Probleme im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem einigen usw.

Tatsächlich lebte die Welt im Laufe vieler Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts unter den Bedingungen der Konfrontation zweier Systeme, welche die ganze Menschheit mehrmals fast vernichtet hätte. Das war so furchterregend und wir haben uns so daran gewöhnt, in diesem Count-Down-System zu leben, dass wir die heutigen Veränderungen in der Welt immer noch nicht verstehen können, als ob wir nicht bemerken würden, dass die Welt nicht mehr in zwei feindliche Lager geteilt ist. Die Welt ist sehr viel komplizierter geworden.

(Beifall)

Wir wollen oder können nicht erkennen, dass die Sicherheitsstruktur, die wir in den vorigen Jahrzehnten geschaffen haben und welche die alten Bedrohungen effektiv neutralisierte, heute nicht mehr in der Lage ist, den neuen Be-drohungen zu widerstehen.

Oft streiten wir uns weiterhin über Fragen, die unserer Meinung nach noch wichtig sind. Wahrscheinlich sind sie noch wichtig. Aber währenddessen erkennen wir die neuen realen Bedrohungen nicht und übersehen die Möglichkeit von Anschlägen - und von was für brutalen Anschlägen!

Infolge von Explosionen bewohnter Häuser in Moskau und in anderen großen Städten Russlands kamen Hunderte friedlicher Menschen ums Leben. Religiöse Fanatiker begannen einen unverschämten und großräumigen bewaffneten Angriff auf die benachbarte Republik Dagestan, nachdem sie die Macht in Tschetschenien ergriffen und einfache Bürger zu Geiseln gemacht hatten. Internationale Terroristen haben offen - ganz offen - ihre Absichten über die Schaffung eines neuen fundamentalistischen Staates zwischen dem Schwarzen und Kaspischen Meer angekündigt, des so genannten Halifat oder der Vereinigten Staaten des Islam.

Ich will gleich hervorheben: Ich finde es unzulässig, über einen Zivilisationskrieg zu sprechen. Fehlerhaft wäre es, ein Gleichheitszeichen zwischen Moslems im Generellen und religiösen Fanatikern zu setzen. Bei uns zum Beispiel sagte man im Jahre 1999: Die Niederlage der Aggressoren beruht auf der mutigen und harten Antwort der Bewohner Dagestans - und die sind zu 100 Prozent Moslems.

Kurz vor meiner Abfahrt nach Berlin habe ich mich mit den geistlichen Führern der Moslems in Russland getroffen. Sie haben die Initiative ergriffen und eine internationale Konferenz in Moskau unter der Losung durchgeführt: Islam gegen Terror. Ich finde, wir sollten diese Initiative unterstützen.

(Beifall)

Heutzutage verschärfen sich nicht nur die Probleme, die wir schon kennen, sondern es entstehen auch neue Gefahren. In der Tat baut Russland zusammen mit einigen GUS-Ländern eine reale Barriere gegen Drogenschmuggel, organisiertes Verbrechen und Fundamentalismus aus Afghanistan wie auch aus Zentralasien und dem Kaukasus in Richtung Europa auf. Terrorismus, nationaler Hass, Separatismus und religiöser Extremismus haben überall

dieselben Wurzeln und bringen dieselben giftigen Früchte hervor. Darum sollten auch die Kampfmittel gegen diese Probleme universal sein. Aber zuerst sollten wir uns in einigen grundlegenden Fragen einigen. Wir sollten uns nicht scheuen, die Probleme beim Namen zu nennen. Sehr wichtig ist es, zu begreifen, dass Untaten politischen Zielen nicht dienen können, wie gut diese Ziele auch sein mögen.

(Beifall)

Natürlich soll das Böse bestraft werden; ich bin damit einverstanden. Doch wir müssen verstehen, dass Gegenschläge den vollständigen, zielstrebigen und gut koordinierten Kampf gegen den Terrorismus nicht ersetzen können. In diesem Sinne bin ich voll und ganz mit dem amerikanischen Präsidenten einverstanden.

(Beifall)

Ich bin der Meinung, dass die Bereitschaft unserer Partner, gemeinsam Kräfte zu bündeln, um diese realen Gefahren, die nicht erdacht sind, zu bekämpfen, zeigt, wie ernst und zuverlässig unsere Partner sind. Diese Gefahren können von fernen Grenzen unseres Kontinents in die Mitte des Herzens von Europa stechen. Ich habe schon mehrmals darüber gesprochen. Aber nach den Ereignissen in den USA brauche ich es nicht mehr zu beweisen.

Was fehlt heute, um zu einer effektiven Zusammenarbeit zu gelangen? Trotz allem Positiven, das in den vergangenen Jahrzehnten erreicht wurde, haben wir es bisher nicht geschafft, einen effektiven Mechanismus der Zusammenarbeit auszuarbeiten. Die bisher ausgebauten Koordinationsorgane geben Russland keine realen Möglichkeiten, bei der Vorbereitung der Beschlussfassung mitzuwirken. Heutzutage werden Entscheidungen manchmal überhaupt ohne uns getroffen. Wir werden dann nachdrücklich gebeten, sie zu bestätigen. Dann spricht man wieder von der Loyalität gegenüber der NATO. Es wird sogar gesagt, ohne Russland sei es unmöglich, diese Entscheidungen zu verwirklichen. - Wir sollten uns fragen, ob das normal ist, ob das eine echte Partnerschaft ist.

Die Verwirklichung demokratischer Prinzipien in den

internationalen Beziehungen, die Fähigkeit, richtige Beschlüsse zu fassen, und die Bereitschaft zu einem Kompromiss - das ist eine schwierige Sache. Es waren aber ausgerechnet Europäer, die als Erste verstanden haben, wie wichtig es ist, nach einheitlichen Beschlüssen zu suchen und nationalen Egoismus zu überwinden. Wir sind einverstanden; dies sind gute Ideen. Die Qualität der Beschlussfassungen, deren Effizienz und letzten Endes die europäische und die internationale Sicherheit hängen im Großen und Ganzen davon ab, inwiefern wir diese klaren Grundsätze heute in praktische Politik umsetzen können.

Noch vor kurzem schien es so, als würde auf dem Kontinent bald ein richtiges gemeinsames Haus entstehen, in welchem Europäer nicht in östliche und westliche, in nördliche und südliche geteilt werden. Solche Trennungslinien bleiben aber erhalten, und zwar deswegen, weil wir uns bis jetzt noch nicht endgültig von vielen Stereotypen und ideologischen Klischees des Kalten Krieges befreit haben. Heute müssen wir mit Bestimmtheit und endgültig erklären: Der Kalte Krieg ist vorbei.

(Beifall)

Die Welt befindet sich in einer neuen Etappe ihrer Entwicklung. Wir verstehen: Ohne eine moderne, dauerhafte und standfeste internationale Sicherheitsarchitektur schaffen wir auf diesem Kontinent nie ein Vertrauensklima und ohne dieses Vertrauensklima ist kein einheitliches Großeuropa möglich. Heute sind wir verpflichtet, zu sagen, dass wir uns von unseren Stereotypen und Ambitionen trennen sollten, um die Sicherheit der Bevölkerung Europas und die der ganzen Welt zusammen zu gewährleisten.

Liebe Freunde, Gott sei Dank wird Russland in Europa heutzutage nicht nur im Zusammenhang mit Oligarchen, Korruption und Mafia erwähnt. Aber nach wie vor herrscht ein großer Mangel an objektiver Information über Russland. Ich kann mit Zuversicht sagen: Das Hauptziel der Innenpolitik Russlands ist vor allem die Gewährleistung der demokratischen Rechte und der Freiheit, die Verbesserung des Lebensstandards und der Sicherheit des Volkes. Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich einen

Rückblick auf die jüngsten Ereignisse werfen: Russland ist den schmerzhaften Weg der Reformen gegangen. Zu den Maßstäben und Aufgaben, die wir zu lösen hatten, gibt es in der Geschichte keine Analogien. Natürlich wurden viele Fehler gemacht. Nicht alle Probleme sind gelöst. Aber zurzeit ist Russland ein äußerst dynamischer Teil des europäischen Kontinents. Dabei ist das Wort „dynamisch" nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Sinne gemeint, was besonders hoffnungsvoll zu sein scheint.

Die politische Stabilität in Russland wird dank mehrerer Wirtschaftsfaktoren sichergestellt, nicht zuletzt auch dank eines der liberalsten Steuersysteme in der Welt. Mit einer Einkommensteuer von 13 Prozent und einer Gewinnsteuer von 24 Prozent ist das wirklich so!

(Heiterkeit und Beifall)

Das Wirtschaftswachstum betrug im vorigen Jahr 8,3 Prozent. Für dieses Jahr ging man von nur 4 Prozent aus. Herauskommen wird höchstwahrscheinlich ein Wachstum von ungefähr 6 Prozent; sagen wir 5,5 bzw. 5,7 Prozent, mal sehen.

Gleichzeitig bin ich davon überzeugt: Nur eine umfangreiche und gleichberechtigte gesamteuropäische Zusammenarbeit kann einen qualitativen Fortschritt bei der Lösung solcher Probleme wie Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung und vieler anderer bewirken. Wir sind auf eine enge Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit eingestellt. Wir haben die Absicht, in unmittelbarer Zukunft zum Mitglied der Welthandelsorganisation zu werden. Wir rechnen damit, dass uns die internationalen und die europäischen Organisationen dabei unterstützen.

(Beifall)

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf solche Dinge lenken, die Sie als Abgeordnete dieses Parlamentes sicher besser einschätzen können und die nicht in den Bereich der Propaganda gehören. Im Grunde genommen hat sich in unserem Staat ein Prioritäten- und

Wertewandel vollzogen. Im Haushalt 2002 nehmen die Sozialausgaben den ersten Platz ein. Ich möchte besonders betonen, dass zum ersten Mal in der Geschichte Russlands die Ausbildungsausgaben die Verteidigungsausgaben übertreffen.

(Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, ein paar Worte zu den deutsch-russischen Beziehungen zu sagen - ich möchte das gesondert betrachten -: Die russisch-deutschen Beziehungen sind ebenso alt wie unsere Länder. Die ersten Germanen erschienen Ende des ersten Jahrhunderts in Russland. Am Ende des 19. Jahrhunderts lag die Zahl der Deutschen in Russland an neunter Stelle. Aber nicht nur die Zahl ist wichtig, sondern natürlich auch die Rolle, die diese Menschen in der Landesentwicklung und im deutsch-russischen Verhältnis gespielt haben: Das waren Bauern, Kaufleute, die Intelligenz, das Militär und die Politiker. Zwischen Russland und Amerika liegen Ozeane. Zwischen Russland und Deutschland liegt die große Geschichte.

Das schrieb der deutsche Historiker Michael Stürmer. - Ich möchte dazu feststellen, dass die Geschichte genauso wie die Ozeane nicht nur trennt, sondern auch verbindet.

(Beifall)

Es ist wichtig, diese Geschichte richtig zu deuten. Wie ein guter westlicher Nachbar verkörperte Deutschland für Russen oft Europa, die europäische Kultur, das technische Denkvermögen und kaufmännisches Geschick. Nicht zufällig wurden früher alle Europäer in Russland Deutsche genannt, die europäische Siedlung in Moskau zum Beispiel „deutscher Vorort".

Natürlich war der kulturelle Einfluss beider Völker gegenseitig. Viele Generationen von Deutschen und Russen studierten und genießen auch heute Werke von Goethe, Dostojewskij und Leo Tolstoj. Unsere beiden Völker verstehen die Mentalität des jeweils anderen Volkes sehr gut. Ein gutes Beispiel dafür sind fabelhafte russische Übersetzungen deutscher Autoren. Diese sind sehr nahe an den Texten, erhalten den Rhythmus, die Stimmung und die

Schönheit der Originale. Boris Pasternaks Übersetzung des „Faust“ ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Meine Damen und Herren, in unserer gemeinsamen Geschichte hatten wir verschiedene Seiten, manchmal auch schmerzhafte, besonders im 20. Jahrhundert. Aber früher waren wir sehr oft Verbündete. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern wurden immer durch enge Abstimmung und durch die Dynastien unterstützt.

Überhaupt spielten Frauen in unserer Geschichte eine besondere Rolle.

(Heiterkeit und Beifall)

Erinnern Sie sich zum Beispiel an die Tochter Ludwigs IV., des Fürsten von Hessen-Darmstadt: Sie ist in Russland als Fürstin Elisabeth bekannt. Sie hatte ein wirklich tragisches Schicksal. Nach dem Mord an ihren Mann gründete sie ein Nonnenkloster. Während des Ersten Weltkrieges pflegte sie russische und deutsche Verletzte. Im Jahre 1918 wurde sie von Bolschewisten hingerichtet. Ihr galt eine allgemeine Verehrung. Vor kurzem wurde ihr Wirken anerkannt und sie wurde heilig gesprochen. Ein Denkmal für sie steht heute im Zentrum Moskaus.

Vergessen wir auch nicht die Prinzessin von Anhalt-Zerbst. Sie hieß Sophie Auguste Friederike. Sie leistete einen einzigartigen Beitrag zur russi-schen Geschichte. Einfache russische Menschen nannten sie Mutter. Aber in die Weltgeschichte ging sie als russische Zarin Katharina die Große ein.

Heutzutage ist Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner Russlands, unser bedeutsamster Gläubiger, einer der Hauptinvestoren und maßgeblicher außenpolitischer Gesprächspartner. Um ein Beispiel zu nennen: Im vorigen Jahr erreichte der Warenumsatz zwischen unseren Staaten die Rekordhöhe von 41,5 Milliarden DM. Das ist vergleichbar mit dem Gesamtwarenumsatz zwischen den beiden ehemaligen deutschen Staaten und der Sowjetunion. Ich glaube nicht, dass man sich damit zufrieden geben kann und hier Halt machen darf. Es bleibt noch genug Spielraum für die deutsch-russische Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich bin überzeugt: Wir schlagen heute eine neue Seite in der Geschichte unserer bilateralen Beziehungen auf und wir leisten damit unseren gemeinsamen Beitrag zum Aufbau des europäischen Hauses.

(Beifall)

Zum Schluss will ich die Aussagen, mit denen Deutschland und seine Hauptstadt vor einiger Zeit charakterisiert wurden, auf Russland beziehen: Wir sind natürlich am Anfang des Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft und einer Marktwirtschaft. Auf diesem Wege haben wir viele Hürden und Hindernisse zu überwinden. Aber abgesehen von den objektiven Problemen und trotz mancher - ganz aufrichtig und ehrlich gesagt - Ungeschicktheit schlägt unter allem das starke und lebendige Herz Russlands, welches für eine vollwertige Zusammenarbeit und Partnerschaft geöffnet ist.
Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall - Die Abgeordneten erheben sich)

(Schluss: 15.47 Uhr)

Putins Rede auf der Sicherheitskonferenz 2007[319]

Vielen Dank, verehrte Frau Kanzlerin, für die Einladung, an den Tisch der Konferenz, die Politiker, Militärs, Unternehmer und Experten aus mehr als 40 Ländern der Welt zusammengeführt hat.

Das Format der Konferenz gibt mir die Möglichkeit, der „übertriebenen Höflichkeit" zu entgehen, mit geschliffenen, angenehmen, aber leeren diplomatischen Worthülsen sprechen zu müssen. Das Format der Konferenz erlaubt, das zu sagen, was ich wirklich über die Probleme der internationalen Sicherheit denke. Und wenn meine Überlegungen meinen Kollegen allzu polemisch oder ungenau erscheinen, ärgern Sie sich bitte nicht über mich – es ist doch nur eine Konferenz. Und ich hoffe, dass nicht schon nach zwei, drei Minuten meines Auftrittes Herr Teltschik das „Rotlicht" aufleuchten lässt.

Also. Es ist bekannt, dass die Problematik der internationalen Sicherheit bedeutend breiter ist als die Fragen der militärpolitischen Stabilität. Dazu gehören die Beständigkeit der Weltwirtschaft, die Überwindung der Armut, die ökonomische Sicherheit und die Entwicklung des Dialogs zwischen den Zivilisationen.

Dieser allumfassende, unteilbare Charakter der Sicherheit drückt sich auch in seinem Grundprinzip aus: „Die Sicherheit des Einzelnen – das ist die Sicherheit aller". Wie sagte doch Franklin Roosevelt schon in den ersten Tagen des II. Weltkrieges: „Wo auch immer der Frieden gebrochen wird, ist er gleichzeitig überall bedroht und in Gefahr."

Diese Worte haben bis heute ihre Aktualität behalten. Davon zeugt übrigens auch das Thema unserer Konferenz, so wie es hier geschrieben steht: „Globale Krisen – globale Verantwortung".

319 https://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/170307-Die-Rede-Wladimir-Putins-bei-der-Muenchner-Sicherheitskonferenz-2007.pdf

Die monopolare Welt

Vor gerade einmal zwei Jahrzehnten war die Welt ideologische und wirtschaftlich zerbrochen, aber ihre Sicherheit garantierten die gewaltigen strategischen Potenziale zweier Supermächte.

Der globale Gegensatz schob äußerst drängende ökonomische und soziale Fragen an den Rand der internationalen Beziehungen und Tagesordnungen. Und wie jeder Krieg hinterließ uns auch der „kalte Krieg" – bildlich ausgedrückt – „Blindgänger". Ich meine damit ideologische Stereotypen, doppelte Standards, irgendwelche Schablonen des Blockdenkens.

Die nach dem „Kalten Krieg" vorgeschlagene monopolare Welt kam auch nicht zu Stande.

Die Menschheitsgeschichte kennt natürlich auch Perioden monopolaren Zustandes und des Strebens nach Weltherrschaft. Alles war schon mal da in der Geschichte der Menschheit. Aber was ist eigentlich eine monopolare Welt? Wie man diesen Terminus auch schmückt, am Ende bedeutet er praktisch nur eines: es gibt ein Zentrum der Macht, ein Zentrum der Stärke, ein Entscheidungs-Zentrum.

Es ist die Welt eines einzigen Hausherren, eines Souveräns. Und das ist am Ende nicht nur tödlich für alle, die sich innerhalb dieses Systems befinden, sondern auch für den Souverän selbst, weil es ihn von innen zerstört.

Das hat natürlich nichts mit Demokratie gemein. Weil Demokratie bekanntermaßen die Herrschaft der Mehrheit bedeutet, unter Berücksichtigung der Interessen und Meinungen der Minderheit.

Nebenbei gesagt, lehrt man uns - Russland – ständig Demokratie. Nur die, die uns lehren, haben selbst, aus irgendeinem Grund, keine rechte Lust zu lernen.

Ich denke, dass für die heutige Welt das monopolare Modell nicht nur ungeeignet, sondern überhaupt unmöglich ist. Nur nicht, weil für eine Einzel-Führerschaft in der heutigen, gerade in der heutigen, Welt weder die militärpolitischen, noch die

ökonomischen Ressourcen ausreichen. Aber was noch wichtiger ist – das Modell selbst erweist sich als nicht praktikabel, weil es selbst keine Basis hat und nicht die sittlich-moralische Basis der modernen Zivilisation sein kann.

"Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen"

Damit ist alles, was heute in der Welt geschieht - und wir fangen jetzt erst an, darüber zu diskutieren – eine Folge der Versuche, solch eine Konzeption der monopolaren Welt, in der Welt einzuführen.

Und mit welchem Ergebnis?

Einseitige, oft nicht legitime Handlungen haben nicht ein einziges Problem gelöst. Vielmehr waren sie Ausgangspunkt neuer menschlicher Tragödien und Spannungsherde. Urteilen Sie selbst: Die Kriege, die lokalen und regionalen Konflikte sind nicht weniger geworden. Herr Teltschik hat ganz leicht daran erinnert. Und es sterben nicht weniger Menschen bei diesen Konflikten als früher, sondern sogar mehr. Bedeutend mehr!

Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt –militärischer Gewalt - in den internationalen Beziehungen, einer Gewalt, welche eine Sturmflut aufeinander folgender Konflikte in der Welt auslöst. Im Ergebnis reichen dann nicht die Kräfte für eine komplexe Lösung wenigstens eines dieser Konflikte. Eine politische Lösung ist ebenfalls unmöglich.

Wir sehen eine immer stärkere Nichtbeachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts. Mehr noch – bestimmte Normen, ja eigentlich fast das gesamte Rechtssystem eines Staates, vor allem, natürlich, der Vereinigten Staaten, hat seine Grenzen in allen Sphären überschritten: sowohl in der Wirtschaft, der Politik und im humanitären Bereich wird es anderen Staaten übergestülpt. Nun, wem gefällt das schon?

In den internationalen Angelegenheiten begegnet man immer öfter dem Bestreben, die eine oder andere Frage ausgehend von einer so genannten politischen Zielgerichtetheit auf der Grundlage der gegenwärtigen politischen Konjunktur zu lösen.

Das ist allerdings äußerst gefährlich. Es führt dazu, dass sich schon niemand mehr in Sicherheit fühlt. Ich will das unterstreichen – niemand fühlt sich mehr sicher! Weil sich niemand mehr hinter dem Völkerrecht wie hinter einer schützenden Wand verstecken kann. Eine solche Politik erweist sich als Katalysator für das Wettrüsten.

Die Dominanz des Faktors Gewalt löst in einer Reihe von Ländern den Drang nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen aus. Mehr noch – es erschienen ganz neue Bedrohungen, die zwar früher schon bekannt waren, aber heute globalen Charakter annehmen, wie der Terrorismus.

Ich bin überzeugt, dass wir heute an einem Grenzpunkt angelangt sind, an dem wir ernsthaft über die gesamte Architektur der globalen Sicherheit nachdenken sollten.

Man muss ablassen von der Suche nach einer ausgeklügelten Balance der Interessen aller international handelnden Subjekte. Umso mehr, als sich gerade jetzt die „internationale Landschaft" so spürbar und so schnell ändert, und zwar auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung einer ganzen Reihe von Staaten und Regionen.

Die Frau Bundeskanzlerin hat schon darauf aufmerksam gemacht. So ist das summierte BIP Indiens und Chinas hinsichtlich der paritätischen Kaufkraft schon größer als das der USA. Das gleichermaßen berechnete BIP der BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien und China- übersteigt das BIP der EU. Nach Auffassung der Experten wird diese Entwicklung weiter anhalten.

Es besteht kein Zweifel, dass das wirtschaftliche Potenzial neuer Wachstumszentren auf der Welt unausweichlich auch in politischen Einfluss umschlägt und die Multipolarität stärkt.

In diesem Zusammenhang wächst auch ernsthaft die Rolle der mehrseitigen Diplomatie. Offenheit, Transparenz und

Berechenbarkeit sind in der Politik ohne Alternative, aber die Anwendung von Gewalt sollte eine ebenso ausgeschlossen sein, wie die Anwendung der Todesstrafe in den Rechtssystemen einiger Staaten.

Wir beobachten aber heute, im Gegenteil, dass Länder, in denen die Anwendung der Todesstrafe sogar gegenüber Mördern und anderen gefährlichen Verbrechern verboten ist, ungeachtet dessen man militärischen Aktionen teilnehmen, die schwerlich als legitim zu bezeichnen sind. Doch bei diesen Konflikten sterben Menschen – Hunderte, Tausende friedlicher Menschen!

Gleichzeitig stellt sich die Frage: Sollen wir etwa untätig und willenlos auf die verschiedenen inneren Konflikte in einzelnen Ländern starren, auf das Treiben autoritärer Regimes, von Tyrannen, auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen? Genau hierin lag das Wesen der Frage, die der Bundeskanzlerin von unserem verehrten Kollegen Lieberman gestellt wurde. Das ist tatsächlich eine ernsthafte Frage! Können wir unbeteiligt zusehen, was passiert? Natürlich nicht.

"Man darf die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen"

Aber haben wir die Mittel, um diesen Bedrohungen zu widerstehen? Natürlich haben wir sie. Wir brauchen uns nur an die jüngste Geschichte zu erinnern. Haben wir nicht in unserem Land einen friedlichen Übergang zur Demokratie vollzogen? Es hat doch eine friedliche Transformation des sowjetischen Regimes stattgefunden. Und was für eines Regimes! Mit welcher Menge an Waffen, darunter Kernwaffen! Warum muss man jetzt, bei jedem beliebigen Vorkommnis, bombardieren und schießen. Es kann doch nicht sein, dass es uns bei einem Verzicht auf die Androhung gegenseitiger Vernichtung an politischer Kultur und Achtung vor den Werten der Demokratie und des Rechts fehlt.

Ich bin überzeugt, dass der einzige Mechanismus zur Entscheidung über die Anwendung von Gewalt als letzte Maßnahme nur

die UN-Charta sein darf. In diesem Zusammenhang habe ich auch nicht verstanden, was kürzlich der Verteidigungsminister Italiens gesagt hat, oder er hat sich unklar ausgedrückt. Ich habe jedenfalls verstanden, dass die Anwendung von Gewalt nur dann als legitim gilt, wenn sie auf der Grundlage einer Entscheidung der NATO, der EU oder der UNO basiert. Wenn er das tatsächlich meint, dann haben wir verschiedene Standpunkte. Oder ich habe mich verhört. Legitim ist eine Anwendung von Gewalt nur dann zu nennen, wenn ihr ein UNO-Beschluss zu Grunde liegt. Und man darf die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen. Und wenn die UNO wirklich die Kräfte der internationalen Gemeinschaft vereint, die tatsächlich auf Ereignisse in einzelnen Staaten reagieren können, wenn wir uns von der Nichtbeachtung internationalen Rechts abkehren, dann kann sich die Situation ändern. Im anderen Fall gerät die Situation nur in eine Sackgasse und es häufen sich die schweren Fehler. Zugleich muss man erreichen, dass das Völkerrecht universalen Charakter erhält, sowohl im Verständnis, wie auch in der Anwendung der Normen.

Man darf nicht vergessen, dass demokratische Handlungen in der Politik unbedingt eine Diskussion und sorgfältige Ausarbeitung von Entscheidungen voraussetzt.

"Abrüstungs-Stau"

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die potenzielle Gefahr einer Destabilisierung der internationalen Beziehungen ist auch mit einem Abrüstungs-Stau verbunden.

Russland tritt für die Wiederaufnahme des Dialogs zu dieser wichtigen Frage ein.

Es ist wichtig, die Beständigkeit der völkerrechtlichen Basis für die Abrüstung zu sichern, gleichzeitig auch die Fortführung des Prozesses der Reduzierung der Kernwaffen zu gewährleisten.

Wir haben mit den USA den Abbau unserer strategischen Kernwaffenpotenziale auf 1700 – 2200 Sprengköpfe bis Ende 2012 vereinbart. Russland beabsichtigt, die übernommenen

Verpflichtungen streng einzuhalten. Wir hoffen, dass unsere Partner genauso transparent handeln und nicht für einen „schwarzen Tag" ein paar Hundert Sprechköpfe zurücklegen. Und wenn uns heute der neue Verteidigungsminister der USA erklärt, dass die Vereinigten Staaten diese überzähligen Sprengköpfe nicht in Lagern, nicht unter dem Kopfkissen und auch nicht unter der Bettdecke verstecken, dann schlage ich vor, dass sich alle erheben und stehend applaudieren. Das wäre eine sehr wichtige Erklärung.

Russland hält sich weiterhin streng, wie auch bisher, an die Verträge über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und die vielseitigen Kontrollregimes für Raketentechnologie. Die in diesen Dokumenten festgehaltenen Prinzipien tragen universellen Charakter.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass die UdSSR und die USA in den 80er Jahren einen Vertrag über die Liquidierung einer ganzen Klasse von Raketen geringer und mittlerer Reichweite unterzeichnet haben, aber einen universellen Charakter hat dieses Dokument nicht erhalten.

Heute haben schon eine Reihe Staaten solche Raketen: Die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Republik Korea, Indien, Iran, Pakistan, Israel. Viele andere Staaten der Welt projektieren solche Systeme und planen, sie mit Waffen zu bestücken. Nur die USA und Russland haben sich verpflichtet, keine solchen Waffensysteme zu bauen.

Klar, dass wir unter solchen Bedingungen über die Gewährleistung unserer eigenen Sicherheit nachdenken müssen.

Die Militarisierung des Weltalls

In Verbindung damit dürfen wir keine neuen destabilisierenden hochtechnologischen Waffenarten zulassen. Nicht zu reden von Maßnahmen zur Erschließung neuer Sphären der Konfrontation, vor allem im Kosmos. „Star Wars" sind bekanntermaßen längst keine Utopie mehr, sondern Realität. Schon Mitte der 80er Jahre (des vergangenen Jahrhunderts) haben unsere amerikanischen Partner in der Praxis einen ihrer eigenen Satelliten gekapert.

Die Militarisierung des Weltraums kann, nach Auffassung Russlands, für die Weltgemeinschaft unvorhersehbare Folgen provozieren – nicht weniger als zu Beginn der Kernwaffenära. Wir haben nicht nur einmal Initiativen vorgelegt, die auf den Verzicht auf Waffen im Kosmos gerichtet waren.

Ich möchte Sie heute darüber informieren, dass wir einen Vertragsentwurf über die Vermeidung einer Stationierung von Waffen im Weltraum vorbereitet haben. In der nächsten Zeit wird er allen Partnern als offizieller Vorschlag zugeleitet werden. Lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Uns beunruhigen auch Pläne zum Aufbau von Elementen eines Raketenabwehrsystems in Europa. Wer braucht eine neue Runde eines in diesem Falle unausweichlichen Wettrüstens? Ich zweifele zutiefst daran, dass es die Europäer selbst sind.

Über Raketenwaffen, die, um tatsächlich Europa gefährden können, eine Reichweite von 5000 – 8000 Kilometern haben müssen, verfügt keines dieser so genannten „Problemländer". Und in der absehbaren Zukunft werden sie auch keine haben, nicht einmal die Aussicht darauf. Selbst der hypothetische Start einer nordkoreanischen Rakete in Richtung des Territoriums der USA über Westeuropa hinweg, widerspricht allen Gesetzen der Ballistik. Wie man bei uns in Russland sagt, ist das so, „wie wenn man sich mit der linken Hand am rechten Ohr kratzt".

Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa

Weil ich gerade hier in Deutschland bin, kann ich nicht umhin, an den kritischen Zustand des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa zu erinnern.

Der adaptierte Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa wurde 1999 unterzeichnet. Er berücksichtigte die neue geopolitische Realität – die Liquidierung des Warschauer Paktes. Seither sind sieben Jahre vergangen, und nur vier Staaten haben dieses Dokument ratifiziert, darunter die Russische Föderation.

Die NATO-Länder haben offen erklärt, dass sie den Vertrag, einschließlich der Festlegungen über Begrenzungen bei der Stationierung einer bestimmten Stärke von Streitkräften an den Flanken, so lange nicht ratifizieren werden, bis Russland seine Basen in Moldawien und Georgien schließt. Aus Georgien ziehen unsere Truppen ab, sogar im Eiltempo. Diese Probleme haben wir mit unseren georgischen Kollegen geklärt, wie allen bekannt sein dürfte. In Moldawien verbleibt eine Gruppierung von anderthalb Tausend Wehrpflichtigen, die friedensfördernde Aufgaben erfüllen und Munitionslager bewachen, die noch aus Zeiten der UdSSR übrig geblieben sind. Wir sind ständig im Gespräch mit Herrn Solana über diese Probleme und er kennt unsere Position. Wir sind bereit, auch weiterhin in dieser Richtung zu arbeiten.

Die NATO-Erweiterung ist ein "provozierender Faktor"

Aber was geschieht zur selben Zeit? In Bulgarien und Rumänien entstehen so genannte leichte amerikanische Vorposten-Basen mit jeweils 5000 Mann. Das bedeutet, dass die NATO ihre Stoßkräfte immer dichter an unsere Staatsgrenzen heranbringt, und wir, die wir uns streng an den Vertrag halten, in keiner Weise auf dieses Vorgehen reagieren.

Ich denke, es ist offensichtlich, dass der Prozess der NATO-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hat. Im Gegenteil, das ist ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt. Nun haben wir das Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages gegeben haben? Wo sind jetzt diese Erklärungen? An sie erinnert man sich nicht einmal mehr. Doch ich erlaube mir, vor diesem Auditorium daran zu erinnern, was gesagt wurde. Ich möchte ein Zitat von einem Auftritt des Generalsekretärs der NATO, Herrn Wörner, am 17. Mai 1990 in Brüssel bringen. Damals sagte er: *„Schon der Fakt, dass wir bereit*

sind, die NATO-Streitkräfte nicht hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien." Wo sind diese Garantien?

Die Steine und Betonblocks der Berliner Mauer sind schon längst zu Souvenirs geworden. Aber man darf nicht vergessen, dass ihr Fall auch möglich wurde dank der historischen Wahl, auch unseres Volkes, des Volkes Russlands, eine Wahl zugunsten der Demokratie und Freiheit, der Offenheit und echten Partnerschaft mit allen Mitgliedern der großen europäischen Familie.

Jetzt versucht man, uns schon wieder neue Teilungslinien und Mauern aufzudrängen –wenn auch virtuelle, trotzdem trennende, die unseren gesamten Kontinent teilen. Soll es nun etwa wieder viele Jahre und Jahrzehnte dauern und den Wechsel von einigen Politiker-Generationen, um diese neuen Mauern zu „demontieren"?

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir treten eindeutig für die Festigung des Regimes der Nichtweiterverbreitung ein. Die bestehende völkerrechtliche Basis erlaubt es, eine Technologie zur Herstellung von Kernbrennstoff für friedliche Zwecke auszuarbeiten. Und viele Länder wollen auf dieser Grundlage eigene Kernenergie erzeugen als Basis ihrer energetischen Unabhängigkeit. Aber wir verstehen auch, dass diese Technologien schnell für den Erhalt waffenfähigen Materials transformiert werden können.

Das iranische Nuklearprogramm

Das ruft ernsthafte internationale Spannungen hervor. Das deutlichste Beispiel dafür ist die Situation um das iranische Atomprogramm. Wenn die internationale Gemeinschaft nicht eine kluge Entscheidung zur Lösung dieses Interessenkonflikts ausarbeitet, wird die Welt auch künftig von solchen destabilisierenden Krisen erschüttert werden, weil es mehr Schwellenländer gibt als den Iran, wie wir alle wissen. Wir werden immer wieder mit der

Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln konfrontiert werden.

Im vergangenen Jahr hat Russland eine Initiative zur Schaffung multinationaler Zentren zur Urananreicherung vorgelegt. Wir sind dafür offen, solche Zentren nicht nur in Russland zu schaffen, sondern auch in anderen Ländern, wo eine legitime friedliche Kernenergiepolitik existiert. Staaten, welche die Erzeugung von Atomenergie entwickeln wollen, könnten garantiert Brennstoff über die unmittelbare Beteiligung an der Arbeit dieser Zentren erhalten, unter strenger Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEO).

Mit dem russischen Vorschlag im Einklang stehen auch die jüngsten Initiativen des USA-Präsidenten George W. Bush. Ich meine, dass Russland und die USA objektiv und in gleichem Maße an einer Verschärfung des Regimes der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln und den Mitteln ihrer Erlangung interessiert sind. Gerade unsere Länder, die mit ihrem Kernwaffen- und Raketenpotenzial an der Spitze stehen, sollten sich auch an die Spitze stellen bei der Ausarbeitung neuer, härterer Maßnahmen bei der Nichtweiterverbreitung. Russland ist dazu bereit. Wir führen Konsultationen mit unseren amerikanischen Freunden.

Internationale Zusammenarbeit im Energie-Sektor

Insgesamt sollten wir über die Schaffung eines ganzen Systems politischer Hebel und ökonomischer Anreize reden, unter denen die Staaten interessiert sind, nicht eigene Möglichkeiten für Kernbrennstoff-Zyklen zu schaffen, und trotzdem die Gelegenheit hätten, die Kernenergie für die Stärkung ihres Energiepotenzials zu nutzen.

In diesem Zusammenhang verweile ich etwas länger bei der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich. Die Frau Bundeskanzlerin hat ebenfalls kurz zu diesem Thema gesprochen. Im Energiebereich orientiert sich Russland auf die Schaffung von für alle einheitlichen Marktprinzipien und transparenter

Bedingungen. Es ist offensichtlich, dass der Preis für Energieträger sich dem Markt anpassen muss und nicht zum Spielball politischer Spekulationen, ökonomischen Drucks oder von Erpressung sein darf.

Wir sind offen für Zusammenarbeit. Ausländische Unternehmen beteiligen sich an unseren größten Projekten zur Energiegewinnung. Nach unterschiedlichen Einschätzungen entfallen bis zu 26 Prozent des in Russland geförderten Erdöls - merken Sie sich bitte diese Zahl! – auf ausländisches Kapital. Versuchen Sie bitte, mir ein Beispiel von einer ähnlich breiten Beteiligung russischer Unternehmen an Schlüsselbereichen der Wirtschaft westlicher Staaten zu nennen. Es gibt keine!

Ich erinnere auch an das Verhältnis von Investitionen, die nach Russland kommen, und jener, die aus Russland in andere Länder auf der Welt gehen. Dieses Verhältnis ist etwa 15:1. Hier haben Sie ein leuchtendes Beispiel für die Offenheit und Stabilität der russischen Wirtschaft.

Russland und die Welthandelsorganisation (WTO)

Wirtschaftliche Sicherheit, das ist die Sphäre, in der sich alle an einheitliche Prinzipien halten müssen. Wir sind bereit, ehrlich zu konkurrieren.

Dafür hat die russische Wirtschaft immer mehr Möglichkeiten. Das schätzen auch die Analysten und unsere ausländischen Partner ebenso ein. So wurde erst kürzlich das Rating Russland in der OECD erhöht: aus der vierten Risikogruppe stieg unser Land in die dritte Gruppe auf. Ich möchte hier und heute in München die Gelegenheit nutzen, unseren deutschen Kollegen für die Zusammenarbeit bei der der genannten Entscheidung danken.

Weiter. Wie Sie wissen, ist der Prozess der Einbindung Russlands in die WTO in der Endphase. Ich stelle fest, dass wir im Laufe langer, schwieriger Verhandlungen nicht ein Wort über die Freiheit des Wortes, über Handelsfreiheit, Chancengleichheit

gehört haben, sondern ausschließlich zu unserem, dem russischen Markt.

Noch zu einem anderen wichtigen Thema, das unmittelbar die globale Sicherheit beeinflusst. Heute reden viele von dem Kampf gegen die Armut. Aber was passiert denn wirklich? Einerseits werden für die Hilfsprogramme zugunsten der ärmsten Länder Finanzmittel zur Verfügung gestellt, und nicht einmal geringe. Aber ganz ehrlich, auch das wissen viele, ist es so, dass sich Unternehmen der Geber-Länder dieses Geld „aneignen". Zur selben Zeit werden andererseits in den entwickelten Ländern die Subventionen in der Landwirtschaft aufrechterhalten, wodurch für andere der Zugang zur Hochtechnologie begrenzt wird.

Nennen wir die Dinge doch beim Namen: Mit der einen Hand wird „wohltätige Hilfe" geleistet, aber mit der anderen wird nicht nur die wirtschaftliche Rückständigkeit konserviert, sondern auch noch Profit gescheffelt. Die entstehenden sozialen Spannungen in solchen depressiven Regionen führen unausweichlich zum Anwachsen des Radikalismus und Extremismus, nähren den Terrorismus und lokale Konflikte. Aber wenn das zudem noch, sagen wir, im Nahen Osten geschieht, unter den Bedingungen eines zugespitzten Verständnisses der äußeren Welt als einer ungerechten, dann entsteht das Risiko einer globalen Destabilisierung.

Es ist klar, dass die führenden Länder der Erde die Gefahr sehen müssen. Und dementsprechend ein demokratischeres, gerechteres System der wirtschaftlichen Beziehungen in der Welt schaffen müssen – ein System, dass allen die Chance und die Möglichkeit der Entwicklung geben muss.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Bei einem Auftritt auf der Sicherheitskonferenz darf man nicht mit Schweigen das Wirken der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übergehen. Sie wurde bekanntermaßen gegründet, um alle – ich unterstreiche alle – Aspekte der

Sicherheit zu überprüfen: den militärpolitischen, den ökonomischen, den humanitären – und dabei alle in ihrem Zusammenhang.

Was sehen wir heute in der Praxis? Wir sehen, dass dieses Gleichgewicht klar gestört ist. Es wird versucht, die OSZE in ein vulgäres Instrument der Absicherung außenpolitischer Interessen der einen oder anderen Staatengruppe gegenüber anderen Staaten zu verwandeln. Dieser Aufgabe wurde auch der bürokratische Apparat der OSZE untergeordnet, der überhaupt nicht mit den Teilnehmerländern verbunden ist. Dieser Aufgabe untergeordnet wurden auch die Prozeduren für die Annahme von Entscheidungen und die Ausnutzung so genannter „Nicht-Regierungs-Organisationen". Ja, sie sind formal unabhängig, werden aber zielgerichtet finanziert, das heißt kontrolliert.

Entsprechend den allgemein gültigen Dokumenten, ist die OSZE aufgerufen, mit den Mitgliedsländern, auf deren Bitte hin, bei der Überwachung der Einhaltung internationaler Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte zusammenzuarbeiten. Das ist eine wichtige Aufgabe, die wir unterstützen. Aber das bedeutet keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und erst recht nicht, diesen Staaten aufzudrängen, wie sie zu leben und sich zu entwickeln haben.

Es ist klar, dass eine solche Einmischung nicht dem Reifen von wirklich demokratischen Staaten dient. Im Gegenteil, es macht sie abhängig, und im Ergebnis dessen politisch und wirtschaftlich instabil.

Wir erwarten, dass die OSZE sich von ihren unmittelbaren Aufgaben leiten lässt und ihre Beziehungen mit den souveränen Staaten auf der Grundlage der Achtung, des Vertrauens und der Transparenz gestaltet.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Abschluss möchte ich Folgendes bemerken. Wir hören sehr oft, auch ich persönlich, von unseren Partnern, auch den europäischen, den Aufruf an Russland, eine noch aktivere Rolle in den Angelegenheiten der Welt zu spielen.

In diesem Zusammenhang gestatte ich mir eine kleine Anmerkung. Man muss uns kaum dazu ermuntern oder drängen. Russland ist ein Land mit einer mehr als tausendjährigen Geschichte und fast immer hatte es das Privileg, eine unabhängige Außenpolitik führen zu können.

Wir werden an dieser Tradition auch heute nichts ändern. Dabei sehen wir sehr genau, wie sich die Welt verändert hat, schätzen realistisch unsere eigenen Möglichkeiten und unser Potenzial ein. Und natürlich möchten wir gerne mit verantwortungsvollen und ebenfalls selbstständigen Partnern zusammenarbeiten am Aufbau einer gerechten und demokratischen Welt, in der Sicherheit und Aufblühen nicht nur für Auserwählte, sondern für alle gewährleistet ist.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Putins Rede vom 24. Februar 2022

Botschaft des Präsidenten der Russischen Föderation

Liebe Bürger Russlands! Liebe Freunde!

Heute halte ich es erneut für notwendig, auf die tragischen Ereignisse im Donbass und die Schlüsselfragen der Gewährleistung der Sicherheit Russlands selbst zurückzukommen.

Lassen Sie mich mit dem beginnen, was ich in meiner Ansprache vom 21. Februar dieses Jahres gesagt habe. Wir sprechen über das, was uns besondere Sorge und Angst bereitet, über jene grundlegenden Bedrohungen, die Jahr für Jahr, Schritt für Schritt, grob und ohne Umschweife von verantwortungslosen Politikern im Westen in Bezug auf unser Land geschaffen werden. Ich meine die Erweiterung des NATO-Blocks nach Osten, wodurch seine militärische Infrastruktur näher an die russischen Grenzen herangeführt wird.

Es ist bekannt, dass wir uns seit 30 Jahren beharrlich und geduldig bemüht haben, mit den führenden NATO-Staaten eine Einigung über die Grundsätze gleicher und unteilbarer Sicherheit in Europa zu erzielen. Als Reaktion auf unsere Vorschläge wurden wir ständig entweder mit zynischen Täuschungen und Lügen oder mit Druck- und Erpressungsversuchen konfrontiert, während sich die Nordatlantische Allianz inzwischen trotz aller Proteste und Bedenken stetig ausdehnt. Die Militärmaschinerie bewegt sich und nähert sich, ich wiederhole, unseren Grenzen.

Warum passiert das alles? Woher kommt diese unverschämte Art, aus der Position der eigenen Exklusivität, Unfehlbarkeit und Freizügigkeit zu sprechen? Woher kommt die geringschätzige, geringschätzige Haltung gegenüber unseren Interessen und absolut berechtigten Forderungen? Die Antwort ist klar, alles ist klar und offensichtlich. Die Sowjetunion wurde Ende der 80er Jahre des

letzten Jahrhunderts geschwächt und brach dann vollständig zusammen. Der ganze damalige Ablauf ist auch für uns heute eine gute Lehre, die überzeugend gezeigt hat, dass die Lähmung von Macht und Willen der erste Schritt zur völligen Erniedrigung und Vergessenheit ist. Sobald wir für einige Zeit das Vertrauen in uns selbst verloren haben, und das war's, stellte sich heraus, dass das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt gestört war.

Dies hat dazu geführt, dass die früheren Verträge und Vereinbarungen nicht mehr gelten. Überreden und Bitten helfen nicht. Alles, was dem Hegemon, den Machthabern nicht passt, wird für archaisch, obsolet, unnötig erklärt. Und umgekehrt: Alles, was ihnen förderlich erscheint, wird als letzte Wahrheit dargestellt, um jeden Preis, rüpelhaft, mit allen Mitteln durchgesetzt. Dissidenten wird das Knie gebrochen.

Worüber ich jetzt spreche, betrifft nicht nur Russland und nicht nur uns. Dies gilt für das gesamte System der internationalen Beziehungen und manchmal sogar für die Verbündeten der USA selbst. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR begann tatsächlich die Neuaufteilung der Welt, und die bis dahin entstandenen Normen des Völkerrechts - und die wichtigsten, grundlegenden - wurden am Ende des Zweiten Weltkriegs verabschiedet und konsolidierten seine Ergebnisse weitgehend - fing an, sich bei denen einzumischen, die sich zum Sieger des Kalten Krieges erklärten.

Natürlich war es im praktischen Leben, in den internationalen Beziehungen, bei den Regeln für ihre Regulierung notwendig, Änderungen der Weltlage und des Kräfteverhältnisses selbst zu berücksichtigen. Dies hätte jedoch professionell, reibungslos und geduldig erfolgen müssen, wobei die Interessen aller Länder berücksichtigt und respektiert und unsere Verantwortung verstanden worden sein sollten. Aber nein – ein Zustand der Euphorie aus absoluter Überlegenheit, einer Art moderner Form des Absolutismus, und das sogar vor dem Hintergrund einer niedrigen Allgemeinkultur und Arroganz derer, die Entscheidungen vorbereitet, getroffen und durchgesetzt haben, die nur für sie selbst vorteilhaft waren. Die Situation begann sich nach einem anderen Szenario zu entwickeln.

Sie müssen nicht lange nach Beispielen suchen. Erstens führten sie ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates eine blutige Militäroperation gegen Belgrad durch, wobei sie Flugzeuge und Raketen direkt im Zentrum Europas einsetzten. Mehrere Wochen ununterbrochene Bombardierung ziviler Städte auf lebenserhaltende Infrastruktur. Wir müssen an diese Tatsachen erinnern, sonst erinnern sich einige westliche Kollegen nicht gerne an diese Ereignisse, und wenn wir darüber sprechen, ziehen sie es vor, nicht auf die Normen des Völkerrechts hinzuweisen, sondern auf die Umstände, die sie nach eigenem Ermessen interpretieren.

Dann kamen der Irak, Libyen, Syrien an die Reihe. Der unrechtmäßige Einsatz militärischer Gewalt gegen Libyen, die Perversion aller Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates in der Libyen-Frage führten zur vollständigen Zerstörung des Staates, zur Entstehung einer riesigen Brutstätte des internationalen Terrorismus und zum Absturz des Landes in eine humanitäre Katastrophe, die seit vielen Jahren nicht mehr aufhört: Bürgerkrieg. Die Tragödie, die Hunderttausende, Millionen Menschen nicht nur in Libyen, sondern in der gesamten Region zum Scheitern verurteilte, führte zu einem massiven Migrationsexodus aus Nordafrika und dem Nahen Osten nach Europa.

Ein ähnliches Schicksal wurde Syrien bereitet. Der Kampf der westlichen Koalition auf dem Territorium dieses Landes ohne die Zustimmung der syrischen Regierung und die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates ist nichts als Aggression, Intervention.

Einen besonderen Platz in dieser Reihe nimmt aber natürlich der Einmarsch in den Irak ein, ebenfalls ohne rechtliche Grundlage. Als Vorwand wählten sie verlässliche Informationen, die angeblich den Vereinigten Staaten über das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak zur Verfügung standen. Als Beweis dafür schüttelte der US-Außenminister öffentlich vor der ganzen Welt eine Art Reagenzglas mit weißem Pulver und versicherte allen, dass dies die chemische Waffe sei, die im Irak entwickelt werde. Und dann stellte sich heraus, dass das alles ein Schwindel war, ein Bluff: Im Irak gibt es keine Chemiewaffen. Unglaublich, überraschend, aber Tatsache bleibt. Es gab Lügen auf

höchster staatlicher Ebene und von der hohen Tribüne der UNO. Und als Ergebnis - riesige Verluste, Zerstörung, eine unglaubliche Terrorwelle.

Generell hat man den Eindruck, dass praktisch überall, in vielen Regionen der Welt, wo der Westen seine eigene Ordnung aufbaut, blutige, nicht verheilte Wunden, Geschwüre des internationalen Terrorismus und Extremismus das Ergebnis sind. Alles, was ich gesagt habe, ist das ungeheuerlichste, aber keineswegs das einzige Beispiel für die Missachtung des Völkerrechts.

In dieser Serie und verspricht unserem Land, die NATO nicht um einen Zoll nach Osten zu erweitern. Ich wiederhole - sie haben mich getäuscht, aber im Volksmund haben sie es einfach weggeworfen. Ja, Politik ist ein schmutziges Geschäft, hört man oft. Vielleicht, aber nicht im gleichen Maße, nicht im gleichen Maße. Schließlich widerspricht ein solches Betrugsverhalten nicht nur den Grundsätzen der internationalen Beziehungen, sondern vor allem den allgemein anerkannten Normen der Moral und Moral. Wo ist hier Gerechtigkeit und Wahrheit? Nur ein Haufen Lügen und Heuchelei.

Übrigens schreiben und sprechen amerikanische Politiker, Politikwissenschaftler und Journalisten selbst darüber, dass in den letzten Jahren innerhalb der Vereinigten Staaten ein wahres „Imperium der Lügen" geschaffen wurde. Es ist schwer, dem zu widersprechen - es ist wahr. Aber seien Sie nicht bescheiden: Die Vereinigten Staaten sind immer noch ein großes Land, eine systembildende Macht. Alle ihre Satelliten stimmen nicht nur resigniert und pflichtbewusst zu, singen ihr aus irgendeinem Grund mit, sondern kopieren auch ihr Verhalten, akzeptieren begeistert die Regeln, die er vorschlägt. Daher können wir mit gutem Grund zuversichtlich sagen, dass der gesamte sogenannte westliche Block, der von den Vereinigten Staaten nach ihrem eigenen Bild und Gleichnis gebildet wurde, allesamt das „Reich der Lügen" ist.

Was unser Land betrifft, so haben sie es nach dem Zusammenbruch der UdSSR mit all der beispiellosen Offenheit des neuen modernen Russlands, der Bereitschaft, ehrlich mit den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Partnern

zusammenzuarbeiten, und unter den Bedingungen einer praktisch einseitigen Abrüstung sofort versucht zieh den Druck an, mach Schluss und zerstöre uns vollständig. Genau das geschah in den 90er Jahren, Anfang der 2000er Jahre, als der sogenannte kollektive Westen Separatismus und Söldnerbanden in Südrussland am aktivsten unterstützte. Welche Opfer, welche Verluste hat uns all dies damals gekostet, welche Prüfungen mussten wir bestehen, bevor wir dem internationalen Terrorismus im Kaukasus endgültig das Rückgrat brachen. Daran erinnern wir uns und werden es nie vergessen.

Ja, in der Tat haben die Versuche bis vor kurzem nicht aufgehört, uns für ihre eigenen Interessen zu nutzen, unsere traditionellen Werte zu zerstören und uns ihre Pseudowerte aufzuzwingen, die uns, unser Volk, diese Einstellungen von innen zersetzen würden die sie bereits aggressiv in ihren Ländern anpflanzen und die direkt zu Erniedrigung und Degeneration führen, weil sie der Natur des Menschen widersprechen. Es wird nicht passieren, niemand hat es jemals getan. Das geht jetzt auch nicht.

Trotz allem haben wir im Dezember 2021 erneut den Versuch unternommen, uns mit den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten über die Grundsätze zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa und über die Nichterweiterung der NATO zu einigen. Alles ist vergebens. Die US-Position ändert sich nicht. Sie halten es nicht für notwendig, mit Russland über diese für uns zentrale Frage zu verhandeln, sie verfolgen ihre eigenen Ziele, sie vernachlässigen unsere Interessen.

Und natürlich haben wir in dieser Situation eine Frage: Was ist als nächstes zu tun, was erwartet uns? Aus der Geschichte wissen wir gut, wie die Sowjetunion in den 1940er und frühen 1941er Jahren mit allen Mitteln versuchte, den Kriegsausbruch zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Zu diesem Zweck versuchte er unter anderem buchstäblich bis zuletzt, einen potentiellen Angreifer nicht zu provozieren, unterließ oder verschob die notwendigsten, naheliegendsten Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Abwehr eines unvermeidlichen Angriffs. Und die Schritte, die am

Ende dennoch unternommen wurden, kamen mit katastrophaler Verspätung.

Infolgedessen war das Land nicht bereit, dem Einmarsch Nazideutschlands, das unser Mutterland am 22. Juni 1941 angriff, ohne den Krieg zu erklären, vollständig zu begegnen. Der Feind wurde gestoppt und dann niedergeschlagen, aber zu einem kolossalen Preis. Ein Versuch, den Angreifer am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges zu besänftigen, erwies sich als Fehler, der unser Volk teuer zu stehen kam. In den ersten Monaten der Feindseligkeiten haben wir riesige, strategisch wichtige Gebiete und Millionen von Menschen verloren. Das zweite Mal werden wir einen solchen Fehler nicht zulassen, wir haben kein Recht.

Diejenigen, die öffentlich ungestraft die Weltherrschaft beanspruchen und, ich betone, ohne jeden Grund, erklären uns, Russland, zu ihrem Feind. Tatsächlich verfügen sie heute über große finanzielle, wissenschaftliche, technologische und militärische Fähigkeiten. Wir sind uns dessen bewusst und schätzen objektiv die Bedrohungen ein, die im Wirtschaftsbereich ständig an uns gerichtet werden, sowie unsere Fähigkeit, dieser unverschämten und permanenten Erpressung zu widerstehen. Ich wiederhole, wir bewerten sie ohne Illusionen, äußerst realistisch.

Was den militärischen Bereich betrifft, so ist das moderne Russland auch nach dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Verlust eines erheblichen Teils ihres Potenzials heute eine der mächtigsten Atommächte der Welt und hat darüber hinaus gewisse Vorteile in einer Reihe von die neuesten Waffentypen. In dieser Hinsicht sollte niemand daran zweifeln, dass ein direkter Angriff auf unser Land zu einer Niederlage und schlimmen Folgen für jeden potenziellen Angreifer führen wird.

Gleichzeitig verändern sich Technologien, einschließlich Verteidigungstechnologien, schnell. Die Führung in diesem Bereich vergeht und wird weiterhin den Besitzer wechseln, aber die militärische Entwicklung der an unsere Grenzen angrenzenden Gebiete wird, wenn wir es zulassen, für die kommenden Jahrzehnte und vielleicht für immer bestehen bleiben und ein ständig wachsendes, absolut schaffen inakzeptable Drohung für Russland.

Auch jetzt, da die NATO nach Osten erweitert wird, wird die Situation für unser Land von Jahr zu Jahr schlimmer und gefährlicher. Darüber hinaus hat die Führung der NATO in den letzten Tagen offen über die Notwendigkeit gesprochen, den Vormarsch der Infrastruktur des Bündnisses bis an die Grenzen Russlands zu beschleunigen und zu beschleunigen. Mit anderen Worten, sie verhärten ihre Position. Wir können nicht länger nur beobachten, was passiert. Es wäre absolut unverantwortlich von unserer Seite.

Der weitere Ausbau der Infrastruktur der Nordatlantischen Allianz, die begonnene militärische Erschließung der Gebiete der Ukraine ist für uns nicht hinnehmbar. Der Punkt ist natürlich nicht die NATO-Organisation selbst – sie ist nur ein Instrument der US-Außenpolitik. Das Problem ist, dass in den an uns angrenzenden Gebieten, ich möchte darauf hinweisen, in unseren eigenen historischen Gebieten ein uns feindlich gesinntes „Anti-Russland" geschaffen wird, das unter vollständiger externer Kontrolle steht und von den Streitkräften intensiv besiedelt wird der NATO-Staaten und ist mit modernsten Waffen ausgestattet.

Für die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ist dies die sogenannte Politik der Eindämmung Russlands, eine offensichtliche geopolitische Dividende. Und für unser Land geht es letztlich um Leben und Tod, um unsere historische Zukunft als Volk. Und das ist keine Übertreibung – es ist wahr. Dies ist eine echte Bedrohung nicht nur unserer Interessen, sondern der Existenz unseres Staates, seiner Souveränität. Dies ist die sehr rote Linie, über die schon oft gesprochen wurde. Sie gingen an ihr vorbei.

In diesem Zusammenhang und über die Situation im Donbass. Wir sehen, dass die Kräfte, die 2014 einen Staatsstreich in der Ukraine durchgeführt haben, die Macht ergriffen haben und sie mit Hilfe von eigentlich dekorativen Wahlverfahren halten, die friedliche Beilegung des Konflikts endgültig aufgegeben haben. Acht Jahre lang, acht endlos lange Jahre, haben wir alles getan, um die Situation mit friedlichen, politischen Mitteln zu lösen. Alles vergebens.

Wie ich in meiner vorherigen Ansprache sagte, kann man das, was dort passiert, nicht ohne Mitgefühl betrachten. Das alles war einfach nicht auszuhalten. Es war notwendig, diesen Albtraum sofort zu stoppen - den Völkermord an den Millionen von Menschen, die dort leben, die sich nur auf Russland verlassen, nur auf uns hoffen. Es waren diese Bestrebungen, Gefühle und Schmerzen der Menschen, die für uns das Hauptmotiv für die Entscheidung waren, die Volksrepubliken Donbass anzuerkennen.

Was ich für wichtig halte, muss weiter betont werden. Um ihre eigenen Ziele zu erreichen, unterstützen die führenden NATO-Staaten die extremen Nationalisten und Neonazis in der Ukraine in allem, die ihrerseits den Bewohnern der Krim und Sewastopols ihre freie Wahl - die Wiedervereinigung mit Russland - niemals verzeihen werden.

Sie werden natürlich auf die Krim klettern und genau wie im Donbass mit einem Krieg, um als Bestrafer der Banden ukrainischer Nationalisten Hitlers Komplizen zu töten, die während des Großen Vaterländischen Krieges wehrlose Menschen getötet haben. Sie erklären offen, dass sie Anspruch auf eine Reihe anderer russischer Gebiete erheben.

Der gesamte Verlauf der Ereignisse und die Analyse der eingehenden Informationen zeigen, dass Russlands Zusammenstoß mit diesen Kräften unvermeidlich ist. Es ist nur eine Frage der Zeit: Sie bereiten sich vor, sie warten auf den richtigen Zeitpunkt. Jetzt behaupten sie auch, Atomwaffen zu besitzen. Wir werden dies nicht zulassen.

Wie ich bereits sagte, akzeptierte Russland nach dem Zusammenbruch der UdSSR neue geopolitische Realitäten. Wir respektieren und werden weiterhin alle neu gegründeten Länder im postsowjetischen Raum mit Respekt behandeln. Wir respektieren und werden ihre Souveränität weiterhin respektieren, und ein Beispiel dafür ist die Unterstützung, die wir Kasachstan geleistet haben, das mit tragischen Ereignissen konfrontiert war und seine Staatlichkeit und Integrität in Frage stellte. Aber Russland kann sich nicht sicher fühlen, sich entwickeln, mit einer ständigen

Bedrohung existieren, die vom Territorium der modernen Ukraine ausgeht.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir in den Jahren 2000-2005 Terroristen im Kaukasus militärisch zurückgewiesen, die Integrität unseres Staates verteidigt und Russland gerettet haben. 2014 unterstützten sie die Bewohner der Krim und Sewastopols. Im Jahr 2015 errichteten die Streitkräfte eine zuverlässige Barriere gegen das Eindringen von Terroristen aus Syrien nach Russland. Wir hatten keine andere Möglichkeit, uns zu schützen.

Dasselbe passiert jetzt. Ihnen und mir blieb einfach keine andere Gelegenheit, Russland, unser Volk, zu schützen, als die, die wir heute nutzen müssen. Die Umstände erfordern von uns ein entschlossenes und sofortiges Handeln. Die Volksrepubliken Donbass wandten sich mit der Bitte um Hilfe an Russland.

In diesem Zusammenhang, in Übereinstimmung mit Artikel 51 des Teils 7 der UN-Charta, mit Zustimmung des Föderationsrates von Russland und in Übereinstimmung mit den Freundschafts- und gegenseitigen Beistandsverträgen, die von der Bundesversammlung am 22. Februar dieses Jahres mit Donezk ratifiziert wurden Volksrepublik und der Volksrepublik Luhansk habe ich beschlossen, eine spezielle Militäroperation durchzuführen.

Ihr Ziel ist es, Menschen zu schützen, die seit acht Jahren Mobbing und Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt sind. Und dafür werden wir uns für die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine einsetzen und diejenigen vor Gericht stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen Zivilisten, einschließlich Bürger der Russischen Föderation, begangen haben.

Gleichzeitig beinhalten unsere Pläne nicht die Besetzung ukrainischer Gebiete. Wir werden niemandem etwas mit Gewalt aufzwingen. Gleichzeitig hören wir, dass in letzter Zeit im Westen immer mehr Worte laut werden, dass die vom totalitären Sowjetregime unterzeichneten Dokumente, die die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs festigen, nicht länger ausgeführt werden sollten. Nun, was ist die Antwort darauf?

Die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs sowie die Opfer, die unser Volk auf dem Altar des Sieges über den Nationalsozialismus gebracht hat, sind heilig. Dies widerspricht jedoch nicht den hohen Werten der Menschenrechte und Freiheiten, basierend auf den Realitäten, die sich heute in all den Nachkriegsjahrzehnten entwickelt haben. Es hebt auch nicht das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung auf, das in Artikel 1 der UN-Charta verankert ist.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass weder während der Gründung der UdSSR noch nach dem Zweiten Weltkrieg die Menschen, die in bestimmten Gebieten leben, die Teil der modernen Ukraine sind, jemals gefragt wurden, wie sie selbst ihr Leben gestalten möchten. Unsere Politik basiert auf Freiheit, der Entscheidungsfreiheit für jeden, seine eigene Zukunft und die Zukunft seiner Kinder selbst zu bestimmen. Und wir halten es für wichtig, dass dieses Recht – das Wahlrecht – von allen Völkern genutzt werden kann, die auf dem Territorium der heutigen Ukraine leben, von jedem, der es möchte.

In diesem Zusammenhang appelliere ich an die Bürger der Ukraine. Russland war 2014 verpflichtet, die Bewohner der Krim und Sewastopols vor denen zu schützen, die Sie selbst „Nazis" nennen. Die Bewohner der Krim und Sewastopols haben sich entschieden, bei ihrer historischen Heimat, bei Russland zu bleiben, und wir haben dies unterstützt. Ich wiederhole, wir konnten einfach nicht anders.

Die heutigen Ereignisse sind nicht mit dem Wunsch verbunden, die Interessen der Ukraine und des ukrainischen Volkes zu verletzen. Sie sind mit dem Schutz Russlands selbst vor denen verbunden, die die Ukraine als Geisel genommen haben und versuchen, sie gegen unser Land und sein Volk einzusetzen.

Ich wiederhole, unsere Handlungen sind Selbstverteidigung gegen die Bedrohungen, die für uns geschaffen werden, und gegen eine noch größere Katastrophe als das, was heute passiert. Egal wie schwierig es auch sein mag, ich bitte Sie, dies zu verstehen und zur Zusammenarbeit aufzurufen, um diese tragische Seite so schnell wie möglich umzuschlagen und gemeinsam

voranzukommen, um niemandem zu erlauben, sich in unsere Angelegenheiten, in unsere Beziehungen einzumischen, sondern um sie aus eigener Kraft aufzubauen, damit sie die notwendigen Voraussetzungen zur Überwindung aller Probleme schafft und uns trotz vorhandener Staatsgrenzen insgesamt von innen stärken würde. Daran glaube ich – darin liegt unsere Zukunft.

Ich sollte auch an das Militärpersonal der Streitkräfte der Ukraine appellieren.

Liebe Kameraden! Ihre Väter, Großväter, Urgroßväter haben nicht gegen die Nazis gekämpft und unser gemeinsames Vaterland verteidigt, sodass die heutigen Neonazis die Macht in der Ukraine ergriffen haben. Sie haben dem ukrainischen Volk Treue geschworen und nicht der volksfeindlichen Junta, die die Ukraine plündert und eben diese Leute verspottet.

Folgen Sie nicht ihren kriminellen Befehlen. Ich fordere Sie auf, sofort Ihre Waffen niederzulegen und nach Hause zu gehen. Lassen Sie mich erklären: Alle Soldaten der ukrainischen Armee, die diese Anforderung erfüllen, können das Kampfgebiet ungehindert verlassen und zu ihren Familien zurückkehren.

Noch einmal betone ich nachdrücklich: Jegliche Verantwortung für mögliches Blutvergießen wird ausschließlich auf dem Gewissen des Regimes liegen, das auf dem Territorium der Ukraine herrscht.

Nun ein paar wichtige, sehr wichtige Worte für diejenigen, die versucht sein könnten, in laufende Ereignisse einzugreifen. Wer auch immer versucht, uns zu behindern und noch mehr, Bedrohungen für unser Land, für unser Volk zu schaffen, sollte wissen, dass Russlands Reaktion sofort erfolgen und Sie zu Konsequenzen führen wird, die Sie in Ihrer Geschichte noch nie erlebt haben. Wir sind bereit für jede Entwicklung von Ereignissen. Alle diesbezüglich notwendigen Entscheidungen wurden getroffen. Ich hoffe, dass ich gehört werde.

Liebe Bürger Russlands!

Das Wohlergehen, die Existenz ganzer Staaten und Völker, ihr Erfolg und ihre Lebensfähigkeit entspringen immer dem

mächtigen Wurzelsystem ihrer Kultur und Werte, Erfahrungen und Traditionen ihrer Vorfahren und hängen natürlich direkt von der Fähigkeit ab, sich schnell anzupassen ein sich ständig verändernde Leben, auf den Zusammenhalt der Gesellschaft, ihre Bereitschaft, sich zu festigen, alle Kräfte zu bündeln, um voranzukommen.

Kräfte werden immer gebraucht – immer, aber Stärke kann von unterschiedlicher Qualität sein. Im Mittelpunkt der Politik des „Lügenreichs", von der er zu Beginn seiner Rede sprach, steht vor allem brachiale, schnörkellose Gewalt. In solchen Fällen sagen wir: "Es gibt Kraft, Verstand wird nicht benötigt."

Und Sie und ich wissen, dass die wahre Stärke in Gerechtigkeit und Wahrheit liegt, die auf unserer Seite sind. Und wenn dem so ist, dann ist es schwer zu bestreiten, dass es die Kraft und die Kampfbereitschaft sind, die der Unabhängigkeit und Souveränität zugrunde liegen, das notwendige Fundament sind, auf dem Sie nur zuverlässig Ihre Zukunft bauen können, Ihr Zuhause, Ihre Familie , deine Heimat.

Ich bin zuversichtlich, dass die Soldaten und Offiziere der russischen Streitkräfte, die ihrem Land ergeben sind, ihre Pflicht professionell und mutig erfüllen werden. Ich habe keinen Zweifel daran, dass alle Regierungsebenen, die für die Stabilität unserer Wirtschaft, des Finanzsystems, des sozialen Bereichs verantwortlichen Spezialisten, die Leiter unserer Unternehmen und alle russischen Unternehmen koordiniert und effizient handeln werden. Ich zähle auf eine gefestigte, patriotische Haltung aller parlamentarischen Parteien und öffentlichen Kräfte.

Letztendlich liegt das Schicksal Russlands, wie immer in der Geschichte, in den zuverlässigen Händen unseres multinationalen Volkes. Und das bedeutet, dass die getroffenen Entscheidungen umgesetzt, die gesetzten Ziele erreicht, die Sicherheit unseres Mutterlandes zuverlässig gewährleistet werden.

Ich glaube an Ihre Unterstützung, an diese unbesiegbare Kraft, die uns unsere Liebe zum Vaterland gibt.